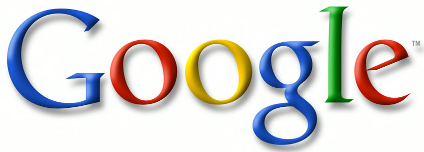


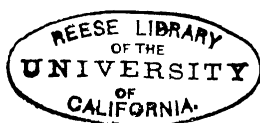
Grundzüge

einer

Sozialpädagogik und Sozialpolitik.

Von

Professor Dr. Karl Fischer.



Eisenach
Verlag von M. Wilckens.
1892.

Vorwort.

Die vorliegende Arbeit hatte einen Vorboten in einer Programm-Abhandlung „Staats-, Wirtschafts- und Sozialpolitik auf höheren Lehranstalten“ (Ostern 1892 erschienen), die eine allgemeine Einführung in einige wichtige Punkte versuchte, und zwar für Lehrzwecke bzw. zur Information von Lehrern, welche sich der Sache in ihrem Unterricht annehmen wollten. Solche allgemeine Einführungen können an vielen Punkten nur andeuten und können nicht lückenlos sein, deshalb giebt es Punkte genug, an denen sie nicht stichhaltig erscheinen. Auch die vorliegende Arbeit verfolgt in erster Linie praktische Zwecke, indem ich es dahingestellt sein lasse, ob diese Zusammenfassung der Wissenschaft an irgend einem Punkte zu gute kommt, oder nicht. Jenen Zwecken entsprechend will das Buch es jedem Gebildeten ermöglichen: 1. sich über das zu unterrichten was heute thatsächlich die soziale Frage ist, 2. wie es zu dieser Entwicklung gekommen ist, 3. in welchem Stadium sich dieselbe jetzt befindet, 4. wie aus diesem Kriegszustande herauszukommen ist, und ein normaler, ein Friedensstand angebahnt werden kann. Nicht als ob der Verfasser glaubte, das Wundermittel gefunden zu haben, durch das Krieg in Frieden verwandelt werden könnte; nicht als ob er den Punkt gefunden zu haben glaubte, aus dem man diese Krankheit kurieren könnte. Hier liegt eine Massenerkrankung, die Erkrankung des Volksorganismus vor, und wie der rationelle Arzt vor allem einer „Krankheitsgeschichte“ bedarf, um die Diagnose stellen zu können, so bedarf es auch bei dieser Erkrankung einer solchen Geschichte; und wie der Arzt durch Untersuchung und Beobachtung des Patienten das Krankheitsstadium sich vergegenwärtigt und seine therapeutischen Mittel gegen dasselbe abwägt, um zur Prognose zu gelangen, so bedarf es auch in diesem Falle der Erkenntnis des Krankheitsstadiums, der Krankheitslage und -bedingungen,

damit nicht **irgend** ein Behandlungsweg, sondern eventuell **der** Behandlungsweg betreten werden kann, der nach menschlichem Ermessen allmählich zur Besserung und vielleicht zuletzt zur Heilung führen kann.

Wenn man — und meines Erachtens muß man nach der Lage der Dinge dazu kommen — durch Krankheitsgeschichte und Untersuchung des Patienten in diesem Falle zu der Annahme gelangt, daß eine schwere Komplikation vorliegt, indem nicht bloß wirtschaftliche und soziale, sondern auch geistige, sittliche, politisch-nationale, ja physische Faktoren in die Erkrankung gezogen sind, so wird man zu der Frage kommen müssen: Wie ist es möglich, daß ein so gesunder Organismus wie der des deutschen Volks in vergleichsweise kurzer Zeit in so vielen, ja allen wichtigen Teilen hat erkranken können? worin lag, fragt man sich weiter, die Disposition, die pathologische Möglichkeit für diesen Vorgang? Und da habe ich keine andere Antwort finden können, als die, daß diese Erkrankung, der Sozialismus, die Reaktion gegen den atomistischen Individualismus ist, der allmählich alle Gebiete des Volkslebens durchtränkt hatte. Diese Antwort wird bestätigt, wenn man die Geschichte der übrigen Kulturnationen daraufhin prüft. Jene sozialistische Reaktion ist aber erst möglich gewesen, nachdem jener Individualismus als rücksichtsloseste Selbstsucht den ganzen Organismus durchsetzt und einen Zersetzungsprozeß eingeleitet hatte, der ein Übergangs- bzw. Gesundungsprozeß, aber auch ein Untergangs- bzw. Sterbeprozeß werden kann. Verlassen wir das Bild!

Die Sozialdemokratie ist das Rückgrat der gesamten antiindividualistischen Opposition. Das Sprachrohr aller Derjenigen, welche unter jenem Prozeß zu leiden haben oder zu leiden glauben. Daß eine solche Partei mit Riesenfedern und in Flammenschrift schreibt; daß sie in einem so „wissenschaftlichen" Zeitalter in der Form „wissenschaftlicher" Doktrinen arbeitet; daß sie dabei vorwiegend kritisch-negativen Charakter haben muß, kann vor jeder ruhigen Überlegung nicht anders als selbstverständlich erscheinen. Daß aber unser „wissenschaftliches" Zeitalter ein besonderes Bedürfnis hat, jene wissenschaftliche Doktrin zu widerlegen, ist begreiflich, nur darf

darüber nicht vergessen werden, daß damit an den thatsächlichen Zuständen nicht das mindeste geändert, oder gar gebessert wird. Wenn es auch durchaus berechtigt ist, eine Reformpartei, zumal eine so radikale wie die Sozialdemokratie, nach ihren positiven Plänen zu fragen, so kann doch das lediglische Beharren auf diesem Fragestandpunkt die Sache in keiner Weise fördern und bei dem Gegner zuletzt nur das Gefühl erregen, als sei jener Standpunkt nur die spanische Wand für politische Schlauheit oder Impotenz. Wenn es auch Reiz haben mag, durch sozialdemokratische „Zukunftsbilder“ die sozialistischen Theorien ad absurdum zu führen, so kann auch darin eine heilsame Wirkung nicht liegen; dergleichen kann im besten Fall bei Manchen prophylaktisch wirken, muß aber schädlich wirken, wenn durch solche Bilder die Aufmerksamkeit auf Nebendinge abgelenkt, wenn die Herzenshärtigkeit der Besitzenden gestärkt und das Gefühl der Bedrücktheit bei den Armen dadurch zum Gefühl des Verspottet- und Verhöhntwerdens gesteigert wird. Hiernach ist das zu beurteilen, was man die Bekämpfung der Sozialdemokratie mit „geistigen Waffen“ genannt hat.

Wenn ich auch nicht auf dem Standpunkt der materialistischen Wirtschaftslehre stehe, die — wie die Sozialdemokratie — Alles an dieser Frage für wirtschaftlich erklärt, so bin ich allerdings der Meinung, daß vor Hunger selbst der größte Hungerkünstler zuletzt sterben muß. So lange die bestehende Kluft zwischen Reich und Arm bleibt, ja sich erweitert, so lange die oberen Zehntausend nicht konsumieren können — und sie können es auch bei dem besten Willen nicht — was auf ihre Portion kommt nach der gegenwärtigen Einkommensverteilung: so lange wächst die Proletarisierung der Gesellschaft, ihre Kaufkraft fällt, bis ihre Konsumfähigkeit völlig durch den Hunger eingeschnürt ist.

Die Frage wird aber weiter dadurch kompliziert, daß die Sozialdemokratie — auch in ihrem neuesten Programm — selbst wieder stark in jenem Individualismus steckt. Sie kann eben ihre Herkunft aus den individualistischen Lehren, wie sie Rousseau formuliert hat, und aus dem überspannten und unklaren Freiheitsbegriff der französischen Revolution nicht verleugnen. Alle diese Anschauungen,

Programme und Maßregeln gehen von der Voraussetzung der völligen Gleichheit, also auch völligen Ungebundenheit aller Individuen hervor, die Menschheit wie die Nationen sind deshalb dieser Anschauung nur Summen autonomer Individuen. Die ethischen und politischen Folgerungen, die die Sozialdemokratie aus jener Grundlage gezogen hat, unterscheiden sich daher auch nicht wesentlich von denen jener Freiheitsmänner. Es bedarf keines Beweises, daß — jene Grundlage zugegeben — der Anarchismus die letzte Konsequenz ist. In Deutschland kommt als verschärfend hinzu die Systemmacherei und als beschleunigend, daß die politische Emanzipation schon länger vorausgegangen ist. Daß aber das Programm der Sozialdemokratie schon deshalb nicht durchführbar ist, weil es entgegengesetzte Prinzipien geltend macht: sozialistische und individualistische, bedarf ebenfalls keines weiteren Beweises.

Jedem Verständigen leuchtet auch hier wieder die Wahrheit des Wortes ein, daß die Wahrheit in der Mitte liegt, in diesem Falle also zwischen Sozialismus und Individualismus. Besonders die deutsche Geschichte — zumal die von 1350—1500 — zeigt, daß der Genossenschaftsstaat, nach Berufsständen gegliedert, diese rechte Mitte ist. Daß dieser Gedanke gleichsam in der Luft liegt, beweisen nicht bloß die betreffenden Erörterungen Mundings, Loschs, Herkners, Rosins u. A., sondern auch die Thatsache der Ringe, oder privatökonomischen Trusts, die das individualistische Produktionssystem durch anti-individualistische, durch genossenschaftliche Mittel über Wasser halten wollen; das ist doch die Bankerotterklärung, wenn man will der Todeskampf jenes Systems. Doch davon im Buche selbst. — Die Schwierigkeit der Arbeit, die allen in der sogenannten sozialen Frage wirksamen Faktoren gerecht werden will, liegt wohl nicht bloß dem Sachkundigen vor Augen, sie liegt auch nicht bloß in der Ergreifung, Sichtung und Gestaltung eines so außerordentlich umfassenden Stoffs, den Goethe heute wohl auch ein Meer des Irrtums nennen würde. Nur im festen Vertrauen auf Gott und in herzlicher Liebe zum Volke konnte sie unternommen und in der Hoffnung durchgeführt werden, zum Heil und zum Frieden zu helfen.

Wiesbaden, Anfangs September 1892. D. V.



Inhaltsverzeichnis.

Erstes Buch.

Die sozialistische Kriegserklärung und ihre Begründung.



1. Die Kriegserklärung.

Die sozialistische Kriegserklärung ist auch in Deutschland in verschiedenen Akten erfolgt, die in verschiedenen Zeitabschnitten und verschiedener Färbung doch wesentlich denselben Inhalt und Charakter haben: Gemeinsame, wenn nötig gewaltsame Enteignung der Produktionsmittel und sozialistische Umgestaltung derselben zu gemeinsamer Produktion, der die sozialistische Regelung der Konsumtion zu entsprechen hat; kurz Verdrängung des bestehenden Staats durch den sozialistischen.

Der erste große Akt der Kriegserklärung ist das sog. kommunistische Manifest, das, von Marx und Engels 1847 verfaßt, Februar 1848 von Brüssel veröffentlicht wurde und die Proletarier aller Länder aufforderte, sich zu einigen, denn sie hätten nur ihre Ketten zu verlieren, aber eine Welt zu gewinnen. Der Proletarier aber, heißt es da, kann sich nicht erheben, ohne daß der ganze Überbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird. Der Untergang der Bourgeoisie und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich. Die Kommunisten erklären es offen, daß der Zweck nur erreicht werden kann durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Ferner: die Arbeiter haben kein Vaterland. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie. Dem christlichen Asketismus, sagt das Manifest, lasse sich leicht ein sozialistischer Anstrich geben, überdies habe jener gegen Privateigentum, Ehe und Staat geeifert und Wohlthätigkeit, Bettel gepredigt. Ferner: die gegenwärtige Familie existiert vollständig entwickelt nur für die Bourgeoisie, aber sie findet ihre Ergänzung in

der erzwungenen Familienlosigkeit und der öffentlichen Prostitution. Die Kommunisten brauchten die Weibergemeinschaft nicht einzuführen, denn die bestehe bei den Bourgeois längst, denen überdies die Weiber und Töchter ihrer Proletarier zur Verfügung ständen.

Dieses Manifest hat dann seine Wiederholungen, Erweiterungen, Erneuerungen und Verschärfungen gefunden. Z. B.: der jetzige Staat kann den Arbeitern nicht helfen. Nur ein solcher kann es, von dem das Volk sagen kann: ich bin der Staat, das ist der wahre Volksstaat. In dem wahren Volksstaat hilft sich das Volk selbst. Wenn das Volk, wenn die Arbeiterbataillone gerüstet an den Thoren des Parlaments stehen, dann kann vielleicht ein von der Tribüne geschleudertes Wort, zündend wie ein elektrischer Funke, das Signal zur befreienden That geben. (Liebknecht.)

Später hat dann Bebel die programmatische Kriegserklärung dahin formuliert (Reichstagssitzg. v. 21. Dezember 81, Sten. Ber. S. 657): Auf politischem Gebiet die Republik, auf ökonomischem der Sozialismus, auf dem was man heute religiöses Gebiet nennt, der Atheismus. Diese kurze Kriegserklärung an den monarchischen Staat, an Gesellschaft und Kirche erläutert er dann in seinen Schriften, namentlich in seiner Hauptschrift (Die Frau und der Sozialismus) folgendermaßen. Wir wissen nicht, wo der erste König entstand, so wenig wie wir wissen, wo der erste Kapitalist sich zeigte, aber das wissen wir und sehen wir, daß das Königtum im Laufe der Jahrtausende sich wesentlich veränderte, daß die Tendenz dahin geht, es mehr und mehr seiner Macht zu entkleiden, und wir können daraus mit Fug und Recht schließen, daß eine Zeit kommt, wo man das Königtum für überflüssig hält. Ferner: der Staat ist die notwendige Organisation einer auf Klassenherrschaft beruhenden Gesellschaftsordnung. In dem Augenblick, in dem die Klassengegensätze durch Aufhebung des Privateigentums fallen, verliert der Staat nicht nur das Recht zu seiner Existenz, sondern seine Existenzmöglichkeit. Der Staat ist nur die Organisation der Macht zur Aufrechterhaltung der jeweiligen Eigentums- und sozialen Herrschaftsverhältnisse. Der Staat hört mit der Aufhebung des Herrschaftsverhältnisses auf, wie die Religion aufhört, wenn der Glaube zu übernatürlichen Wesen ... nicht mehr vorhanden ist. Mit dem Staatswesen werden auch seine Repräsentanten verschwinden: Minister, Parlamente, stehendes Heer, Polizei und Gensdarmen, Gerichte, Rechts- und Staatsanwälte, Gefängnisbeamte,

die Steuer- und Zollverwaltung, mit einem Wort: der ganze politische Apparat.

Bezüglich des Sozialismus sucht Bebel zu zeigen, daß alle Übel in der Gesellschaft in der kapitalistischen Privatwirtschaft wurzeln; deshalb verlangt er, daß in erster Linie Grund und Boden, Maschinen, Werkzeuge, Verkehrs- und Nahrungsmittel durch eine große Expropriation in gesellschaftliches Eigentum zu verwandeln sind. Diese Expropriation nennt er eine hochvernünftige That, die sittenreinste und großartigste Maßregel, welche die menschliche Gesellschaft je ergriffen hat. In diesem Kampf werden, wie er sagt, Massen auf die Bühne treten, es wird mit einer Fülle von Intelligenz gekämpft, wie die Welt noch in keinem Kampf gesehen, kein zweites Mal einen ähnlichen Kampf mehr sehen wird. Denn es ist der letzte soziale Kampf. Das 19. Jahrhundert, sagt er, wird schwerlich zu Ende gehen, ohne daß dieser Kampf so gut wie entschieden ist.

Bezüglich der Religion äußert sich Bebel so. In dem Maße wie die menschliche Entwicklung fortschreitet, die Gesellschaft sich transformiert, transformiert sich auch die Religion. Anfangs Fetischismus auf unterster Kulturstufe, in primitiven gesellschaftlichen Verhältnissen, wird die Religion Polytheismus bei höherer Entwicklung, Monotheismus bei noch vorgeschrittener Kultur. Bereits hat sich auch der Monotheismus in einen Alles umfassenden, alles durchdringenden Pantheismus aufgelöst und verflüchtigt sich immer mehr. Die letzte Entwicklungsstufe, der Atheismus, ist bis heute noch von keinem Volke in seiner Gesamtheit erreicht worden; es ist aber unzweifelhaft, daß die vorgeschrittensten Kulturvölker sich dieser letzten Sprosse auf der religiösen Stufenleiter nähern, und für sie das Verschwinden des Kultus nur noch eine Frage der Zeit ist. Anderweitig nennt er Religionsschmähung Unsinn, denn, meint er, man überläßt dem allmächtigen und allgütigen Gott zu strafen, wer ihn beleidigt, vorausgesetzt, daß man sich um die Existenz Gottes noch streitet. Wie mit dem Staat, so geht's mit der Religion. Sie wird nicht abgeschafft, man wird Gott nicht absetzen. Ohne jeden gewaltsamen Angriff und ohne jede Unterdrückung von Meinungen, welcher Art sie immer sind, wird die Religion allmählich von selbst verschwinden.

Daß übrigens alle diese Wandlungen nur durch Gewalt herbeigeführt werden können, sagt Marx selbst: sie ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Und

darnach erklärt Bebel, daß zu allen Zeiten die neuen Ideen in der Regel erst durch gewaltsamen Kampf ihrer Vertreter mit den Vertretern der Vergangenheit zur Geltung gelangten, und daß dann die Kämpfer für die neuen Ideen die Vertreter der Vergangenheit so tödlich wie möglich zu treffen suchten. Daß die Pariser Kommune von 1871 dies nicht ausreichend gethan hat, bestätigt Bebel durch seine Erklärung im Reichstage im Jahre 1871, daß jene nämlich nur ein kleines Vorpostengefecht ist in dem Krieg, den das Proletariat gegen alle Paläste führen wird. Daß damals aber das Proletariat nicht gesiegt habe, schreibt Marx dem Umstande zu, daß die Proletarier in den übrigen europäischen Hauptstädten es nicht ebenso gemacht hätten wie die Pariser.

Von anderen Seiten werden noch andere Färbungen auf- und zugetragen. Die Religion, meint Liebknecht in der Reichstagssitzung vom 23./1. 1891, ist nur ein Mittel zur Ausbeutung des Volks, und am 25./1. 1890 proklamierte derselbe: die neue Religion für die Massen ist die Sozialdemokratie. Schon August 1870 hatte der „Volksstaat", an dem jener, sowie Marx und Engels Mitarbeiter waren, erklärt: das Volk will Gottes Sohn sein; und 1873 (9./3.) schreibt dasselbe Blatt: Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser, und (am 17./9. 1876) die christliche Kirche ist ein tollphantastisches Religionssystem. Entsprechend äußert der „Züricher Sozialdemokrat" (25./5. 1880): Wie eine so blödsinnige Religion, wie das Christentum ist, überhaupt nur bei der gänzlichen Verkommenheit der Menschheit vor 2000 Jahren Wurzel schlagen und sich ausbreiten konnte, so hat es seitdem immer dahin gestrebt, Not und Elend nicht etwa aus der Welt zu schaffen, sondern dieselben für seine Zwecke und zum Deckmantel für seine sonstigen Sünden und Verbrechen auszunutzen.

Sittlichkeit und Moral, erklärt Bebel, haben mit der Religion nichts zu thun; das Gegenteil behaupten Einfältige oder Heuchler. Denn, begründet er anderwärts, wie die Religion, so entspringen auch die Begriffe über die Moral dem jeweiligen Sozialzustand der Menschen. Der Kannibale betrachtet Menschenfresserei als sehr moralisch, — hochmoralisch erscheint dem modernen Kapitalisten das Lohnarbeiterverhältnis, die Schinderei der Frauen durch Nachtarbeit ꝛc. Der moralisch höchste Zustand, sagt Bebel, ist unzweifelhaft der, in dem der höchste Moralgrundsatz „Was du nicht willst" ꝛc. alle menschlichen

Beziehungen unverletzbar durchzieht. (Das gehaßte und verächtlich betrachtete Christentum geht bekanntlich noch weiter Matth. 7, 12). Das Christentum wird sodann weiter damit verhöhnt, daß Christus geschmäht wird als der Prophet der Entmannung (nach der ganz mißverstandenen Stelle Matth. 19, 12), und daß seine Lehre die Frau als die unreine hinstelle. Und die „Sächsische Arbeiterzeitung“ lobt (23./4. 1890) die Proletarier, daß sie ihren Kindern kälter gegenüberstehen als die Bourgeois; die große Kindersterblichkeit ist ihr eine sehr glückliche Thatsache, denn dadurch würden schwächliche und untaugliche Individuen gleich von vornherein ausgeschieden.

Die sog. tierischen Leidenschaften, so führt Bebel aus, nehmen keine tiefere Stufe ein, wie die sog. geistigen; die einen wie die andern sind Wirkungen desselben Gesamtorganismus, und die einen sind von den andern beständig beeinflußt. Das gilt für den Mann wie für die Frau. Es ist wohl unzweifelhaft, fährt er anderwärts fort, daß die Nichtbefriedigung des Geschlechtstriebs auf die körperliche und geistige Verfassung von Männern und Frauen den schlimmsten Einfluß ausübt, und können soziale Zustände als gesund nicht angesehen werden, die eine normale Befriedigung der Naturtriebe verhindern. Wie das Königtum, bemerkt er zusammenfassend, so ist auch jede andere staatliche oder gesellschaftliche Institution beständigen Umwandlungen und Umformungen und schließlich völligem Untergang unterworfen. Genau so verhält es sich mit der Ehe und der Stellung der Frau in derselben. Die oben genannte Arbeiterzeitung meint denn auch, die Arbeiter könnten „die Ehe auf Probe realisieren, und sie thun es auch fast durchgängig. Die Eheleute, meint sie, mögen wieder auseinandergehen, wenn sie einander nicht mehr passen. Die bornierte Idyllpoesie des eignen Heims wird dann verschwinden, wenn die Frau nicht mehr kocht, wenn vielmehr die Zurichtung der Speisen, ebenso wie die Erziehung der Kinder die Funktion bestimmter Leute wird, welche dieselbe für eine Reihe von Familien besorgen.“ Es ist nach Bebel selbstverständlich, daß Mann und Frau in Bezug auf Ehe und Geschlechtsgenuß, in Liebeswahl 2c. ganz gleich gestellt sind. In der sog. Gesellschaft der Zukunft wird der Bund zwischen Mann und Frau als Privatvertrag ohne Dazwischentreten irgend eines Funktionärs geschlossen. Die Befriedigung des Geschlechtstriebs ist genau ebenso jedes Einzelnen Sache wie die Befriedigung jedes andern Naturtriebs. Die freie Frau der Zukunft werde schon, meint er, dafür sorgen, daß

sie nicht die Hälfte oder drei Viertel ihrer besten Lebensjahre im Schwangerschaftszustande oder mit einem Kinde an der Brust verbringen müsse.

Nicht bloß allem diesem wird der Krieg erklärt, sondern auch der Zufriedenheit, die schlimmer sei als die Pest; vor allem aber jeder Autorität. Auf dem Hallenser Parteitag rief Liebknecht in die Versammlung: Wir erkennen weder im Himmel noch auf Erden eine Autorität. Sie ist, wie diese Propheten meinen, die Wurzel alles Übels.

Zum Schluß mag man sich eines Wortes erinnern, welches Marx am Ende seines ersten größeren Werks (1847) schrieb: Nur bei einer Ordnung der Dinge, wo es keine Klassen und keinen Klassengegensatz giebt, werden die gesellschaftlichen Evolutionen aufhören politische Revolutionen zu sein. Bis dahin wird am Vorabende jeder allgemeinen Neugestaltung der Gesellschaft das letzte Wort der sozialen Wissenschaft stets lauten: Kampf oder Tod; blutiger Krieg oder das Nichts. So ist die Frage unerbittlich gestellt! —

Faßt man dieses Bündel Kriegserklärungen an alles Bestehende zusammen, so begreift man wie F. A. Lange (Gesch. des Materialismus 1. Aufl., II. S. 561) sagen konnte, daß die soziale Frage gegenwärtig alle revolutionären Elemente der Wissenschaft, der Religion und der Politik zu einer großen Entscheidungsschlacht auf den Kampfplatz rufe. Und dem giebt Bebel in seiner Weise bestätigenden Ausdruck, indem er schreibt (Die Frau und der Sozialismus 10. Aufl., S. 372): Der Sozialismus ist die mit klarem Bewußtsein auf alle Gebiete menschlicher Thätigkeit angewandte Wissenschaft. Diese lehrt nach ihm auf politischem Gebiete die Republik, auf ökonomischem den Sozialismus, auf dem was man heute religiöses Gebiet nennt, den Atheismus. Wie es mit dieser Begründung beschaffen ist, muß also zunächst untersucht werden.

---

2. Lehrt die Wissenschaft vom Staate die Republik?

Die Wissenschaft könnte dieses Ergebnis offenbar auf einem doppelten Wege erreicht haben: 1) auf theoretischem, d. h. also vornehmlich im Staatsrecht und in der allgemeinen Politik, in Soziologie

bezw. Philosophie, 2) auf praktischem, d. h. in der Geschichte. Betrachten wir zunächst den theoretischen Weg.[1])

Die ältesten Kulturstaaten, von denen wir Kunde haben, China, Assyrien, Babylonien, Ägypten, kennen nur Monarchien. Diesem Sachverhalt entspricht denn auch das Staatsbewußtsein und diesem ihre Staatswissenschaft, insofern man überhaupt dort von einer solchen reden kann. Die Priesterstaaten der alten Welt, die Theokratie Israels sind noch weiter von der Republik entfernt. Unter den antiken Lehrern der Staats- und Gesellschaftswissenschaft giebt es meines Wissens nur drei selbständige Denker, welche hier in Betracht kämen: Sokrates, Plato und Aristoteles. Sokrates ist der Meinung, daß den Kundigen, den Sachverständigen die Herrschaft gebühre; der gute Herrscher müsse gleichsam ein Hirt der Völker sein, die glücklich zu machen er bestrebt sein müsse. Platos Lehre ist durchaus aristokratisch und transcendent, sein ethisch-politisches Ideal war so geartet, daß die Hierarchie des Mittelalters sich seiner bedienen konnte. Im Einzelnen lehrt er: Wie der menschliche Körper durch Klima, Nahrung u. s. w. in seiner Konstitution bestimmt wird, so auch die Verfassung und Regierung der Staaten. Die Gesellschaft ist, wie er meint, durch die Not organisiert und durch sie sind die ursprünglich ähnlichen Individuen in Gruppen mit verschiedenen Funktionen zerfallen, die einander unentbehrlich sind; er stellt hier etwas heraus was wir Arbeitsteilung nennen, als deren Vorteile er angiebt: 1) größere Geschicklichkeit, 2) größere Zeitersparnis, 3) jede Arbeit gelingt besser, wenn sie den Fähigkeiten der Arbeitenden entsprechend gewählt ist. Der Staat ist sonach ein lebendiger Körper; die verschiedenen Klassen gleichen den verschiedenen Fähigkeiten des Individuums; auch er hat seine Seele, auch er wird krank, siecht dahin, stirbt ab. Nur die absoluteste Herrschaft der Weisen kann einen solchen Staat mit Erfolg leiten. Auch Aristoteles steht wesentlich auf dem Standpunkt des Naturalismus: der Staat ist nach ihm ein Erzeugnis der Natur, er ist ein lebendes Wesen; wie diese muß auch er durch die experimentelle Analyse untersucht werden. Die Elemente, die ihn bilden, sind nicht die Individuen, sondern das Paar (man vergleiche die bezügl. Platonische Anschauung im Symposion) die Familie, aus dieser entsteht die Gemeinde, aus dieser der Staat. Die menschliche Gesellschaft ist denselben Gesetzen unterworfen wie alle tierischen, nur

1) Vgl. Bluntschli, Geschichte des allgemeinen Staatsrechts; Espinas, Die tierischen Gesellschaften; Gumplowicz, Soziologie und Politik.

ist der Mensch durch seine Sprache geselliger; Notwendigkeit wie Bedürfnis sind der Grund der Gesellschaft. Da diese Veränderungen unterworfen ist, kann ihr nicht eine unveränderliche Verfassung gegeben werden, denn die Gesellschaften sind nicht nur der Zeit, sondern auch dem Orte nach verschieden, und es giebt keine Verfassung, die für alle Völker paßte. Die Gesellschaft besteht ebensowenig wie ein anderes lebendes Wesen aus gleichartigen Teilen (Rousseau und seine sozialdemokratischen Anhänger lehren bekanntlich das Gegenteil) sondern aus verschiedenartigen, die selbst weiter wie die Familie, die aus Mann, Weib und Kindern besteht, aus verschiedenen Elementen gebildet ist. Diese Verschiedenheit ist notwendig, weil durch sie die Möglichkeit der Unterordnung, hier der Autorität gegeben ist. Ändert sich das Verhältnis der Teile zu einander, so ändert sich auch die Regierungsform; vergrößert sich die Zahl der Bürger, so kann die alte Verfassung nicht passen; die demokratische Republik paßt nur, wenn die Zahl der Bürger nicht über Zehntausend geht. Alle Staatsteile sind, wie die Einzelnen, das was sie sind nur dann, wenn sie Mitglieder des Staats sind; ein Individuum ist für sich nichts, es genügt sich selbst nicht; es genügt weder zur Erhaltung der Art, noch zur Selbstverteidigung und Erhaltung des Lebens, noch viel weniger zur Entwicklung der Ideen und sittlichen Kräfte, die seine wahre Natur sind und seine höchste Aufgabe ausmachen.

Die antike Wissenschaft von Staat und Gesellschaft lehrt also keineswegs die Republik, sie lehrt aber auch von der Familie, den Individuen, dem Verhältnis der Klassen zu einander, der Autorität, dem sittlichen Gehalt des Lebens überall das Gegenteil von dem was die Sozialdemokratie als Ergebnis der Wissenschaft hinstellen will.

Im Mittelalter konnte es eine Wissenschaft in unserem Sinne nicht geben, denn der Wissenschaftsbetrieb war in Trägern und Ziel kirchlich gebunden, und das herrschende Volk des Mittelalters, die Germanen, steckten zu tief in ihrem Individualismus, sowie in ihren genossenschaftlichen Anschauungen, als daß man im Mittelalter hätte zu einem klaren und selbständigen Staatsbewußtsein und dem entsprechend zu einer Staatswissenschaft gelangen können. Am deutlichsten tritt das Staatsgefühl, angelehnt an die ererbten Vorstellungen vom römischen Kaisertum, als kaiserliches gegen das Papsttum in Dante, Occam, Marsilius v. Padua, Jandun a. A. hervor; von der Republik ist überall nicht die Rede.

Erst Machiavelli hat ein energisches und scharf ausgeprägtes

nationales Staatsbewußtsein: Nationale Einigung Italiens erfüllt ihm Kopf und Herz so, daß alles andere dahinter zurücksteht. Dieser heiße Patriotismus hat ihn zu einem so vielfach mißdeuteten wie mißverstandenen Buch wie „der Fürst" ist, veranlaßt; seine florentinische Heimatsrepublik und die mißtrauische Engherzigkeit des ersten Medizeers gegen ihn ließen ihm allerdings die republikanische Staatsform als Ideal erscheinen, wenn sie die aristokratische Färbung der altrömischen Republik annimmt, von der Niemand weniger wissen will wie die Sozialdemokratie. In der Theorie steht er ungefähr auf dem Standpunkt des Aristoteles: Jede der drei guten Regierungsformen desselben kann leider nur kurzen Bestand haben, „weil kein irdisches Mittel verhindern kann, daß sie nicht wegen der Ähnlichkeit, die in diesem Falle die Tugend und das Laster haben, in die ihr entgegengesetzte ausartet." (Discorsi I, 1. Kap.) Daselbst, Kap. 3, lehrt er — ebenfalls im schärfsten Gegensatz gegen die Sozialdemokratie, welche die Menschen — nach Rousseau — für gut von Natur, Hunger und Armut aber für Schandflecke des „reaktionären Staats" halten, — „die Menschen thun niemals etwas Gutes, wenn sie nicht dazu gezwungen sind"; „Alles gerät in Verwirrung und Unordnung, sobald ihnen freie Wahl bleibt und sie sich gehen lassen können. Man sagt daher, Hunger und Armut machen die Menschen betriebsam, die Gesetze machen sie gut." Die Sozialdemokratie fordert die demokratische Republik unter der „Kontrolle des arbeitenden Volks", Machiavelli lehrt (1. Kap. 34), „die Menge ohne Haupt ist unnütz". Der nächst ihm zeitlich bedeutendste Staatsrechtslehrer Bodin lehrt, daß die Familie, wie sie bestehe, das Grundelement des Staats sei, daß man Privatgut so wenig entbehren könne wie Staatsgut; er, der Begründer des Souveränitätsbegriffs, lehrt, daß nur ein König Souverän sein könne, und zwar von Gottes Gnaden. Auch H. Grotius, obgleich als Republikaner geboren und von den Monarchisten seiner Heimat schwer getroffen und des Vaterlandes bis an sein Ende beraubt, lehrt keineswegs die Republik, sondern nur neben der „Fürstensouveränität" die „Staatssouveränität". Die ersten, welche die Volkssouveränität — aber im spezifisch christlichen Staate — lehren, sind der Jesuit Bellarmin und der Puritaner Milton; aber auch sie lehren keine Republik, sondern eine beschränkte Monarchie, während Miltons Zeitgenosse, der Freidenker Hobbes, gerade die absolute Monarchie theoretisch zu begründen sucht und praktisch zu fordern nicht aufhört. Auch die großen deutschen Staatsrechtslehrer des 17. Jahrhunderts,

wie Pufendorf und Thomasius sowie Leibniz ziehen unter allen Staatsformen die Monarchie vor; auch ihre französischen Zeitgenossen sind entschiedene Monarchisten, wie Fénélon und Bossuet, welcher die königliche Autorität als von Gott gesetzt für heilig und absolut erklärt. Der scharfsinnige Locke spricht sich zu Gunsten keiner bestimmten Staatsform aus, meint vielmehr, jede könne verderblich sein. Dagegen macht der tiefsinnige Neapolitaner Vico darauf aufmerksam, daß die Staatsform wesentlich durch die Natur der Völker, ihren Wohnplatz u. s. w. bestimmt sei; einer hohen Kultur entspreche übrigens nur die gemäßigte Monarchie, die jedoch nur in der Gottesfurcht ihren Halt habe, denn „der wahre Gott ist der Urgrund wie der wahren Religion so auch des wahren Rechts und der wahren Rechtswissenschaft“.

Spinoza lehrt: Die Gesellschaft ist ein System von Kräften, die Individuen sind ohne den Staat nichts; auch der soziale Körper ist ein Individuum, das denselben Gesetzen unterworfen ist, wie jeder Andere. Montesquieu, der wie Mirabeau bekanntlich die konstitutionelle Monarchie für die einzig haltbare Staatsform erklärt, lehrt, daß die bürgerliche Gesellschaft, wie jede andere, bestimmten Gesetzen unterworfen ist, weil sie einen Teil der Natur bildet. Die Organisation der menschlichen Gesellschaft beruht zunächst auf dem dumpfen Gefühl der individuellen Schwäche, dem Hunger, Geschlechtstrieb und der Sympathie, auf Ideen kann sie erst durch den Staat gegründet werden. Die wesentlichen Beziehungen der verschiedenen Teile des sozialen Körpers werden durch Verfassung und Gesetze formuliert; jedes Volk muß sich nach seinen besonderen Verhältnissen hierbei richten; auch die Staaten wachsen, gedeihen, verfallen und sterben.

Wie Hobbes und Locke — und im Gegensatz zu allen genannten — sieht Rousseau den Staat als einen Mechanismus, als ein Kunstprodukt an, das auf einem Vertrag der ganz gleichen Individuen beruht, die von Natur nicht bloß gleich, sondern auch gut sind. Diese Summe von Atomen ist die Menschheit, welche durch die Gesellschaft verdorben ist, der Sitz und die Wurzel aller Übel in ihr ist aber das Privateigentum; die Familie ist aber eine notwendige Voraussetzung von Staat und Gesellschaft; und so sehr Rousseau sonst alles auf den Kopf stellt — die Funktionen des Staatsoberhauptes vergleicht er mit der Thätigkeit der Füße — und so sehr sein Ideal die Republik seiner Heimat Genf ist, erklärt er die Monarchie für große Staaten für unvermeidlich.

Im Gegensatz zu diesen wenigen Mechanisten vertreten die folgenden durchweg wieder die organische Auffassung von Staat und Gesellschaft. So lehrt Hegel, daß der Staat ein natürliches Wesen sei und ein moralisches werde. Im Anschluß an den obengenannten Vico tritt Joseph de Maistre den Mechanisten entgegen und betont, daß Kunst und Natur gar keine Gegensätze seien, die Kunst ist vielmehr die Natur des Menschen. Es läßt sich, sagt er, eben so wenig eine Gesellschaft, ein Volk ohne Herrscher vorstellen, wie ein Bienenschwarm oder -Stock ohne Königin, denn nach den ewigen Gesetzen der Natur existiert ein Bienenstock so oder überhaupt nicht. Eine absolut gute Regierung giebt es nicht. Vielmehr ist für jede Nation die Regierung die beste, welche in dem von dieser Nation bewohnten Gebiet der größtmöglichen Menschenzahl für die größtmögliche Zeit die größtmögliche Summe von Glück zu schaffen vermag. Die individuelle Vernunft kann in dieser von allgemeinen Gesetzen beherrschten Welt nur auf Abwege führen, ihr Skeptizismus zerstört alles. Wer in der Politik Großes und für Jahrhunderte bauen will, muß sich auf einen mächtigen und tiefen Glauben stützen. Glaube und Patriotismus sind die beiden großen Wunderthäter dieser Welt; beide sind göttlich. Mit Unterwerfung und Glauben kann man eine Welt aus den Angeln heben.

Bezüglich der Stellung der Individuen zur Gesellschaft hebt namentlich Bonald hervor, daß es nicht die Individuen sind, welche die Gesellschaft bilden, sondern umgekehrt, da die Individuen nur in der Gesellschaft und für sie leben. Ganz ähnlich urteilen Michelet, Quetelet u. a. Nicht minder sind alle übrigen hervorragenden Philosophen, Staatsrechtslehrer und Politiker Monarchisten, wie Kant, Fichte, Schelling, Hegel, W. v. Humboldt, Stein, Hardenberg, Burke, die Pitt, Pütter, Möser, die beiden Moser, Achenwall, Gentz, Savigny, Niebuhr, Constant, Zachariae, Mohl, Toqueville, Waitz, Gneist, Bismarck.

Wie Quételet schon davon gesprochen hatte, daß auch der soziale Körper seine Physiologie habe, und wie der Naturforscher das Leben des Tiers betrachte, um dessen Wesen zu ergründen, so sei dies auch beim Menschen, bezw. dem sozialen Körper der Fall. Jener Wissenschaft vom Leben, der Biologie, muß diese Wissenschaft vom sozialen Körper, die Soziologie, entsprechen und auf jene gegründet sein. Indem Comte von Aristoteles ausging, wurde er der Begründer der Soziologie. Wenn der Biologe das Konstante in den Erscheinungen

des Lebens betrachtet, so untersucht der Soziologe die allgemeinen Bedingungen, unter denen die sozialen Körper sich bilden und erhalten; die Soziologie ist also die Wissenschaft von den sozialen Erscheinungen. Freilich weiß Comte sehr wohl, daß unserer Einsicht diese Wissenschaft immer versagt bleiben werde, deshalb könne nicht der Intellekt, sondern nur das Gemüt, Herz, das Prinzip dieser Wissenschaft finden, denn, meint er, dieses Antriebs beraubt, erschöpfe sich der Verstand in unfruchtbaren Versuchen; im sozialen Leben führe ja auch nicht der Verstand, sondern die Sympathie die Menschen zusammen. Die Liebe sei der Gewölbeschlußstein des wissenschaftlichen Baus, und den Gipfel in der Stufenreihe der Wesen nehme der Mensch ein, dessen Liebe die unzähligen Organe unaufhörlich verkittet und erneut.

Die subjektive Wissenschaft ist also die höchste, die Wissenschaft dagegen, welche objektiven Bedingungen unterworfen ist, die niedere; aber beide gehören zusammen, insofern die letztern die Vorläufer jener sind — so auch die Biologie Vorläufer der Soziologie. Den Materialismus nennt er deshalb beschränkt und unhaltbar. Nach ihm hat die Soziologie zum Prinzip die Liebe, zur Grundlage die Ordnung, zum Zweck die Menschheit. Leider ist bei den übrigen Soziologen, soweit sie mir bekannt geworden sind — Schäffle scheint ebenfalls im Wesen diese Stellung einzunehmen — von diesem großartigen und fruchtbaren Gedanken der Verbindung von Geist und Gemüt, von Intellekt und Liebe, von Wissenschaft und Moral nichts zu finden. So sehr sie von dem Organischen ausgehen, so sehr verkennen sie die Natur des Organismus und so bald machen sie ihre vermeintlich objektive Wissenschaft zum Selbstzweck, da sie doch nur ein Mittel sein kann. Im schärfsten Gegensatz zu Comte, dem er sonst nahesteht, hat besonders H. Spencer diesen Charakter der Soziologie als objektiven, als Naturwissenschaft betont und demgemäß weder eine Grenze zwischen Biologie und Soziologie zu ziehen vermocht, noch auch den soziologischen Thatsachen gerecht werden können. Denn Liebe, Gemüt, Sympathie, Wahlfreiheit in bestimmten Grenzen sind eben auch Thatsachen, und Virchow hat ganz recht, wenn er sagt, die Naturwissenschaft habe ebenso ihre Dogmen wie die Theologie.

Auch der mir zuletzt bekannt gewordene Vertreter der Soziologie, der in deutscher Sprache (1892) seinen wissenschaftlichen Standpunkt dargelegt hat, Gumplowicz, ist zwar ein scharfsinniger, aber ein durchaus einseitiger Forscher, der sich fortwährend mit den Thatsachen in Wider-

spruch setzt. Auch er kennt nur eine „objektive" Wissenschaft; er übersieht bezw. erkennt die Thatsachen nicht an, daß Liebe, Sympathie, Gemüt, Aufopferung, Wahlfreiheit in bestimmten Grenzen vorhanden sind, er spricht dem Individuum jede maßgebende Bedeutung ab und wiederholt immer die Behauptung, daß dieses nur wirksam und von Bedeutung sei, wenn es dem sozialen Durchschnitt entspreche. Es ist doch Thatsache, daß Nationen ihre lang gehegten Ziele nicht erreicht haben, weil es ihnen an den rechten Individuen fehlte, wie es nicht minder Thatsache ist, daß Individuen ganzen Völkern Zustände aufgenötigt haben, von denen sie gar nichts wissen wollten. Daß auch gewaltige Individuen nicht isoliert sind, — denn darauf, daß nichts in der Welt isoliert ist, beruht ja auch die formale Logik —, vielmehr häufig, ja durchweg durch soziale Strömungen oder Faktoren bestimmt werden, ist nicht minder richtig. Trotzdem stellt er ohne Beweis die Behauptung auf, daß nur die sozialen Gruppen und Gemeinschaften — nicht die Individuen — Willen hätten, seine Soziologie ist demnach die Wissenschaft von den menschlichen Gemeinschaften, die von Individuen unabhängig leben. Schon diese wenigen Einwände beweisen, wie weit der Verfasser von dem entfernt ist was er selbst von der Wissenschaft fordert; und wenn man das in Betracht zieht, was er positives verbirgt, so ist dies so allgemeines Material in so bekannten Geleisen, daß man sich kein rechtes Bild von der Gestaltung seiner Wissenschaft machen kann; nur so viel scheint festzustehen, daß er auch den Darwinismus und den Kampf ums Dasein für „objektive" Wissenschaft zu halten scheint; doch davon später.

Hier wird es nun nötig, sich über das Rechenschaft zu geben, was die Biologie über das Gesellschaftsleben mit oder ohne Anwendung auf die menschliche Gesellschaft an wichtigen Thatsachen zu Tage gefördert hat; und dazu dienen besonders die Forschungen des oben genannten Espinas, sowie der Botaniker wie de Bary und des Biologen Hertwig[1]). Alle Naturforschung beweist demnach unzweifelhaft, daß das gesellige Leben im Tierreich eine beständige und normale Thatsache ist. Die Geselligkeit ist die notwendige Bedingung für die Erhaltung und Erneuerung des Lebens. Daß der Kampf ums Dasein in der Natur eine große Rolle spielt, sieht man; daß aber nicht dieser,

1) Die Symbiose oder das Genossenschaftsleben 2c. Auf Citierung im Einzelnen muß ich des Raums halber verzichten.

nicht die Vernichtung des Individuums Prinzip oder Bedingung des Lebens ist, geht schon daraus hervor, daß es tierische Gesellschaften giebt, in denen die Schwachen beschützt, die Jungen mit Liebe aufgezogen und gepflegt, Alte unterstützt werden, in denen Glieder eines Stammes oder einer Form bereit sind, sich für einander zu opfern, ohne die geringste Hoffnung auf Vergelt. Auch die tierischen Gesellschaften wissen sehr wohl, daß sie sich nicht bilden und erhalten können ohne Autorität, ohne Unterordnung, wie namentlich die Affen zeigen.

Die normalen Gesellschaften zeigen sich nun in verschiedenen Abstufungen. Als die unterste erscheint die, deren Glieder einander nicht entbehren können (z. B. die Korallen), als die folgenden können diejenigen angesehen werden, welche sich zur Besserung ihrer Lage zusammengethan haben. Diese Einsicht hat nicht bloß verschiedene Arten, sondern auch verschiedene Abteilungen des Tier- oder Pflanzenreiches zusammengeführt. Im Gegensatz zum Parasitismus handelt es sich hier, bei der Symbiose, immer um Gegenseitigkeit; z. B. Pilze und Algen begründen einen gemeinsamen Haushalt, Flechten genannt, welche die organische Natur voraussendet, um auch den unwirtlichsten Boden für andere kleine und einfache, aber doch etwas anspruchsvollere Pflanzen vorzubereiten. Wo nichts sonst gedeihen kann, da vermögen noch die Flechten mit ihrem wohl eingerichteten, auf Gegenseitigkeit beruhenden Haushalt auszukommen (Hertwig). Besonders merkwürdig ist in diesem Gemeinschaftsleben, daß Sauerstoff-Produzenten und -Konsumenten sich zusammenthun, wie Tiere mit Algenzellen (Hertwig). Auf der dritten und höchsten Stufe des tierischen Gemeinschaftslebens finden wir die Völkerschaft. Während die erste rein physiologisch, die zweite halb physiologisch, halb psychologisch ist, trägt die dritte Stufe einen ausgesprochen psychologischen Charakter. Jeder soziale Körper ist also ein organisiertes Ganze, der aus verschiedenen zur Existenz des Ganzen beitragenden Teilen besteht. Diese Teile sind in gewissem Sinne selbständig und entsprechen dem Interesse der Arbeitsteilung, aber die Solidarität und Verbindung der Teile muß dabei gewahrt bleiben, und bei der Völkerschaft gestaltet sich diese Verbindung zur Herrschaft einer- und Unterordnung andererseits. (Ameisen, Bienen.) Dieses biologische Prinzip findet seine höchste Anwendung in der Domestikation, d. h. der Herrschaft der Menschen über die Haustiere; daß diese anfangs freiwillig gewesen, kann nicht behauptet werden, daß aber die Erziehung des Unterordnungs-Instinktes

in den Haustieren nur dadurch möglich war, daß die Menschen unter und mit den Tieren lebten, ist zweifellos (vgl. die Fjeldlappen und ihre Herden, Espinas S. 166f.); auf diese Weise nur erkannten die Menschen ihre Überlegenheit und die Tiere seine; kommt doch bei den Ameisen, die sich Blattläuse wie Milchkühe halten, eine Art Domestikation vor; auch die Blattläuse, welche fliegen können, lassen sich von ihren Wohnungsgebern melken (Espinas S. 176). Merkwürdig ist auch die Thatsache, daß die Totengräber sich gegenseitig helfen, wenn sie ihre Arbeit nicht allein bewältigen können, und zwar nicht bloß ein Geschlecht dem andern, sondern ein Individuum, wenn man so sagen darf, dem andern. Wie sich in dem sozialen Zusammenhang der Tiere der Kunsttrieb entwickelt, so auch die Arbeitsteilung, z. B. bei den Ameisen und Bienen, welche Arbeiter und Wachen haben; bei den Bienen zerfallen die Arbeiterinnen wieder in solche, welche die Hausarbeit besorgen, und solche, die eintragen. Die hohen Intellekte, welche sich bei den Bienen finden, und die Organisation dieser Völkerschaften, welche monarchisch regiert werden, hat deshalb namhafte Biologen veranlaßt, sie als Staaten zu bezeichnen, Espinas' Einwände dagegen sind ohne Bedeutung. Die Ameisen liefern unter den Tieren auch Beispiele von Eigentum; sie eignen sich ein Gebiet an, auf dem sie sich ansässig machen und wohnen. Bei ihnen ist auch die Arbeitsteilung noch stärker entwickelt, sie haben nicht bloß besondere Arbeiterinnen für graben, bauen, jagen, säen, ernten &c., sondern auch Soldaten; Kranke werden von den Gesunden geborgen, Hungernde bieten einander Nahrung an. Die Termiten haben sogar vier morphologisch differenzierte Typen: Männchen, Weibchen von zwei Größen, Arbeiter und Soldaten. Während die Ameisen koordiniert leben, gilt bei den Termiten Herrschaft und Unterordnung; die Soldaten, die immer isoliert und ohne Arbeit leben, sind die Befehlshaber und Schützer. Bei den Säugetieren, zumal bei den Vögeln, zeigt sich die Familie stark entwickelt. Die Vögel leben meist monogam, zwischen den Alten wie zwischen den Jungen und Alten zeigt sich starke Zuneigung, sowie der Erziehungstrieb; das Männchen ist überall der Herr, wo es in der Familiengemeinschaft bleibt, die Anfänge des Eigentums zeigen sich auch bei den Säugetieren, sowie die Anpassung an Klima und Kultur (Jagd). Je höher man in der Tierwelt hinaufgeht, desto deutlicher tritt die Sympathie, die gegenseitige Zuneigung hervor. Wenn Espinas auf der höchsten Stufe derselben von Nächsten-

liebe spricht, so erscheint mir das ebenso eine unbewiesene Übertreibung, wie wenn er den Mollusken und Insekten Mutterliebe zuschreibt. Bei den Insekten scheint mir diese Behauptung schon deshalb unhaltbar, weil diese von einem Ei stammen, das die Mutter überlebt hat, also nicht kennt, und dessen Ei die Mutter wieder überlebt; überdies entsteht aus dem Ei ein Wesen, das von der Mutter völlig verschieden ist; höchst merkwürdig ist allerdings, daß trotzdem die Mutter das Ei an einen Ort legt, der für diese neue Form besonders günstig ist, sowie daß sie Nahrung neben dasselbe legt, welche dieser entspricht, aber von ihrer eigenen völlig verschieden ist. Bedenken und Widerspruch erregt auch seine Behauptung von der Moral der Tiere, deren Unüberlegtheit er für ihre Handlungen selbst zugiebt. Nun ist es allerdings richtig, daß in allem Leben, auch in dem religiösen, erst Erfahrung, dann Begriff, erst Praxis, dann Theorie besteht bezw. folgt, daß das Unbewußte eine große Rolle im Leben — man denke nur an die Kunst — spielt, und Schmidkunz hat (1892) in seiner „Psychologie der Suggestion", worauf ich noch öfter zurückkomme, mit Recht das Unbewußte im Leben nicht bloß betont, sondern auch bewiesen, aber von Moral verlangen wir, daß sie bewußt ist; jedenfalls müßte dann erst die unbewußte Moral, die im Leben unzweifelhaft eine Rolle spielt, einer wissenschaftlichen Abgrenzung unterzogen werden. Darum bleiben aber doch die biologischen Thatsachen bestehen, die Espinas folgendermaßen zusammenfaßt: So sind die Achtung, die gegenseitige Liebe der Gatten, die Beständigkeit in der bevorzugten Zuneigung, die Erziehung der Jungen, Arbeit, Sparsamkeit, Mut, Gehorsam bei den Schwachen, Besorgnis bei den Starken, endlich bei allen die Aufopferung bezw. Verneinung des individuellen Ichs zum besten des kollektiven Ich die Grundzüge der Tugenden, zu denen das Tier durch das soziale Leben geführt ist.

Aus dieser Darlegung ergiebt sich, daß die Wissenschaften der allgemeinen Politik, des Staatsrechts und der Philosophie nicht die Republik lehren, am allerwenigsten aber die sogenannte sozialdemokratische Republik, sowie daß die Wissenschaft der Biologie bezw. Soziologie gerade das als naturnotwendig lehrt, dem die Sozialdemokratie den Krieg angesagt hat.

Nehmen wir einmal an, die Gegner gestünden dies zu und sagten: Damit fällt aber auch die Möglichkeit der christlichen Weltanschauung, so ist darauf zu erwidern: Die oben dargelegte biologische

Auffassung verträgt sich durchaus mit der christlichen, denn man braucht eben nur auf Grund des christlichen Glaubens anzunehmen, daß Gott durch die Natur wirkt. Deren Gesetze, bezw. Wirkungsweisen sind Ausflüsse seines Willens; sein Wille bestimmt die sozialen Ordnungen und die Gesetze ihrer Entwicklung; und wer an ihr entsprechend wirkt, kann sich als ein Mitarbeiter der Vorsehung betrachten. Dann bleibt unsre soziale, durch Sympathie ꝛc. geleitete Thätigkeit ja doch eine christliche, wenn sie nach biologischer Anschauung als eine normale Funktion gilt, und Christus hat uns ja demgemäß gelehrt. Espinas weist mit Recht auch darauf hin. Alle Impulse kommen vom Gefühl, die Wissenschaft bietet Regel und Maß. Durch jene Lehren wird der Mensch nicht auf die Stufe der Tiere versetzt, sondern diese werden nur als Vorstufen angesehen, nicht aber mit jenem identifiziert. Und wenn sie gemeinsame Gesetze haben, so ist damit nicht gesagt, daß die Menschen nicht außerdem noch nach höheren leben. —

Was lehrt die Wissenschaft von den bezüglichen thatsächlichen Vorgängen, also die Geschichte?

Die orientalische und ägyptische Geschichte kennt, wie bemerkt, nur Monarchie, oder Priesterstaaten bezw. Theokratien.

Die älteste antike Geschichte kennt ebenfalls nur ein Königtum, das allmählich von der Aristokratie beseitigt wurde: in Athen durch Lob, in Rom durch Tadel, in Sparta durch eigentümliche Umstände.

Einige Dauer haben überall nur aristokratische Republiken gehabt, demokratische nur solange, als ein hervorragender Mann sie leitete. Wer überhaupt etwas weiß, weiß auch dies. In der ganzen mittleren und neueren Geschichte giebt es auch keine dauernden Republiken, außer den genannten. Als die Urkantone sich 1291 zur Aufrechterhaltung ihrer Freiheit gegen das Haus Habsburg zusammenschlossen, dachten sie an nichts weniger als an eine Republik; sie erstrebten vielmehr nur ihre Freiheit von Habsburg durch Reichsunmittelbarkeit; daß diese sich für die Schweizer allmählich zur Republik gestaltete, ist richtig, beweist aber gar nichts für diese als solche, wie jeder vernünftige Schweizer sich ja auch darauf beschränkt, diese Regierungsform für sein Land als besonders geeignet zu bezeichnen; daß diese Republik gar nicht nach dem Geschmack der Sozialdemokraten ist, beweisen sie durch ihr Verhalten gegen dieselbe, wie gegen die amerikanische und französische Republik. Die Befreiung Nord- wie Mittel- und Südamerikas

war identisch mit der republikanischen Staatsform, und die Geschichte dieser Republiken dürfte auch dem blödesten Auge zeigen, daß diese Staatsform an sich nicht die mindeste Gewähr für die Wohlfahrt eines Volks bietet. Die Geschichte der ersten und zweiten französischen Republik spricht hierin noch eine deutlichere Sprache, und die der dritten, welche als „konservative Republik“ begründet ist, hat noch nicht ausgesprochen. Jedenfalls sind aber auch alle diese Republiken in den Augen der Sozialdemokraten „reaktionäre Staaten“, wie sie durch ihr Verhalten in ihnen, sowie durch ihre Forderungen an sie fortwährend beweisen.

---

3. Lehrt die Wissenschaft der Nationalökonomie den Sozialismus?

Diese Frage ist so gefaßt worden, weil sie Bebel so gefaßt hat. Daß die Fassung falsch ist, kann selbst dann nicht bestritten werden, wenn man den Sozialdemokraten zugiebt, daß die soziale Frage lediglich eine wirtschaftliche wäre. Bebel und seine Anhänger scheinen dies auch selbst zu fühlen und verwirren sich in Widersprüchen. Ist nämlich die soziale Frage nur eine wirtschaftliche, so hat weder die Regierungs- noch die Religionsform mit ihrer Lösung etwas zu thun, ist sie es aber nicht, dann kann auch die Wissenschaft der Nationalökonomie den Sozialismus nicht lehren, denn dies könnte nur die Wissenschaft von der Gesellschaft, die Soziologie. Indessen nehmen wir Herrn Bebel beim Wort und sehen wir, ob die Nationalökonomik, die Volkswirtschaftslehre, den Sozialismus auf diesem Gebiete lehrt.

Den Begriff der Volkswirtschaft kennt das Altertum nicht und kann ihn nicht kennen. Es hat weder einen Begriff, der sich mit „Volk“ in unserem Sinne deckt, noch auch kann seine Wirtschaft mit der unsrigen verglichen werden, da sie auf der Sklaverei beruhte. Die antiken Philosophen und Staatsmänner halten die körperliche Arbeit, Handwerk- und Industriebetrieb für etwas des Mannes Unwürdiges; dem aristokratischen Plato ist die Volkswirtschaft der Staat der Schweine, für Aristoteles wie für die Römer giebt es nur eine erlaubte Erwerbskunst: die Bewirtschaftung des eigenen Bodens unter

der Voraussetzung, daß die Sklaven die körperliche Arbeit im engsten Sinne leisten.

Wie das Christentum erst den Begriff der Menschheit und deren organische Bestandteile der Nationen gebracht hat, so hat es auch erst die „Arbeit" geweiht. Wie in rein religiösen Angelegenheiten hat das Gesetz im alten Bunde auch für diese Angelegenheit gleichsam die Vorarbeit übernommen.

Zunächst ist hier vorauszuschicken, daß es in Israel keine Stände, keine soziale Abstufung geben kann, weil alle Israeliten als Knechte Jehovahs gleich sind. Die besondere Ausnahmestellung des Stammes Levi bedingt keine Standesvorrechte. Da Jehovah allein Eigentümer des Landes, ist das Eigentum den Einzelnen nicht bloß, sondern auch den Familien, Geschlechtern und Stämmen zur Verwaltung übergeben; das Eigentum ist eine Gnade Gottes, es ist aber auch unter dieser Voraussetzung, sowie unter bestimmten gesetzlichen Einschränkungen ein Besitz, für welchen den Einzelnen, den Familien &c. volles Eigentumsrecht zusteht; uneingeschränkt ist dies allen Nichtisraeliten gegenüber der Fall, die nur vorübergehenden Besitz erwerben können.[1])

Da Gott der Eigentümer ist, kann auch ein Landverkauf in unserem Sinne nicht stattfinden. Alle Immobilien sollten in jedem 50. Jahr, dem Jubel- oder Halljahr, an den ersten Verkäufer ohne Entschädigung zurückfallen; im Grund konnte also nicht das Grundstück, sondern nur sein Ertrag verkauft werden (3. M. 25, 15). Kanaan ist also ein Fideikommiß, dessen Eigentümer Jehovah und dessen Nutznießer das Volk Israel ist (5. M. 23, 24 ff.). Wie hier also der gottvergessenen Selbstsucht, die unser ganzes Elend heraufbeschworen hat, ein starker Riegel zu Gunsten der Nächstenliebe vorgeschoben ist, so auch in einer großen Anzahl von Einzelbestimmungen. Da das Zinsnehmen von den eigenen Volksgenossen als gottlos verboten, jeder Handel somit wesentlich beschränkt, die Industrie aber von keiner Bedeutung war, so war die Erwerbsthätigkeit fast nur auf die Landwirtschaft beschränkt und so in enge Grenzen beschlossen. Die Erwerbung großer Reichtümer, sowie Latifundienwirtschaft waren unmöglich; Geldheiraten waren ausgeschlossen, weil kein Mädchen eine Mitgift zubrachte.

1) Vgl. F. E. Kübel, Die soziale und volkswirthschaftliche Gesetzgebung des Alten Testaments, 2. Aufl. 1891; sowie A. Jäger, Die soziale Frage, 2. Bd. S. 8 ff.

Wie im Gesetz übermäßigem Reichwerden gesteuert werden sollte, so auch solcher Armut. Während der Erntezeit war für Jedermann gleichsam offne Tafel (5. M. 23, 24 ff.). Die Überreste bei jeder Ernte gehören den Armen (3. M. 19, 10; 23, 22; 5. M. 24, 19ff.). Im Sabbat- wie im Jubeljahr ist wiederum offne Tafel; gerne leihen soll man dem Bruder, wie der Arme im Gesetz heißt, und Gott nimmt sich seiner besonders an (2. M. 22, 21 ff.; 5. M. 25, 29—43; 24, 10—13 u. s. w.)

Auch die Auffassung der Arbeit ist eine höchst gesunde. Vor dem Sündenfall hat der Mensch zwar auch Arbeit (1. M. 2, 15), aber nicht wie nach dem Sündenfall unter Sorgen um des Leibes und Lebens Notdurft, er hat nur den Garten zu bebauen und zu bewahren. Gleichsam als Erinnerung an jene freie und sorgenlose Arbeit des Paradieses ist nach dem Sündenfall der Sabbat, der Ruhetag in die Mühsal des Lebens gesetzt. Die sorgenvolle Arbeit im Schweiße des Angesichts bleibt in der Welt nach dem Sündenfall ein Gebot Gottes; der Ertrag dieser Arbeit ist nicht das menschliche Verdienst, sondern ein Segen Gottes (Ps. 127, 2). Diese Anschauung tritt auch deutlich bei der Spendung des Mannas hervor (2. M. 16, 5, 25—27, 19 f., 24, 18 u. 22, 20 u. 24).

Da Arbeit auf einem Gebot Gottes beruht, so sind Alle Arbeiter; da aber Besitzunterschiede thatsächlich vorhanden sind, so kann der Geringere seine Arbeitskraft vermieten als freier Tagelöhner (3. M. 19, 13) oder als Knecht; da er aber Jehovas Knecht bleibt, so muß er spätestens alle 7 Jahre frei gegeben werden; jede Mißhandlung bringt ihm Freiheit (2. M. 21, 26 f.); wenn er abzieht, erhält er Versorgung (5. M. 15, 13 ff.); Leibeigner konnte ein Israelit nur durch eignen Willen werden (3. M. 25, 39 u. a.), oder wenn seine Mutter eine Heidin war; zu behandeln waren sie wie die Knechte, auch wenn sie Heiden waren. Alle aber hatten teil an der Sabbatruhe und allen Festen wie Familienglieder.

So weit erhaben auch diese Wirtschafts- und Sozialpolitik über die der ganzen übrigen alten Welt ist, so ist sie doch noch national-israelitisch und gesetzlich gebunden. Und wenn auch schon die Keime zum Christlichen vorhanden sind (3. M. 19, 17), so ist es doch Christus erst, welcher das „neue“ Gebot der Liebe gab, der die Nächstenliebe eine Bethätigung der Gottesliebe ist, welche sich auf alle Menschen

und alle Gelegenheiten ihrer Bethätigung erstreckt[1]). Christus erst hat alle jene Schranken weggeräumt[2]). Auch nach seinem Sinn ist das Eigentum Gottes Gabe und der „Eigentümer" im Grunde nur Verwalter, Haushalter Gottes, der dem Gebot der Nächstenliebe alles zu opfern hat, denn nur das ewige Gut hat er unter allen Umständen zu bewahren. Nicht als ob die irdischen Güter überhaupt wertlos oder gar verwerflich wären, sie sind aber relative Güter, nämlich insofern sie dem höchsten Gute dienen. Die Knechte sollen ja mit ihrem Pfunde wuchern, aber in dem Einen Geiste, jeder soll in seinem Beruf und Amt arbeiten (1. Cor. 7, 20 ff.), aber bedenken, daß Ein Herr ist; damit aber jeder auch so wirken kann, an der Stelle, wohin er berufen ist, müssen die Andern für ihn eintreten, wenn ihm dazu die Mittel fehlen; die äußerste Armut vom Nächsten abwehren helfen, ist christliche Pflicht; der Unterschied zwischen Arm und Reich besteht im Christentum insofern, als dies fordert, daß dieser soweit ausgeglichen werden muß, damit Jeder seinen Beruf im Reiche Gottes, soweit diese Welt in Betracht kommt, erfüllen kann, denn auch allzugroßer Reichtum ist sehr häufig hierin hinderlich (Mat. 19, 17 ff., Luk. 6, 24); daher die Vorschrift: Wer dich bittet, dem gieb! (Mat. 5, 42, Luk. 6, 30). Arbeiten soll der Christ — wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen (2. Thess. 3, 10) — „auf daß er habe zu geben den Dürftigen" (Eph. 4, 28), „mit stillem Wesen soll er arbeiten" (2. Thess. 3, 12). Nur in diesem Sinne erkennt auch das Christentum das Eigentum an; mit der Mißachtung der Arbeit ist die Mißachtung des Eigentums verbunden, wie mit dem Ertrag beider die Pflicht der Liebesthätigkeit, die aber in keiner Weise gebunden ist (2. Cor. 9, 7). Und der Zweck dieser Thätigkeit ist eben, daß Gottes Weltplan zur Ausführung gelange durch

1) Namentlich sind es seine Gleichnisse, in denen sich jene Lehren gleichsam krystallisiert haben. Vergleiche das vortreffliche Büchlein von Hermann Schmidt, Die Gleichnisse Jesu im Evangelium des Lukas, ausgelegt mit Rücksicht auf die sozialen Aufgaben der Gegenwart. Basel 1891 (ℳ 2.40). Er hebt in der Vorrede sogleich die entscheidenden Punkte hervor: Liebe — Selbstsucht, und hat es im Texte meisterlich verstanden, Christi und des Christentums Liebeskräfte an jenen Gleichnissen zu zeigen in Nächsten- und Sünderliebe, in der Liebe zu Familie, Vaterland und Menschheit, wie in der Liebe im Gebet. Vergleiche ferner über die Grundsätze der christlichen Sittenlehre Hollenberg, Die soziale Gesetzgebung und die christliche Ethik. Haarlem 1880. S. 60 ff.

2) Vgl. Uhlhorn, Die christliche Liebesthätigkeit I. Bd. und A. Jäger, a. a. O. S. 25 ff.

die nötige Ausgleichung der Besitzunterschiede (2. Cor. 8, 14). Und für den Gebenden liegt der Segen darin, daß ihn Gott genügsam macht; da aber Genügsamkeit nicht bloß die sittliche Folge, sondern auch die Voraussetzung des Gebens ist, so heißt es im Sprichwort: „Der Milde giebt sich reich, der Geizhals nimmt sich arm."

Durch all dies hat der Herr die Berufsarbeit, heiße sie wie sie wolle, zum täglichen Gottesdienst gemacht und die Bethätigung der Nächstenliebe zum praktischen Kern aller Religion. Und was hat die gottlose Selbstsucht in sog. christlichen Staaten aus dieser christlichen Volkswirtschaftspflege gemacht? Die Sozialdemokratie giebt die deutlichste Antwort darauf: die Arbeit ist im allgemeinen und prinzipiell eine Last, nur Genuß hat Wert; nur Handarbeit verdient noch den Namen Arbeit, und die sie verrichten, sind die Proletarier; jeder ist sich selbst der Nächste und verdient und genießt möglichst viel bei möglichst wenig Mühe; der Arbeiter ist eine kleine belebte Maschine, deren Existenz bei dem Kalkül nur soweit in Frage kommt, als die Rentabilität und Konkurrenzfähigkeit in Betracht kommt; Barmherzigkeit üben ist bei Einigen Mode, bei Andern Bedürfnis, bei sehr vielen ein Akt sogenannter Generosität, welche das liebe Ich in günstiger Beleuchtung erscheinen läßt, so etwas was die antike liberalitas war.

Aber auch das Mittelalter war in dieser Richtung schon krank. Während das klassische Altertum, was von einem Jenseits nichts wußte, weder die Arbeit noch das Leben an sich zu schätzen wußte, es sei denn als Mittel oder Träger für Tugend bezw. Genuß, verfiel das Mittelalter in den entgegengesetzten Fehler, nur das Jenseits zu schätzen: Arbeit war ein notwendiges Übel, und Barmherzigkeit nur geboten, um sich das Jenseits zu sichern[1]). Jede wirtschaftliche Thätigkeit war in den wichtigsten Beziehungen kirchlich unterbunden. Die Opposition hiergegen ging von den Städten aus, bis die Wiederherstelluug des biblischen Christentums der Entwicklung der Volkswirtschaft neuen Boden schaffte[2]), auf dem allerdings dann nichts weniger wie christlich gewirtschaftet wurde.

Es ist für die vorliegende Frage bedeutungslos, sich mit den nächsten Stufen der Volkswirtschaftslehre: der sogenannten Kameral-

---

1) Vgl. Uhlhorn, a. a. O. II. Bd.

2) Vgl. des Verfassers: Deutsches Leben und deutsche Zustände von der Hohenstaufenzeit bis ins Reformationszeitalter.

wissenschaft, dem Merkantilsystem und der Lehre der Physiokraten zu befassen, wohl aber ist in Betracht zu nehmen die Lehre von A. Smith, welche in Verbindung mit der Erfindung Watt's u. A. das noch heute herrschende Industriesystem begründete bezw. hervorrief.

Ganz ähnlich wie die Merkantilisten und Physiokraten und entsprechend den Lehren der englischen und französischen Aufklärungsphilosophen, welche das atomisierte Individuum zum Mittelpunkt und Maß aller Dinge machten (vergl. die antiken Sophisten), ging A. Smith von der Annahme aus, daß die Egoität, die Selbstsorge Das ist, was die Menschen zur Arbeit treibt und treiben soll; wie man sieht verzichtet er hierbei ebenso auf Pflichtgefühl wie jeden anderen sittlichen Faktor. Dieser bedenklichen Annahme gesellte er nun zwei noch bedenklichere zu, zunächst daß die Interessen der Einzelnen sich vermöge der Natur selbst mit den Interessen der anderen ausglichen, das ist die berüchtigte Harmonie der Interessen, aus welcher vor allem folgt, daß der Staat durch sein Eingreifen, wie immer es sei und was immer es bezwecke, jene Harmonie stören werde. Es mag sein, daß A. Smith da ein ähnlicher Gedanke vorschwebte, wie später Darwin, indem er jene „Entwicklung zum Besten“ in sein System aufnahm; daß jene Lehre eine grobe Unkenntnis der Menschen und der Welt und eine schwere Versündigung gegen die Thatsachen enthält, bedarf keines Beweises. Wozu uns unsere Selbstsorge treibt, ist Ausfluß der Selbstsucht; folgt jeder diesem Trieb, so kann selbstverständlich nur der allgemeine Krieg Aller gegen Alle folgen, wie wir ihn jetzt haben; diese Disharmonie der Interessen wird durch Smiths weitere Lehren nicht aufgehoben. Indem er nämlich als die Quelle alles Wohlstandes die Arbeit ansah, zog er hieraus die Konsequenz der Arbeitsteilung und der freien Konkurrenz.

Die Arbeit ist zwar ein wesentlicher, der wesentlichste Faktor des wirtschaftlichen Gedeihens, aber keineswegs der einzige, wie Smith und nach ihm auch Marx u. a. Sozialisten meinen; auf der Arbeitsteilung beruht zwar höhere Leistungsfähigkeit, aber einseitig überspannt macht sie den Menschen zur Maschine; die freie Konkurrenz entwickelt zwar die wirtschaftliche Thätigkeit in außerordentlicher Art, aber sie führt zu einem Vernichtungskampf. Sie hat nicht, wie Smith und seine Anhänger behaupten, zur freien Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte geführt, sondern zu dem was wir heute haben: zu einem wirtschaftlichen und sozialen Schlachtfelde, das mit Trümmern und Leichen

bedeckt, von dem Stöhnen und Klagen der Verwundeten erfüllt ist. Der Arbeiter wurde in diesem Entwicklungsgang nicht mehr als Glied der Gesellschaft angesehen, das auch leben will, nicht als Glied der Gemeinde und des Staats, das auch mitthun will, sondern als ein Teil der Produktionsmittel, ja als Ware. Denn durch die Nachtreter Smiths ist die Sache nicht besser geworden. Ricardo hat seinen Meister noch zugespitzt, so daß gerade Marx an diesen seine Theorien anknüpfen konnte. Und mit diesem beginnt denn auch eine theoretische Umwälzung der ökonomischen Wissenschaft, welcher die praktische dann bald folgen sollte. Freilich reichen die Reaktionen gegen den Individualismus schon auf Th. Moore zurück, aber gerade diejenigen, auf welche sich der moderne Sozialismus zuerst stützt, sind extreme Individualisten, wie Rousseau, der bekanntlich alle Individuen für völlig gleich, gut und gleichberechtigt, demgemäß alle Herrschaft an sich, insbesondere aber das Privateigentum für verderblich erklärt; den Rentner nennt er einen Räuber, der auf Kosten der Vorübergehenden lebt. Robespierre hat denn auch einen Versuch mit dem praktischen Sozialismus gemacht, der übel genug für Frankreich ablief.

Die sozialen und ökonomischen Konsequenzen aus jener Gleichheitslehre hat erst Babeuf gezogen, welcher während der Konventsherrschaft „die Gesellschaft der Gleichen" gründete und folgendes Programm aufstellte: Das Volk ist Eigentümer aller Güter. Da jeder das Recht auf glückliche Existenz und damit die Pflicht zur Arbeit hat, so ist die letztere durch Gesetze zu regeln. Alle haben ein Recht an Allem, die oberste Gewalt hat für die Gleichheit aller Genüsse und gleichmäßigen Wohlstand zu sorgen. Als Babeuf seine Pläne gewaltsam durchsetzen wollte, ließ ihn die Revolutions-Regierung hinrichten. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeiter und Bourgeois und andere sozialistischen Ideen wurden ausgebildet durch St. Simon und Fourier.

In Deutschland ist es zuerst Fichte, welcher der Soziologie einen wissenschaftlichen Boden schuf und lehrte: „Die Bildung der Dinge durch eigne Kraft ist der wahre Rechtsgrund des Eigentums. Wer nicht arbeitet, darf wohl essen, wenn ich ihm etwas schenken will, aber er hat keinen rechtskräftigen Anspruch aufs Essen. Er darf keines anderen Kräfte für sich verwenden. Auf die rohe Materie hat jeder Mensch ursprünglich ein Zueignungsrecht, auf die durch ihn modifizierte ein Eigentumsrecht." Das Unentbehrliche muß jedem, der arbeitet, gewährleistet werden, und dies ist: genügende

Nahrung, Kleidung und Wohnung.[1]) Ähnlich Carlyle in England. Die Ideen St. Simons und Fouriers wurden in radikaler Art erst populär mundgerecht gemacht durch Cabet ca. 1840, durch dessen Thätigkeit die eigentliche sozialdemokratische Bewegung unter Ledru-Rollin begann, und das erste sozialdemokratische Blatt „La Reforme“ 1843 erschien. Das Programm lautet: freier Volksstaat, Staatserziehung, Recht auf Arbeit, Produktivassoziation mit Staatshilfe. Dieses hat — nach L. Blanc — Lassalle übernommen. Wie Fichte ist auch er national, wie L. Blanc will auch er den Staat nicht zum Verwalter des Eigentumes, sondern nur zum Gesetzgeber machen, der durch Darbietung der ersten Mittel vermittelst der Produktivassoziationen die Durchführung des Programms ermöglichen soll. Während ihm Eigentum „Fremdtum“ ist, ist es für Proudhon Diebstahl; während er im Zusammenhang mit dem deutschen Soziologen Rodbertus blieb, der durch geeignete Reformen, zu deren Darlegung hier der Raum fehlt, auf friedlichem Wege die Lösung der sozialen Frage bewirken wollte, hat Marx sich zwar auch in der Kritik des Bestehenden auf Carlyle und Rodbertus gestützt, ist aber in seinem praktischen Programm den extremsten Franzosen, wie Babeuf, gefolgt. Das sog. „eherne Lohngesetz“ Lassalles erkennt er nur bedingt an; nachdem dasselbe 20 Jahre der Agitation gedient, hat es auch die offizielle Sozialdemokratie in Halle als „unwissenschaftlich“ fallen gelassen; die Produktiv-Assoziationen mit Staatshilfe verwarf Marx, der von dem „reaktionären Staat“ überhaupt nichts wissen wollte; auch hierin ist ihm der Hallesche Parteitag gefolgt, desgleichen darin, daß sie dem Begründer der Internationale Marx den nationalen Lassalle geopfert hat.

Marx ist aus der Hegelschen Schule hervorgegangen und hat bei seinem ersten längeren Aufenthalt in Paris Proudhon kennen gelernt und ihn, wie er selbst sagt, zu seinem Schaden mit Hegelianismus infiziert. Die erste Folge dieser Infektion ist Proudhons „Philosophie des Elends“, dem Marx sein „Elend der Philosophie“ entgegensetzte.[2]) Proudhon wird in demselben nicht bloß in der Hegelschen

1) Vgl. Fichtes Soziologie, herausgegeben von S. Warneck, sowie dessen Notwendigkeit einer sozialpolitischen Propädeutik, 2. Aufl., 1884; Die Volksseele 1884; Die Soziologie I. 1889. R. Meyer, Emanzipationskampf des vierten Standes 1884.

2) Übersetzt von Bernstein und Kautsky und bevorwortet von Engels. 2. Aufl., 1892.

Dialektik widerlegt, sondern auch verhöhnt, und als kleiner Bourgeois in den Winkel gestellt. Die Grabrede, die Marx hier dem früheren Freunde hält, beweist allerdings eine seltene Unabhängigkeit des Herzens; nur Proudhons Angriffen auf die Religion, Kirche rc. erkennt er großes lokales Verdienst zu „zu einer Zeit, wo die französischen Sozialisten es für passend hielten, der deutschen Gottlosigkeit des 19. Jahrhunderts durch Religiosität überlegen zu sein."

In der genannten Schrift entwickelt Marx im Anschluß an Ricardo seine Theorie in den Formen Hegelscher Dialektik. Dieser entsprechend definiert er (absichtlich?)[1]) einen Begriff, z. B. ein Wort einseitig, diese einseitige Definition wird dann auf die Dinge selbst angewandt und dann tritt natürlich der Widerspruch, den die Einseitigkeit der Definition in den Begriff getragen hat, als Verkehrtheit bei den betr. Dingen hervor. Daß demnach seine Lehren widerspruchsvoll sind, ist klar, dasselbe gilt natürlich für die aus ihnen gezogenen Folgerungen.[2]) Daß alle diese Manipulationen des Verstandes und Verirrungen und Verwirrungen des Systems nur von einem wissenschaftlich geschulten Kopf erkannt, entwirrt und widerlegt werden können, ist nicht minder klar; wie sie sich demnach in einem ungeschulten Kopf ausnehmen, kann nicht annähernd ermessen werden. Da Marx aber seine Führerstellung im Sozialismus nicht bloß durch seine ökonomischen Lehren, sondern auch durch seine philosophische Stellung, durch seinen Atheismus bezw. Materialismus erlangt hat, so ist diese Seite der Sache kurz zu berühren. Außer jenem nämlich hat er die materialistische Geschichtsauffassung gefordert, deshalb nennt ihn Engels den Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus. Im Anschluß an Feuerbach, einen Schüler Hegels, behauptet er, daß nur das Materielle etwas Wirkliches sei, geistige Faktoren im menschlichen Entwicklungsprozeß nicht vorkämen: Es giebt keinen Gott, der Mensch ist in seinem Wesen Tier, das Denken ist ein chemischer Prozeß, ein solcher macht auch dem Leben ein Ende. Da alle Geschichte bestimmt wird durch die Verteilung der Produktion, so ist die Wirtschaftslehre Grundlage und Ausgangspunkt aller Wissenschaft, die weder mit Religion noch mit Philosophie etwas zu thun hat. Für die Wirtschaftslehre stellt er nun eine Theorie auf, deren Kern der sogenannte Mehrwert ist,

---

1) Vgl. Hollenberg a. a. O. S. 27.

2) Vgl. A. Held, Sozialismus, Sozialdemokratie u. Sozialpolitik, 1878, S. 8 ff.

auf dem alle seine Folgerungen beruhen. Marx knüpft seine Theorie, wie gesagt, an Ricardo bezw. dessen beiden Hauptsätze an: 1. der Wert jeder Ware wird nur bestimmt durch die zu ihrer Produktion nötige Arbeitszeit, 2. das Produkt der ganzen gesellschaftlichen Arbeit wird verteilt unter die Grundbesitzer, Kapitalisten und Arbeiter.

Indem er den Wert wie die anderen Theoretiker in Gebrauchs- und Tauschwert scheidet[1]) — dient z. B. Brot als Nahrung, so kommt ihm jener, dient es zum Verkauf, so kommt ihm dieser zu —, soll jede Ware nach ihm nur soviel Tauschwert haben als Arbeit darin steckt; alle Waren also, welche ein gleiches Arbeitsquantum enthalten, haben gleichen Tauschwert. Da der Kapitalist im Besitz aller Produktionsmittel ist, so muß der Arbeiter seine Arbeitskraft an ihn verkaufen; auch diese Kraft hat Tausch- und Gebrauchswert, jener ist gleich der wirklich verwandten Arbeit d. h. gleich dem Wert der Lebensmittel; diesen Wert bezahlt der Kapitalist, erwirbt aber zugleich den Gebrauchswert der Arbeitskraft, einer Naturgabe, die zwar nach Marx den Arbeiter nichts kostet, aber dem Kapitalisten viel einbringt. Die Arbeitszeit, welche jenem Wert entspricht, ist die notwendige, d. h. die, welche der Kapitalist bezahlt, und für die er wieder bezahlt wird. Um nun einen Mehrwert, einen Profit zu erzielen, hat der Kapitalist das Interesse jene notwendige Arbeitszeit zu verlängern, diese Verlängerung kostet den Arbeiter zwar Arbeitskraft, bildet aber keinen Wert für ihn; sie bildet vielmehr Mehrwert, den der Kapitalist schluckt. Je mehr der Kapitalist jene Arbeitszeit auszudehnen und je billiger er die Arbeitskraft (Frauen und Kinder) zu gewinnen oder durch technische Vervollkommnung zu ersetzen weiß, desto größer wird jener Mehrwert. Dieser kann nach Marx nur dem Kapitalisten zu gute kommen, da nach ihm die Fähigkeit, ein größeres Maß von Werten zu produzieren, auf den Tauschwert der Arbeitskraft keinen Einfluß hat. Während die Industrie früher mehr extensiv arbeitete und die Handwerke vernichtete, arbeitet sie jetzt intensiv und macht immer mehr Arbeiter überflüssig und schafft sich dadurch die Armee der überschüssigen Arbeiter, die sog. industrielle Reservearmee. So akkumuliert sich der Reichtum, der Reichen werden immer weniger, der Armen und Elenden immer mehr.

---

1) Dühring, Kursus der National- und Sozialökonomie, 3. Aufl. S. 30 ff., verwirft diese Scheidung.

Dieses ganze System beruht auf der Behauptung, daß der Tauschwert der Waren etwas von ihrem Gebrauchswert durchaus Unabhängiges sei. Diese Behauptung ist aber 1. unbewiesen.[1]) Marx sagt zwar mit Recht, daß der Tauschwert etwas allen Waren Gemeinsames haben müsse, daß dies aber die Arbeit sei, behauptet er ohne jeden Beweis, er erklärt es nur für augenscheinlich. Schon Aristoteles (Nikom. Ethik V, 8) hat dies Gemeinsame in dem Bedürfnis, in der Brauchbarkeit gefunden. Jene Behauptung ist aber auch 2. unrichtig. Innerhalb des Austauschverhältnisses gilt nach Marx ein Gebrauchswert soviel wie der andere, wenn er nur in gehöriger Proportion vorhanden ist; daraus folgt doch, daß er für die Bestimmung des Tauschwerts mitwirkt;[2]) da er aber weiter behauptet hat, daß dieser von jenem unabhängig sei, so widerspricht er sich selbst. Ferner gesteht er zu, daß nur der Gesellschaft nützliche Dinge Tauschwert haben. Eben weil der Gebrauchswert ein wesentlicher Faktor des Tauschwerts ist. Richtig ist, daß der Gebrauch an sich einer Sache noch keinen Tauschwert giebt, wie Luft und Sonnenlicht. Ein Gebrauchswert hat also nur insofern Tauschwert, als er in den Besitz eines Einzelnen oder einer Genossenschaft übergehen kann und nicht so reichlich vorhanden ist, daß er jedem zur Verfügung steht, wie Luft, Sonnenlicht rc., die Ovid deshalb auch publica munera genannt hat. Daß eine Sache also Gebrauchswert habe, unterliegt dieser Voraussetzung, daß sie aber Tauschwert habe, setzt ihren Gebrauchswert, ihre Nützlichkeit voraus. Doch davon später. Giebt man Marx weiter auch zu, daß der Arbeitslohn nicht der Preis der Arbeit, sondern der Arbeitskraft sei, so tritt auch für diese derselbe Fall ein. Der Tauschwert auch der Arbeitskraft ist wesentlich bestimmt durch ihren Gebrauchswert, ihre Brauchbarkeit, die geschicktere zuverlässigere Arbeitskraft erhält eben mehr als die minder geschickte und zuverlässige, mögen beide ein gleiches Arbeitsquantum geleistet und beide gleiche Ernährungsquanta für sich und ihre Familien zu schaffen haben. Also hängt der Tauschwert auch der Arbeitskraft nicht, wie Marx behauptet, allein von den Produktionskosten ab, sondern von der höheren oder geringeren Brauchbarkeit derselben. Ferner: seine Behauptung von der in-

1) Siehe Cathrein, Der Sozialismus, 5. Aufl., S. 76 ff. Von besonderem Wert sind die Ausführungen bei Wolf, Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung, 1892, S. 284 ff.

2) Hierzu vergleiche Ettinger, Der Einfluß der Goldwährung rc. S. 107 ff.

dustriellen Reservearmee, die das Lasallesche eherne Lohngesetz in seinem System vertritt, ist unbewiesen[1]) und die Begründung derselben ist ebenso und aus denselben Gründen unrichtig, wie jene anderen, aus denen sie nur eine Folgerung ist. Doch davon ist im Zusammenhang mit anderen Dingen im folgenden Buch zu handeln, wo auch seine falschen Behauptungen bezüglich des Verhältnisses des Handwerks zur Industrie, sowie bezüglich des Kapitals und Lohns einer weiteren Erörterung bedürfen.

Kommen wir nun noch einmal auf die Stellung der Arbeit zum Tauschwert zurück, so zeigt jede vorurteilslose Betrachtung, daß keineswegs überall nur Arbeit gegen Arbeit getauscht wird.[2]) Ist der Boden z. B. schlecht, so muß erheblich mehr Arbeit geleistet werden als bei gutem; die plumpste Goldarbeit ist unvergleichlich viel teurer als die feinste Silberfiligranarbeit; erfordert die Gewinnung eines Fuders Johannisberger mehr Arbeit als die eines Fuders Wachenheimer? Und wie ist es in Ländern, welche ohne jede Arbeit Früchte genug hervorbringen für die Existenz ganzer Familien? Schon aus dieser Überlegung geht hervor, daß bei dem Tauschwert nicht bloß die Arbeit, sondern auch die verarbeitete Materie wertbildend wirkt.[3]) Fragt man sich ferner: Warum sind in diesem Jahre die Sammete und besondere Arten von Knöpfen weit billiger als in einem anderen, obgleich die Produktion in denselben erheblich abgenommen hatte? Weil sie nicht mehr Mode waren. Warum sind Kleider, Kleiderstoffe, Hüte ꝛc. nach der sogenannten Saison erheblich billiger als während oder vor derselben? Auch hier wirkt die Mode entschieden wertbildend. Man hat vor Jahren irgendwo ein gutes helles Bier zu billigem

---

1) Wolff, Sozialismus ꝛc. S. 257 ff. zeigt, wie auch hier wieder Marx' Statistik das Gegenteil seiner Behauptung bezeugt, und die Nachhilfe, die Schippel ihm gewährt, ist nicht minder verkehrt; Wolf weist nach, daß aus der brittischen Statistik, die Marx und Schippel für sich in Anspruch nehmen, sich schlagend ergiebt, daß die Zahl der brittischen Industriearbeiter von 1841—1881 um 45 %, die der Bewohner um 30 % gestiegen ist. Über das Lohngesetz siehe S. 248 ff.

2) Recht praktisch sind die einschlägigen Paragraphen bei Sachse, Rüstzeug des Lehrers, und das kleine Schriftchen von Hammann, die kommunistische Gesellschaft, 1891.

3) Marx sieht dies wohl ein; um aber den entsprechenden Folgerungen zu entgehen, giebt er dies bloß für den Gebrauchs- nicht aber für den Tauschwert zu, wodurch er sich wieder mit der Wirklichkeit in Widerspruch setzt, wie oben gezeigt ist.

Preis getrunken, man kommt wieder und erhält für teures Geld eine dunkle Brühe, die weder schmeckt noch bekommt. Und warum? Der Wirt sagt: Ach das? das hat sich überlebt. Wieso? Hat's die Brauerei schlechter geliefert? Gott bewahr, sagt er, es wollt's niemand mehr, es hat sich eben überlebt. Wertbildend sind also auch der wechselnde Geschmack, die Mode, kurz die jeweiligen Bedürfnisse. Eine Aktienbrauerei will sich vergrößern, Gerste, Hopfen stehen billig im Preis, es besteht eine Geldkrise, das Kapital ist vorsichtig und zurückhaltend und deshalb teuer, nun ist es das Kapital, welches wertbildend wirkt. Also nicht bloß die Arbeit, sondern auch der gute und schlechte Boden, die wechselnden Bedürfnisse und Konjunkturen sind wertbildend. Es ist also ein starker theoretischer Irrtum, wenn Marx den Tauschwert als „geronnene Arbeitszeit", als „Arbeitsgallerte" bezeichnet. Sein Begriff der Arbeitszeit kann aber auch deshalb nicht allein den Tauschwert bestimmen, weil für denselben mitbestimmend ist die Zeit, welche durch den Warenaustausch in Anspruch genommen wird. Seine ganze Werttheorie ist kein ökonomisches Gesetz, sondern allenfalls eine Forderung für die Zukunft. Diese könnte aber nur dann angenommen werden, sagt Hammann mit Recht (S. 27), wenn die sozialistische Wissenschaft den Beweis erbrächte, daß sie Garantie leisten könne für 1) Bewahrung aller Vorteile der kapitalistischen Produktion (besonders: Steigen der Produktion, fortschreitende Verminderung der Arbeitszeitkosten der Waren, die stete Bereitschaft von produktivem Kapital, die wirtschaftliche Anwendung desselben), 2) gerechtere Verteilung des Arbeitsertrages. Von diesem Beweis und dieser Garantie ist aber weder bei Marx, noch bei Engels, oder irgend einem andern Sozialisten die Rede. Die „Wissenschaft" muß vielmehr weitere entscheidende Einwände gegen die ganze Theorie vorbringen. Abgesehen von den schon oben erbrachten Gegenbeweisen hat die Wissenschaft zu rügen, daß Marx und seine Anhänger unter ihrer „Arbeit" nur körperliche Lohnarbeit, Hand- und Muskelarbeit verstehen. Da steht ein prächtiges Haus. Durch wessen Arbeit ist dies entstanden? Die Sozialdemokraten antworten: Durch die der Maurer, Zimmerleute, Handlanger, Anstreicher, Dachdecker, Tischler, Schlosser, ꝛc. Der gegesunde Menschenverstand und die Wissenschaft meint, daß die zwar

1) Hammann a. a. O. S. 12 ff. Auch hier ist das von Wolf a. a. O. über Arbeit, Arbeitsteilung ꝛc. Dargelegte von durchschlagender Bedeutung, vergleiche S. 399 ff.

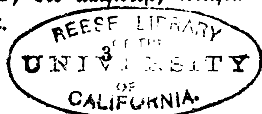
auch daran gearbeitet haben, daß ihre Arbeit aber gar nicht möglich gewesen wäre, wenn der Baumeister nicht vorher gearbeitet und den Bauplan gemacht, und der Bauherr nicht das Kapital gestellt hätte.

Die „Wissenschaft“ lehrt demnach, daß es auch andere Arbeit giebt als körperliche[1]) und daß der Arbeiterstand in allen Berufsklassen des Volkes vertreten ist; Wissenschaft und Erfahrung lehren aber auch, daß keine Arbeit zweckentsprechend produktiv ist, wenn sich ihr nicht der Arbeiter technisch und individuell angepaßt hat; wie sollte dies denn im sozialdemokratischen Staat möglich sein? Auch die Arbeitsteilung ist in ihm, der alles nivelliert, nicht in dem Grade möglich, als es der von den Sozialdemokraten selbst geforderte Kulturfortschritt verlangt; auch hier könnte nur ein Rückgang, eine Rückbildung eintreten. Man kann hier auf das hinweisen, was Karl Ritter in der Einleitung zu seiner Erdkunde sagt: „Jedem Volke, wie jedem Einzelnen wohnt eine nur ihm gehörige Eigentümlichkeit inne. Diese, die von einer höheren Macht ausgeht, als die des verschwindenden Menschen ist, zur vollen Entwicklung zu bringen, ist die Aufgabe jedes Einzelnen, wie jedes Volkes. Ihre Ausbildung macht die wahre Größe des Menschen, die Volkstümlichkeit und Nationalgröße der Völker aus.“ Dieser Gesichtspunkt ist auch bei den Produktionsmitteln von großer Bedeutung, welche der Sozialismus nicht erkennt bezw. anerkennt. Sollten aber alle Produktionsmittel, d. h. nahezu alles Eigentum, Gemeinschaftseigentum werden, so würde kein Mensch mehr Scheere, Zwirn, Hammer, Zange, Bohrer, Krahnen u. s. w. im Eigenbesitz haben. Wollte aber der kommunistische Staat erlauben, daß die „Haushandwerkszeuge“ davon eine Ausnahme machten, dann würde er vor der Frage stehen, was sind denn „Haushandwerkszeuge“? Der Landmann hat davon einen sehr viel weiteren Begriff als der Städter, ein praktischer Mensch einen sehr viel weiteren als ein unpraktischer. Jener Staat würde auch vor der Frage stehen, wo ist die gesetzliche Scheidegrenze zwischen Genuß-, Verbrauchs- und Produktionsmitteln? denn Obst aller Art kann z. B. in allen drei Beziehungen in Betracht kommen (vgl. Sachse § 75 ff.)

Es ist richtig und beklagenswert, daß die gegenwärtige Produktion leicht zu Überproduktion, oder richtiger gesagt Unterkonsum und zu Krisen führt, die sich in immer kürzeren Zeiträumen wiederholen,

---

1) Vergleiche dazu Mosso, Die Ermüdung, 1892, der nachweist, welchen Muskelverbrauch auch die geistige Arbeit mit sich bringt.



Krisen, welche nicht bloß die Handarbeiter zu Bettlern machen; diese Thatsache hat der Sozialdemokratie erst den Boden ihrer Existenz geschaffen, es ist auch unzweifelhaft, daß die gegenwärtige Rechtsordnung darin wohl fehlt, daß sie auch brotlos gewordene Arbeiter, die zum Bettel greifen, da sie keine Arbeit finden, als straffällig ansieht. Wie will denn die Sozialdemokratie dem Übel begegnen? Die Produktion soll staatlich geregelt werden. Wenn dies geschehen soll, dann muß im kommunistischen Staat eine Möglichkeit sein, vorherzuberechnen: Naturereignisse, Kriege, Seuchen, Entdeckungen, Erfindungen, Moden u. s. w.; daß dies jemals möglich sei, leugnet die Wissenschaft, die Erfahrung, der gesunde Menschenverstand, und diese drei erwarten den Gegenbeweis.

Auch die Verteilung des Arbeitsertrags[1]) von Staatswegen, wie die Sozialdemokratie will, ist unausführbar. Geschieht die Verteilung nach der Qualität der Leistung, so sind die minder tüchtigen Arbeiter verkürzt, geschieht sie ohne jede Einschränkung, so sind die tüchtigsten beeinträchtigt. Soll aber, wie die ganze Sozialdemokratie will, lediglich die Arbeit den Tauschwert bestimmen, dann sind alle Arbeiter, die nichts wie Arbeit als Tauschwert liefern können, schwer benachteiligt, wie bereits früher gezeigt ist. Wenn diese Hindernisse aber auch sämtlich nicht vorhanden wären, so würde der sozialdemokratische Staat den Bedarf Aller festzusetzen haben; soll das geschehen, wie früher das sozialdemokratische Programm forderte, nach „vernunftgemäßen Bedürfnissen“, so würde er wieder vor der Frage stehen: Was ist das? Wer soll diese feststellen? Soll das ein für allemal festgestellt werden? u. s. w.

Ganz ähnliche Fragen erheben sich bezüglich der Verteilung der Arbeitskräfte. Wie soll man diese in ihrer Eigenart von vornherein kennen? Wer soll sie abschätzen? Wer soll die Arbeit verteilen und wie soll sie verteilt werden? Sollen die Gemeinden, oder größere Bezirke und welche ein bestimmtes Arbeitsquantum und Arbeitsquale leisten? Und wenn diese Verteilung auch wirklich geschehen wäre, wie soll denn die lokal, zeitlich und individuell immer wieder hervortretende Verschiebung der Arbeitskräfte geregelt werden? Die erste Voraussetzung für die Ausführbarkeit dieser Regelung müßte das Verbot der Freizügigkeit sein. Und wo bleibt da die „Freiheit?“ Wie

1) Über den Arbeitsertrag hat ebenfalls gehandelt Wolf a. a. O. S. 574 ff.

will denn der kommunistische Staat verhindern, daß seine Bürger lieber in Berlin, Hamburg, Frankfurt u. s. w. leben als in Milchbude oder Gerolstein? Wie will er denn hindern, daß sie lieber im Café Bauer sitzen als in einem litthauischen Dorfkrug? Und wenn er das alles könnte, wie er es nicht kann, so würde für alle diese Funktionen des kommunistischen Staats ein riesenhaftes Beamtenheer nötig sein, dessen Zahl seiner Unproduktivität und unumschränkten Herrschaft entspräche. Und trotz alledem würde die Unübersichtlichkeit eines solchen Riesenbetriebs unbedingt einen Rückgang in der Produktion herbeiführen. Und dabei soll nach Bebel in Zukunft nur ein 2—3 stündiger Arbeitstag genügen! Da die Sozialdemokratie auch die anderen Haupttriebe menschlicher Arbeit: Eigentum bzw. Erwerb, Erbe und Familie lahm zu legen hätte, so würde, wenn die menschliche Natur sich so vergewaltigen ließe, es bald mit der Volkswirtschaft ebenso aus sein wie mit der Haus- und Familienwirtschaft.

Lehrt also die „Wissenschaft" den Sozialismus? Nein, sie lehrt vielmehr, daß die theoretischen Grundlagen der Sozialdemokratie und der Marxianer gänzlich unhaltbar sind, und daß die Möglichkeit ihrer Ausführung ausgeschlossen ist. Daß die „Wissenschaft" den „Sozialismus" nicht lehren kann, beweist — abgesehen von früher Bemerktem — schon der Umstand, daß sie noch nicht einmal festgestellt hat, was „Sozialismus" ist. Durch den „Katheder-Sozialismus" ist nahezu ein Zustand herbeigeführt worden, den man mit einiger Übertreibung ein Chaos nennen könnte, ohne Übertreibung gilt dies schon von der wissenschaftlichen Terminologie. Schon vor 10 Jahren habe ich in der Publizistik meine Stimme erhoben einerseits gegen die Verpfählung der einzelnen Disziplinen, die jede Zusammenfassung, jedes Verständnis des Zusammenhanges, namentlich aber auch die Verständigung der verschiedenen Volkskreise außerordentlich erschwert; andererseits gegen die Neigung zu Abstraktionen und Aufstellung von sogenannten Gesetzen, denen alsbald die Erfahrung entgegentritt. Immer wieder tritt die Sucht hervor, sehr relativen Vorgängen ein absolutes wissenschaftliches Gepräge aufzudrücken, sowie die Gewohnheit, aus Tagesbeobachtungen weitgehende Konsequenzen zu ziehen. Auch die Volkswirtschaft hat mit Spekulationen nicht selten mehr operiert als mit Thatsachen, andererseits ist die historische Schule an den Thatsachen hängen geblieben, ohne dem Studierenden den perspektivischen Punkt zu zeigen. So sehr die Wissenschaft mit vermeintlichen Definitionen, mit Isolierung

und Atomisierung der Erkenntnisobjekte gearbeitet hat, so wenig hat sie es zu einer klaren Unterscheidung der Hauptpunkte und einer entsprechenden Terminologie gebracht. Man sollte endlich wenigstens Soziologie und Sozialismus scheiden, und unter letzterem ein für allemal nur das sozialdemokratische System verstehen. Bezüglich des Begriffes der Soziologie, bezw. Nationalökonomie verdiente weit mehr Berücksichtiguug als geschieht, die kleine Schrift von Ingram: „Die notwendige Reform der Volkswirtschaftslehre" (1879), von H. v. Scheel eingeleitet und übersetzt. „Es giebt, sagt er, nur eine große Wissenschajt der Soziologie, nur eine Soziallehre, und ihre einzelnen Abschnitte beziehen sich auf die verschiedenen Seiten des gesellschaftlichen Daseins. Eine dieser Seiten ist die materielle Wohlfahrt der Gesellschaft, die Beschaffenheit und Entwickelung ihrer auf Gütererzeugung gerichteten Arbeit. Das Studium dieser Erscheinungen ist einer der Forschungszweige der Sozialwissenschaft, der aber in engster Fühlung mit dem Ganzen erhalten werden muß." Die Soziologen und Nationalökonomen sollten sich endlich doch den Fehlern entziehen, welchen wir auch in der Rechtswissenschaft und Philosophie freilich noch immer begegnen. So wenig es ein Recht, eine Philosophie an sich giebt, so wenig giebt es eine Gesellschaft und eine Volkswirtschaft an sich, denn es giebt keine Menschen und kein Volk an sich; es giebt nur Individuen, Familien und Nationen, und alle jene Wissenschaften haben diesen Modifikationen gerecht zu werden, oder sie sind keine Wissenschaften.[1])

Mag dem allem aber sein wie ihm wolle, nichts in der Welt ist weniger begründet, als die Behauptung der Sozialdemokratie, die Wissenschaft lehre auf „ökonomischem" (!) Gebiet den Sozialismus.

---

1) Auch Schäffle hat an dem oben gerügten Fehler Anteil, dem S. Warneck mit Recht entschieden entgegentritt; seine Soziologie habe ich leider nicht einsehen können; sonst definiert er Soziologie als „die Lehre von der Volksnatur des staatlichen Gemeinwesens"; vergleiche ferner seine Broschüre: Sozial, sozialistisch, soziologisch, 1891.

4. Der moderne Wissenschaftsbegriff und die bezüglichen Lehren der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie behauptet, wie früher gesagt, daß die „Wissenschaft“, — sie scheint darunter eine Kombination von Philosophie und Naturwissenschaft zu verstehen — den Atheismus lehre und geht deshalb von dem Satz aus, den Liebknecht dahin zusammengefaßt hat, daß die Sozialdemokratie weder im Himmel noch auf Erden eine Autorität anerkenne, und der mit anderen Äußerungen sich in den Satz verdichtet hat: die Autorität ist die Wurzel alles Übels. Wie stellt sich die „Wissenschaft“ dazu?

Darwin hatte in der 1. Ausgabe seines berühmten Buches über die Entstehung der Arten von der Urform des Lebens gesagt, daß ihr „das Leben zuerst vom Schöpfer eingehaucht ist“. Als dies als unwissenschaftlich gerügt worden war, ließ er in der folgenden Ausgabe diesen Zusatz fallen. Weshalb galt und gilt derselbe als unwissenschaftlich? Weil er von der Voraussetzung der göttlichen Autorität ausgeht; eine solche Voraussetzung ist aber unwissenschaftlich, weil die „Wissenschaft“ angeblich keine Voraussetzungen anerkennt; wissenschaftlich ist nach dieser Behauptung nur, was voraussetzungslos ist. Die Voraussetzung einer Gottheit ist also wissenschaftlich unannehmbar. Daraus haben nun Naturwissenschafter und Philosophen sehr verschieden gefärbte Folgerungen gezogen. Vogt, Büchner und Häckel z. B. leugnen alles geistige und göttliche; andere, wie Virchow, erklären den Gottesglauben für eine Privatangelegenheit: Die Gläubigen müssen eben sehen, wie sie sich mit den Ergebnissen der Wissenschaft abfinden. Philosophen, wie Kant, Fichte, Hegel, machen die autonome Vernunft zum Ausgangspunkt und führen zum idealen Atheismus, der den menschlichen Geist zum Gott macht, wie dies L. Feuerbach thut, oder zum absoluten Egoismus, wie Stirner, dessen Evangelium lautet: „Ich benutze alles: Welt und Menschen, zu meinem eignen Genuß“. Alles was außerhalb dieses Bekenntnisses steht, ist Aberglaube und der Religion dringend verdächtig. Der modernste und wohl auch der verwegenste „wissenschaftliche“ Denker in diesem Sinn — Dr. Nietzsche — findet in dem Glauben an Gott eine „faustgrobe

Antwort“ auf die Frage nach dem Urgrund der Dinge; die Wissenschaft habe die Aufgabe, auch den schwachen Schatten von Gottheit, den die moderne Welt noch habe, aus der Höhle des Aberglaubens zu vertreiben.

Wenn die Sozialdemokraten also behaupten, daß der Atheismus nichts sei als ein „Ergebnis der Wissenschaft“, so läßt sich zunächst etwas Wesentliches nicht dagegen einwenden; jene sind nur konsequenter und in ihren Folgerungen unerschrockener, als diese es ist. Die Sozialdemokratie scheut sich durchaus nicht, auch die weiteren Folgerungen zu ziehen, welche Sittlichkeit, Ehe und Familienleben, Kunst und Geistesarbeit, Kirche und Schule beseitigen, oder in ihre voraussetzungslose Verfassung bringen sollen. Auf dem in Halle abgehaltenen Parteitag erklärte einer der hervorragendsten Führer — Dr. Rüdt-Heidelberg —: Die Partei steht „als revolutionäre Partei auch in religiöser Beziehung auf dem Boden der freien wissenschaftlichen Forschung. Infolge dessen verwirft sie prinzipiell jeden Dogmenglauben als eine Quelle geistiger Knechtschaft“. Derselbe Redner warnte — freilich vergebens — vor der Heuchelei und mahnte, auch in dieser Beziehung „vor den letzten Konsequenzen nicht zurückzuschrecken“. Dazu aber könne nur die Schule helfen, wie Liebknecht schon mit Recht behauptet habe. Das werde die Schule aber nur können, „wenn sie aus den Händen der Pfaffen befreit werde“ (Beifall). Dies kann aber nur geschehen, wenn sich die Sozialdemokratie der ländlichen Arbeiter und Bauern und damit der Staatsgewalt bemächtigt. Niemand wird diesem System die Konsequenz absprechen können, und daß es den „Genossen“ auch an der entsprechenden Phantasie nicht mangelt, zeigt der unter donnerndem Beifall abtretende sozialdemokratische Redner auf dem Kongreß zu Gent im September 1877, der ausrief: „Uns're Lust wird es sein, den Todeskampf der Priester zu sehen. Hingeworfen in die Gossen der Straßen werden sie vor Hunger sterben, langsam, schrecklich, vor unsern Augen. Das soll unsere Rache sein! Und für die Lust dieser Rache bei einer Flasche Bordeaux verkaufen wir gern unsern Platz im Himmel. Was sage ich? Himmel! Ihn wollen wir nicht, was wir fordern, ist die Hölle!“ —

Wie weit diese und dergleichen Folgerungen auch außerhalb der Sozialdemokratie gezogen bezw. verwertet worden sind, kann ein Einzelner nicht ermessen; daß dies aber in erkennbarer Weise bereits geschehen ist, wird leider nicht geleugnet werden können.

Und warum, fragt jeder Wahrheitsliebende, sollten nicht Konsequenzen gezogen werden, wenn der Ausgangspunkt richtig ist? Unterziehen wir diesen deshalb einer Prüfung! Derselbe lautet: Die Wissenschaft erkennt keine Voraussetzung bezw. Autorität an. Daß die Wissenschaft dies thatsächlich nicht thut, beweist die Annahme, die Voraussetzung, daß der menschliche Geist, die Vernunft autonom, absolut sei. Die Wissenschaft wirft der Religion vor, sie glaube an Gott, während sie selbst an die autonome Vernunft glaubt; sie verwirft jede Autorität und redet doch unausgesetzt von „wissenschaftlichen Autoritäten"; sie ist also selbst nicht voraussetzungslos und leugnet die höhere Autorität, um ihre eigene zu behaupten. Sie sollte doch begreifen, daß Vernunft nichts anderes ist, als geistige Vernehmungsfähigkeit, daß eine Fähigkeit aber nicht absolut oder autonom sein kann, ist doch auch die verbohrteste Logik zu verkennen außer stande. Daß aber auch die Erfahrung, die überlieferte sowohl wie die selbstgemachte, der Absolutheit unseres Geistes widerspricht, ist ebenso gewiß; nicht minder widerspricht ihr die Naturwissenschaft, wie ich anderwärts eingehend nachgewiesen habe[1]) und hier nachweisen werde. Diese Art vermeintlicher Wissenschaft ist ein Phantom, das nur in der überspannten Phantasie ihrer Träger besteht, und keinen anderen Gehalt hat als eingebildete Voraussetzungslosigkeit und selbstgemachte Autorität, also Unwahrhaftigkeit und Selbstvergötterung. Was soll denn die Wissenschaft? Ein gewisses gegebenes Material geistig be- und verarbeiten; dieses Material beruht auf Erfahrung, die entweder selbstgemacht oder überliefert ist, selbstgemachte äußere Erfahrungen auf dem Gebiete der Natur sind z. B. das Objekt der Naturwissenschaften. Deren Ergebnisse aber, z. B. die Naturgesetze (besser Wirkungsweisen zu nennen), sind in ihrer objektiven Wahrheit beeinträchtigt, weniger durch die noch immer korrigierbare Richtigkeit der Beobachtung, als durch die Thatsache, daß sie Resultate einer logischen Induktion sind, die schon deshalb unvollständig ist, weil sie alle in die Zukunft fallenden Erscheinungen vor der Hand außer acht lassen muß. Also auch die Naturgesetze haben nur bedingte Giltigkeit, und es ist im höchsten Grade „unwissenschaftlich" ihnen absolute Giltigkeit zusprechen zu wollen. Es ist also ein recht bedingtes, aber durchaus kein absolutes oder vor-

---

1) Glauben oder Wissen? Eine Untersuchung über die menschliche Geisteseinheit auf biologischer Grundlage. Gotha 1890.

aussetzungsloses Wissen, welches selbst die Naturwissenschaften bieten. Wie kann auch ein endlicher Geist Absolutes erkennen? Mit den Formeln der ebenen Trigonometrie kann man keine Aufgaben der sphärischen Trigonometrie lösen. Wie völlig die psychologischen Grundlagen im Menschen dieser „Wissenschaft“ widersprechen, habe ich in dem genannten Schriftchen weiter ausgeführt. Aber diese „Wissenschaft“ hält sich nicht nur für voraussetzungslos, sondern auch für objektiv, für rein sachlich. Alles Subjektive, Persönliche ist unwissenschaftlich, also wertlos. Wie kommt sie dazu? Sie geht von der Voraussetzung aus, daß der denkende Geist, der Verstand, der Kern der Menschennatur sei. Also auch hier wieder eine Voraussetzung bei einer angeblich voraussetzungslosen Wissenschaft. Daß diese Voraussetzung wahrscheinlich aber auch falsch ist, lehrt vom Standpunkt auch der physiologischen Psychologie deren bedeutendster Vertreter W. Wundt. Auch nach ihm ist der Wille der „primäre Faktor“ und nicht der Verstand. Der Wille ist nach ihm „der einzige Inhalt des Selbstbewußtseins“. Geben wir aber einmal jener „Wissenschaft“ zu, daß der Verstand, der denkende Geist, also auch nur das Sachliche, Objektive von Wert sei — und das gerade nehmen die Radikalen, zumal die Sozialdemokraten an — und betrachten nun die Lage und die Folgerungen. Die Wissenschaft, welche voraussetzungslos und rein sachlich ist, ruht auf sich selbst; sie ist begründet auf die Autarkie, die Zulänglichkeit des denkenden Geistes; die religiöse Gesinnung dagegen ist begründet auf die eigene Unzulänglichkeit. Daraus folgt, daß sie sich beide ausschließen, und die Sozialdemokratie folgert auch hieraus, daß der Atheismus ein wissenschaftliches Ergebnis sei. Da aber nach biologischen Forschungen auch der Erhaltungs-, Fortpflanzungs- und Geselligkeits-Trieb auf dem Gefühl der eigenen Unzulänglichkeit beruhen, so müßten „wissenschaftliche“ Folgerungen auch hier zu verhängnisvollen Konsequenzen führen und haben zum Teil dazu geführt. Es sind schon genug Stimmen laut geworden, welche die Ehe und das Familienleben für einen der „freien Genossen und Genossinnen“ unwürdigen Zustand bezeichnet haben und noch bezeichnen. Jedenfalls sind alle die Gründe, welche seither für Ehe und Familie in Geltung standen, nach dieser Meinung „wissenschaftlich“ schon deshalb wertlos, weil sie nicht objektiv sind.

Mit ihren positiven „wissenschaftlichen“ Darlegungen sind die Gegner der Ehe freilich nichts weniger wie glücklich gewesen. Gestützt

auf die Forschungen von Morgan, Lennan, Lubbock u. a. haben Bebel u. a. die Behauptung aufgestellt, daß ursprünglich in der Menschheit, wenn nicht Weibergemeinschaft, so doch nur Gruppenehe und daraus folgende Mutterherrschaft bestanden habe. Jene Forscher haben aber nicht ausreichend verbürgte Nachrichten über einzelne Völker nicht bloß für verbürgt angesehen, sondern auch verallgemeinert und zu einer Theorie ausgestaltet. Sie hätten wenigstens sich fragen sollen, ob in jenen Fällen nicht Degeneration vorliege, welche erwiesenermaßen in der Regel erst die Frucht der Bekanntschaft mit zivilisierten Völkern ist; sie haben aber auch Beispiele treuester Einehe selbst bei Buschmännern und Andamanesen nicht beachtet, ebenso die Thatsache bei vielen Tieren, wie bereits ausgeführt. Deshalb haben denn auch gewiegte Forscher, wie der Engländer Starke und Westermark und Winternitz die ganze Theorie für hinfällig erklärt und sich dahin ausgesprochen[1]: Die Gemeinschaft von Mann und Weib, Eltern und Kindern, war die höchste soziale Einheit; der Urmensch lebte nicht in Herden, sondern in Familien. Der Vater machte stets — als Beschützer von Mutter und Kind — einen integrierenden Bestandteil der Familie. Sie bezeichnen deshalb jene Hypothese als wissenschaftlich unberechtigt und meinen, jener vermeintliche Urtypus sei in Wirklichkeit nichts als ein Versuch, einer entarteten Phantasie eine natürliche und naturgemäße Legitimation zu verschaffen. Trotzdem wird dieser Versuch auch heute noch wie die Marxsche Werttheorie als Thatsache behandelt und als Dogma verbreitet.

Und wie steht es mit der Sittlichkeit? Kant und seine Anhänger reden von einem Sittengesetz; Geschichte und Anthropologie lehren, daß dies ebensowenig existiert wie eine autonome Vernunft: die Sittlichkeit ist ein Kulturprodukt. Es handelt sich dabei um die Unterscheidung von gut und böse, bezw. das dem entsprechende Handeln. Diese Unterscheidungsmöglichkeit und die entsprechende Handlungsfähigkeit beruhen auf der sittlichen Anlage der Menschen, welche ungepflegt ebenso verwahrlost wie jede andere, z. B. die sprachliche. Wenn die Erziehung z. B. den Kindern nicht die Begriffe von mein und dein beibringt, so haben sie sie nicht. Eine sozialdemokratische Erziehung hat aber theoretisch das größte Interesse, ihnen diese Begriffe in unserem Sinne nicht beizubringen; sie hat nicht minder das Interesse,

---

1) Vgl. Globus 1891, Nr. 9—11.

den Egoismus in die Mitte ihrer Erziehung zu stellen, wenn auch einen solchen, welcher zwar theoretisch als Klassenegoismus gelehrt würde, im sozialistischen Staat aber sofort als individueller Egoismus wieder hervortreten müßte. Sobald der Egoismus nicht mehr durch die Nächstenliebe, die Sittlichkeit nicht mehr durch die Religion balanciert und normiert werden, kann dies nur noch durch das Strafgesetzbuch geschehen. Mit welchem Erfolg, das würde der sozialistische Staat erst in voller Klarheit und Folgerichtigkeit zeigen.

Die „wissenschaftlichen" Folgerungen bezüglich der Erziehung und Schule sind von der Sozialdemokratie nur zum Teil gezogen worden. Da die häusliche Erziehung bei der oben skizzierten Auffassung von Ehe und Familie unausführbar ist, so kennt der sozialistische Staat nur eine öffentliche Erziehung. Das sozialistische Programm fordert: „Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat." Also nur der Staat hat zu erziehen und zwar hat er alle gleich zu erziehen. Die Konsequenzen liegen so nahe, daß sie keiner weiteren Ausführung bedürfen. Die Schule muß aber erst, wie oben gesagt, „aus den Händen der Pfaffen befreit werden." Sodann müßte vor allem die Religion und was ihr Ähnliches Deutsch, Geschichte, Gesang &c. bieten, aus der Schule entfernt werden; an ihre Stelle träten der „wissenschaftliche" Atheismus und Kosmopolitismus. Wie dies ins Werk zu setzen und was sonst noch in der allgemeinen und gleichen sozialistischen Staatsschule als „wissenschaftlich" erforderlich zu gelten hätte, kann einstweilen noch dem Nachdenken der „Genossen" überlassen bleiben. Jedenfalls müßten Bescheidenheit und Pietät in einer solchen Schule lächerlich erscheinen; Selbstgewißheit und Herzensunabhängigkeit wären da am Platze. Aber dies würde für Schüler und Lehrer gelten. Dieser letztere müßte sich vor allem von dem unabhängig machen, was seither von ihm gefordert wurde: Liebe zu seinen Schülern, Herablassen zu ihren Schwächen, individuelle Behandlung. Er bringt seinen Lehrstoff „exakt" vor; wer ihn nicht „exakt" kann, wird mit der gebührenden Objektivität nach dem erlassenen Schulstrafgesetzbuche bestraft. Lob ist, weil subjektiv, wertlos, daher unzulässig. Wie lange dieser Zustand anhalten würde, ohne in förmlichen Krieg auszuarten, läßt sich jetzt nicht ermessen. Wie aber eine solche Jugend die Aufgaben des sozialistischen Staates sollte lösen können, bleibt einstweilen ein Rätsel.

Nach der vorhergegangenen Darstellung könnte es scheinen, als

ob der charakterisierte Wissenschaftsbegriff von Seiten aller Vertreter der Wissenschaft anerkannt sei. Das ist aber keineswegs der Fall. Unter den vielen Stimmen von Bedeutung, welche sich gegen denselben erhoben haben, kann ich hier nur wenige sich vernehmen lassen. Der Mathematiker Wittstein spricht sich in seinem Buch „Die Methode des mathematischen Unterrichts“ (2. Aufl. 1890) über die Wissenschaft so aus. Jede Wissenschaft hat ein gewisses gegebenes Material, welches aus einer unbegrenzten Reihe von Gegenständen besteht, zu verarbeiten und zwar hat sie die Aufgabe, aus diesem Material logisch weiter zu schließen, das ist Kern und Mittelpunkt ihrer Arbeit; die Resultate der Wissenschaft sind die Schlußpunkte dieser logischen Thätigkeit. Die Frage, was sind Naturgesetze? beantwortet er folgendermaßen: Sie sind Resultate logischer Induktion; da diese logische Induktion aber immer nur eine unvollständige ist, „so hat jedes sog. Naturgesetz nur eine hypothetische Geltung, behaftet mit einem größeren oder geringeren Grade von Wahrscheinlichkeit, welcher immer noch die Möglichkeit des Gegenteils oder doch erheblicher Modifikationen offen läßt.“ Wenn aber diese sog. Naturgesetze, „losgelöst von der induktiven Art ihrer Entstehung“, sich „mit der Autorität von Orakelsprüchen hinstellen, so ist dies das Gegenteil von Wissenschaft.“

F. C. Albert Kaiser vergleicht in seinem Buche „Neue Bahnen in der Weltanschauung und Naturanschauung“ (1892) den Zustand der heutigen Naturwissenschaft, welche durch ihre ununterbrochene und zusammenhangslose Stoffanhäufung einen Zweig dem andern unverständlich gemacht und so nicht bloß Spezial- sondern auch grundlegende Theorien dem Spott überantwortet habe, mit dem Thurm von Babel, dessen Schicksal sie teilen werde. Sobald, sagt er (S. 45), in den positiven Religionen das Ansehen der Dogmen schwindet, ist der Zersetzungsprozeß der betr. Religion besiegelt, und wenn in der Naturwissenschaft das Ansehen der grundlegenden Theorien, die allen Zweigen gemeinsam sein sollen, mehr oder minder herabgesetzt wird, ja diese als gemeinsames Band dienenden Grundtheorien als Absurditäten angesehen werden, dann wird ganz ebenso in der Naturwissenschaft der Zersetzungsprozeß unaufhaltsame Fortschritte machen. S. 46—127 versucht der Verfasser dann auf Grund von Thatsachen eine in sich übereinstimmende Gesamttheorie aufzustellen, auf die hier nur verwiesen werden kann. Im ersten Teile seiner Arbeit wendet er sich

gegen die irrlichternden Drillingsgeschwister Pantheismus, Monismus (im atheistischen Sinn) und Materialismus; dieser letztere, den er mit Recht als Unglauben bezeichnet, kann schon deshalb nicht bestehen, weil er ein Negativum ist, das auf Glauben beruhe. Denn die Wissenschaft habe allerdings gezeigt, daß Stoff, Kraft und Energie nicht auf natürlichem Wege erzeugbar oder zerstörbar seien, also seien sie ewig, schließt der Materialismus, während er die andere Alternative, daß sie auf eine übernatürliche Ursache zurückzuführen seien, lediglich und zwar ohne Beweis verwirft. Daß aber jenes materialistische Dogma dem gegenwärtigen Zustand des Weltalls widerspricht, zeigt er S. 6 ff. und schließt nun auf die Richtigkeit der anderen Alternative, die Verfasser dann auf mathematisch-naturwissenschaftlichem Wege erhärtet.

Hier verdient ferner noch besondere Erwähnung was Mach in seiner Mechanik (1883) äußert. Den Denkmitteln der Physik, schreibt er, den Begriffen Masse, Kraft, Atom, welche keine andere Aufgabe haben, als ökonomisch geordnete Erfahrungen wachzurufen, wird von den meisten Naturforschern eine Realität außerhalb des Denkens zugeschrieben. Ja man meint, daß diese Kräfte und Massen das eigentlich zu Erforschende seien, und wenn diese einmal bekannt wären, dann würde alles aus dem Gleichgewicht und der Bewegung dieser Massen sich von selbst ergeben. Wenn Jemand die Welt nur durch das Theater kennen würde und nun hinter die mechanischen Einrichtungen der Bühne käme, so könnte er wohl meinen, daß die wirkliche Welt des Schnürbodens bedürfe, und daß alles gewonnen wäre, wenn nur dieser einmal erforscht wäre. So dürfen wir auch die intellektuellen Hilfsmittel, die wir zur Aufführung der Welt auf der Gedankenbühne gebrauchen, nicht für Grundlagen der wirklichen Welt halten.

Paul du Bois-Reymond äußert sich in den aus seinem Nachlaß herausgegebenen „Grundlagen der Erkenntnis in den exakten Wissenschaften" (1890) S. 115 so: „Das Absolute bildet nicht allein die Grenze unseres Vorstellens, es liefert uns auch den Beweis, daß die Welt mit unsrem Vorstellen noch nicht zu Ende ist." Jenseits desselben erst liegt „die Wirklichkeit" und für diese „fehlt uns das Organ" (S. 120). „Das sinnlich Wahrnehmbare bildet den natürlichen Bereich und die undurchdringliche Schranke seines (des Menschen) Erkennens" (S. 121). „Von der Wirklichkeit können wir wissenschaftlich gar nichts

aussagen, außer daß sie in einem Raume enthalten ist, und daß Bewegung in ihr stattfindet“ (S. 124). Von der Bescheidenheit dieses scharfsinnigen Denkers und echten Mannes der Wissenschaft ist freilich die Philosophie im Ganzen weit entfernt. Sie ist es noch immer, welche sich, zumal in ihrer modernen Entwicklung, mit besonderem Nachdruck als die Wissenschaft vom Absoluten von ihren Vertretern muß hinstellen lassen. Schon der gesunde Menschenverstand stellt zu dieser Prätension zwei Fragen: Erstens, wie soll es möglich sein, daß der menschliche Geist, dessen Endlichkeit und Gebundenheit jeder täglich an sich erfahren kann, und dessen Unzulänglichkeit Biologie wie empirische Psychologie und Pädagogik unausgesetzt darthun, daß also dieser endliche Geist zur Erfassung des Absoluten gelangen kann? Zweitens, was sollte denn auch dem endlichen Geist die Erforschung des Absoluten helfen? Schon aus der Verneinung, mit welcher diese Fragen beantwortet werden müßten, könnte sich diese Philosophie die nötige Zurechtweisung holen. Und wenn nicht alles täuscht, so ist die gegenwärtige Philosophie dieser Bankerotterklärung dem Absoluten gegenüber recht nahe, nur hat sie sie noch nicht völlig formuliert, sie hat wenigstens schon angefangen, der Metaphysik den Faden durchzuschneiden. Unsere Zeit verlangt Thatsachen, sie verlangt Wahrheit, Natur, zumal unser jüngeres Geschlecht, auf dem unsre Hoffnung ruht; und all dies kann die Philosophie nicht bieten, sie kann die Thatsachen nur bearbeiten, in Zusammenhang bringen, Methoden erörtern oder feststellen, Grundlagen erwägen und Prinzipien finden. Man darf wohl zugestehen, daß sie eine Wissenschaft ist, die sich nicht auf ein einzelnes Gebiet beschränkt, daß sie der Erforschung des Wesens, der Gesetze und des Zusammenhangs des wissenschaftlich zu Tage Geförderten nachgehen soll, aber sie soll vor Allem einmal die Vorarbeiten thun oder abwarten, nämlich daß jede Wissenschaft sich ihre Philosophie selbst schafft. Erst wenn dies die Wissenschaften mit Hilfe der Spekulation, der Philosophie gethan haben, kann sie eine Wissenschaft der Prinzipien werden, die sie zu sein prätendiert. Für jenes liegen schon bedeutende Vorarbeiten und mächtige Werkstücke vor, auch die Sprachwissenschaft hat schon nach dieser Seite entscheidende Schritte gethan, wie z. B. Pauls „Prinzipien der Sprachwissenschaft“ beweisen.

Die Geschichte hat neuerdings seitens mancher Vertreter sich auch eine naturwissenschaftliche Modelung gefallen lassen müssen. Denn diese Vertreter wollten ihr doch den Charakter der Wissenschaft wahren

und dazu bedurfte es nach ihrer Meinung, daß auch die Geschichte „Gesetze“ aufstelle und im übrigen ganz nach chemisch-physikalischem Muster ihren Helden hinter die Kulissen sehen müsse. O. Lorenz [1]) meint z. B. „Es wird die Zeit kommen, wo man einen Robespierre oder Napoleon ganz ebenso genau zu erklären wissen wird wie die Edisonsche Lampe; dann wird auch exakt erklärt, wie sich Kupfer und Zink im Gehirn der Franzosen zusammengefunden haben ꝛc.“ Daß diese Zeit nicht kommen kann, habe ich anderwärts nachgewiesen [2]). Um so unerklärlicher bleibt es, daß derselbe Historiker (S. 75) behauptet, bei der Geschichtsschreibung habe man es vor allem mit Werturteilen zu thun. Der Geschichtsschreiber hat es doch vor allen mit der Feststellung von Thatsachen zu thun. Und indem er einen von ihm vorgestellten Thatbestand ausdrückt, spricht er ein sachliches Urteil aus; drückt er aber das Verhältnis aus, in dem er zu dem Vorgestellten steht, so fällt er ein Werturteil; daß jene Urteile durch die Fehlerquellen, denen alle Forschung unterworfen ist, nur annähernd sachlich sind, hat die Geschichte mit allen Wissenschaften gemein; da aber nur diese Urteile nach den Denkgesetzen erwiesen und demgemäß dem menschlichen Denken aufgenötigt werden können, so ist die Geschichte nur insofern eine Wissenschaft, als sie in erster Linie auf jenen fußt; ob und inwieweit sie Werturteile, die ich in historische und individuelle unterschieden habe, einführt und gebraucht, habe ich anderweit gezeigt [3]). Man braucht sich schon nach diesem einen Beispiel, dem noch viele beigefügt werden könnten, nicht zu wundern, wenn nun Gumplowicz die Geschichte als Epos, als Kunst bezeichnet [4]), als künstlerische Reproduktion der Wirklichkeit. Daß dies mit der Soziologie anders wäre, hat Gumplowicz freilich nicht bewiesen, wie bereits oben gezeigt. Auch die Geschichte ist somit in das große Meer des Irrtums getaucht. Und man braucht sich nicht zu wundern, daß die materialistische Geschichtsauffassung als die „wissenschaftliche“ sich breit macht. Diese weiß nichts von den Helden der Geschichte, nichts von der Begeisterung der alten und modernen Völker, die für Ideen gefochten haben, sie kennt nicht die Gewalt des sittlichen Elements, welches z. B. im letzten

1) Die Geschichtswissenschaft in Hauptrichtungen und Aufgaben, 1886, S. 195.

2) Ist eine Philosophie der Geschichte nötig beziehungweise möglich? 1891.

3) A. a. O. S. 17 ff.

4) A. a. O. S. 21 ff.

amerikanischen Bürgerkriege durch die Gewaltthat gegen den armen John Brown in die Reihen der Unionstruppen geführt wurde, von dessen Geist sie im Lied[1]) in Kampf und Tod geführt wurden.

Die Philologie geht schon längst von dem selbstverständlichen Grundsatze aus, daß die lateinische oder griechische Sprach- und Volkskunde auf den bezüglichen lateinischen und griechischen Auskunftsmitteln fußen muß, daß man die Platonische Lehre nur aus den Schriften Platos, die aristotelische nur aus denen des Aristoteles ableiten kann, die christliche Theologie sollte endlich auch diese Stellung der regelrecht überlieferten „Offenbarung" gegenüber einnehmen, um daraus die Offenbarungslehre aufzubauen. Diese Arbeit würde heute weiter den Vorteil haben, daß sie die allgemeine religiöse Grundlage im Menschen von der Biologie erwiesen vor sich hat. Indem ich mich hier begnüge, auf Drummonds bekannte Arbeiten hinzuweisen, will ich auch hier auf die wertvolle Arbeit des Darwinianers Dahl „Die Notwendigkeit der Religion, eine letzte Konsequenz der Darwin'schen Lehre" (1886) aufmerksam machen. Dieser hat unzweifelhaft nachgewiesen, daß der Mensch wie die Tiere in dem Furchtverhältnis stecken geblieben wäre und nie auch nur zur Ausnutzung der Naturkräfte hätte gelangen können, wenn mit jener Abhängigkeit ihm nicht zugleich Gottesbewußtsein verliehen worden wäre. Erst durch den Willensakt des Glaubens also konnte er werden, was er geworden ist.[2]) Es ist schon zwei Jahrhunderte her, daß der Begründer der Chemie als Wissenschaft Robert Boyle diesen Zusammenhang der Theologie und Naturwissenschaft, diesen Parallelismus des Buches der Natur und der Gnade betont hat, wie ich in einer Biographie Boyle's vor kurzem ausgeführt habe. Und seit dieser Zeit haben diese Beziehungen nicht ganz geruht. Neuerdings hat wieder Dawson in seinem Buch „Die Natur und die Bibel" (1877) gezeigt, wie Bibel und Wissenschaft in den Behauptungen einig sind, daß die Naturgesetze — als Wirkungsweisen Gottes — unwandelbar sind; wie in Natur, Menschheit und Offenbarung alles auf Entwicklung beruht und auf Fortschritt ausgeht u. s. w. Indem ich auf einen kleinen Teil der immer mächtiger anschwellenden

---

1) „John Browns Körper liegt modernd in der Gruft, doch sein Geist marschiert mit uns."

2) Dazu zu vergleichen meine oben zitierte Schrift „Glauben oder Wissen?" 2c.

Litteratur hinweise,[1]) will ich nur noch zwei Gesichtspunkte hervorheben, welche mir besondere Beachtung zu verdienen scheinen.

Bebel hat, wie früher bemerkt, die Behauptung aufgestellt, daß Sittlichkeit mit der Religion nichts zu thun hätte. Daß diese Behauptung in gewissem Sinn wahr und auch nicht wahr sei, bedar des Beweises.

Die größte Verwirrung hat auch hier in den Grundlagen der Betrachtung die Philosophie angerichtet mit dem oben schon erwähnten sog. „Sittengesetz". Wenn man darüber im Unklaren wäre, in welchem Verhältnisse beide stünden, so brauchte man zunächst nur bei der Anthropologie anzufragen. Man lese z. B. Waitz-Gerland I, S. 323 f., 454 ff., 462 ff., 469 f., und man wird erkennen, daß Religion und Sittlichkeit aus ganz verschiedenen Quellen fließen und erst auf einer höheren Kulturstufe mit einander in Beziehung treten. (Weiteres Material dazu bietet Waitz-Gerland I, S. 351 ff., 374 ff., und Post, Afrikan. Jurisprudenz 87.)

Gehen wir von der biologischen Begründung der religiösen Grundlage im Menschen aus, so sehen wir, daß es sich bei ihr um Wohl und Wehe handelt, ein Ergebnis, zu dem auf spekulativem Wege Kaftan in seinem Buch „Das Wesen des Christentums" kommt. Ein so scharfsinniger Biologe wie Rolph sagt deshalb: „Der Grundtrieb alles organischen Lebens ist der Trieb nach Glückseligkeit" (Biol. Probleme 2. Aufl. S. 192). Die Wahrheit dieses Satzes wird nicht nur durch die tägliche Einzelerfahrung bestätigt, sondern auch durch die Geschichte, insbesondere die vergleichende Religionsgeschichte. Und die Anthropologie redet auch hierüber deutlich genug.

Jenes Gefühl der Abhängigkeit nämlich, die Hoffnung auf, der Glaube an eine Gottheit veranlaßte die Menschen zur Darbringung von Opfern, um jene für sich zu stimmen. Dabei gingen die Menschen von der Vorstellung aus, daß die Gottheit Genuß und Freude von diesen Gaben hätte, wie Homer an vielen Stellen zeigt. Der Kult ist den Menschen ein Mittel zum Zweck und wird oft genug, z. B.

---

1) Schmick: „Ist der Tod ein Ende oder nicht?" 6. Aufl.; ders.: „Die Unsterblichkeit der Seele"; ders.: „Die nachirdische Fortdauer der Persönlichkeit"; „Die Erde kein Abschluß"; „Geist oder Stoff?" Von früheren Werken sind manche Arbeiten von Fechner noch immer von Bedeutung; vergleiche auch K. du Prels Schriften; ganz besonders wertvoll ist Schmidkunz, „Die Psychologie der Suggestion" auch in dieser Beziehung.

bei den Römern, als auf einem Vertrag zwischen Göttern und Menschen beruhend angesehen. Gebet und Orakelwesen dienen demselben Zweck.

Einen wesentlichen Schritt weiter auf diesem Wege bedeutete das Streben der Menschen, das auf ihre Teilnahme am göttlichen, bezw. jenseitigen Leben gerichtet ist; diesem Streben muß schon die Erfahrung zugrunde liegen, daß das irdische Leben keine ausreichende Befriedigung gewährt. Allen Religionen ist also die Hoffnung, der Glaube, das Vertrauen, das Streben nach Glückseligkeit eigen. Und weil es sich in der Religion um diese höchsten Güter, um volles Leben, nicht aber um ästhetische Gefühle oder sittliche Ideale handelt, so muß der Glaubende in seinem Glauben die thatsächliche Bürgschaft für die Erreichung seines Zwecks haben; diese kann er aber nur haben, wenn ihm sein Glaube als unerschütterlich wahr gilt. Jede Religion kann aber in ihrer Art als vollkommen angesehen werden, welche nur ein höchstes Gut kennt und hinter demselben alle irdischen Güter verschwinden läßt; das Christentum ist aber deshalb die allein vollkommene Religion, weil sie die Religion der Versöhnung ist, einer Versöhnung, welche von Gott selbst ausgegangen und verbürgt ist durch den Kreuzestod des Gottessohns; das Christentum ist aber auch die allein vollkommene sittliche Gesetzgebung, weil die Erreichung des höchsten jenseitigen Guts an die entsprechende diesseitige Bethätigung des Glaubenden geknüpft ist. Deshalb kann die Sittlichkeit nur Bestand und Kraft haben, so lange sie ihre Nahrung aus der Religion zieht. Die Sittlichkeit beruht, wie bemerkt, auf einer Anlage, deren Objekt die Erkenntnis von Gut und Böse bezw. deren Unterscheidung ist; diese beruht aber auf dem Gewissen; und so gewiß es bei den Tieren der Instinkt ist, der das Gewissen vertritt, so gewiß steht die Macht des Gewissens und seine Kontinuität hinter dem Instinkt zurück. Dieser wird einfach vererbt und verdichtet sich immer mehr, er ist gleichsam die organische Verhärtung der Anlagekapazität, das Gewissen ist nur eine Anlage, welche, wie alle übrigen Anlagen einer Pflege, einer Erziehung bedarf. Daß es gewissenlose wie religionslose Menschen giebt, braucht man heutzutage nicht mehr zu beweisen. Auch das Gewissen ist seiner Umgebung ausgesetzt; man findet es lokal und zeitlich, sowie bestimmten Vergehungen gegenüber sehr variabel; die deutschen Staatsanwälte könnten ein Lied davon singen; der politische Mord und Meineid wird ja z. B. von sozialistischen Gewissen da und dort auch gebilligt. Ist die Gewissensanlage so verplattet bezw. geschwächt oder völlig eingegangen,

so sind das Strafgesetzbuch und die jeweilige und bezügliche Gesellschaftsanschauung der traurige Rest des sogenannten „Sittengesetzes". Fällt mit der fortschreitenden Korruption auch die Rechtssicherheit, so ist es nur noch eine Frage der Zeit, des Geschmacks, der Dekoration, wann und wie die Sittlichkeit eine fable convenue wird wie die Religion. Aus allem diesem folgt, daß Sittlichkeit nur Bestand und Kraft haben kann, wenn ihr Inhalt, nämlich Gut und Böse, mit der Religion, nämlich Wohl und Wehe, untrennbar verbunden ist. Die einzige Religion, welche für die Untrennbarkeit dieser Verbindung die höchste Garantie leistet, ist das Christentum; nur nachdem sich ein Mensch und ein Volk völlig von diesem abgewandt hat, ist seine Sittlichkeit dem Untergang unausbleiblich geweiht.

Es ist ein schwerer Kampf, in den die Menschen durch ihren Fall gekommen sind, es ist der Streit um gut und böse, der sittliche Kampf um das Dasein des Guten. Und wie jener Fall nicht durch Sinnlichkeit, sondern durch geistige Überhebung des Menschen erfolgte, wie er durch diese in jenen Kampf gestürzt wurde, so ist auch sie es, welche ihn später in den Gegensatz zwischen Wissen und Glauben, in den Kampf um den Glauben gestürzt hat. Das Christentum allein kann in diesen Kämpfen das Heilmittel reichen. Gottes Wille ist die Liebe, nimmt der Mensch diese in sich auf und unterwirft ihr seinen Willen, so kann es keinen Zwiespalt mehr geben zwischen göttlicher Allmacht und menschlicher Freiheit und zwischen gut und böse. Erkennen die Menschen, daß das christliche Erkenntnisprinzip die Liebe ist[1]), so giebt es keinen Kampf mehr zwischen Wissen und Glauben; dann erst kann es klar, hell und harmonisch im Herzen werden, dann erst kann die Kraft gesammelt und recht verwandt werden für den Kampf, der zur Ordnung dieses Lebens gehört, für die Zweifel und Furcht, welche in dieser Welt die Äquivalente der Sünde sind, denn sie sind die Wächter und Warner auch in der Welt des Glaubens. Seitdem aber der moderne Götzendienst der Wissenschaft sein Werk gethan hat, ist der Zweifel wieder der Herr der Welt, ihr Allzernager und Allzerstörer geworden. Da alles bezweifelt werden mußte, konnte nur eine voraussetzungslose Wissenschaft unbezweifelbar erscheinen; da es sich aber immer mehr herausstellt, daß es eine voraussetzungslose Wissenschaft nicht giebt, so muß sich die Wissenschaft wieder dem Zweifel unterwerfen,

1) Vgl. meine Schrift a. a. O. S. 31 ff.

oder in der Liebe den Nährboden des Glaubens wie des Wissens anerkennen. Zieht sie jenes vor, dann wird der Zwiespalt, der Zweifel nicht bloß die Wissenschaft zerfressen, sondern, wie das sozialdemokratische Programm lehrt, auch Familie, Gesellschaft und Staat auflösen.

Am Schluß dieses Kapitels soll noch eines Weges gedacht werden, welcher von dem Boden der modernen Wissenschaft auslaufend, auch zur Einheit und Versöhnung führt; ich meine das vor kurzem erschienene kleine Büchlein von L. Rümelin, die Erkenntnis (1 M. 80), das klar, scharf und warm geschrieben, das Heil auf die rechte Erkenntnis baut und zu denselben Ergebnissen kommt.

Aller Irrtum, davon geht Rümelin aus, beruht auf mangelhafter Beobachtung, je mehr wir diese erweitern und verschärfen, um so seltener fallen wir jenem anheim.

Wir haben durch Beobachtungen erkannt, daß sich die Weltkörper zu ihrer Entwicklung derselben chemischen Materie bedienen wie die Erde; in jedem dieser Körper findet sich von den uns bekannten Grundstoffen um so mehr, je dichter die Masse ist, aus der er besteht. Wenn aber z. B. Sauer- und Wasserstoff sich zu Wasser verbinden, so hat nicht bloß eine Verdichtung stattgefunden, sondern es ist zugleich ein Naturprodukt höherer Ordnung entstanden. Dasselbe Verhältnis besteht aber auch für alle übrigen Grundformen. So entwickelt sich progressiv aus dem gasförmigen der flüssige und feste Zustand, so aus Mineral- das Pflanzen- und Tierreich. Die Möglichkeit der Existenz des 2. beruht auf dem 1.; die des 3. auf dem 2. Die Natur hat also die Tendenz, den Zweck, „in fortschreitender Reihenfolge Naturprodukte immer höherer Ordnung zu entwickeln“ (S. 9). Da der Mensch ein Teil der Natur ist, so gehört er auch in diesen Zusammenhang. Und da findet sich eine neue Stufenleiter: In der anorganischen Welt habeu wir nur das Material innewohnender Kräfte: Schwerkraft, chemische Anziehung, Adhäsion und Kohäsion; in der animalischen Welt haben sich diese Kräfte zu Sinneswerkzeugen verdichtet, bei den Menschen noch mehr zu dem was wir seine Seele nennen, seinen Geist, sein Selbstbewußtsein.

Und jene Tendenz, jenes Naturstreben nach höherer Entwicklung macht sich auch im Menschenleben geltend. Diese Tendenz kann der Mensch nicht hindern, er kann sie nur aufhalten oder beschleunigen. Die Natur läßt sich aber nicht ungestraft in das Zeitmaß ihrer Entwicklung eingreifen; je mehr der Mensch sich diesem anbequemt, desto

sicherer und entsprechender ist sein Fortschritt. Da aus den niederen Naturprodukten die höheren entstehen, so können letztere nur in dem Maße entstehen als erstere vorhanden sind. Die Bildungsprodukte der anorganischen Welt sind die Bestandteile, die der organischen Nahrung. „Aus dem Maß der vorhandenen Nahrung bezw. Bestandteile ergiebt sich also von selbst das Maß der Beschleunigung, mit welchem das Naturbestreben fortschreitet, und mit welchem der menschliche Intellekt dasselbe fördern muß. Diese Förderung bezieht sich in der Pflege der Tierwelt auf das Körperliche, beim Menschen auch auf den Intellekt, welcher kein Naturprodukt ist, das durch Vervielfältigung oder Verdichtung von Naturprodukten niederer Ordnung entstanden ist, sondern das Ergebnis der selbst erhaltenen oder durch Unterricht übertragenen Sinneseindrücke ist.“ „Der heutige Intellekt des Menschengeschlechts ist sonach das Gesamtergebnis aller Sinneseindrücke, welche die Menschen von Beginn ihres Erscheinens auf der Erde bis zum heutigen Tage durch Beobachtung der Natur empfangen und von Geschlecht zu Geschlecht durch den Unterricht vererbt haben.“ Daß der Intellekt geistiger Art ist, ergiebt sich daraus, daß er nicht durch Fortpflanzung übertragen werden kann, er muß erst durch eigne Beobachtung und Unterricht erworben werden.

Dieser muß von einem, der etwas versteht, erteilt werden, sowie durch Anschauung, denn erst durch diese wird bei dem zu Unterichtenden Glaube an das Wort des Unterrrichtenden und damit Erkenntnis erzielt (z. B. Mikroskop). Gemäß dem früher Ausgeführten ist die volle Erkenntnis der Natur das letzte Ziel des Naturstrebens; diesem hat sich der Mensch ein-, bzw. unterzuordnen, wenn er das Ziel erreichen will.

Hatte der Unterrichtende durch seine Veranschaulichung, z. B. durch Mikroskop, bei seinen Zuhörern Glauben gefunden und darauf seine Unterrichtsthätigkeit fortgesetzt, so wurde dieser Glaube, dieses Vertrauen unerschütterlich; und so erfolgt die Übertragung des Intellekts durch Suggestion, durch welche also unser ganzes Wissen übertragen wird. Jede so erworbene Erkenntnis geht in Fleisch und Blut über, okkupiert das Gehirn, wird Fleisch.

Ist die Tendenz der Natur auf Erkenntnis gerichtet, diese selbst aber erst durch eine Reihe von Irrtümern in allmählicher Entwicklung erreichbar, so muß auch der Wert einer Sache faßbar sein. Da die Faßbarkeit des Werts also die Voraussetzung jener Entwicklung ist,

so muß die Erfassung, die Erkenntnis des Werts aller Schöpfungsbestandteile schon zu Anfang der Schöpfung bestanden haben, da diese Erkenntnis die Vorbedingung der Entwicklung ist. Diese volle Erkenntnis ist der Intellekt des Schöpfers, der göttliche Geist. Im Chemismus ist diese Erkenntnis der Werte, der gegenseitigen Anziehung unbewußt, im Menschen wird sie bewußt und führt durch Irrtümer zur Wahrheit, zum Schöpfer. An dieser Erkenntnis hat der Einzelne nur einen relativ sehr kleinen Teil, jeder Irrtum bedarf der Duldung, jede Erkenntnis der Ergänzung durch die Menschheit, deren Zweck ist die höchste Erkenntnis und der Genuß derselben. Daran Teil zu haben ist Daseinszweck des Individuums, und das Bewußtsein dieses gemeinsamen Zwecks wird allen Haß, Kampf und Hader gegen und unter einander verhindern oder schlichten. „Aus Mangel der Erkenntnis, daß der Intellekt ein rein geistiges, nicht an die Materie gebundenes Wesen ist, haben sich Freidenker, Materialisten und Atheisten gebildet."

Die Wissenschaft geht so lange in der Irre als sie die Thatsache des Schöpfers ignoriert und lediglich in den Mitteln desselben kramt, um sich des ursächlichen Zusammenhangs bewußt zu werden; sie geht ferner von der falschen Voraussetzung aus, daß die Natur vollständig sei, während sie doch in der Entwicklung begriffen ist; sie vergißt, daß vor jedem Schöpfungswerke der Plan, die Idee eines Schöpfers vorhanden sein muß. Nur diese repräsentiert die Vollendung: folglich ist unser ganzes Wissen und die Wissenschaft nichts anderes als „fortschreitendes Bewußtwerden der Ideen des Schöpfers nach Maßgabe der Naturentwicklung; der Geist Gottes ist der über der Natur waltende reine Geist, der ihre Entwicklung leitet". Wie man in den einzelnen Werkstätten und bei den einzelnen Werkleuten keine Erkenntnis des Planes erlangen kann, den der Baumeister entworfen hat, so kann auch im Betriebe der einzelnen Naturwissenschaften und in der Bearbeitung einzelner Schöpfungsmittel bzw. des Materials keine Erkenntnis des Schöpfers und seines Planes erlangt werden. Durch unablässige Erkenntnis schlagen wir Brücken zu dem göttlichen Intellekt und werden allmählich zu Trägern desselben, zu seinen Mitarbeitern und Ebenbildern. Je mehr wir uns diesem allem verschließen, desto größer werden die Übel, auch die sozialen Übel dieser Welt. In jenem Falle aber gelangen wir durch Erkenntnis zur Erkenntnis der christlichen Wahrheit; Glauben und Wissenschaft decken sich dann, und der

Plan, die Idee des Schöpfers wird im Menschengeschlecht Fleisch. All dies hat uns die Sendung Jesu von Nazareth gelehrt; die Wissenschaft recht verstanden, führt aus dem Glauben durch Irrtum zur Wahrheit, zum Wort, das Fleisch geworden ist. Also auch die Wissenschaft beruht auf dem Glauben.

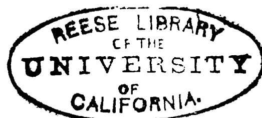
Fragt man nun nach den Kräften der Natur, so antworten uns die verschiedenen Zweige der Naturwissenschaft, daß Bewegung, Licht, Wärme, Schall, Elektrizität 2c. aus einer Kraftquelle fließen, die man als die gegenseitige Anziehung bezeichnen kann. Diese ruft Bewegung hervor, und während dieser wird Arbeit geleistet, die unter verschiedenen Umständen auch verschiedene Arbeitsprodukte liefert. Jener Anziehung entspricht im menschlichen Leben die Liebe, deren Bethätigung die Arbeit ist. Die Verneinung der Liebe ist der Haß, der zerstört. So gilt auch von Seiten der Wissenschaft die Liebe als das einigende und schöpferische Band unter allen Menschen und mit dem Schöpfer, der selbst die Liebe ist.[1] Alle Übel der Zeit kommen eben daher, daß der Hochmut der Menschen mit ihrer Wissenschaft nicht anerkennen will, daß sie Geschöpfe sind, die sich unterzuordnen haben. Nur die Erkenntnis und die durch dieselbe erweckte Liebe kann helfen. Gott hat uns seinen Plan offenbart, das hat uns zum Denken, zur Erkenntnis geleitet, die unvollständig ist, wie die menschliche Denkform. Die weiteren Ausführungen (S. 58 ff.) müssen bei dem Verfasser selbst nachgelesen werden, sie machen seinem Kopf, wie seinem Herzen alle Ehre.

Wer demnach den Schöpfer, die Herrschaft des Geistes über die Materie, die Unsterblichkeit mit wissenschaftlicher Begründung leugnen will, der muß beweisen, daß er seinen Verstand mit zur Welt gebracht hat, daß kein Intellekt des ganzen Menschengeschlechts vorhanden, daß und wie die Kraft durch die Materie die Naturentwicklung leitet, daß und wie ein Schöpfungswerk und überhaupt ein Werk ohne vorherigen Plan geschaffen werden kann, daß und wie ein solches bloß durch materielle Kraft zu stande zu bringen ist, daß die Natur keinen Zweck hat und Alles planlos und nur materiell sich entwickelt, daß es keine Erkenntnis und also auch keinen Irrtum giebt. Der Zufall

---

1) Der Entdecker der mechanischen Wärmetheorie, R. Mayer, der genialste Denker auf dem Gebiete der Physik, den unser Jahrhundert kennt, sagt: „Nicht der Hunger ist es, es ist nicht der Krieg, nicht der Haß ist es, was die Welt erhält — es ist die Liebe". (Über die Ernährung, 1871.)

und das Chaos, die Vereinzelung und die Selbstsucht, die Plan- und Hoffnungslosigkeit, die Erkenntnisunfähigkeit und die Stagnation würden in Permanenz erklärt: Eine Herrschaft ohne Herrscher, eine Gesamtheit ohne Einigung, ein Leben ohne Fortschritt und Genuß, ein Sterben ohne Hoffnung und Vollendung.



5. Entwicklungslehre, Darwinismus und Sozialdemokratie.

Anklänge an die Entwicklungslehre finden sich schon bei antiken Philosophen und Schriftstellern,[1] z. B. bei Anaximander, Empedokles, Lukrez (V, 770ff.), namentlich der Letztere hat schon Gedanken, die auf Kampf ums Dasein und natürliche Auslese hinauslaufen. Kant und Laplace haben unter den Neuern zuerst verwandte Gedanken; Erasmus Darwin, der Großvater des bekannten Forschers, und Lamarck stellen schon Hypothesen auf über die geschlechtliche Zuchtwahl und den Einfluß von Umgebung und Vererbung; da diese aber die qualitativen Veränderungen nicht berühren, so blieb die Entstehung der Art durch jene Änderungen unberührt; während Cuvier die Möglichkeit einer solchen Entwicklung bestritt, widerspricht diesem wieder St. Hilaire, zu dessen Auffassung Goethe neigte, der allerdings an einem inneren Entwicklungsgesetz, vielleicht einer Zielstrebigkeit festgehalten zu haben scheint. Diese letztere vertrat am entschiedensten unter den neuern Physiologen K. E. von Baer. Wenn das Ei, sagt er z. B. (1873), bei dem Zutritt der Luft und passender Wärme vieltausendfache Veränderungen erleidet, die endlich ein lebensfähiges Küchlein zustande bringen, so ist dies doch wohl das Resultat aller dieser Veränderungen.

Da aber jedes gesunde Ei unter denselben Bedingungen zu demselben Resultat führt, so darf man wohl sagen: Das Hühnerei hat das Ziel sich zu dem Küchlein zu entwickeln, dem entsprechend ist es organisiert; denn seine Stoffe und deren Qualitäten und Quantitäten sind so beschaffen, daß unter den bezeichneten Umständen ein Hühnchen sich entwickeln muß.

Diese innere Ursache der Entwicklung, diese Zielstrebigkeit leugnet

---

1) Dennert, Die geschichtliche Entwicklung der Descendenztheorie, 1890.

nun Charles Darwin in seiner „Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl“ (1859); er vergleicht die Natur mit einem Züchter, der sich des Kampfs ums Dasein innerhalb der Arten selbst bedient, um durch die Auslese das Beste zu erhalten. Diese Auslese durch den Kampf ums Dasein ist also die natürliche Zuchtwahl, zu der die geschlechtliche Zuchtwahl hinzutritt, aus der die Verschiedenheit der Geschlechter in einer Art zu erklären sei. Auf diese Weise will Darwin die Entwicklung aller animalischen Lebewesen aus dem Urschleim, dem Protoplasma, bis zum Menschen auf mechanischem Wege erklärt und bewiesen und die Teleologie ein für allemal aus der Wissenschaft entfernt haben. Sogleich hier fällt es nun auf, daß Darwin selbst doch wieder in die Netze dieser verhaßten Feindin gefallen ist, denn wenn er die Natur zu einem Züchter macht, der das nützliche erzielen will, und wenn er von der Anpassungstheorie in seiner Weise spricht, so läuft dies doch wieder auf Zweckmäßigkeit, auf Teleologie hinaus, und sein extremster Anhänger Häckel hat eine Disteleologie in sein System eingeführt, welche die Erklärung der unzweckmäßigen Bildungen enthalten soll. Der Darwinismus stieß sofort auf entschiedenen Widerstand unter Botanikern wie Zoologen. Man gestand zwar zu, daß die Umgebung den größten Einfluß auf die Entwicklung habe, ebenso wie die Vererbung, Darwin habe zwar Abänderungen der Exemplare wie der Arten bewiesen, aber nicht die Umwandlung einer Art in die andre; die Auslese wirke wohl regelnd, aber nicht schaffend; der Kampf ums Dasein sei eine so alte Geschichte wie die vom Wolf und Lamm und Katz und Maus; er nehme auch erfahrungsmäßig mit den höheren Stufen des Tierlebens ab und sei jedenfalls nicht so stark innerhalb der Art selbst, wie Darwin behaupte; und wenn er auch so stark sei und immer der Stärkere siege, so habe Darwin nicht bewiesen, daß dieser die Art bestimme. Ferner: Wenn alles aus dem Urschleim sich entwickelt habe, so müßte doch die Paläontologie die entsprechenden Beweise für diese Stufenleiter bringen, was nicht der Fall sei. Die Behauptung der geschlechtlichen Zuchtwahl sei ein komisches Märchen, dessen Annahme Geschmackssache sei.

Selbst entschiedene Darwinisten wie Rolph, Wallace erhoben Einspruch, und der Hyperdarwinist Häckel hat nicht bloß durch seine Manipulationen, die als Fälschungen erscheinen können, sondern auch durch sein biogenetisches Gesetz den Widerspruch bedeutender Forscher hervorgerufen.

Rolph in seinen biologischen Problemeu (2. Aufl.) erklärt Darwins

Theorie vom Kampf ums Dasein für unannehmbar, weil dann nur Not- und Hungerarten sich hätten bilden können, er verwirft sie also und setzt ein Prosperitätsgesetz an seine Stelle. Wallace in seinem Buch Darwinismus (deutsch 1891) verwirft die Lehre von der geschlechtlichen Zuchtwahl als unhaltbar und unternimmt im letzten Teile (S. 688—742) den Beweis, daß die moralischen und intellektuellen Fähigkeiten des Menschen nicht durch die natürliche Zuchtwahl entwickelt sein könnten. Darwin sei der bezügliche Beweis ganz mißlungen, insbesondere weist W. für die mathematischen, musikalischen und überhaupt künstlerischen Fähigkeiten die mechanische Erklärung Darwins als unmöglich mit Glück zurück; neben der körperlichen Welt gebe es aber auch eine geistige. Soviel mir bekannt, haben sich die Darwinisten bis jetzt darauf beschränkt, dieses Schlußkapitel bei Wallace für eine beklagenswerte Verirrung eines sonst wissenschaftlichen Gelehrten zu erklären. Die insbesondere von Häckel zu einem System ausgesponnene Behauptung, daß jedes Individuum — im Sinne der Darwinisten würde richtiger Exemplar gesagt — den Entwicklungsgang der ganzen animalischen Welt vom Protoplasma bis zum Menschen an sich durchmache, sein sogenanntes ontogenetisches Gesetz hat zuerst wissenschaftlich bekämpft Kölliker und darnach andere. Neuerdings hat am umfassendsten und wissenschaftlich auf das beste begründet ein jüngerer Physiologe den Darwinismus bekämpft und dessen Theorien in der Hauptsache, wie mir scheint, schlagend widerlegt, dies ist Hamann mit seinem Buche „Entwicklungslehre und Darwinismus“ (1892), das, gut und populär im besten Sinn geschrieben, die weiteste Verbreitung und hier besondere Berücksichtigung verdient. Indem er den Gedanken der Entwicklungslehre festhält, sucht er diese von den Darwinschen Zuchtwahl- und Descendenz-Dogmen zu befreien und diese Dogmen zunächst als im Widerspruch mit den Thatsachen der Paläontologie, Embryologie und Morphologie befindlich nachzuweisen. Hiernach machen die Funde der Paläontologie unmöglich, die einzelnen Typen und Untertypen von einander abzuleiten, dagegen sprechen viele Tierreste dafür, daß innerhalb eines Typus oder Untertypus, sobald dieser in die Erscheinung getreten war, Variationen in kurzer Zeit auf einander folgen, und daß die so entstandenen Familien, Gattungen und Arten ihrer Abstammung nach zusammenhängen können. Nachdem er sodann auf die „Fälschungen“, Übertreibungen und falschen Zuspitzungen Häckels hingewiesen, bezw. sie zurückgewiesen hat, zeigt er, daß die Thatsachen

der Embryologie keinen Schluß zulassen vom Embryo auf seine Ahnen, daß vielmehr die Entwickelung z. B. eines Wirbeltiers von Anfang an eine andere ist als die eines Gliedertiers, oder eines Weichtiers (S. 35). Die Thatsachen aus den genannten Wissenschaften geben also keinen Anhalt für den Übergang des einen Typus in einen anderen, auch sind sogenannte Zwischenformen unbekannt; nur innerhalb der Typen, wo letztere vorkommen, kann auf die Abstammung geschlossen werden. Die Thatsachen der Anatomie oder Morphologie führen zu demselben Ergebnis. Die Descendenzlehre kann ebenso wenig wie die Schöpfungslehre für die erste Entstehung oder Schöpfung Thatsachen aufführen, keine Wissenschaft weiß, woher das erste Leben kommt; und wird die Entwicklungslehre thatsächlich angenommen, so beruht dies doch nur auf Annahme. Es ist wissenschaftlich aber auch nicht annehmbar, daß, wie die Darwinisten behaupten, die Gleichheit von Organen und Geweben bei den so verschiedenen Typen durch Vererbung oder Abstammung zu erklären sei; Organe und Gewebe sind vielmehr gleichsam die Antworten auf die von außen kommenden Eindrücke; wie Auge und Ohr Reaktionen des Organismus auf Licht- und Schallwellen, so sind alle Organe und Gewebe Reaktionen auf äußere Eindrücke, sie sind also analog, nicht homolog (d. h. von einander abzuleiten). Der Organismus schafft, sobald das Bedürfnis vorhanden ist, die Organe und Gewebe aus sich heraus, er äußert sich auf die gleichen Reize immer in derselben Weise (S. 68). Auch deshalb dürfen die verschiedenen Typen nicht aus einander abgeleitet werden. Jedes Tier hat seinen Bauplan und in dem muß es bleiben; die sogenannte Variabilität ist demnach erheblich einzuschränken. Wie aus gleicher Entstehung und Lagerung eines Organes noch lange nicht auf genealogische Verwandtschaft geschlossen werden darf, so kann die Entwicklungsgeschichte auch für die Wirbellosen nur nachweisen, daß sie in ihren verschiedenen Typen und Klassen nur an der Wurzel zusammenhängen (S. 82). Die Wirbeltiere von den Wirbellosen abzuleiten ist man gezwungen, sobald man die Darwinsche Theorie aufrecht erhalten will, desgleichen anzunehmen, daß diese später als die Wirbellosen in den Erdschichten auftreten. Die Paläontologie zeigt aber, daß zuerst fischähnlich gepanzerte Formen auftreten, dann folgen Reptilien, dann Vögel und Säugetiere, dabei treten die höchsten Formen der Fische — Haifisch — zuerst auf und die Knochenfische, welche heute die Mehrzahl bilden, zuletzt. Der Einwand, daß die zuerst

auftretenden Wirbeltiere noch keine festen Skelette gehabt hätten, ist wissenschaftlich unmöglich. Wie Reptilien und Vögel nicht von einander abgeleitet werden können, so auch die Säugetiere nicht von diesen, oder den Amphibien 2c. 2c. So viel Verwandtes der Mensch mit den Säugern hat, so ist er doch in wesentlichen Punkten von ihnen spezifisch verschieden. Er hat aufrechten Gang, der auf den breitsohligen mit kurzen Zehen versehenen Füßen beruht.[1]) Dieser Gang bedingt alle anderen Unterschiede im Bau. Der Schädel mit seiner runden Kapsel — nicht eckig wie bei den Tieren — balanziert mit einem keinem Tier zukommenden mächtigen Gehirn auf der Wirbelsäule im Gleichgewicht; die gewölbte Stirn (keine Affenstirn), der Gesichtswinkel, der fast ein Rechter ist, die Unterkinnladen mit dem Kinn, kurze Arme und längere Beinen, Nacktheit kommen nur Menschen zu. Trotzalledem hat Darwin und seine Anhänger die Affentheorie aufgestellt, die auch der Paläontologie widerspricht. Auf die vielen Phantasien und Phantastereien, welche die Darwinisten in diesen Beziehungen vorgebracht haben, kann hier nicht eingegangen werden; Hamann widerlegt sie und kann sich dabei auf Forscher wie Bär, Bischoff, Pagenstecher, Lucae u. a. berufen. Auch die Schädel der aufgefundenen Menschenreste widerlegen die besonders von Huxley ausgebaute Affentheorie. Nicht nur die Paläontologie, sondern auch die Thatsache, daß die Tiere z. B. in Ägypten vor 6000 Jahren waren wie heute widerspricht der Descendenzlehre; daß vielmehr eine sprungweise Entwicklung stattgefunden haben muß, weist Hamann S. 156 ff. schlagend nach; desgleichen widerlegt er die schrankenlose Variabilität im Einzelnen; er bemerkt, daß bei den niedersten einzelligen Wesen die von Darwin behauptete Zuchtwahl gar nicht habe stattfinden können, da ihr der Hebel fehlte; der Kampf ums Dasein bewahre nur vor Degeneration, könne aber keine neuen Arten schaffen, auch keine neuen Organe hervorbringen. Und wenn das Ergebnis der natürlichen Zuchtwahl nur ein Übrigbleiben der Tiere wäre, die am nützlichsten für ihre Existenz hergerichtet sind, so widerspricht dem die wahrhaft luxuriöse Ausstattung der Pflanzen- wie der Tierwelt (Pfau, Truthahn, Paradiesvogel 2c. 2c.), und die geschlechtliche Zuchtwahl kann hierfür gar nichts beweisen, auch sie kann nur vor Degeneration bewahren, da das Männchen und

---

1) Auf dieses unterscheidende Merkmal wirft die Untersuchung von Schmidkunz a. a. O. S. 231 ein besonders helles Licht.

nicht das Weibchen wählt; und dafür, daß auch die Mollusken schon Schönheitssinn hätten, müßte doch ein Beweis gebracht werden. Gerade bei Quallen und vielen Urtierchen zeigt sich ein besonders starker Luxus, dieser ist eben nur dadurch zu erklären, daß diese harmonische Variirung im Typus lag. Nimmt Darwin aber von Cuvier das Gesetz der Korrelation an, so erkennt er damit an, daß mit der Abänderung des einen Organs auch die anderer verbunden ist, damit erkennt er dann aber auch für einen Teil organischer Veränderungen Plan und Zielstrebigkeit an; wenn er es das geheimnisvolle Gesetz nennt, so entgeht er dadurch nicht der Teleologie. Während bei Lamarck die Anpassung aktiv, direkt, zielstrebig ist, hat Darwin sie passiv, indirekt, mechanisch gemacht; bei ihm soll sie also erst nach langen Zeiträumen wirksam werden. Aber: kommt ein Tier in völlig neue Umgebung, so muß es sich sofort anpassen, oder es geht zu Grunde; sofort anpassen kann es sich aber nur, wenn ihm ein in seinem Organismus liegendes Bildungsgesetz zu Hilfe kommt; nur in diesem Falle wird es auf ungewöhnliche Veränderungen mit außerordentlichen Änderungen in seinem Bau entsprechend antworten können und leben, im andern Falle wird es zu Grunde gegangen sein, ehe die natürliche Auslese helfend eingreifen kann (Beispiel: die Tritonenlarven mit Kiemenatmung im Wasser, mit Lungenatmung am Lande). Auch die Rückbildung der Organe, die keine Funktionen mehr haben, oder die Funktionen wechseln, kann nicht so erfolgen, wie Darwin lehrt. Dohrn-Neapel hat dies im einzelnen nachgewiesen, z. B. an einer Seeschnecke (Lymnäus). Diese atmet vermittelst ihres Luftsackes, geht sie in die Tiefe, so muß sie sich sofort anpassen, oder zu Grunde gehen; sie thut jenes, indem sie den Luftsack mit Wasser anfüllt und so atmet, wie die aus der Tiefe geholten Exemplare beweisen. Also die Zielstrebigkeit bleibt und der Darwinismus fällt.

Von besonderem Interesse ist es Hamanns Urteil über den Darwinschen Mechanismus auf geistigem Gebiet zu vernehmen. Anpassung, so legt er mit Recht dar, ist gar nicht immer Vervollkommnung, denn der Parasit paßt sich auch an, sinkt aber dadurch auf eine tiefere Organisationsstufe; der Ameisenfresser bleibt das dümmste Tier trotz der höchsten Zweckmäßigkeit in der Anpassung. Hamann erklärt deshalb: Je spezieller die Zweckmäßigkeit auftritt, desto mehr geht dem Individuum die Fähigkeit, sich weiter zu entwickeln, verloren; je größer die Zweckmäßigkeit in der Anpassung an einen bestimmten Ausschnitt

der Außenwelt ist, desto größer auch das Genügen mit der jeweiligen Lage. Schon deshalb ist die im Kampf ums Dasein nach Darwin sich herausbildende Zweckmäßigkeit durchaus nicht fähig, die Grundlage höherer Entwicklung zu werden. Daß also durch Auslese der Mensch aus dem Affen, bezw. dem Amphioxus, einer kopflosen geschlechtsreifen Larvenform, wie Darwin erklärt, entstanden sei, ist ein Aberglaube, der allen Thatsachen widerspricht. Dieser materialistische Darwinismus ist das neue Evangelium, welches zuerst die sogenannte Wissenschaft gepredigt hat, und dessen sich dann auch die Sozialdemokratie bemächtigt hat, um Religion und Gottesglauben, Christentum und Kirche zu vernichten und auszurotten.[1]

Es würde allerdings den thatsächlichen Vorgängen widersprechen, wenn man behaupten wollte, daß in der Wissenschaft jenes unwissenschaftliche und im Grund unwahre Verfahren unwidersprochen geblieben wäre. Auch auf diese Seite der Entwicklung macht Hamann mehrfach aufmerksam. Er weist darauf hin, wie Liebig in seinen chemischen Briefen sich gegen den Materialismus wendet. Auch dieser erkennt ausdrücklich die Notwendigkeit eines formbildenden Prinzips an. Was dies sei, weiß die Wissenschaft nicht; wenn einige hierfür den Mechanismus ausgeben, so fehlt jeder Beweis, und wenn andere sagen, der Beweis wird in Zukunft erbracht werden, so ist dies noch weniger Wissenschaft. Über die Thatsache, daß „Leben“ besteht und eine unübersteigliche Schranke zwischen organischer und anorganischer Natur errichtet, kommt man mit allen Hypothesen und auch damit nicht hinaus, daß es gelungen ist auf chemischem Wege Organisches darzustellen, denn noch nie ist es gelungen Leben, Selbstthätigkeit zu erzeugen, welche an die lebende Substanz gebunden ist. Auch in der Physik hat man den Äther, das Atom, den Kraftbegriff, in der Chemie die Verwandtschaft angenommen, das sind alles Worte, „Fiktionen“, wie sie du Bois-R. selbst nennt, die keine Erklärung bieten, sie sind Dogmen. Deshalb sagte Virchow mit Recht in seiner Münchener Rede, daß die Naturwissenschaft ihre Dogmen habe wie die Kirche, er erklärte es nicht für möglich, vom Menschen nur objektives Denken zu verlangen, der Forscher müsse aber sorgfältig scheiden, was Dogma, subjektiv und objektiv sei und sich hüten Probleme als Dogmen in die Massen zu werfen (wie Häckel und Büchner). Es ist nicht wahr, daß es sich in der Wissenschaft nur um Wissen, in der Religion um Glauben handele; es handelt sich in Beiden um Beides, und daß

beide gar nicht ohne einander bestehen können, habe ich gerade auf biologischer Grundlage anderwärts bewiesen.[1])

Die Kräfte in der Natur wirken nicht eine ohne die andere blind, sondern die eine Kraft ist durch die andere in ihrer Wirksamkeit bedingt; sie wirken harmonisch, sonst würden sie zerstörend wirken, sie wirken aber nach dem Prinzip der Zielstrebigkeit aufbauend und erhaltend (Hamann S. 276). Die Schöpfung für ein Spiel des Zufalls zu erklären, sagt der berühmte Geologe O. Heer, ist ebenso einfältig, als wenn man eine Symphonie Beethovens aus zufällig auf das Papier gekommenen Punkten erklären wollte. Die Harmonie, welche durch die ganze organische und unorganische Natur geht, ist ohne gemeinsamen Urgrund nicht zu erklären; für diesen hat ursprünglich Darwin auch den Schöpfer erklärt, wie denn auch W. R. Grove sein Buch über die Verwandtschaft der Naturkräfte mit den Worten schließt: Die Vorursache ist der Wille, die Schöpfung die That Gottes. — Daß es mit dem Darwinismus wissenschaftlich ein Ende hat, ist aus dem Werke Hamanns, dessen Studium nur wiederholt auf das dringendste empfohlen werden kann, unzweifelhaft zu entnehmen. Nur zwei Gesichtspunkte bedürfen noch der Besprechung. Es giebt eine ganze Anzahl Forscher, welche Darwinisten heißen, aber schon deshalb keine sind, weil sie den Rückgrat dieser Lehre den materialistischen Mechanismus verwerfen; sie sind wohl Anhänger der Entwicklungslehre, aber daß diese vor Darwin bestanden hat und nach ihm und gegen ihn bestehen wird, hat Hamann bewiesen. Im Folgenden gebe ich noch zwei Darwinisten jener Art das Wort, damit man sieht, wie selbst von diesen Gott und Christentum anerkannt und in ihrem System begründet wird; ich meine Weismann und Dahl. Sodann soll noch die Frage beantwortet werden: Wie fährt die Sozialdemokratie mit ihrem Darwinismus, was bringt ihr diese vermeintliche Wissenschaft? Wieder ist es ein Schriftsteller, der selbst Anhänger des Darwinismus ist, der ihr eine ebenso deutliche wie niederschmetternde Antwort erteilte.

Der vorher genannte Professor A. Weismann erklärt bezüglich der genannten Frage: „daß das harmonische Zusammenwirken der physischen Kräfte, ihre Verbindung zu dem großen Weltmechanismus eine gemeinsame Wurzel, anthropomorph gesprochen, einen Weltmechaniker voraussetzt, der die Kräfte der Materie so gegen einander abwog,

1) Glauben oder Wissen? Gotha 1890.

daß eine vernünftige Welt dabei herauskommen mußte. Es wäre eine große Selbsttäuschung, wenn Jemand glauben wollte, die Welt begriffen zu haben, wenn es ihm gelang, die Naturerscheinungen auf einen Mechanismus zurückzuführen. Er vergäße dabei, daß dieser selbst doch auch wieder einen Grund haben muß, und zwar einen teleologischen, zwecksetzenden Grund . . . Man stelle sich kühn auf den Boden der neuen Erkenntnis und ziehe die richtigen Folgerungen aus ihr, und wir werden weder Sittlichkeit, noch das beruhigende Gefühl, einem harmonischen Weltganzen als notwendiges, entwicklungsfähiges und einem Ziele zustrebendes Glied einngefügt zu sein, aufgeben müssen".

Ferner hat der Darwinianer Dahl ein besonderes Buch geschrieben, welches er betitelt: „Die Notwendigkeit der Religion, eine letzte Konsequenz der Darwinschen Lehre" (1886), dessen Studium nicht genug empfohlen werden kann. Indem Dahl Erhaltungs-, Fortpflanzungs-, Geselligkeitstrieb als Instinkte des Menschen darstellt, erweist er auch die Religion als Instinkt mit etwa folgenden Worten: Da der Mensch an jedem Orte seine Wohnung nehmen konnte und sie so einrichtete, daß sie den Naturkräften möglichst Widerstand leistete, mußte er zugleich zu der Einsicht gelangen, daß von absoluter Sicherheit nirgends die Rede war, und daß gerade an den Orten, die er aus andren Rücksichten wählen mußte, die Gefahr der Zerstörung verhältnismäßig groß war. Baute er trotzdem hier seine Hütte auf, so hoffte er eben, daß in der nächsten Zeit keine besondere Gefahr ihm drohte. Ohne diese Hoffnung würde sich der Mensch dieser Gefahr nicht ausgesetzt haben, und diese Hoffnung, dieses Vertrauen war beim Urmenschen nur dann möglich, wenn er hinter den Naturkräften ein vernünftiges Wesen ahnte oder wußte, auf dessen Wohlwollen er vertraute. So wurde die Grundlage der Religion die Vorbedingung für die Möglichkeit menschlichen Fortschritts. Wenn aber heutzutage die Meinung auftrete, Religion sei nicht mehr nötig, so müßte man sich gegenwärtig halten, daß das Verhältnis des Menschen zur Natur sich nicht wesentlich geändert habe. „Wenn wir auch, sagt Dahl, weit vorgeschritten sind in dem Vermögen, uns die Naturkräfte dienstbar zu machen, so sind wir dadurch nur um so mehr auch von ihnen abhängig geworden und müssen unsre Ohnmacht ihnen gegenüber nur um so schmerzlicher empfinden. Wie der Urmensch, so sind wir auch heute noch darauf angewiesen, zu hoffen. Mögen wir unser Vertrauen nun auf den blinden Zufall — oder auf eine höhere Macht — setzen; im Grunde

genommen ist das einerlei. Sträuben wir uns dagegen, ein höheres Wesen zu unsrem Gott zu machen, so nehmen bei uns unbemerkt die Naturgesetze genau dieselbe Stelle ein. So lange uns keine wesentliche Gefahr droht, können wir wohl über den Instinkt der Religion lachen, da derselbe ja keine Gelegenheit hat, zur Wirkung zu kommen. Sobald aber eine Gefahr im Anzuge ist, tritt er selbst bei Ungläubigen in Kraft. Entweder vertraut man auf die Hilfe Gottes, oder wenn einem dies zu wenig wissenschaftlich erscheint, auf sein gutes Glück". Nachdem Dahl sodann ausgeführt hat, daß die christliche Religion, welche die höchste von allen sei, gar keine wissenschaftlichen Beweise für ihre Wahrheit verlange, da sie kein Wissen, sondern Glauben fordere, sowie daß die Wissenschaft deshalb auch nie die Lehren der Religion widerlegen könne, wendet er sich gegen die Behauptung, daß die Religion immer mehr von der Wissenschaft eingeschränkt sei und nur da als Lückenbüßer gelte, wo jene noch nicht hingedrungen sei und sagt: „Wir müssen einwenden, daß diese Ansicht auf einem vollkommenen Verkennen der Thatsachen beruht. Die Menschen tragen stets, auch heute noch, Fremdes in die Religion hinein. Dieses Fremde fällt in das Gebiet der Wissenschaft und muß deshalb allerdings durch die Wissenschaft modifiziert werden (z. B. der Schöpfungsbericht). Die reine Religion umfaßt noch heute genau dasselbe Gebiet wie früher und wird dieses Gebiet stets behaupten. — Die Gegner behaupten, daß in der Heil. Schrift nichts wissenschaftlich Falsches hätte niedergeschrieben werden dürfen, das sind Fehler, welche auf der Auffassung der damaligen Menschheit beruhen. — Ob jene Gegner wohl bedenken, daß sie einem Gotte geradezu Widersinniges zumuten? Sollte er etwa den Menschen zunächst naturwissenschaftliche Vorträge halten, ihnen den Ursprung und die Gesetze unseres Planetensystems auseinandersetzen u. s. w.? Das hätte niemand verstanden. Gott mußte sich zu den Menschen verhalten, wie wir zu den Kindern, nach deren Fassungskraft sich jeder Verständige richtet, wenn er seinen Zweck erreichen will. „Wenn wir alle Umstände genau erwägen, so kommen wir zu dem Resultat, daß die Bibel als Gottes Wort genau so sein mußte, wie sie ist. Wir können sie demnach voll und ganz anerkennen und dennoch den wissenschaftlichen Standpunkt unsrer Zeit vertreten."

Die Gegner meinen ferner, heute könne man an kein Wunder mehr glauben, und da ohne dieselben kein Beten und kein Gottvertrauen möglich sei, könne auch von Religion nicht mehr die Rede sein. Die

Folgerungen sind allerdings richtig, aber wie steht es mit der Prämisse? Dahl antwortet: Wenn auch der Forscher darauf ausgehen müsse, die Wunder zu eliminieren, so sei er doch nicht im Stande zu beweisen, daß die Welt von einem allmächtigen Gott erschaffen ist. Ist sie dies aber, „so kann doch der Schöpfer nach Belieben in den regelmäßigen Verlauf seines Werkes eingreifen. Sicher kann er dann Wunder thun, vorausgesetzt auch, daß er sich im Allgemeinen an die von ihm weise aufgestellten Gesetze bindet". Man könne ja gar nicht wissen, ob nicht täglich um uns Wunder geschähen. Jedenfalls sei die Behauptung, es gäbe keine Wunder und könne keine geben, eine ebenso gewagte Hypothese als die, daß täglich hunderte von Wundern in unserer Umgebung vorkämen. Die übrigen Ausführungen über den freien Willen, die Erlösung, die künftige Seligkeit als Individualexistenz unterlägen ebenso wenig dieser Instanz der Wissenschaft, da diese nichts über sie aussagen könne. Und wenn der moderne Pessimismus über die Übel dieser Welt klage, so vergesse er, daß es nur da Genüsse gäbe, wo Leid sei und sein könne. Jedenfalls müsse auch der Darwinianer sagen: Wenn wir im Kampf ums Dasein, in der Konkurrenz mit Tüchtigeren zu Grunde gehen, so geschieht dies nicht umsonst, nicht zwecklos, sondern für das Wohl des Ganzen.

Es ist hier nicht möglich auf die verschiedenen Versuche zurückzukommen, welche von Biologen, z. T. auch von Theologen und anderen Vertretern der Wissenschaft gemacht worden sind, um die Ergebnisse der naturwissenschaftlichen Forschung auf Staats-, Gesellschafts- und Schulleben anzuwenden[1]); von aktuellem Interesse ist wie bemerkt, die Schrift von O. Ammon: „Der Darwinismus gegen die Sozialdemokratie"; aus der die Hauptpunkte hier kurz zu besprechen sind. Ammon geht von den Grundlagen des Darwinismus aus: 1. Vererbung, 2. Veränderlichkeit, bezw. Umgebung und Anpassungsfähigkeit an die Lebensbedingungen, 3. natürliche Auslese; er zeigt, daß der sog. „Kampf ums Dasein" nicht ein Kampf Aller gegen Alle ist, sondern ein Kampf zunächst mit und um die Lebensbedingungen, der sich ebenso im Pflanzen- wie im Tierreich geltend machen muß; während er in jenem sich nur auf die Ernährung bezieht, kommen in diesem auch die nachstellenden Feinde in Betracht. Auch der Mensch ist den äußeren Lebensbedingungen unterworfen und mit ihnen hat er

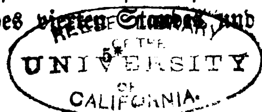
---

1) Z. B. meine Schrift: Biblische Psychologie, Biologie und Pädagogik, 1889.

den Kampf zu führen, ohne den er übrigens verwahrlosen würde. Je enger, z. B. durch Zunahme der Bevölkerung, der Nahrungsraum wird, um so schwerer wird dieser Kampf. Wie die Kindersterblichkeit ein Ausleseprozeß ist, den das Leben unablässig besorgt, so vollzieht sich dieser Prozeß auch im Leben der Erwachsenen, wenn sie in eine Stellung gelangt sind, in welcher Begabung und Leistungsforderung oder Lebensforderung und Gewissen — moralisches wie medizinisches — in Konflikt kommen. Dieser Kampf ums Dasein erstrebt bessere Lebensbedingungen. Wer dieselben nicht erlangt, bleibt in den unteren Schichten, wo jener Kampf ausgefochten werden muß. „Ihn aufzuheben ist unmöglich, weil er auf einem unerbittlichen Naturgesetz beruht, welches wiederum in den erblichen Eigenschaften jedes Geschöpfs und auch des Menschen seine Wurzel hat". Wäre aber auch die Aufhebung des Kampfes möglich, so würde Verschlechterung und zuletzt Verfall der Rasse die unausbleibliche Folge sein. Die Geschichte lehrt, daß, als der 3. Stand sich geltend gemacht hatte, der 4. hervortrat. „Hebt man den 4. Stand, so bildet sich hinter diesem sofort ein 5., in welchen das Kanonenfutter im Kampf ums Dasein hinuntergestoßen wird". Wie die natürliche Auslese früher beim Menschen günstiger gewirkt hat, wie die Einehe der höheren Kultur entspricht und auf ihr die Familie, die Grundfeste des Staats beruht, wie der Fortschritt der Menschheit durch das Böse gehindert wird, muß bei dem Verfasser (S. 35 ff.) selbst nachgelesen werden, desgleichen die Ausführungen über die Vererbung, welche Genie und Talent als angeboren und die Rousseausche Lehre auch von dieser Seite als einen Unsinn erweisen. Diese Erörterung führt zu dem Ergebnis, daß die soziale Gliederung der natürlichen nicht bloß entspreche, sondern selbst eine natürliche sei: die Gliederung, welche beruht auf dem Darwinschen Satze von der natürlichen Auslese im Kampf ums Dasein.

Wenn Darwins Lehre, erklärt Ammon, kein leeres Hirngespinst ist, dann kann dem vierten Stande trotz der vorhandenen Teilbegabungen niemals die Führerschaft oder gar die Diktatur in der menschlichen Gesellschaft zufallen; und wenn der vierte Stand je einmal mittelst Anwendung der rohen Gewalt einen Erfolg erringen sollte, dann würde es nur ein Eintagserfolg sein. Die Leute von Talent — in den anderen Ständen und in seiner eigenen Mitte würden bald wieder obenauf kommen, und die „natürliche Auslese" könnte von neuem beginnen."

Der Verfasser läßt sich nach verschiedenen Seiten angelegen sein, die Darwinistischen Mißverständnisse und Irrtümer der Sozialisten, namentlich Bebels, nachzuweisen. Dieser hat allerdings den einen Satz Darwins verstanden, daß alle Lebewesen ihren äußeren Lebensbedingungen angepaßt sind, da er aber die beiden anderen Sätze von Vererbung und natürlicher Auslese bei Seite läßt, so kommt er zu der falschen Folgerung: Schaffet Allen gleiche Lebensbedingungen! Das ist aber nach den Naturgesetzen nicht möglich. Sollte der sozialistische Staat dieses Gleichmachen in Angriff nehmen, bezw. auf eine kurze Zeit durchsetzen, so würde die Gesellschaft verderben, da sie durch die Auslese nicht reguliert würde, die Folge würde Verschlechterung der Rasse sein. „Nicht die Schließung, sondern die großartige Erweiterung der Gefängnisse würde kraft der Vererbung das Ende vom Liede sein.“ Wollte man aber, wie Bellamy, die künstliche Auslese an Stelle der natürlichen setzen, so vergißt man, daß die Menschen mit ihrem kurzen Horizont fortwährend dem Irrtum anheimfallen. Wenn Bebel meint, daß die Menschen die Naturgesetze beherrschen, die sie kennen, so verwechselt er: nach ihnen verfahren und sie außer Kraft setzen. Da er das letztere nur vorübergehend versuchen kann, so muß er das erstere thun, also nach den Entwickelungsgesetzen verfahren, welche ebenso den Bestand der Religion, der Ehe und Familie, des Wettbewerbs, der sozialen Gliederung, des gesunden Bürger- und Bauernstandes, der Aristokratie und Monarchie fordern, wie sie jeder Revolution strikt widersprechen. Der sozialistische Staat müßte gerade nach dem Darwinismus die Übel der Gesellschaft ins Ungemessene steigern und alsbald die ganze Rasse verderben und mit ihr die Existenz der Nation. Ammon hat es auch nicht unterlassen, die Notwendigkeit der Menschenliebe und deren unabläßige Bethätigung zu betonen (S. 102—7), er erkennt an, daß es Fälle genug gäbe, wo ein Unfähiger im reichen Erbe und ein Fähiger im ererbten Elend sitzen bleibe, aber er meint, daß diese Ausnahmen an der Hauptsache nichts ändern könnten, sowie daß die Wissenschaft hier keinen anderen Rat habe als die Religion: „Arbeiten nach dem Ziele mit allen Kräften und Ergebung in das Unabänderliche ohne Bitterkeit“. Auch in allen diesen Beziehungen bleibe die „natürliche Auslese“ in Wirkung und werde diese endlich zum Ausdruck bringen; das Sprichwort drücke dies so aus: Gottes Mühlen mahlen langsam, aber mahlen sicher! Beachtenswert ist auch das Kapitel, in welchem Ammon die Überhebung des vierten Standes und



die Ungerechtigkeit gegen das Bürgertum rügt. Wenn dies wirklich so verdorben wäre, so würde das heißen, daß günstige Lebensbedingungen untüchtig, schlechte tüchtig machten, dann müßte Bebel das Gegenteil von dem fordern und behaupten, was er in Wirklichkeit fordert und behauptet.

Nach allem dem kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Sozialdemokraten besser gethan hätten und thäten, sich nicht auf den Darwinismus zu berufen.

Man kann ja immer noch über diesen streiten. Nur muß man den Kampf ums Dasein nicht, wie dies Häckel thut, für eine „Mitbewerbung um die notwendigen Lebensbedürfnisse“ ausgeben; denn das wäre biologisch ebenso wenig haltbar, als das sogenannte „eherne Lohngesetz“ ökonomisch haltbar ist. Am merkwürdigsten ist nun, daß die Sozialdemokraten ganz neuerdings in Grant Allen Jemand gefunden zu haben glauben, der den Darwinismus wieder in ihre Dienste gestellt hätte. Dieser englische Gelehrte, der sich „Sozialist“ nennt, hat nämlich Oktober 1890 in der Fabian Society in London einen Vortrag gehalten: „Steht der Sozialismus im Widerspruch zur Wissenschaft, insofern er in das Gesetz der natürlichen Auslese eingreift?“ Zunächst hat auch er es unterlassen, zu sagen, was er unter Sozialismus versteht. Wenn er sich nun gegen die „Bannflüche“ wendet, welche Häckel, Spencer, Schmidt ꝛc. vom Standpunkt des Darwinismus gegen den „Sozialismus“ geschleudert hätten, so berührt das unsere Frage nicht; wenn er aber ausführt, daß die natürliche Zuchtwahl nur auf den untersten Stufen des animalischen Lebens unbeschränkt stattfinde, daß, je höher die Organisationsstufe desselben stehe, desto eingeschränkter jene wirke, so kann man dies, wie Ammon, auch auf die Schichten der Gesellschaft anwenden und wird doch leugnen müssen, daß dieser Kampf je ganz aufhöre, so wenig als jemals auch der kleinste Rest einer flachen Wölbung nicht mehr Wölbung, und das kleinste Überbleibsel von Subjektivem objektiv ist. Wenn er meint, die menschliche Kinderpflege schlage der Auslese ins Gesicht, dann vergißt er, daß auch die Tiere ganz außerordentliches in der Pflege ihrer Jungen leisten, und weiß, scheint's, nicht, daß die Sozialdemokratie theoretisch daran ist, jenen Einwand selbst zu entkräften, und daß die thatsächliche Kindersterblichkeit ꝛc. in starken Prozentsätzen besteht. Was diese und ähnliche Einwürfe auch gegen Darwinistische Sätze und Folgerungen bedeuten mögen, soviel bleibt unzweifelhaft

bestehen, daß die Sozialdemokratie in dem Darwinismus keinen Bundesgenossen und Stützpunkt zu sehen hat.

Die „Wissenschaft" lehrt also auch nicht, wie letztere behauptet, die Republik, den Sozialismus, den Atheismus, sie lehrt nicht, daß Sittlichkeit ohne Religion in unseren Kulturverhältnissen bestehen könne, sie lehrt nicht, daß Ehe auf Zeit, Auflösung der Familie, Ausrottung der Zufriedenheit, Aufhebung der Autorität, Vergesellschaftung der Produktivmittel, Beseitigung der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung zum Heil der Menschheit sei, sondern von allem das Gegenteil.

Zweites Buch.

Vorgeschichte und Berechtigung der Kriegserklärung; Kriegszustand bis 1890.

Vorbemerkungen.

Wenn im ersten Buch nachgewiesen worden ist, daß die sozialistische Kriegserklärung völlig unhaltbar begründet worden ist, so soll damit keineswegs gesagt sein, daß es mit ihrer Berechtigung wie mit ihrer Begründung bestellt ist. Es giebt freilich Leute genug, welche damit die Sache für erledigt halten, daß sie die sozialistische Theorie widerlegen und den sozialistischen Zukunftsstaat als ein Unding nachweisen. Wenn die soziale Frage nichts wäre wie ein buntes Bündel von Theorielappen und Zukunftsmusik, die — dem verschiedenen Geschmack entsprechend — dem einen komisch, dem andern tragisch, dem dritten langweilig klingt, dann würde sich kein ernsthafter Mensch mit der Lösung dieser Frage herumschlagen. Da dies aber sehr viel ernsthafte Leute, große Staatsmänner und Regenten gethan haben und noch thun, und überdies jeder, der in der Gegenwart mit offenen Augen lebt, Tag für Tag sieht, daß die soziale Frage eine Wirklichkeit ist, so wird man weder auf falsche Zukunftsmusik, noch auf bestehende falsche Theorien hin sich beruhigen. Und zwar um so weniger als in unserem „wissenschaftlichen" Zeitalter keine Partei ohne eine „wissenschaftliche" Doktrin sich Gehör und Ansehen verschaffen kann. Daß diese Doktrin sehr oft mit der Wirklichkeit wenig gemein hat, beweist weder etwas für die Existenzfähigkeit noch -Berechtigung der Partei, diese hängt vielmehr in beiden Beziehungen wesentlich davon ab, inwiefern sie auf die thatsächlichen Verhältnisse gegründet ist und den thatsächlichen Mißständen abhelfen will bezw. kann. Daß der Schein bei all diesem eine Macht ist, gesteht die „Politik" ohnedem zu.

Will man zur Erfassung des Kerns der sozialen Frage kommen, so muß man sich die geschichtliche Entwicklung, welche zur Stellung derselben führte, in ihren Hauptzügen vergegenwärtigen, um daraus

die Faktoren zu gewinnen, welche objektiv als Kern der Sache, subjektiv als Berechtigung jener Kriegserklärung angesehen werden können.

Da nun England das Land ist, in welchem sich zuerst das entwickelt hat, was man die soziale Frage nennt, so ist zuerst die Entwickelung derselben in jenem Lande zu betrachten; da diese aber auch nicht isoliert geblieben ist — trotz der insularen Lage des Landes —, so ist ein Zurückgehen auf die englische Vorgeschichte um so nötiger.

---

1. Die Vorgeschichte in England bis zur Niederlage des Chartismus (ca. 1848).

Zu derselben Zeit als Cromwell durch die Navigationsakte den Grund legte für die Handels- und Industrieherrschaft Englands, erschien eines Tags in der Grafschaft Surrey ein Trupp Männer und begann auf den Gemeindeäckern zu graben und zu säen; sie luden die Nachbarn zur Beihilfe ein: bald würden sie so stark sein, daß sie das englische Volk aus der Landknechtschaft befreien könnten, in der es seit den Tagen Wilhelms des Eroberers schmachte. Die Gemeinschaft, für die Gott die Menschen von Alters bestimmt habe, umfasse auch das Land und seine Früchte, die für jeden ohne Ausnahme bestimmt seien; alles Privateigentum und damit Kauf und Verkauf habe aufzuhören, dann würde man wieder friedlich zusammen wohnen, denn das Eigentum sei der Ursprung aller Sünde. Diese Gleichmacher, Levellers, wurden von den Soldaten Cromwells auseinander gejagt, und die Landverhältnisse blieben: halb England war im Besitz von 150, halb Schottland von 75, halb Irland von 35 Personen. Und dieser mächtige Grundadel begann schon eine Philosophie zu herbergen, mit der Hobbes seine politischen Lehren in seinem Leviathan verband. Materialistisch und ungebunden in seinen Sitten lehrte er, daß der Drache des Sozialismus nur durch den Leviathan der Monarchie gebändigt werden könne; er leugnet ebenso die Freiheit wie die Existenz des Geistes, deren begeisterter Apologet Milton, der Anhänger der Republik Cromwells, war. Einst hatte die Triebkraft des Individualismus auch für das religiöse Gebiet die Selbstverantwortung in den Kämpfen der Reformation gefordert, nun war die Hochkirche, wie einst die

römische, die Hochburg der Autorität, und wurde bekämpft von Presbyterianern, Puritanern, Independenten und Levellern fast so hart, wie diese einander bekämpften. Während Sam. Butler die Rundköpfe in seinen „Hudibras“ lächerlich machte, schrieb J. Bunyan, der sich vom Kesselflicker zum puritanischen Prediger durchgerungen hatte, seine begeisterten Bekenntnisse in der „Pilgerreise“. Während dieser sittenreine Mann zu Bradford im Gefängnis schmachtete, hallte die englische Bühne wie der Hof wieder von obscönen Stücken, liederlichen Versen und schnöden Zoten. Materialismus und Hochkirche, Libertinismus und Absolutismus auf der einen, geistiges und geistliches Zelotentum, Republik und Sittenreinheit, die nicht überall frei von Tartüfferie war, auf der andern Seite. Gemeinsam war beiden nur der Individualismus und die Schwärmerei für die „neue Wissenschaft“, die auf den Grundsätzen Bacons fußend, Physik und Chemie als selbständige Wissenschaften zu begründen bezw. auszubauen begonnen hatte. In dieser Zeit unversöhnlicher und wunderlich gekreuzter Gegensätze schlug mit dem Einzug des dritten Stuarts in Whitehall die Geburtsstunde des modernen Englands. Das agrarische Wirtschaftssystem, die aristokratische Verfassung, die individualistische Aufklärung sind die konstanten Faktoren dieses seltsamen Staats- und Gesellschaftsbilds, dessen Prophet Hobbes wurde und blieb. So schlecht seine materialistische Weltanschauung und sein cynischer Absolutismus sich mit Kirche und Staatsverfassung zu vertragen schien, die ganze von ihm geistig beherrschte höhere Gesellschaft hatte von ihm gelernt, daß man beider zur Herrschaft nicht entraten konnte; das waren die Hörner, ohne die man John Bull nicht hätte fassen und führen können, während die herrschenden Klassen ihre skeptische und individualistische Aufklärung hinter kirchlichen Formen und ihre selbstische Gesinnung unter äußerer Wohlanständigkeit verbargen. Aus dieser geistigen Atmosphäre sind dann die Bolingbroke, Shaftesbury und Locke[1]) u. a. erwachsen, deren Lehren Voltaire unter die Leute brachte und Rousseau zu einem System verbog, das die Grundlage der Revolution wurde.

Auf wirtschaftlichem Gebiet hatte sich unterdessen England zum bedeutendsten Handelsland entwickelt und hatte seinem Gewerbebetrieb Absatzgebiete in einem Umfang geschaffen, welcher die anderer Kulturstaaten zum Teil sehr erheblich übertraf. Die volkswirtschaftliche

1) Vergl. Wolf a. a. O. S. 37 ff.

Theorie hatte allerdings in dem der Restauration der Stuarts folgenden Jahrhundert dreimal insofern die Grundfaktoren gewechselt, als der Merkantilismus das Edelmetallgeld, die Physiokraten die Naturkraft des Bodens, A. Smith die Arbeit für die Quelle des Reichtums erklärt hatten, aber in ihrer individualistischen Grundlage waren sie alle drei gleich, nur daß A. Smith die unheilvolle atomistische Lehre der Philosophie ohne weiteres in die Nationalökonomik übertrug. Die außerordentliche Ausdehnung der Absatzgebiete stellte Forderungen an die Produktivkraft der gewerblichen Arbeiter, der sie nicht gewachsen waren, die neu erfundenen Maschinen sowie die Dampfkraft steigerten jene noch mehr als der Absatz verlangte; und da mittlerweile auch von anderwärts, wie von Frankreich aus, der Gewerbe- bezw. industrielle Betrieb auf jenem großen Absatzgebiet im Wettbewerb miterschien, begannen die englischen Industriellen ihre Produkte konkurrenzfähiger dadurch zu machen, daß sie die Produktionskosten herunterdrückten. Und nun war es die Lehre von A. Smith, welche theoretisch zu rechtfertigen schien, was der utilitarischen Moral und dem praktischen Egoismus schon längst geläufig war: Der freie Wettbewerb, der die Harmonie von selbst bringen werde. Nach diesem Phantasma ist kein gesetzlicher Eingriff in die wirtschaftliche Bewegung gestattet, weil dieser jene Harmonie, oder wo Erkrankung eingetreten wäre, den Gesundungsprozeß stören würde. Daß bei einer solchen Auffassung und thatsächlichen Lage die wirtschaftlich Stärkeren im Vorteil waren; daß die Arbeitsteilung in Verbindung mit dem freien Wettbewerb die Arbeiter erst zur Maschine, dann zur Ware machte, fiel für diejenigen nicht ins Gewicht, welche den Vorteil davon hatten; und daß das dieselben waren, welche einen immer wachsenden Einfluß in der Selbstverwaltung wie in dem Parlament erlangt hatten, schuf in England eine Notlage der Arbeiter, die in Wahrheit zum Himmel schrie. Es war besonders die erste Generation der Industriellen, die, selbst aus dem Arbeiterstande hervorgegangen, von einer Art brutaler Habgier geleitet war, die Kapitalanhäufung als Lebenszweck, Auspressung der Arbeiter als Mittel dazu ansah. Während diese herzlosen Erwerbsmenschen die Selbstverwaltung, namentlich das Amt der Friedensrichter und den Umstand, daß die Rechtspflege über die Maßen kostspielig war und das Rechtssystem einem Fuchsbau glich, namentlich gegen die Arbeiter ausnutzten, wußten sie durch Freiheits- und Gleichheitsgeschrei die untersten Schichten zu bethören, daß sie die alte

Aristokratie verfassungsmäßig knebeln und die Industriellen zur politischen Herrschaft führen halfen. Nun hätten nach der sogenannten Reformbill (1832) die industrielle Gesellschaft, die gewerblichen Unternehmer, die Selbstverwaltung noch rücksichtsloser handhaben können, aber die neue Generation war im Gewerbsleben groß geworden und fand jenes weder nötig, noch fand sie Zeit und Neigung dazu, sie ging also zum Teil an Beamte über. Während nach dem weiter geltend gemachten angeblichen Individualrecht die Ausübung des Wahlrechts den Verbänden, die es seither gehabt, abgenommen und nach der Leistungsfähigkeit individualistisch gestaltet wurde, führte dieses nach und nach zur Demokratisierung der Gesellschaft wie der Verfassung.

Die Lage der Arbeiter war mittlerweile eine höchst bedauernswerte geworden; diese Lage wurde aber noch dadurch verschlimmert, daß die Landwirtschaft zum Großbetrieb übergegangen, und dadurch die kleinen Eigentümer zu Arbeitern geworden waren und weiter wurden; die Reservearmee der Arbeitskräfte wurde sodann vermehrt durch die Handwerker, die dem Industriebetrieb zum Opfer fielen, sowie besonders durch die Masseneinwanderung irischer Arbeiter, welche Arbeitslohn, Lebens- und Sittenstand auf ein Minimum zurückdrängten. Dazu traten neue Maschinen; die leichtsinnige Eheschließung in den unteren Klassen wurde durch das Eindringen des irischen Elements erheblich vermehrt; immer tiefer sank der Lohn, immer höher stieg die Arbeitszeit, immer mehr weibliche und jugendliche Arbeiter wurden in die Arbeitsstätten gebracht, die man in jener Zeit als die Harems der Unternehmer bezeichnete; ja die Armenverwaltungen gingen so weit, kleine Kinder, die ihnen anvertraut waren, in die Fabriken zu verkaufen. 1839 betrug die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter nur noch 23% aller Industriearbeiter. Als die industrielle Gesellschaft sich durch das Armengesetz von 1834 nicht bloß ihrer Unterstützungspflicht entzogen, sondern durch das Verbot des Almosens ihre gewissenlose Hartherzigkeit in eine gesetzliche Pflicht verwandelt hatte, begannen die Arbeiter selbständige politische Agitationen; 1838 wurde in London die erste „Arbeitervereinigung" gegründet, welche allgemeines Stimmrecht, jährliche Parlamentswahl, Diäten, Abschaffung des Wahlzensus forderte; das ist die Volkscharte, auf Grund deren sich der Chartismus bildete, der wie die Sozialdemokratie des Festlands, die wenig später anfing sich zu bilden, sich der Staatsgewalt bemächtigen und einen sozialistischen Staat begründen wollte. Mit der Erstürmung und Plünderung

Birminghams wurden die Feindseligkeiten eröffnet, die Wellington blutig unterdrückte; in den 40er Jahren wiederholten sich die Aufstände, bis die letzte erfolglose Erhebung (1848) auch den Niedergang des Chartismus besiegelte.[1])

Mittlerweile war ein Mann von rücksichtsloser Offenheit und tiefer Sittlichkeit, von scharfem Verstand und warmem Herzen, von tiefem Wissen und heroischem Stil, ein Mann mit prophetischem Blick und unerschütterlichem, in Gott gefestigtem Willen gegen das Trug- und Scheinwesen des Manchestertums, gegen die utilitare Moral und den krassen Materialismus der Gesellschaft aufgetreten und hatte als die Wurzel aller Übel den überspannten Individualismus erkannt, der die menschliche Gesellschaft in Atome zerschlagen hatte, die sich gegenseitig aufzureiben unermüdlich an der Arbeit waren.

Carlyle ging von ähnlichen Anschauungen aus, wie ich sie im ersten Buch kurz dargelegt und biologisch begründet habe; er zeigt wie der Altruismus — der Gegensatz zum individualistischen Egoismus — bei Bildung jeder Gesellschaft mehr oder weniger beteiligt ist; das Autoritätsverhältnis, ohne das keine Gesellschaft bestehen kann, ist die erste Arbeitsteilung, durch welche eine weise Minderheit sich ihrer Leiter- und Herrscherpflicht bewußt wird der großen Mehrheit gegenüber, die der Beherrschung bedarf und darnach verlangt; beide Teile der Gesellschaft arbeiten für einander, der eine mit der Hand, der andere mit Kopf und Herz; so wachsen sie zu einem Organismus zusammen, zur Gesellschaft. Die Entwicklung dieser ist unabhängig vom Entstehen und Vergehen der Individuen, welche ihrerseits durch Vererbung und Erziehung die Erzeugnisse der Gesellschaft sind. Je mehr die Gesellschaft sich entwickelt, desto mehr hören die Individuen als solche auf thätig zu sein, indem sie umsomehr Organe der Gesellschaft werden. Das Bewußtsein hiervon entwickelt sich gleichzeitig im Innern des Menschen, und dieses Bewußtsein ist es, was die soziale Ordnung hervorbringt (die Sozialdemokratie geht auf das Umgekehrte aus). Keine Gesellschaft kann also bestehen, wenn ihre Glieder nicht ein Quantum Selbstsucht überwinden und diese Überwindung nennt Carlyle

1) Für die englische Entwicklung ist das Hauptwerk v. Schulze-Gävernitz, Zum sozialen Frieden. Eine Darstellung der sozial-politischen Erziehung des englischen Volks im 19. Jahrhundert. 1890. 2 Bde. Die Darstellung der neusten Entwicklung hat vielfach Widerspruch gefunden und stimmt auch mit meinen Beobachtungen in England und Schottland nicht überall.

Religion; jede Gesellschaft beruht auf Hingabe, deren höchster Grad die Ehrfurcht ist.[1]) Sie gehört wie Familien-, Vaterlands- und Heimatsgefühl zum Glauben; dieser gründet sich auf das Jenseits, während der Verstand auf dem Diesseits ruht, ohne jenen würde der Mensch in tierische Zustände zurücksinken (vgl. Dahls bezügl. Äußerung im 1. Buch). Der Glaube wendet sich an den Willen, und die Thätigkeit, welche aus dem Glauben hervorgeht, ist „Arbeit“ — im Gegensatz zum „Thun“, das vom Verstand kommt. Je mehr die Thätigkeit der Menschen den Charakter der Arbeit hat, desto mehr wird der Mensch Organ der Gesellschaft; diese erhält ihn arbeitsfähig, wie der Organismus seine Zellen; dieser Ernährung dient der Lohn, der kein Äquivalent der Arbeit ist, die nicht bezahlt werden kann; wie die Arbeit allein den Menschen glücklich macht, so macht ihn die Selbstsucht mit all seinem Thun unbefriedigt, unglücklich. Dieser thätige Glaube bringt auch die äußere Form der Gesellschaft hervor: Sitte, Recht, Verfassung ꝛc.; die Geschichte ist der Prozeß der Sozialisierung der Menschheit.

Diese Entwicklung ist aber keine stätige. Ist das Ganze mächtiger als die Teile, so haben wir eine Periode des Glaubens, eine positive Zeit, eine Zeit des Aufbaus; ist es umgekehrt, so haben wir eine Zeit der Negation, der Zerstörung. In jenen Zeiten ist der Einzelne, der durch seinen Glauben im Jenseits fußt, innerlich frei von den Nichtigkeiten dieser Welt, er ist zum Handeln geneigt, das Denken ist ihm nur Mittel, nicht Selbstzweck; die größten unter diesen Menschen sind die Helden dieser Entwicklung. Solche positiven Menschen gliedern sich in Genossenschaften, welche nicht, wie „Vereine“, auf Zweckmäßigkeitserwägungen zurückzuführen sind. Die Genossenschaft, der der ganze Mensch angehört, beeinflußte den Einzelnen wesentlich, so daß Standesgefühl, Korpsgeist, Gemeinsinn hervortritt, die immer Zeichen positiver Zeiten sind, sie führt alle Autorität auf Gott zurück, während die negativen Zeiten sie vom Individuum als Volkssouveränität ableiten. Diese Zeiten zersetzen jene, indem Frauen und Bauern am längsten beim Glauben ausharren. Dieser Prozeß führt durch Skeptizismus, Negation, Heuchelei, Materialismus den Zustand der Gesellschaft immer mehr wieder dem tierischen zu;

---

1) Die Einzelheiten und weiteren Ausführungen sind vortrefflich dargestellt bei v. Schulze-Gävernitz a. a. O.

denn der Mensch ist ein Tier, soweit sein Dasein nicht auf dem Glauben beruht. Nur wenige leisten noch „Arbeit" und fristen so der Gesellschaft das Leben, das immer mehr zu Schein, Reklame, Betrug herabsinkt. Die Herrschaft wird nicht mehr als Pflicht, sondern als Mittel zum Genuß und Erwerb gehandhabt. Massenelend und Reichtum Weniger sind die Symptome des Verfalls des Organismus, der sich immer mehr dem Urzustand nähert, dessen letzte Konsequenz der Anarchismus ist. In ihm erst wird das Individuum ganz „befreit", die Selbstsucht ist verewigt, der Mensch vergöttert. Das ist dann der neue Glaube, welcher den Fanatismus der Zerstörung in sich trägt (Rousseau, Jacobiner), bis ihre ungläubigen Helden sich der Herrschaft bemächtigen und ihrer Zeit als Herren gelten (Bonaparte). Die Geschichte ist also von dem Gegensatz zwischen Individualismus und Altruismus beherrscht, und in den Kämpfen der Völker ist der Krieg der Gradmesser für die Lebensfähigkeit derselben.

Nach Carlyle ist nun die entscheidende Frage für den Bestand aller modernen Staaten und Nationen: Werden sie imstande sein aus sich heraus den selbstischen Individualismus zu überwinden; werden die Mitglieder der Gesellschaft wieder zu Glauben und durch ihn zu positiver Arbeit und zur Geltendmachung sozialer Motive gelangen, bezw. werden sie die Kraft haben, Religion in neuen Formen, neue Ideale zu schaffen? Im Hinblick auf den Idealismus in der Philosophie und Litteratur Deutschlands glaubte er die Frage bejahen zu dürfen und predigte ununterbrochen und auf das nachdrücklichste gegen den Mammons- und Phallusdienst der Gesellschaft, die er zur Gesinnungsänderung, zum Altruismus anhält. Die Arbeitgeber sollen die Interessen der Arbeiter zu den ihrigen machen; ohne die soziale Mitarbeit des Staats könnten freilich keine entscheidenden Erfolge erzielt werden, und die eigensüchtige Parlamentsmehrheit sei der gefährlichste Gegner einer sozialen Reform, zu deren Durchführung ein starkes Königtum unentbehrlich sei: Fabrikgesetzgebung und staatliche Inspektoren, Minimalanforderungen für Wohnungen, Volksbäder &c., sind an- und aufzustellen, der Staat muß die Grenze ziehen, welche in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung bei allen bezüglichen Einrichtungen eingehalten werden muß; allgemeine Schulpflicht, Erweiterung des Stimmrechts, allgemeine Wehrpflicht, Regelung der Auswanderung, staatlich geleitete Landkolonisation in England selbst, körperliche Übungen &c. werden verlangt.

Zunächst ging von Carlyles Saat in England, wie es schien, nicht viel auf. Nicht als ob keine Versuche zu einer Besserung gemacht worden wären. Das war zuerst und schon vor Carlyles Auftreten von Owen versucht worden. Er ist der erste Fabrikherr, welcher aus eignem Antrieb, aus Liebe zu seinen Arbeitern Arbeiterschutz und Wohlfahrtseinrichtungen schuf und mit Robert Peel zu einer Zeit in dieser Richtung wirkte, als die Arbeiter noch völlig ohnmächtig waren (1802). Allein wie der letztere als Staatsmann in dieser Beziehung ohne Unterstützung blieb, so verbaute sich Owen selbst die Wege. Er blieb selbst völlig in dem Individualismus stecken und wollte von utilitarischem Standpunkt helfen, indem er Religion und falsche Erziehung für die Wurzel der sozialen Übel hielt, so kam er schließlich beim atheistischen Kommunismus an und hat keine weiteren Wirkungen haben können. Auf christlichem Boden haben dann Andre, zum teil vor, zum teil mit Carlyle den Arbeitern Hilfe zu bringen gesucht, namentlich in den zwanziger und dreißiger Jahren (Oackland, Shaftesbury), allein die Manchestermänner wußten jeden staatlichen Eingriff zu hindern; durch gewaltsame Unterdrückung und Bestrafung wurde der Koalition der Arbeiter im ersten Viertel des Jahrhunderts rücksichtslos entgegengetreten, und diese Gewaltpolitik zog die Arbeiterbevölkerung groß, welche der gewaltthätige nnd blutige Träger des Chartismus war. Erst unter dem Einfluß der christlich-sozialen Bewegung, die sich an Carlyle anschloß, und von der später zu reden ist, begannen die Versuche mit Wohlfahrtseinrichtungen, Arbeiterschutz gleichsam auf patriarchalischem Boden, wie ihn Carlyle vorbereitet und gewünscht hatte, und haben die Gegensätze gedämpft, den Arbeitern mehr Schutz und vor allem die nötige innerliche und äußerliche Erstarkung zu Genossenschaften und zum Verständnis der Gemeinsamkeit ihrer Interessen und damit zu einer gemeinsamen Thätigkeit geführt, deren erste größere Frucht das sogenannte Zehnstundengesetz (für Frauen und jugendliche Arbeiter) war (1847). Damit war eine friedliche Entwicklung eingeleitet und dem Chartismus der Todesstoß versetzt.

---

2. Vorgeschichte in Frankreich und Deutschland bis zur Begründung der Internationale. (1848.)

Im engsten Anschluß an die englische Aufklärungs- und individualistische Philosophie haben Voltaire, die Encyklopädisten und Rousseau den geistigen Zersetzungsprozeß in Frankreich herbeigeführt, dessen Früchte die mittlerweile auch in Frankreich erstarkte industrielle Gesellschaft nur genießen konnte, nachdem durch die Faust der niedersten Schichten die beiden privilegirten Stände ihrer Herrschaft beraubt worden waren. Taine hat diese ganzen Vorgänge meisterhaft dargestellt; hier können nur einige Hauptpunkte hervorgehoben werden.

Nachdem jene Philosophen oder Schriftsteller den revolutionären Geist durch die Schichten der gebildeten Gesellschaft getragen, und allmählich die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden auch die anderen ergriffen hatte, nachdem, wie Taine sagt, das Gehirn von allem entleert war, was seither in Geltung gestanden hatte, d. h. der Tradition, wurde dies leere Gehirn mit der Rousseauschen Lehre der Gleichheit der Individuen, der Schlechtigkeit der Gesellschaft, der Verwerflichkeit des Privateigentums, der Autorität des Volkswillens (Gesellschaftsvertrag) gefüllt. Aller dieser Vorarbeit gegenüber blieb die Sorglosigkeit der Regierung ungeteilt, der sentimentale Optimismus der oberen Stände ungeschwächt; bald schlug die Sorglosigkeit in Schwäche und der Optimismus in Furcht um; der Terrorismus hielt schon bei den ersten Wahlen zu den Provinzialständen (87) seinen Einzug unter die Wähler, und wurde hernach bei den parlementarischen Versammlungen durch Furcht und Theorie, bei den Wählern durch Theorie und Hunger in Permanenz versetzt. Der politische Atomismus hatte Frankreich in 40,000 selbständige Gemeinden verwandelt, in dessen Gefolge der blutige Sozialismus alsbald erschien und durch Robespierre auf den Thron gesetzt wurde. Wie blutig und bestialisch dieser Sozialismus war, mag bei Taine nachgelesen werden (einige Beispiele wird das 5. Buch bringen); hier soll nur angedeutet werden, wie diese Herrschaftsform und -Weise mit völligem Bankerott des Sozialismus endigte. Nachdem in der Sitzung des Konvents vom 2. Dezember 1792 Robespierre unter Zustimmung desselben erklärt hatte: Alles, was zur Erhaltung des Lebens

not thut, ist ein der ganzen Gesellschaft gemeinsamer Besitz, und der Konvent Rousseaus Satz: die Früchte der Erde gehören Allen, die Erde niemanden gebilligt hatte, wurden alsbald die praktischen Folgerungen gezogen. Hier soll nur die erwähnt werden, daß ein Maximaltarif die Lebensmittelpreise festlegen sollte; diese Maßregel steigerte die Not nur auf das höchste, sodaß der Hungertod sogar in die Straßen von Paris seinen Einzug hielt. Als nun dieser Sozialismus mit Robespierre gestürzt war, kamen wieder Lebensmittel zu Markt, aber nun konnte sie niemand bezahlen, da das Papiergeld nur noch drei Prozent seines Nominalwerts hatte, und eine in jenem gezahlte ganze Beamtenbesoldung kaum für ein Brod und ein paar Stücke Holz (das Klafter kostete damals 400 Franks) ausreichte. Wiewohl der Sozialismus völlig Bankerott gemacht hatte, suchte Babeuf ihn nicht bloß theoretisch, sondern auch praktisch von neuem zu beleben, mußte dafür aber, wie im 1. Buch gezeigt, mit dem Kopf büßen. Die fortgesetzten Kriege, die beinahe ein Menschenalter hindurch dauerten und Frankreich allein über 2 Millionen seiner kräftigsten Männer kosteten, drängten ebenso die Ursachen wie die Folgen und Symptome des Sozialismus auf dem Kontinent völlig zurück.

Die seitherige Entwicklung in Frankreich zeigt manche Ähnlichkeit mit der englischen; die Fäuste und Piken der untersten Schichten hatten dem 3. Stand in Frankreich politische Gleichberechtigung verschafft, und wenn bei diesem blutigen Würfelspiel auch viele seiner Angehörigen mit Beutel und Blut die Emanzipation ihres Standes hatten mitbezahlen müssen, so hatte dieser Stand nicht bloß zu verhindern gewußt, daß das demokratische Prinzip bis zum sozialistischen sich auswuchs, sondern auch erreicht, daß er selbst im späteren Verlauf politisch und wirtschaftlich die Früchte der Revolution einheimste. Schon in den zwanziger Jahren waren die einschlägigen Verhältnisse auch in Frankreich bereits in eine so ungesunde Verfassung gekommen, daß Schriftsteller auf diese hinwiesen und den schreienden Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, Bourgeosie und Arbeiter, Reich und Arm litterarisch verarbeiteten, z. B. St. Simon († 1825). Während sich in England der Chartismus entwickelte, nahm die Entwicklung besonders in Frankreich, weniger in Belgien, einen Gang, der sich in erschreckender Weise englischen Zuständen näherte; und zwar ist dies vorzugsweise der Mißregierung des Bourgeoiskönigs und Börsenspekulanten Louis Philippe zuzuschreiben, dessen Herrschaft auf der

Bourgeoisie beruhte und von dieser ausgeübt und ausgebeutet wurde. Der Chartistensturm auf Birmingham rief auch Putsche in Paris hervor; das chauvinistische Jahr 1840 und Thiers haben diese Entwicklung nur wenig aufzuhalten vermocht; Proudhon war mittlerweile aufgetreten mit seinem Stichwort: Eigentum ist Diebstahl, hat dann aber, wie bereits erzählt, als von Hegel infizierter Philosoph des Elends sich gefallen lassen müssen, von seinem ehemaligen Freund uud Verführer wissenschaftlich abgethan und unter die kleinen Bourgeois-Prediger verstoßen zu werden. Und dies ist auch schon deshalb nicht zu bedauern, weil auch er wie alle seine Nachtreter, welche die Sache der Arbeiter zu vertreten und deren Lage zu verbessern suchten, ganz in dem individualistischen Nebel steckte, und ebenso wie der sogenannte „wissenschaftliche" Sozialismus Individualismus und Sozialismus, also zwei Gegensätze schroffster Art in ein System verkoppelte. Es sind dies besonders Blanqui, Ledru-Rollin, Cabet, unter deren Einfluß das erste sozialdemokratische Blatt begründet (1843) und geleitet wurde: Der Sozialismus bezw. Kommunismus sollte durch die Demokratie, das allgemeine Wahl- und Stimmrecht — dies ist die äußerste politische Konsequenz des Individualismus — erreicht, und dadurch die äußersten wirtschaftlichen Konsequenzen des Individualismus — allgemeines Recht der Arbeit und völlige gleiche Verteilung des Einkommens —, sowie die äußersten sozialen Konsequenzen des Individualismus — allgemeines gleiches Genuß-, Erziehungs-, Ehe- ꝛc. Recht — erlangt werden. Das stärkste Reagens goß Engels in diesen Strom durch sein 1843 erschienenes Buch über die Lage der arbeitenden Klassen in England. Wie Comte sich vielfach theoretisch an Carlyle anschloß, so bezieht sich Engels in diesem Buch fortwährend auf die Keulenschläge, die Carlyle gegen die individualistische Ausbeutung der Arbeiter gerichtet hatte; daß diese sich in erster Linie gegen den Individualismus, seine verkehrte ökonomische Theorie — Smith-Ricardo-Marx-Engels — sowie thatsächlich gegen jene Verkoppelung richtete, scheint dem Verfasser schon damals entgangen zu sein, wenigstens ist diese Thatsache bis heute von allen Sozialisten ignoriert worden.

In Deutschland hat, soviel ich sehe, Schleiermacher zuerst sich gegen die durch englische und französische Philosophen und Politiker zur Geltung gebrachte atomistische Staatslehre ausgesprochen, und Fichte ist der erste, welcher eine Soziologie auf nationalem Boden anzubauen suchte, wie dies Fr. List für die Volkswirtschafts-

lehre versuchte. Der letztere sagt selbst: Auf der Materie der Nationalität als des Mittelglieds zwischen Individualität und Menschheit ist mein ganzes Gebäude gegründet. Dies Gebäude ist im Aufriß dargestellt in seinem Buch „das nationale System der politischen Ökonomie“ (1841). List stand von Anfang an wie seine süddeutschen Landsleute, z. B. Nebenius, auf dem freihändlerischen Standpunkt, hatte aber durch seinen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten gesehen, wie die freihändlerischen Tarife der Union von 1816 und 1824 höchst unwirtschaftlich gewirkt hatten; seinen Bemühungen hat es die Union in erster Linie zu danken, daß sie den schutzzöllnerischen Tarif von 1828 erhielt. In Europa waren es nur die maßgebenden preußischen Wirtschaftspolitiker, welche sich keinem System gefangen gaben, mitten unter dem damaligen Prohibitivsystem der Kulturländer hatten sie das System eines gemäßigten Schutzzolls durch das Zollgesetz von 1818 für den größten Teil Norddeutschlands in Anwendung gebracht und dann auf derselben Grundlage durch die Begründnng des Zollvereins für fast ganz Deutschland ein nationales Wirtschaftsgebiet geschaffen. Da nun trat Lists Theorie hinzu. Das atomistische Individuum existiert ebenso wenig wie die Summe solcher Individuen, die vermeintliche Menschheit, für die seither und leider auch später fast alle Volkswirtschaftslehrer gedacht und geschrieben haben. Wie es nicht die Familie an sich giebt und also auch keinen Wirtschaftsplan für eine solche, sondern nur für eine bestimmte Familie, so auch nur für ein staatlich organisirtes Individuum, eine Nation. Ein einzelner kann wohl den augenblicklichen Nutzen zum Lenker seiner Handlungen machen und oft genug dadurch Gewinn erzielen; verfahren aber die Nationen entsprechend, so setzen sie ihren Bestand in der Zukunft aufs Spiel. List tadelte nicht bloß diesen kurzsichtigen Egoismus der Nationalökonomen, sondern auch ihren Materialismus, der nur mit Metall, Grundrente, oder Arbeit und nicht auch mit Religion, Sittlichkeit, Recht, öffentlicher Sicherheit, Wissenschaft ꝛc. rechnete. Vor allem aber wies er darauf hin, daß der jeweilige Kulturstand der Nationen die Wirtschaftspolitik bestimmen müsse, diese muß eben den verschiedenen Wirtschaftsstufen angepaßt sein, sonst kann sie nur Schlimmes anrichten; auch dürfen es keine Zwergstaaten und Scherbennationen sein, denn in einem Theekessel kann man kein Bier brauen.

Wie in dem revolutionären Frankreich war auch in Deutschland nach den napoleonischen Kriegen noch an vielen Stellen das Volk

wirtschaftlich schwach, es hatte nur geringe Kaufkraft, die Erzeugung der Luxusartikel stand der der Massenartikel noch voran. Die Notjahre von 1817 und 18 drückten überdies stark auf die Masse des Volks. Das romantische Stillleben der zwanziger Jahre wurde nur durch die Demagogenhetze und die anderen Metternichschen Machenschaften getrübt. Es war die Stimmung dieser Zeit eine erneute und verschlechterte Auflage der vorrevolutionären Sentimentalität, die ihren klassischen Ausdruck im Werther gefunden hatte. Durch die Julirevolution aber wurden Geister und Instinkte geweckt, die seither in Deutschland geschlummert hatten: In Verbindung mit der Metternichschen Unterdrückungspolitik erwuchs unter dem Einfluß Mazzinis und der geflüchteten Polen die Geheimbündelei und das Verschwörertum; der Radikalismus flüchtete sich in die Litteratur und entwickelte in ihr den revolutionären Geist, den das sogenannte junge Deutschland als Atheismus und Religionsspötterei, Emanzipation der Sinnlichkeit und Klassenhaß predigte. Als infolge des französischen Kriegsgeschreis, der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. und des Hervortretens der Schleswig-Holsteinschen Frage („Schleswig-Holstein meerumschlungen“ 1843) der nationale Geist sich belebte und erstarkte, schieden sich in den vierziger Jahren die Geister deutlicher: jenem trat der revolutionär-sozialistische Geist stärker gegenüber, der unterdes neuen wissenschaftlichen Zuzug erhielt durch Männer wie A. Ruge, Br. Bauer, Feuerbach u. A.

Mittlerweile hatte sich auch in Deutschland, namentlich seit Begründung des Zollvereins auch in Norddeutschland, ein Industriesystem entwickelt, welches anfing dieselben Übel, wenn auch noch in sehr verkleinertem Maßstabe zu zeigen, wie sie in England und Frankreich hervorgetreten waren. Die politische Korruption und das Verschwörertum zeigten sich auch auf dem sozialen Gebiet. Schon seit 1836 bestand in Paris ein deutscher Kommunistenbund, dem auch der ehemalige Schneidergeselle Weitling angehörte; 1840 unternahm dieser eine Agitationsreise nach der Schweiz und war litterarisch und als Gründer von kommunistischen Vereinen — auch in Südwestdeutschland — thätig und verbreitete die in Paris eingesogenen Lehren Babeufs, Blanquis, Cabets rc. Namentlich wirkte er durch eine sozialistische Monatsschrift, nachdem er sich 1841 in der Schweiz niedergelassen hatte. Mit einigen Gesinnungsgenossen organisierte er zuerst in Deutschland eine Arbeiterbewegung, die kommunistischer Natur

war. Als er sein „Evangelium des armen Sünders“ veröffentlichte (1843), wurde er wegen Gotteslästerung und Angriffs auf das Eigentum gerichtlich verurteilt und nach Verbüßung seiner Haft ausgewiesen. So kam er als Märtyrer nach London, von wo er 1848 noch einmal einen Vorstoß nach Berlin machte, der ohne Erfolg blieb und ihn zur Auswanderung nach Amerika trieb. Sein ganzes System legte er in einem größeren Werke nieder, das anfangs auch von Marx gepriesen, dann von ihm als phantastisch und sentimental verspottet wurde, während Engels ihn den einzigen deutschen Sozialisten nennt, der wirklich etwas gethan habe. Mittlerweile hatten außer den früher genannten auch Herwegh, Grün, Heß u. A. den Kampf in Litteratur und Presse gegen alles Bestehende fortgesetzt, und nicht bloß die „Barbarei der sozialen Zustände“ gegeißelt, sondern auch in kleinen sozialistischen Blättern die kommunistische und sozialistische Propaganda fortgesetzt, die sich dann als „Philosophie der That“ anpreist und in dem Handlungsgehilfen W. Marr auch bald einen Agitator findet, welcher die „Propaganda der That“ predigt. Als die schweizerischen und deutschen Behörden diesen Agitatoren entgegen traten, gingen sie meist nach London, wohin mittlerweile der Kommunistenbund nach seiner Vertreibung aus Paris übergesiedelt war. Auf diesen gewannen alsbald Marx und Engels den entscheidenden Einfluß. Nachdem Marx durch sein „Elend der Philosophie“ Proudhon litterarisch vernichtet hatte (1847), war sein Ansehen um so maßgebender, als er in jener Schrift bereits die Grundlagen seiner Theorie mehr oder weniger deutlich gelegt hatte. Einen neuen Impuls gab er der sozialistisch-kommunistischen Bewegung durch das Ende 1847 mit Engels verfaßte und Februar 1848 von Brüssel veröffentlichte und verbreitete Manifest der kommunistischen Partei. Zum erstenmale spricht dies den Gedanken aus, daß die Interessen der Proletarier aller Länder gleich seien; wie das Kapital international ist, so auch die Arbeit; da die Proletarier nichts zu verlieren haben, als ihre Ketten, dagegen eine Welt zu gewinnen, sollen sie ungesäumt an die Arbeit gehen, und zwar sind die nächsten Aufgaben: Abschaffung des privaten Grundeigentums, Zentralisierung des Kredits und Verkehrs in den Händen des Staats, Errichtung von Nationalwerkstätten, Bebauung aller geeigneten Ländereien nach einem von der Gemeinschaft (!!) aufgestellten Plan und unentgeltliche Erziehung der Kinder nach gleichem System. Wie dies Programm durchgeführt werden sollte, dafür wußte Marx

auch Rat: durch die Diktatur des Proletariats, diese aber ist gewonnen, wenn die Massen von der sozialistischen Theorie besessen sind, denn dann wird die Theorie Gewalt.

3. Entwicklung in England bis 1890.

Im engsten Anschluß an Carlyle stellte sich die christlich-soziale Bewegung dem herrschenden Individualismus, bzw. Materialismus und Utilitarismus entgegen, eine Bewegung, die wohl von Maurice begonnen, durch Kingsley, Ludlow und Neale fortgeführt und zum Teil vertieft wurde.[1]) Die Genannten schlossen sich mit Gesinnungsgenossen 1850 zusammen als „Gesellschaft zur Förderung der Arbeiterassoziationen" und brachten dadurch erst die Genossenschaftsbildung in Fluß, die freilich schon früher begonnen hatte, wie bei den bekannten Pionieren von Rochdale, welche 1844 ihre Genossenschaft mit 20 Mitgliedern und einem Kapital von 560 Mark begannen; 1860 betrug ihr Kapital schon 700,000 Mark, der Jahresumsatz über 1 Million Mark und der Reingewinn 220,000 Mark, nachdem sie eine Spinnerei, Weberei und Getreidemühle errichtet hatten.

Die Christlichsozialen regten zunächst die Bildung von Produktivassoziationen an, da aber die Arbeiter dazu noch nicht reif waren, nahmen diese keinen rechten Fortgang; desto erfolgreicher nahmen sie die Gesetzgebung für die Bildung von Genossenschaften in Anspruch, zunächst für Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht (1854), freilich noch mit vielen Beschränkungen. Nach deren Beseitigung (1862) begann die Blütezeit des englischen Genossenschaftswesens und setzte sich unter schweren Kämpfen fort, bis etwa seit 1875 ihm ein bis jetzt nicht mehr erschüttertes Ansehen und fester Bestand gesichert war. Zunächst zurück zur Zeit der Grundlegung und des ersten Existenzkampfs!

---

1) Die Grundlage auch der folgenden Darstellung ist die genannte Arbeit von v. Schulze-Gävernitz; zum Teil ergänzend, zum Teil berichtigend treten hinzu die Berichte der von industriellen und wirthschaftlichen Vereinen (Herbst 1889) nach England entsendeten Kommission zur Untersuchung der dortigen Arbeiterverhältnisse. Manches habe ich selbst beobachten können.

Der Theologe Kingsley hat damit begonnen seinen Standesgenossen ins Gewissen zu reden, indem er ihnen vorhielt, daß sie die Bibel gemißbraucht hätten als Leitfaden für Polizeidiener, als eine Dosis Opium für Lasttiere, während sie überladen werden, als ein Buch, um die Armen in Ordnung zu halten. Er und seine Anhänger, unter denen Neale alsbald der praktische Führer in der Genossenschaftsbildung wurde, suchten ihren Landsleuten, namentlich den oberen Ständen, erst den Grundsatz einzuflößen, daß die Menschen nicht wie im Urzustande und wie die Tiere leben und wirken dürfen — Einer auf Kosten des Andern —, sondern in Gemeinschaft, nicht in Selbstsucht, sondern in Selbstverleugnung; nur das Christentum sei der Träger und Nährboden dieses Grundsatzes. So stellten diese Männer als Leitsätze hin: die Selbstsucht der Einzelnen, wie sie in dem auf Konkurrenz beruhenden Wirtschaftssystem sich verkörpert zeigt, ist die Wurzel der Übel, unter denen auch die Industrie leidet; die Abhilfe liegt in der Geltendmachung jenes christlichen Grundsatzes, d. h. praktisch in der vereinten Arbeit mit Verteilung des gemeinsamen Gewinns; bestehen andre Genossenschaften auf ähnlichen Grundlagen, so soll ein Austausch ihrer Produkte stattfinden. In der Nationalökonomie sehen sie mit Recht nichts als organisierte Selbstsucht; und die bestehende Gesetzgebung kann ihnen nur als sehr tiefstehend gelten. Für die erste und notwendige Stufe des Genossenschaftswesens, welche zugleich für die zweite erzieht, gilt ihnen die Konsumgenossenschaft; sie verlangt wenig Selbstverleugnung und Betriebskapital, entspricht dem nächsten Interesse, bringt rasche Verzinsung und Ansammlung von Kapital und Geschäftskenntnis. Als Verbindungsorgan nach der zweiten Stufe ist die Großhandelsgenossenschaft anzusehen, die Vereinigung der Arbeiter als Käufer, welche Umfang und Art des Bedarfs feststellen und den Absatz sichern. Die zweite Stufe sind die Produktivgenossenschaften, durch welche stetiges Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot sowie Ersparnisse herbeigeführt werden, die bei freier Konkurrenz (Geschäftsaufwand, Reklame 2c.) unmöglich sind. Da keine Genossenschaft, wie gesagt, ohne ein Quantum Selbstverleugnung wahrhaft wirksam werden kann, so hängt die Lösung der sozialen Frage auch von dem sittlichen Faktor jener innern Wandlung ab, nur so kann aus der Lohnknechtschaft Mitarbeiterschaft, aus dem Krieg der Konkurrenz der soziale Friede der Kooperation werden.

Zu den Konsumvereinen — cooperatives Societies — hat Jeder-

mann Zutrittsrecht; gewöhnlich werden beim Eintritt 1 Mark 25 Pfg. eingelegt, alle Mitglieder sind gleichberechtigt, es wird nur zum Marktpreis, aber auch nur beste Ware geliefert und bei dem Einkauf der letzteren darauf gesehen, daß der Arbeiter, der sie hervorgebracht hat, den von den Gewerkvereinen bestimmten Lohn erhält. Das Vereinsvermögen betrug Ende der 80er Jahre ca. 200 Millionen Mark. Einen Teil ihrer Mittel verwenden diese Genossenschaften zur geistigen Ausbildung und zur Besserung der Wohnungen; für Erbauung der letzteren bestehen die Building Societies, d. h. Bausparkassen bzw. Hypothekenbanken. Diese Genossenschaften bauen nicht etwa selbst Häuser, sondern sammeln durch regelmäßige Beiträge der Mitglieder Kapitalien, aus welchen denselben Darlehen zu Ankauf oder Bau eines Hauses gegeben werden. Durch diese Genossenschaften wird der Arbeiter vor seinen schlimmsten Blutsaugern geschützt, vor dem Kleinkrämer und dem Wohnungsvermieter; sie bieten aber auch, wie angedeutet, Bibliothek und Lesezimmer, Unterhaltungsabende, Theateraufführungen, Landpartieen rc. Hierher zu rechnen sind auch die sog. Fiendly Societies, Versicherungsgenossenschaften, an denen alle Stände beteiligt sind; sie bezwecken Versicherung gegen Arbeitsunfähigkeit, geben Begräbnisgeld und Todesbeitrag, Rentenbeiträge für Wittwen, Erziehungsbeiträge für Waisen; sie nehmen Versicherungen für Reisen, Handwerkszeug rc. an, auch bei ihnen werden vielfach geselliger Verkehr und Bildungszwecke gepflegt.

Wenn auch vereinzelt Arbeiter am Gewinn beteiligt sind, oder Aktienanteile haben, so bleiben sie dabei doch Lohnarbeiter ohne genossenschaftlichen Verband; die Arbeiter zugleich als Unternehmer zu vergesellschaften haben die Produktivgenossenschaften unternommen, bei denen allerdings nur sittlich hochstehende Arbeiter beteiligt werden können. Für diese Genossenschaften haben sich folgende Grundsätze bewährt: 1) Verzinsung und nicht Gewinnbeteiligung des Kapitals, 2) Zwang der Mitglieder durch Ansammlung der Gewinnanteile Mitglieder zu werden, 3) Maximalgrenze für die von einem Mitglied zu besitzenden Anteile, 4) im Notfall zwangsweise Auszahlung der überschüssigen Geschäftsanteile.

Zu diesen Genossenschaften treten als wichtigste die Gewerkschaften, die Trades Unions; ursprünglich Kampfgenossenschaften, Hilfs- und Haustruppen des Chartismus und Pioniere der Internationale, haben sie allmählich nicht bloß ihre Thätigkeit und ihre Ziele umgestaltet,

sondern auch eine starke moralische Machtstellung und erhebliches Ansehen erlangt. Für diese Anerkennung war besonders ein Mann thätig, der in dieser ganzen Bewegung eine merkwürdige Rolle spielt, ich meine Toynbee (geb. 1852 gest. 1882). Er ist ein Anhänger Carlyles und bei der evangelischen Gegenbewegung beteiligt, die durch den katholisirenden Puseyismus in der Hochkirche hervorgerufen war und zur Bildung sehr zahlreicher Jünglingsvereine und Sonntagsschulen (umfassen ca. 6 Mill. Kinder) führte. Auch er betont vor allem die Genossenschaftsbildung und ist der Ansicht, daß der Individualismus das Mittelglied zwischen der natürlichen und moralischen Gruppierung der Gesellschaft einnimmt; das Individuum — von der Herrschaft jener befreit — wird in dieser ein bewußtes Glied. Die Gemeinschaft muß vor allem die Unternehmer in sittliche Zucht nehmen, daß sie erkennen, wie Reichtum vor allem auch Pflichten auferlegt, und wie die Unternehmer mit dem Arbeiter auf einen Boden, auf den der Gleichberechtigung treten müssen; nur so können beide als gleichberechtigte Parteien im öffentlichen Leben wirken. Die gleiche Verpflichtung wie die besser Gestellten hat auch die Wissenschaft, erklärt Toynbee, und hier scheint er bewußt oder unbewußt auf Bacons Auffassung von derselben zurückgegriffen zu haben. Die Wissenschaft muß den unteren Klassen sich nähern und allmählich eine Einheit der nationalen Bildung herbeiführen, dazu haben vor allem die Universitäten behilflich zu sein. Diesen Anregungen sowie den Traditionen Oxfords — zumal seit Carlyles Thätigkeit — entsprang die sog. Universitätsbewegung, welche sich in der Aussendung von Studenten als Wanderlehrer am deutlichsten abhebt. Diese gehen nämlich mit einem von ihren Lehrern gebilligten Lehrplan hinaus und halten im Frühjahr und Herbst Kurse von 6—12 Wochen. Jeder Kurs wird durch eine öffentliche Versammlung eröffnet, in der der Lehrer jenen Plan vorlegt und bezügliche Fragen beantwortet; darauf werden wöchentlich 1 Vortrag und 1 Konversation je 1 Stunde gehalten; die Besucher erhalten Eintrittskarten, und die Ergebnisse werden durch Schlußprüfungen festgestellt, welche Universitätslehrer abhalten; die Bestandenen erhalten Zeugnisse; wenn auch die Prüfung freiwillig ist, so melden sich doch die Fleißigen gern wegen der Auszeichnung und der verschiedenen Vorteile, welche das Bestehen mit sich bringt. Nach dem guten Ausfall der Prüfung erhält der Bestandene ebenfalls das Recht, bestimmte Vorlesungen zu halten und tritt als „affiliirter Student“ in die Reihe der akademischen

Kommilitonen; geht er aber wirklich zu Universitätsstudien über, so wird ihm 1 Jahr des akademischen Trienniums erlassen.

Die Gewerkvereine stellten in den Vordergrund ihrer Genossenschaftszwecke die Aufbesserung der Löhne und die Verkürzung übermäßig langer Arbeitszeit; zu Ausständen griffen sie nur im äußersten Fall und nach vorsichtiger Abwägung ihrer Kräfte. Nicht wenige Unternehmer merkten dies und verlangten bei Differenzen mit ihren Arbeitern mit der Gewerkschaft behufs Beilegung derselben zu verhandeln. Entscheidend ist allerdings bei diesen Genossenschaften, daß sie sich nicht in der Wahl ihres Leiters, der der Sekretär bezw. Generalsekretär der Genossenschaft ist, vergreifen, denn er ordnet alle entscheidenden Maßregeln nach bestem Wissen und Gewissen allein an, und ihnen unentwegt zu folgen gilt für eine Ehrensache der Genossen. Das englische Handelsamt hat selbst anerkannt, daß diese ganze Vereinsthätigkeit sich sehr nützlich erwiesen habe, daß Arbeiter und Unternehmer nun gleichberechtigt gegenüber ständen und so die Erledigung von Streitigkeiten erheblich erleichtert sei und Ausstände seltener einträten. Die Kassen dieser Genossenschaften werden nicht bloß durch Ausstände, sondern auch durch Unterstützungen in erster Linie an Arbeitslose stark in Anspruch genommen. Deshalb organisieren sie Arbeitsnachweise, pflegen Arbeits- und Lohnstatistik; sie leisten ferner Invaliditätsbeiträge u. s. w. 1890 betrug ihre Mitgliederzahl ca. 1½ Mill. Alle diese Institutionen, sagt der Bericht jener (Herbst 1889) nach England gesandten Kommission, führen zwar eine getrennte Existenz und sind durch selbständige von einander ganz unabhängige genossenschaftliche Organisationen repräsentiert, in dem Zusammenwirken aller dieser Verbände aber liegt das Geheimnis ihres Erfolgs. In ihnen allen kommt die Kraft der Einigung, die Fähigkeit, sich der Führung Anderer unterzuordnen, sowie die Hartnäckigkeit und Energie in der Verfolgung gesteckter Ziele zum Vorschein, und der gelernte englische Arbeiter hat bewunderns- wertes geleistet. Er hat nicht bloß Interessen verfolgt, sondern sich Pflichten auferlegt und sich zu einer Selbständigkeit erzogen, die einen Ruhm darin sucht, selbst für die eigene Zukunft zu sorgen.

Bezüglich der Schätzung dieser Genossenschaften seitens der Unternehmer erklärte ein englischer Sachverständiger einem Mitglied jener Kommission gegenüber: 5 % der Unternehmer schätzten die Gewerkschaften, 45 % hätten gezwungen nachgegeben, 50 % wären bestrebt, sie sich vom Halse zu schaffen. Und so günstig vielfach die Gewerk-

vereine gewirkt haben, so liegt doch unverkennbar eine große Gefahr vor allem darin, daß die allmähliche Führung in sozialdemokratische Hände kommt, wie denn J. Burns in ganz kurzer Zeit in London 180 000 Dockarbeiter, 27 000 Gasarbeiter, 25 000 ungelernte Arbeiter, 5000 Kohlenträger ꝛc. genossenschaftlich geeinigt hat. Und das Programm von Burns sieht dem sozialdemokratischen so ähnlich wie ein Ei dem andern. Die Folgen jener Organisierung z. B. der Dock- und Hafenarbeiter zeigen sich in einer Lohnerhöhung derselben beinahe um das doppelte, sodaß ein Sachverständiger meint, die Schifffahrt Londons würde sich deshalb nach anderen Plätzen verziehen müssen. Unzweifelhaft hat sich die Macht der Kooperation wie der Subordination namentlich bei den Gewerkvereinen glänzend und unerschütterlich entwickelt. Erwägt man ferner, daß die Forderung der Selbsthilfe bereits vielfach auch in England ergänzt wird durch die der Staatshilfe; daß die Gegensätze zwischen Reichtum Weniger und dem Massenelend ungeschwächt bestehen; daß die Parlamentsherrschaft Parteiherrschaft bedeutet, daß kein Bauernstand besteht; daß die irische Frage wie eine schwere Gewitterwolke über dem Vereinigten Königreich hängt; daß aller Grund und Boden von verhältnismäßig Wenigen besessen wird, dessen rücksichtslose Ausnützung bezw. Absperrung gesetzlich auf das schärfste geschützt ist; erwägt man ferner die Kostspieligkeit der Rechtspflege, die Trunksucht in vielen Arbeiterkreisen, das schlemmerische Nichtsthun unter den Besitzenden; liest man die gräßlichen Berichte über die Zustände z. B. um Birmingham, in Ostlondon ꝛc.; geht man an Sonntagen im Hydepark und an anderen öffentlichen Plätzen spazieren, oder sucht sich durch die Arbeiterviertel Glasgows durchzuschlagen, dann stellen sich doch sehr große Bedenken gegen Darstellungen ein, die von der Überzeugung geleitet sind, daß England das schlimmste in der sozialen Frage hinter sich habe. Ein Mann wie Sidney Whitman scheint anderer Ansicht zu sein. Es soll nicht geleugnet werden, daß in Englands besitzenden Klassen das „soziale Gewissen“ (v. Schulze-G.) erwacht ist, daß die Sorge für die körperliche und geistige Ausbildung, für Erziehung und sittliche Hebung und Unterhaltung der arbeitenden Klassen rege ist, aber ich fürchte jenes Gewissen schläft noch bei unendlich Vielen und hat sich bei nicht wenigen Andern dem Sozialismus gänzlich in die Arme geworfen. Man denke nur an die Fabische Gesellschaft, welche v. Schulze-G. selbst die wissenschaftliche Hochschule der englischen Sozialdemokratie nennt, die

ihre Propaganda auf den Universitäten unterhält und eine große Menge junger Geistlichen, Ärzte, Juristen und Gelehrte zu ihren Anhängern zählt. Schulze-G. weist selbst darauf hin, daß die Landliga, unter Führung des Sozialisten H. George, eine Macht ist, die nicht bloß die Verstaatlichung von Grund und Boden, sondern mit ihm auch die der Bergwerke verlangen, deren Betrieb in England an Grund und Boden geknüpft ist; daß aber das städtische Kapital, der gesamte Liberalismus nicht minder nach „Landreform" ruft, wie die Sozialisten, kann die Bedenken nicht vermindern. Und ganz parallel, wie auch v. Schulze-G. zeigt, läuft mit der Forderung der Verstaatlichung des Grund und Bodens die der Entstaatlichung der Kirche; diese sozialistische Kirchenreform betreibt aber niemand eifriger als die Geistlichen selbst. Wer aber das Christentum für sozialistisch erklärt und nicht für das was es ist, für sozial, verkennt es und hilft es verderben; daß damit aber, wie v. Schulze-G. meint, der Sozialismus immer mehr verchristlicht würde, ist eine unlogische Folgerung, die vielmehr logisch heißen müßte: das Christentum wird immer mehr sozialdemokratisiert. Will man auch der sozialdemokratischen, Anfangs der achtziger Jahre gegründeten Föderation keine sehr erhebliche Macht und der anarchistischen „Sozialistischen Liga" gar keine zuschreiben, so glaube ich, daß ausreichender Grund nicht vorliegt für die Meinung des genannten Forschers: Die Klassengegensätze würden in England immer mehr beseitigt, und der friedliche Umschwung werde immer wahrscheinlicher.[1]) Damit soll aber keineswegs gesagt sein, daß Marx und seine Anhänger und Nachtreter mit ihrer Behauptung im Rechte wären, daß in England die Verelendung der großen Masse zugenommen habe, und der Mittelstand immer mehr abnehme, bezw. unter die Proletarier gestoßen werde. Auch hier hat Wolf (Sozialismus 2c. S. 142 ff.) nachgewiesen, daß die sozialdemokratische Statistik an Un-

---

1) v. Schulze-Gävernitz hat sich durch die Berichte des Sir Ch. Dilke zu sehr optimistischen Anschauungen auch bezüglich der australischen Arbeiterverhältnisse verführen lassen. Nicht bloß die Revolte in Queensland (1891), die nicht dementirt ist, sondern auch die Thatsache, daß seit Oktober 1890 ein „Australischer Sozialistenbund" mit dem Hauptsitz in Sydney besteht, spricht gegen jene Auffassung. Das Programm dieses Bundes verlangt, daß Grund und Boden, Bergwerke, Fabriken, Maschinen, das Rohmaterial, die Schiffahrt, die Werfte und Speicher und alle anderen Faktoren, die zur Produktion und Verteilung der Güter dienen, verstaatlicht werden.

zuverlässigkeit und Verdrehung ihres gleichen sucht. Dieser Forscher weist ganz unanfechtbar nach, daß der Mittelstand in England, von 1843—80 z. B., in Steigerung des Einkommens, Konsumfähigkeit, sowie die Lebensführung des englischen Volks sich ganz merklich gehoben hat. Dasselbe gilt von der Zunahme der Spareinlagen, sowie der Zahl der Einleger (S. 171 ff.) und der Vermehrung des beweglichen Vermögens; die Armenstatistik ergiebt für 1855/59 4,7 % der Bevölkerung, für 1885/89 nur 2,8 %. Auch die Behandlung in den Armenhäusern ist erheblich besser, nicht schlechter geworden, wie Schippel behaupten will; auch die Verbrecherstatistik weist eine beständige Abnahme auf, in 30 Jahren sank sie von 79 auf 100 000 Menschen auf 37 (S. 180). Dagegen ist — ebenfalls im Gegensatz zur sozialdemokratischen Polemik — das durchschnittliche Lebensalter der Bewohner gestiegen. Wie die sozialdemokratische Statistik gemacht wird, hat Wolf sehr lehrreich nachgewiesen (S. 182 ff.) Mit dem Arbeitslohn liegt die Sache ebenso. Von 1820—80 z. B. ist der Lohn der englischen Spinner um rund $^2/_3$ gestiegen; die gelernten Arbeiter stehen sich heute etwa doppelt so gut wie vor 40 Jahren. Daraus hat dann Schippel sein „düsteres aber wahrheitsgetreues Bild" gemacht, welches in Wirklichkeit krasse Unwahrheit ist (vgl. Wolf, S. 198 ff.).

---

4. Entwicklung in Deutschland bis gegen 1890.

Als die Pariser Februarrevolution ihre Impulse auch nach Deutschland trug, erhielten auch die deutschen Arbeiter die Losung, mit der radikalen Bourgeoisie, der sogenannten Demokratie, gemeinsame Sache zu machen. Marx und seine Anhänger erschienen in den Rheinlanden, und von Köln aus leitete er die sozialistisch-radikale Bewegung und redigierte seit dem Juni 1848 die daselbst erscheinende „Neue rheinische Zeitung", an der außer ihm Engels, Schapper, Dronke, Freiligrath u. A. in demselben Sinne arbeiteten. Nicht bloß litterarisch war Marx von hier aus thätig, sondern auch durch Vorträge. Besonders charakteristisch ist der Vortrag über den Freihandel, den er im Januar 1849 in Mannheim hielt; derselbe schloß mit den Worten: „Im Allgemeinen ist heutzutage das Schutzzollsystem konservativ, während das

Freihandelssystem zerstörend wirkt. Es zersetzt die früheren Nationalitäten und treibt den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf die Spitze. Mit einem Wort, das System der Handelsfreiheit beschleunigt die soziale Revolution. Und nur in diesem revolutionären Sinne, meine Herren, stimme ich für den Freihandel[1])." Der Ton und der revolutionäre Geist der Marxschen Agitation veranlaßte im Mai 1849 die Unterdrückung seiner Zeitung sowie seine Ausweisung aus Preußen. Sein Versuch, von London aus 1850 jene Zeitung als Zeitschrift in Wirksamkeit zu setzen, verlief im Sande. Als in demselben Jahre in der Centralbehörde des Kommunistenbundes, der auch Marx angehörte, Streitigkeiten ausgebrochen waren, trat Marx mit seinen Anhängern aus und verlegte seinen Sitz nach Köln, nachdem vorher von London ein Manifest ergangen war, welches die Revolution in Permanenz und bezüglich des Privateigentums erklärte, daß es sich nicht um dessen Veränderung, sondern um dessen Vernichtung handele. Der Kölner Filiale machte der Kommunistenprozeß 1852 ein Ende, und wie fast überall zog sich auch in Deutschland der revolutionäre Geist in die früheren Schlupfwinkel zurück. In Deutschland hatte gleich nach Beendigung der Revolution Schulze-Delitzsch[2]), durch die englischen Gewerkschaften angeregt, die Organisation von Genossenschaften angefangen, die, mit dem radikalen Liberalismus verquickt, — dieselbe Erscheinung zeigt sich in Frankreich, Belgien, Österreich, Dänemark, Italien, Spanien und in der Union — wirtschaftlich nur den Handwerkern und dem Kleinbürgertum nutzten, die Arbeiter aber durch die sogenannten Bildungsvereine in eine geistige Strömung brachten, aus der sie dann Lasalle herauszog. Während der Militärkonflikt die öffentliche Meinung in Preußen beherrschte, und die damals übermächtige Fortschrittspartei auch die Arbeiter in ihre politischen Dienste zu stellen bezw. sie darin zu halten suchte, warf Lasalle eine Flugschrift in die deutsche Arbeiterwelt, um diese um ein neues Programm zu sammeln[4]) (1862). Von Ricardo entnahm er das eherne Lohngesetz, von Blanqui die Produktivgenossenschaften mit staatlicher Beihilfe; durch jenes wußte er die Arbeiter zu erregen, unzufrieden zu

1) Elend der Philosophie a. a. O. S. 188.
2) Vgl. R. Meyer, Der Emanzipationskampf des vierten Standes S. 178 ff.
3) Daselbst S. 200 ff.
4) Vgl. A. Held, Die deutsche Arbeiterpresse der Gegenwart. 1873, S. 9 ff.

machen, an sich zu fesseln, mit diesem sowie dem allgemeinen Stimmrecht bot er ihnen eine Hoffnung und eine Brücke aus dem gegenwärtigen Elend für die künftige Besserung. Mai 1863 wurde der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ mit Lasalle an der Spitze gegründet. Von katholischer Seite erhielt die Arbeitersache Unterstützung durch den Bischof von Kettler. Als Lasalle im Duell fiel, war der von ihm geleitete Verein 5000 Mann stark, der Kern der Sozialdemokratie war in Deutschland gebildet. Während Lasalle entschiedener Monarchist und national gesinnt war und von einem starken Königtum die Besserung erwartete, traten nach seinem Tode die radikalen Elemente: Marx, Engels, Bebel, Liebknecht wieder hervor und bemächtigten sich — nach kurzem Kampfe mit Lasalles Nachfolgern von Schweizer und Hasenklever — 1869 auf dem Eisenacher Kongreß des größten Teils der Lasalleschen Schöpfung, bis zu Gotha 1875 eine Einigung aller Sozialdemokraten in Deutschland erfolgte. Die Radikalen gestanden einstweilen zu, daß die Predigt vom ehernen Lohngesetz noch weiter für sie arbeite, sowie daß die Produktivgenossenschaften als harmloser Wegweiser im Programm blieben, während die radikalen Endziele der Marxianer den Kern und Zweck desselben ausmachten. Damit war jedes Einverständnis und jegliche Zusammenarbeit mit den Vertretern des Bestehenden in Staat, Kirche und Gesellschaft radikal unmöglich gemacht und die Beseitigung des bestehenden bezw. die Ersetzung desselben durch die internationalen Forderungen verlangt: der Volksstaat ist Eigentümer aller Produktivmittel, leitet die Produktion und die Konsumtion, gewährt gleiche und allgemeine Erziehung, sowie gleiches und allgemeines Recht auf Arbeit, Genuß ꝛc. Wenn auch Nüancen bezüglich der Durchführungspläne auftraten und zeitweise zu Streitigkeiten führten, in der Hauptsache und namentlich in der Agitation blieb die Sozialdemokratie von da an eine kompakte Masse. Die Rohheit und Gottlosigkeit, die Brutalität und Gewaltsamkeit der Agitation trat immer deutlicher hervor; und als die Mordversuche auf Kaiser Wilhelm begangen worden waren, zweifelten nur wenige, daß die Mordgesellen nicht jener Propaganda angehörten, und die große Mehrheit des Volkes war mit dem damaligen Reichskanzler der Meinung, daß etwas Ernstliches gegen jene Agitation und Propaganda geschehen müsse. So wurde Oktober 1878 das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie gegeben. Die nächste Folge war die Auflösung der meisten Vereine, die Unterdrückung der

betreffenden Zeitungen und Tendenzlitteratur, der wüsten, wilden und lauten Agitation. Besonders stark und nachhaltig wurden die dem englischen Muster nachgebildeten Gewerkvereine getroffen; die Hauptagitatoren wurden ausgewiesen und zum Teil durch Hochverratsprozesse vorübergehend lahmgelegt, sozialistisch besonders durchwühlte Gebiete mit dem Belagerungszustand belegt. Aber die Agitation wurde nun in die Familien und in ganz kleine Kreise, sowie durch die Ausgewiesenen in entfernte Landesteile getragen, die Parteileitung wurde nach Zürich verlegt und allmählich trat eine geheime Organisation an die Stelle der offenen, die sogenannte innere Bewegung, welche eine Disziplin schuf, die durch die offene Organisation bei deutschen Arbeitern schwerlich zu erzielen gewesen wäre; dafür nur ein Beispiel: In einem neu entstehenden Viertel der Hauptstadt erscheint eines Tages, während die Maurer zu vielen Hunderten an der Arbeit sind, ein zerlumpter Mensch und stößt jeweilig einen eigentümlichen Pfiff aus; wo dieser von den Männern vernommen wird, stellen diese die Arbeit ein, und der Pfiff ertönt so lange, bis Alle sie eingestellt haben; auf Befragen warum? zucken sie mit den Achseln, einzelne klagen über den Zwang, andere murren etwas: der Ausstand war perfekt. Allmählich gelang es der Geheimorganisation, sich der Fachvereine zu bemächtigen und deren Centralverbände zu einem neuen Rückgrat der Sozialdemokratie zu machen. Wenn man also auch zugeben muß, daß das sogenannte Sozialistengesetz die Sozialdemokratie schwer getroffen hat, so hat es auch durch seinen repressiven Charakter etwas von dem Verschwörergeist der dreißiger Jahre und nicht wenig von der wilden Verbitterung des Chartismus in die deutsche Arbeiterbewegung gebracht, die ich wenigstens früher nirgends beobachtet hatte. Ich hatte viel — schon seit den sechziger Jahren — mit Arbeitern mich besprochen und auch rein gesellig unterhalten, nach dem Inkrafttreten des Gesetzes war dies nicht mehr möglich. Das Mißtrauen und die Verbitterung der Arbeiter schnitten diesen Verkehr ab und machten einen neuen unmöglich, wie denn auch die leisesten Versuche dazu z. B. bei ländlichen Tagelöhnern und Waldarbeitern, die sich noch zugänglich erwiesen, seitens der unteren Polizeiorgane als sozialistische Agitation nicht selten angesehen und behandelt wurden. Je weiter die rücksichtslose Agitation des radikalen Liberalismus ins Land eindrang, und je heftiger der sogenannte Kulturkampf wütete, desto mehr Früchte fielen der Sozialdemokratie bei den Wahlen in die Hand; je weiter sich die Unzufriedenheit durch die

unteren und mittleren Schichten unseres Volks verbreitete, desto sozialistischer gestaltete sich die ökonomische Theorie, desto mehr wurde die Sozialdemokratie zum Sprachrohr aller Unzufriedenen; die öffentliche Stickluft erzeugte auf diesem Boden das Geschlecht der anarchistischen Meuchelmörder (Reinsdorf, Liske u. A.). Gerade die sittliche Verwilderung und die zur Schau getragene Gottlosigkeit der sozialistischen Propaganda brachte in der Nationalökonomie die Ansicht hervor, daß die soziale Frage wesentlich eine sittliche sei; und diejenigen Vertreter der Wissenschaft, welche den Staat im Gegensatz gegen das Manchestertum zum Träger dieser sittlichen Ausgleichung machen wollten, die sogenannten Staatssozialisten, wie A. Wagner, Held, Schäffle, Schmoller, Nasse, Schönberg, Rodbertus u. a., erhielten den Spottnamen Kathedersozialisten, da sie meist akademische Lehrer waren. Diese Männer begründeten den „Verein für Sozialpolitik“. Wagner hatte durch seine Vorträge und Schriften die Bildung einer neuen sozialen Partei, der christlich-sozialen, angeregt, an deren Spitze Männer wie R. Todt und Stöcker[1]) traten. Als Wagner sich völlig auf ihre Seite schlug, kam er, namentlich seitdem die Christlich-Sozialen sich mit dem Antisemitismus vermengt hatten, mit seinen früheren Mitarbeitern in Gegensatz; und da er neuerdings dem antisemitischen Treiben unter den Christlich-Sozialen und den antisemitischen Deutsch-Sozialen scharf entgegentrat, so geriet er auch mit diesen in Widerspruch, so daß seine praktische Thätigkeit hinter seiner theoretischen weit zurückblieb, deren Hauptverdienst in der wissenschaftlichen Förderung des Staatssozialismus liegt, dessen Begründung und Ausbau wohl Schäffle zugeschrieben werden muß. Beiden gebührt unzweifelhaft das Verdienst, in Regierungskreisen diesem Sozialismus Verständnis und Boden geschaffen zu haben; während andere Volkswirtschaftslehrer, wie Brentano, nach englischem Vorgang mehr die Organisation der Selbsthilfe betonten und zu fördern suchten.

Die Reichsregierung begnügte sich dann bekanntlich nicht mit der Repression, sondern ging durch die Kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881, deren geistiger Urheber wohl Fürst Bismarck ist, zu positivem Schaffen über, welches die Sorge für Krankheit, Unfall, sowie Greise und Invaliden durch entsprechende Gesetze (1883, 1884, 1889/90) zum Gegenstand nahm und dadurch ein positiv wirkendes

1) Vgl. Stöcker, Christlich-sozial, 2. Aufl., 1890, S. XIII ff.; S. I ff; S. 12 ff.

Element in den Fluß der Ereignisse brachte, dessen Wirkungen die Sozialdemokratie vergebens sich zu entziehen versucht hat.

Aber auch Marx und seine Anhänger haben nicht unterlassen ihre Macht durch neue theoretische Stützen zu stärken; von entscheidender Bedeutung ist hier vor allem das Buch von Marx, „Das Kapital“, dessen erster Band 1867 erschien[1]) (3. Auflage 1883). Auch sein „Elend der Philosophie“ wurde übersetzt und in manchen Punkten von Engels ergänzt, seine Lehren überhaupt gemeinfaßlich verarbeitet und herausgegeben von Kautsky. Wenn Engels übrigens bei der Herausgabe des „Elends“ 2c. das Wort Arbeit durch Arbeitskraft ersetzte, so hat er, wie im 1. Buch gezeigt, an der Sache nichts geändert; so wenig wie an der Stelle, wo er Marx verteidigen will wegen einer ganz unhaltbaren Behauptung und Prophezeihung. Marx hatte nämlich (S. 93) behauptet: „Ohne Sklaverei keine Baumwolle, ohne Baumwolle keine moderne Industrie. Nur die Sklaverei hat den Kolonien Wert gegeben; die Kolonien haben den Welthandel geschaffen, und der Welthandel ist die Bedingung der Großindustrie.“ „Laßt die Sklaverei verschwinden und ihr streicht Amerika von der Weltkarte.“ Solche Behauptungen sucht nun Engels zu rechtfertigen durch die Bemerkung, daß dies für 1847 „vollkommen richtig“ gewesen sei. Zunächst hat Marx nicht von einer bestimmten Zeit, sondern ganz allgemein gesprochen, und wenn der Satz „ohne Sklaverei keine Baumwolle“ 1847 richtig war, ist er es auch heute, da er aber falsch ist, so ist er auch für 1847 falsch, und das ganze Gebäude, welches Marx auf diesen falschen Grund gebaut hatte, fällt als Kartenhaus oder Phantasiestück in sich zusammen. Daß es ihm mit seiner Theorie vom Wert und Mehrwert nicht besser geht, ist schon früher gezeigt, für Engels bleibt sie „eine einfache Thatsache“; Thatsache ist das Elend und die Ausbeutung vieler Arbeiter, aber nicht jene Theorie, die falsch ist; Thatsache ist die Anhäufung des Kapitals in wenig Händen, seine Theorie von der Akkumulation ist dagegen ebenso wenig eine Thatsache, wie die vermeintlich geschichtliche Entwicklung, die er S. 121, 133 ff. (Elend der Philosophie) giebt. Hierauf muß näher eingegangen werden.

Es ist weder von Smith noch irgend einem liberalen Ökonomisten verkannt worden, daß die ungleiche Einkommensverteilung den Be-

1) Über diese sozialistische Bibel vgl. Wolf a. a. O. S. 126 ff.

stand von Staat und Gesellschaft bedroht. Schon Bacon sagt: „Vor allem muß eine gute Politik darauf sehen, daß der Reichtum eines Landes sich nicht in wenigen Händen ansammle, denn sonst mag ein Staat einen großen Kapitalreichtum besitzen und doch dem Hungertod nahe sein. Geld aber ist wie Dünger. Beide müssen gleichmäßig ausgebreitet sein, wenn sie nützen sollen"; auch Smith meint: „Es ist gewiß, daß kein Staat blühen und glücklich sein kann, wenn der weitaus größte Teil seiner Bürger arm und elend ist". Es ist auch sonst in der Nationalökonomik von Lauderdale und Sismondi bis Brentano und A. Wagner anerkannt, daß die wirtschaftliche Abhängigkeit des Arbeiters noch nicht einmal das schlimmste ist, sondern die Unsicherheit seiner Lage, wie sie besonders in den in immer kürzeren Zeiträumen sich wiederholenden Krisen: 1753, 1763, 1772/73, 83, 93; 1815, 25, 36—39, 47, 57, 66, 73 hervortritt und seit 1873 in Permanenz ist. Über die Gründe dieser Erscheinung herrscht Meinungsverschiedenheit. Die einen meinen, die Notstände kommen von der Aufhebung der alten Gewerbeordnungen; daß dies unrichtig ist, bedarf heute keines Beweises; andere, wie Gaskell und nach ihm Engels meinen, daß die Auflösung jener alten Ordnung durch die technische Organisation des Produktionsprozesses und ihre Veränderungen bedingt sei. Die technischen Erfindungen des 18. Jahrhunderts hätten zur Anwendung der Maschinen, zur Konzentration des Gewerbebetriebs in den Fabriken, zur Auflösung der alten gewerblichen Ordnung und zu allen Mißständen geführt, die sie begleiten. Auch diese Meinung ist den Thatsachen gegenüber unhaltbar. Marx dagegen erkennt wohl, daß viele dieser Mißstände, welche jene erst als Folge des Fabriksystems ansehen, schon zu Anfang des 18. Jahrhunderts, lange vor Erfindung der Maschinen sich finden.[1]) Er bemerkt wohl die Zwischenstufe zwischen Haus- nnd Fabrikindustrie. Handwerk und die Fabrikindustrie, welche die Familie auf ihre Rechnung betreibt, scheinen ihm technisch und wirtschaftlich auf einer Stufe zu stehen.[2]) Bei der sogenannten Manufaktur, eben jener Zwischenstufe, findet sich zuerst die planmäßige Vereinigung der Arbeit vieler in demselben Produktionsprozeß und die planmäßige Durchführung der

---

1) Elend der Philosophie S. 133 ff.

2) Hierzu und zu dem folgenden vergleiche Brentano Über die Ursachen der heutigen sozialen Not. 1889.

Arbeitsteilung innerhalb desselben Betriebs. Damit beginnt nach seiner Meinung die sogenannte kapitalistische Produktion. Der Unternehmer ist Leiter des Betriebs und Herr der Arbeiter, weil er Kapital genug hat, um jene planmäßige Vereinigung von Arbeitskräften sich zu verschaffen. Der Arbeiter erhält nun nicht mehr den vollen Arbeitsertrag, sondern nur ein Existenzminimum als Lohn. Richtig daran ist allerdings, daß mit Anwendung bezw. Durchführung jener Vereinigung von Arbeitskräften, sowie der Arbeitsteilung innerhalb desselben Betriebs die Manufaktur an die Stelle des Handwerks und mit Anwendung der Maschine die Fabrik an Stelle der Manufaktur trat; ebenso richtig ist, daß die Veränderung in der technischen Organisation des Arbeitsprozesses auch eine solche in der Wirtschaftsform nötig machte, und daß diese Veränderungen für die Arbeiter bedenkliche Folgen hatten; unrichtig aber ist vor allem die Annahme, daß die sogenannte Ausbeutung erst mit dieser Art von Produktion entstanden und notwendig mit ihr verknüpft sei. Freilich teilt auch diesen Irrtum schon Smith. Keine Wirtschaftsgeschichte weiß davon zu berichten, daß in ihren Anfängen dem Arbeiter das Produkt, das er herstellen half, ganz gehörte, sondern das Umgekehrte. Tacitus berichtet von unseren Vorfahren, was die modernen Ethnographen von anderen Völkern berichten, die auf gleich tiefer Stufe, auf dem Boden einer Art von kommunistischem Wirtschaftsbetrieb stehen: die Arbeit wurde von Sklaven, Frauen und Kindern gethan, der freie Mann ist Eigentümer und Genießer des Erarbeiteten. Im Mittelalter war es der Unfreie, welcher dem Grundherrn seine Dienste leistete, wie der Hörige des Hofs, dann der Knecht der Zunft, dann der Geselle des Handwerksbetriebs die Arbeiter waren; darauf folgten die heutigen ländlichen Tagelöhner und gewerblichen Arbeiter, welche allerdings ebenso wenig wie ihre Rechts- und Berufsvorgänger den Wert ihres Produkts als Lohn erhalten, nur verhindert die heutige Rechtsordnung prinzipiell alle Beeinträchtigungen des Werts der Arbeit, während die früheren Rechtsordnungen diesen prinzipiell herabdrückten. Also erhielt der Arbeiter zu keiner Zeit das ganze Ergebnis seiner produktiven Arbeit. Und mit Recht, sagt Brentano, denn er hätte sonst mehr erhalten als ihm gebührte. Ihm gebührte nämlich nur Entgelt seiner Arbeitsleistung, das Produkt gehörte und gebührte dagegen stets dem, der die Arbeitsleistung mit anderen Produktionselementen zu einem neuen Produkt verband. Und gerade früher erhielt der Arbeiter erst

recht keinen vollen Entgeld für seine Arbeitsleistung. Was er erhielt, war durch Herrschafts- und Knechtsverhältnisse rechtlich fixiert, und zwar ganz überwiegend zu Gunsten des Herrn; da lag wirkliche Ausbeutung vor. Und insbesondere war die ganze Periode des von Marx genannten „unabhängigen Handwerksbetriebs“ eine Zeit solcher Ausbeutung. Die Herrschaft des Kapitals war schon seit Beginn des 16. Jahrhunderts (man denke nur an die „Fuggerei“), also noch tief in jener Zeit des „unabhängigen Gewerbsbetriebs“ gesetzlich bestimmt. Also war es auch nicht jene technische Neuorganisation, welche die wirtschaftliche Ausbeutung und die soziale Not herbeiführte, sondern etwas Anderes. Was dieses Etwas war, entwickelt Brentano so: die Ursache der veränderten Art des Gewerbebetriebs war die Veränderung in den Absatzverhältnissen. Wieso? Das mittelalterliche Handwerk arbeitete in erster Linie für den lokalen Absatz, erst in zweiter für das Ausland, wo ihm der Absatz durch Privilegien gesichert war; deshalb konnte der Kaufmann dem Handwerker Preise zahlen, wie sie dem teuren zunftmäßigen Betrieb entsprachen. Mit dem Aufkommen des Merkantilsystems wurden jene Privilegien aufgehoben und die Entwicklung der heimischen Industrie künstlich gefördert, also mußte billiger produziert werden, um die erhöhte Konkurrenz zu bestehen, man nahm viele Lehrlinge, Frauen und Kinder zur Arbeit an. Nun sprengten z. B. in England die Zünfte selbst ihre Ordnung, in Deutschland verkapselten sie sich noch mehr, bis die wirtschaftliche Erholung nach dem 30jährigen Kriege eingetreten war und die Gesetzgebung sie allmählich zerschlug. Jene Vorgänge riefen auch die Erfindungen hervor, die mit der Wissenschaft gar nichts zu thun haben, wie die Erfinder Hargreaves, Arkwright, Cartwright beweisen. Der Weltmarkt hat also die Industrie hervorgerufen und nicht umgekehrt. Damit aber ist die Industrie auf eine Stufe gekommen, auf der sie auch den Krisen des Weltmarkts preisgegeben ist. Leider will Brentano, wie es scheint, mit Selbsthilfe und dem natürlichen Verlauf des Gesundungsprozesses sich trösten zu einer Zeit, wo jene notorisch nicht mehr ausreicht, und von diesem auch nicht ein leiser Anfang zu spüren ist. Was damals geschehen ist, hat sich aber seit Anfangs der siebziger Jahre besonders fühlbar gemacht: die Verschiebung der Absatzverhältnisse durch die Union und ihre Prohibitivpolitik; und daß diese Änderung des Absatzgebiets auch jetzt wieder, wie damals, eine Veränderung der technischen Organisation, aber auch andere Maßregeln

nötig mache, scheint mir zweifellos, doch davon später. Also auch die geschichtliche Betrachtung widerspricht ganz und gar den sozialistischen Behauptungen und Begründungen. —

In Bezug auf den sogenannten Mehrwert bringt v. Schulze-G. noch eine Betrachtung bei, die von Bedeutung ist.

Wie früher bemerkt ist auch diese an Ricardo angelehnt, nur daß dieser sie willkürlich gegen den Grundbesitz zugespitzt hatte, wie neuerdings besonders H. George; Marx dagegen war konsequent genug, sie auch gegen das Kapital anzuwenden; v. Schulze-G. zeigt nun schlagend, daß jene Theorie überhaupt nur aufkommen konnte auf dem Boden des atomistischen Individualismus. Er geht von der bekannten Behauptung aus, daß der Wert eines Guts gleich der auf die Herstellung desselben verwandten Arbeit sei. Da nun, folgern Ricardo und Marx bezw. ihre Anhänger, die Menschen gleiche Individuen (Atome) sind, so ist die Summe ihrer Arbeit gleich der Summe des Werts, was den Arbeitern von dieser vorenthalten wird, ist ihnen geraubt. Diese Theorie übersieht, daß die vereinigte Arbeitsleistung nicht gleich der Summe der Einzelleistungen ist, wie ja auch ein Organismus nicht gleich der Summe der Individuen ist; ist das letztere nicht der Fall, so kann auch das erstere nicht der Fall sein, weil eben ein oder mehrere Individuen nicht gleich dem entsprechenden Teil eines Organismus sind, sondern ihm eingeordnete, verschieden modifizierte, funktionell angepaßte Glieder. Die organische Entwicklung nämlich, so führt der Genannte (II S. 503 ff.) weiter aus, vollzieht sich durch fortschreitende Unterordnung der Teile unter das Ganze und durch fortschreitende Differenzierung der Teile zu Organen. Nebenher geht ein Prozeß der Anpassung der Teile an die Lebensbedingungen des Ganzen. Diese Teile sind die Individuen, die zuerst durch mechanische Mittel, z. B. staatliche Eingriffe, dazu angehalten werden, durch moralische Strukturveränderungen sich zu Organen des Ganzen geschickt zu machen; so ist sozialer Fortschritt moralischer Fortschritt, und ohne diesen giebt es jenen nicht. Wenn also das Individuum auch für das Ganze da ist und nicht umgekehrt, so befreit doch diese Entwicklung das Individuum innerlich in steigendem Grade. Man sieht, das trifft mit Carlyles Meinungen ebenso wesentlich zusammen, wie mit den im 1. Buch dargelegten biologischen Betrachtungen. Dies ist eine soziale Auffassung, aber keine sozialistische, die auch in ihrer Theorie nichts ist als individualistische Konsequenzmache,

wie folgende lichtvolle Zusammenstellung des genannten Verfassers auch dem blödesten Auge zeigt. Die Leitsätze nebst ihren Urhebern bezw. Weiterbildnern in Klammern sind darnach folgende:

1. Dem Arbeiter wird ein Teil des Erzeugnisses seiner Arbeit widerrechtlich entzogen, nämlich die Differenz des Werts des Erzeugnisses und der Summe der gezahlten Löhne (Smith-Marx).

2. Die Lebenshaltung des Arbeiters ist an das Lebensminimum unter den bestehenden Gesellschaftsverhältnissen gebunden, seine Lage kann sich nur verschlechtern (Ricardo-Marx-George).

a) Der Monopolist, der ausbeutet, ist der Grundherr (Ricardo-radikale Bourgeoisie-George).

b) Der Monopolist ist der Besitzer der Produktionsmittel, sie mögen Boden oder Kapital sein (Smith-Marx).

Nach Ansicht der Smith und Ricardo sprechen diese Sätze Naturgesetze aus; daß sie, so wie sie dastehen, weder theoretisch noch praktisch haltbar sind, ist von verschiedenen Gesichtspunkten aus erwiesen. Marx und seine Anhänger stellen sie als Thatsachen hin, welche die bestehende Gesellschaft herbeigeführt habe; ihre Beseittgung, bezw. Ersetzung durch die sozialistische Gesellschaft kann allein auch jene vermeintlichen Thatsachen beseitigen; daß aber die letzte Konsequenz auf Revolution hinausläuft, hat niemand deutlicher ausgesprochen als Marx selbst.

---

5. Die Internationale bis zur Gegenwart.

Nachdem, wie bemerkt, der Kommunistenbund in seinem letzten Ausläufer, dem Kölner, unterdrückt, und der größte Teil seiner Anhänger in das Lager der „Bourgeoisie“ übergegangen[1]) und der Chartismus in England geschwächt war, die französischen Sozialisten aber 10 000 Mann in den Straßen von Paris geopfert hatten, trat eine

---

Vgl. R. Meyer a. a. O. S. 100 ff.

starke Erschlaffung ein. Marx lebte seinen Studien, bis eine neue Generation in Polen eine neue Revolution, in Frankreich und anderen Staaten des Festlandes eine neue sozialistische Bewegung vorbereitete. Bei Gelegenheit der Londoner Weltausstellung ergriffen französische Arbeiter die Initiative und, aus politischen Gründen von Napoleon III. sowie von Gladstone, damals Mitglied der Verwaltung Lord Palmerstons, begünstigt, fand im August d. J. zu London ein großes Fest internationaler Verbrüderung statt, wobei der Schuhmacher Odger die Führung der englischen Arbeiter hatte. Über Feste und Begrüßungsadressen kam man damals nicht hinaus. Im Juli 1863 erschien plötzlich in London eine pariser Arbeiterdeputation und in einem Polenmeeting legte Odger in einer Adresse einige Grundzüge zur internationalen Vereinigung nieder, welche, namentlich auch in Frankreich verbreitet, im September 1864 eine Versammlung von „Arbeitern aller Nationen" zusammenführte. Auch Marx war erschienen und außerdem für Deutschland Eccarius, dazu kamen Vertreter für England, Frankreich, Italien, Polen, die Schweiz, allerdings ohne Auftraggeber hinter sich zu haben. Mazzinis Versuch, die Internationale zum Mittelpunkt einer großen politischen Verschwörungsgesellschaft zu machen — wie in den dreißiger Jahren das „junge Europa" — scheiterte an dem Eintreten K. Marx' für die sozialistische Internationale; seine Adressen und Statuten wurden angenommen und ein Generalrat eingesetzt. In der Adresse, die im Vergleich zu allen späteren Marxschen publistischen und agitatorischen Leistungen sehr gemäßigt war, wurde darauf hingewiesen, daß zwar von 1848—64 Handel und Industrie sehr bedeutend gewachsen sei, das Elend der Massen aber sich kaum gebessert habe; ein zehnstündiger Normalarbeitstag wurde in Aussicht genommen ꝛc. Wie das Manifest von 1848 schloß auch diese Adresse mit der Aufforderung: Proletarier aller Länder vereinigt euch! Die Statuten setzten in 13 Artikeln das Weitere fest: der Name der Gesellschaft ist internationale Arbeiterassoziation, diese soll der Mittelpunkt für das planmäßige Zusammenwirken der Arbeiter aller Länder werden zu Schutz, Fortschritt und Emanzipation der Arbeiterklasse. Jährlich findet ein Kongreß von Deputirten aller Nationen statt, der Generalrat ist der geschäftsführende Ausschuß, die internationale Agentur erstattet regelmäßige Berichte. Die übrigen Bestimmungen sind wesentlich praktische der Organisation; auch die

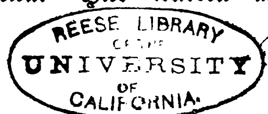
Änderungen, die später vorgenommen worden sind [1]), haben für diese Darstellung keine Bedeutung.

Die Organisation ging erst nur sehr langsam und vereinzelt voran; die belgische Regierung verhinderte den Zusammentritt des Kongresses zu Brüssel für das Jahr 1865, sodaß nur eine Konferenz in London stattfinden konnte. So trat der erste Kongreß zusammen zu Genf 1866, auf dem 60 Abgeordnete erschienen waren. Es wurde beschlossen, eine allgemeine Untersuchung der Lage der Arbeiter, namentlich der Lohnhöhe, Arbeitszeit ꝛc. zu veranlassen und die Agitation für den Achtstundentag zu beginnen; die Kinderarbeit sollte unter bestimmten Modifikationen gestattet sein, jedenfalls hätten die sie beschäftigenden Unternehmer für deren weitere Erziehung und Fortbildung zu sorgen; die freie Kooperation muß erstrebt werden und mit ihr die Herrschaft der Arbeit an Stelle des Kapitals; die englischen Gewerkvereine wurden mit Erfolg aufgefordert, nicht bloß die Lohnfrage zu beachten, sondern auch als Mittelpunkte für die Emanzipation der Arbeiter zu wirken. Sodann wurden Resolutionen gefaßt zu Gunsten der direkten Besteuerung, gegen die stehenden Heere und für die Unabhängigkeit Polens. Die von den Franzosen angeregte religiöse Frage wurde abgewiesen, da sie mit den Zielen der Internationale nichts gemein habe. Während die Franzosen von den Kopfarbeitern nichts wissen wollten, setzten die Engländer und Deutschen die Zulassung derselben zur Internationale durch.

Zuerst schritt die französische Regierung gegen die Internationale ein, weil die ihr angehörenden französischen Arbeiter sich in napoleonischem Interesse nicht wollten mißbrauchen lassen; als aber der große Bronze-Arbeiter-Strike in Paris durch Unterstützung der Internationale siegte, fand sie weiteren Anhang; namentlich leistete sie den englischen Arbeitern dadurch große Dienste, daß sie durch ihre Organisation bei Ausständen derselben Zuzug aus andern Ländern zu verhindern wußte. In Deutschland wurde durch die politischen Verhältnisse, besonders im Jahre 1866, die Ausbreitung der Internationale aufgehalten.

Auf dem zweiten Kongreß zu Lausanne 1867 konnte schon eine erhebliche Erweiterung der Internationale namentlich in England, sowie der Umstand berichtet werden, daß allein in Amerika für Ausständige 70000 Pfd. verwandt worden seien. Hier wurden auch

1) R. Meyer a. a. O. S. 108.



zuerst die rein kommunistischen Ideen diskutiert, die Entscheidung aber verschoben und nur die Resolution gefaßt: Die Bestrebungen der Völker müssen darauf hinzielen, daß der Staat Eigentümer der Transport- und Verkehrsmittel wird; der „freie Unterricht" wurde für „Unsinn" erklärt, da er ja dann doch von den Steuern bestritten werden müßte; dem Staat soll deshalb nur das Recht zugestanden werden, für den Familienvater in dieser Beziehung nur dann einzutreten, wenn dieser dazu nicht im stande sei; der Religionsunterricht sei jedenfalls zu streichen. Einen verhängnisvollen Fehler beging der Kongreß aber damit, daß er die soziale Emanzipation für untrennbar von der politischen erklärte und alsbald Unterhandlungen mit der republikanischen Bourgeoisie begann. (Marx war nicht anwesend). Man schloß einen Pakt, und da die Arbeiter mit der radikalen Bourgeoisie manifestirten, zogen sie sich sofort die Feindschaft der Regierungen, vor allem Napoleons zu; daß jene Bourgeoisie aber den Arbeitern für „ökonomische Befreiung" Dienste geleistet hätte, ist nicht bekannt geworden. In England hatten die Arbeiter dieselben Erfahrungen schon längst gemacht; sie haben sie trotzdem bis zur Gegenwart wiederholt, und in Deutschland sind sie nach Lasalles Tod ebenfalls gemacht worden. Bezüglich der Productivgenossenschaften erkannte der Kongreß an, daß die Ausdehnung bezw. Verallgemeinerung derselben wohl die Bildung eines sogenannten vierten Standes herbeiführen könnte, aber auch die eines über die Maßen elenden fünften; daß also jene Genossenschaften zwar zugelassen, bezw. zu ihrer Bildung ermutigt werden sollten, aber dem Proletariat die Gemeinsamkeit des Interesses gegenwärtig und lebendig zu erhalten sei. Infolge geschickter Agitation und siegreicher Strikes dehnte sich die Internationale namentlich in der Schweiz und 1868 auch in Deutschland, besonders in Mittel- und Süddeutschland aus, wo sich 120 Arbeitervereine der Internationale anschlossen, während die französische Regierung die bezüglichen Vereine sprengte, sodaß nur die Einzelnen der Internationale angehörten.

Auf dem dritten Kongreß in Brüssel 1868, zu dem 98 Abgeordnete aus England, Frankreich, Belgien, Deutschland, Schweiz, Italien und Spanien erschienen waren, siegten die kommunistischen Ideen vollständig: Bergwerke, Eisenbahnen, Kanäle, Chausseen, Telegraphenlinien, Werkzeuge, Maschinen und der ganze Grund und Boden, an Landbaugenossenschaften verteilt, sollen für Gemeineigentum erklärt werden; bezüglich der Ausstände wurden internationale Vorsichts-

maßregeln anempfohlen und bezüglich des Unterrichtswesens, daß, da das Bestehende durchaus eine rationelle Gestaltung desselben unmöglich mache, durch öffentliche Vorträge von Vereins wegen zn wirken sei; ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich (die Luxemburgische Frage schwebte) müsse als Bürgerkrieg zu Gunsten Rußlands durch die Internationale verhindert werden. Der Kongreß wurde mit den Worten geschlossen: „Wir wollen keine Regierungen mehr, denn die Regierungen unterdrücken uns durch Steuern, wir wollen keine Armeen mehr, denn die Armeen metzeln und morden uns; wir wollen keine Religionen mehr, denn die Religionen ersticken den Verstand". Einem Beschluß dieses Kongresses entsprechend, traten die Anhänger der Internationale in die Gewerkschaften ein und sozialdemokratisierten sie zum Teil in England; die Gewerkvereine in Deutschland fielen massenhaft von Schulze-Delitzsch ab. Freilich erreichte die Internationale nicht ihr Ziel: einen sozialistischen Weltbund; aber die Arbeiter wurden in den einzelnen Staaten politisch organisiert, und diese nationalen Organisationen immer mehr auf den sozialistischen Weg zu treiben, ist die Aufgabe der ihnen angehörenden Mitglieder der Internationale. Dem Ausbeutungssystem mehrerer Unternehmergruppen in Frankreich traten die organisierten Arbeiter mit Unterstützung der Internationale zum Teil mit, zum Teil ohne Erfolg durch Ausstände (1868/69) entgegen; die Internationale selbst wuchs immer mehr; und, wie es scheint, da am meisten, wo sie am stärksten von den Regierungen verfolgt wurde, wie in Frankreich und Belgien.

Auf dem vierten Kongreß zu Basel 1869 erklärte man die Verwandlung des Privateigentums an Grund und Boden in Gemeineigentum für eine Notwendigkeit; über die Abschaffung des Erbrechts kam es noch zu keiner Einigung; bezüglich der Gewerkvereine wurde beschlossen, daß alle Arbeiter die Bildung derselben energisch anstreben, sie zu nationalen Verbänden und diese wieder zu einem internationalen Verband vereinigen sollten.

Der Kongreß von 1870, der in Paris sein sollte, wurde durch den Krieg unmöglich, gegen den die Internationale ihre wirkungslosen Proteste erließ. Marx' Plan während des Kriegs nach dem September-Putsch, der die dritte Republik hervorbrachte, so lange die deutschen Truppen in Frankreich standen, in Paris und Deutschland sozialistische Erhebungen ins Werk zu setzen, scheiterte dort an dem Widerstand der radikalen Bourgeoisie, hier an dem kräftigen Auftreten Vogels von

Falkenstein, der die Häupter der deutschen Internationale verhaften ließ, sowie an der Uneinigkeit der Berliner Sozialdemokraten. Das Mißtrauen der romanischen Internationale gegen den „deutschen Juden Marx" machte dessen Alleinherrschaft in der Internationale und deren völliger Geschlossenheit ein Ende. Man wollte nicht die Tyrannei des Generalrats; die Internationale des Jura schied als föderalistisch aus, desgl. die Blanquisten und die Anhänger Bakunins, die Anarchisten. Noch einmal gelang es Marx auf dem Kongreß im Haag 1872, seine und des Generalrats Herrschaft zu sichern und den Sitz der Internationale nach New York zu verlegen. Als Marx dann seine Anhänger auf dem Kongreß in Genf 1873 um sich sammelte, tagten die Andern gleichzeitig besonders; nun hatte man zwei Internationalen mit zwei Kongressen. Die Autonomisten beraubten sich aber durch ihre anarchistischen Maßregeln selbst der Möglichkeit jeder brauchbaren Organisation. Der Marxsche Kongreß war aus Deutschland nur durch einen Vertreter beschickt. Dort nämlich hatte die Gründung des Reichs, sodann eine Art wirtschaftlichen Taumels und der Hochverratsprozeß gegen Bebel, Liebknecht u. A. die Internationale lahm gelegt; die Kongresse der Gegner in Brüssel 1874 und in Bern 1876 waren aber nur Bruchstücke der Internationale. Die anarchistische Propaganda, wenn man so sagen darf, oder die Nihilisten, die bekanntlich in Rußland besonders wirksam sind, arbeiteten weiter für die Propaganda der That, Bakunin hat ihr den „Revolutionären Katechismus", Most das „Handbuch der revolutionären Chemie" geschrieben, nnd seitdem zuckte da und dort ein anarchistischer Mordblitz in Europa auf, bis es in Spanien und Frankreich neuerdings zu anarchistischen Gewittern mit verheerenden Einschlägen gekommen ist; in Deutschland, England, wie in Belgien, Italien, Spanien, Österreich, Rußland, Amerika hat sich diese gefährlichste Spielart der Internationale wenn nicht fort und fort entwickelt, so doch erhalten. Auch die internationalen Kongresse haben wieder begonnen und sind, wie das in der Sache liegt, wesentlich nichts Anderes wie früher, auch wenn sie ihre praktische Bedeutung zunächst besonders für die internationale Organisation der Gewerkschaften haben.

Auch auf diesen erneuerten Kongressen fehlt es nicht an großen Worten, nur ist man vorsichtiger geworden uud plaudert und schreit nicht mehr in dem Grade darauf los wie früher. Aber daß der Kongreß zu Brüssel (1891) auf dem Standpunkt des Klassenkampfs steht,

der durch die Vereinigung aller Proletarier die „absterbende bürgerliche Gesellschaft, die an der Fettsucht erstickt“, beseitigt, beweist unter anderem auch der von A. B. gezeichnete entsprechende Bericht in der „Neuen Zeit“. „Der Brüsseler Kongreß, heißt es da, hat in aller Ruhe und ohne daß die herrschenden Klassen Europas es wohl selber ahnen, den Aufmarsch des europäischen Proletariats in eine gemeinsame Schlachtordnung herbeigeführt. Wenn diese Armeen, das Ziel klar vor Augen, sich in Bewegung setzen, so ist es um die bürgerliche Ordnung der Dinge geschehen.“ Das sieht fast so aus, als wenn hinter den Kulissen noch ein neuer Plan gemacht worden sei, um diese Ordnung über den Haufen zu werfen; ich bezweifle dies ebenso, wie daß diese papierne Schlachtordnung alsbald jene Wirkung haben werde.

Herr A. B. äußert sich über die Absichten der Internationale dann ziemlich deutlich wie folgt:

„Die Debatten über die Notwendigkeit einer internationalen Arbeiterschutz-Gesetzgebung erlangen allmählich einen sehr problematischen Wert, nachdem sich täglich mehr die Unfähigkeit oder Böswilligkeit der bürgerlichen Machtfaktoren zeigt, auf diesem Gebiet auch nur halbwegs Befriedigendes zu leisten. Außerdem haben auch die besten Maßregeln auf diesem Gebiet nur einen ephemeren Wert, sie bilden höchstens die Zwischenaktsmusik, die in dem Kampfe zwischen der alten vergehenden Welt des Bürgertums und der neuen werdenden Welt des Proletariats die Pausen ausfüllt. Man muß weiter marschieren und künftig Prinzipienfragen erörtern, nachdem die Verständigung über den zu gehenden Weg erzielt wurde.“

Nach all dem, sowie nach dem, was noch kurz zur Sprache kommen soll, wird der Plan wohl in Brüssel erneuert worden sein, der schon 1873 im „Volksstaat“ (vergl. Buch IV) vorgelegt worden ist.

Es haben nämlich die Führer selbst auf dem Kongreß in Brüssel ausgesprochen, daß man zunächst durch nationale Arbeitersyndikate die Grundlagen in ausgedehnterem Maße für ferneres Vorgehen schaffen müsse. Der Kongreß hat also, wie mir scheint, sich auf folgenden Plan vereinigt: Die Gewerkschaften werden zunächst lokal gebildet, sie werden dann national geeinigt, um zuletzt international vollendet zu sein. Bei den Bergarbeitern liegt dies bereits als Resultat vor. Sind die wichtigsten

Gewerke in dieser Abstufung: lokal, national, international organisiert, dann werden sie unter ein Zentralgewerksorgan gestellt: die Arbeiterarmee ist fertig, das Oberkommando und der Generalstab sind bestellt, die Entscheidungsschlacht kann beginnen, und dann ist es, wie der A. V. gesagt hat, „um die bürgerliche Ordnung der Dinge geschehen“.

Drittes Buch.

Methoden und Ziele des Kampfs.

---

1. Die frühere Methode.

„Zwei Wege giebt es, meinte s. Z. Bebel, um unser Ziel zu erreichen. Der eine ist: nach Herstellung des demokratischen Staats die allmähliche Verdrängung der Privatunternehmer durch die Gesetzgebung. Dieser Weg wird eingeschlagen werden, wenn die beteiligten Kreise, gegen welche die sozialistische Bewegung gerichtet ist, bei Zeiten zur Einsicht gelangen und auf dem Wege des Übereinkommens ihren Untergang als exploitierende Klasse und ihren Übergang als Gleiche in die Gesamtheit zu bewerkstelligen suchen. Der andere entschieden kürzere, aber auch gewaltthätigere Weg wäre die gewaltsame Enteignung, die Beseitigung der Privatunternehmer mit einem Schlage, einerlei durch welche Mittel". Das heißt doch wohl: wenn Ihr Bourgeois und tuttiquanti Alles freiwillig hergebt und Euch uns bedingungslos unterwerft, wollen wir Gnade vor Recht ergehen lassen. Wie diese geübt werde, bleibt ungesagt. Daß aber jene Unterwerfung nicht sehr wahrscheinlich sei, lassen denn auch andere sozialdemokratische Stimmen erkennen; „denkt, ruft der „Volksstaat", was Ihr Lust habt, thut, was Ihr Lust habt, ihr Herren; aber eins laßt Euch gesagt sein: Um die Revolution kommt ihr nicht herum. Ihr habt nur die Wahl zwischen der leichteren Revolution mittelst geeigneter Kammerbeschlüsse, und der Revolution auf dem gefährlicheren Wege der Gewalt. Gefällt Euch die letztere besser — gut, Ihr habt zu entscheiden"! „Hat die machthabende Klasse, rief Lassalle aus, so lange die friedliche, gesetzlich-soziale Revolution verzögert, dann wird die soziale Revolution gewaltsam hereinbrechen mit wild wehendem Lockenhaar, ehernen Sandalen an den Füßen". Daß im Grunde nur der Weg der Gewalt in Betracht komme, ist tausende Mal von der Sozialdemokratie erklärt worden. Auf dem Kongreß in Bern, der den ewigen Frieden und

die Freiheit begründen sollte, wies der Sozialist Jaclard dazu folgenden Weg: „Wir wollen alles umstürzen; wir trennen uns von Euch, und wir sagen Euch: Ihr werdet den Krieg haben, und er wird schrecklich sein. Er wird sich gegen alles wenden, was besteht. Ja, man muß mit der Bourgeoisie und ihren Einrichtungen ein Ende machen. Und nur auf ihren rauchenden Trümmern wird die Republik endgiltig sich zusammenfinden. Auf den Trümmern, bedeckt, ich sage nicht mit ihrem Blut — denn schon lange haben sie kein Blut mehr in den Adern —, nein, mit ihren aufgehäuften Körperresten werden wir die Fahne der sozialen Republik aufpflanzen". Deshalb ist die parlamentarische Arbeit der Sozialdemokraten nur Agitationsarbeit, wie Liebknecht und Genossen ausdrücklich sagen und der „Volksstaat" weiter ausführt, der seine Ausführung mit der Begründung schließt: „Entfernen wir uns von dem revolutionären Wesen und Ursprung unserer Partei, verlieren wir nur einen Augenblick die Fühlung mit dem revolutionären Volk, so stehen wir in der Luft".

Es sei Zeit, schrieb einer schon 1871, daß man zu dem „praktischen Revolutionarismus" übergehe, und Hasenklever sagte: „Wenn für unsere Bestrebungen Nutzen daraus entstände, würden wir getrost die Hand des Teufels annehmen". Und wenn der „Sozialdemokrat" anfangs 1888 schrieb: „Der Teufel ist die einzige anständige Person in der ganzen christlichen Kirche", so wendet dies der „Volksstaat" auf die Praxis an und sagt: „Wir wollen lieber dem Fürsten der Unterwelt, als dem Herrn des Himmels dienen, und wenn es wahr wäre, was behauptet wird, daß die Revolution ein Ausfluß des Satans sei, — nun dann sollte Satan unser Gott sein"; und an einer anderen Stelle: „Ja, die Revolution ist satanisch ihrem Wesen nach, wenn Satan das Sinnbild des Geistes der Empörung ist, der Feind gegen die Götter, die Priester, die Könige, gegen alle Vertreter der Autorität u. s. w." Deshalb schreibt dasselbe Blatt weiter: „Erst mit dem letzten Christen wird auch der letzte Sklave frei werden. Die Zukunft muß dem Atheismus gehören"! Und ein Genosse W. schreibt: „Lehren die Schulen den alten christlichen Zauberspuk, so predigen wir durch Wort und Schrift bei jeder passenden Gelegenheit das Gegenteil, zeigen den Lügnern, daß das Wort ihres Staatsgötzen, der Bibel und Unsterblichkeit gleich Null ist". Für die damalige Agitationsweise — während der Geltung des Sozialistengesetzes — ist die Vorschrift des „Sozialdemokrat" bezeichnend: „Da die Kritik der staatlichen und

gesellschaftlichen Zustände im deutschen Reiche jetzt sehr erschwert ist, dagegen die Verbreitung von atheistischen Ideen noch verhältnismäßig ungehindert ist, so möge jeder Genosse, dem sonst die Hände gebunden sind, wenigstens sich bestreben, atheistische und naturwissenschaftliche, besonders darwinistische Schriften und Anschauungen zu verbreiten. Es bleibt wahr: wenn Gott aus den Gehirnen der Menschen vertrieben ist, so fällt auch das Gottesgnadentum". Darum ruft ein anderes sozialistisches Blatt: „Erst wenn alle Religion weggefegt, alle, sowohl christlichen als sonstigen religiösen Begriffe bis auf die letzte Spur ausgetilgt sein werden, können wir das politische und soziale Ideal erreichen, das wir erstreben .... Krieg Gott und Christo! Krieg allen Despoten des Himmels und der Erde"! Und nochmals erhebt der „Volksstaat" in dieser Beziehung warnend seine Stimme: „Es ist ... ein grober Irrtum, wenn man sich der Vorstellung hingiebt, als seien die bestehenden kirchlichen Einrichtungen, welche den alten Gottesglauben aufrecht zu erhalten bestimmt sind, für das Gelingen der sozialistischen Revolution gleichgiltig oder von untergeordneter Bedeutung. Die Hoffnung auf ein befriedigendes Gelingen der sozialistischen Revolution ist ein schwärmerischer Irrtum, so lange man es verabsäumt, durch allgemeine und gründliche Volksaufklärung den alten Gottesaberglauben auszurotten". Und in seiner Nummer vom 15. Februar 1881 stellt der „Sozialdemokrat" sein „Ideal" deutlich genug hin: „Wenn die niedergetretenen und ausgesogenen Völker sich erheben, statt der Psalmen und Litaneien die neue Marseillaise anstimmen: dann wird man einen großen Scheiterhaufen aufbauen, das alte Gerümpel der alten Gesellschaft verbrennen und danach einen Bau für die neue Gesellschaft aufführen, in dem es weder Throne, noch Altäre, noch Geldsäcke giebt". „Das Volk, schreibt die Kölner Arbeiterzeitung (1890, No. 52), wird sich durch keine überlebten Phrasen vom christlichen Gehorsam abhalten lassen, seine Fesseln zu sprengen"!

Wie sich die Sozialdemokratie ihre revolutionäre Thätigkeit denkt, beweist sie am deutlichsten in ihrem Verhältnis zur Kommune; der „Sozialdemokrat" vom 15. März 1883 gratuliert der „Arbeiterklasse" als der „einzigen Klasse", welche noch einer solchen „gesellschaftlichen Initiative fähig war". Worin bestand diese „Initiative"? In der Ermordung des Erzbischofs von Paris und 63 anderer Männer geistlichen und weltlichen Standes, deren Leichen auf eine scheußliche Weise verstümmelt wurden; in einer organisierten Brandstiftung, durch welche eine große

Anzahl von öffentlichen und Privat-Gebäuden niederbrannten, in der Niederreißung von Denkmälern u. s. w.; und daß diese „Initiative" nicht eher geruht hätte, als bis ganz Paris in Staub und Asche lag, beweisen die Vorbereitungen, deren Ausführung durch die Truppen verhindert wurde. Daß alles dies nur ein „kleines Vorpostengefecht" in dem Kriege sei, „den das Proletariat gegen alle Paläste führen wird", erklärte Bebel 1871 im Reichtage; und sein Organ der „Volksstaat" erklärte die Sozialdemokratie für „solidarisch mit der Kommune"; „wir sind bereit, fährt das Blatt fort, jeder Zeit und gegen Jedermann ihre Tendenzen zu vertreten".

Aber die Sozialdemokratie geht noch weiter. Daß die Anarchie nichts ist als die Konsequenz der allgemeinen Freiheit und Brüderlichkeit und des Atheismus, sowie des Grundsatzes, daß jeder Autorität im Himmel nicht bloß, sondern auch auf Erden der Krieg erklärt und ein Ende gemacht werden soll, bedarf keines Beweises. Und wenn die offizielle Sozialdemokratie dies auch äußerlich nicht Wort haben will, so erklärt sie sich auch mit den anarchistischen Mördern dadurch thatsächlich eins, daß sie deren Hinrichtung „Justizmord" nennt und auch die sämtlichen Schriften Mosts den Genossen zum Studium empfiehlt, wie dies der „Sozialdemokrat" vom 26. Januar 1890 thut. Dasselbe Blatt hatte schon 1883 im März folgende programmatische Stellen veröffentlicht: „Die Bourgeoisie und die heutige Staats- und Weltordnung wollen wir in ihrer Gesamtheit als Ganzes vernichten und umstürzen, das Privateigentum im großen und ganzen abschaffen. Nichts Ehrenvolleres und Nützlicheres als die Armee und mit der Armee die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung, sei es im Straßenkampf, sei es im offenen Felde zu überwinden". „Es ist ein Kampf, wie ihn die Welt zuvor noch nicht gesehen. Revolutionäre Klassen hat es schon früher gegeben, aber nie Klassen, die sich ihrer revolutionären Mission so bewußt waren, die ihr Ziel so fest im Auge hatten, die ihre Bestrebungen so offen proklamierten, so sicher ihres endlichen Sieges waren; an dieser Sicherheit, an diesem Siegesbewußtsein, an dieser tiefen Überzeugung ihrer großen Mission zerschellen alle Anschläge unserer Feinde".

Soviel man auch von all diesem auf Rechnung der agitatorischen Großsprecherei, die sich zugleich selbst Mut zuschreit, setzen will, das ist unzweifelhaft, daß die Sozialdemokratie ihr blutiges Ziel vor niemand verborgen hat, und daß von den oben bezeichneten zwei Wegen

zur endlichen Erreichung des Ziels nur der 2. übrig bleibt, der der Gewalt. Dies haben Marx und sein Freund Engels lange gesagt und es in neuester Zeit offen erklärt. Das große „wissenschaftliche Organ" der Sozialdemokratie „die neue Zeit", in welcher auch der oben erwähnte Vortrag von Gr. Allen für die Partei kapitalisiert war, druckt die Worte von Fr. Engels ab, die dieser am 18. März 1891 — Denktag der Kommune — geschrieben hatte: „Der deutsche Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats". Der Hallesche Parteitag hat den nationalen Führer der Sozialdemokratie Lassalle preisgegeben, er braucht nicht mehr das Agitationsmittel vom „ehernen Lohngesetz". Die offizielle Sozialdemokratie ist offenbar der Meinung, daß man nicht bloß jenes Mittel entbehren könne, sondern auch die Folgerung aus jenem Fallenlassen nicht zu fürchten brauche, die Folgerung nämlich, daß damit ja auch die Behauptung hinfällig sei, der Lohn entspreche immer nur dem Minimum der Lebenshaltung. Und so ist es. Die von Lassalle geforderte und mit seinem „Lohngesetz" betriebene Agitation, die Arbeiter von ihrer üblen Lage zu überzeugen, hat ihr Ziel erreicht. Deshalb hat der Parteitag auch die 2. Forderung Lassalles: Produktivassoziationen mit Staatshilfe fallen lassen, denn man will anstatt solcher „nationalen" und „reaktionären" Palliative, „wirksame" Mittel. Und die bietet nur der internationale Marx und seine Anhänger. Die erste Etappe: Allgemeine Unzufriedenheit der unteren Klassen, allgemeine Beunruhigung der mittleren und oberen Schichten und Infizierung derselben mit dem sogenannten „vernünftigen Sozialismus", allgemeine Verstimmung gegen die „Autorität", allgemeine Erwartung, daß der sogenannte „Sozialismus" etwas ausrichten werde, Einschüchterung und sentimentale Nachgiebigkeit bei den Weichherzigen, schroffe Ablehnung bei den Harten, kurz allgemeines Gefühl der Unsicherheit; diese erste Etappe ist erreicht. Und so sind denn die Halbthoren und Halbweisen herangezogen, welche die größte Gefahr im öffentlichen Leben sind.

---

2. Die neue Methode.

Vor 47 Jahren schon schrieb Marx: die Theorie werde zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreife; sind die Massen von der Theorie besessen, so werden sie sich zum Herrscher machen und sie werden die Diktatur ausüben durch den „revolutionären Terrorismus", welcher aus dem gegenwärtigen Zustand zum kommunistischen führt. Nachdem auf der ersten Etappe die Bearbeitung des Bodens ausreichend vollzogen ist, folgt nun die Aussaat.

Aber wie kann die Theorie zur materiellen Gewalt werden? Lehrt uns denn die Geschichte, daß und wie dies geschehen ist? Man braucht nur die geistvolle Arbeit Taines, die Entstehung des modernen Frankreichs nachzulesen.

Nichts kann gefährlicher sein, führt Taine (II, 3) aus, als eine allgemeine Idee in einem kleinen und leeren Gehirne. Die Idee begegnet in einem solchen Gehirn infolge seiner Leere keinem Widerstand, keinen Kenntnissen, die sich ihr hindernd in den Weg stellen; andrerseits braucht sie infolge der Kleinheit des Gehirns nicht viel Zeit, um es vollkommen auszufüllen. Der Inhaber eines solchen Gehirns ist in Wahrheit ein besessener Mensch. Etwas, das nicht zu ihm gehört, ein ungeheurer Parasit, ein fremdartiger, zu seinen bisherigen Anschauungen nicht im richtigen Verhältnis stehender Gedanke lebt in seinem Kopfe, entwickelt sich daselbst und weckt die bösen Begierden, die in ihm latent sind. Und diese von ihrer fixen Idee beherrschten Massen werden dann, ihrer Herrscherin unbedingt ergeben, dieser auch zur Herrschaft über Alle zu verhelfen suchen. Und welches war damals die fixe Idee? Nachdem die Deïsten und Weltverbesserer wie Voltaire und Montesquieu, sowie die Encyklopädisten und Materialisten wie Diderot, Holbach u. s. w. die Tradition zerstört hatten, konnte die fixe Idee Rousseaus sich der Köpfe, die nunmehr leer waren, bemächtigen; diese fixe Idee, von der völlig verkehrten Annahme ausgehend, daß alle Menschen von Natur gut und gleich seien, daß nur die Gesellschaft sie verdorben habe, und der reaktionäre Staat, der doch nur durch einen Gesellschaftsvertrag bestehe, sie knechte, sagte: die Zivilisation ist verkehrt, man muß zur Natur zurückkehren.

den „Gesellschaftsvertrag“ auflösen, die Gesellschaft und das Eigentum neu organisieren. Ist Jemand kurzsichtig genug die Parallele zu verkennen?

Nachdem damals durch die sogenannte „Wissenschaft“ und die dem französischen Geist entsprechende Form der „revolutionäre Geist“ sich organisiert hatte, gelangte er zur Wirksamkeit, zerstörte wie gesagt die Tradition von Staat, Gesellschaft, Eigentum, Zivilisation, Kirche und Nation und proklamierte das „Zeitalter der Vernunft“. Nachdem bei uns durch die sogenannte „Wissenschaft“ und die dem Charakter der Bewegung entsprechende populäre Form der „revolutionäre Geist“ sich organisiert hatte u. s. w. u. s. w. proklamirte er das „Zeitalter des Sozialismus“, die „neue Zeit“. Während damals die Gesellschaft in den Nichtigkeiten des Tages aufging, das öffentliche Leben vernachlässigte, das Geld verschleuderte, das Geschäft vernachlässigte, die Kinder den Dienstboten überlassen wurden, schwärmte man im Geheimen für das neue Evangelium, und die Idealsten waren bald die Sentimentalsten und Optimistischsten; der vierte Stand, mittlerweile in Haß und Mißtrauen gesetzt, von den Dorfadvokaten, Ferkelstechern und verkommenen Subjekten gehetzt, machte sich bereit, das „Volk“ und zwar „das Volk als König“ zu spielen, und zwar mit den Piken bewaffnet; so begann bei den Wahlen der Terrorismus der Theorie durch die Piken und der Piken durch die Theorie. Als beide auch der Hauptstadt Herr geworden waren, wurden sie auch die Herren des Parlaments und beherrschten dies durch Theorie und Furcht, wie sie die Massen durch Theorie und Hunger beherrschten. Die Schlösser wurden niedergebrannt, die Eigentumsurkunden vernichtet, Adel und Klerus zum Teil getötet, zum Teil vertrieben, die Soldaten waren durch Theorie, Schnaps und lüderliche Frauenzimmer für die Sache der „Freiheit“ gewonnen, die Regierung gelähmt, die Anarchie thatsächlich vorhanden, die Verwirrung in Permanenz; Frankreich war damals wie ein Tagelöhner, meint Taine, der vom Fasten aus der Monarchie erschöpft, sich am schlechten Schnaps des Gesellschaftsvertrags und der anderen Doktrinen berauscht hatte, bis er plötzlich von Gehirnlähmung befallen wurde: alle Organe gerieten in Zwiespalt mit andern und zerrten einander hin und her. Die Zeit des lustigen Fieberwahnsinns war vorbei und die des düsteren trat ein. Von nun an war es imstande alles zu wagen, zu erdulden, zu thun.

Die Nutzanwendung auf den vorliegenden Fall ist nicht schwer.

Kein Vernünftiger wird zweifeln, daß wenn Preußen oder Deutschland sich in den oben geschilderten Zustand des Tagelöhners bringen läßt, ihm dasselbe Geschick widerfährt wie Frankreich, dessen sich damals die Jakobiner bemächtigten. In ihrer Selbstgefälligkeit und Überhebung hatten diese die Theorie zu einem dogmatischen System ausgebaut. Die Grundbegriffe sind: der Mensch ist gut und gleich, daher seine „unveräußerlichen Rechte", Freiheit, Gleichheit, Vernunft, Gesellschaftsvertrag; dieser Lehre können nur die Bösewichter widersprechen und das sind dieselben, welche die Männer des Volks aus der Gesellschaft ausgestoßen und im Beratungssaale mundtot gemacht haben; dafür, sagten diese tugendhaften Männer der Vernunft, werden wir euch aus den Reihen der Lebendigen streichen, denn auf der Straße sind wir stärker als ihr; wir werden euch physisch tot machen, wie ihr uns bürgerlich tot gemacht habt. Durch ihre „Diktatur" wollten sie ihre Theorie, ihre fixe Idee in Wirklichkeit verwandeln: das Prinzip der Gleichheit lehrt, daß Jeder, mit allem was er hat, in der Gesamtheit aufgehen muß, daß der neue Staat Alles zu leiten hat, auch die Gedanken und Gefühle. Dem Prinzip entsprechend muß Kirche, Religion, Adel und alle Ungleichheit beseitigt, die menschliche Natur nach dem „patriotischen Typus" umgestaltet, das Gewissen als christliches, die Ehre als feudales Trugding beseitigt werden. Wohlstand und Bildung sind gefährliche Gegner der Gleichheit und Eigenschaften der verrotteten alten Stände — diese waren zuerst die Aristokraten, zuletzt alle sogenannten „anständigen Leute" — sie müssen also ausgerottet werden.

So wurde die Theorie zur materiellen Gewalt.

Und so wird sie wieder materielle Gewalt werden, wenn die Staatsgewalt lässig und verzagt, die Gesellschaft optimistisch, pessimistisch oder sentimental, Ehe und Familie zersetzt, Religion und Kirche und alle andere „Tradition" hinfällig gemacht wird. Die Sozialdemokratie ist gegenwärtig nach dem Marxschen Rezept und ihrer „Wissenschaft" an der Arbeit. Sie weiß, daß sie mit denselben Mitteln die sogenannte friedliche, wie die gewaltsame Revolution vorbereitet, bezw. in Ausführung bringt.

Sie sagt mit Recht: erst muß die Kirche und Gott beseitigt werden, dann folgt der Staat und das Königstum von selbst. Deshalb haben die „Genossen" neuerdings der Religion gegenüber eine ganz andere Taktik eingeschlagen. Der Knappheit des Raumes halber nur

eine Stelle, welche der sozialdemokratische „Thür. Volksfreund“ zu besagtem Zwecke als Leitartikel gebracht hat.

„Wir kommen zum Punkte der Religion. Die Gegner behaupten, wir wollten dieselbe abschaffen. Sie würden solches nicht sagen, wenn sie unsere Grundsätze begriffen hätten.

Religion ist das Gefühl für das Gute, Heilige und dieses selbst. Ursprünglich immer mit einer gewissen Regel, einem Kultus verknüpft, hat sich das religiöse Gefühl im Laufe der Jahrtausende mehr und mehr vom Kultus, d. h. von den Kirchen selbständig gemacht. Man kann heute ein musterhafter Christ sein und braucht doch keiner Kirche anzugehören. Man kann religiös sein und braucht deswegen doch nicht an die Existenz eines persönlichen Gottes oder die Unsterblichkeit des Individuums zu glauben. Die Buddha-Religion, welche die verbreitetste Religion auf Erden ist, hat keinen eigentlichen Gott und keine Unsterblichkeit. Die Religion des Mose hat gleichfalls keine Unsterblichkeit. Religiös ist nach unserer Auffassung einfach der, welcher die Kernforderungen aller Religionen: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ thatsächlich auszuführen sich ernsthaft bestrebt.

Religion und Kultus oder Kirche sind im Volksbewußtsein also nicht mehr ein und dasselbe. Die Naturwissenschaften haben zu große Fortschritte gemacht, als daß die Grundsätze der Kirchen nicht mehr oder weniger in Mitleidenschaft gezogen worden wären. Wir sind Kinder einer anderen Zeit, als der, in welcher die Kirchen ihre Lehren formulierten, und wir sind Anhänger der unbedingtesten Meinungsfreiheit und können deshalb nicht zugeben, daß die Kirchen das Staatsleben beherrschen wollen, und daß der Staat die Kosten für den Unterhalt der Priester und Tempel aufbringt.

Wir wollen die Religion zur Privatsache erklärt sehen, d. h. wir verlangen vollständige Trennung der Kirche vom Staat. Wir wollen keineswegs die Kirchen zerstören, sie sollen als Privatgesellschaften innerhalb des gleichen Rechts alle ihnen wie uns zukommende Bewegungsfreiheit haben. Wir erkennen bedingungslos jedermanns Recht an, sich die Entstehung der Welt als That eines persönlichen Gottes zu erklären und an kirchlichen Gebräuchen teilzunehmen, und daß die Anerkennung dieses Rechts uns wirklicher Ernst sein muß, geht schon daraus hervor, daß kein Mensch den andern hindern kann, über irgend eine Sache so oder so zu denken und sich zur Ausbreitung seiner Ideen so oder so zu organisieren.

Aber auch das ehrwürdige tausendjährige Alter der Religionen ist ein Grund für uns, ihren Anhängern gegenüber uns der größten Toleranz zu befleißigen. Wir greifen denn auch die Frommen nur dann an, wenn sie in unser gleiches Recht auf Meinungsfreiheit eingreifen, wenn sie uns verbieten wollen, anders als sie über Religion zu denken.

Unsere Partei ist eine wirtschaftliche und politische Partei. Die große Mehrzahl unserer Genossen gehört selber noch der Kirche an. Käme es uns darauf an, die Kirche abzuschaffen, so müßten wir samt und sonders aus der Kirche austreten. Die Partei hat aber von jeher daran festgehalten, daß die Zugehörigkeit zu einer Kirche jedermanns Privatsache sei, und es deshalb stets abgelehnt, irgend einen Genossen zu zwingen, aus der Kirche auszutreten, oder zu religiösen Streitfragen Stellung zu nehmen. Auf dem Parteitag zu Halle wurde ein dahin zielender Antrag mit der einmütigen Erklärung abgelehnt, daß die Sozialdemokratie als wirtschaftlich-politische Partei kein Recht habe, sich in religiöse bezw. kirchliche Dinge zu mischen.[1])

Die Sozialdemokratie unterschreibt das Wort Friedrichs des Großen: In meinem Reiche soll jeder nach seiner Façon selig werden.

Wird dieses Wort durch Trennung der Kirche vom Staat im ganzen Umfange ausgeführt, dann erhalten die Priester freilich auch kein Einkommen mehr aus den Kassen des Staates, bezw. seiner Gemeinden, sondern die Gläubigen selbst haben die Unterhaltungskosten der Priester aufzubringen. Natürlich werden dann die Priestergehälter nicht mehr so hoch bemessen sein, als dies jetzt so häufig der Fall ist.

---

1) Wie es mit der genannten „Einmütigkeit“ beschaffen war, zeigt zunächst ein Gegenantrag des Dr. Rüdt-Heidelberg, jetzigen Mitglieds des badischen Landtags, auch in religiöser Hinsicht stehe man auf dem Boden der freien wissenschaftlichen Forschung. „Infolgedessen verwirft die sozialdemokratische Partei prinzipiell jeden Dogmenglauben als eine Quelle geistiger Knechtschaft und als ein gewaltiges Hindernis des Emanzipationskampfes des Proletariats und bekämpft jede Kirche.“ Dagegen sprach sich entschieden Mollenbuhr, der besonders die Landagitation betreibt, aus: Wenn man das sage, bekäme man auf dem Land die Leute nicht in die sozialdemokratischen Versammlungen. Rüdt bezeichnet dies als Heuchelei und Antipfafferei. Die praktischen Gesichtspunkte behielten bekanntlich die Oberhand. Auch bei andern Gelegenheiten wurde von anderer Seite, z. B. dem Redakteur Bake, betont, daß man den Satz „Religion ist Privatsache“ stehen lassen müsse, weil dies der Agitation auf dem Lande die Arbeit erleichtere.

Aber das thut der Religion keinen Eintrag und kann ihr keinen Eintrag thun, denn auch Christus ist arm gewesen, und war doch der Stifter der christlichen Religion. Zahlt der Staat bezw. seine Gemeinden den Priestern nicht mehr das Gehalt, so werden die Priester wohl in vielen Fällen ihren Lebensunterhalt noch aus einer anderen Thätigkeit, als lediglich der der kirchlichen, bestreiten müssen. Die Priester werden dann vielleicht als Ärzte oder Handwerker mit thätig sein, wie das bei verschiedenen Religionssekten in Amerika schon jetzt sehr häufig der Fall ist. Aber auch hierin kann selbst der frömmste Christ nichts Übles sehen, denn auch die Apostel haben, soweit sie nicht selbst Vermögen hatten, ihren Lebensunterhalt zum Teil wenigstens durch eine Hantierung erwerben müssen.

Wenn der Gegner also behauptet, die Sozialdemokratie wolle die Religion abschaffen und die Kirchen zerstören, so wird man aus den vorstehenden Darlegungen wissen, daß der Gegner auch in diesem Punkte irrt."

Man vergleiche diese, auf die Kreise der Landleute berechnete Heuchelei nur mit dem Obengesagten nicht bloß, sondern auch mit dem, was die „zielbewußten Genossen" noch jetzt in den Städten verkündigen, wo sie jener Heuchelei nicht bedürfen, die übrigens in jenem Fall einen leicht erkennbaren praktischen Zweck hat. Der Pfarrer wird auch hier, allerdings mehr versteckt wie sonst, dem Bauer als Faullenzer und die Kirche als eine kostspielige Anstalt denunziert; und in dem von dem radikalen Liberalismus völlig durchwühlten thüringischen Bauernstande, wo einst auch Münzer seinen Herrschersitz aufgeschlagen hatte, sind dergleichen „Initiativen" ganz zweifellos von Wirkung. Derselben Wirkung konnte Bebel sicher sein, als er ungefähr gleichzeitig in Berlin den Pfarrer mit Schneider und Schuster auf eine Stufe stellte. So widerspruchsvoll häufig die Behauptungen der Sozialdemokratie sind, sie haben immer zugleich den Zweck der Agitation und der Zerstörung der Tradition, sowie alles Bestehenden. Nach Marx ist zwar, wie oben erzählt, die Lehre vom Freihandel verwerflich, aber sie muß unterstützt werden, weil sie die nationale Volkswirtschaft ruiniert, rc. Die Getreide- und Vieh- rc. Zölle sind nicht bloß wirtschaftliche, sondern auch soziale Schutzzölle, aber eben deshalb müssen sie aufgehoben werden, damit der besitzlose Bauer in die Arme der Sozialdemokratie getrieben wird; Innungen, Befähigungsnachweise rc. sind „reaktionär", denn sie stehen im Verdachte dem Handwerk eine Stütze zu gewähren

gegen die Verarmung, die es allmählich für den „Sozialismus" reif macht. In dem sozialistischen Staat soll zwar die allgemeine Zufriedenheit ihre ewige Stätte finden, jetzt aber lehrt das Berliner Volksblatt einstweilen noch (Oktober 1889): „Keine Dummheit, keine Branntweinpest, kein anderes Laster kann so sehr ein Volk zurückbringen als Zufriedenheit, Zufriedenheit ist moralischer Tod." Die Autorität ist zwar die Wurzel alles Übels, aber im Zukunftsstaat wird ihr eine Stellung angewiesen, die alle bisher dagewesene Tyrannei in den Schatten stellt, sogar die des „Wohlfahrtsausschusses". Im Zukunftsstaat soll zwar die vollkommene Glückseligkeit herrschen, aber Ehe, Familie, Gattentreue und Mutterliebe, Kindespflicht müssen vorher ausgerottet werden, wie Religion, Zufriedenheit und Autorität. Daß eine sozialistische Autorität wie Rousseau die Familie als die „älteste und allein natürliche aller Genossenschaften" bezeichnet, daß ein so „vernünftiger Sozialist" wie Schäffle sie auch wirtschaftlich für unentbehrlich erklärt, macht der Sozialdemokratie nichts aus.

Sehr bezeichnend für die neue Methode ist auch das Verhalten der Sozialdemokratie zur sogenannten Frauenemanzipation.

Früher ging die Sozialdemokratie im wesentlichen darauf hinaus, die weiblichen Arbeiter möglichst von der „Arbeit" auszuschließen, um durch diese Konkurrenz nicht die Arbeitsgelegenheit zu mindern; in dem neuen Programm hat sie sich auch in diesem Punkte der Internationale angeschlossen und fordert das Frauenstimmrecht. Da die Sozialdemokraten nun seit dem letzten Pariser Kongreß programmmäßig für die weiblichen Arbeiter gleiche Arbeitsbedingungen fordern, halten sie sich nicht bloß indirekt jene Konkurrenz vom Halse — denn bei gleichen Bedingungen wird der männliche Arbeiter vorgezogen — sie halten auch die Unzufriedenheit bei den weiblichen Genossinnen wach, fordern ihre Agitation für sich auf den Plan und berechnen bereits, wie die „Berliner Volkstribüne" z. B. dies gethan hat, daß von den $5^1/_2$ Millionen weiblicher Erwerbsthätigen und Dienenden das Gros für sie stimmen und werben werde. Damit aber diese weibliche Agitation sich nicht mit der bezüglichen „bürgerlichen" und „reaktionären" — diese ist bekanntlich in England ziemlich stark — verbinde und dann für die Sozialdemokratie wertlos werde, wird diese Verbindung offiziell in den Bann gethan und gesagt („Berliner Volkstribüne"): „Wir haben also nicht nur kein Interesse an einer Bewegung für das Frauenstimmrecht ohne ausgesprochen proletarischen

Charakter, sondern müssen sie sogar von uns fern halten." Das heißt, wenn der Mohr seine Schuldigkeit gethan hat, kann er gehen.

Die oben erwähnte Heuchelei bezüglich der Religion ist zwar auf die Bauern berechnet, aber die „Berliner Volkstribüne" hat es sich doch nicht nehmen lassen, im Herbst 1890 eine Reihe von Artikeln „Was die Sozialdemokraten von den Bauern denken" zu veröffentlichen, in welchen der Bauer der „Heuchelei" und „Scheinheiligkeit" bezichtigt wird. Der Bauer habe nicht „die allernotwendigste Wahrheitsliebe", Ehrlichkeit und Rechtschaffenheit fehlen ihm nicht minder, er gehört unter die Ehrabschneider und Spötter; er ist dumm und „tappt wie blind durch das Leben" und fällt „Schritt für Schritt sich und Andern zur Last"; er hat „gar kein Gefühl für Überzeugung, er weiß nicht, was das ist, wenn man überzeugt ist" 2c. Obwohl er nach dieser Auffassung „unverbesserlich" ist, wird nun doch die „Landagitation" in großem Stil zu betreiben gesucht und durch „landsmannschaftliche Gruppen" jetzt eingeleitet und durch „zielbewußte Genossen" (à la Molkenbuhr) ländlicher Herkunft auch betrieben. Denn ehe dieser Grundstein der Volkswohlfahrt, des Staatsbestandes, des Heeres, diese Quelle nationaler Kraft und Regeneration nicht erschüttert und vergiftet ist, kann das Ziel weder auf dem einen noch dem anderen „Wege" erreicht werden. Der Bürgerstand muß in seinen unteren Schichten wirtschaftlich ruiniert und dann fanatisiert, in seinen mittleren Schichten noch weiter sozialistisch infiziert, betäubt, eingeschüchtert, in seinen oberen Schichten schlecht und gruselig gemacht, die Aristokratie auf die Proskriptionsliste gesetzt, das Königtum entwürdigt werden. Wie alles dieses nicht möglich ist ohne Vernichtung der Kirche, weiß die Sozialdemokratie sehr wohl und hat es oft genug ausgesprochen; daß es mit der Schule ähnlich steht, ist ebenfalls bekannt. Die Sozialdemokratie begnügt sich aber nicht damit, diese den „Händen der Pfaffen" entreißen und die Lehrer sozialistisch anstecken zu wollen, sie hat nunmehr auch begonnen, durch die „Arbeiterbildungsschule" — die mit der Zeit zur Arbeiteruniversität" ausgebaut werden soll — die „reaktionäre" Volksschule in ihren Wirkungen zu paralysieren und „zielbewußte Genossen" heranzubilden und methodisch zu schulen. Nicht minder ist sie eifrig an der Arbeit, das Heer für den „Sozialismus" zu interessieren und event. zu gewinnen. Schon auf dem Kongreß zu Gent erklärte Liebknecht: „Die Armee besteht schließlich aus Söhnen des Volkes, die wir durch unsere revolutionäre Pro-

paganda gewinnen ... Wenn der Tag kommt, werden Gewehre und Kanonen von selbst sich umkehren, um die Feinde des sozialistischen Volkes niederzuschmettern."

Es giebt immer noch sehr viel Leute, welche sich durch die neue Methode der Sozialdemokratie, die man kurz als opportunistische bezeichnen kann, täuschen lassen. Die Führer der Partei lassen jedoch nicht die mindeste Unklarheit über ihre Ziele. Man höre z. B. einige Stellen und Reden, die auf dem internationalen Kongreß in Brüssel (August 1891) gehalten worden sind.

Genosse Bebel: „Vor allem wolle er betonen, daß nach seiner Auffassung Hauptaufgabe der Sozialdemokratie nicht die Erringung eines Arbeiterschutzgesetzes sei, sondern in erster Linie sei es ihre Aufgabe, die Arbeiter aufzuklären über das Wesen und den Charakter der heutigen Gesellschaft, um dieselbe so rasch als möglich verschwinden zu lassen, und zwar um so rascher, als diese selbst in ihren eigenen Entwickelungsgesetzen den tötenden Keim ihres Unterganges in sich tragen."

Genosse Adler (Wien): „Für uns ist der ganze Parlamentarismus, für uns ist Wahlrecht, Stimmrecht, Arbeiterschutz nur Mittel zum Zweck, ein gutes Mittel, um die Gehirne zu revolutionieren und so die Arme zu gewinnen, welche diese Revolution ausführen sollen. Über diesen Mitteln werden wir nie das Ziel aus den Augen verlieren."

Genosse Aveling (London): „Die Internationale ist nicht tot, sie lebt; sie lebt in unserem Kongreß, unseren Resolutionen, in unseren Herzen — und sie wird unbesiegbar bleiben." (Stürmischer Beifall.)

Genosse Domela Nieuwenhuis (Holland): „Nur durch Weigerung der Heeresfolge sei der Sieg über Kapitalismus und Militarismus möglich. Die Gefahr, den Heeresdienst bei Ausbruch des Krieges zu verweigern, sei weniger groß als die der Heeresfolge, denn im Kriegsfall werden die Sozialisten auf die gefährlichsten Posten gestellt, damit sie getötet werden. Der Haß des Kapitalismus gegen die Sozialisten ist größer als der Haß der Bourgeois einer Nation gegen die Bourgeois einer anderen. Machen wir den Bürgerkrieg und nicht den Völkerkrieg mit und entfalten wir die blutige rote Fahne der Revolution anstatt der weißen Fahne der Friedensapostel." Bebel bemerkt: „Das geht so nicht."

Genosse Liebknecht: „Und eine Revolution im voraus verkünden!

So weit man davon reden könne Revolution zu machen, gehöre das zu den Dingen, die man thue, von denen man aber nicht rede, die man am allerwenigsten voraus verkünde!"

Genosse Voldes (Brüssel): „Es wäre unklug und überflüssig, das Wort Republik in die Resolution aufzunehmen, da einmal das Wort „sozialistisch" alles besagt, und andererseits durch eine derartige Bagatelle vielen Delegierten Schwierigkeiten in ihrer Heimat bereitet werden könnten. Es ist jedenfalls sehr unklug, den Gegnern vollständig die Taktik zu verraten."

Und was hernach von Bebel und seinen Anhängern in Erfurt (Herbst 1891) gesagt wurde, verdient nicht minder ins Gedächtnis zurückgerufen und in ihm aufbewahrt zu werden.

Dem Genossen von Vollmar, der mehr auf eine allmähliche Reform hinaus wollte, hielt er entgegen: die Massen seien hochgradig ungeduldig; die Lage der Dinge in Deutschland und Europa auf sozialpolitischem wie auf ökonomischem Gebiete habe in den letzten Jahrzehnten und insbesondere in den allerletzten Zeiten eine Entwicklung genommen, welche die Sozialdemokratie mit der größten Genugthuung und mit den besten Hoffnungen erfüllen müsse; er pflichte F. Engels bei, welcher den sozialistischen Umschwung der Dinge von Grund aus gegen das Jahr 1898 in Aussicht stelle. — Wenn dies auch von demselben Größenwahn eingegeben ist, wie die Erklärung des internationalen Kongresses von 1869, nach der die Internationale durch allgemeinen Strike den Krieg hindern werde, so sind doch jene Worte bei den vielfach beliebten Friedenstönen ebenso bezeichnend wie die Worte, mit denen Singer jenen Kongreß schloß: „An die Arbeit, Genossen, und möge der Tag nicht fern sein, an dem die rote Fahne — das Wahrzeichen der Freiheit und Bruderliebe — siegreich über der Erde weht!" Für die ganze Taktik der Partei in neuester Zeit sind besonders die Worte Bebels auf dem Erfurter Parteitag von Bedeutung, die nach den Berichten so lauten:

Wir haben von jeher als letztes Ziel die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft bezeichnet. Es ist selbstverständlich, daß die bürgerliche Gesellschaft nicht freiwillig abdanken wird. Es ist deshalb notwendig, politische Macht zu erobern. Diese Macht kann nur erreicht werden, wenn wir die Massen gewinnen durch Agitationen in Versammlungen, durch die Presse und auch durch unsere Anteilnahme an den Wahlen und am Parlamentarismus. Die Anarchisten sagen:

alle gewerkschaftliche Bewegung und aller Parlamentarismus ist zu verwerfen; wir haben lediglich dahin zu streben, daß der heutige Staat so schnell wie möglich zu Grunde geht. Diese Taktik wird von unseren Gegnern gewünscht; denn die bürgerliche Gesellschaft möchte die proletarische Bewegung mit Gewalt niederschlagen. Wenn wir die Massen haben wollen, können wir der gewerkschaftlichen Bewegung nicht entraten; in den Gewerkschaften müssen die Arbeiter zum Klassenkampf erzogen werden. Wenn wir den Arbeitern bloß mit unseren letzten Zielen kommen, dann würden wir die Massen niemals gewinnen. Wir müssen es so machen, wie der Teufel, der, wenn er erst den Finger hat, sehr bald auch den ganzen Menschen hat.

Wie der A. B. in der „Neuen Zeit" die ganze Arbeiterschutzgesetzgebung als wertlos bezeichnet hat — höchstens Zwischenaktsmusik sei sie — so erklärt A. Bebel hier die Organisation der Gewerkschaften lediglich für ein Kampfmittel zur Erreichung der letzten Ziele, die man den Massen nicht verraten dürfe. Auch die Presse der Sozialdemokratie läßt keine Gelegenheit vorübergehen, um den bürgerlichen Parteien bzw. dem bestehenden Staat sein Herz auszuschütten. Zur Feier der Pariser Kommune — der 18. März ist der Gedenktag — hat besonders am 20. Gedenktag (1891) diese Presse des Festjubels und der Drohungen genug enthalten. Einzelne Blätter, wie die Berliner Volkstribüne, haben der Feier jener Helden und ihrer Thaten eine ganze Nummer auf blutrotem Papier gewidmet und jene Vorgänge den Genossen als Muster empfohlen, nur dürften sie nicht die gleichen Fehler begehen wie jene. Der größte Fehler war nach diesem Blatt der, daß man sich nicht sofort der Bank von Frankreich mit all ihren Depositen bemächtigt habe. Die deutschen Sozialdemokraten würden dies nicht gethan haben. Was war einfacher, sagt das Blatt, als fest zuzupacken und die Bank von Frankreich mit Beschlag zu belegen? — Es giebt freilich noch immer Leute genug, welche trotz alledem und alledem von dem neuen und gemäßigten Auftreten der Sozialdemokratie reden und schreiben. Das sind eben jene Halbthoren und Halbweisen, die, wie es scheint, die große Masse machen und nicht bloß unbelehrbar und unbrauchbar sind, sondern auch für die Gegenwirkungen die tote Widerstandsmasse bilden.

Ferner: Man hat sehr viel Gewicht darauf gelegt, daß die sog. „Jungen" den Alten in einem besonderen Manifest im Juli 1891 förmlich den Krieg erklärt und sie beschuldigt haben, eine „Regierung"

darzustellen und sich der „demagogischen Verhetzung und Angstmeierei“ schuldig gemacht zu haben; das ist weder zu verwundern noch von irgend einer Bedeutung. Die „Jungen“ sehen in der neuerdings aus guten Gründen eingeschlagenen opportunistischen Politik der Alten eine Gefährdung des „Prinzips“ bzw. sind auf dem sozialistischen Wege schon soweit vorgeschritten, daß sie überhaupt keine Leitung, keine „Autorität“ mehr wollen — und dies entspricht ja der Theorie —; und daß in einer radikalen Partei die Radikalsten zuletzt die Oberhand bekommen, ist eine eben so alte als unumstößliche Erfahrung; je früher diese Eventualität in dem vorliegenden Falle eintritt, desto kürzer ist der zurückzulegende Weg, und desto näher rückt der Kampf um die Diktatur. An der Lage selbst ändert dies ebensowenig, als wenn Herr von Vollmar einmal eine nationale Anwandlung verspürt und dies ohne Gefahr für seine Person und Sache in Bayern aussprechen kann, so lange Herr Bebel als Berliner gilt, und Herr von Vollmar als Bayer.

Man wird allerdings zugeben können, daß die sog. Jungen oder Unabhängigen den herrschenden Parteimännern der Sozialdemokratie unbequem sind, und daß sie es vielleicht gerne sähen, wenn die Regierung dieser anarchistischen Spielart ein Ende machen würde; man muß auch zugeben, daß durch diese Spaltung die Partei als Ganzes ihre agitatorischen Kräfte geschwächt sieht, bzw. verloren hat, aber an der Sachlage wird dadurch etwas Wesentliches nicht geändert. Die Unabhängigen suchen — auch im Westen, z. B. in Mainz — festen Boden zu gewinnen, und es ist bezeichnend, daß sie diesen in den Gewerkschaften, z. B. der Buchbinder, Schneider und Schuhmacher suchen. Aus diesen Gründen arbeiten sie gegen die zentralisierten und für die örtlichen Gewerkschaften; diese würden die wirtschaftliche und damit auch die politische Selbständigkeit herbeiführen. Ihre Erfolge im Westen sind noch gering. Da sie aber über bedeutende Agitationskräfte, Personen wie Theorie, verfügen, so kann man ihnen die Zukunft nicht absprechen. Gegenwärtig bedeuten sie noch nichts Wesentliches. Es wird auch zu beachten sein, daß durch die Bestrafung einiger dieser „Unabhängigen“ (Kamien und Genossen) mit schweren Zuchthausstrafen, ihnen nicht bloß ein starker Dämpfer aufgesetzt worden ist, sondern daß sie auch (Juli 1892) beschlossen haben, sich von dem anarchistischen Klub „Autonomie“ in London loszusagen, weil harmlose Arbeiter wie die Verurteilten durch die Aufreizung der Londoner sich hätten zu verbrecherischen Handlungen bewegen lassen, die das Reichsgericht

zu schwerer Bestrafung bringen mußte. Zugleich sind einige Mitglieder der Berliner Gruppe, die ebenfalls für Provokanten galten, ausgeschlossen worden.

Auch mit Herrn von Vollmar hat die offizielle Berliner Parteileitung wieder angebunden, ähnlich wie vor dem Hallenser und Erfurter Tag. Diesmal wegen eines Aufsatzes, den dieser geistvolle und umfassend gebildete Mann in einer französischen Revue über die Grundgedanken des Sozialismus im Sommer 1892 veröffentlicht hatte. Er vertritt auch diesmal die Meinung, daß man immer den festen Boden unter den Füßen behalten müsse; er entwickelt dann Ansichten, welche dem Staatssozialismus viel ähnlicher sehen sollen als dem sozialistischen Programm, deshalb hat ihm die offizielle Parteileitung schwere Vorwürfe gemacht im „Vorwärts“. Vollmar läßt in seinem Organ, der „Münchener Post“, (Juli 1892) antworten, die Berliner „Alten“ brauchten sich gar nicht zu erhitzen, er habe nur theoretische Betrachtungen angestellt und der „Vorwärts“ habe auch seinen Artikel nicht richtig wiedergegeben. Das alles bestreitet wieder der Vorwärts und erhebt neue Beschuldigungen, bis die Sache sich in Wohlgefallen auflöste. Wenn Herr von Vollmar wirklich etwas anderes wollte, so würde er schwerlich dem Schicksal der Auer und Genossen zu Halle 1890 und zu Erfurt 1891 entgangen sein; es scheint, als ob es sich also nur um die Methode handelt, und daß die Vollmars der Sozialdemokratie, ihren Fortschritten und ihrer Verstärkung bis tief in die Mittelklassen zuträglicher ist als die der „Alten“, liegt auf der Hand, wenn nur nicht ebenso auf der Hand läge, daß, wenn die Vollmarsche Methode die offizielle würde, nicht noch sehr viel mehr zu den Unabhängigen gingen; und daß, wenn Vollmar wie jene ausgeschlossen würde, ein großer Teil der bayrischen Sozialdemokraten sezedieren würde. Mag dies sein, bzw. werden, wie es wolle, so viel steht fest: auch die deutsche Sozialdemokratie ist international, sie hat durch ihre frühere Methode jene erste Etappe erreicht, sie ist jetzt zum Marsch nach der zweiten: Unter weiterer Einschüchterung der Gegner und Ermutigung der Ihrigen durch Betonen des Prinzips und Kampfs die radikalen Elemente an sich zu fesseln, durch Betonen reformatorischer Arbeit die Ängstlichen zu beruhigen, die Trägen einzuschläfern, die Freunde der Arbeiter für sich zu gewinnen, die Schwankenden zu locken, die Unzufriedenen in ihrem Gefolge zu erhalten. Auch durch eine je nach dem gewählte, rein opportunistische Politik mit Unterstützung aller ein-

schlägigen Faktoren, die Masse besonders durch die Gewerkschaften zur Kampfbereitschaft zu organisieren, die Gegner unthätig zu erhalten bzw. sich dienstbar zu machen und dann, wenn die Zeit darnach ist, den entscheidenden Schlag zu führen. Sehr bezeichnend ist es, daß die Sozialdemokratie nicht bloß die ländliche Agitation — auch durch Zeitungen, Litteratur und Flugblätter — betreibt, sondern auch die Aufhebung aller Gesindeordnungen und die Koalitionsfreiheit aller ländlichen Tagelöhner verlangt, damit diese und die Dienstboten wie die gewerblichen Arbeiter organisiert werden können. Was dies bedeutet, hat Bebel ja vor kurzem erst erklärt, wie bereits gesagt.

Wenn man nun fragt, was die Gegner der Sozialdemokratie für eine Methode ihrerseits angewandt haben, so muß man bedenken, daß es keine geschlossene Gegnerschaft giebt, also auch keine Methode derselben geben kann. Nur insofern die Staats- bezw. Reichsregierung die Pflicht hat, der Umsturzpartei entgegen zu treten, kann sie als eine organisierte Gegnerschaft eine Methode haben. Diese war bis zur Aufhebung des Sozialistengesetzes klar erkennbar und kann bezeichnet werden als einerseits negative, bezw. repressive, unterdrückende und andrerseits positive, wie die Sozialgesetzgebung nach Erlaß der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 ausweist. Daß jene Art der Repressive mehr Vorteile wie Nachteile für die Gesellschaft und den Staat gehabt habe, werden heute wohl nicht mehr Viele glauben und wohl noch weniger werden es sein, welche einen stichhaltigen Beweis für die desfallsige Ansicht führen können. Schon vor dem Fall jenes Gesetzes hat Kaiser Wilhelm II. bekanntlich den Arbeitern gegenüber eine andere Methode angewandt als der frühere Reichskanzler. Er will offenbar versuchen, ihren Beschwerden möglichst abzuhelfen und alles zu thun, was in dieser Richtung irgend erwartet werden kann. Auf diesem Weg stehen an der Spitze die Berufung der internationalen Konferenz und die sogenannten Arbeitererlasse. Daß durch jene ein positives Ergebnis erzielt werde, hat er vielleicht nicht einmal gehofft. Und wenn es für einen gewiegten Staatsmann, wie Fürst Bismarck einer war, ein Fehler gewesen wäre, ein so prekäres Unternehmen einzufädeln, so konnte dieser Versuch, von dem jungen Kaiser unternommen, auch gänzlich fehlgeschlagen noch insofern seine Dienste thun, als er den guten Willen des Monarchen bewies, den er um eines hohen Zweckes willen trotz so geringer Aussichten in Thätigkeit setzte, und nicht bloß um für die Zukunft sein Gewissen zu salvieren. Andrerseits haben jene kaiser-

lichen Erlasse und manches Andere was sich daran knüpfte bei den Unternehmern heftige Verstimmung, bei den Arbeitern starke Aspirationen und Hoffnungen erregt. Beides kann nicht als Grund für die Unterlassung jener Maßregeln geltend gemacht werden. Denn selbst wenn jene bis zur heftigen Opposition sich steigern sollte, würde kein gewissenhafter Monarch und keine entsprechende Regierung etwas unterlassen, was sie für das Staatswohl zuträglich halten, selbst wenn dabei auch mehr Grund für die Behauptung vorläge, das Huhn würde geschlachtet, das die Eier legte. Die Hoffnungen der Arbeiter zu erregen ist ebenso nötig wie die Verstimmung der Unternehmer, wenn auf diesem Gebiet etwas geschehen soll; wenn nur dabei vermieden wird, daß jene Hoffnungen mit Berechtigung als enttäuschte gelten können, und so bei der ganzen Aktion überhaupt nichts anderes herausgekommen wäre als Verstimmung. Das kann aber meines Erachtens mit ausreichendem Grund nicht behauptet werden; jedenfalls darf hierfür der Gegenbeweis erwartet werden. Die Methode der Reichsregierung geht also, wenn ich sie recht verstehe, darauf aus, die positive soziale Arbeit fortzusetzen, den Arbeitern, soweit sie sich nicht sozialistisch festgelegt und parteipolitisch verankert haben, entgegen zu kommen, und, soweit es das öffentliche Interesse erlaubt bezw. erheischt, jenen den Lebensboden zu verbreitern und zu verbessern. Inwieweit damit zugleich die sozialistische Organisation gefördert würde, bedürfte jedesmal sorgfältiger Prüfung, denn daß jene eine zum Kampf ist, darf nicht vergessen werden. Andrerseits hat der Kaiser darüber keinen Zweifel gelassen, daß er nichts dulden wird, was auf den Boden des Gesetzwidrigen oder gar der Gewalt tritt. Und wenn die Sozialdemokratie an die letztere appellieren sollte, sei es am Ende dieses, oder Anfang des folgenden Jahrhunderts, dann wird der Kaiser ihr den Beweis für die Wahrheit des von ihr so verachteten Bibelworts liefern: Stellt ihr euch wieder das Gesetz, so soll euch das Schwert zerfressen; und Wer durch das Schwert tötet, soll durch das Schwert umkommen.

Daß aber Kaiser und Regierungen weder auf diese noch auf irgend eine andere Weise die wesentlichsten Schwierigkeiten der inneren Gesamtlage beseitigen können, bedarf keiner weiteren Darlegung, wenn sich nicht endlich das ganze Volk seiner Verpflichtungen besser bewußt wird, als seither; daß es damit seit Aufhebung des Sozialistengesetzes etwas besser geworden sei, kann wohl anerkannt werden.

---

3. Die früheren Programme.

Die erste programmatische Zusammenfassung dessen, was die Sozialdemokratie in Deutschland erstrebt, findet sich in dem Statut des allgemeinen deutschen Arbeitervereins (Leipzig, Mai 1863), dessen § 1 als Zweck bezeichnet: „auf friedlichem und legalen Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Überzeugung, für die Herstellung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu wirken". Der Verein geht dabei nach demselben § von der Überzeugung aus, daß „nur" durch jenes Wahlrecht „eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhafte Beseitigung der Klassengegensätze in der Gesellschaft herbeigeführt werden kann". Wer heute die Forderungen der Sozialdemokratie kennt, reibt sich die Augen, wenn er diese wenigen und bescheidenen Zeilen als Programm dieser Partei sieht. Wirtschaftliche Forderungen werden gar nicht erhoben, die sozialen beschränken sich auf Vertretung und Ausgleichung, gefordert wird nur ein politisches Recht, und das Geforderte ist auf diesem Gebiet die letzte Konsequenz der atomistischen Gleichmacherei, wie sie von den englischen Philosophen ausgegangen war. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes gewährte diese Forderung; die Karte lag einmal auf dem Tisch, sagte der Bundeskanzler, und so konnte man sie nicht ohne Weiteres wegnehmen. Daß man sie nicht wieder wegnehmen kann, nachdem man über 20 Jahre mit ihr nicht nur gespielt, sondern auch viele Stiche gemacht hat, wird an sich glaublich genug erscheinen; diejenigen, welche bei diesem Spiel überstochen worden sind, oder sich überstochen fühlen, werden daran nichts ändern können, wie alle Leute, die das Gelage bezahlen.

Aus einer völlig anderen Tonart mit entsprechendem Nachdruck, Aufputz und in die Breite geht das Eisenacher Programm (August 1869). Dasselbe lautet:

„I. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaats.

II. Jedes Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für folgende Grundsätze:

1. Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen.

2. Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.
3. Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, und es erstrebt deshalb die sozialdemokratische Partei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter.
4. Die politische Freiheit ist die unentbehrlichste Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.
5. In Erwägung, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, giebt sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem einzelnen ermöglicht, seinen Einfluß für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen.
6. In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeit weder eine lokale noch nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder, in denen es eine moderne Gesellschaft giebt, umfaßt, betrachtet sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei, soweit es die Vereinsgesetze gestatten, als Zweig der internationalen Arbeiter-Assoziation, sich deren Bestrebungen anschließend.

III. Als die nächsten Forderungen in der Agitation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind geltend zu machen:

1. Erteilung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahre an, zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindevertretungen, wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren.
2. Einführung der direkten Gesetzgebung (d. h. Vorschlags- und Verwerfungsrecht) durch das Volk.
3. Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und Konfession.
4. Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.

5. Trennung der Kirche vom Staat, und Trennung der Schule von der Kirche.
6. Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
7. Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschworenen- und Fachgewerbe-Gerichte, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege.
8. Abschaffung aller Preis-, Vereins- und Koalitionsgesetze, Einführung des Normalarbeitstags, Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.
9. Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftssteuer.
10. Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien."

Dieses Programm[1]) ist, wie früher bereits gesagt, der Ausdruck nur eines Teils der deutschen Sozialdemokratie, der internationalen Marxisten, während die Lasalleaner demselben nicht beitraten. Jenem radikalen Standpunkt entspricht es denn auch vollkommen und ist von anerkennenswerter Klarheit und Konsequenz. Es trägt bis in Einzelne die Züge der Marxschen Internationale, die damals auf der Höhe ihres Ansehens stand. Es ist wirtschaftlich auf die Lehren von Marx gebaut, organisatorisch der Internationale angegliedert, enthält von Religion nichts, wie dies dem atheistischen Standpunkt der geistigen Führer entspricht, in dieser Beziehung ist nur die Trennung der Kirche von Staat und Schule gefordert. Bezeichnend ist, daß dem Staat, diesem reaktionären Racker, die Förderung des Genossenschaftswesens als Aufgabe, und der Staatskredit den Produktivgenossenschaften zur Verfügung gestellt wird, und zwar „unter demokratischen Garantien". Was dies bedeuten soll, kann um so mehr weiterer Erörterung entzogen werden, als das folgende, das Gothaer Programm, an die Stelle setzt: „demokratische Kontrolle des arbeitenden Volks", damit tritt die Bestimmung völlig auf das Gebiet der Parteiphantasie.

Wie die Internationale die Arbeiterfrage mit der politischen verquickt hatte, so geschieht es auch, nur noch entschiedener in diesem Programm. Welche üble Folgen dies für die Arbeiter haben muß,

1) Das sogenannte Chemnitzer demokratische Programm vom August 1866 habe ich als minder bedeutend unerwähnt gelassen.

hatte sich bis dahin schon reichlich gezeigt; daß es sich also bei dieser Forderung nicht um das Wohl der Arbeiter handelte, wußte ein so scharfer Denker wie Marx unzweifelhaft sehr wohl. Überschlägt man die Sachlage, so kann der Grund für diese Verkoppelung nur in der Erstrebung politischer Macht seitens der Führer gesucht werden; es wiederholt sich eben das alte Spiel, wie es auch die Jakobiner, zumal Robespierre und Genossen, gespielt haben: Unter dem Deckmantel der Parteitheorie wird lediglich für die persönliche Macht gekämpft, die bald diese —isten, bald jene —iner auf das Blutgerüst schickte; in Wirklichkeit trug der „Arbeiter" seine Knochen zu Markt, und nachdem seine Führer abgewirtschaftet und dem „Arbeiter" nur Not und Tod gebracht hatten, heimste Bonaparte für sich die süßen Früchte der Herrschaft ein. So könnte es nie wieder werden, wenn die Menschen etwas aus der Geschichte lernten; dazu scheint auch hierbei keine große Aussicht zu sein.

Die Sprengung der Internationale, das Sinken des Marxschen Einflusses, der Niedergang der ganzen sozialdemokratischen Partei in und kurz nach dem französischen Kriege brachten unter der deutschen Sozialdemokratie eine Stimmung hervor, welche sie für eine Verschmelzung zu einer Partei geneigt machte; diese ist denn auch auf Grund des sogenannten Gothaer Programms (Mai 1875) erfolgt. Dasselbe lautet:

„I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, d. h. allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrags.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien

Staat und die sozialistische Gesellschaft die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volks. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfang ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht. Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom 20. Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonntag oder Feiertag sein.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze; überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.
5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.
6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.

2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.
3. Unbeschränktes Koalitionsrecht.
4. Einen den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.
5. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.
6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitäre Kontrolle der Arbeiterwohnungen. Überwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.
7. Regelung der Gefängnisarbeit.
8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfs- und Unterstützungskassen."

Schon ein oberflächlicher Vergleich der beiden Programme zeigt, daß ein wesentlicher Unterschied zwischen ihnen besteht. Marx soll das letztere einer sehr herben Kritik unterzogen haben, und es bietet allerdings nicht bloß seiner scharfen Logik, sondern auch seinem boshaften Sarkasmus Angriffspunkte genug. Namentlich tritt an einzelnen Stellen die hohle Jakobinerphraseologie gar zu deutlich hervor, so ganz im Anfang, wo von „vernunftgemäßen Bedürfnissen", ferner wo von der „Verbrüderung aller Menschen", der „demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes" und der „Forderung des freien Denkens" &c. die Rede ist. Bemerkenswert sind in dem neuen Programm: Allgemeine Schul- und Wehrpflicht, obligatorisches Stimmrecht, die Erwähnung des „nationalen Rahmens", Verbot der Sonntagsarbeit, sowie die Forderung einer Arbeiterschutzgesetzgebung, Fallenlassen der Erbschaftssteuer und die Forderung geregelter Gefängnisarbeit. All dies nimmt sich um so merkwürdiger aus, als alle nichtsozialistischen Gesellschaftsklassen und alle Nichtarbeiter — Arbeiter sind offenbar nur Handarbeiter — als „eine reaktionäre Masse" mit dem Interdikt der Partei belegt sind. Wie bei diesem Interdikt die Möglichkeit gedacht ist, nicht nur daß die Arbeiter selbst sich wirtschaftlich befreien, sondern auch zur politischen Herrschaft gelangen sollen, hätte doch der Erklärung bedurft.

Recht bezeichnend ist auch, daß dieses Programm nicht mehr von der Unabhängigkeit der Gerichte spricht, wie das Eisenacher (III, 7)

sondern nur von der Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und deren Handhabung durch das Volk. Was dies heißt, lehrt die Geschichte, zumal die der sozialistischen Republiken mit erschreckender Deutlichkeit. Die Religion wurde in Gotha offiziell zur Privatsache erklärt, was in Wirklichkeit damit gemeint ist, bedarf nach dem bereits Angeführten keiner weiteren Darlegung. Außer diesem Zusatz ist besonders und wesentlich in dem Programm: 1. die Forderung der „Produktivgenossenschaft mit Staatshilfe“ und 2. die „Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes“.

Jene sind bekanntlich von Lasalle nach dem Vorgange Blanquis gefordert, und dieses auf die Ricardo-Malthusschen Lehren aufgebaut worden. Wenn mit jenem auch, z. B. in Frankreich, üble Erfahrungen gemacht worden sind, so liegt doch ein vernünftiger Gedanke und eine berechtigte Forderung vor, nur darf nicht vergessen werden, daß, wie später noch gezeigt wird, mit besonderer Vorsicht sowohl bezüglich der Personen als der Organisation vorgegangen werden muß. Mit dem sogenannten ehernen Lohngesetz steht es allerdings wesentlich anders. Nach ihm ist bekanntlich das Massenelend ein Gesetz der jetzt bestehenden Gesellschaft. Nie, lehrte Lasalle, kann der Arbeiter über das Maß des Existenzminimums dauernd hinauf rücken, weil dem höheren Lohn durch das bessere Leben und zahlreichere Heiraten, durch geringere Sterblichkeit, sowie zahlreichere Geburten eine Vermehrung des Arbeitsangebots auf dem Fuße folgen. Darum müßten Arbeiter und Arbeitslohn immer herumtanzen um den äußersten Rand dessen, was nach dem Bedürfnisse jeder Zeit zu dem notwendigen Lebensunterhalt gehört. Unmeßbare Faktoren, wie „Bedürfnis jeder Zeit“ und „notwendiger Lebensunterhalt“ bringen schon ein erhebliches Schwanken in die Giltigkeit dieses vermeintlichen Gesetzes. Marx spricht aber im Grund dasselbe aus: den wachsenden Reichtum der Gesellschaft entspricht die wachsende Verelendung der Masse, denn die Gesellschaft schmiedet den Arbeiter „fester an das Kapital, als den Prometheus die Keule des Hephästus an den Felsen“. Während Marx und Lasalle also im Grunde dasselbe behaupten, motiviert jener seine Behauptung im Wesentlichen auf dem „Mehrwert“ basiert bezw. die rücksichtslose Ausbeutungsmacht des Kapitals, ist für Lasalle die wissenschaftliche Grundlage offenbar die Malthussche Bevölkerungstheorie bezw. Ricardos Lehre von der Grundrente. Daß es mit dem „Mehrwert“ nichts ist, haben wir schon im 1. Buch gesehen, es erübrigt eine

kurze Erörterung über die Lasallsche Grundlage. Malthus stellte die Behauptung auf, daß die Bevölkerung in geometrischer, die Nahrungsmittel in arithmetischer Progression wachsen; d. h. während der Mensch sich wie 1, 2, 4, 8, 16 ꝛc. vermehrt, vermehren sich Kartoffeln, Rüben, Häringe ꝛc. nur wie 1, 2, 3, 4.[1]) Demnach würde die höchste Daseinsform am übelsten gestellt sein, und der Mensch nur die Wahl haben zwischen Hungertod und Enthaltung. Sehen wir zunächst die weitere Formulierung des sogenannten Gesetzes an, diese lautet: „Die beständige Tendenz der belebten Wesen, sich über die Grenze der für sie präparierten Nahrung hinaus zu vermehren“ ist die Ursache alles Elends in der Welt. Was heißt nun „präpariert“? Doch wohl nichts anderes als was in der großen Schatzkammer der Natur an Rohstoffen vorhanden ist, deren der Mensch zu seiner Ernährung, Bekleidung, Erwärmung ꝛc. bedarf. Diese Rohstoffe harren der Hebung durch die Menschen. Diese können aber die Hebung nur vornehmen, wenn sie dazu Macht genug haben, Macht haben sie aber nur durch Vereinigung. Trotz der riesigen Zunahme der amerikanischen Bevölkerung seit der Einwanderung W. Penns haben sich z. B. die Austern noch viel kolossaler vermehrt, denn heute ist deren Konsum pro Kopf viel größer, als zu jener Zeit, der Kraftvorrat war auch schon zu Penns Zeit vorhanden, aber latent, er konnte erst gehoben werden, als die Menschen Macht dazu, verbesserte technische Ausrüstung erlangt hatten. Überall in der Natur finden wir die Erhaltungsquantität für die Menschheit unbegrenzt, sie muß aber gehoben werden. Beispiel: Hunderte von Meilen im Orinokoland, wo ewiger Sommer herrscht und der Mais 300fältig trägt, sind fast menschenleer; warum nimmt die Bevölkerung nicht zu? Malthus müßte nach seinem „Gesetz“ antworten, weil sie die Schwierigkeit verhindert, das Nahrungsquantum zu beschaffen. Dies kann demnach nicht richtig sein, und ebenso wenig kann es richtig sein, daß sich die Menschen immer und überall über das gegebene Maß der Subsistenzmittel hinaus zu vermehren strebten. Und vergleichen wir Peru, wo auf den mageren Ländereien der östlichen Andes soviel mehr Menschen wohnen, als auf denen des überaus fruchtbaren Ostens, wo ein einziger Morgen mehr Nahrungsmittel liefern könnte, als man mit der gleichen Arbeit in

1) Carey, Lehrbuch der Volkswirtschaft und Sozialwissenschaft, übersetzt von Adler, 2. Aufl., 1870, S. 40 ff., S. 566 ff.; vgl. auch Dühring, Kursus, S. 115.

Peru auf einem Dutzend Morgen erzielen kann. Wie außerordentlich spärlich ist die Bewohnerschaft auf dem fruchtbaren Boden und bei dem herrlichen Klima der Inseln des südlichen stillen Ozeans. Und wenn es hier an Nahrungsmitteln fehlt, liegt das an dem Malthusschen Gesetz oder an den dort hausenden Menschen? Die Unsittlichkeit und der Kindermord sind in Otahaiti an der Tagesordnung, ist daran der Mangel der Subsistenzmittel schuld? Nein, denn diese sind in Hülle und Fülle da. Diese Thatsachen widersprechen also wie sehr viele andere, die bei Carey nachgelesen und aus modernen Ethnographen vermehrt werden können, jener Behauptung, deshalb ist sie falsch und kein Gesetz. Auch die sehr geschickte Darstellung, die dieser Lehre Hansen neuerdings in seinem sonst so vortrefflichen Buch, dem er leider diesen Aberglauben zu Grunde gelegt hat,[1]) zu teil werden läßt, ändert nichts, sondern zeigt nur, wie ein solcher Aberglaube auch in einem gesunden Kopf Unheil anrichten kann; er bringt ebenso wenig wie Malthus eine wissenschaftliche Begründung, sondern mehr oder weniger willkürliche, unbewiesene und unbeweisbare Behauptungen. Jedenfalls können sie daran nichts ändern, daß jene Theorie den Thatsachen widerspricht, also kein Gesetz sein kann, das denselben zu Grunde liegt und in ihnen wirkt. Carey hat schon längst mit Recht bemerkt, daß dieses sogenannte Gesetz nicht so lange hätte in Ansehen stehen können, wenn ihm nicht ein anderes sogenanntes Gesetz, nämlich das Ricardos bezüglich der Grundrente zu Hilfe gekommen wäre. Die Grundlage seiner Theorie lautet wörtlich: „Das fruchtbarste und am vorteilhaftesten gelegene Land wird zuerst angebaut". Da kann es keine Grundrente geben, diese entsteht erst und kann erst entstehen, wenn immer mehr geringerer Boden in Anbau genommen wird. Dann steigt erst der Tauschwert des Rohprodukts, weil mehr Arbeit erfordert wird, um es zu erzielen. (Political Economy Chap. 11.) Seine Theorie bezw. sein Gesetz lautet also[2]): Bei dem Urbarmachen und Besiedeln der Erde hat der Mensch mit dem fruchtbaren Boden den Anfang gemacht und reiche Ernten für seine Arbeit erzielt, mit der Zunahme der Bevölkerung ist er gezwungen worden, seine Zuflucht zu dem schlechteren Boden zu nehmen, unter steter Abnahme seines Arbeitsertrags. Was sagen hier die Thatsachen?

---

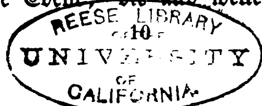
1) Die drei Bevölkerungsstufen, 1889, S. 3 ff.

2) Vgl. Carey a. a. O. S. 41 ff., S. 474 ff.

Es ist unbestritten, daß der Mensch überall seine Laufbahn als Jäger begonnen hat, er lebt von der Jagdbeute und den freiwilligen Gaben der Natur als ihr Sklave; auf der folgenden Kulturstufe ist er Hirte und gewinnt seine Subsistenzmittel von den Tieren, die er sich dienstbar gemacht hat. Im ersten Fall, führt Carrey aus, sind 800 Morgen Land erforderlich, um soviel Nahrung zu erhalten, als man von $1/2$ Morgen kultivierten Landes erzielen könnte. Im zweiten Falle sind Land und Heerden Gemeingut, und wenn Mangel an Nahrungsmitteln entsteht, muß der ganze Stamm auswandern, da Jeder, der zurückbleiben wollte, in Gefahr käme, von andern wandernden Horden ermordet zu werden. In diesem Stadium ist der Mensch nicht nur Sklave der Natur, sondern auch seines Nebenmenschen. Und wie war es mit dem Anbau des Bodens? Nehmen wir zuerst einen fingirten Fall. Der erste Ansiedler, der Robinson Crusoë seiner Zeit, besitzt weder Axt noch Spaten. Er kann ein Land zur Bebauung wählen, welches er will. Die fruchtbaren Ländereien in seiner Umgebung sind aber mit gewaltigen Bäumen bewachsen, die er nicht fällen, oder auch mit Sümpfen bedeckt, die er nicht austrocknen kann. Er ist deshalb genötigt, auf dem mageren Boden z. B. des Bergabhangs zu beginnen, der frei von Bäumen ist, und auf dem das Wasser nicht stehen bleibt. Hier bohrt er mit einem einfachen Stock einige Löcher und legt den Samen hinein, der ihm dann bei der Ernte den doppelten Ertrag seiner Aussaat liefert; durch Zermalmen dieses Korns zwischen Steinen erhält er eine Art von Brot. Während so die Erde für ihn arbeitete, war er wohl beschäftigt, Vögel oder Kaninchen zu fangen und Obst zu sammeln. Seine Lage hatte sich somit schon um etwas gebessert. Indem er einen Stein zu einem Beil schleift, zerstört er zunächst die Bäume durch die mühsame Arbeit des Ringelns, mit der Zeit findet er Erz, lernt es schmelzen und verschafft sich mit viel geringerer Arbeit eine weit bessere Axt; er verfertigt sich einen Spaten und gräbt bessern Boden um, seine Aussaat ist besser gegen Dürre und Regen geschützt und bringt dreifachen Ertrag. Dann findet er auch Boden mit Zinn und verbindet dies mit Kupfer zu Bronce; er gräbt sein Land tiefer um, rodet Land; seine indessen herangewachsenen Kinder helfen ihm bei der Arbeit; er gewinnt aus dem eisenhaltigen Boden eiserne Spaten und Axt; er kann immer besseren Boden in Angriff nehmen, die immer größer werdende Familie unterstützt ihn, und jedes Glied der=

selben hat nunmehr bei leichterer Arbeit mehr Nahrung als vorher. Diese Vereinigung schreitet dann zur Arbeitsteilung, diese zu erhöhten Vorteilen u. s. w. u. s. w.

Was berichtet nun die Wirtschaftsgeschichte aller Nationen? Die ersten englischen Ansiedler in Amerika ließen sich auf dem dürren Boden von Massachusets nieder und folgten nun dem Lauf der Flüsse, nahmen überall das höher gelegene Land in Angriff und überließen das Ausroden der Wälder, Austrocknen der Sümpfe und Bebauen des fruchtbarsten Bodens den Späteren, so zwar, daß die fruchtbarsten Ländereien von Neuengland, wie Carey berichtet, jetzt noch unbebaut seien. Ganz ebenso verlief der Anbau und seine Stadien in New-York, Neu-Jersey, in Pensilvanien u. s. w. Am Zusammenfluß von Ohio und Missisippi finden wir in den fruchtbarsten Niederungen Hunderte von Meilen weit keine Ansiedler, sondern nur arme Holzhauer. In Texas wurden Millionen Morgen des besten Landes liegen gelassen von den ersten Ansiedlern, die hoch oben am Colorado zuerst Austin gründeten; so ist es im Westen, im Südwesten und Südosten. Süd-Carolina, Georgien, Alabama und Florida, berichtet Carey, besitzen Millionen Morgen des besten Landes, die noch nicht okkupiert sind. Die Versuche, gleich auf gutem Boden die Ansiedlungen zu beginnen, sind wie die französischen in Luisiana und Cayenne mißlungen oder nur langsam vorgeschritten, bearbeitet von Negersklaven, da die freien Arbeiter sich den leichten Boden zur Arbeit suchten. Auf schwerem Boden kann sie erst mit bedeutend verbesserter Technik, mit verstärkter Assoziation und Kapitalkraft mit Erfolg begonnen werden. Hätten in Deutschland die Ansiedler die Marschen und den Sumpfboden bearbeiten wollen, sie wären Hungers gestorben. Und die Wirtschaftsgeschichte Deutschlands beweist, wie die Amerikas und der übrigen europäischen Länder, daß die Bebauung nicht vom schweren, fruchtbaren, sondern vom leichten, weniger ergiebigen Boden ausging, der den ersten Ansiedlern wenigstens den Ertrag ihrer Lebensmittel sicherte. In Frankreich sind zu Cäsars Zeit die mächtigsten Stämme auf den Abhängen der Alpen angesiedelt, während das fruchtbare Land nur spärlich besetzt war; in Belgien ist das arme Luxenburg und Limburg schon in ältester Zeit angebaut, während die fruchtbarsten Stellen noch im Mittelalter dichte Waldgebiete waren; wie dort, wie in Rußland, in England und Holland ist es auch in Deutschland, und die Wiege Ungarns ist die Pußta, eine Ebene, die aus wellen-



förmigen Sandhügeln besteht. Und überall, am Rio Grande, und in Mexiko, am Orinoko und in Brasilien, am stillen Ozean wie in England, Italien und Griechenland, immer dieselben Thatsachen. Es ist also umgekehrt wie Ricardo behauptet: Der Mensch beginnt in allen Fällen mit schlechten Werkzeugen und geringem Boden, geht zu besserem über, schafft mit dem Zuwachs des Reichtums, der Bevölkerung und der Assoziationskraft einen zunehmenden Vorrat von allen Notwendigkeiten, Annehmlichkeiten und Genüssen des Lebens bei stets abnehmender Arbeit. Die ganze Grundlage jener Theorie ist also hinfällig und damit diese selbst.[1]) Sie ist ebenso ungiltig wie die Lassalleschen Konsequenzen und die Marxschen Lehren, die schon früher beleuchtet sind. —

---

4. Das Erfurter Programm.

Die sozialistische Organisation wurde durch das Sozialistengesetz zerrissen und arbeitete nun im Geheimen, wie bereits erzählt; als sein Fall im Jahre 1890 besiegelt war, trat auch wieder ein Parteitag in Halle zusammen, und das folgende Jahr brachte wieder einen in Erfurt, der folgendes Programm beschloß.

„I. Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebs, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an den Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von den Produktionsmitteln, verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktivmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die

---

1) Carey widerlegt zum Überfluß auch noch alle einzelnen Sätze und Folgerungen S. 474 ff.

versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung. Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten und Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeit zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung, zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß der Arbeiterklasse, sondern der gesamten Menschheit, die unter dem heutigen Zustande leidet. Aber diese Befreiung kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse, welche sie wolle.

II. Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportionales Wahlsystem, und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.

2. Direkte Gesetzgebung durch die Volksvermittelung des Vorschlags und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.

3. Erziehung zu allgemeiner Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsrichterlichem Wege.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Beziehung dem Mann unterordnen.

6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.

10. Stufenweis steigende Einkommens- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstiger wirtschaftspolitischer Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:

a) Festsetzung eines höchstens 8 Stunden betragenden Normalarbeitstages; b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren; c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen; d) eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter; e) Verbot des Trucksystems.

2. Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeiterkammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.

3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.

4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.

5. Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung."

Dies Programm ist, wie jeder leicht sieht, das umfassendste, bestgefaßte und konsequentest durchgeführte, welches die Sozialdemokratie bis jetzt gehabt hat. Voran geht der wissenschaftliche Aufbau, ganz auf die Marxschen Theorien gestützt. Auch dessen ganz einseitige Auffassung von Eigentum liegt hier zu Grunde. Sehe man sich nur kurz die Geschichte des Eigentums an.[1]) Diese lehrt, daß der Begriff des Eigentums, sowie das Eigenthumsrecht sich stets mit der Entwicklung der Wirtschafts- und Kulturverhältnisse ändert; sie lehrt ferner, daß Eigentümer nicht bloß Einzelne sein können, sondern auch freiwillige Verbände, wie Familie, Genossenschaft und Kirche, sowie gesellschaftliche Zwangsgemeinschaften, wie Staat und Gemeinde. Hiernach kann man sagen: Eigentum ist die von der jeweiligen Rechts-

1) Vgl. Samter, Das Eigentum in seiner sozialen Bedeutung, 1879. Von besonderem Wert sind auch hier die betreffenden Ausführungen Wolfs, die bei ihm selbst nachgelesen werden müssen.

ordnung Personen oder Verbänden, oder Zwangsgemeinschaften zuerkannte Herrschaft über Sachen. [1])

Die Geschichte lehrt ferner, daß die hergebrachte Unterscheidung auch des modernen Rechts zwischen beweglichem und unbeweglichem Eigentum weder den Kern der Sache völlig trifft, noch auch für das unbewegliche Eigentum dem Wesen des Grundeigentums gerecht wird. [2]) Es müßte doch auch unterschieden werden, ob die Eigentumssache relativ beschränkt vorhanden ist oder nicht, ob sie Lebens- oder Kultur- und Luxusbedürfnisse befriedigt, ferner ob sie zum eignen Gebrauch des Eigentümers, also Nutz- oder Gebrauchseigentum ist — denn dieses ist das einzige, welches keiner Beschränkung zu unterwerfen wäre —, sowie ob sie zur Schaffung weiterer Befriedigungsmittel der Menschen, also Produktiveigenthum — sei es zur Haus- oder Volkswirtschaft gehörig —, oder endlich, ob sie Leiheigentum ist. Wie das Eigentum also nach Natur und Verwendung zu unterscheiden ist, so auch nach dem Eigentümer als Privat-, Genossenschafts- oder Gesellschafts- bzw. Staats- und Gemeindeeigentum.

Über die Entwicklungsstufen des Eigentumsrechts lehrt Prähistorie und Geschichte, daß es ursprünglich kein Eigentum, später Gesamteigentum, noch später Privat- und Staats- bzw. Gemeindeeigentum gab. Die Entwicklung im römischen Staat zeigt, wie das Staatseigentum — ager publicus — der herrschenden Aristokratie in die Hände fiel, wie dies Privateigentum zum Latifundien- und Großkapital-Wesen auswucherte, wirtschaftlich die mittleren und unteren Klassen vernichtete, sozial die unübersteigliche Kluft zwischen Arm und Reich aufriß und so den Staat aushöhlte, bis ihn die Germanen zerschlugen. Bei diesen hatte das gemeinschaftliche Eigentum von vornherein eine weit wesentlichere Bedeutung als bei den Römern, wie denn auch das sonst uneingeschränkte Verfügungsrecht der Grundeigentümer im Gesamtrecht seine Einschränkung fand in Übereinstimmung mit dem germanischen Rechtsbegriff, der zugleich den Pflichtbegriff in sich schließt; Privateigentum hatte in der frühesten Zeit überhaupt nicht bestanden. Aber die herrschende Unsicherheit, die vermehrte Bevölkerung, die steigende Macht der Kirche und Aristokratie zerschlugen

1) Vgl. auch v. Ihering, Der Zweck im Recht, Kap. 8, 2.

2) Siehe L. v. Stein, Die drei Fragen des Grundbesitzes, 1881, und Bauerngut und Hufenrecht, 1882.

allmählich das genossenschaftliche Eigentum und machten Privateigentum daraus. Auch sozial ist diese Entwicklung der römischen entsprechend: die Grundherren absorbieren die Immobilien, die Zunft- bzw. die Stadtoligarchie die Mobilien, die Kluft zwischen Arm und Reich war wieder vorhanden am Ausgang des Mittelalters.

In Folge der Einführung beziehungsweise Herrschaft des römischen Rechts, der Entwicklung des Industriesystems und andrer Umstände wurde das Privateigentum ausschließlich Eigentum, nur daß an Stelle der Grundherrn und städtischen Oligarchieen die uneingeschränkte Kapitalmacht trat. Und je entschiedener die politische Gleichberechtigung — zuletzt im allgemeinen Wahlrecht — zur Geltung kam, um so bitterer mußte die wirtschaftliche Fesselung, die sich als „Freiheit" darstellte, sowie die soziale Ungleichheit und Zerklüftung empfunden werden. Hiernach ist jeder Staat dem Untergang geweiht, der durch seine Rechtsordnung gestattet, daß der Mittel- und Kleinbesitz aufgesogen, das Privateigentum als ausschließliches Eigentum hingestellt wird. Die Geschichte lehrt aber auch in Übereinstimmung mit Anthropologie und Psychologie, daß sich Privat- und Gemeinschaftseigentum nicht ausschließen, sondern ergänzen, wie sich Individual- und Gattungsbegriff ergänzen, bzw. zu einander gehören. Da nun kein Individuum ohne Gebrauchseigentum bestehen kann, so ist die Berechtigung des Privateigentums außer aller Frage, so lang die Berechtigung des Individuums dies ist. Da aber die Menschennatur sich ihr Wesen nicht nehmen läßt, so kann auch das Privateigentum nicht dauernd aufgehoben werden, nur bedarf es überall der Einschränkung, wo es das Wohl der Gesamtheit verlangt, wie sich dies z. B. immer bei der Verteilung der durch Produktiveigentum erzeugten Güter zeigt. Besonders verderblich hat sich aber durch das Leiheigentum der Kapitalismus entwickelt, der thatsächlich alles beherrscht und demgemäß alles mit Vernichtung bedroht. Staaten, die ihre Existenz nach dieser Richtung sich sichern wollen, müssen sich dazu entschließen, diesem schnöden Mißbrauch des Leiheigentums einen gesetzlichen Riegel vorzuschieben, wie sie andrerseits die Entwicklung des genossenschaftlichen und Staats-Eigentums fördern bzw. einleiten müssen, damit durch das Zusammenwirken des privaten, genossenschaftlichen und zwangsgemeinschaftlichen Eigentums bzw. der auf diese basierten Produktion der Untergang des Staates verhindert wird, den uns die Geschichte so unverkennbar vor die Augen stellt. Ein so scharfsinniger Rechtslehrer wie R. von Ihering sagt daher mit

Recht (a. O. S. 40) „Nur an seiner Quelle, der Arbeit, ist das Eigentum klar und durchsichtig bis auf den Grund, aber je weiter es sich von ihr entfernt und weiter abwärts in die Regionen des leichteren und müheloſen Erwerbs gelangt, desto trüber wird es, bis es endlich im Schlamm des Börsenspiels und betrügerischen Aktienschwindels jede Spur, was es ursprünglich war, verloren hat.“ Das ist dann der Sumpf, in dem der Kommunismus gedeiht.[1])

Man sieht auch hier wieder denselben Vorgang: Thatsachen und Begründung werden verwechselt, die Begründung bezüglich des Eigentums ist völlig hinfällig, daß es aber thatsächliche Verhältnisse in dieser Beziehung gibt, die dringend zur Abhilfe auffordern, ist damit keineswegs geleugnet. Jedenfalls ist die Behauptung des Programms (nach Marx) ganz unhaltbar, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln die Wurzel der gegenwärtigen Übel wäre. Das ist weder bewiesen noch beweisbar, und die Thatsachen von der Macht des Großbetriebs und der Verelendung der Massen sind zu sehr verallgemeinert und übertrieben. Von der sittlich-geistigen Seite der Frage ist auch hier gar keine Rede, sie existiert für Marx und Genossen nicht, nur ist sie damit nicht aus der Welt geschafft. Aus all diesen Gründen ist auch der sozialistische Kern des Programms, nämlich die Verwandlung des Eigentums in Gemeineigentum unbegründet. Außerdem bemerkt A. Wagner auf dem dritten evangelisch-sozialen Kongreß (April 1892) mit Recht, jener Schluß wäre nur dann gestattet, wenn nachgewiesen bezw. doch höchst wahrscheinlich gemacht wäre, 1., daß jene Forderung zu verwirklichen, 2., daß ihre Verwirklichung allgemeine Besserung herbeiführen würde. Dies ist aber gar nicht versucht. Marx hat sogar das letztere prinzipiell verworfen und als „reaktionär“ gebrandmarkt; daß die vorübergehende und gewaltsame Verwirklichung aber nur die Übel vermehren würde, ist schon anderweit nachgewiesen, desgleichen daß die Sozialdemokratie mit ihrer materialistischen Auffassung auch der Erziehung sich selbst die Möglichkeit abschneidet, sich geeignetes

1) Schmidt-Warneck, Die Eigentumsfrage der Neuzeit, vom soziologischen Standpunkte (2. Aufl. 1887), erklärt für den Schwerpunkt des sozialen Problems die Frage: „Was hält Staat und Volk zusammen?“ und giebt die Antwort: „Das auf persönlichen Eigenbesitz in Raum und Zeit begründete Staatsbürgertum.“ So richtig damit der Kern der Sache getroffen ist, so bedarf die Antwort doch noch der obigen Entwicklung entsprechend einer Einschränkung.

Menschenmaterial für ihren sozialistischen Staat zu schaffen. Die politischen Forderungen sind die alten; da sie individualistisch, also antisozial sind, können sie nur antisozial wirken, und sie würden zu demselben Bankerott führen, den die sozialistische Republik der Jakobiner gemacht hat.

Im übrigen ist ja bekannt, daß dies Programm die deutsche Sozialdemokratie nun definitiv in das Lager der Marxschen Internationale geführt hat; auch die Erbschaftssteuer ꝛc., die Religion als Privatsache figurieren wieder dort, aber die Lasalleschen Forderungen von „nationalen Rahmen", von den „Produktiv-Assoziationen mit Staatshilfe", von der „Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes" sind verschwunden. Niemand wird glauben, daß es verschwunden sei, weil es wissenschaftlich nicht mehr haltbar sei, die Marxschen Theorien sind bekanntlich von der Wissenschaft nicht minder, vielleicht noch entschiedener verworfen. Es konnte, wie gesagt, gehen, weil es wie der Mohr seine Schuldigkeit gethan hatte, und weil das doch angesichts der Thatsachen nicht mehr zu behaupten war, daß die Lage des Arbeiters unverbessert[1]) und unverbesserungsfähig sei. Daß es fallen gelassen ist eine Thatsache, Thatsache ist es aber auch, daß Lassalle seinen Zuhörern einschärfte: „Jedem, der Ihnen von der Verbesserung der Lage des Arbeiters spricht, müssen Sie vor allem die Frage vorlegen, ob er dies Gesetz anerkennt. Erkennt er es nicht an, so müssen Sie sich von vornherein sagen, daß dieser Mann entweder sie täuschen will, oder von der kläglichsten Unerfahrenheit in der national-ökonomischen Wissenschaft ist." In der Lage dieses Mannes würde sich also nach Lasalles Urteil die ganze heutige Sozialdemokratie mit ihrem offiziellen Programm befinden. Daß dieses ungeteilten Beifall unter den Sozialisten gefunden hätte, kann man nicht behaupten. Den Unabhängigen bezw. Jungen war es, wie gesagt, nicht scharf genug, namentlich bezüglich der Religion, anderen ist es zu lang, zu wissenschaftlich und nicht saftig genug zur Agitation. Gerade Agitatoren ziehen das Gothaische deshalb vor. Das sind indessen nur Geschmackssachen, die keine Bedeutung haben.

Was die Gegner der Sozialdemokratie betrifft, so kann nur wiederholt werden, was bezüglich der Methode ihres Kampfes gesagt wurde: sie haben kein Programm.

---

1) Vergl. den Nachweis bei Wolf a. a. O. S. 202 ff.

Viertes Buch.

Der Kampf und seine Mittel.

1. Die politische Parteibildung als Kampfmittel.

In dem Vorhergehenden hat festgestellt werden müssen, daß die Sozialdemokratie wohl Methoden und Programme hat, die Gegner aber nicht, da sie keine Einheit und kein entsprechendes Ziel haben, sie marschieren vielmehr getrennt und schlagen getrennt, meist auch sich selbst. Will man aber das deutsche Parteiwesen einigermaßen verstehen, so muß man seine Vorgeschichte kennen.

Die Wiener Bundesakte hat die Frage der deutschen Einheit, kurz gesagt die deutsche Frage, als das belassen, was sie vorher gewesen war, als eine internationale Machtfrage; denn die unübertreffliche Unbrauchbarkeit der Bundesverfassung, die keine war, machte die Bundesversammlung alsbald zum Indifferenzpunkt der deutschen Dinge[1]. Die Demagogenhetze, der Aachener Kongreß mit der heiligen Allianz, die Karlsbader Beschlüsse, die Schwäche der preußischen Regierung, die Allmacht des Metternichschen Systems, die Purifikation des Bundestags im Sinn des k. k. Präsidialhofs, — Gentz nennt sie die zweite Portion Karlsbader Wasser, die man dem Bund einschenkte — erzeugten die politische Stickluft der zwanziger Jahre, die die Romantik auch in die Staatswissenschaften einziehen sah. Begann man, erzählt der treffliche Friedrich von Gagern, im engeren Kreise gebildeter Männer in jener Zeit ein Gespräch über öffentliche Angelegenheiten, so wichen sie aus, schwiegen oder stahlen sich weg. Nur im Südwesten brachte manchmal eine einheimische oder französische Kammerrede eine kleine Bewegung hervor in dieser stumpfen Masse, während in den Kammerkreisen ständische Winkelfragen zu Lebensfragen der Nation gemacht

---

1) Vergl. des Verfassers Bundestagsgeschichte: Die Nation und der Bundestag, 1880, S. 338 ff.

wurden. Die konstitutionellen Fragen, Forderungen und Errungenschaften wurden bald zu wesenlosen, unsachlichen Turnieren, Phrasen und Gespenstern. Unter Theorie und Kleinlichkeiten, unter Weltbürgertum und Partikular- wie Parteifanatismus, unter Deutschtümelei und Nachäfferei der Franzosen schien diesem Geschlecht jeder gesunde politische und nationale Sinn untergegangen zu sein. Dazu, klagen Zeitgenossen, sind die Produkte des Ackerbaus wertlos, die Auswanderer verkommen in der Fremde, die Industrie ist gelähmt, der Handel geknebelt; die Kapitalien wurden durch die Staatsschulden absorbiert, nur Börse und Agiotage blühte. Dem entsprach die Parteibildung. Die stärkste Partei war die der Servilen mit wenig Charakter und viel Interessen. Weit geringer war die Zahl derer, welche man die Nationalen nennen könnte, die die deutsche Einheit wollten; die dritte Gruppe sind die Föderalisten, welche Anhänger des Bestehenden waren; sie zerfallen wieder in die absoluten, die sich auf die Metternichsche Polizeigewalt stützten, und die konstitutionellen, die mit der Stärkung der Mittel- nnd Kleinstaaten eine mehr aufgeklärte, verfassungsmäßige Regierung und durch diese jene herbeiführen wollten; hierzu kamen in einzelnen Südstaaten die Anhänger der Partei, welche später die liberale, und im Norden die, welche noch später die konservative genannt wurde. Jene fußte prinzipiell auf dem Rousseauschen Individualismus und bewegte sich allerdings damals nicht nur in sehr bescheidenen Grenzen, sondern auch in einem wenig klaren politischen Gesichtskreis; die unbedingten Anhänger des Alten stehen politisch wesentlich auf keinem anderen Boden wie die absoluten Föderalisten. Jedenfalls sind die Parteinamen liberal und konservativ Importartikel — die deutschen Gegensätze sind: Einheit und Partikularismus, Bundesstaat bezw. Reich und Staatenbund, Union und Föderalismus — und sie wurden es auch bezüglich der Sache immer mehr, je mehr nach auswärtigen politischen Rezepten gearbeitet wurde; es lag in der Natur der Sache, daß die Liberalen dem erheblich mehr ausgesetzt waren als die Konservativen.

Wie bereits bemerkt, brachten die dreißiger Jahre den französischen Radikalismus nach Deutschland und die Metternichsche Reaktion mit diesem in neuen Kampf; kombiniert mit dem polnischen Insurgenten- und dem italienischen Verschwörertum kam auch in Deutschland das bösartigste politische Verschwörertum, die tückischste Polizeiwirtschaft und in der Litteratur das atheistisch-sozialistische „junge Deutschland“ auf, das schon von der „heiligen Armut“ redet, die Gottlosigkeit predigt und die

Emanzipation des Fleisches betreibt. In den vierziger Jahren scheiden sich, wie bemerkt, die Geister deutlicher; nationale, mehr oder weniger gemäßigt liberal bezw. konservativ auf der einen, demokratisch-radikale auf der anderen Seite. Die Musterkarte der Parteien, welche die Paulskirche aufweist, trägt alle diese Nüancen an sich, nebst den preußischen, österreichischen, mittelstaatlichen Färbungen, bezw. der römisch-kirchlichen, klerikal oder ultramontan genannt. Aus diesen Elementen und Faktoren haben sich dann die Parteien gebildet, welche heute noch im öffentlichen Leben wirken, und die in ihren Parteiprogrammen zum Teil noch sehr stark die Ruinen der Vergangenheit aufbewahren. Denn daß es die Gegenwart mit wirtschaftlich-sozialen Angelegenheiten in einem Grade zu thun hat, daß die Gegensätze von national und partikularistisch, liberal und konservativ, sowie verfassungsmäßig und nicht verfassungsmäßig hinter jene in Wirklichkeit zurück getreten sind, das ist eine Thatsache, der allerdings die Parteiprogramme zum Teil noch recht wenig entsprechen.

Was die Sozialdemokratie will, und wie sie arbeitet, ist bereits ausreichend zur Sprache gebracht; ihr am nächsten steht die Partei der Demokraten und der Deutschfreisinnigen; da die ersten von keiner erheblichen Bedeutung sind, beschränke ich mich auf die nötigen Bemerkungen bezüglich dieser. Sie stehen entschieden auf dem Boden des atomistischen Individualismus und der liberalen Wirtschaftslehre der Smith, Ricardo ꝛc., sie sind durchweg Manchestermänner, Anhänger unbeschränkter Gewerbefreiheit und Freizügigkeit, verwerfen den Schutzzoll wie Marx, nur aus entgegengesetzten Gründen, sowie jeden Staatssozialismus. Diese Grundsätze hat auch die Partei in der Gesetzgebung zur Geltung gebracht; sie hat nicht nur gegen Reichsverfassung und Reichsjustizgesetze gestimmt, sondern auch, wie die Sozialdemokratie, gegen Krankenkassen-, Unfall-, Alters- und Invaliden-Versicherungsgesetz und die Gewerbeschiedsgerichte. Die gemäßigt Liberalen, jetzt Nationalliberale genannt, billigen zwar wohl an sich jene Prinzipien, verwerfen aber die Konsequenzen, stehen deshalb der sozialen Reformpolitik freundlich gegenüber und haben sich als Partei für jene Gesetze ausgesprochen, wie sie auch in wirtschaftlichen Fragen eine bestimmte Parteiforderung nicht stellen. Die Schwierigkeiten, mit denen diese Partei mit ihrer im ganzen wohlgemeinten Politik zu kämpfen hat, liegen einmal in ihrer prinzipiellen Grundlage. Es ist nicht zu leugnen, daß diese sich nicht mit dem verträgt,

was die Partei besonders in der Sozialpolitik für ersprießlich hält, auch ist es mißlich, daß sie einer schwankenden Wirtschaftspolitik Raum giebt; dazu kommt, daß sie sich vorwiegend aus dem besitzenden Bürgerstand rekrutiert und sich demgemäß von Haus aus in einem stärkeren Gegensatz gegen die Sozialdemokratie befindet, als manche andere Partei. Rechnet man hinzu, daß sie die Hauptträgerin des sogenannten Kulturkampfes war, und wegen der Inkongruenz zwischen ihren Prinzipien und namentlich ihrer Sozialpolitik mit den Linksliberalen häufig in schwere Differenzen kommt, so muß der Stand dieser Partei als ein besonders schwieriger bezeichnet werden. Freilich ist dabei weder zu vergessen, daß sie diese Schwierigkeiten mit jeder gemäßigten oder Mittelpartei teilt, noch auch, daß die Linksliberalen keineswegs ihre Politik mit ihren Prinzipien überall im Einklang gehalten haben, sowie daß die Sozialdemokratie zwei ganz inkommensurable Gegensätze, nämlich den sozialistischen und individualistischen, noch in sich vereinigt. Von den Konservativen haben sich die Freikonservativen ebenfalls als gemäßigte, als Mittelpartei abgesondert und begegnen als solche ähnlichen Schwierigkeiten wie die Nationalliberalen; wie bei diesen kommt auch bei jenen leichter als bei den anderen Parteien ein Schwanken, ein Gleiten nach rechts oder links vor, welches dann je nach der Parteistellung getadelt oder gebilligt wird. In der Sozialpolitik können die Freikonservativen ihren Grundsätzen entsprechend den Staatssozialismus stärker betonen als die Nationalliberalen, wenn nicht ihre Mitglieder, wie bei diesen, nach ihren Interessen oder gesellschaftlichen Beziehungen anderen Oszillationen folgen. Am entschiedensten und deutlichsten spricht sich das Programm der Deutschkonservativen über die schwebenden Fragen aus; diese bekämpfen die Gewerbefreiheit, die Freizügigkeit und den Unterstützungswohnsitz, wie er zu Recht besteht, sie wollen der Übermacht des Geldkapitals und der schrankenlosen Freiheit im Wirtschafts- und Erwerbsleben entgegen treten und verlangen Hebung der Landwirtschaft und des Handwerkerstandes und stehen entschiedener auf dem Standpunkt des Staatssozialismus als die übrigen Parteien. Die Scheidung dieser Parteien ist noch durch die religiös-kirchlichen Gegensätze verschärft, denn die entschieden Liberalen sind durchweg auch religiös-kirchlich liberal, was freilich ein höchst unklarer Begriff bleibt, die Mittelparteien stehen auf dem mittleren Stand auch in religiös-kirchlichen Fragen, die Deutschkonservativen sind meist positiv und orthodox. Deshalb hat auch einmal ein Parlamentsredner, wenn ich

nicht irre, der Hofprediger a. D. Stöcker, gesagt: Die Sozialdemokratie sei irreligös, die Freisinnigen unterschätzten die Religion, die Nationalliberalen das Christentum, die Freikonservativen die Kirche. Besondere Bedenken erregen bei den Deutschkonservativen die Anhänger der Kreuzzeitung, welche für hochkirchlich, stark agrarisch und absolutistisch gelten und mit ihren exklusiven, ja extremen Tendenzen dieser Stellung entsprechend rücksichtslos und häufig mit Erfolg in die Leitung der Parteipolitik eingreifen. Die Ausscheidung dieser Gruppe als einer extremen dürfte für die Deutschkonservativen mehr Vorteil wie Nachteil bieten, um so mehr, als jene es besonders ist, welche den Liberalismus als solchen bekämpft und der „liberalen Theorie“ den Krieg angesagt hat. Betrachtet man diesen Vorgang sachlich, so zeigt sich, daß die Bezeichnung „liberal“ gerade in diesem Falle doppelsinnig ist. Wird damit die liberale Wirtschaftslehre, deren Zuspitzung das Manchestertum ist, bezeichnet, so kann nichts gegen die feindliche Stellung jener Partei eingewandt werden, insofern aber jene Bezeichnung auch den politischen Liberalismus treffen will, wird damit ein Element in die Betrachtung getragen, das leicht Verwirrung anstiften kann und sie thatsächlich angestiftet hat; eine solche Verwirrung fördert dann die Behauptung zu Tage: die Sozialdemokratie sei die Frucht des Liberalismus. Daß die rücksichtslose Agitation des radikalen Liberalismus der Sozialdemokratie überall vorarbeitet, beweist die Geschichte der Parlamentswahlen und ist ganz natürlich, hat aber mit jener Behauptung nichts zu thun. Denn nicht der Liberalismus, sondern dessen radikale Folgerungen und deren rücksichtslose Geltendmachung in der Agitation haben jene Vorarbeit geleistet. Man muß nirgends mehr zwischen Prinzipien und danach Handeln unterscheiden wie in der Politik. Wie kommen die Leute zu Prinzipien? In der Regel durch Erziehung bezw. Tradition, oder irgend eine Disposition, die meist außerhalb ihres Willens bezw. ihrer Einsicht liegt. Die Bezeichnungen liberal und konservativ sind, wie gesagt, Importartikel; was sie bedeuten, ist eigentlich Niemand völlig klar. Werden sie bis zur letzten Konsequenz durchgedacht, so kann man sagen, daß der Anarchismus auf jener Linie liegt, geschieht dies mit dieser, so liegt am Ende dieser Linie ein politischer Zustand, den wir uns kaum noch vorstellen können. In der Politik kommt es nur darauf an, was geltend gemacht bezw. durchgesetzt wird. Mit demselben Rechte, mit dem der Liberalismus als Vater der Sozialdemokratie bezeichnet wird, wird die Reformation als

deren Ahn bezeichnet. Denn wenn beide auf derselben Auffassungslinie liegen, wenn sie Glieder der großen Kette sind, welche das religiöse und sittliche Recht des Individuums als Selbstverantwortung, das politische Recht desselben als politische Freiheit, das soziale und wirtschaftliche als Gleichberechtigung in allen Stücken und nach jeder Richtung ausmachen, wird man nicht bestreiten können, daß sie zu jener großen geistigen Entwicklungsphase gehören, welche man die des Individualismus nennen kann. So wenig es einem vernünftigen Menschen einfallen kann, die Berechtigung des Individuums überhaupt zu leugnen, so wenig wird es ihm einfallen die Berechtigung der Vergesellschaftung zu leugnen, sie sind eben gleichberechtigt und sind gleichwertige Faktoren menschlicher Entwicklung. Überspannt jemand einen oder den anderen Begriff, so ist nicht dieser der schuldige, sondern der, welcher ihn überspannt; da dies aber in der menschlichen Natur liegt, so werden sich diejenigen zusammenfinden, welche das eine, sowie diejenigen, welche das andere überspannen, dann haben wir zwei Parteien, die einander gegenüberstehen, und deren Existenz und gegenseitiger Kampf ebenso nötig ist, wie die Existenz einer dritten Macht, in diesem Falle der Regierung, welche jenen Kampf zum besten der Allgemeinheit leitet und daraus ein Ergebnis zu gewinnen weiß, welches etwa in der Diagonale der beiden Kampfslinien gefunden werden mag. Nach deutscher Weise giebt es nun eine ganze Anzahl von Schattierungen, die sich in der Regel heftiger bekämpfen als die prinzipiellen Gegner, wodurch dann auch die Ergebnisse häufig gleich Null sind, oder sehr gering und in ihrer Wirkungskraft gleich anfangs gebrochen. Also nochmals: nicht Liberalismus bezw. Konservatismus sind an sich angreifenswert oder lobenswert, sondern der Grad und die Weise, wie sie geltend gemacht werden.

Als eine Parteispielart, die ganz besonderer Natur ist, muß der Antisemitismus angesehen werden. Da diese an sich kleine Partei schon in mehrere Gruppen gespalten ist, hat sie an sich keine wesentlich sozial-politische Bedeutung, nur die Art ihrer Agitation ist eine, welche an Rücksichtslosigkeit, Parteileidenschaft und Ungerechtigkeit alles seither Dagewesene in den Schatten stellt; was sie eigentlich will, darüber streiten sich ihre Anhänger selbst, vorläufig müssen sich also ihre Nichtanhänger mit dem Anschauen der Früchte begnügen, die ihre seitherige Arbeit getragen hat; und daß diese gut wären, werden nicht viele behaupten, noch weniger es glauben und niemand es zu beweisen im stande sein.

Eine von den übrigen Parteien durchaus gesonderte Stellung nimmt das Zentrum ein, weil sein Prinzip nicht ein politisches, sondern ein kirchliches und zwar kirchlich-konfessionelles ist. Auf diesem Boden finden sich in dieser Partei Elemente zusammen, die ohne denselben zweifellos irgend einer der vorhergenannten Parteien in dieser oder jener Modifikation angehören würden. Dieser Zustand kann selbstverständlich nur dann von längerer bezw. langer Dauer sein, wenn gewisse Voraussetzungen zutreffen. Die wesentlichsten Voraussetzungen dazu sind: Scharf ausgeprägtes und sehr kräftiges Kirchen- und Konfessionsbewußtsein, fester und enger Zusammenhang mit der Kirche und Ausgleichbarkeit der bürgerlich-politischen Ziele bezw. Forderungen und Aufgaben mit den kirchlich-konfessionellen Prinzipien. Der letzte Punkt ist derselbe wie der bei den übrigen Parteien erwähnte: Verhältnis der gezogenen Konsequenzen, des thatsächlichen Verhaltens der Parteipolitik zum Prinzip. Hinsichtlich dieses letzteren liegt beim Zentrum jedoch die Sache anders. Die Führer können dasselbe nicht mit derselben Freiheit und Latitüde behandeln, wie die Führer anderer Parteien, da sie in dem Papst einen obersten Richter desselben haben. Die Unfehlbarkeit dieses Kirchenoberhauptes kann Folgerungen aus seiner maßgebenden Stellung ziehen bezw. offiziell oder offiziös ziehen lassen, welche das vaterländische Gewissen auch entschieden katholisch-klerikaler Männer verletzt. Wenn bei den französischen Vorgängen auch mehr das parteiliche und geschichtliche Gewissen der Royalisten getroffen wurde, so würde ein Vorgehen des Oberhaupts der römischen Kirche gegen den Dreibund zweifellos das vaterländische Gewissen der deutschen Katholiken, so wie die Dinge liegen, erregen. Ihre Führer haben dem schon einen deutlichen Ausdruck verliehen, und die Gefahr für die Partei wie ihre Stärke liegt darin, daß ihre Lebenskraft auf dem engen Anschluß an die Kirche beruht: wird dieser in irgend einer Weise merklich berührt, so schwankt der Boden unter den Füßen; es führt entweder dazu, daß die Organe der Kirche mehr ihren Landsleuten folgen, oder mehr ihrem kirchlichen Oberhaupt, und wenn sie vor diese Alternative gestellt sind, ist auch der Lebensboden des Zentrums in Frage gestellt. Denn das andere Ferment dieser Partei: ausgeprägtes Kirchen- und Konfessionsbewußtsein wird nur dann ihren Zerfall verhindern, wenn die sogenannte protestantische freie Wissenschaft mit Erfolg fortfährt, ihren geistigen Hochmut ihren Anhängern einzuimpfen und die in allen Menschen latenten Triebe des Eigendünkels in den deutschen

Protestanten gegen ihre katholischen Landsleute zu entwickeln; und wenn andererseits die Verunglimpfung der Reformation als satanische Revolution und die Beschimpfung der Reformatoren als Lüstlinge und Selbstmörder mit Erfolg fortgesetzt wird. Wie es in den Wald schallt, so schallt es heraus. Was die Deutschböhmen und die Deutschrussen seiner Zeit in nationalem Hochmut gesät haben, das ernten sie jetzt mit Thränen, also geht es auch der sogenannten protestantischen Wissenschaft. Aber nachdem geschossen und wieder geschossen ist, wird es auch einmal in diesem Fall eine Zeit der Ruhe geben. Vielleicht besinnen sich dann die feindlichen Brüder auf sich; vielleicht auch nicht, das bleibt abzuwarten.

Mit dem Prinzip des Zentrums hat es aber noch eine Bewandtnis. Es wurzelt nicht bloß in der Kirche, sondern, wie oben gesagt, seine jeweilige Handhabung hängt vom Haupte derselben ab. Da dies Haupt aber unfehlbar und die Kirche eine göttliche Einrichtung ist nach der Voraussetzung ihrer Anhänger, so kann nicht bloß der oben genannte Fall eintreten, sondern auch der, welcher durch die Geschichte der sogenannten Konkordate in der Politik sattsam bekannt ist.

Es liegt in der Natur der Sache, daß ein Kontrahent, der sich für göttlich autorisiert hält und Zugeständnisse macht, diese lediglich als einen Ausfluß seiner Gnade ansieht, sowie daß, wenn ihm jene Zugeständnisse bezw. deren Folgen und Folgerungen seine heilige Sache zu gefährden scheinen, er sich stillschweigend und ohne weiteres für befugt hält, sich unter irgend welcher Form von jenen Zugeständnissen loszumachen. Mit solch einem Kontrahenten ist kein Vertrag zu schließen, da er sich für berechtigt hält, ihn einseitig aufzuheben. Da also, um die Sache noch einmal kurz zusammenzufassen, das Prinzip des Zentrums an sich unerschöpflich und in seiner Anwendung wesentlich durch die Kirche bestimmt, sowie seine Organisation und Lebenskraft wesentlich kirchlicher Natur ist, werden weder politische Parteien, noch Staatsregierungen dauernde Verbindungen mit ihm eingehen, noch Abmachungen mit ihm treffen können, deren Ausführung über die Gegenwart im engsten Sinn hinausgeht. Daher auch das Mißtrauen fast aller Parteien, sowie der Regierungen gegen das Zentrum; daher auch der Widerstand gegen seine Sozialpolitik, die schon manches Gute erstrebt und geschaffen hat. —

Selbst wenn nun alle diese Parteien so gut organisiert, zielbewußt, rücksichtslos und aufopfernd wären wie die Sozialdemokratie — und

daß sie es nicht sind, ist eine allgemein bekannte und anerkannte Thatsache —, selbst wenn sie eine so zielbewußte Presse und Agitation hätten, wie die Sozialdemokratie — sie haben beides bekanntlich nicht —, selbst wenn sie sich einer solchen Parteizucht und Kunst und Freudigkeit der Propaganda zu erfreuen hätten wie die Sozialdemokratie — daß dies nicht der Fall ist, wird allgemein beklagt —, so würden sie doch immer nur gute Bruchteile eines Heeres sein, die sich selbst befeinden; deshalb sind alle jene Nachteile in mehr als einer Beziehung Vorteile.

Vielleicht bringen diese Parteien doch noch einmal zu der Erkenntnis vor, daß das allgemeine Wohl und der Bestand unsers Reichs und Volks auch davon bestimmt ist, daß die alten Parteiprogramme und -Phrasen gegenüber der Wirklichkeit nicht Stich halten, und daß es des Zusammenschlusses zu einer großen Sozialpartei bedürfte, sowie der Aufstellung eines sozialen Programms, welches in geistig-sittlicher, wirtschaftlicher, politischer und sozialer Richtung die Ziele ins Auge faßte, deren Erreichung das Heil unsers Volks bedeutet, und deren Verfehlung sein Unheil sein wird.

---

2. Die wirtschaftlichen Mittel.

In erster Linie sind hier die Gewerkvereinigungen, Gewerkschaftsvereine, Gewerbe- und sonstigen wirtschaftlichen Vereine zu nennen. Die älteste Gewerkvereinigung ist meines Wissens die der Buchdrucker. Das „tolle Jahr“ (1848) brachte auch hier neue Anregungen. Die sozialpolitische Bewegung der Handwerker, die energisch bis in die Paulskirche vordrang, kreuzte sich mit den sozialistischen Bestrebungen der Arbeiter, die nach englischem und französischem Vorgang sozialistische Genossenschaften planten, unter andern auch Vorschußvereine, die durch Unterstützung der Wohlhabenden ins Leben gerufen werden sollten[1]. Dieses griff der Justiziar Schulze in Delitzsch auf (1849) und gründete daselbst einen Kreditverein mit Beihilfe von Kapitalisten, dem solche beitreten konnten, die Monatseinlagen von 1 Sgr. machten. Dieser vor allem auf Handwerker berechnete Verein erwies sich nicht als ausreichend, und so gründete Schulze — nach dem Vorbild der

1) R. Meyer a. a. O. S. 178 ff.

von Friedrich II. für die Rittergüter gestifteten Landschaften — in Eilenburg einen Vorschußverein mit solidarischer Haftbarkeit aller Mitglieder; und dieser Verein wurde nun das Vorbild einer großen Anzahl solcher Vorschuß- und Darlehnsvereine. Die Entwickelung derselben nahm eine immer größere Ausdehnung, blieb jedoch im wesentlichen beschränkt auf die kleinen Gewerbetreibenden und Handwerker. Nachdem Schulze auf dem „Kongreß Deutscher Volkswirte" (1858) seine Sache mit der kapitalistisch-manchesterlichen Tendenz dieses Kongresses verknüpft hatte, pries die dieser dienstbare Presse Schulze als den Arbeiterheiland zu einer Zeit, wo er für Lohnarbeiter noch gar nichts gethan hatte. Von dieser eingebildeten Höhe begann er seine Thätigkeit erheblich auszudehnen und Konsum-, Rohstoff-, Arbeiterbildungsvereine und zuletzt Arbeitergenossenschaften zu bilden, alle nach dem Prinzip der Selbsthilfe, des laissez-aller. Um von den andern Widersprüchen zu schweigen, die von vornherein in diesen Bestrebungen lagen, soll nur das hervorgehoben werden, daß nach der individualistischen liberalen Wirtschaftstheorie, der sich auch Schulze in die Arme geworfen hatte, die „soziale" Hilfe, wie sie die Genossenschaften bieten, der Selbsthilfe des Systems widersprechen. Wenn aber Schulze und seine Anhänger eingesehen hatten, daß es ohne „soziale" Hilfe nicht ging, hatten sie auch keinen prinzipiellen Grund, die soziale Beihilfe des Staats abzuweisen, was sie bekanntlich thaten.

Und in der Praxis ging die Sache nicht besser als in der Theorie. Die Vorschußvereine nahmen immer mehr den Charakter von Banken an, waren dem Arbeiter jedenfalls gar nichts nütze, auch die entsprechenden Konsumvereine konnten so zu keiner Bedeutung gelangen. Am meisten Einfluß übten die Arbeiterbildungs-Vereine, aber nicht in der von Schulze erwarteten Richtung. Auch die auf demselben Boden versuchten Rohstoff-Vereine konnten nicht wirksam werden, und die auf manchesterlicher Grundlage begonnene angebliche Gewinnbeteiligung wies alsbald die Thatsache aus, daß diese den Arbeitern nur den Nachteil brachten, erst am Ende des Jahres einen Teil ihres Lohnes zu erhalten[1].)

Auch die Arbeitergenossenschaften Schulzes konnten keinen wirtschaftlichen Erfolg haben, weil in ihnen alle Berufe geeinigt waren. Wie die internationalen Kongresse nur den sozialistischen Gemeingeist

---

1) R. Meyer a. a. O. S. 190 f.

förderten, so diese Genossenschaften (desgl. die sogenannten Bildungsvereine), nur das Klassenbewußtsein der Arbeiter; und wie die internationalen Kongresse erst dann wirtschaftlich zu Kraft und Wirkung kommen, wenn sie Berufskongresse werden, so auch die Genossenschaften, die wie die Trades-Union nur dieselben oder nahe verwandte Berufe einigen. Daß Schulze und Genossen sehr wohl den wesentlichen Unterschied beider Genossenschaften einsahen, hat Schulzes Freund und Parteigenosse Faucher im Abgeordnetenhaus selbst bezeugt (Sitzung vom 11. Februar 1865): „Die Trades-Unions sind nicht der fortschreitende Teil des Genossenschaftswesens, sondern der rückschreitende, sie sind der Keim, aus dem unser anderes besseres Genossenschaftswesen entstanden ist“. „Das Schulzesche System unterscheide sich von dem der Trades-Unions wie die Gewerbefreiheit vom Zunftwesen“. Die Verkehrtheit dieser Anschauung erkannten die unterdes von Lassalle und seinen Anhängern besser belehrten Arbeiter und waren klug genug, gerade dieses „rückschreitende“ System zu verlangen. Als Schulze dies bemerkte, wurde Max Hirsch nach England zum Studium jenes Systems entsandt, und Schulze billigte nunmehr (Arbeiterversammlung in Berlin am 17. Januar 1869) jenes früher reaktionär genannte System nicht bloß, sondern forderte die Arbeiter auf, sich zu organisieren und sich politische Macht zu verschaffen, damit ihnen endlich der verdiente Lohn gezahlt und nicht von einer bösen Minderheit weiter vorenthalten würde. Das was nach seiner früheren Meinung à la Smith und Ricardo ein „Naturgesetz“ gewesen war, sollte nun durch die organisierten Arbeiter, die Arbeiterbataillone, vor deren Bildung er vor kurzem noch so dringend gewarnt hatte, berichtigt werden. Die „Nordd. Allg. Zeitung“, welche ihm diese Wendung vorhielt (23. Jannuar 1869) schloß ihre Betrachtung mit dem Sarkasmus: „Wenn wir solches (was Schulze in der Volksversammlung gesagt hatte) hören, so müssen wir gestehen, der tote Lassalle hat Herrn Schulze noch einmal geschlagen“. Daß dieser Wendung nur die Tendenz innewohnte, die Arbeiter auf die Seite der Fortschrittspartei zu ziehen, ist unzweifelhaft; wie völlig jenen dies mißlang, hat R. Meyer (S. 196) in drastischer Weise erzählt. Dieser politische Stimmenfang tritt noch deutlicher hervor bei den von Hirsch-Duncker nach englischem Muster alsbald eingerichteten Gewerkvereinen, welche, wie Duncker selbst Oktober 1873 in einer Berliner Wählerversammlung erklärte, „unter Zustimmung und Mitwirkung der Fortschrittspartei“ gegründet wurden, „um der Schweitzer-

schen Demagogie, der damals seine Bataillone organisieren wollte, entgegen zu treten". Der sozialdemokratische „Volksstaat" bemerkt hierzu: Nicht im Interesse der Arbeiter also haben jene die Gewerkvereine begründet, sondern um einer der Forschrittspartei gefährlich werdenden Arbeiterorganisation entgegenzutreten, „es handelte sich darum Arbeiterbataillone im Dienste der Bourgeoisie zu drillen", das sei „ein Stückchen gemeinster Sozialdemagogie", nachgemacht der französischen Bourgeoisie. Zum Schluß ermahnt der „Volksstaat "die Genannten, nur fleißig im Drillen fortzufahren. „Ihr nehmt uns damit einen Teil der Arbeit ab. Nur zu! Je mehr Arbeiterbataillone ihr organisiert, desto besser für uns. Denn sie werden, wenn es zum Klappen kommt, auf unsrer Seite kämpfen". Dies bedarf nur insofern der Berichtigung, als es in der That die Fortschrittspartei war, welche zuerst die Gewerkvereine gebracht hatte, nicht aber waren es die Lasalleaner Schweitzer und Genossen. Nur ein Verein dieser Art ist, wie gesagt, ohne jede politische — auch sozialistische Einwirkung ins Leben gerufen, nämlich der Verband deutscher Buchdrucker und Schriftsetzer. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, welche 1869 30,000 Mitglieder hatten, waren 1871 schon auf 10,000 zurückgegangen. Auch sind es diese Vereine, welche zuerst einen großen Strike, den sogenannten Waldenburger, organisiert und zum Unheil der Beteiligten durchgeführt haben, trotzdem daß es sich die Fortschrittspartei — die Mitglieder der Fortschrittspartei müssen uns helfen, denn wir helfen ihr bei den Wahlen, sagten die Führer — 26000 Thaler hatte kosten lassen[1]).

Mittlerweile hatten die Beschlüsse des internationalen Kongresses zu Genf (1866), daß die Errichtung von Gewerkvereinen die Hauptaufgabe der Arbeiter sei, auch in Deutschland Wirkungen gehabt. Der „Volksstaat" zeigte, daß man nur durch die Gewerkvereine zur Befreiung der Arbeiter kommen könne, hierin dürfe man sich weder durch die theoretischen Erwägungen von Lasalleanern noch durch die „Phraseologie der Fortschrittspartei" irren lassen, welche „das Gehirn der Arbeiter Berlins mit einem dicken Schleim umgeben" habe. Man solle nach dem Beispiele der Buchdrucker, Hutmacher rc. die Gewerkvereine von politischer Agitation fern halten, politisch sei die Bewegung doch; und je sicherer und stärker jene Organisierung wachse, desto sicherer sei man vor Putschen, die nur Rückschläge brächten. „Wir wissen", sagt das

1) Über den ganzen Strike und das Verfahren des Dr. Hirsch vergleiche Meyer S. 272—290.

sozialdemokratische Blatt, daß die ökonomische, soziale, politische und geistige Befreiung des Arbeiterstandes, sowie die vollendete Begründung des freien Volksstaats nicht das Werk eines Jahrzehntes sein kann. Es nützt auch nicht, daß wir die Massen auf soziale Revolution vertrösten, die sich ja fortwährend von selbst durch die Übermacht des Kapitals vollzieht". Dieser Sozialist hat den Nagel auf den Kopf getroffen: Die soziale Frage ist eine ökonomische, soziale, politische und geistige, sie wird einerseits durch die Organisation der Arbeiter, namentlich in den Gewerkschaften — Bebel hat, wie bemerkt, ausdrücklich diese schon deshalb für nötig erklärt, weil nur durch sie die Arbeiter ausreichend zum Klassenkampf geschickt gemacht würden — der Lösung zugeführt, andrerseits durch die immer stärker wirkende Ausbeutung der Kapitalisten, die Revolution im Stillen, die Revolution wider Willen, aber mit Erfolg: Die Revolution die durch den Freihandel (Marx) wesentlich gefördert wird und nur durch das Manchestertum zum Ziel gelangen kann. „Jeder Kleinhandwerker, sagt deshalb R. Meyer mit Recht, (S. 298) der zu Grunde geht, jeder Grundbesitzer, der sein Gut verkaufen muß, ist das Opfer solcher Revolution. Jeder Thaler, der aus der Tasche des kleinen Mannes in den Arnheim des Großkapitalisten wandert, bezeichnet einen weiteren Fortschritt auf dem Wege dieser Revolution". Es lohnt sich ganz besonders, anzuhören, was der mehrfach zitierte Sozialist noch weiter sagt[1]).

„Der Trieb des Arbeiterstandes nach Emanzipation schwebt nicht mehr in der Luft, er ist keine Idee, nichts Erdachtes und Erzwungenes, er ist eine Thatsache, die sich durch nichts mehr hinwegdiskutieren läßt. Mag sich dieses Streben nun in rein politischer Agitation, mag es sich in dem Willen äußern, widerliche Fabrikordnungen abzuschütteln, den Arbeitstag zu verkürzen, die Bedürfnisse zu steigern, den Arbeitsmarkt zu regeln u. s. w., ein für alle Mal geht das Bestreben darauf hinaus, sich Unabhängigkeit zu erkämpfen. Hierin liegt der Kern, der Knotenpunkt und der Gesamtinhalt des Wesens der sozialen Frage".

Wäre der sozialdemokratische Verfasser vertrauter mit den Verhältnissen unserer Landarbeiter, als er es augenscheinlich ist, so würde er nicht die starke Auswanderung bei jener Aufzählung vergessen haben.

1) Zitat und Zwischenbemerkungen nach R. Meyer a. a. O. S. 249 ff.

„Zu allen Zeiten ist es das äußerliche Merkzeichen der Unterdrückten gewesen, daß sie sich da zunächst am heftigsten schüttelten und wehrten, wo ihnen der Schuh am meisten drückte. So z. B. kämpften die aufständischen Landbewohner des Bauernkrieges zuerst mit unter der Reformbewegung Dr. Luthers, weil man in dem Wahne befangen lebte, die Pfaffen und die Klerisei des Papstes seien an ihrer Leibeigenschaft Schuld, während doch der Feudaladel mit seinen Vorrechten und seiner Alleinherrschaft über die Bauern es war, welcher Pfaffen und Religion benutzte, um die Bauern in Knechtseligkeit und Dummheit zu erhalten. Der Kleinbürgerstand sieht in der Konkurrenz und Gewerbefreiheit, sowie in den Bestrebungen des Arbeiterstandes die Ursache seines Verfalles, während es doch bewiesene Thatsache ist, daß das konzentrierte Kapital mit seinen Vorrechten und seiner Macht über die Arbeitskraft es ist, welches den kleinbürgerlichen Mittelstand expropriiert und den Arbeiterstand zur Verteidigung und Eroberung seiner Rechte zwingt. Was braucht es uns also Wunder zu nehmen, wenn der Arbeiterstand zunächst darauf sein Augenmerk richtet, widerliche Fabrikordnungen zu beseitigen, kurze Arbeitszeit, geregelte Löhne und hohe Verwertung der Arbeitskraft zu erzielen? Derartige Verteidigungsmittel sind nichts Anderes als die Vorschule und die Exerzierübungen des Proletariats, welche es nicht nur an Erfahrung bereichern und von schlimmen Irrwegen ablenken, vielmehr entstehen hier noch die festen Positionspunkte, von denen aus die Arbeiter endlich die wirkliche Ursache ihrer Knechtseligkeit erkennen und zu beseitigen bestrebt sein werden. Es handelt sich darum und nur allein darum, dieser Erkenntnis bei den Massen Vorschub zu leisten, damit sie den Kampf mit dem Bewußtsein führen und üben lernen, die Ursache des sozialen Kampfes zu beseitigen. Mit der Beseitigung dieser Ursache ist aber zugleich die Unabhängigkeit erkämpft, um welche es sich bei der Lösung der sozialen Frage für den Arbeiterstand handelt.“

„Es entsteht also die Frage: Durch welches Mittel wird der bewußte Unabhängigkeitskampf am ehesten erreicht, gefördert und verkürzt?“

„Die Antwort auf diese Frage ergiebt sich nach den früheren und zuletzt gemachten Andeutungen von selbst. Erfahren hatten wir:

1) daß in gleicher Weise, wie die Handwerkergilden des Mittelalters unbewußt das Mittel zur Emanzipation der bürgerlichen

Gesellschaft waren, so sind auch die heutigen Gewerksgenossenschaften das Mittel zur Emanzipation der Arbeiterklasse;

2) die große Masse der Arbeiter hegt einerseits Mißtrauen gegen alle reinpolitischen Parteien, weil sie von denselben oft mißbraucht und hintergangen worden sind, und weil die Unkenntnis der sozialen Bewegung andererseits die Wichtigkeit der politischen Seite nicht erkennen läßt; im Übrigen zeigen die Arbeiter größeres Verständnis und praktischen Sinn für näherliegende Interessenfragen, z. B. kurze Arbeitszeit, hohe Verwertung der Arbeitskraft, Beseitigung widerlicher Fabrikordnungen u. s. w.

3) die rein gewerkliche Organisation übt einen nachhaltigen Druck auf die Gesetzgebung und die Regierenden, folglich ist die Arbeiterbewegung in dieser Form ihrer Äußerung ebenfalls politisch, wenn auch erst in zweiter Linie;

4) Die Errichtung des freien Volksstaats, d. h. die ökonomische, soziale, politische und geistige Befreiung des Arbeiterstandes und die Begründung der Unabhängigkeit des Arbeiters bedarf der Vorentwickelung und Ausbildung;

5) die thatsächlichen gewerksgenossenschaftlichen Organisationsbestrebungen reifen den Gedanken zur Emanzipation der Arbeiterklasse, und deshalb müssen die natürlichen Organisationen der reinpolitischen Agitation gleichgestellt und dürfen weder als eine reaktionäre Bildung, noch als ein Schweif an der politischen Bewegung betrachtet werden.

Aus vorstehenden Sätzen ergiebt sich zugleich das taktische Vorgehen und das Verhalten, welches die sozialdemokratische Arbeiterpartei gegenüber der Gewerksgenossenschafts-Bewegung einzunehmen hat. Es muß folgerichtig dasselbe sein, welches von der internationalen Arbeiter-Assoziation schon vor Jahren als das Zweckentsprechendste anerkannt worden ist, und welches darauf hinausläuft, daß das unabhängige Gewerksgenossenschaftswesen gefördert und das bewußte Emanzipationsbestreben in ihnen und durch sie zum präzisen Ausdruck gebracht wird.

Der Anfang zu diesen Bestrebungen ist schon gemacht worden. Die älteren Vereinigungen der Cigarren- und Tabakarbeiter, der Buchdrucker, der Hutmacher, der Gold- und Silberarbeiter müssen als Organisationen bezeichnet werden, die unabhängig von der politischen Parteiorganisation ihre Kräfte schon in heftigen Kämpfen probiert und

ihren Gegnern Achtung abgenötigt haben. Es handelt sich bei der Gewerksgenossenschaft nicht um trügerische Phrasen, sondern sie sind eine feste Ringmauer und ein Wall der Verteidigung gegen noch weitere Verschlechterungen und Entwürdigungen des Arbeiterstandes. Diese Aufgabe haben sie nicht nur zu allernächst zu erfüllen, sondern sie können auch den Lohn wenigstens auf die Höhe hinaufschrauben, durch welchen es möglich wird, die Bedürfnisse zu erweitern und zu vergrößern, und da sich der Lohn nach dem ehernen Lohngesetz nach den gewohnheitsmäßigen Bedürfnissen eines Volkes richtet, so kann nichts näher liegen, als die gewohnheitsmäßigen Bedürfnisse zu erweitern. Durch die Erweiterung der Bedürfnisse arbeitet man nicht nur dem Hungertyphus entgegen, sondern der Arbeiter lernt auch die Nützlichkeit der kurzen Arbeitszeit schätzen. Er giebt der Arbeitskraft nicht nur einen höheren Wert, viel mehr noch schützt er sich vor Überproduktion und Handelskrisen, er vermehrt damit seine sozial-politische und ökonomische Bildung und wird dem Familienleben nicht entfremdet, sondern demselben näher geführt. Die Gewerkschaften sorgen endlich für die furchtbarsten aller Waffen in den Händen des Proletariats — für die Statistik und Massendisziplin, welche, gestützt durch die politische Agitation und Organisation, das Reich der Bourgeoiswelt in seinen Fugen erschüttern und die neue Gesellschaft aus der Taufe heben werden. — Der Sinn, welcher durch die Gewerkschaften für die genossenschaftliche Arbeit geweckt wird, ist von nicht minder großer Tragweite, und allein die Thatsache, daß in England und Deutschland die vorzüglichsten Produktivgenossenschaften im Sinne der Gesamtbefreiung des Arbeiterstandes gegründet worden, ist ein Beweis, welche Tragweite die Gewerksgenossenschaften für die Abschaffung der kapitalistischen Produktion haben. — Man erwäge endlich, von welch unendlicher Tragweite die Gewerkvereinsorganisationen auf die Politik der Regierung Englands gewesen. Erinnert sei hier an die großartigen Effekte, welche sie unter der Fahne der „Anticorn-Liga" errangen, gegenüber dem Großgrundbesitz Englands. Wenngleich auch die Arbeiter für ihre Mitwirkung von der liberalen Partei schmählich hintergangen worden, — ihrer Energie und ihrer Politik, die korporative Partei für ihre Bestrebungen und Zwecke geschickt zu benutzen, allein haben die englischen Arbeiter das Zehnstundengesetz und die Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit zu danken. Als das kriegslustige

Londoner Kabinet zur Zeit des amerikanischen Krieges Miene machte, sich in den mörderischen Handel zu mischen, zwangen die Arbeiter durch eine drohende Agitation das Kabinet zur Neutralität. Auf die großartigste aller Demonstrationen der Neuzeit, welche zu Newkastle Mitte April d. J. (1873) unter einem Zulauf von mehr als 200 000 Menschen zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts in Szene gesetzt wurde, braucht wohl kaum noch hingewiesen zu werden, da dies im Gedächtnis Aller ist. — Es ist deshalb von dem im Jahre 1872 im Juni in Erfurt tagenden Gewerkschaftskongresse ein guter Gedanke gewesen, die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung von dem politischen Parteigetriebe zu befürworten. Wer ein Haus baut, muß dasselbe auf festem Grunde bauen. Die Gewerksgenossenschaften sind der feste Untergrund und das starke Gemäuer, auf denen und mit denen allein es möglich ist, der politischen Agitation feste Haltepunkte, Stetigkeit und Nachdruck zu verleihen". „Deshalb kann die gewerkschaftliche Bewegung der politischen Erkenntnis des Arbeiterstandes keinen Schaden, sondern nur Nutzen bringen, und deshalb ist es ein unheilvoller und schwer zu büßender Irrtum, wenn man den Gewerksgenossenschaften von vornherein einen äußerlichen politisch-agitatorischen Anstrich giebt. — Lasse man sich von dem unglückseligen Irrtum endlich heilen, als würde von der Bourgeoisie und den Gesetzgebern die gewerksgenossenschaftliche Bewegung in ihrer Wichtigkeit für die Befreiung des Arbeiterstandes nicht erkannt (?), beobachtet und studiert. Heute bekämpft man sie bis aufs Messer und bietet alles auf, sie zu vernichten und zu zerstören, und morgen schließt man mit ihnen einen Pakt, in der Hoffnung, die schwachen Seiten gelegentlich kennen zu lernen und die Arbeiter in Sicherheit einzulullen, um den Dolch der List und des Verrates von Neuem zu erproben. Auf die Unwissenheit und Zerfahrenheit der Massen bauend, sucht man die jungen Organisationen in falsche Hände zu spielen, um sie hinterrücks zu ermorden. Die Gebilde und Organisationen des Kampfes werden dadurch eine solche Zähigkeit und Festigkeit in ihrer Rinde erlangen, vor denen die unnatürlichen Tyrannen in Uniformen und weißer Halsbinde zum dünnen Rohr werden, das der Wind zerknickt!"

„Zuerst einen Lorbeerkranz um das gesalbte Haupt des Wunderdoktors Max Hirsch, der, weil er sich mit der Organisation des Arbeiterstandes und mit der Errichtung von Gewerkvereinen abgiebt, Freund der Emanzipation des Arbeiterstandes und deshalb unser und

mein Freund ist. Für diese Freundschaft, die wir dem großen Wunderdoktor entgegentragen, werden wir zwar nicht selten mit berufsmäßigen „Sozialdemagogen“ in einen Topf geworfen, aus dem Grunde nämlich, weil uns der Herr Wunderdoktor die schöne Phrase von der Harmonie zwischen Arbeit und Kapital noch nicht hat plausibel machen können. Bringt uns auch der „Gewerkverein“ des Herrn Dr. Max Hirsch mit jeder Nummer den Beweis von der Lächerlichkeit dieser Theorie — machte nichts — es wird weiter harmoniert. Der Anwalt der deutschen Gewerkvereine, Herr Dr. Max Hirsch, bestreitet nämlich im Verein mit noch mehreren gelehrten Herren (Brentano, Schmoller u. a.) ganz entschieden die politische Tendenz der Gewerkvereine, ja, die Dummheit stirbt nicht aus. Nun freilich, die Gewerkschaften sind keine politischen Klubs, in dem Sinne, um über Republik oder Monarchie, über Reichsherrlichkeit und über Nützlichkeit oder Zwecklosigkeit der Kleinstaaterei, oder über großstaatlich militärische Heldenthaten und schöne Reitergefechte zu streiten. Aber den Gewerkvereinen die politische Tendenz abzustreiten, hat sich Herr Dr. Max Hirsch selbst vorgelogen, und der zweite Verbandstag deutscher Gewerkvereine am 17. April 1873 hat den Beweis selbst dazu geliefert. Die 25 Delegierten der harmonischen Gewerkvereine Deutschlands nahmen nämlich eine Resolution für Beteiligung an den Reichs- und Landtagswahlen an. Die Resolution spricht sich für Aufstellung eigener Kandidaten aus und verwirft jedes Kompromis mit gewerkvereinsfeindlichen Parteien. Zugleich aber hielt man an der Erklärung fest, daß den Gewerkvereinen ein politischer Charakter nicht beiwohne. — Erst also Harmonie zwischen Arbeit und Kapital und dann Verwerfung jeden Kompromisses mit gewerkvereinsfeindlichen Elementen, letzteres also gleichbedeutend mit Kampf! Dann haben die Gewerkvereine keinen politischen Charakter, und Vertreter derselben lassen trotzdem ex officio eine Resolution für Beteiligung an den Reichs- und Landtagswahlen los. Um aber nicht in den Verdacht der „Sozialdemagogie“ zu geraten, giebt ein Schlußpassus die Erklärung ab, dem Gewerkverein wohne kein politischer Charakter bei! Man sieht, daß diejenigen Gelehrten, welche sich bewußt oder unbewußt weigern, aus einer Sache logische Konsequenzen und Nutzanwendungen zu ziehen, mit ihren eigenen Handlungen und geschichtlichen Thatsachen immer in Konflikt geraten werden.“

„Das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei läßt sich

zusammenfassen in den Satz: Gleiche Rechte, gleiche Pflichten! und deshalb betont unser Programm unter Punkt II. Alinea 2 (Eisenacher Programm): „Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.“ — Halten wir diesem Punkt entgegen das ideale Ziel der Gewerkvereine oder Gewerksgenossenschaften, welches dahin geht, an Stelle der Desorganisation der Gesellschaft die Organisation zu setzen und wie C. Marx und L. Brentano dies auseinandergesetzt haben — halten wir weiter daran fest, daß, wie in gleicher Weise die Handwerkergilden des Mittelalters unbewußt das Mittel zur Emanzipation der bürgerlichen Gesellschaft waren, so sind auch die heutigen Gewerksgenossenschaften das Mittel zur Emanzipation der Arbeiterklasse. Folglich wird und muß ebenso, wie sich der feudale Staat dazu bequemen mußte, die Organisation der Zünfte anzuerkennen und deren Gesetze und Bestimmungen auf das Gemeinde-, Staats- und Polizeiregime auszudehnen, auch die Organisation der Gewerkvereine oder Gewerksgenossenschaften vom Staat über kurz oder lang anerkannt werden müssen; anerkannt nicht allein nur, sondern auch die Form der Organisation der Gewerkschaften wird vom Staate auf das ganze Staats- und Gemeindeleben ausgedehnt werden müssen. Nun weiß ja ein Jeder, der einer Gewerkschaft angehört, daß dieselben ebenfalls den Grundsatz: „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten“ bis ins Kleinlichste durchführen, als da sind: „Gleiche Steuern, keine Bevorrechtung Einzelner, möglichst gleiche Verwaltung, gleichen Genuß von Rechten!“ Denken wir uns dieses System ausgebildet, ausgewachsen und ausgedehnt auf den Staat und die Gemeinde, in der ähnlichen Weise, wie die Ungleichheit zwischen Meister, Geselle und Lehrling bei den Zünften maßgebend für die Vorrechte der Meister und für den Triumph des Großbürgertums wurden, so haben wir vor uns das Ideal der Sozialdemokratie: „Den Staat mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten, den freien „Volksstaat“. — Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, und es erstrebt deshalb die sozialdemokratische Partei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter. — Die Gewerkvereine oder Gewerkschaften erstreben die materielle Besserstellung und geistige Hebung ihrer Mitglieder, und

da dieselben in ihrem engeren und weiteren Ziele eintreten für die Unabhängigkeit des gesamten Arbeiterstandes, so kämpfen sie gegen die Kapitalisten mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, und fast alle Statuten, die zur Bearbeitung dieser Artikel reiches Material und ausgiebigen Stoff geben, sogar die Gewerkvereine Hirsch-Duncker, betonen nachdrücklich die „genossenschaftliche Arbeit“ oder befürworten mindestens, die Gesetzgebung der Gewerkschaften auf dieselben auszudehen, abgesehen davon, daß einzelne dieselben durch „alle Mittel“, also auch durch Staatssubvention gefördert haben wollen. — Von dem Tage an, sagt uns die einfache Logik, an welchem Organisationsbestimmungen der Gewerkschaften acceptiert werden für Gesetzgebung, ist die gewerkschaftliche Bewegung eine politische geworden. Beweis für die Richtigkeit des ferneren Satzes in unserem Parteiprogramm, daß die soziale Frage untrennbar ist von der politischen, und daß die Gewerkschaften, weil soziale Organisationen, in zweiter Linie politische Zwecke haben. Also auch hier wieder Übereinstimmung des Wesens der Gewerkschaften mit dem politischen Parteiprogramm.

Alle diejenigen Gewerkvereine oder Gewerksgenossenschaften, welche aus dem Stande des embryonischen Zustandes herausgetreten sind, haben ihrer Organisation einen streng einheitlichen Charakter gegeben, welcher einesteils durch den Kampf der Bourgeoisie, andernteils durch Sparung von Verwaltungskosten &c. schließlich sich von selbst durch praktische Beweggründe entwickelt. Dies ist ein weiteres Moment für die Richtigkeit des Satzes im Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, nach welchem die politische und ökonomische Befreiung des Arbeiterstandes nur möglich ist, wenn dieser gemeinsam und einheitlich den Kampf führt und sich zu diesem Zwecke eine einheitliche Organisation giebt; die einheitliche Organisation der einzelnen Gewerke ist aber die Vorbedingung und Grundlage zur Verwirklichung einer einheitlichen Gesamtorganisation, wie z. B. dies in England schon der Fall ist und in Deutschland angestrebt und von Vielen im Sturme zu erreichen für möglich gehalten wird, ein Ding, das der natürlichen Entwicklung der Gewerkschaftsbestrebungen widerstrebt. Die internationale Organisation der Gewerkschaften ist nicht denkbar ohne einheitliche nationale Organisation. Die erstere ist von der letzteren abhängig, und die Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten werden sich durch kein Mittel

der ganzen Welt abhalten lassen, internationale Verbindungen anzuknüpfen, sobald nur erst einheitliche nationale Organisationen sich herausgebildet haben. In der That sind die vorgeschrittensten Gewerksgenossenschaften Deutschlands, welche keiner politischen Partei äußerlich angehören, der internationalen Organisation, welche besonders auf Gegenseitigkeit in den Vereinsstatuten in Bezug auf Rechte und Pflichten der Mitglieder basiert ist, der internationalen Organisation thatsächlich viel näher als diejenigen, welche das unschuldige Wörtchen „international" in ihren Titel aufgenommen haben, welches den Staats- und Polizeimännern fortwährend Gelegenheit giebt, Probierstückchen von der Lebensfähigkeit der Gewerkschaftsbewegung zu erleben. Das Wesen der Gewerkschaften und die Solidarität der Interessen der Arbeiter aller Länder treibt nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Koalitionen der Kapitalisten zur internationalen Organisation. Ein weiterer Beweis für die Lebensfähigkeit der internationalen Arbeiterassoziation, die sich ja weiter nichts zur Aufgabe macht, als daß die Arbeiter bewußt und unabhängig diesem Ziele zustreben lernen."

Man sieht, bemerkt Meyer, wie viel die Internationale gelernt hat. Sie anerkennt die primären nationalen Gewerke. Die englischen Gewerkvereine haben übrigens teilweise schon einen internationalen Charakter, weil sie auch in Amerika Zweigvereine haben.

Der Sozialist fährt dann fort: „Drei wesentliche Punkte der Gewerkschaftsbewegung sind also hervorgehoben worden, erst die natürliche und geschichtliche Notwendigkeit der Gewerkschaften, dann der Beweis ihrer Unabhängigkeit und Gleichstellung mit der politischen Agitation, endlich die Identifizierung des politischen Programms der sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit der Gewerkschaftsbewegung. — Es ist das, was bis jetzt hier darüber gesagt, nichts Neues. Nicht nur die Bourgeoisie haßt und verfolgt die Gewerkschaftsbewegung und sucht dieselbe zu unterdrücken, weil sie den politischen Charakter und die Bedeutung derselben in praktischer und prinzipieller Hinsicht kennt (?), auch die Gelehrten und hohen Staatsmänner verfolgen dieselbe mit Aufmerksamkeit und suchen die Arbeiter zu zersplittern, getreu dem Grundsatze des Jesuitismus, die Schwächen und Leidenschaften der Personen und der Massen zu Gunsten der Herrschenden und zu Ungunsten der Unterdrückten auszubeuten. Rückwärts kann der Weg nicht mehr gehen. Die Rechte der Koalitions- und Versammlungs-

freiheit kann man wohl den Arbeitern schmälern, aber nicht mehr nehmen. Wollte das wirklich eine Klassenregierung unternehmen, dann müßte, weil Druck Gegendruck erzeugt, der permanente Kriegs- und Belagerungszustand erklärt und der Arbeiterstand auf die Barrikaden gelockt werden. Solchen Verlockungen werden die Arbeiter durch Organisation widerstehen lernen, und da keine Regierung auf die Länge der Zeit sich mit dem Volke in Belagerungszustand halten kann, so bleiben nur zwei Dinge übrig: Die Regierungen müssen entweder das Volk zur Organisation selbst mit anleiten, um Katastrophen zu entgehen, und die demokratisch-sozialen Prinzipien praktisch anwenden, — oder: das Volk wird sich seine Rechte erkämpfen durch Organisationen, wie sie die Welt noch nie gesehen! Beide Wege führen in ihrem Endziele zur Lösung der sozialen Frage und somit zur Abschaffung der Klassenherrschaft; zum Sieg der sozialdemokratischen oder Arbeiterbewegung, zum Untergang der überlieferten Traditionen, des persönlichen Autoritätenkultus und zur Beseitigung der Ausbeutung der Volksmassen."

Über die Organisation der Gewerkschaften läßt der Internationale sich folgendermaßen aus:

„Jedem Beobachter der sozialen Bewegung wird die Thatsache bekannt sein, daß es insbesondere gelernte und besser gestellte Arbeiter sind, welche die Begründung der gewerklichen Organisationen in die Hand nehmen. Trotz der früheren schlechteren Gesetze und des beengenden Einflusses der Zünfte, welche sich in Deutschland am längsten erhielten, waren es insbesondere die Hutmacher, die Schiffbauer, die Buchdrucker und Schriftgießer, die Maurer und Zimmerleute, die Maschinenbauer und Eisenarbeiter, welche noch innerhalb der früheren Zünfte sich von den Meistern schon halb und halb losgesagt und unter sich Gesellenverbindungen, Verbrüderungen u. s. w. anknüpften, deren Zweck es war, den Bedrückungen der zu Wohlstand und Reichtum gelangten Meister Widerstand zu leisten. Meist waren dies nur lokale Verbände, und sie erstreckten sich selten über die Grenzpfähle der Städte hinaus. Man verständigte sich gewöhnlich durch Stichworte und ausgegebene Parolen bei Quartalsversammlungen, Kassenauflagen und Herbergszusammenkünften. Wenn es galt, einem terroristischen Meister die Zähne zu zeigen, so genügten einige Worte im Herbergszimmer, um dies Allen verständlich zu machen. Die Gesellen suchten das Haus eines solchen Tyrannen zu meiden. Die

Zuschiebung von schlechten Arbeitskräften, die Entziehung frisch zugereister Arbeiter brachten einen solchen Meister schon damals zum bessern Verständnis für die Ansprüche der lebendigen, denkenden, fühlenden und handelnden Ware. — Nach der inneren Demoralisation und endlichen Auflösung der alten Zünfte durch Gewerbefreiheit und Freizügigkeit bekamen die lokalen Vereinigungen der Gesellen durch die Koalitionsfreiheit die Möglichkeit, die Fühler besser ausstrecken zu können. Einer nicht geringen Zahl von Meistern, welche sich vom Innungsleben zurückgezogen hatten und teils grollend und schmollend dem Zeitgeist die Thür verschlossen, anderenteils aber auch wieder im tausendjährigen Reich der Freiheit der Konkurrenz zu schwelgen anfingen, wurde von denjenigen Gesellen, welche die Wichtigkeit der Koalitionsfreiheit begriffen, das Unterstützungswesen, die Kranken- und Sterbekassen entzogen, und man fing an, diese Institutionen selbständig zu verwalten. Leider haben die meisten Gewerke die Gelegenheit unbenutzt vorübergehen lassen, um diese Kassen in die Hände der Arbeiter zu spielen, von denen schon in früherer Zeit der bei weitem größte Kassenbeitrag geleistet wurde. Es waren eben nur wenige Städte und wenige Gewerke, welche hier die Vormundschaft der Meister abschüttelten. — Diese Gesellenverbindungen mit der Unterlage von Kranken- und Unterstützungskassen sind die Vorläufer und der Untergrund für eine nationale Gewerksvereinigung. Diejenigen Gewerke nun, welche bis jetzt versäumten, auf dieser Grundlage weiter zu bauen, mögen vor allen Dingen darauf bedacht sein, die örtlichen Organisationen in den einzelnen Städten zu stärken und, wo sie nicht vorhanden, neue Vereinigungen zu bilden. — Die schlimmen Erfahrungen haben gelehrt, wie unklug es ist, derartige Vereine mit äußerlichen Namen zu umgeben, die für uneingeweihte Arbeiter einen politisch klingenden Anstrich haben. Wie mißtrauisch die Arbeiter gegen solche Äußerlichkeiten sind, ist schon in früheren Andeutungen erörtert worden. Nenne man sich einfach Schuhmacher-, Schneider-, Tischler-, Zimmerer-, Böttcher-, Klempner- ꝛc. Vereine oder Gewerkschaft. Da diese Vereine in zweiter Linie immer politisch sein werden, und da das Soziale untrennbar überhaupt ist vom Politischen, so kann ein Statutenparagraph gern ausdrücken: Religion und Politik sind fernzuhalten. Die gemeinsamen Interessen führen die Arbeiter zusammen. Diejenigen, welche gemeinsam ihre Interessen wahren und verfolgen, treiben schon Politik.

Keine eisernen Paragraphen sind dazu imstande, diese Politik mit ihren Konsequenzen fernzuhalten und zu unterdrücken. Sobald als diese lokalen Vereinigungen sich zu einem nationalen Verbande einigen, tritt die politische Tendenz mehr in den Vordergrund. Man beschäftigt sich dann schon mit Gesetzen über kurze Arbeitszeit, Volksunterricht, Frauen-, Kinder- und Zuchthausarbeiten rc. Hier tritt ein Gewerkverein oder eine Gewerksgenossenschaft schon aus dem natürlich-embryonischen Zustande heraus und macht sich durch allerlei Bewegungen fühlbar, die sich in heftigen Zuckungen durch Strikes und Aussperrungen bethätigen. Die Verfolgung, die ihnen von seiten der Polizei und der Regierenden zu teil wird, die Schmähungen, mit denen sie die Tagespresse überhäuft, endlich die Weisheit, mit welcher sie die Wein- und Bierphilister meistert, lassen sie mehr als je die Abhängigkeit empfinden, worin sie der heutige Staat im Bunde mit der Bourgeoisie zu erhalten trachtet. Durch eine unabhängige Zeitung, durch eine Volksversammlung, durch die Wahlen werden die Gewerkschaften inne, daß ihre Bestrebungen mit denen der Sozialdemokraten sich identisch verhalten. Das Eis des Mißtrauens weicht dem besseren Verständnis und der Überzeugungstreue, daß die Organisationen des Volkes nur ausgebildet und kultiviert zu werden brauchen, um den absterbenden Organismus des heutigen Staates durch einen neuen zu ersetzen.

Bei der Organisation von Gewerkschaften müssen besonders nachfolgende Punkte betont werden:

1) Die lokalen Gesellenverbindungen müssen berücksichtigt und die fast durchgehends durch Altgesellen diktatorisch und absolut kommandierten Verbindungen aus früherer Zeit demokratisch organisiert werden. Der Grundsatz „gleiche Rechte, gleiche Pflichten" ist unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Auch dem Vorsitzenden darf man keine Vorrechte einräumen. Er darf nur als ausführende und nicht als beschließende Person angesehen werden. Der Vorstand muß dem Vorsitzenden zur Seite stehen, und ihm müssen Machtbefugnisse in untergeordneten und verwaltenden Angelegenheiten bis zu einem gewissen Grade eingeräumt werden. Eine Kranken-, Sterbe- und Reisekasse muß, wenn nicht schon vorhanden aus früherer Zeit, mit der Gewerksgenossenschaft verbunden werden. Lege man bei allen diesen Sachen keinen Wert auf die Namen, die Äußerlichkeiten und die Formen, halte man immer den Geist und den Inhalt eines Satzes bei Statuten-

beratungen fest. — Eine Kontroll- oder Revisionskommission muß bei lokalen Vereinigungen vorgesehen werden, die unabhängig vom Vorstand die Mitglieder vertritt, Beschwerden über Verwaltung entgegenzunehmen und Rechenschaftsberichte ꝛc. zu kontrollieren hat.

2) Bevor man zur nationalen Einigung eines Gewerkes übergeht, muß vor allen Dingen für möglichst gleichartige Bestimmungen in den lokalen Vereinigungen Sorge getragen werden; die lokalen Vereine müssen deshalb Statuten austauschen, den ab- und zureisenden Mitgliedern Legitimationen für geleistete Beiträge ausstellen und zugleich den Ort, den Zeitraum und den Namen desjenigen Lokalvereins bezeichnen, wo der Betreffende Mitglied gewesen. Wo an einem Orte nicht genügend Gewerksgenossen zu einem Vereine vorhanden sind, da müssen die verschiedenen Orte eines Kreises oder einer Landschaft zusammentreten. Habe man sorgfältig Acht auf die Unbescholtenheit der Mitglieder, dulde man keine Überhebung, keine Anmaßungen, keine rohen Gewaltstreiche. Mit Schlichtung von Streitigkeiten unter den Mitgliedern müssen Schiedsgerichte betraut werden. Änderungen in der lokalen Organisation dürfen nur mit $^2/_3$ Stimmenmehrheit vorgenommen, und für alle Handlungen müssen die Mitglieder der lokalen Organisation verantwortlich werden.

3) Sind diese geistigen Vorbedingungen für die nationale Organisation in den lokalen Vereinen geschaffen, dann kann man auf diesem festen Grunde weiter bauen. Ein Kongreß oder eine Versammlung von Vertretern der verschiedenen lokalen Vereinigungen kann die einzelnen Glieder durch ein Zentralstatut vereinigen, dem sich alle Vereine unterzuordnen haben. Um die Gleichberechtigung und Unabhängigkeit von politischen Parteien zu konstatieren und aufrecht zu erhalten, müssen sich die größeren Korporationen (wie dies z. B. die Zigarrenarbeiter, die Buchdrucker, die Hutmacher, die Goldarbeiter schon gethan), eigene Organe und Blätter zu schaffen suchen. Kleinere und verwandte Gewerke können dabei Hand in Hand gehen. Haben erst alle Gewerke ein Organ, dann wird ebenso, wie sich über der lokalen die nationale und über der nationalen die internationale Organisation bildet, über die Organe der einzelnen Gewerke sich ein Zentralgewerksorgan erheben. Der Beschluß des Gewerkschafts-Kongresses in Erfurt hat das Richtige in dieser Beziehung getroffen. Leider aber fehlt es noch an guten lokalen und nationalen Verbänden, um ein solches Unter-

nehmen zu stützen. Auch hier muß immer erst die unabhängige gewerkliche Organisation vorarbeiten.

Sind alle diese Vorbedingungen erfüllt, dann wird die gewerkschaftliche Organisation in Fluß kommen, und die internationalen Verträge und Gegenseitigkeitseinrichtungen werden Platz greifen. Wer ein Haus baut, muß von unten anfangen und darf sich keine Mühe verdrießen lassen, den Grund tüchtig auszugraben. Wer dies nicht thut, wer entgegengesetzt die gewerkschaftliche Bewegung als bloße Spielerei betrachtet, der darf sich auch nicht wundern, wenn trotz aller Anstrengungen bei erster Gelegenheit Alles wieder zusammenbricht."

Wer nach all diesem noch über Natur, Zweck und Organisation der Gewerkvereine im unklaren ist, der darf wenigstens der Sozialdemokratie deshalb keinen Vorwurf machen, die es auch in dieser Beziehung an der nötigen Offenheit nicht hat fehlen lassen.

Die ersten greifbaren Früchte dieser Bewegung zeigten sich auf dem Gewerkschafts-Kongreß (Juni 1872) zu Erfurt, wo 11 internationale Gewerkschaften vertreten waren, Fachvereine ebenfalls 11, freie Vereinigungen 3, insgesamt gegen 20,000 Arbeiter.

Mittlerweile hatten sich Lasallsche Verbände gebildet, welche 1874 etwa 6000 Mitglieder hatten.

Der selbständige Verband der Drucker und Schriftsetzer umfaßte um dieselbe Zeit etwa 8000 Mann und im Oktober 1873 hatte der Präsident derselben erklärt, er halte es zwar für besser sich keiner Partei anzuschließen, im Geiste gehören wir jedoch der sozialdemokratischen Partei Eisenacher Programms an. Und so gab es noch viele sogenannte unabhängige Verbände, wie die der Tabakarbeiter, Gold- und Silberarbeiter, Porzellan-, Glas- und Thonwaren-Arbeiter, Hutmacher, Buchbinder, Gürtlergehilfen, Sattler, Maschinenbauer und Metallarbeiter, Schiffszimmerer, Böttcher, Schneider, Schuhmacher (über 12,000 Mitglieder), Weber und Manufakturarbeiter; viele Tausende von organisierten Arbeitern, die früher Anhänger von Hirsch-Duncker waren, gingen so durchweg zur Sozialdemokratie über. Nach der Einigung der deutschen Sozialdemokratie auf Grund des Gothaer Programms schwollen die Vereine zu sehr bedeutender Größe, deren Höhe ich zahlenmäßig nicht zu belegen vermag.

Die Gegner waren unterdessen nicht unthätig geblieben. Auf Anregung Döllingers und des Bischofs von Kettler griffen die

katholischen Vereine in die soziale Bewegung, zuerst, soviel ich sehe[1]) im Sommer 1868 in Krefeld, wo die „christlich-sozialen Blätter“ zum Organe der neu begründeten „christlich-sozialen Partei“ bestimmt wurden. Als zur Konstituierung von Vereinen geschritten wurde (1870), ward an die Spitze die Forderungen gestellt, daß kein Mitglied eines christlich-sozialen Vereins einem sozialdemokratischen Vereine angehören dürfe; jeder christlich-soziale Verein muß sich eng an die Kirche anschließen, denn außer ihr giebt es kein Heil; Geistliche sollen in der Regel nicht an der Spitze der Vereine stehen, begüterte Leute, besonders Meister, können Ehrenmitglieder werden, aber nicht an die Spitze der Vereine kommen, auch Strikes werden nicht unbedingt verworfen, damit es nicht den Anschein hat, als wäre der christlich-soziale Verein im Schlepptau des Kapitals; Politik ist fern zu halten: (dies ist nicht überall und immer geschehen, auch wenn keine Fragen von kirchlicher Bedeutung vorlagen), auf die Gründung von Krankenkassen und Kreditvereinen ist Bedacht zu nehmen: die drei großen Zweige des Bundes sind Gesellenvereine, Fabrikarbeiter- und Bauernvereine. Sehr beachtenswert sind die Grundsätze, nach welchen die Vereine zu begründen seien. Dieselben sind im Wesentlichen folgende.

Ein christlich-sozialer Einzelverein darf vorab sich nicht mit messianischer Prätension einreden wollen, er könne wesentlich zur Lösung der schwierigsten Frage, die jemals die Aufmerksamkeit der Zeitgenossen in Anspruch genommen, beitragen; alle Vereine, und in erster Linie die speziell sozialen, können nur und sollen Eines: eine Anregung geben, welche in weiteren Kreisen nachwirkt, und so allmählich eine allgemeine Organisation hervorruft, ohne welche ihr ganzes Wirken zur Ohnmacht verurteilt bleibt. — Bei diesem organisatorischen Bestreben darf der Blick indes nicht auf die Grenzen des eigenen Vereines und seiner Umgebung beschränkt bleiben; er muß einen innigen Verband sämtlicher christlich-sozialer Vereine stets im Auge behalten, weil ein solcher nicht bloß den Einzelvereinen größere Lebensfähigkeit giebt, sondern weil ein Verband geradezu geboten erscheint, wenn der Erfolg solcher Vereinsthätigkeit nicht eben ein bloß lokaler und darum gegenüber der sozialen Frage, ihrer Eigentümlichkeit nach, ein fast verschwindender sein soll. — Alle christlich-sozialen Vereine müssen von der Notwendigkeit freier Bewegung auf dem ihnen gegebenen Feld durchdrungen

---

1) Vgl. Meyer a. a. O. S. 326.

sein. Dies gilt sowohl von den inneren Bestrebungen jedes Vereins, als besonders von gleichartigen und ähnlichen Bestrebungen neben einander stehender sozialer Vereine. Wo diese Freiheit und gegenseitige Achtung durch Intriguen, Neid, Eifersüchteleien beeinträchtigt wird, da ist weder christliches, noch soziales Wirken möglich. — Christlich-soziale Vereine nach einem Muster bilden und leiten wollen, hieße den jedesmaligen lokalen Verhältnissen Gewalt anthun, hieße den Boden untergraben, auf dem das jeweilige Wirken Wurzel und Lebenskraft finden soll. Die Kraft der sozialen Vereine beruht in der richtig erkannten, und auf das gerechte Maß reduzierten Eigenart. — Ein feindliches Auftreten irgend eines sozialen Vereines gegen den andern ist die Herabwürdigung der eigenen Bestrebungen. Das Gute muß man auch am Feinde achten und anerkennen und dabei nie vergessen, daß auf allem, was nur in ehrlicher Weise noch christlich ist, eben deshalb ein unverwüstlicher Segen ruht. Feindschaft und Befeindung hat auf christlichem Boden nie Recht. Würde die Annahme des Christentums als Basis aller Operationen einem in feindseliger Stellung wurzelnden Akte gleich gehalten, dann ist ernste, energische Abwehr geboten, nie Angriff. Mögen endlich alle christlich-sozialen Vereine von jener Anschauung rastloser Arbeit und ernstem Streben sich durchdringen lassen, daß nicht sie die Organe abgeben können, deren die Kirche sich bei Lösung der alle Verhältnisse berührenden sozialen Frage bedienen solle! „Der Herr der Kirche kann und wird zur gegebenen Stunde diejenigen erwecken, in deren Hände diese Angelegenheit niedergelegt werden darf. Bis das aber geschieht, ruhig und unthätig zuzusehen: das ist der Kirche unwürdig. Es muß vielmehr, sei es auch nur in vorbereitender Weise, nach Maßgabe der vorhandenen Mittel und Kräfte dem Ziele entgegengearbeitet werden, die bestehenden auf christlicher Grundlage errichteten sozialen Vereine bieten in dieser Hinsicht die eigentliche, wenn nicht einzige Grundlage.“ Die erste Versammlung, wo 14 derartige Vereine vertreten waren, mit 150 Teilnehmern, war März 1870 in Elberfeld und beschloß, vor allem christliche Kredit-, Spar-, Unterstützungs-Vereine zu gründen.

Bezüglich der Bauernvereine erklärte Herr von Schorlemer, daß sie ein Ergebnis der volkswirtschaftlichen Entwicklung des letzten Jahrhunderts seien. Von den drei Faktoren dieser Entwicklung, der Arbeit, dem Grundbesitz und dem Kapital habe der letzte Faktor in diesem Zeitraum die andern überwuchert. Auch die Gesetzgebung laste drückend

auf den Bauern und dem bäuerlichen Grundbesitz. Doch davon später. Sodann organisierte man einen Verband von Volksbanken für Rheinland und Westfalen mit einem entsprechenden Statut.

Schon im Sommer 1875 wurde bekannt gemacht, daß ca. 70,000 Handwerksgesellen und 100,000 Handwerksmeister an diese Bewegung sich angeschlossen hätten. Dazu traten katholische Lehrlingsvereine, Vereine für jugendliche Fabrikarbeiter, katholische Knappenvereine, desgleichen Bauern-, Arbeiter-, Kredit-, Bau- ꝛc. Vereine in großer Ausdehnung. —

Die tiefste und einschneidendste Wirkung, welche das sog. Sozialistengesetz, soviel ich sehe, hervorgebracht hat, ist eine solche Gefährdung und Verminderung der Gewerkschaften, daß man sie nahezu eine Vernichtung derselben nennen kann. Die meisten nämlich lösten sich selbst auf, andere wurden aufgelöst; und unter der Geltung des Sozialistengesetzes begann dann eine Neubildung, die alle Verstöße gegen das letztere zu vermeiden hatte. Alsbald begann aber auch der Streit über die weitere Organisation, ob lokal oder zentral, ob nur nach einzelnen Berufen, oder nach Berufsgruppen. Der Gewerkschaftskongreß in Halberstadt (März 1892) hat sich in der Mehrheit für die zentrale Organisation ausgesprochen; damit ist allerdings die Erörterung politischer Fragen von den Gewerkschaften ausgeschlossen, daß damit aber der politische Charakter derselben hinfällig geworden wäre, ist, wie oben gezeigt, eine irrige Annahme, er ist nur an die zweite Stelle gerückt; daß diese Gewerkschaften gar nicht ohne diesen Charakter sein können, hat der früher zitierte Sozialist im „Volksstaat“ schlagend nachgewiesen. Bezüglich des zweiten Punktes ist man zu einem vermittelnden Ergebnis gekommen. Die Mehrheit beschloß nämlich, soviel ich sehe, mit Rücksicht besonders auf den „Berufsdünkel“ mancher Arbeiterkreise die Bildung von Unionen der Fachvereine zuzulassen. Die auf dem Kongreß vorgelegte Statistik der Gewerkvereine erscheint nicht als zuverlässig gegenüber den Arbeiten, welche später die Generalkommission der Gewerkschaften vorgenommen und in ihrem Korrespondenzblatt veröffentlicht hat. Darnach gehörten von 3 079 698 in der Statistik berechneten, in Deutschland im Gewerbe beschäftigten Arbeitern den Gewerkvereinen 176 664 an, also nur 5,73% derselben, und zwar in 2568 Vereinen. Nur in vier Berufen (Buchdrucker, Bildhauer, Weißgerber und Glacehandschuhmacher) ist bis über die Hälfte Arbeiter organisiert. Fast alle Organisationen klagen über zu

niedrige Mitgliederbeiträge; diese betrugen bei zwei Organisationen noch nicht 5 Pfg. wöchentlich, bei den meisten 10—15 Pfg., bei drei mehr als 30 Pfg. wöchentlich. Die Jahreseinnahmen beziffern sich auf ca. 5/4 Million, die Verwaltungskosten betragen, wie es scheint, ca. 375 000 Mark, also 1/3 der Mitgliederbeiträge; in der veröffentlichten Übersicht stehen freilich nur 155 676 Mark, da aber nach einer Fußnote die „normale Jahresausgabe" der Buchdrucker 210 000 Mark beträgt, so scheint dieser Posten dazu zu gehören. Das Verbandsorgan kostete 154 000 Mark, die Agitation 24 800, der Rechtsschutz 10 800 Mark, die Unterstützung der „Gemaßregelten", der Arbeitslosen und die Reiseunterstützung 223 000 Mark, die Ausstände über eine Million (der Buchdruckerstrike allein kostete der Gesamtheit 900 000 Mark, während den Buchdruckern außerdem noch ca. 1/2 Million Schulden erwachsen zu sein scheinen). Die Ausgaben haben insgesamt 1 3/4 Million gegen 1 1/4 Million ordentlicher Einnahmen betragen. Der Vermögensbestand wird für Ende 1891 auf 427 000 Mark angegeben (die Hutmacher, als die reichsten, haben 215 000 Mark, die Bildhauer 28 000 Mark, die Maurer 25 000 Mark). Jener Einnahmeausfall scheint durch außerordentliche Steuern gedeckt zu sein, die bei einzelnen Organisationen sehr hoch sind; so haben z. B. im Sommer 1892 die Maurer 1 Mark wöchentlich als Sondersteuer zu zahlen gehabt. Die Steuern, welche z. B. der preußische Staat den kleinen Jahreseinkommen erläßt, werden, wie es scheint, mehr als reichlich für die Organisation des Klassenkampfs flüssig gemacht.

Als die meisten Gewerkschaften infolge des Sozialistengesetzes, wie bemerkt, eingingen, organisierten sie ihre Krankenkassen auf Grund des Hilfskrankenkassengesetzes als Körperschaften für sich. Durch die Novelle zum Krankenkassengesetz vom März 1892 scheinen diese „freien" Hilfskassen in ihrem Bestand bedroht. In der großen Erregung, welche diese Novelle deßhalb in die beteiligten Arbeiterkreise brachte, wurden sofort viele Stimmen laut, welche die Auflösung jener Kassen vorschlugen, und die sozialdemokratische Presse fuhr mit Ermahnungen in dieser Richtung fort. Im Sommer 1892 hat aber die Mehrheit jener Kassen das Fortbestehen, wenn auch öfter mit kleinen Majoritäten beschlossen. Den Gewerkschaften werden ungefähr 60 Preßorgane zur Verfügung stehen.

Während die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, die jetzt vielleicht 8—9000 Mitglieder zählen, die gegenwärtigen Produktionsverhältnisse

annehmen und glauben, daß die Organisation der Arbeiter auch ihre volle Gleichberechtigung herbeiführe, verwerfen die sozialdemokratischen Gewerkvereine diese Ansicht. Während jene das Hauptgewicht auf das Unterstützungswesen legen, stellen diese den Klassenkampf als Lohnkampf an die Spitze und erstreben die Organisation aller Arbeiter zu dem Kampf durch Agitation aller Art. Da diese Gewerkvereine den Arbeitern, die der politischen Agitation fern stehen, Halt und Unterstützung bieten, schlossen sich gar manche an, die nichts weniger im Sinn haben als sozialdemokratischen Kampf.

Als die wesentlichen Mittel desselben — außer Agitation und festen Zusammenschluß unter einem leitenden Zentralorgan, bezw. dem Kongreß — gebrauchen die Gewerkschaften: Ausstand[1]), Boykott und Kontrollmarken. Über jenen hat sich Bebel neuerdings ungefähr auf folgende Art ausgesprochen. Die Verschärfung der Massengegensätze, so führt er aus, verschärfen die Klassenkämpfe, deren hauptsächlichstes Symptom die Ausstände sind. Diese sind doppelter Natur: Aggressiv, insofern sie die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter und ihrer Arbeitsbedingungen gegenüber dem bisherigen Zustand erstreben; defensiv, insofern sie den Bestrebungen der Unternehmer entgegenarbeiten, die Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeiter zu verschlechtern. Diesen Kampf mit allem Nachdruck und allen verfügbaren Mitteln zu führen, liegt im Interesse der Arbeiter. Aber die Aussichten auf Erfolg verschlechtern sich in dem Maße, wie die bürgerliche Gesellschaft sich entwickelt, die Großproduktion immer mehr überhand nimmt, und damit die Krisen immer anhaltender und intensiver werden. Zeiten, wie die letzteren, geben der Kapitalistenklasse das Heft in die Hand, und sie nutzen diese Situation rücksichtslos aus. Bebel hat bis dahin nur die Einleitung zu seinem eigentlichen Zweck gemacht, der nun hervortritt, indem er fortfährt: Um den Kampf mit Aussicht und Erfolg führen zu können, müssen sich die Arbeiter organisieren, eine gewerkschaftliche Organisation ist also die erste hauptsächlichste Vorbedingung jedes erfolgreichen Kampfes. Diese Organisation ist schwer herbeizuführen, erstens, wegen der großen Zahl der der Beteiligten, zweitens wegen des außerordentlich beschleunigten Entwicklungsganges der großkapitalistischen Produktion in Deutschland,

---

1) Über die Ausstände und Sperren in den Jahren 1890 und 1891 vergleiche Soz.-pol. Z. I Nr. 34, S. 418 f.

welche die alten Arbeiterverhältnisse zersetzt und alles in Gährung und Auflösung gebracht haben, drittens durch die sich immer wiederholenden Krisen wurden diese Übel noch vermehrt. Ich will nicht unterlassen darauf hinzuweisen, daß Bebel weder von der beschränkten Vereins- und Koalitionsfreiheit, noch von chikanösem Verfahren der Verwaltungsbehörden spricht, wie dies von anderer Seite geltend gemacht wurde. Sehr bemerkenswert ist, wie er nun fortfährt. Die englischen Arbeiter, sagt er, haben früher mit Recht auf den kontinentalen Arbeiter herabgesehen, seit zehn Jahren ist dies anders. Denn die industrielle Entwicklung Deutschlands, Frankreichs und besonders Nord-Amerikas haben die handelspolitische Herrschaft Englands gebrochen; die Konkurrenz dieser Staaten macht sich in England immer bemerkbarer und nötigt die englische Bourgeoisie ihren Arbeitern mit Lohnherabsetzungen 2c. zu kommen, die seither nicht nötig waren. Man bemerke, daß Bebel hier selbst das widerlegt, was er vorher gesagt hat. Vorher hat er die kapitalistische Großindustrie als die Urheberin des Lohn- 2c. Druckes angegeben, jetzt giebt er die Konkurrenz als solche an. Jenes ist so wie er es gesagt hat, unrichtig, jedenfalls unbewiesen und unbeweisbar, wenn man nicht die theoretischen Fiktionen von Marx annimmt; dieses ist richtig, denn die Konkurrenz, bezw. der Mangel an Absatz ist die Ursache der Krisen, woher dieser Mangel an Absatz, wird später zur Sprache kommen müssen. Hier mag es genügen, diesen Widerspruch festzustellen, in den sich Bebel selbst verwickelt hat, auch bei dieser Gelegenheit. Hören wir ihn weiter. Diese Konkurrenz- bezw. Weltmarktsverhältnisse drängen den englischen Arbeiter immer mehr in die Defensive und machen ihm klar, daß er mit dem Arbeiter des Festlandes gemeinsame Sache machen muß. Wie der englische Arbeiter eine Ausnahmestellung dem kontinentalen gegenüber gehabt hat, so haben in Deutschland die Buchdrucker den übrigen Arbeitern gegenüber eine solche bis zum letzten Ausstand gehabt, dieser habe aber jetzt die Ausnahmestellung derselben beseitigt.

Bebel hat hier wieder aus der Schule geplaudert. Um nämlich den eben dargelegten Plan zur Zerstörung der gegenwärtigen bürgerlichen und staatlichen Ordnung durchzuführen, müssen nationale Gewerkschaften gegründet und diese unter ein Zentralorgan gestellt werden; dem widerstreben aber manche Gewerkverbände, wie es in Halberstadt hieß, aus „Berufsdünkel“, insbesondere die Buchdrucker; werden diese aber durch Ausstände gedehmütigt, so fallen sie der sozialdemokratischen

Gesamtorganisation in die Hände; werden die englischen Arbeiter ausreichend gedehmütigt, so ist ihr Anschluß an die gewerkschaftlich organisierte Internationale in den Bereich der Möglichkeit gerückt, und so erheischt es jener Plan.

Was nun den Buchdruckerstrike anlangt, so ist vielfach vom Anfang an nicht ohne Grund behauptet worden, daß die Sozialdemokratie ihn provoziert habe, der Zweck wäre nun deutlich genug. Die Buchdrucker und Schriftsetzer fangen z. B. in Berlin an zu begreifen, wie sie mißbraucht worden sind. Mitte Juli 1892 hat in einer großen Versammlung der Buchdruckergehilfen der Hauptredner mit Bezug auf jenen Ausstand und diesen Zweck unter donnerndem Beifall der Versammlung der Sozialdemokratie vorgehalten: „Wir sollen noch nicht genug heruntergekommen sein!! Nein, wir dürfen nicht weiter herunterkommen. Wir wollen keine Proletarier werden, wir wollen als thätige Glieder der Gesellschaft den Lohn haben, der uns zukommt. Das sind wir uns, unserer Familie, unseren Kindern schuldig. Die Zukunftsbilder machen uns nicht satt, dafür danken wir ergebenst. Und wenn man die Herren, die solche Zukunftsbilder immer mit so schönen Farben ausmalen und das gegenwärtige Elend predigen, vor die Alternative stellt: Hier, nehmt dies und hofft auf jenes, so werden sie auch bestens danken, denn sie sind klug; aber sie leben davon, daß ihnen die Dummen glauben. Darum hüten Sie sich vor diesen Leuten!"

Am Schluß jener Rede zu Gunsten der gewerkschaftlich organisierten Internationale erklärte Bebel: Der Ausgang des Kampfs (des Buchdruckerausstands) beweist, daß das Kapital übermächtig ist. Abgesehen davon, daß hier wieder ein Widerspruch gegen vorher Gesagtes vorliegt, kann jeder Arbeiter, der ruhig überlegt, jedenfalls nur zu dem Schluß kommen: also ist ein Ausstand Selbstmord. Nichtsdestoweniger nahmen jene 5000 die Bebelschen Resolutionen in folgendem Wortlaut einstimmig an (21. Januar 1892):

„Gegenüber dem Bestreben der Unternehmerklasse, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter immer tiefer herabzudrücken — Bebel hat vorher selbst gesagt, daß dies wegen der Konkurrenz bezw. Mangels des Absatzes „nötig" gewesen sei — und die letzteren in die vollständigste ökonomische Abhängigkeit von der Unternehmerklasse zu bringen, ist die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse eine Notwendigkeit. Da aber die gewerkschaftliche Bewegung ihrer Natur nach auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse

innerhalb der bestehenden Gesellschaft gerichtet ist, so genügt dieselbe nicht, um auch die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus herbeizuführen. Das ist vielmehr Aufgabe des politischen Kampfs, wie ihn die Sozialdemokratie führt, eines Kampfs, dessen Endziel die Aufhebung des Klassenstaats, die Verwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion ist.

Die Versammlung betrachtet es daher als eine Pflicht aller Arbeiter, sich der Sozialdemokratie anzuschließen und ihre Bestrebungen thatkräftigst zu unterstützen."

Um nicht zu weitläufig zu werden, beschränke ich mich nur darauf aufmerksam zu machen, daß Bebel hier den Gewerkschaften den politischen Charakter als selbstverständlich abspricht, während er so gut wie der A. B. in der „Neuen Zeit" und sein Anhänger im „Volksstaat" weiß, daß derselbe nur nicht in erster Linie steht, und daß ein Bataillon so gut Militär ist, wie die Armee, die aus solchen besteht[1]). Daß Bebel zu diesem Verfahren seine guten Gründe hat, liegt auf der Hand, und wenn es nur die wären: die Arbeiter über die „letzten Ziele" im Dunkeln zu halten, wie er selbst verlangt hat (vgl. oben), die Linie des Vereinsgesetzes wenigstens in Worten einzuhalten, sowie den, wie es scheint, immer mehr um sich greifenden Aberglauben zu nähren, als seien die Gewerkvereine politisch ebenso harmlos, wie wirtschaftlich und sozial wichtig und förderns wert.

Was der Präsident der internationalen Cigarrenmacher-Union in Amerika vor kurzem über die Ausstände gesagt hat, scheint mir nicht nur ehrlicher, sondern auch sachlicher und sehr viel praktischer. Die Ausstände, sagt er, sind durch einen Streit über den Preis der Arbeit hervorgerufen, dieser wird, wie überall, nicht durch Gerechtigkeit, sondern durch Macht entschieden; je besser eine Gewerkschaft organisiert und diszipliniert ist, desto sorgfältiger überlegt sie die Chancen des Kampfs. Ein Ausstand sollte überhaupt nicht unternommen werden, bevor nicht alle anderen Unterhandlungs- 2c. Mittel erschöpft sind; jedenfalls ist

---

1) Der militärische Charakter der Gewerkvereine wird in Chicago und Boston schon praktisch, dort sollen nämlich die Gewerkvereine in Kompagnien eingeteilt und im Gebrauch der Waffen ausgebildet werden, um den Privatpolizisten entgegenzutreten.

er ruhig und energisch und nur auf Grund vorhandener Mittel zu unternehmen[1]).

Wer in akademischen Kreisen gelebt hat, kennt den Verruf oder Jamb; wer die politischen Kämpfe der letzten Jahrzehnte kennt, weiß, daß politische Parteien die Lokale und Geschäfte ihrer Gegner mit dem Verbot des Besuchs belegt haben, nach einem Vorgang in den irischen Parteikämpfen heißt ein solcher Verruf Boykott. Dieses Kampfmittel gebraucht auch die Sozialdemokratie und zwar systematisch und, so viel bekannt, meist mit Erfolg. Haben ihnen Besitzer von Sälen und anderen passenden Lokalitäten diese für Versammlungen vorenthalten, so stellen sie deren Besuch, bezw. deren Getränke ꝛc. unter Verruf, sie boykottieren ihn; dies Verfahren habe sich, wie der sozialdemokratische Abgeordnete Auer (Januar 1892) berichtet, in Berlin solche Erfolge gesichert, daß man nun 120 Säle zur Verfügung habe; auch Waren, z. B. von solchen, deren Arbeiter im Ausstand sind, werden mit dem Boykott belegt. Auf Stimmen, welche aus Arbeiterkreisen selbst Einspruch gegen dieses Verfahren erhoben, verteidigte es Auer, indem er behauptet, die Unternehmer hätten es seit 1878 durch sogenannte „schwarze Listen" ꝛc. ununterbrochen in Anwendung gebracht. Allerdings dürfe der Boykott nicht übertrieben werden, wenn man nicht die Sympathien der Bevölkerung verlieren wolle. Nach seinen Ausführungen beschloß eine Berliner sozialdemokratische Versammlung über diesen Punkt folgendes:

1. Der Boykott ist für die Arbeiterklasse nur unter besonderen Voraussetzungen und in beschränktem Umfang ein brauchbares Kampfmittel; 2. er darf unter keinen Umständen zu einem Mittel der politischen oder wirtschaftlichen Vergewaltigung werden zu dem Zweck, die persönliche Überzeugung zu strafen oder Heuchelei zu erzwingen; 3. er ist überall da berechtigt, wo es für die Arbeiterklasse gilt a, die auf materielle oder politische Schädigung gerichteten Bestrebungen ihrer Gegner zurückzuweisen, b, in besonders gearteten Fällen auch da, wo es sich für die Arbeiterklasse darum handelt, ihre soziale und politische Lage innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu verbessern.

Eine oberflächliche Betrachtung ergiebt, daß Nr. 1 dieser Resolution einen greifbaren Inhalt nicht hat, Nr. 2 derselben sowohl mit Nr. 3 als auch mit der Wirklichkeit im Widerspruch steht; denn wenn

1) Soz.-polit. Zentralblatt I, Nr. 10.

die Parteiblätter oder sonstigen Parteiorgane die Genossen auffordern, nur bei Freunden und „Genossen“ zu kaufen und namentlich Wirte und Kleinhändler treffen wollen, so braucht man sich über die Thatsache nicht zu wundern, daß es in Berlin Gegenden giebt, wo sich Milch-, Cigarren-, Grünkram-Händler und Budiker aller Art nur dadurch halten können, daß sie sozialdemokratische Zeitungen halten und Beiträge an die sozialdemokratischen Fonds leisten. Wo bleibt da in Wirklichkeit Nr. 2? Boykottiert haben in Wirklichkeit auch andere Parteien, die Mittelparteien vielleicht nicht, oder doch am wenigsten, weil bei ihnen die Parteiwut am geringsten ist. So viel mir bekannt, giebt es aber auch keine Partei, die offiziell nicht dieses System mißbilligte, nur darf man es nicht wie die Sozialdemokratie überdies mit einer Strahlenkrone umgeben, oder in eine Wolke von Heuchelei hüllen wollen, um die „Sympathien der Bevölkerung“ zu erschleichen.

Ein ähnliches Kampfmittel ist die Kontrollmarke, aus Nordamerika importiert, wo sie Union-Labels heißen. Die Genossen sollen nur solche Waren kaufen, welche eine solche Marke tragen, nur diejenigen Fabrikanten bezw. Produzenten erhalten sie aber, welche nach Ansicht der sozialdemokratischen Parteileitung dieser Unterstützung würdig sind.

In Deutschland haben, wenn ich nicht irre, zuerst die Hutmacher die Kontrollmarke mit Erfolg angewandt, dann wollten Schuhmacher, Textil- und Tabakarbeiter, Schneider u. a., ja sogar Musiker-Gewerkvereine folgen, bez. sind gefolgt. Die deutschen Tabakarbeiter haben für ihre nächste Generalversammlung einen bezüglichen Entwurf vorbereitet, nach welchem nur die Fabrikanten die Kontrollmarken erhalten, welche ausschließlich Mitglieder des Unterstützungsvereins der Tabakarbeiter Deutschlands beschäftigen, welche ferner die vom Vereine festgesetzten Arbeitslöhne bezahlen, keine Hausarbeit vergeben, und deren Fabrikräume mindestens den bundesratlichen Bestimmungen entsprechen[1]).

Brentano und seine Schüler und Anhänger vertreten bekanntlich die Meinung, die Entwicklung in England beweise, daß die Unternehmer sich vergebens s. Z. gegen die Gewerkvereine gesträubt, und daß sie schon seit geraumer Zeit begriffen hätten, daß 1) die Arbeiter der Gewerkvereine besser als alle anderen seien, daß 2) die Gewerkvereine viel vorsichtiger im Anfangen von Ausständen seien, kurz daß 3) mit ihnen überhaupt viel besser als mit den eigenen Arbeitern zu verhandeln sei.

---

1) Soz.-polit Zentralblatt I, Nr. 10, 11, 16.

Will man auch Nr. 1 zugeben, so ist doch schon oben dargelegt, daß ein englischer Sachverständiger 2 u. 3 stark bestreitet bezw. leugnet. Indessen nehmen wir alles jenes als bare Münze an, sowie die weiteren Behauptungen, daß die Gewerkvereine die Träger nicht bloß der friedlichen Beziehungen zwischen Arbeiter und Arbeitnehmer, sondern auch die beste Stütze der Großindustrie in der Weltkonkurrenz seien, so erhebt sich die Gegenfrage: Was wird dann, wenn, wie es die Bergarbeiter schon gethan haben, diese Gewerkschaften ihren internationalen Aufbau vollendet haben und nun ihre Machtgebote erlassen und durch internationale Generalstrikes durchsetzen? Auf die Antwort, daß die Unternehmer sich ebenfalls organisieren müßten, gehe ich später ein; also bleibt nur die Antwort übrig: eine solche Organisation sei nicht geplant oder nicht ausführbar; dies könnte aber nur als Selbsttäuschung bezeichnet werden. Die Lage der Gewerkvereine wäre eine ganz klare, wenn sie lediglich wirtschaftlichen Zwecken dienten und dienen sollten; keine Regierung und kein Wohlmeinender würde ihnen Schwierigkeiten machen, im Gegenteil sie nach Kräften unterstützen im Kampf gegen ausbeuterische und ungerechte Unternehmer; volle Vereins- und uneingeschränkte Koalitionsfreiheit würde ohne jedes Bedenken gewährt werden, wenn die Sozialdemokratie nicht selbst die Gewerkvereine als das reklamiert hätte, was sie sind: die sozialdemokratischen Haustruppen. Und wenn man meint, die Bildung der Gewerkvereine würde trotzdem sich so vollziehen wie in England, und der Widerstand der Gegner ihre Entwicklung nur fördern, so würde doch die Beförderung der Bildung der Gewerkvereine seitens des Staats gleich sein mit dem Verhalten dessen, der ins Wasser sprang, um nicht naß zu werden. Ich halte es selbstverständlich für verwerflich, das bestehende Recht bei Arbeitern und Unternehmern verschieden zu handhaben, ich halte es aber für unmöglich, weil mit der Verantwortlichkeit des Staats für unvereinbar, diesen Vereinen aus eigener Initiative möglichst freie Bahn zu schaffen, die notorisch zu seinem Umsturz organisiert werden. Ich wenigstens würde, wenn ich in einer solchen verantwortlichen Stellung mich befände, mich fragen, ob nicht die Gewerkvereine wie sie thatsächlich bestehen, sämtlich als politische bezw. sozialistische Vereine zu betrachten seien, wie denn der Entwurf des neuen bürgerlichen Gesetzbuchs etwas Ähnliches vorgesehen hat[1]). Wenn ausreichende

1) Deshalb scheint es mir fraglich, ob das bayrische Vereins-Gesetz von 1869

Garantien geboten werden könnten, daß die Gewerkvereine nicht die Mauersteine des sozialistischen Internationalpalasts werden, wünsche ich ihnen, was jetzt ihre wärmsten Freunde wünschen[1]); solange das aber nicht geschieht, kann ich jenem Enthusiasmus nicht zustimmen, sondern nur wiederholt Vorsicht empfehlen. Bis jene Garantie gegeben ist, kann auch nur das besonders gethan werden, was Bebel die Zwischenaktsmusik genannt hat: Arbeiterschutz, ordentliche Arbeits- und Fabrikordnungen, die nach dem Interesse der Unternehmer und Arbeiter in gleicher Weise bemessen sind u. a., wovon später mehr. Ganz ähnlichen Irrtümern wie bezüglich der Gewerkvereine scheint mir Brentano auch bezüglich der Unternehmer-Vereinigungen, gewöhnlich Kartelle genannt, verfallen zu sein. Diese sind allerdings wohl zu unterscheiden von den sogenannten Ringen, die lediglich auf die Profitmacherei und Ausbeutung hinauslaufen. Brentano definiert die Kartelle als „Vereinigungen von Produzenten, um durch planmäßige Anpassung der Produktion an den Bedarf einer Überproduktion und den sie begleitenden verhängnisvollen Folgen: Preissturz, Bankerott, Kapitalentwertung, Arbeiterentlassung und Brodlosigkeit vorzubeugen". Ihr Grundgedanke wäre: „Den heimischen Industriezweigen soll der stetige Betrieb zu Preisen, welche ihr Fortbestehen ermöglichen, gesichert werden, durch Verabredung werden daher die Preise mit dem durch die Zölle ermöglichten Betrag festgesetzt. Um die Herabdrückung der Preise unter diesen Betrag durch die inländische Konkurrenz zu verhüten, wird der Absatz unter die einzelnen Industriebetriebe im Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit verteilt". Sie übertragen ihr Verkaufsrecht auf eine Zentralstelle, und die Fabriken sind gleichsam „Werkstätten nur eines einzigen großen Unternehmens". Dabei halten sie die Grundbedingungen der seitherigen Wirtschaftsorganisation ein: 1) Selbstinteresse der Produzenten, Wirtschaft auf eigne Rechnung sowie Bestehenlassen der Konkurrenz, 2) die Verbindung der Industrie mit dem Weltmarkt. Um welchen Preis diese letztere erhalten wird, ist wohl auch weiteren Kreisen bekannt, der Export wird ermöglicht unter Schleuderpreisen. Die inländischen Konsumenten müssen das Gelage bezahlen. Es ist mit diesen Kartellen auch nicht „das Haupthindernis

---

nach englischem Vorgang gut gethan hat, nur die Eintragung auch der Gewerkvereine nach lediglich formalen Anforderungen zu verlangen.

1) Soz.-polit. Zentralbl. I Nr. 11, 26 u. a.

2) Ursachen 2c. S. 23 f.

einer energischen Hebung der Lage der Arbeiter" beseitigt. Denn dies wäre überhaupt nur möglich, wenn vor allem ein Mißbrauch der Kartelle zur Ausbeutung der inländischen Konsumenten, zu denen bekanntlich auch die Arbeiter gehören, ausgeschlossen wäre, daß dies nicht der Fall ist, bedarf keines Beweises; es wäre ferner nur möglich, wenn die Absatzverhältnisse nicht noch schlechter werden, sie werden aber schlechter, insofern immer mehr Konkurrenten auf dem Weltmarkt sich einstellen, und insofern die Kaufkraft der inländischen Konsumenten nach schwächer wird; daß diese beiden Fälle aber thatsächlich vorhanden sind, bedarf ebenfalls keines Beweises; es kann also höchstens zugegeben werden, daß die Arbeiter, welche in unserer wirtschaftlichen Krisis bei solchen Unternehmerverbänden beschäftigt sind, höchstens davor gesichert sind, wie viele andere auf die Straße zu kommen; es leuchtet aber ein, daß dann die anderen Arbeiter um so schlimmer daran sind, und daß diese anderen immer mehr werden müssen, je mehr Unternehmerverbände entstehen, die mit einer verhältnismäßig beschränkten Arbeiterzahl wirtschaften müssen, um sich existenzfähig zu erhalten. Jedenfalls kann auch unter den besten Verhältnissen eine „energische Hebung der Lage der Arbeiterklasse" durch solche Verbände nicht herbeigeführt werden. Brentano irrt auch darin, daß er meint jener ausbeuterischen Ausartung könne durch eine „ernsthafte Drohung mit einer Zollreduktion" begegnet werden. Nehmen wir an, unsere Zollgesetzgebungsmaschine arbeitete mit einer Schnelligkeit und Sicherheit, die ihr in Wirklichkeit nur in einem völlig absoluten Staate eignen könnte, so fragt sich, was heißt „ernsthafte" Drohung? Jede Drohung ist ernsthaft, von der vorausgesetzt wird, daß sie gegebenen Falls ausgeführt wird; wie soll diese Voraussetzung, diese Überzeugung bei den Unternehmern hervorgebracht werden? Dies könnte doch hier offenbar nur dadurch geschehen, daß sie vollzogen wird, dann ist sie keine Drohung mehr, sondern eine Thatsache. Die Erzeugung einer solchen Thatsache ist aber überhaupt zu dem bezeichneten Zwecke nur in einem Staat möglich, der wirtschafts-politisch autonom ist; das ist aber kein moderner Kulturstaat und kann es nicht sein, wie ja Brentano die Regulierung der Produktion gerade aus Rücksicht auf den Weltmarkt fordert. Die Sache verläuft also] im Kreis, wenn nicht im Sande. Daß aber die Arbeitsverhältnisse unter den vorliegenden Verhältnissen sich noch weiter verschlechtern, wenn, wie es in der Natur der Sache liegt, durch weitere Entwicklung der Technik noch mehr

Arbeitskräfte gespart werden, kann ebenfalls nicht in Abrede gestellt werden. Wenn, wie Brentano will, die bisherige Wirtschaftsordnung intakt bleiben soll, giebt es kein Entkommen aus diesem Bannkreis. Aber meines Erachtens sind gerade die Ringe wie die Kartelle schon der Anfang einer Bankerottserklärung der seitherigen individualistischen, oder, wie die Sozialdemokratie sie fälschlich nennt, kapitalistischen Produktionsweise. Weshalb, darf man wohl fragen, soll das „Selbstinteresse“ der Produzenten in der seitherigen Weise aufrecht erhalten werden, warum soll denn jeder auf eigne Rechnung produzieren müssen? Ist das etwa auch ein Naturgesetz? Denn woher soll sonst eine solche Notwendigkeit abgeleitet werden? Die Kartelle beweisen ja gerade, daß dies nicht mehr geht, daß vielmehr eine gesellschaftliche, eine soziale Organisation nötig wird; daß sie die sozialistische sein müsse, hat die Sozialdemokratie noch nirgends bewiesen.

Betrachten wir einige Beispiele von Kartellen[1]).

In Rheinland-Westfalen haben die meisten Kohlenzechen einen solchen Verband unter einheitlicher Leitung begründet, und dieser arbeitet in der früher bezeichneten Weise, auch durch Regelung der Preise, sowie durch eine zentrale Verkaufsstelle gegen den Zwischenhandel; an diesen Verband soll sich ein solcher der Eisenwerke anschließen. Die Zeitschrift „Industrie“ stellt für 1890 die Zahl solcher industriellen Kartelle auf 104 fest, indem sie zugiebt, daß damit eine Vollständigkeit nicht erreicht sei. Haben diese, wie Brentano behauptet, die Lage der Arbeiter energisch gehoben, ist keine Ausbeutung der heimischen Konsumenten durch hohe Preise bzw. Zurückhaltung der Produktion hervorgetreten? Sollte jemand diese Fragen verneinen wollen, so würde er mit Thatsachen in Konflikt kommen, und daß die Lage der Arbeiter „energisch“ gebessert sei, wird, soweit mir bekannt ist, bei keinem wichtigen Industriezweig sich behaupten lassen, die Beteiligten wenigstens verneinen die Frage.

Bezüglich der Bergarbeiter mag folgende Zusammenstellung orientieren; daß die bei ihnen vorgekommene Besserung dem Kartellwesen zu verdanken sei, geht aus der Übersicht durchaus nicht hervor. „Nur bei dem Erzbergbau im Harz und in Siegen-Nassau ist im letzten

---

1) Von diesen sind andere Verbände wie der „Zentralverband deutscher Industrieller“, der „Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen für Handel und Gewerbe“ u. a. wohl zu unterscheiden.

Jahre ein Rückgang des Jahresverdienstes gegen das voraufgegangene Jahr festgestellt worden, da derselbe im Jahre 1890 im Harz 613 Mark und in Siegen-Nassau 676 Mark, dagegen im Jahre 1891 im Harz 610 Mark und in Siegen-Nassau 648 Mark betrug. Sonst ist überall, und nicht nur im letzten Jahre gegen das Vorjahr, ein Anwachsen des Jahresverdienstes, zum teil in bedeutendem Maße zutage getreten. So betrug beim Steinkohlenbergbau der Jahresverdienst in Oberschlesien 1888 516 Mark, 1891 693 Mark, in Niederschlesien 1888 630 Mark, 1891 759 Mark, im Dortmunder Bezirk 1888 863 Mark, 1891 1086 Mark, im Bezirk Saarbrücken 1888 842 Mark, 1891 1137 Mark, im Bezirk Aachen 1889 817 Mark, 1891 948 Mark. Ebenso ist beim Braunkohlenbergbau (Halle) in den letzten drei Jahren der Jahresverdienst von 653 Mark auf 750 Mark und beim Salzbergbau (Halle) von 920 Mark auf 1046 Mark gestiegen. Was den Erzbergbau betrifft, so hat, abgesehen von den schon genannten Bezirken Harz und Siegen-Nassau, auch dort eine Zunahme des Jahresverdienstes stattgefunden, im Mansfeldschen von 757 Mark auf 913 Mark, im rechtsrheinischen Bezirk (von Siegen-Nassau abgesehen) von 597 Mark auf 649 Mark und im linksrheinischen Bezirk von 626 Mark auf 642 Mark. Und diese erheblichen Steigerungen des Jahresverdienstes sind nicht etwa durch vermehrte Arbeit bei gleichem Schichtverdienst herbeigeführt, sondern auch dieser ist in entsprechender Weise gestiegen, so in Oberschlesien von 1,85 Mark, auf 2,46 Mark, in Niederschlesien von 2,04 Mark auf 2,50 Mark, im Dortmunder Bezirk von 2,69 Mark auf 3,54 Mark, im Saarbrücker Bezirk von 2,92 Mark auf 3,89 Mark u. s. w. Was die beim Erbergbau im Harz beschäftigten Bergarbeiter betrifft, so hat zwar, wie gesagt, ein Rückgang des Jahresverdienstes im Jahre 1891 gegen 1890 stattgefunden, im Vergleich zu dem Jahre 1889 aber ist auch der Verdienst im Jahre 1891 besser gewesen, und berücksichtigt man, daß im Harz zu dem Schichtverdienst noch eine Brotkornzulage kommt, die 1889 11 Pfg., 1891 aber 18 Pfg. für die Schicht betrug, so kann auch dort von einer allgemeinen Verbesserung der sozialen Lage der bergarbeitenden Bevölkerung mit Recht gesprochen werden."

Ganz lehrreich ist das Verfahren z. B. bei dem Kartell der bayrischen Spiegelglasschleif- und Polirwerke. Zweimal im Jahre 1891/92 mußten sie wegen Überproduktion je mehrere Wochen den Betrieb einstellen. Sie zahlten ihren Arbeitern während der Betriebs-

einstellung die Hälfte des Lohns. Und da diese während dieser Zeit die nötige Reparatur-Arbeit, die in diese Pause verlegt war, leisteten und dafür besondere Bezahlung erhielten, so ging es den dem Verband zugehörigen Arbeitern erträglich, zumal sie durchweg freie Wohnung auf den Werken haben. Die Arbeiter, welche auf jene Bedingungen nicht eingingen, waren ohne weiteres brotlos, wiederholen sich die Krisen noch öfter und dauern länger, so wird die Möglichkeit einer solchen Durchfütterung immer geringer; handelt es sich um Arbeiter, die weniger geschult sein müssen, so wird der Produzent die Durchfütterung nicht für angezeigt halten, und sind die Verbände mit verhältnißmäßig viel Arbeitern versehen, so wird die Durchfütterung zur Unmöglichkeit. Immer aber bleibt die Thatsache bestehen, daß die Kartelle keine „energische Hebung der Lage der Arbeiter“ schaffen können, sowie daß sie Grundsätze befolgen müssen, die ein Hohn auf die individualistische Produktionsweise sind.

Dieses Schicksal teilen sie übrigens mit den genossenschaftlichen Betrieben sozialistischer Unternehmer. Man erinnere sich nur der Unternehmung des sozialdemokratischen Buchdruckereibesitzers Werner, der nach der sozialistischen Theorie sein Geschäft betreiben wollte und dabei alsbald scheiterte. Die Berliner Genossenschaftsdruckerei schaffte nach der Theorie Akkordarbeit und Überstunden ab und führte den Achtstundentag ein 2c. Es ging nicht, sie mußte wieder zur Praxis der „Bourgeoisie“ zurückkehren. Nicht besser erging es der Berliner Genossenschaftsbäckerei. Auch in diesem Betriebe wurde nach „sozialdemokratischen Grundsätzen“ gearbeitet; aber die Unordnung riß ein, Disziplin war nicht zu erlangen und schließlich fand sich auch ein Defizit. Der Vorstand, der sich erlaubt hatte, einzelne Agitatoren, die gegen diese Geschäftsleitung hetzten, zu maßregeln, wurde abgesetzt, und der „Vorwärts“ giebt nun den „Genossen“ eine Lehre, die den Unterschied zwischen sozialdemokratischer Theorie und Praxis ganz besonders klar macht.

Man übe — so schreibt das sozialdemokratische Zentralorgan — bei der Auswahl der leitenden Personen und auch für den Aufsichtsrat die nöthige Vorsicht; dann aber lasse man sich nicht durch die Klagen jedes beliebigen Unzufriedenen in Aufregung versetzen. Die Genossenschaft befindet sich erst im ersten Stadium der Entwicklung, und daß dabei Fehler und Irrtümer mit unterlaufen, ist ebenso verständlich, als lange Versammlungsreden daran schwerlich etwas bessern werden.

Daß die in solchen Fällen beschäftigten Arbeiter ihre Pflicht genau so zu erfüllen haben, wie dies in einem ordentlichen Privatgeschäft zu geschehen hat, versteht sich am Rande. Die Arbeiter haben ein Recht auf möglichst anständige Behandlung und auf eine Entlohnung so gut, wie sie unter den gegebenen Verhältnissen und unter Berücksichtigung der durch die Konkurrenz geschaffenen Lage möglich ist. Dafür übernehmen die Arbeiter auch die Pflicht, die Interessen des Geschäfts wahrzunehmen und ihre Arbeitsleistung so zu erfüllen, wie es billigerweise verlangt werden kann. Daß ohne Disziplin und Ordnung dieses Geschäft so wenig wie irgend ein anderes auskommen kann, ist klar. Dieses alles sollen sich sämtliche Beteiligte vor Augen halten und besonders auch die Redner in den Versammlungen nicht vergessen, dann werden spätere Berichte über dieselben ein anderes — und, wie wir hoffen, erfreulicheres Bild bieten.

So würden auch die vernünftigen Forderungen eines Bourgeois-Unternehmers lauten.

Wenden wir uns nun dem zu, was Bebel die Zwischenaktsmusik genannt hat: Arbeiterschutz-[1]) und die verwandten Versicherungsgesetze und Maßnahmen.

Die erste große Aktion des Reichs in dieser Richtung liegt bekanntlich in den drei großen Arbeiter-Versicherungsgesetzen: Krankenkassen-, Unfallversicherungs-, Alters- und Invalidenversicherungs-Gesetz vor. Die Zwecke sind schon durch die Namen so deutlich bezeichnet und die chronologische Abstufung entspricht so klar der des Bedürfnisses, daß es weiterer Erläuterung nicht bedarf.

Von Krankenkassen waren 1890 thätig: über 21 000 Kassen mit ca. $6^1/_2$ Million Mitglieder, davon hatten die Ortskrankenkassen 2,7 Million, Betriebskrankenkassen 1,6 Million, Gemeindekrankenkassen 1,1 Million, eingeschriebene Hilfskassen 810 000, landesrechtliche Hilfskassen 144 000, Innungskrankenkassen 74 000 und Baukrankenkassen 29 000 Mitglieder; die Ausgaben stiegen von 1885—1890 von 52,6 Million auf 92,7 Million Mark. Die Novelle zum Krankenkassengesetz (März 1892), an die sich bis zum 1. Januar 1893 alle Kassen angepaßt haben müssen, — wie schwer dies den freien Hilfskassen wird, ist schon oben gesagt, — wollte auch die Handlungsgehilfen

1) Vgl. Kropatschek's Vortrag, Verhandlungen des 1. Ev.-Soz.-Kongresses S. 43 ff.

dem Versicherungszwang durchaus unterwerfen, aber durch einen freisinnigen Antrag ist dies nur zum Teil gelungen.[1] Im Reichsversicherungsamt wird ein Muster für die Ortskrankenkassen in neuer Form entworfen. Diese Versicherung steht auf festem Boden und äußert voll ihre Wirkungen.

Von der Unfallversicherung scheint dies nicht in gleichem Maße gesagt werden zu können. An dieser wird besonders ausgesetzt, daß sie lediglich auf Unternehmerverbände begründet ist, anstatt auf territorialer Organisation wie in Österreich, oder im Anschluß an die Krankenkassen. Das Wahlsystem kann als angemessen nicht angesehen werden, da es die Arbeiter verhindert, Vertreter zu ernennen, Sachverständige nennen es geradezu „vorsintflutlich“.[2] Die betreffenden Anträge des Abgeordneten Auer wurden abgelehnt, indem sich der Reichstag damit begnügte, im allgemeinen eine Verbesserung zu wünschen und das Verlangen zu stellen, daß das Handwerk einbezogen würde. Mit der bezüglichen Umarbeitung des Gesetzes beziehungsweise Erweiterung desselben beschäftigt sich jetzt die vorbereitende Instanz.

Von 1886—1890 sind Entschädigungen gezahlt worden im Betrage von 52 Millionen Mark, aber mit 25 Millionen Mark Geschäftsunkosten! Dieser bedenkliche Übelstand wird aber bezüglich der Wirkungen von den Sachverständigen noch nicht einmal so betont, wie die Politik vieler Unternehmer stark verurteilt. Dadurch daß die Berufsgenossenschaften zum Träger des Gesetzes gemacht wären, sei der Bock zum Gärtner gesetzt worden. Und wenn dies letztere auch nicht der Fall wäre, so muß doch gesagt werden, daß der Schutz der Arbeiter vor den Gefahren des Betriebs nicht nebenher von Organen wahrgenommen werden kann, deren Aufgabe in erster Linie die Entschädigung der Verunglückten ist.[3] Um diesen Übelständen vorläufig zu begegnen, hat das Reichsversicherungsamt vorläufig angeordnet, daß die Berufsgenossenschaften die Vertreter der Arbeiter anzuhören hätten.

Ganz unzulänglich sind auch die Bestimmungen bezüglich der Unfallverhütung. Jede Berufsgenossenschaft erteilt andere Vorschriften für dieselbe, sodaß die Arbeiter bei einem Arbeitswechsel oft

1) Soz.-pol. Zentralblatt I, Nr. 13, 29.
2) Daselbst Nr. 4.
3) Daselbst Nr. 20, 14.

ganz verwirrende Anordnungen zu befolgen haben. Selbst eine Zentralstelle, die wie das Gewerbehygienische Museum in Wien alle bezüglichen Erfindungen und Verbesserungen allgemein zugänglich machen könnte, fehlt gänzlich. Und dabei hat das Reichsversicherungsamt statistisch nachgewiesen, daß über 43% der Unfälle auf Unzulänglichkeit der Schutzvorrichtungen zurückzuführen sind.

Die Alters- und Invalidenversicherung hat bis zum 30. Juni 1892 anerkannt 158296 Alters- und 5591 Invalidenrenten, in der Höhe von ca. 20 Million Mark.[1]) Auch bei der Ausführung dieses Gesetzes wird über die Härte einzelner Unternehmer geklagt. Es ist nämlich vorgekommen, daß solche nach Erlaß des Gesetzes Arbeitern, die über 70 Jahre alt waren, sobald sie die Altersrente erhielten, ihren Lohn so gekürzt haben, daß sie sich nun schlechter standen wie vorher.

Neuerdings ist nun von seiten verschiedener Sachkundiger, so auch von der Stuttgarter Handelskammer, der Vorschlag gemacht worden, die drei großen Versicherungen zu einer zu vereinigen, schon deshalb, damit nicht die Betriebskosten auch in Zukunft einen so großen Bruchteil der Einnahme verschlingen.[2]) Ob und wie dies durchzuführen sei, kann ich nicht beurteilen.

Die Arbeiterschutzgesetzgebung im engeren Sinne hat zunächst die Reichsgewerbeordnung in die Hand genommen und einen festen Boden für jene geschaffen. Freilich werden auch von den beteiligten Sachverständigen Klagen darüber erhoben, daß Unternehmer auch diesen sehr milden Arbeiterschutzvorschriften bezw. deren Durchführung Schwierigkeiten machten.[3]) Und dies ist ein Punkt, in welchem die Gesetzgebung wie die Handhabung bezw. die Vorschrift über die Ausführung derselben unzweifelhaft energischer und durchgreifender als seither verfahren muß. Freilich hat der preußische Landtag, wie wir gleich sehen werden, hierin kein gutes Beispiel gegeben. Soviel mir bekannt, werden in den Reichsgesetzgebungsinstanzen vor-

---

1) Der Vorstand der A.- u. J.-V.-A. für Sachsen und Anhalt hat (Juli 1892) ein Viertel der vorhandenen Überschüsse (circa 1 Million Mark) in Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter anzulegen beschlossen.

2) Soz.-pol. Zentralblatt I, Nr. 17.

3) Daselbst Nr. 19 u. a. Über die erziehliche Bedeutung des Arbeiterschutzgesetzes sprach Dr. Wolff auf dem 3. ev.-sozialen Kongreß (vergleiche den folgenden Abschnitt 3).

bereitet weitere Schutzgesetze für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter in Walz- und Hammerwerken, für die Arbeiter in Cichorienfabriken mit ihren überheißen (30 ° R.) Darräumen, in Zuckerfabriken, Drahtziehereien 2c. Auch bezüglich dieser wäre weitere Einschränkung der Arbeit von jugendlichen Arbeitern eventuell Beseitigung der Frauenarbeit dringend zu wünschen;[1]) denn daß diese verhältnismäßig wie auch Kinder so stark herangezogen werden, ist außer der zum Teil noch überlangen Arbeitszeit auch eine wesentliche Ursache der immer mehr überhandnehmenden Arbeitslosigkeit.[2]) Von sachkundiger Seite wird zunächst neuerdings verlangt: die Schutzvorschriften für jugendliche Arbeiter nicht, wie seither, auf solche von 14—16 Jahren, sondern bis 18 Jahren auszudehnen, auch besser dafür zu sorgen, daß nicht Knaben eingestellt werden, die allerdings konfirmiert, aber noch nicht 14 Jahr alt sind. Für die Nachtarbeit sollte jene Forderung sofort erfüllt werden.[3]) Im Zusammenhang hiermit wird fortwährend auf die Verbesserung der völlig unzureichenden Arbeiterstatistik, bezw. deren Neuschaffung gedrungen. Arbeitsstatistische Ämter sollten mit der Verarbeitung des lokal und persönlich erhobenen Materials betraut, und ihre Arbeit in stetiger Berührung mit den Arbeitern durch ständige Arbeiterkommissionen durchgeführt werden.[4]) Die eingesetzte Reichskommission für Arbeiterstatistik findet auch von sachkundiger Seite geringe Anerkennung.[5]) Die Beschwerden scheinen mir aber nur zum Teil begründet, jedenfalls stark übertrieben. Daß die Durchführung jener Statistik, wie jetzt die Dinge liegen, kein unanfechtbares Resultat gewährt, kann nicht geleugnet werden, aber man kann nicht auf einmal alles; man kann sie als einen erfreulichen Anfang bezeichnen: die Hälfte der Fragebogen wird von Arbeitern beantwortet, die Antworten der Unternehmer bezw. deren Angestellter bilden die entsprechende Gegenkontrolle, und da überdies alles in aller Öffentlichkeit geschieht, thäte man einstweilen gut, nicht in dieser Beziehung von vornherein die sozialistische Diskreditierung dieser Arbeit mitzumachen. Man warte vielmehr die Ergebnisse ab!

---

1) Soz.-pol. Zentralblatt I, Nr. 14.
2) Daselbst Nr. 28, 29.
3) Daselbst Nr. 10.
4) Daselbst Nr. 5.
5) Daselbst Nr. 14 u. a.

Die neue Gewerbeordnung verlangt vom 1. April 1892 ab Arbeitsordnungen und legt Wert darauf, daß Arbeiterausschüsse bei ihrer Aufstellung mitwirken. Diese Forderung hat bei vielen Unternehmern Unmut erregt, da sich diese noch immer nicht daran gewöhnen können bezw. wollen, die Arbeiter als gleichberechtigt anzusehen und mit ihnen auf gleichem Boden zu verhandeln; so konstitutionell sie politisch denken, so sauer wird es ihnen auf wirtschaftlich-sozialen Gebiet. Immerhin ist auch in dieser Beziehung eine Besserung eingetreten. In Baden z. B. ist es aus Anlaß dieser gesetzlichen Forderung nur zu einer Arbeitseinstellung gekommen, und diese ist alsbald durch verständiges Verhalten beider Teile friedlich-schiedlich beendet worden.[1]) Bei der Verwaltung der staatlichen Gruben des Saarreviers ist das Institut der Arbeiterausschüsse sogleich mit Erfolg eingeführt worden; auch der preußische Eisenbahnminister hat, wenn auch mit großer Beschränkung und nicht ohne Besorgnisse damit einen Anfang gemacht.[2])

In derselben Richtung liegt das Gesetz über die Errichtung gewerblicher Schiedsgerichte (vom 29. Juli 1890). Leider ist die Einrichtung derselben in der Hauptsache den Gemeindeverwaltungen überlassen, eventuell kann sie auf Antrag Beteiligter von der Landeszentralbehörde angeordnet werden.[3])

Um diese ganze Arbeiterschutzgesetzgebung auszubauen, ohne daß die deutsche Industrie einseitig von ihr getroffen würde, hatte der Kaiser, wie früher erwähnt und allgemein bekannt ist, zu einer „Internationalen Arbeiterschutzkonferenz" eingeladen; diese, beschickt von 13 Staaten, ist denn auch am 15. März 1890 zusammengetreten. Zunächst sollte eine Verständigung über die in dieser Beziehung herrschenden Wünsche herbeigeführt werden und zwar bezüglich 1. der Regelung der Arbeit in Bergwerken, 2. der Sonntagsarbeit, 3. der Kinderarbeit, 4. der Arbeit jugendlicher Arbeiter, 5. der Frauenarbeit, 6. der Ausführung der Konferenzbeschlüsse. Daß bei der heute herrschenden politischen und wirtschaftlichen Temperatur etwas Greifbares nicht zu stande kam, wird niemand wundern, daß der Versuch dazu gemacht wurde, wird die Mehrzahl der verständigen Leute nur billigen können. Daß aber gerade in Bezug auf den 1. Punkt die preußische Gesetzgebung nicht

1) Soz.-pol. Zentralblatt I Nr. 28.
2) Daselbst Nr. 7.
3) Daselbst Nr. 6, 10.

den gewünschten Erfolg hatte, wird man nur beklagen können. Zunächst wird gerügt, daß nicht das Reich diese Angelegenheit in die Hand genommen hat, nachdem es durch die Reichsgewerbeordnung bereits einen Teil des Arbeiterschutzes übernommen hatte. Hiergegen läßt sich wohl anführen, daß im Reich außer Preußen nur Sachsen bedeutenden Bergbau hat, auch muß zugegeben werden, daß der Reichstag sich seiner bezüglichen Aufgaben besser entledigt hat als der preußische Landtag. Bedenkt man, daß beinahe 400 000 deutsche Bergleute längst eines solchen Gesetzes bedurften, so erscheint der ganze Vorgang nicht unbedenklicher.

Das preußische Berggesetz war schon, wie es vorgelegt wurde, hinter den bezüglichen englischen zurückgeblieben, obschon der englische Bergwerksbesitzer dem Grundeigentümer mehr oder weniger zinsbar oder sonst verbindlich ist, wovon in Deutschland keine Rede ist. Diese Vorlage ist nun durch das Abgeordnetenhaus noch erheblich verschlechtert und es sind sowohl die bessern Absichten der Regierung als die verbessernden Anträge des Zentrums durch die Mehrheit abgelehnt worden; auch die Petition von Bergleuten an das Herrenhaus ist erfolglos geblieben. Wenn ich auch nicht mit allen Bemängelungen einverstanden bin, die geltend gemacht worden sind,[1]) so liegt doch in der Aufnahme, welche das Gesetz bei den Bergarbeitern, auch den christlichen, gefunden hat, eine Kritik, die schlimm genug ist. Eine Versammlung christlicher Bergleute erklärte, komme das Gesetz nach den Beschlüssen des Abgeordneten-Hauses zur Annahme — und das ist geschehen —, so sei dies ein Unglück, denn alle berechtigten Beschwerden seien ignoriert und damit dem sozialen Frieden in keiner Weise gedient. Kein Wunder, wenn nun auch diese Bergleute nur noch von der Internationale etwas erwarten, denn diese ist bezüglich der Bergarbeiter beruflich schon organisiert. Und der letzte internationale Bergarbeiterkongreß in England hat — etwa 900 000 Arbeiter waren vertreten — beschlossen: Achtstundenschicht für die Arbeiter unter Tag, inklusive Ein- und Ausfahrt; die Engländer lehnten die Beschlußfassung bezüglich der Arbeitszeit über Tag ab, was die anderen „Aristokratismus" nannten; der Beschluß über diese Differenz ist für den nächsten Kongreß (93) verschoben; außerdem verlangte der Kongreß umfassende Grubeninspektion durch von den Arbeitern gewählte, vom Staat bezahlte Inspektoren.

1) Soz.-pol. Zentralblatt I Nr. 2, 3, 13, 16, 19, 20.

Das gemeinsame Vorgehen wurde für die Zukunft gesichert durch einen Ausschuß, und die Begründung des internationalen Bergarbeiterverbands durch Annahme der Statuten ausgesprochen. Außerdem wurde beschlossen: „daß der Kongreß die Möglichkeit ins Auge faßt, durch einen internationalen Strike aller Bergleute den Achtstundentag zu erringen, daß er aber, ehe dieser Schritt unternommen werde, die Regierungen aller Länder noch einmal auffordert, Gesetze zu erlassen, welche verhindern, daß die Bergleute länger als acht Stunden beschäftigt werden". Außerdem beschloß die Mehrheit (die deutschen Delegierten enthielten sich der Abstimmung), „daß der erfolgreichste Weg, welcher den Bergarbeitern den Achtstundentag sichern kann, der der Gesetzgebung ist". Ich will mich der Hoffnung hingeben, daß dieser erneuerte Apell an die Gesetzgebung in Deutschland bezw. Preußen besseren Erfolg hat, wie früher. Denn, man erinnere sich nur, was jener mehrfach zitierte Sozialist im „Volksstaat" seiner Zeit schrieb, daß der Arbeiterstand zunächst sein Augenmerk auf Fabrikordnungen, Verkürzung der Arbeitszeit, Regelung der Löhne, Verwertung bezw. Schutz der Arbeitskraft richtet. Kommen ihm aber hierin Gesetzgeber und Unternehmer entgegen und erzeugen in ihm das Gefühl, daß er auf diesem Wege Erleichterung seiner Last und Besserung seiner Lage erreichen kann, so ist viel gewonnen. Man darf doch nicht glauben, daß der Arbeiter die Industrie vernichten will, denn er weiß doch, daß seine Existenz an ihren Bestand geknüpft ist; man kann um so eher auch auf Verkürzung der Arbeitszeit eingehen, als wo diese bis jetzt stattgefunden hat, eine merklich geringere Arbeitsleistung nicht eingetreten ist. Wie viel mit gutem Willen und haushälterisch bewahrter Kraft geleistet werden kann, weiß ja jeder. Ich halte es deshalb für dringend erforderlich, daß auf diesem ganzen Gebiete der Arbeiterschutzgesetzgebung, Arbeits- und Fabrikordnung ꝛc. Gesetzgeber und Unternehmer thatkräftiger und entgegenkommender sich zeigen als dies seither mehrfach noch geschehen ist.

Ein anderer Punkt, der stellenweise noch ein wunder genannt werden muß, ist das Gewerbeinspektorat. Dies hat zwar neuerdings eine erhöhte Stellung und Personalvermehrung erfahren, ist aber durch seine Verbindung mit den Kesselrevisionen in Gefahr gebracht worden, von diesem letzteren Amt erdrückt zu werden. Da nämlich die Kesselrevisionen nur Beamten übertragen werden können, die ein technisches Staatsexamen abgelegt haben, so muß dies Amt

Ingenieuren 2c. übertragen werden, die dem Standes- und Berufskreis der Unternehmer angehören oder nahestehen, also von vornherein um so weniger geeignet sind den Arbeitern als Vertrauensmänner zu gelten als bei ihrer Ernennung auf ihre sozial-politische Qualität nicht die entscheidende Rücksicht genommen werden kann. Dies Alles muß um so übler wirken, als der wohlfahrtspolizeiliche Charakter dieses Amts durch die neue Instruktion auf das höchste dadurch gefährdet ist, daß ihm untersagt ist, von seinem polizeilichen Strafrecht Gebrauch zu machen. Wenn der Gewerbeinspektor wirklich der von Staatswegen bestellte Anwalt der Schwachen und Bedrängten werden soll, so müssen jene Befugnisse wieder geteilt und die Gewerbeinspektoren bezw. -Räte lediglich nach dem Gesichtspunkt dieser Thätigkeit ernannt werden. Und da dies auch in anderen Staaten sich so verhält, die Einzellandtage aber in geringerem Grade als der Reichstag Verständnis für diese Angelegenheiten gezeigt haben, so würde auch das Gewerbeinspektorat auf das Reich zu übertragen und ihm die Auflage zu machen sein, umfassender und geordneter als seither die bezügliche Statistik zu bearbeiten und zweckentsprechender zur Veröffentlichung gelangen zu lassen. [1])

Es bedarf keines besonderen Hinweises darauf, daß die Sozialdemokratie in der Arbeiterschutz- 2c. Gesetzgebung eine Bewahrung des betreffenden Proletariats vor Versumpfung und Erziehung zum sozialdemokratischen Programm sieht; daß das letztere der Fall sei, hat Bebel anderwärts gerade nicht gesagt, und die Jungen sehen in dieser ganzen Arbeit nur eine Verstärkung des „Prestige der herrschenden Gewalt.“ Daß dies letztere richtig ist, bedarf keines Beweises, daß aber jenes letztere ganz eintritt, ist ebenfalls sicher, wenn jene Gesetzgebung mangelhaft bleibt, z. T. unwirksam wird, kurz halbe Arbeit macht. Daß die Sozialdemokratie weiter darauf ausgeht, die Organisation anderer Klassen, wie der Handlungsgehilfen, besonders aber des Handwerkerstandes zu beeinflußen, ev. zu hindern, liegt in der Natur der Sache. Jene sind schon mehrfach zum Anschluß an die Sozialdemokratie aufgefordert, auch bezügliche Vereinsgründungen versucht worden, bis jetzt, wie es scheint, ohne jeden Erfolg. Neuerdings planen nun Handlungsgehilfen und Gehilfinnen, Geschäftsdiener, Packer 2c. die Gründung eines Verbandes über ganz Deutschland.

1) Soz.-pol. Zentralblatt I Nr. 18, 21, 1, 29, besonders Nr. 27.

Und eine Konferenz der Delegirten aus ganz Deutschland soll im September 1892 in Berlin behufs Gründung eines solchen stattfinden. Nach den bis jetzt bekannt gewordenen Vorbereitungen wird diese wohl gelingen[1]) und zwar mit sozialistischem Anstrich.

Wie steht es nun mit der Handwerkerfrage?

Die Geschichte des deutschen Handwerks im 19. Jahrhundert kann kurzweg als Leidensgeschichte[2]) bezeichnet werden, die auf dem Gebiet der Gesetzgebung mit den Hardenbergischen Edikten von 1810 und 1811 beginnt und sich steigerte bis zur Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes (1869), aus der die liberale Mehrheit alle Bestimmungen herausgebracht hat, welche den Innungen noch hätten einen Halt gewähren können. Als sich die Übel immer mehr steigerten, wurde 1878 die Novelle zur Gewerbeordnung (Fabrikinspektoren, Lehrlingsordnung) angenommen (dagegen die Fortschrittspartei), und 1881 durch eine konservativ-klerikale Mehrheit eine Art Ausführungsgesetz zu den §§ 97—104 der Gewerbe-Ordnung geschaffen, welches nun Innungen schuf, diesen aber nur einen fakultativen Charakter gewährte. Diese neuen Innungen wurden durch weitere Zusätze 1884, 86 und 87 noch weiter fundiert, aber was die Handwerker verlangten und noch verlangen: Obligatorische Innungen und Befähigungsnachweis wurde von der Reichsregierung wie vom Reichstag abgelehnt. Es wird mit Recht darauf hingewiesen, daß die Handwerker jene gesetzlich gebotenen Handhaben und Hinweisungen (auch Normalstatut) zur Begründung freier Innungen nicht recht ausgenützt haben. Die Erfahrungen, welche man aber in Österreich seit 1883 mit der Zwangsorganisation des Handwerks gemacht hat, sprechen durchaus nicht zu Gunsten der Zwangsinnungen. Obwohl dort die Großindustrie noch lange nicht die erdrückende Macht dem Handwerk gegenüber hat wie bei uns; obwohl dort die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter bei weitem nicht so ausgebildet ist wie bei uns, Lohnerhöhungen also weit seltener den Handwerksmeistern von den Arbeitern abgerungen werden können, so dauern dort die Klagen fort wie bei uns. Die Haltung des allgemeinen deutschen Handwerker- und Innungstags (1892) war in dieser Beziehung nicht klar, den Antrag auf Auf-

---

1) Soz.-polit. Zentralblatt I Nr. 29.

2) Vgl. Schmoller, Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert, 1870; Danenberg, Das deutsche Handwerk und die soziale Frage, 1872, S. 80 ff.

lösung der freien Innungen[1]) hat er wohl abgelehnt, aber in anderen Punkten, z. B. bezüglich der Handwerkerkammern verhielt er sich abwartend. Mit besonderem Eifer wurde nur der Befähigungsnachweis gefordert, ohne den, wie einstimmig erklärt wurde, eine Wiederbelebung des Handwerks unmöglich sei. Auch hier ist ein Vergleich mit Österreich angemessen, denn der dort bestehende „Verwendungsnachweis" ist nichts wesentlich Anderes, und dieser hat dem Handwerk keine wesentliche Besserung gebracht; vielmehr zeigen dort die Grenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Gewerben, daß dergleichen die Elastizität bezw. Konkurrenzfähigkeit derselben einengt. Die Arbeitsteilung ist aber in vielen Handwerken so entwickelt, daß ein wirklicher Befähigungsnachweis einerseits zu einer unbegrenzten Spezialisierung des Handwerks, andrerseits zu einer außerordentlich beengenden Beschränkung der Berufsausübung führen würde. Aber wenn auch alles dieses nicht so wäre, so würde durch den Befähigungsnachweis die „regellose Konkurrenz" doch nicht gemindert werden, denn diese kommt weit weniger von den Meistern untereinander und den Pfuschern, als von der Fabrik- und Hausindustrie, die von dem Befähigungsnachweis nicht berührt werden. Dagegen ist allerdings die Forderung gerechtfertigt, die Konkurrenz der Gefängnisarbeit aufzuheben, auch das Submissionsverfahren bedarf der Reform. Aber, meint Herr von Bötticher mit Recht, die Handwerker müßten bedenken, daß sie nicht isoliert und nicht allein in der Welt seien; Hausierer wollen auch leben, Konsumvereine und solide Abzahlungsgeschäfte können mit Rücksicht auf die besitzlosen Klassen nicht verboten werden. Im Gegenteil ist es zu bedauern, daß von dem Reichsgesetz betr. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (vom 1. Mai 1889), welches die Gründung von Produktivgenossenschaften ermöglicht, sowie von dem Gesetz betr. Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht (vom 20. April 1892) nicht mehr Gebrauch gemacht wird. Der genannte Handwerkertag hat sich gegen das Genossenschaftswesen durchaus ablehnend verhalten, hier scheint dieselbe Kurzsichtigkeit vorzuliegen, die beim Beginn der Neuzeit zur Verzopfung der Zünfte geführt hat. Es ist ja allerdings richtig, daß das Handwerk seinen seitherigen Boden räumt, wenn es sich auf den der Genossenschaft, des gemeinsamen Ein- und Verkaufs rc. stellt, aber

1) Die Fleischerinnungen z. B. bilden in 900 Lokalinnungen einen deutschen Verband von 22,000 Mitgliedern.

es dürfte doch vorzuziehen sein, aus einer höheren Produktionsform durch freiwilligen Übergang zu ihr Nutzen zu ziehen, als auf der früheren zu beharren, bis man im Proletariat versinkt. Ich kann mich deshalb der sachkundigen Beurteilung nur anschließen, welche sagt: Wenn für jenen Übergang im Reiche Opfer gefordert, wenn zugleich ein Reichsgesetz über die Ausbildung der Lehrlinge in Lehrwerkstätten zur besseren Ausbildung derselben und zur Verhinderung ihrer Ausbeutung verlangt würde, wäre das gewiß zweckmäßiger als Zwangsinnung und Befähigungsnachweis. Auch darf auf die Vorteile hingewiesen werden, welche die Fortschritte der Elektrotechnik dem Handwerk in der Kleinkraftmaschine darbieten.

Wie die Sozialdemokratie durch den Auflösungsprozeß des Handwerks einen Zuwachs des Proletariats erwartet, so nicht minder durch den Niedergang der Landwirtschaft. Daß der Freihandel heutzutage auch die deutsche Landwirtschaft ruiniere, hat schon 1849 Marx (vergl. oben) ausgesprochen und neuerdings ins Einzelne angewendet die sozialdemokratische Presse. Auch hierbei wird sie von dem radikalen Liberalismus unterstützt. Auch seine Presse predigt die „Zerschmetterung der Junker", die Abschaffung der Kornzölle, sowie die Verbrämung aller dergleichen Forderungen mit dem Plädoyer für die Sorge um die Ernährung des „armen Mannes".

„In dem Kampf gegen die Kornzölle, schreibt darum die „Berliner Volkstribüne", ist die Sozialdemokratie einig mit dem Freisinn, der Unterschied besteht nur in den Motiven." Das ist nur zum Teil richtig, denn auch die Freisinnigen sehen in der grundbesitzenden Aristokratie die Hauptstütze des reaktionären Staats und in den Getreidezöllen die Stärkung jener. Nun schreibt jenes Blatt weiter: „Eine bloße Bourgeoisregierung steht niemals so fest wie eine aristokratische Regierung". Die Aristokratie muß deshalb gebrochen werden, indem man ihr die materielle Grundlage nimmt. Und nun entrollt jenes sozialdemokratische Blatt dieses Zukunftsbild:

„Durch Aufhebung der Kornzölle würden die Güterwerte plötzlich fallen. Nehmen wir hoch an, daß zwei Drittel der Güter noch in den Händen derer sind, die sie vor den Zöllen erworben haben, ein Drittel nur in den Händen von spätern, so ist klar, daß dieses eine

1) Soz.-polit. Zentralblatt Nr. 9; Hampke, Der Befähigungsnachweis im Handwerk, 1892.

Drittel unter allen Umständen bankerott ist. Aber auch die andern müssen ihre Ausgaben bedeutend einschränken, und jedenfalls wird sich eine außerordentlich große Zahl von Adeligen aus den öffentlichen Diensten zurückziehen müssen. An die Stelle treten natürlich irgend welche Herrn Müller, Cohn, Schulze u. s. w.; aber daß wir bei Bekämpfung derartiger Herren viel leichteres Spiel haben, als wenn wir Abkömmlingen von Geschlechtern gegenüberstehen, die seit Jahrhunderten das Herrschen gewohnt sind, ist wohl klar. Und ebenso klar ist es, daß in der Armee namentlich aus denselben Gründen die bürgerlichen Offiziere nie den Respekt haben werden, wie die aristokratischen. Die Vorfahren der einen haben geraubrittert, sind in den Krieg gezogen und haben nichts weiter gekannt wie Waffen; die Vorfahren der andern haben geschachert und den Kurszettel studiert. Das prägt sich auch in den Nachkommen aus. Das ist der sozusagen revolutionäre Wert der Abschaffung der Kornzölle."

Daß mit dem Ruin der grundbesitzenden Aristokratie durch Beseitigung der Getreidezölle auch die eines sehr großen Teils der Bauern verbunden sein würde, liegt auf der Hand. Und das hat die sozialdemokratische Presse ebenfalls schon mehr wie einmal ausgesprochen. Und daß sie auf die ungünstigen Verhältnisse namentlich im Nordosten Deutschlands [1]) baut, ist nicht minder bekannt. Nun ist es richtig, daß die französische Revolution eine ganz andere Verteilung des Grund und Bodens, sowie daß der Code Napoleon eine solche Zersplitterung des Grundeigentums hervorgebracht hat, daß als die bittere Frucht derselben das Zweikindersystem auch auf dem Lande gezeitigt worden ist, aber in Deutschland hat selbst unter der Herrschaft des Code, sowie des gemeinen Rechts die Einsicht und Zähigkeit der Bauern, die in nicht wenig Bezirken durch Territorialrechte (auch das erneuerte Höferecht) unterstützt wurde, einen Erbgang vielfach zu erhalten gewußt, der betriebsfähige Anwesen erhalten hat. [2]) Aber die Verschuldung des Grundbesitzes hat doch so überhand genommen, daß die Bauern vielfach Zinsarbeiter, Zinssklaven geworden sind.

Dieser Umstand, sowie die Mobilisierung des Grund und Bodens durch die Gesetzgebung, die ganze individualistische Wirtschaftstheorie mit

---

1) Vgl. Knapp, Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit, 1891, besonders S. 70 ff.

2) Über die ländliche Arbeiterfrage hat Nobbe auf dem zweiten evangelisch-sozialen Kongreß berichtet (vgl. Bericht).

all ihren üblen Folgen hat den Bauern die Notwendigkeit der Vereinigung klar gemacht. So viel mir bekannt sind zuerst in Westfalen und Bayern „Bauernvereine“ begründet worden. Nach einer Mitteilung des Freiherrn von Schorlemer-Alst ist zuerst ein Bauernverein zu Burgsteinfurt in Westfalen im Jahre 1860 entstanden; 20 bäuerliche Grundbesitzer traten dort zusammen, um den gegenwärtigen Besitzern das Ihrige zu erhalten. Dieser Verein hatte bald 400 Mitglieder. In den sechziger Jahren folgten andere, leider wurde ihnen das nachgesuchte Korporationsrecht nicht erteilt; von Schorlemer, der ihr Führer war, zeigte in drastischer Weise, wie das neue Hypothekengesetz den Grundbesitz in eine Art Papiergeld verwandle. Als die Regierung in diesen Vereinen politische Tendenzen zu erkennen glaubte, kamen sie dem zu erwartenden Schlag durch Selbstauflösung zuvor, und nun wurde durch Herrn von Schorlemer auf Grund eines neuen Statuts der „Westfälische Bauernverein“ von etwa 2000 Landwirten begründet (November 1871)[1], „der die sittliche Hebung seiner Mitglieder, seine materielle Kräftigung und die Erhaltung seines Besitzes erstrebt.“ Eins der größten Verdienste hat sich von Schorlemer auch dadurch erworben, daß er den Erlaß einer Landgüterordnung für Westfalen und vier benachbarte niederrheinische Kreise betrieb und durch den Bauernverein für die Grundbesitzer verwertete; auch eine große Anzahl gemeinnütziger Einrichtungen wurden von ihm angeregt beziehungsweise ausgeführt, so: Hagel-, Feuer- und Lebensversicherung, Konsumvereine, Spar- und Darlehnskassen, Schiedsgerichte, landwirtschaftliche Winter- und Haushaltungsschulen 2c. Nach diesem Vorbilde wurden dann der rheinische, triersche, hessische, nassauische, west- und ostpreußische, eichsfelder, schlesische und mittelbadische Bauernverein gegründet. Die Mitgliederzahl dieser katholischen Bauernvereine wurde für 1888 auf 85 000 Bauern angegeben. Auch von evangelischer Seite ist die Begründung von Bauernvereinen in die Hand genommen und besonders in neuester Zeit in Fluß gebracht worden; auch hat man in gemischten Bezirken endlich angefangen, gestützt auf die Geistlichen beider Konfessionen, mit der Gründung von Bauernvereinen vorzugehen. Man darf auf eine stetige und günstige Entwicklung derselben hoffen. Als wesentlichen Unterstützungsmittels bedienen sich die

1) v. Hammerstein, S. J. Winfrid oder das soziale Wirken der Kirche, 1889, S. 248 ff.

Freunde des Bauernstandes und dieser selbst der Raiffeissenschen Darlehnskassen; der Zentralverband derselben vereinigte Sommer 1892 schon 832 Genossenschaften solcher Kassen, der Umschlag derselben hat sich stetig gehoben, er betrug 1890: 10 Millionen, 1891: 12 Millionen, und beträgt 1892 voraussichtlich 18 Millionen Mark; das Grundkapital beträgt 1892: 5 Millionen Mark; die Verwaltungskosten betrugen noch nicht $1/_{10}$ %. Wie Kaiser Wilhelm I. seiner Zeit 30,000 Mark zur Verstärkung des Reservefonds schenkte, so der jetzige Kaiser 20,000 Mark, so daß derselbe 1892 schon 120,000 Mark betrug. Außerdem bestehen in allen Teilen des Reichs landwirtschaftliche Genossenschaften, die stetig anwachsen. Der nassauische Verband z. B. umfaßte bei der Gründung 10 Vereine, 1. Juli 1892 aber waren es schon 84 Vereine mit ca. 5500 Mitgliedern. Dem entsprechend haben auch die gemeinsamen Bezüge erheblich zugenommen, der Warenumschlag betrug z. B. im Jahre 1891 ca. 340,000 Mark. Auch anderwärts haben sich die Landwirte zusammengeschlossen[1]), zum Teil zu besonderen Zwecken und haben Verbände begründet zur Besserung der ländlichen Arbeiterverhältnisse, zum Schutz gegen die sozialdemokratische Agitation, gegen dolosen Kontraktbruch ꝛc., so z. B. im Königreich Sachsen, Herzogtum Braunschweig, in der Provinz Sachsen und Schlesien. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind seit dem Jahre 1884 zu einem Zentralverband geeinigt, der Ende 1890 schon 1550 Genossenschaften mit über 100,000 Mitgliedern umfaßte.[2]) Auch die Gesetzgebung hat neuerdings in die landwirtschaftliche Frage eingegriffen durch das sogenannte Rentengütergesetz (vom 1. Juli 1891), welches, für die östlichen Provinzen in erster Linie berechnet, den wesentlichen Zweck hat, die Ansiedlung kleinerer Besitzer zu fördern. Dies ist in unerwartet hohem Grade gelungen, es sind bis Frühjahr 1892 bereits 460 Güter zu solchen Zwecken erworben worden; nicht bloß haben Grundbesitzer bei dieser Gelegenheit entlegene, oder sonst für ihre Bewirtschaftung ungeeignete Landstücke gegen bar verkauft, sondern die stärkere Heranziehung seßhafter Leute wurde auch erzielt; diese fanden

---

1) Der „Deutsche Bauernbund" hatte 1891: 32,000 Mitglieder mit 4000 Ortsvereinen — viele Vereine gehören ihm nicht an — 25 Wanderlehrer und 97,000 M. Einnahme.

2) Die nach dem englisch-amerikanischen (H. George) Vorbild von M. Flürscheim nach Deutschland übertragene Agitation für sozialistische Bodenreform steht noch in ihren Anfängen.

lohnenden Nebenerwerb durch landwirtschaftliche Arbeiten und können den z. B. durch die Sachsengängerei hervorgerufenen Arbeitermangel verringern helfen. Auch Handwerker, die für die Ansiedlungen nötig waren, sind mit geringerem Landbesitz ausgestattet worden. Daß die Großgrundbesitzer so viel Land zum Verkauf bieten — in Hinterpommern z. B. einen Komplex von 20,000 Hektar — hat bei ihnen wohl seinen Hauptgrund darin, um den seßhaften ländlichen Arbeiterstand zu vermehren. Daß diese Kleinbesitzer für ein halbes Jahrhundert dann so gut wie an die Scholle gefesselt sind, ist richtig, aber wie froh wären Hunderttausende, wenn sie es wären. Auch mit Ansiedlung von Industriearbeitern auf solchen Rentengütern in der Nähe größerer Fabrikstädte des Ostens will man beginnen, damit diese Arbeiter gegen eine mäßige Rentenzahlung allmählich in Besitz von Grund und Boden und Gebäuden kommen können.

Die innere Kolonisation in größerem Stile ist auch in anderer Beziehung vielfach angeregt und an einzelnen Stellen begonnen worden; jedenfalls verdient sie weit mehr Beachtung als seither und vielleicht mehr Unterstützung als die überseeische. Die preußische Staatsforstverwaltung hat sich in neuerer Zeit die Aufforstung von ertraglosen Ländereien, namentlich in der Kassubei, in Masuren und in der Eifel angelegen sein lassen und war gleichzeitig darauf bedacht, auf den Holzanbau in den Gemeindewaldungen durch Lieferung von gutem Pflanzenmaterial anregend und fördernd zu wirken; für das Jahr 1891/92 hat sie über 90 Millionen Pflanzen zum Selbstkostenpreis aus den Staatsforsten an Waldbesitzer abgegeben. Ein anderer großer Kolonisationsplan ist von dem Obersten a. D. von Giese in Aachen in Angriff genommen und materiell unterstützt worden durch den Großindustriellen Gruson in Buckau-Magdeburg.

Er gründete nämlich, wie berichtet wird, „die Dampftorferde- und Dampfziegelei Saurbrodt“ auf dem Hohen-Venn der Eifel (Rheinpreußen), einer Gegend, die früher durch ihre Sümpfe, ihren Nebel und Regen verrufen war und zu zahlreichen Unglücksfällen Veranlassung gab. Aus dem von Oberst von Giese kürzlich veröffentlichten zweiten Jahresberichte geht hervor, daß das im Jahre 1889 von ihm lediglich im Interesse der armen Vennbewohner angelegte Werk jetzt 23 Gebäude mit 8000 Quadratmeter bedachter Grundfläche besitzt, daß vier Lokomobilen eine Torfstreu- und Mull-Fabrik, zwei Brenntorfpressen und die Dampfziegelei mit Ringofen betreiben, während

eine dreißigpferdige Tenderlokomotive alle Anlagen mittels des 5000 Meter langen Feldgeleises mit dem Bahnhof Saurbrodt verbindet. Seit drei Jahren beschäftigt dort Oberst von Giese 120 Arbeiter der nächstgelegenen Dörfer. Schon in den zwei ersten Betriebsjahren haben diese Anlagen fünf Auszeichnungen auf landwirtschaftlichen Ausstellungen errungen und reichen Dank bei allen Rheinländern geerntet.

Aber weit hinaus über die Eifel wird sich der Segen der von ihm begründeten ersten „Genossenschaft der Wohlthätigkeit und Nächstenliebe“ verbreiten, wenn nach dem am Schluß des letzten Jahresberichtes enthaltenen Vorschlag des Oberst von Giese die auf dem Hohen-Venn während einer dreijährigen harten und rastlosen Arbeit gewonnenen praktischen Erfahrungen bald benutzt werden, um alle norddeutschen Ödländereien zu kultivieren und die tiefliegenden durch den großen dampfschiffbaren Binnenlandkanal von der holländischen zur russischen Grenze zu entwässern. Derselbe soll die Hauptpunkte M. Gladbach, Crefeld, Duisburg, Münster, Minden, Hannover, Magdeburg, Berlin, Frankfurt a. O., Bromberg, Thorn (oder Graudenz), Allenstein, Mauersee, Gumbinnen, Königsberg und Memel berühren, mit den holländischen, russischen und den überschrittenen norddeutschen Flüssen durch aufsteigende Docks in Verbindung gesetzt werden. Gleichzeitig empfiehlt Oberst von Giese Desinfizierung aller bewohnten Orte mittels Torf, um so von fünfzig Millionen Einwohner jährlich fünfhundert Millionen Zentner doppelt wirksamen Dünger zur Kultur aller norddeutschen Ödländereien zu gewinnen, ohne dieselben der bisherigen Landwirtschaft zu entziehen.

Oberst von Giese hofft die vielen Ödländereien, d. h. Heide-, Sand-, Kies- und Steinfelder, Moore, Brüche und Sümpfe, die in Norddeutschland ja noch viele Quadratmeilen bedecken, allmählich in kulturfähiges Land verwandeln zu können. Nach seinen Vorschlägen soll der Staat die notwendigen Kanäle und Flußregulierungen mittels Anleihe durchführen, während anderseits alle Kulturen, Kolonisationen und bürgerliche oder militärische Verwertung der Ödländereien von einer in jeder Provinz zu bildenden „Genossenschaft der Wohlthätigkeit und Nächstenliebe“ durch tausend Anteile zu tausend Mark zum Heil und zum Segen des Landes und Volkes zu übernehmen seien. Für Spekulanten und Aktiengesellschaften ist in jenen Ödländereien allerdings kein günstiges Terrain, von hohen Zinsen und Dividenden kann dort keine Rede sein; auch sollen alle etwaigen Vorteile den armen

Bewohnern jener traurigen Gegenden erhalten bleiben. Schließlich deutet Oberst von Giese auf die großen Vorteile hin, welche sein Plan gerade jetzt für eine friedliche Lösung der Arbeiterfrage bietet. Bei jenen Kulturen können in jeder Provinz nahe ihrer Heimat viele tausend Arbeiter angestellt werden. Sicher verdienen die Vorschläge des Oberst von Giese die vollste Beachtung und Würdigung.]

---

3. Die sozialen und ethischen Mittel.

Es giebt Vereins- und genossenschaftliche Bildungen bezw. Einrichtungen, welche z. T. auf sozialem z. T. auf wirtschaftlichem Gebiet stehen. Die bezüglichen katholischen Bauern-Gesellen- und verwandten Vereine scheinen mir mehr auf letzterem — dafür spricht auch die Thatsache, daß neuerdings damit begonnen worden ist, die katholischen Gesellenvereine in Facheinigungen, also gewerkschaftlich zu gliedern — die betr. evangelischen Vereine mehr auf dem ersteren zu stehen bezw. ihre Wirkungen mehr dahin zu äußern, wovon dieser Abschnitt sprechen will. Daher diese Verteilung. Ebendahin sind meines Erachtens auch die sog. Arbeiterkolonien zuzurechnen, die in erster Linie nach meiner Auffassung nur erziehliche, also soziale Wirkung haben sollen.[1]) Von irgend einer weitergehenden Wirkung derselben kann nach der Natur der Sache nicht die Rede sein, so sehr man im übrigen die Einrichtung derselben billigen mag; sie sind mehr oder weniger Rettungshäuser für Erwchsene.

Die evangelische Kirche, die ja allerdings noch ein idealer Begriff ist, hat zuerst durch die innere Mission, wenn auch nicht unmittelbar, eingegriffen, da sie ebenso wenig ein bestimmtes wirtschaftliches System vertritt, wie sie den Heiland für einen Sozialreformer hält. Über die einschlägige Thätigkeit bezw. Einrichtungen der inneren Mission zu reden ist hier nicht der Ort; auch die Thätigkeit der christlich-sozialen Partei, Ende 1877 durch Pfarrer Todt auf evangelischer Seite hervorgerufen, bedarf hier keiner weiteren Darlegung.

---

1) Schon deshalb scheint mir die Beurteilung derselben durch Hansen a. a. O. S. 215 ff. nicht zutreffend.

Sie ist zwar durch die Thätigkeit insbesondere Stöckers weiter ausgedehnt worden, aber durch ihre Verbindung mit dem Antisemitismus und extremen konservativen Richtungen aus dem Geleise gekommen, dazu ist das Programm unklar und ohne rechten Zusammenhang mit den Grundlagen: z. B. die Aufforderung zur Abschaffung des Lohnsystems, die Verwerfung des bisherigen Eigentumrechts. Soviel mir bekannt, ist ein praktisches Ergebnis nicht erzielt worden.

Erst im Jahre 1890 ist von evangelischer Seite planmäßig die Arbeit aufgenommen worden durch den sogenannten Evangelisch-sozialen Kongreß, dessen 1. Zusammentritt Frühjahr 1890 stattfand. Es werden Vorträge in der Dauer von je 10 Minuten gehalten, denen eine Debatte bezw. Annahme von Thesen oder Resolutionen folgt. Letztere tragen in der Regel einen allgemeinen Charakter, jene nicht selten einen akademischen; die ganzen Verhandlungen werden dann in Broschürenform veröffentlicht und ein „Verzeichnis sozialer und volkstümlicher Schriften" beigefügt. Auf dem 1. Kongreß wurde vorgetragen über: 1) die Kirchengemeinde in sozialer Beziehung vom Pfarrer von Soden (im Anschluß an die bekannten Vorschläge von Sulze, worauf ich später zurückkomme), 2) Arbeiterschutzgesetzgebung von Dr. Kropatscheck, 3) Wohnungsnot der arbeitenden Klassen von Pfarrer v. Bodelschwingh, 4) die evangelischen Arbeitervereine von Pfarrer Weber, 5) die gegenwärtigen Bestrebungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik von Dr. Stegemann. Im Anschlusse an diese Vorträge wurden dann mehr oder weniger allgemeine Resolutionen gefaßt, auf die hier nicht einzugehen ist. Der 2. Kongreß, Frühjahr 1891, nahm Vorträge entgegen bezw. verhandelte und resolvierte über: 1) Religion und Sozialdemokratie von Prof. Hermann-Marburg, 2) Erziehung der gewerblichen männlichen Jugend vom Eisenbahndirektor Garbe, 3) Individualismus und Sozialismus von Stöcker, 4) Erziehung der gewerblichen weiblichen Jugend von Lehrer Dr. Kamp und die ländliche Arbeiterfrage von Ökonomierat Nobbe, 5) die kirchliche und soziale Notwendigkeit der Beseitigung aller Gebühren und Honorare für kirchliche Handlungen von Pfarrer Sulze. Der 3. Kongreß, Frühjahr 1892, geringer besucht wie die früheren, wies 350 Mitglieder und als letzte Jahreseinnahme 2500 ℳ auf. Den ersten Vortrag hielt Pfarrer Naumann über Christentum und Familie: Das Christentum spreche der Frau dasselbe Recht zu wie dem Manne, auch sie könne am Industrieleben teilnehmen; der Hauptzweck der Ehe sei die Kindererziehung. Dazu habe auch

die Kirche zu helfen; bessere Wohnungsverhältnisse seien zu erstreben, sowie überhaupt eine bessere ökonomische Stellung der Eltern, damit sie ihren Pflichten nachkommen könnten. Darauf hielt Regierungsrat Dr. Wolff einen Vortrag über die erziehliche Bedeutung des Arbeiterschutzgesetzes: Dies rufe alle Wohlmeinenden zur Hilfe auf, und seine Durchführung sei nur möglich durch die Mitwirkung sittlich hochstehender Werkmeister, sowie von Ärzten, Geistlichen und Lehrenden. Das Gesetz wolle sittlich erziehen durch Beschützung des Lebens, Erhaltung der Gesundheit und der Familie, Besserung der Lebensbedingungen. Die Erziehungsgrundsätze entsprächen der christlichen Ethik, die Erziehungsmittel bedürften noch der Ausgestaltung. Prof. A. Wagner kritisierte das Erfurter Programm der Sozialdemokratie (vgl. oben); er schloß mit der Erklärung, daß die soziale Frage vor allem eine sittliche Frage sei, deshalb sei die Hauptaufgabe: „sittliche Selbstzucht der Einzelnen und Förderung eines Jeden dabei durch die Liebe unter einander und durch Religion und Glauben, um auch im wirtschaftlichen Leben die schlechten Motive leichter überwinden, die besseren zu größerer Wirksamkeit bringen zu können“. Im übrigen vertrat Wagner seine bekannten Anschauungen vom ausschließlichen Staatssozialismus in schroffer Weise, während ein anderes Mitglied des Kongresses, Amtsrichter Kulemann, mehr den Standpunkt Brentanos, Selbsthilfe der Arbeiter durch die Gewerkvereine, die der Staat fördern müsse, vertrat. Nun konstatierte der erste Redner, Naumann, unter großem Bedauern, daß der Kongreß noch immer kein Programm habe, dies müsse vor allem geschaffen werden; die Kraft der Sozialdemokratie, so führte er mit Recht weiter aus, liege in der Kritik der bestehenden Verhältnisse, also weder in ihren Idealen noch Zukunftsbildern; so lange die Übelstände bleiben, folgen die Arbeiter der Sozialdemokratie, damit es „anders“ werde, deshalb müsse man vor allem auf Besserung der wirtschaftlichen Schäden bedacht sein; die Bekämpfung der sozialdemokratischen Lehren und Utopien verursache eine falsche Beruhigung (dieser Vorwurf trifft auch das sogenannte Sozialistengesetz); der Kongreß müsse sich mehr über das Berechtigte in der Sozialdemokratie klar werden. Über die Erziehung der gewerblichen Jugend äußerte sich Baumgarten und forderte dazu die Mitwirkung aller Gutgesinnten und zwar 1) zur Durchführung der Sonntagsruhe, 2) zur Erziehung der Lehrlinge während der Arbeit und in der Werkstatt, hierzu beantragte Göhre: in jeder Arbeitergruppe, zu der ein Lehrling gehört, wird ein erfahrener

Arbeiter, selbst Familienvater, mit seiner besonderen Aufsicht betraut; diese Vertrauensarbeiter bilden einen besonderen Arbeiterausschuß, der alle 4 Wochen unter dem Vorsitz des Fabrikherrn tagt, Bericht über die Führung der Jungen entgegennimmt und Direktiven für die Beaufsichtigung giebt. Dieser Antrag trifft den Nagel auf den Kopf, und seine allgemeine Ausführung würde nach mehr Richtungen günstige Wirkungen üben, als eine oberflächliche Betrachtung ergiebt. Als Forderungen stellte Baumgarten noch auf: Zucht auch außer der Werkstatt, Förderung des Fortbildungswesens, Herstellung guter Erholungsgelegenheiten. Zu dem letzteren Punkte wurde mit Recht, namentlich seitens des Regierungsrats Wolff bemerkt, daß es nicht praktisch sei, bei diesen durch Betonen des christlich-erbaulichen sich den Arbeiterkreis zu verengern; dieses sei für die Sozialpädagogik sehr wesentlich. Den Schluß machte ein Vortrag über moderne Wirtschaftsgenossenschaften von Pfarrer Baltzer. —

Wenn ich nicht irre, hat der letzte Kongreß selbst bei den Teilnehmern das Gefühl erzeugt, daß seine Erfolge u. s. w. nicht so seien, wie zu erwarten gewesen wäre. Da ich mich mit den Teilnehmern sympathisch verbunden fühle, bitte ich mich offen über diese Lage aussprechen zu dürfen.

Zunächst muß ich sagen, daß ich das Gefühl habe, der Kongreß arbeite ohne Arbeitsplan, ich meine damit nicht ein Programm, wie es vermißt wurde, obgleich auch ein solches auf die Dauer nicht entbehrt werden kann. Wenn es auch an sich wünschenswert ist, litterarisch in dieser Frage thätig zu sein, und wenn auch die sogenannten blauen Hefte des Kongreßausschusses manches Beherzigenswertes bieten, so muß doch im Auge behalten werden, daß diese Litteratur heute so angeschwollen ist, daß es eine Ausnahme genannt werden kann, wenn diese Heftchen in diesem reißenden, z. T. blutrot-gefärbten publizistischen Strom an den Mann kommen; der Ausschuß würde sich vielleicht die Frage vorlegen müssen, ob die aufgewandten Mittel entsprechenden Erfolg haben, bezw. ob jene Mittel — Zeit, Geld, Arbeit — nicht besser anzulegen seien; wenn ja, in was, wenn nein, ob nicht eine engere Verbindung mit der Presse zu suchen ist zur Sicherung der Verbreitung, bezw. ob man diese nicht durch jene ersetzen will. Die sogenannten Mitteilungen des evangelisch-sozialen Kongresses sind mir nicht bekannt, daß dergleichen aber am Platze ist, begreift sich; sehr praktisch ist die Auskunftsstelle für evangelisch-soziale Angelegenheiten, nur ist auch diese lange nicht bekannt genug, also müßte die Presse

besser davon in kurzen Notizen verständigt werden. Auch gegen die Organisation will ich keinen Einwand erheben, aber die „Methode" kann ich nicht für durchaus zweckmäßig erachten. Auch wenn der Kongreß wie seither die Hauptsache bleiben soll, so muß er doch, wie gesagt, nach einem Plan arbeiten, und diesen vermisse ich. Zunächst ist nicht zu billigen, daß der Kongreß so vielerlei und oft recht akademische oder ganz allgemein gehaltene Gegenstände auf die Tagesordnung bringt, die dann nach der Natur dieser Dinge im Sand oder in allgemeinen Resolutionen verlaufen, die ohne Nutzen für die Förderung der Sache sind. Es ist gewiß gut, der deutschen Vielrederei einen Geschäftsordnungsriegel vorzuschieben, aber was kann in 10 Minuten für grundlegende Fragen, und um diese sollte es sich in erster Linie handeln, förderlich-grundlegendes vorgetragen werden? Jeder Kongreß müßte meines Erachtens nur eine, in sich sachlich geschlossene und beschränkte Gruppe des einschlägigen Materials zur Verhandlung stellen. Ferner dürften doch im Schoße des Kongresses nicht solche Grunddifferenzen hervortreten, wie beim letzten. Wenn man nicht einmal weiß, ob extremer Staatssozialismus oder Selbsthilfe ausschließlich die wirtschaftspolitische Operationsbasis sein soll; wenn man nicht sich darüber verständigt hat, daß die soziale Frage nicht bloß eine wirtschaftliche, oder ethische, oder soziale, oder politische, sondern alles zusammen ist, so kann auch nichts Erhebliches zur Behandlung derselben beigetragen werden. Diese Arbeit, bezw. Verständigung muß alsbald geschehen, um darauf ein Programm und einen genauen Arbeitsplan entwerfen und darnach arbeiten zu können. In jenem müssen meines Erachtens jene Faktoren der Frage berücksichtigt, und dabei die Gefahren der Extreme vor allem vermieden werden. So hoch ich auch Ad. Wagner schätze, so kann er doch auf wirtschaftlichem Gebiet jetzt als Haupt- und alleiniger Berater des Kongresses nicht besonders günstig wirken, weil er den Staatssozialismus zu ausschließlich betont und unter den Nationalökonomen[1]) deshalb sowie aus anderen Gründen durchaus isoliert ist. Isoliertsein ist an sich, zumal heutzutage, nicht selten ein Zeichen, daß man auf dem rechten Wege ist, aber in diesem Fall kann dies mit Grund nicht behauptet werden, hier würde ein Anlehnen an den Verein für Sozialpolitik, von dem gleich die Rede sein wird, für den Kongreß, schon aus praktischen Gründen,

1) Vgl. A. Held, Sozialismus, Sozialdemokratie und Sozialpolitik, 1878, S. V ff., S. 123 ff.

ratsamer sein. Auch bei den übrigen Faktoren hätte sich der Kongreß vor allen Extremen zu hüten, wie jeder, der praktische Politik zum Wohl seines Volks treiben will; die sozialistischen Velleitäten R. Todts und vieler Christlich-sozialen, die hochkirchlichen und exklusiv-konservativen Neigungen müssen vermieden bezw. zurückgedrängt werden, denn hochkirchliches Wesen ist unevangelisch und mit redlichen Gemäßigtliberalen können und sollen die Gemäßigtkonservativen zusammenarbeiten, sonst wird nichts anderes erreicht als ein neuer Kaukus, der bald verschwinden, oder unwirksam werden, oder als Ruine übrig bleiben wird. Ohne jene Verständigung auf breitem Grund und mit Vermeidung aller Extreme und ohne einen darauf begründeten Arbeitsplan kann der Kongreß zu nichts kommen; und das würde im höchsten Grade zu beklagen sein.

Die evangelische Kirche hat aber auch begonnen durch ihre Organe, besonders auch die Selbstverwaltungsorgane, die Synoden, die soziale Frage zu behandeln bezw. Mittel und Wege aufzusuchen und zu beschreiten und anzuwenden, die geeignet sind, den Heilungsprozeß anzubahnen bezw. zu fördern. In dieser Richtung und diesem Zusammenhang sind wesentlich folgende Punkte hervorgetreten. Die Kirche hat versöhnend in die Klassengegensätze einzugreifen bezw. auf sie zu wirken, sie muß dem christlichen Geist Einfluß auf die Gestaltung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Volks zu verschaffen suchen. Namentlich ist zu erstreben: lebhaftere Durchdringung des Volks mit christlicher Weltanschauung, Pflege des Familiensinns und der Heimatliebe, Erweckung des Bewußtseins gemeinsamer Interessen bei Eltern und Kindern, Herrschaft und Gesinde, Arbeitern und Unternehmern; Bekämpfung der Unsittlichkeit und des Übermaßes im Alkoholgenuß, Förderung der Werke christlicher Liebe als Fürsorge für Arme und Kranke, Gründung von Kinderbewahranstalten, Miets- und Pfennig-Sparkassen; Einrichtung von Volks-, Familien- und Gemeinde-Abenden, Volksbibliotheken, Vorträgen ꝛc. Sehr ersprießlich ist die Thätigkeit einzelner Pfarrer gewesen schon bei der Bekämpfung namentlich des ländlichen Wuchers z. B. durch Begründung Raiffeissenscher Darlehnskassen, Bauern-, Gesellen- und Arbeitervereine. Hier eröffnet sich den Kirchen ein unermeßliches Gebiet wirtschaftlicher, sozialer und sittlicher Arbeit, nur muß immer und immer wieder der dringende Wunsch und die lebendige Hoffnung ausgesprochen und zur Geltung gebracht werden, daß die christlichen Kon-

fessionen endlich aufhören sich selbst zu bekämpfen, sondern sich in ihrem Bestand ein für allemal anerkennen und in ihrer Eigenart achten. Jede wirke in ihrem Gebiet und in ihrer Weise und stelle das Übrige dem Allmächtigen und Allweisen anheim. —

Der seit etwa 10 Jahren wirkende Verein für Sozialpolitik schließt durch sein Programm sowohl die Sozialdemokratie als auch das Manchestertum aus, desgleichen den extremen Staatssozialismus nach der Art Rodbertus', R. Meyers und Ad. Wagners. Dieser Verein bekennt sich zu der Überzeugung, „daß das unbeschränkte Walten teilweise entgegengesetzter und ungleich starker Einzelinteressen das Wohl der Gesamtheit nicht verbürgt, daß vielmehr die Forderungen des Gemeinsinns und der Humanität auch im wirtschaftlichen Leben ihre Geltung behaupten müssen, und daß das wohlerwogene Eingreifen des Staates zum Schutz der berechtigten Interessen aller Beteiligten zeitig wachzurufen ist.“ „Diese staatliche Fürsorge sehen wir, sagt das Programm des Vereins, nicht als Notbehelf oder unvermeidliches Übel an, sondern als Erfüllung einer der höchsten Aufgaben unserer Zeit und unsrer Nation.“ Zu den Führern dieses Vereins gehören in erster Linie Schmoller, Brentano, Held, v. Scheel, Laspeyres u. a. Der Verein ist, wie man sieht, eine sozialpolitische Kompromißpartei, und ohne eine solche ist die Zusammenfassung der nötigen Kräfte und die auf sie zu basierende Wirksamkeit nicht möglich; der Verein hat sogar mit dem entschieden freihändlerischen „Volkswirtschaftlichen Kongreß“ Fühlung zu gemeinsamer Thätigkeit gesucht, freilich, wie dies in der Natur der Sache liegt, ohne Erfolge; dieser Annäherungsversuch war wohl auch für Ad. Wagner das deutliche Anzeichen, sich von ihm fern zu halten. Die Thätigkeit des Vereins seit seinem Bestehen ist eine sehr umfassende und hier auch nicht in kürzestem Umriß darstellbare; daß sie aber auch auf die Gesetzgebung nicht bloß anregend, sondern auch klärend und fördernd gewirkt hat, darf nicht bezweifelt werden. Für Herbst 1892 hat er seine Generalversammlung nach Posen ausgeschrieben und in der betr. Ankündigung erklärt: „Der Verein, der in seiner letzten Versammlung die industrielle Arbeiterfrage behandelte, glaubte diesmal seine ganze Kraft auf die wichtige Frage konzentrieren zu sollen, in welcher Lage die ländlichen Arbeiter sich befänden, welche Reformen hier angezeigt seien; er meint, daß dies nur möglich sei im Zusammenhang mit der Erörterung jener anderen, ob unser kleiner Bauernstand sich erhalten lasse, ob man

demgemäß die innere Kolonisation zu fordern habe, ob die Bestimmungen unseres heutigen Rechtes über Vererbung, Verschuldung ꝛc. zweckentsprechende seien. Die Frage der Erhaltung unseres deutschen Bauernstandes ist die Frage der sozialen Zukunft des deutschen Reiches; daher haben alle Parteien, alle Klassen, noch mehr alle Patrioten dringend Ursache, sich über sie klar zu werden.“ Dazu kann man nur seine volle Übereinstimmung und die hoffnungsvolle Erwartung aussprechen, daß es dem Verein gelingen möge, für diese Lebensfrage festen Boden und beschreitbare Wege zu finden. —

Auf keinem Gebiet des modernen öffentlichen Lebens dürfte der atomistische Individualismus sich in einem solchen Über- und Unmaß zeigen wie im Vereinswesen, neuerdings genannt Vereinsmeierei. Man nehme nur das Adreßbuch einer deutschen Mittelstadt von 60—70 000 Einwohnern in die Hand. Da stehen: 134 Vereine, exklusive natürlich aller Genossenschaften, Gesellschaften, Innungen ꝛc.; unter diesen 134 Vereinen sind allein 25 Gesangvereine, 17 kirchliche; rein gesellige sind nur 6 angegeben, es sind aber mindestens dreimal soviel, also rund etwa 150 Vereine, und wie viel Vereinen ein Einzelner angehört, ist nicht zu berechnen. Hier fehlt der Raum, sie gruppenweise zu charakterisieren, krankhaft und sonderbar genug sind schon gar manche dem Namen nach; da ist der „Allwohl-Bund“, dessen Vorsteher im Sommer 1892 wegen Schmähung der christlichen Religion zu Gefängnis verurteilt wurde, sodann der „allgemeine deutsche Verband“, der zur selben Zeit sich den Dank französischer Blätter dadurch zu verschaffen gewußt hat, daß er in einer seiner Mitteilungen durch einen Aufsatz dem deutschen Volk die Verpflichtung auflegen wollte, die Franzosen für Elsaß-Lothringen dadurch zu entschädigen, daß sie ihnen den Besitz von Ägypten verschafften.

Aber die Vereinsmeierei hat auch eine sehr ernste Seite, sie verdirbt den Boden für jede ernste und nachhaltige Vereinsarbeit, sie verflacht die Menschen und verflicht sie immer mehr und fester in das Schwungrad des Alltagslebens; vor jeder neuen Vereinsgründung ist also mit besonderer Sorgfalt die Notwendigkeits-, sowie die Existenz- und Wirkungsfrage zu stellen, jeder sollte sich auf das sorgfältigste hüten, einem Verein persönlich oder pekuniär verpflichtet zu werden, den er nicht für nötig hält, nur so können wieder einzelne zum Absterben gebracht und Raum geschafft werden für die Thätigkeit und die Existenzmittel der notwendigen Vereine.

Zu diesen gehören vor allem heutzutage die christlichen Arbeitervereine.[1]) Wie die christlich-sozialen Gesellen- 2c. Vereine katholischen und mehr wirtschaftlichen Charakter haben, so sind die evangelischen nun erst im Begriffe, auch ihren wirtschaftlichen Charakter zu entwickeln. Ende Juli 1892 waren es 200 000 Mitglieder in vielleicht 1000 Vereinen.[2]) Der Begründer dieser Vereine ist der Bergmann Fischer in Gelsenkirchen, welcher mit evangelischen Arbeitern aus dem Verein katholischer Bergarbeiter austrat, weil sie sich konfessionell bedrückt fühlten. Außer Arbeitern gehören diesen Vereinen auch Handwerker, kleine Beamte und Männer aus den höheren Berufsklassen an. Für den ganzen Verband besteht eine Hilfskranken- und Begräbniskasse. (Beiträge freiwillig, beim Tode des Mannes werden der Frau 50 Mark bezw. umgekehrt 30 Mark bezahlt); manche Vereine haben auch Konsumvereine und Sparkassen; die Bildung von Baugenossenschaften zur Beschaffung billiger Wohnungen für Arbeiter wird betrieben; gesellige, auch musikalische Abende und Vorträge bieten sie alle, desgleichen Auskunftsstellen für Fragen der Versicherung 2c. Einige haben Vereinshäuser, auch ist ein Feierabendhaus vorhanden; ferner haben sie gemeinsame Kalender, Liederbuch, Zeitung und das Handbuch, welches vollen Aufschluß über die Vereinssache giebt. Viele haben auch Bibliotheken und jährliche Stiftungs-, Kreis- und Landesverbandfeste. Manche große Vereine haben auch angefangen ihre Mitglieder in Werkgenossenschaften zu gliedern, an deren Spitze je 1 Gewerkgenosse steht. Diese Gruppen fördern die fachmäßige Belehrung. Im Notfalle vermitteln die Vorstände zwischen Arbeitern und Unternehmern, auch bemühen sie sich um Arbeiterschutz. Das oben genannte Handbuch giebt als Zweck des Arbeiter-Vereins an: an der Lösung der sozialen Frage mitzuarbeiten; als evangelisch bezeichnen sie sich, weil ihr gemeinsamer Grund der evangelische Glaube ist; jedes politische Programm verwerfen sie, weil dies nur ein Parteiprogramm sein könnte.

Die Aufgabe, die sie sich gestellt haben, bezeichnen sie selbst als eine fünffache; 1) als gesellschaftliche: Bekämpfung des Klassen- und Standes-Mißtrauens, Überbrückung der sozialen Kluft durch Zusammen-

---

1) Vergl. Verhandlungen des Ersten evangelisch-sozialen Kongresses S. 87 ff.

2) Die Zahl der katholischen Arbeiter-Vereine wird zur selben Zeit auf 400 mit ca. 85,000 Mitgliedern berechnet.

künste und Verkehr, Hebung des Arbeiterstandes, Pflege edler Geselligkeit im Gegensatz zur Vergnügungssucht und sinnlich-rohen Genüssen, 2. wirtschaftliche: zwischen Arbeitern und Unternehmern wollen sie ausgleichen und versöhnend wirken, Ausstand und Boykott verwerfen sie und erstreben ein Vertrauensverhältnis; sie sorgen für Erklärung der bestehenden Arbeitergesetze und geben im Einzelnen Auskunft bezw. Rat, in Notlagen gewähren sie Unterstützung durch Arbeitsnachweis, ferner materielle Unterstützung in Krankheits- und Sterbefällen, gewähren Darlehen, richten ihre Aufmerksamkeit auf Heranbildung von Lehrlingen in Handwerk und Industrie, sowie auf wirtschaftliche Ausbildung der Mädchen und wollen den Sinn für Sparsamkeit und Genügsamkeit wecken; 3. vaterländische: sie pflegen vaterländische Gesinnung durch Vorträge, Feste und Lieder; 4. sittliche: Kampf gegen Unsittlichkeit, Trunksucht, Spielwut, schlechte Lektüre, Roheit und Gemeinheit in Gesinnung und That, gegen Lieblosigkeit, Selbstsucht und Materialismus, 5. religiöse: sie verlangen Treue gegen das evangelische Bekenntnis und Bethätigung desselben im Leben, sie erstreben Belehrung über wichtige religiöse Fragen, sowie sittlich-religiöse Erneuerung des ganzen Volks. Ihr Wahlspruch ist: Thuet Ehre Jedermann, habt die Brüder lieb, fürchtet Gott, ehret den König!

Die evangelischen Arbeitervereine in Württemberg (15 mit ca. 1900 Mitgliedern) erklärten auf ihrer letzten Hauptversammlung (März 1892) sie erstrebten kürzere Arbeitszeit, angemessenen Lohn, größere Existenzsicherheit und volle Geltung im öffentlichen Leben, erkennen die Mißstände des herrschenden Kapitalismus an; sie wenden sich aber mit aller Entschiedenheit gegen die Sozialdemokratie, 1. weil die Sozialdemokratie eine christentumfeindliche Weltanschauung ist, sie selbst aber das Christentum bekennen und wert halten, 2. weil sie treu zu Fürst und Vaterland stehen, im Vertrauen, daß dadurch das Interesse des deutschen Arbeiterstandes am besten geschützt werde; 3. weil sie die Gestaltung der sozialdemokratischen wirtschaftlichen Ziele weder für möglich noch für ersprießlich halten, 4. weil sie die von Klassenhaß erfüllte Agitation der Sozialdemokratie nicht billigen, sondern glauben, daß nur in Fühlung mit den anderen Ständen und im Bunde mit den ihnen Wohlgesinnten wirklich und dauernd bessere Zustände herbeigeführt werden können; die Notlage der Landwirtschaft und das Bedürfnis nach Staatshilfe für dieselbe wird völlig anerkannt, und jede dahingehende Bestrebung unterstützt (vgl. Soz.-pol. Zentrbl.

Nr. 13). Es kann diesem Programm Umsicht, Klarheit und Mäßigung nicht abgesprochen werden, desgleichen erscheint hier der konfessionelle Gesichtspunkt hinter dem christlichen, der soziale hinter dem wirtschaftlichen zurückgestellt; es giebt Sachkundige (s. Soz.-pol. Zbl.), welche zwei Strömungen: eine konservativ-kirchliche und eine mehr arbeiterfreundlich-sozialistische in diesen Vereinen zu erkennen und ihnen also eine Krisis in Aussicht stellen zu sollen glauben. Jedenfalls muß zunächst die weitere Entwicklung abgewartet werden.

Von großer Bedeutung sind auch die evangelischen Männer- und Jünglingsvereine, welche neuerdings sich stark — über 400 000 Mitglieder — entwickelt haben. Sie haben durchweg religiöse Übungen, Bibelstunden und kurze Andachten, sie pflegen christliche Geselligkeit, Fortbildung und Unterstützung; sie gewähren außer Bibliothek, Lesezimmer und Vorträgen für sehr geringen Entgelt Unterricht in fremden Sprachen (z. B. 10 Pfg. die Stunde), auch Zeichnen und Stenographie; einzelne haben auch Sparkassen; diese Vereine sind oft die Rettungsanker für angehende Handlungsgehilfen, auch veranstalten sie — die Leitung haben immer Geistliche — für einzelne Berufe besondere Erholungsabende mit kurzen Andachten, z. B. für die im Gast- und Wirtshausgewerbe beteiligten um Mitternacht, so daß auch diese viel geplagten Arbeiter Erholung und die Liebe anderer zu spüren bekommen.

Kurz mag noch der Sittlichkeitsverein erwähnt werden, der gegen die Unzucht in jeder Form, namentlich aber gegen die staatlich konzessionierte Prostitution in Wort und Schrift arbeitet.

Wesentlich evangelisch-christlichen Charakter trägt der Verein für christliche Volksbildung in Rheinland und Westfalen.

Seit etwa Jahresfrist ist von katholischer Seite der Volksverein für das katholische Deutschland begründet worden. Er ist offenbar als der Sammelpunkt derjenigen Katholiken gedacht, welche in den andern sozialpolitischen Vereinen keine Sammlung haben finden können. Die Vereinsleitung ist nicht bloß rührig, sondern auch praktisch und hat schon erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen, nach einer Mitteilung der Vertriebsstelle des Vereins in M.-Gladbach betrug die Zahl der Mitglieder Ende August (1892) 120 000. Jetzt beabsichtigt der Verein daselbst zur „Hebung und Förderung der sozialen Studien und praktisch-sozialen Bestrebungen“ im Herbst 1892 eine Reihe wissenschaftlicher und praktischer Vorlesungen zu veranstalten, offenbar auch,

um besser und mehr sozialpolitisch geschulte Leute, welche der sozialdemokratischen Agitation mit Erfolg entgegentreten können, sich zu bilden. Die Vorlesungen sind auf den Zeitraum von zwei Wochen berechnet, in der Weise jedoch, daß der Montag der ersten und der Samstag der zweiten Woche ausfällt. Täglich finden morgens drei Vorträge von je einer Stunde statt, nachmittags sollen Wohlfahrtseinrichtungen: Hospize, Fabrikeinrichtungen, Vereinshäuser, Arbeiterwohnungen, Haushaltungsschulen u. a. besucht werden. Der Abend soll bei geselliger Zusammenkunft Gelegenheit zu freier Erörterung interessanter einschlägiger Fragen bieten. Überdieß steht eine vom Verein eingerichtete reichhaltige Bibliothek zur Verfügung. Als Teilnehmer sind in erster Linie jüngere Geistliche, speziell die Vorsitzenden der Arbeitervereine, Seminaristen und Theologen in Aussicht genommen. Weiterhin sind aber auch Juristen, Publizisten, Verwaltungsbeamte, Söhne von Fabrikanten, Direktoren, Ingenieure ꝛc. kurz alle willkommen, die sich für die Fragen interessieren und nach ihrer Vorbildung im Stande sind, solchen Vorträgen zu folgen. Diesem Unternehmen kann man nur besten Erfolg und alsbaldige weitere Nachahmung wünschen. Sollten denn auch unsre deutschen Universitäten m. m. ihren englischen Kommilitonen so ganz unähnlich in ihrem Verhalten zur Sozialpolitik bleiben wollen? Sollte der Staat nach wie vor sozialpolitische Belehrungen von seinen Bildungsanstalten ausschließen wollen?

Zu den wichtigsten und stärksten Gliedern der antisozialistischen Kette gehören die **Kriegervereine**. In organisierten Verbänden haben sich über 10 000 Vereine mit ca. 900 000 Mitgliedern zusammengeschlossen; nicht zu Verbänden gehörige Vereine giebt es noch einige Tausend mit 3—400 000 Mitgliedern, sodaß die Gesamtzahl der Kriegervereinler ca. 1 200 000 betragen mag. Wenn es auch unter diesen einige sozialistisch gestimmte oder gesinnte geben mag, so ist der Kriegervereinler doch eine Art Krieger im Bürgerrock, da bei dem Eintritt in die Kriegervereine im wesentlichen die Verpflichtungen des Fahneneids von neuem übernommen werden. Der 1. Paragraph ihrer Satzungen lautet nämlich: Zweck der Vereine ist Pflege der Liebe und Treue zu Kaiser und Reich, zu Fürst und Vaterland, Stärkung und Hebung des Nationalbewußtseins. Diese Vereine stehen also auf dem Boden des monarchischen, nationalen Staats mit Ausschluß des Partei-Unwesens. Die nationale Bedeutung dieser Vereine liegt somit auf

der Hand; die Pflege der Kameradschaft giebt ihnen aber auch eine soziale Bedeutung, denn eine solche Lebensverbindung verlangt das Zusammenhalten aller Mitglieder, gegenseitiges Helfen mit Rat und That, Unterstützung notleidender Kameraden, sowie deren Hinterbliebenen. Daß dies mit Ernst und Erfolg betrieben wird, beweist z. B. das Kriegerwaisenhaus zu Römhild, welches über 100 Kinder ehemaliger Soldaten erhält und erzieht, lediglich aus freiwilligen Beiträgen von Kameraden. Neuerdings wird auch mehr die Pflege der Beziehungen der verschiedenen Gesellschaftsklassen zu einander auf diesem gemeinsamen Boden betrieben. Leider zeigt sich bei den höheren, beziehungsweise sogenannten gebildeten und besitzenden Klassen hierfür noch recht wenig Verständnis. Sehr, sehr viele wollen nicht mit ihren Knechten, oder sonst Bediensteten einem Verein angehören; daß sie sich dabei selbst am meisten im Lichte stehen, besonders auf dem Lande, scheinen sie nicht zu bemerken. Eine kleine Besserung ist neuerdings bemerkt worden.

An diese Vereine können noch unter gewissen Modifikationen, die jedem Leser überlassen bleiben können, die Turnvereine, die fortwährend im Wachsen sind, angereiht werden: 5000 Vereine mit ca. 450 000 Mitgliedern.

Wie die Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine trägt auch der Verein für Verbreitung von Volksbildung von Haus aus einen liberalistischen Charakter. Derselbe zerfällt in eine Anzahl von Zweigvereinen und sucht nicht bloß durch Vorträge und Volksbibliotheken, sondern auch Eröffnung beziehungsweise Unterstützung von Fortbildungsschulen, z. B. für Mädchen Haushaltungs- und Kochschulen, auf die Hebung der unteren Volksschichten günstig einzuwirken. Bezüglich seiner Ausdehnung und Erfolge habe ich sichere Nachrichten nicht erlangen können.

Allen diesen sozialen Bestrebungen gegenüber läßt es auch die Sozialdemokratie an entsprechenden Anstrengungen nicht fehlen: zu den bedeutenderen sozialistischen Agitationsmitteln gehören die Arbeitergesangvereine. Die Berliner Arbeitergesangvereine haben sich z. B. zu einem Arbeitersängerbunde zusammengethan, der Frühjahr 1892 über 1000 Mitglieder hatte; ähnliche Gründungen haben auch in Hamburg stattgefunden und sollen auch auf andre Städte ausgedehnt werden. Mit diesen Gesangvereinen sucht man vor allem die Landagitation vorzubereiten, beziehungsweise zu unterstützen; demselben

Zweck dienen ausschließlich die sogenannten landsmannschaftlichen Vereinigungen, aus denen die betreffenden landsmännischen Landagitatoren hervorgehen und ausgesendet werden sollen, wie dies z. B. für ostpreußische und andere Distrikte von Berlin aus schon geschehen ist. In Berlin bestanden im Frühjahr 1892 20 solcher landsmannschaftlichen Vereine. Ferner standen der Berliner diesbezüglichen Agitation zur selben Zeit zur Verfügung: 60 Gesang-, 60 Vergnügungs-, 20 Musik-, 15 Turn-, 30 Theater-Vereine, dazu kamen 30 Rauch-, 16 Kegel- und ungezählte Lese- und Disputierklubs, im ganzen sind es ca. 300 Vereine, welche in Berlin der sozialdemokratischen Parteileitung zur Verfügung stehen. Desgleichen sucht diese immer mehr berufliche Organisationen um sich zu sammeln, wie Musiker, Droschkenkutscher u. s. w. —

Auch in Deutschland sind mit Erfolg Versuche mit Wohlfahrtseinrichtungen gemacht worden, die die Lage der arbeitenden Klassen zu bessern bestimmt sind. Auf dem ersten evangelisch-sozialen Kongreß ist auch, wie bemerkt, diese Frage verhandelt [1]) und von dem Vortragenden einzelne dahingehende Einrichtungen, wie Volkskaffeehäuser, Abendnähschulen, Genesungshäuser, Haushaltungsschulen, Näh-, Flick- und Strickschulen, Arbeiter-Wohnhäuser, -Erholungshäuser, und -Küchen u. s. w. genannt und zum Teil beschrieben worden. Auch Thesen hat er diesbezüglich aufgestellt, indem er mit Recht die Mitwirkung aller Staatsbürger auch für die Wohlfahrtseinrichtungen in Anspruch nimmt, insbesondere empfiehlt er die Gründung gemeinnütziger Vereine nach dem Muster des Bergischen und linksrheinischen Vereins für Gemeinwohl; er fordert besonders die Besitzenden beziehungsweise die Fabrikanten auf, in dieser Richtung besonders thätig zu sein. Allein ich habe eine Bemerkung darüber vermißt, welche Stellung dabei dem Arbeiter selbst zugedacht wird. Eine Generation von Unternehmern, die nur an die Kapitalsvermehrung und dem entsprechend nur an die Ausbeutung der Arbeiter denkt, wird an dergleichen Wohlfahrtseinrichtungen nicht denken, wenn sie ihr aber souffliert wird, wird sie sie zu ihren Zwecken mißbrauchen. Eine Generation, oder Teile derselben, die ein Herz für die Arbeiter haben und für deren Wohl auch einen offenen Beutel und Sinn haben, wird — wie vor Allen Krupp und z. B. der Großindustrielle Fr. Brandts in M.-Gladbach

1) Bericht S. 104 ff.

— seinen Arbeitern Einrichtungen bieten, die ihn weit über den früheren Lebensstand in allen Richtungen heben. Je tiefer dieser ist, desto notwendiger ist diese patriarchalische Vorsorge, je weiter die Arbeiter in ihrer Organisation und auf dem Wege der Selbsthilfe vorgeschritten sind, desto mißtrauischer werden sie gegen dieses Patronageverhältnis, desto eifersüchtiger wachen sie über ihre Mitarbeit, desto reger ist ihr Selbstgefühl. Wenn auch in Deutschland nur bei einem Teil der Arbeiter — für noch nicht einmal alle gewerblichen — jene höhere Stufe erreicht ist, so kann man doch sagen, daß der herrschende Geist aller Arbeiter auf seine vertragsmäßige Mitarbeit auch an den Wohlfahrtseinrichtungen bedacht, ja vielfach geradezu eifersüchtig ist. Diesen geistig-sittlichen Faktor der Sache wird man berücksichtigen müssen, und je besser und im einzelnen Falle angemessener dies geschieht, desto erfolgreicher werden solche Einrichtungen wirken, desto eher und mehr gewinnt der Arbeiter Vertrauen zu ihnen, desto reger wird bei ihm das Gefühl, daß man sich um ihn kümmert, ohne ihn ausnutzen zu wollen.[1]) Es kommt ja nach den Berichten der Gewerberäte nicht sehr selten vor, daß die Arbeiter z. B. nicht die Speiseräume, die ihnen der Fabrikherr bietet, benutzen, entweder wollen sie sich nicht in den Topf sehen lassen, bei dessen Herstellung Schmalhans Küchenmeister war, oder sie wollen nicht mit Arbeitern die gemeinsam gebotenen Speisen benutzen, die in geringerem Ansehen stehen, („Berufsdünkel“ nennen dies die Arbeiter selbst) oder es wird ihnen sonst auf eine Weise dies und ähnliches geboten, das anzunehmen ihrem Selbstgefühl widerstrebt. Auf der Konferenz der Zentralstelle für Wohlfahrtseinrichtungen in Berlin (Frühjahr 1892) hat gerade diese Gesichtspunkte V. Böhmert und Oberpfarrer Schmitz-Crefeld betont, sie scheinen aber mit ihren Mahnungen keinen sehr günstigen Boden gefunden zu haben. Der letztgenannte, der soviel mir bekannt, thatsächlich an der Spitze von etwa 400 Arbeitervereinen Westdeutschlands steht, sagte: Wolle man die Arbeiter für sich gewinnen, so dürfe man ihre Selbständigkeit nicht antasten, sie müßten sich selbst leiten; so müsse man auch Fachvereine unter Leitung von Arbeitern schaffen und solchen Vereinen eine christliche Grundlage geben, dann könne man sich einen festen Stamm zuverlässiger Arbeiter schaffen, die für die Sozialdemokratie verloren seien. Diese Grundsätze sind

---

1) Vgl. Soz.-pol. Zentralblatt I, Nr. 21.

auch bei den Wohlfahrtseinrichtungen geltend zu machen[1]). Die Mehrheit schien der Meinung zu sein, daß solche von den Unternehmern auszugehen hätten, da diese die Vorteile hätten, die Eingriffe von Staat und Gemeinde schienen nicht am Platze. Betritt man diesen Weg wirklich, so wird man nicht viel Erfolg und noch weniger Freude auf demselben haben, denn ohne Mitwirkung der Arbeiter kann nichts Wirksames auf die Dauer geschaffen und ohne Mitwirkung des Staats, namentlich aber der Gemeinde nichts Ausreichendes geboten werden.

Alle Wohlfahrtseinrichtungen kann man in solche zerlegen, die mit der Wohnungsfrage sich beschäftigen und solche, welche die Erholungen der Arbeiter im Auge haben. Daß eine gründliche Wohnungsreform nötig ist, wird niemand mehr bestreiten. Neuerdings haben sich hierfür besondere Vereine gebildet, die — neben den Mietzins-Sparkassen und Bauvereinen der Arbeiter — die Frage der Lösung zuzuführen suchen. Auf dem ersten evangelisch-sozialen Kongreß[2]) ist auch diese Frage und zwar auf Grund eines Referats des Pfarrers von Bodelschwingh verhandelt worden. Wie bei der Sachkenntnis und herzlichen Wärme dieses Herrn zu erwarten ist, bot er vortreffliches; er meinte mit Recht, man müsse unter allen Umständen in erster Linie dem deutschen Arbeiter Licht, Luft und ein eignes Heim schaffen, wenn möglich auf eigner Scholle, und machte im Einzelnen Vorschläge dazu. Nur so kann geschaffen werden, woran es vor allem not thut: ein gesundes, christliches Familienleben. Und dazu müßten 1. die Diener der Kirche mitwirken, indem sie diese Notwendigkeit unablässig betonten und bei ihrer Ausführung nach Kräften mitwirkten; 2. der Staat müsse als Arbeitgeber mit dem besten Beispiel überall vorangehen und die freiwillige Liebesarbeit auf diesem Gebiet besonders kräftig unterstützen; 3. die Verwaltungen sämtlicher größeren Städte hätten durch rechtzeitige Erwerbung geeigneter Grundstücke in ihrem näheren Umkreis, sowie durch Unterstützung gemeinnütziger Baugesellschaften und Förderung ihrer Bestrebungen die Sache in jeder Weise zu fördern; 4. die gesetzgebenden Körper sollten im Verein mit den Staatsregierungen darauf hinwirken, a) daß durch ein Ansiedlungs- oder Heimstättengesetz die Ansiedlung auch kleiner Leute auf eigenen Grundstücken an der Peripherie der Großstädte und

1) Soz.-pol. Zentralblatt I Nr. 18.
2) Bericht S. 65 ff.

Industriezentren ermöglicht, und der so erworbene Besitz der Spekulation entzogen werde, b) daß die öffentlichen Kreditinstitute, namentlich die Sparkassen, genötigt würden, für diesen Zweck ihre Kapitalien bei völliger Sicherstellung zu so billigen Zinsen herzugeben, daß dadurch nur die Verwaltungskosten gedeckt würden, c) daß bei allen neuen Fabrikanlagen die Unternehmer verpflichtet würden, die Wohnungsverhältnisse ihrer Arbeiter im obengedachten Sinn zu berücksichtigen. Bezüglich der Einzelheiten, die er zum Teil mit der Flammenschrift christlicher Liebe in die Herzen schrieb, muß ich auf den Bericht verweisen; und wenn Bedenken gegen die Ausführung mancher Einzelheiten mit Recht auch auf dem Kongreß geltend gemacht wurden, so hat dieser doch die Berechtigung durch eine Resolution anerkannt und die Ausführung jener Forderungen den Beteiligten ans Herz gelegt. Von einer Wirkung in dieser Richtung ist mir manches, wenn auch nicht viel bekannt geworden, namentlich aus dem Westen der Monarchie. So hat im Regierungsbezirk Arnsberg ein Unternehmer eine Revisionskommission errichtet, durch welche die Wohnungen der bei ihm angestellten Arbeiter besichtigt wurden. In der Provinz Hannover sind von verschiedenen Großindustriellen zahlreiche Arbeiterhäuser errichtet worden, dasselbe wird aus Hessen-Nassau, wo auch Aktiengesellschaften zum Bau von Arbeiterwohnungen gegründet worden sind, berichtet; dasselbe gilt von der Rheinprovinz, in erster Linie ist auch hier wieder Krupp zu nennen; in Köln hat sich die Stadt an der betr. Baugenossenschaft beteiligt. Aus verschiedenen weiteren Mitteilungen in den Berichten der Gewerberäte darf die Hoffnung geschöpft werden, daß diese Frage weiter gefördert, und daß die oben genannte Zentralstelle günstig wirken wird. Dabei dürften auch die Erfahrungen zu berücksichtigen sein, die mit dem berühmten Mülhäuser Arbeiterviertel, einen Badeanstalten und Waschküchen gemacht worden sind; dieser Anstalten und Wohnungen hat sich wegen ihrer Verkäuflichkeit die Spekulation bemächtigt und sie ihrem ursprünglichen Zweck entfremdet.[1]) Was die Erholungen der Arbeiter angeht, so giebt es noch immer Leute, welche meinen, dergleichen machten sich die Arbeiter selbst genug, man brauche nur die Annoncen der sozialdemokratischen Blätter anzusehen. Selbst wenn dies wahr wäre, würden die Fragen übrig bleiben: sind diese Erholungen nicht zu veredeln, kann und soll nicht die Erholungs-

1) Soz.-pol. Zentralblatt I Nr. 16.

zeit der Arbeiter besser angewandt werden als dies seither vielfach geschehen ist? Daß diese Fragen zu bejahen sind, wird niemand bestreiten können. Denn die Art, der Geist der Erholung bestimmt den Gewinn, unedle Erholungen, oder Ausartungen wirken entsittlichend, disharmonierend, Unruhe und Unfrieden erzeugend. Die erwähnte Zentralkonferenz hat deshalb auch, wie gesagt, in dieser Richtung anregend zu wirken gesucht und Berichte entgegengenommen, welche nicht anders als günstig bezeichnet werden können: Fabrikherren haben Arbeiterheime, Arbeitervereinshäuser mit Gärten begründet, gesellige Zusammenkünfte ihres Personals, Sommerausflüge, Frauenabende u. s. w. veranstaltet, Fabrikbibliotheken und für Arbeiterinnen Mädchenheime errichtet und hiermit die besten Erfahrungen gemacht, namentlich dort, wo der Fabrikherr sich dabei nur mitbeteiligte und den Arbeitern selbst eine gewisse Selbständigkeit ließ. Die von verschiedenen Arbeitgebern eingezogenen Gutachten sprechen sich auch im Ganzen über die Wirksamkeit der von den Arbeitern selbst errichteten Turn-, Gesang- und Musikvereine günstig aus, weil hierdurch die Teilnehmer von dem bloßen Kneipenleben und leeren Stammtischgeschwätz abgezogen werden. Eine größere Zukunft scheint die neuerliche Veranstaltung von Volksunterhaltungsabenden zu haben, die zuerst in Dresden und dann weiter in Berlin, Bremen, Hamburg, Lübeck, Leipzig, Halle, Kiel, Düsseldorf, Bremerhaven, Lüneburg, Görlitz, Flensburg, Zittau, Guben, Bromberg, Eimshorn und Husum versucht worden sind. Die Bedeutung dieser Volksunterhaltungsabende liegt darin, daß die Arbeiter mit herangezogen werden zu Veranstaltnngen, die für alle Volksklassen gemeinsam gedacht sind; wenn die Arbeiter lernen, sich mit den anderen Klassen gemeinsam zu unterhalten und zu erholen, dann verliert sich leicht das Bewußtsein des Gegensatzes zu den bürgerlichen Klassen. Hauptbedingung hierfür ist, daß alle politischen Reden vermieden werden und durch Vorträge für Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse gesorgt wird. Auch in vielen Landgemeinden haben solche Veranstaltungen mit Erfolg stattgefunden, bei denen Pfarrer, Lehrer und Arzt im Bunde mit einem Gesangverein für anregende Unterhaltung sorgten. Unsere heutigen Vergnügungslokale bieten zwar allen Volksklassen Unterhaltung die Hülle und Fülle, allein auf die Veredelung besonders der arbeitenden Volksklassen üben sie keinen günstigen Einfluß, weil es dort weniger auf Belehrung, als auf die Ausbeutung der Besucher ankommt. Die hierund da

bereits errichteten „Volksheime“, in denen diese „Unterhaltungsabende“ stattfinden, können viel zur Veredelung der Arbeiter-Erholungen beitragen.

Nur darf hierüber nicht vergessen werden, daß es immer die beste und rechte Erholung bleibt, die in der Familie erfolgt; deshalb ist immer und immer wieder die Wohnungsfrage zu betonen, sowie das, worauf bei jener Konferenz besonders der Abgeordnete Hitze hingewiesen hat, der, wenn ich nicht irre, an der Spitze jener großartigen Wohlfahrtseinrichtungen des Großindustriellen Fr. Brandts in M.-Gladbach steht. Nicht bloß könnten Besitzer und Vereine Segen stiften, wenn sie für gute Bücher zur häuslichen Lektüre sorgten, sondern auch dadurch, daß sie die Neigung der Arbeiter für Gartenarbeit, für Bienen- und Obstzucht, für harmlose Spiele ꝛc. — dies ist namentlich auch unter den arbeitenden Klassen in England außerhalb der großen Industriezentren bemerkbar — zu wecken bezw. fördern suchen. Auch Gemeinden bleibt noch viel zu thun übrig, z. B. durch Beschaffung großer Spielplätze, auf denen am Feierabend, sowie an Sonn- und Festtagen auch die Erwachsenen sich tummeln könnten.

Das Gesetz über die Sonntagsruhe (vom 10. Juni 1892)[1]) hat endlich auch in diesem lang beregten Punkte eine, wenn auch nicht von allen Beteiligten gleich günstige Aufnahme gefunden, namentlich erheben sich Klagen aus dem Handelsgewerbe. Die Bestimmung, daß die Gehülfen und Lehrlinge im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen nicht länger als fünf Stunden beschäftigt werden sollen, wird allgemein als billig anerkannt. Aber der Reichstag hat darüber hinaus den Beschluß gefaßt, daß, soweit Gehülfen, Lehrlinge und Arbeiter nicht beschäftigt werden dürfen, in offenen Verkaufsstellen ein Gewerbebetrieb überhaupt nicht stattfinden darf. Die Läden sollen also außerhalb jener fünf Stunden durchweg geschlossen sein, und es ist den Inhabern derselben nicht gestattet, für sich allein oder mit ihren Familienangehörigen das Geschäft zu besorgen. Dieser Beschluß hat namentlich unter den Ladenbesitzern in mittleren und kleineren Städten viel Mißbilligung erregt. Ferner hat der Reichstag den Zusatz hinzugefügt, daß Gehilfen und Lehrlinge im Handelsgewerbe am ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttage überhaupt nicht beschäftigt werden dürfen. In mittleren und kleineren Städten war der Sonntag, hauptsächlich infolge des Zuströmens der umwohnenden ländlichen

---

1) Die Industriearbeiter sind nicht berücksichtigt.

Bevölkerung, der ergiebigste Tag der ganzen Woche, und die Versorgung mit Lebensbedürfnissen wird jetzt vielfach andere Wege einschlagen. Insbesondere wird in vielen Geschäften über die Konkurrenz der Gast- und Schenkwirtschaften geklagt, die bekanntlich nicht unter die Sonntagsverordnung fallen. Der Bezug von Cigarren, Back- und Fleischwaren und dergleichen aus Gastwirtschaften muß an Sonntagen einen stets wachsenden Umfang annehmen. Auch liegt die Besorgnis nahe, daß die Verordnung auf die mannigfachste Weise thatsächlich umgangen wird.

Auch vom Land hört man entsprechende Klagen, sowie mehrfach auch die, daß durch das Gesetz die Leute noch mehr ins Wirtshausgetriebe gezogen würden: Milch könnten sie Sonntag Nachmittag nicht mehr haben, wohl aber Bier und Schnaps ꝛc. ꝛc. Man wird annehmen dürfen, daß die berechtigten Klagen alsbald vernommen und berücksichtigt werden.

Wie man sich mit Recht die Frage vorgelegt hat, auf welche Art die arbeitenden Klassen ihre Erholungszeit benutzen, so hat man sich auch gefragt, wie wenden sie ihren Verdienst an? Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Sozialdemokratie vom Sparen ebensowenig wissen will, wie von der Zufriedenheit, und daß sie beides ungern sieht und gern verhindert; daß es an Spargelegenheiten und Sparzwecken nicht fehlt, kann nicht geleugnet werden, und auch hierin scheint mir Bodelschwingh zu schwarz gemalt zu haben auf dem ersten evangelisch-sozialen Kongreß. Wenn es auch besser wäre, die Arbeiter könnten überall direkt das Sparziel des eignen Heims vor Augen haben, so ist doch ebenso erwiesen, daß sie es nicht selten ganz aus dem Auge lassen, wo es vor ihnen steht, und daß es sehr viel andere Gelegenheiten giebt — diese könnten allerdings noch vermehrt werden[1] — die, wie z. B. die Mietzinskassen direkt auf jenes Ziel hinausgehen. Freilich sind wir über den Stand der Sache nicht ausreichend unterrichtet, denn das bezügliche Material ist nur vereinzelt bekannt. Besonders lehrreich ist in dieser Beziehung ein Bericht, freilich schon aus dem Jahre 1891, der vom Bergmeister Dobers für die „Spar- und Mäßigkeits-Kommission“ des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins abgestattet ist. Er behandelt das Sparwesen im oberschlesischen Industriebezirk, also in den Kreisen Beuthen, Tarnowitz, Zabrze, Kattowitz und zum Teil auch Gleiwitz. Zu Grunde

1) Vgl. Elster, Die Postsparkassen, 2. Aufl. 1881.

liegen besonders die Angaben der Sparkassen. Freilich ist das Einlegen in Sparkassen nicht die einzige Form des Sparens, sehr oft auch nicht die beste; Erwerb eines Hauses oder Feldes, bessere Erziehung der Kinder oder eigene Fortbildung, Unterstützung eines zuverlässigen Bekannten mit einem Darlehen haben meistens mehr Wert als das etwas unselbständige Hintragen in die Kasse, wo der Einleger die Verwendung seines Kapitals nicht beobachten kann, aber leider sind diese anderen Formen des Sparens statistisch nicht greifbar und es muß deshalb bei der Statistik der Sparkassen verbleiben, obwohl sie nur eine halbe Sparsamkeitsstatistik ist.

Bergmeister Dobers stellt nun fest, daß die Berg- und Hüttenleute Oberschlesiens die Sparkassen sehr wenig benutzen und auch in anderer Weise, soweit es offenkundig ist, wenig sparen. Von den 80 000 in Betracht kommenden Leuten sparten in öffentlichen Kassen nnr 2,75 vom Hundert, während in der ganzen Provinz Schlesien von allen Einwohnern 15,84 uud in Preußen 17,76 ein Sparkassenbuch besitzen. Gewiß ein befremdendes Ergebnis; und es bleibt kläglich, auch wenn man die wenigen privaten Spar- und verwandten Einrichtungen hinzurechnen wollte, die zwar gedeihen, aber im großen Ganzen nicht viel verbessern.

Daß die Leute für die Sparkasse nichts übrig behalten, wird nur von Solchen behauptet werden, die von Gewerbswegen oder aus Liebhaberei soziale Zustände grau in grau malen. Gewiß ist der Kinderreichtum der oberschlesischen Arbeiter bekannt, aber die Arbeiter, die viele Kinder unter 14 Jahren haben, sind doch nur ein kleiner Teil. Die Löhne sind in den letzten Jahren nicht unerheblich gestiegen, aber das Sparen augenscheinlich nicht. Seit dem denkwürdigen Monat Mai 1889 macht man die Erfahrung, daß ein Teil der Arbeiter (der bei einzelnen Belegschaften bis zu 19 % wächst) sich nunmehr mit einer geringeren Schichtzahl begnügt und die Gelegenheit, sich ein kleines Kapital zu erarbeiten, verschmäht.

Es liegt auch nicht etwa an einem mangelhaften Sparkassenwesen. Der Kassen und Annahmestellen sind reichlich genug. Gerade die Annahmestellen, welche mit Rücksicht auf die in weitere Entfernung von der Kreisstadt wohnenden Arbeiter errichtet sind, werden von diesen gar nicht oder sehr wenig benutzt. Ebensowenig Benutzung hat ein weiteres Entgegenkommen gefunden, welches darin besteht, daß auf den Werken selbst Annahmestellen geschaffen und von Werksbeamten verwaltet wurden. Nur in einem Falle hatte diese Einrichtung überhaupt Erfolg

und auch dort nur bis zum Streikjahre 1889. Die bei einzelnen Hütten vorgesehenen Einzahlungen durch die Post finden im Allgemeinen selten, von Berg- und Hüttenleuten gar nicht statt. Ebenso hat das Sparmarkensystem keinen Anklang gefunden.

Die Ursache der geringen Sparthätigkeit liegt wesentlich in den Arbeitern selbst; es ist bei sehr vielen kein Interesse oder kein Verständnis vorhanden. Viele sind überhaupt in wirtschaftlichen Dingen noch Kinder. Sie begnügen sich damit, wenn ihr Verdienst eben ausreicht, es schmerzt sie nicht, wenn sie ständig auf Kredit leben, und sie raffen sich nicht auf, um aus der wirtschaftlichen Unselbständigkeit herauszukommen. Die jugendlichen Arbeiter leben in den Tag hinein, weil sie Niemand zur Sparsamkeit anhält, meist waren die Eltern auch keine geigneten Vorbilder. Hierzu kommt noch, daß der oberschlesische Arbeiter infolge seines geringen Bildungsgrades äußerst mißtrauisch ist; er hegt gegen die Sparkassen den Argwohn, daß die Beamten ihre Kenntnis seiner günstigeren Verhältnisse bei der Steuerveranlagung zu seinem Nachteil benutzen könnten, daß es zu einer Herabsetzung seines Gedinges führen möchte und dergleichen. Die Leute verheimlichen ihre Vermögensverhältnisse selbst ihren Kameraden gegenüber. Wenn sie sparen, behalten sie das Geld unverzinst zu Hause, oder leihen es an Freunde zu hohen Zinsen aber mit großer Verlustgefahr aus, oder sie lassen es durch ihre Frauen auf deren Namen in die Sparkassen bringen und nicht in die nächste Annahmestelle, sondern weiter weg, daß es Niemand erfährt.

Dieses Mißtrauen auszurotten, muß Aufgabe dee Vorgesetzten sein. Sie müssen in fühlbarer Weise zeigen, daß sie dem Sparer eher Vorteile zuwenden als Nachteile. Außerdem müssen sie sowohl wie alle besser Unterrichteten, wie namentlich die Lehrer und Geistlichen, das Volk über den großen Segen der Sparsamkeit belehren und alle schlechten, unwirtschaftlichen Sitten bekämpfen. Auch die unter den Leuten verbreitete Presse sollte daran mithelfen. Manches andere könnte seitens der Arbeitgeber zur Erzeugung und Ermunterung des Spartriebes geschehen: Einrichtung von Konsumvereinen, wobei die Dividende als Guthaben zurückbehalten wird, Gewährung von Sparprämien, Einführung des Sparzwanges wenigstens für bestimmte Fälle. Dergleichen hat sich auf einzelnen Werken auch schon bewährt. —

L. von Stein sagt einmal irgendwo: Es giebt eine physische, eine geistige, eine wirtschaftliche und eine soziale Zufriedenheit und

Unzufriedenheit. Heilsam ist immer die erste, verderblich immer die letzte. Daß alle Wohlfahrtseinrichtungen, auch die Spargelegenheiten für die erste wirken und wirken sollen, liegt auf der Hand. Daß aber die beste irdische Wohlfahrtseinrichtung das Familienheim ist, und die einzig himmlische und dauernde durch die Religion geboten wird, bestreitet nur die offizielle Sozialdemokratie, ohne daß es ihr, wie ich glaube, gelungen ist, selbst bei ihren Anhängern diese Auffassung durchweg zur Geltung gebracht zu haben.

Indem ich auf das früher bereits Vorgebrachte verweise, will ich nur kurz noch zwei Punkte einer Besprechung unterziehen: die Stellung der Frau bezw. die sogenannte Frauenemanzipation und die Religionslosigkeit in der Sozialdemokratie.

Wie Marx und seine Anhänger von der liberalen ökonomischen Lehre der Engländer ausgehen, so basieren sie auch ihre Emanzipationsforderungen auf die Lehre des bekannten liberalen Soziologen und Nationalökonomen J. St. Mill, die er in seinem Buch „Die Hörigkeit der Frauen“ niedergelegt hat. Die Ehe nennt er eine Tyrannei, in der die Frau die Sklavin sei, diesem Zustand müsse ein Ende gemacht werden; an die Stelle der Ehe muß ein jeder Zeit lösbarer Vertrag gesetzt werden. Man muß allerdings zugeben, daß das englische Eherecht in dieser Beziehung erheblich unter dem deutschen und französischen steht, aber wer nur jemals in England war, oder in englischen Familien verkehrt hat, der wird zugeben müssen, daß die Praxis eine ganz andere ist; und daß die Stellung der Frau nirgends eine freiere, geachtetere und vielfach herrschende ist, als in den Vereinigten Staaten, ist doch bekannt genug, obgleich doch auch in diesen von Anfang an das englische Eherecht galt. Daß unter demselben in England sich schwere Mißstände entwickelt haben, wie Mill behauptet, beweist für Länder mit freierem Eherecht nichts. Würde es etwa der Würde des Weibes besser entsprechen, wenn sie sich mit Leib und Seele einem Manne auf Zeit ergäbe? Jene Hingabe ist eben deshalb keine unsittliche, weil sie auf die Macht der Liebe, nicht der vorübergehenden sinnlichen, sondern der tiefen Seelenliebe basiert ist, die sich gerade in der rechten Ehe immer sinnlichkeitsfreier entwickelt. Wollten die Eheleute nicht Eins sein für immer, so würde der Mann ehrlos, die Frau entehrt sein.[1]) Aus diesem persönlichen Einssein folgt die Ein-

1) Vgl. die vortreffliche Abhandlung von H. v. Sybel, Über die Emanzipation der Frauen, 1870, besonders S. 4—15, 16—19.

heit der äußeren Verhältnisse, der Besitztümer, Geschäfte rc. In diesem Einssein wirken die Willen der Gatten auf und mit einander; sie ergänzen sich, fördern und läutern sich zum eignen und der Familie Bestem. Daß mit diesem normalen Bild der Ehe, wie es Sybel mit Recht nennt, das Bild vieler heutigen Ehen nicht mehr stimmt, ist beklagenswert, beweist aber nur sittliche und gesellschaftliche Verlodderung, die immer und überall der Selbstsucht auf dem Fuße folgt, beweist aber keinesfalls die Notwendigkeit, diese Lebenseinrichtung zu beseitigen, die nicht bloß die letzte und beste Stütze und Schutz aller Sittlichkeit und Wirtschaftlichkeit, sondern auch, wie selbst Rousseau anerkannt hat, die Grundlage aller Staaten und jeder gesunden Volkswirtschaft ist.

Nicht minder verkehrt ist die Behauptung der Sozialdemokratie, daß das Christentum die Ehe verwerfe. Wem hat der Heiland zuerst seinen Messiasberuf eröffnet? Der Samariterin. Wo hat er sein erstes Wunder gethan? Auf der Hochzeit zu Kana. Wie hat er Maria und Martha und andere Frauen seines Umgangs gewürdigt! Nirgends hat der Herr einen Unterschied zwischen Mann und Frau gemacht, oder gar diese gegen jenen herabgesetzt. Die von Bebel namentlich ganz falsch verstandene Stelle Math. 19, 12 bedeutet: Es giebt solche, welche von Natur nicht zur Ehe geeignet und geneigt sind, andere, welche durch Menschen bezw. Verhältnisse vom Eingehen einer solchen abgehalten werden, andere, die — wie der Herr selbst — alle Zeit und Kraft in den Dienst des Reiches Gottes stellen. Und bei den Aposteln ist die Sache nicht anders. Wird doch von Paulus, der sonst seinen rabbinischen Standpunkt in dieser Frage manchmal mag haben durchklingen lassen, die eheliche Gemeinschaft mit der Gemeinschaft in Christo verglichen.[1]) Auch hier sind die Behauptungen der Sozialdemokratie unhaltbar.

Bezüglich der Religionslosigkeit der Sozialdemokratie bringt in den „Protest. Flugblättern" Pfarrer Hönig folgendes vor:

„Die Religionslosigkeit der Sozialdemokratie hat manches Eigentümliche, was zu beachten der Mühe wert ist. Merkwürdig ist unter allen Umständen die stolze Ruhe, mit der man in den oberen, die Geräuschlosigkeit, mit der man in den unteren Regionen religionslos ist. Hätte man in früheren Perioden an die Möglichkeit, daß der Atheismus einmal in die unterste Volksschicht herabsinken

1) Über dies, sowie eine Anzahl weiterer Stellen, vgl. auch Bornemann, in der Christlichen Welt. 1891. Nr. 43, 44, 47.

werde, denken müssen, so hätte man dies sicherlich immer nur als das Zeichen völliger Auflösung aller Dinge, als das untrügliche Zeichen eines beginnenden Umsturzes aller Ordnung denken können, als den Anfang eiues Höllenspektakels. Thatsächlich ist auch der Atheismus in den unteren Volksklassen fast immer als Religionshaß und revolutionärer Fanatismus znm Ausbruche gekommen. Anders unsere Sozialdemokraten. Sie lachen über die Thorheit dieses Fanatismus. „Die Religion ist Privatsache“ — erklären sie öffentlich; wir überlassen es jedem, so thöricht zu sein und noch Religion zu haben, oder nicht? wir wollen nichts wissen von Kirchenhaß, Pfaffenfresserei, Religionsstürmerei. Der Fanatiker unter ihnen, Dr. Rüdt von Heidelberg, ist in Erfurt und Halle sehr unsanft beiseite geschoben worden, als er den Kampf gegen die Kirche auf die Tagesordnung bringen wollte. Es ist eine überaus großartige, pomphafte Art, wie die Herren von der Religion reden. „Die Religion“, sagt z. B. Bebel, „wird nicht abgeschafft, man wird Gott nicht absetzen, nicht den Leuten die Religion aus den Herzen reißen!, und wie die Redensarten alle lauteu, womit man heute die atheistisch gesinnten Sozialdemokraten anklagt; derartige Schalksstreiche überläßt die Sozialdemokratie den bürgerlichen Ideologen, die in der französischen Revolution diese Mittel versncht und natürlich elend Schiffbruch litten. Gott bewahre! Wir lassen ruhig den Aberglauben; reizen wir ihn, so wird er wieder lebendig, lassen wir ihn, so erblaßt er von selbst vor dem aufgehenden Lichte sozialistischer Aufklärung.“ Diesem Standpunkte widerspricht zwar etwas der Eifer, mit dem in den engeren Kreisen der Sozialdemokratie an der Zerstörung der religiösen Gefühle gearbeitet wird, aber grundsätzlich wird keinem von vornherein zugemutet, religionslos zu sein, sein Lebensgebäude abzubrechen, — man gräbt nur in aller Stille das Fundament ab, daß es von selbst eines Tages fällt.

Dieser Standpunkt gegenüber der Religion ist jedenfalls neu und eigentümlich. Neu und eigentümlich ist aber auch die Art, wie dieser Geist in die Arbeiterkreise hineindringt und dort weiter wirkt. Fast unheimlich ist die Stille, mit welcher das geschieht. Von allem dem, was dort seit Jahren sich vollzogen hat, hat die besitzende Welt so gut wie nichts erfahren. Fast in keiner öffentlichen Thatsache tritt die Religionslosigkeit zutage; die Versuche, die Arbeiter zum Austritt aus der Kirche zu bewegen, sind mit geringen Ausnahmen fast überall mißlungen. Sozialdemokratische Arbeiter lassen sich kirchlich trauen,

ihre Kinder taufen und konfirmieren, lassen sich kirchlich beerdigen und bedanken sich noch in sozialdemokratischen Blättern für die „trostreichen Worte“ oder die „erhebende Rede“ der Geistlichen. Natürlich ist das bei vielen auch nicht der Fall, aber bei der Mehrzahl der sozialistischen Wähler muß es der Fall sein, und jeder Pfarrer, der mit Arbeiterbevölkerung zu thun hat, wird sagen müssen, daß ihm verhältnismäßig sehr selten die religionsfeindliche Seite der Leute entgegentritt. Soviel ist gewiß, daß der Unglaube dieser Richtung durchaus nichts Angreifendes, Fanatisches, oder nach außen hin Bekenntnissüchtiges oder Prahlerisches hat, wie gewöhnlich, daß vielmehr eine unheimliche Stille auf ihm lagert, von der wir nicht wissen, ob wir sie als Gleichgiltigkeit, als kluge Berechnung, als Wirkung innerer Unsicherheit und Unklarheit deuten sollen. Aber dieser eigentümliche Zug läßt uns doch mancherlei denken.

Die Thatsachen sind ein Zeichen, daß auch die Religionslosigkeit keine tiefere Überzeugung in diesen Kreisen ist. Das neue Evangelium kommt zu äußerlich an den Menschen heran. Der Sozialismus ist ja überhaupt ein System von Schlag- und Stichwörtern, fertigen Begriffen und Urteilen, auswendig gelernten Reden und Phrasen; so ist auch sein Glaubensbekenntnis eine Sammlung von Redensarten, eine aus gewissen Büchern auswendig gelernte Weisheit. Eine solche Weisheit erzieht keine Fanatiker des Unglaubens, höchstens Spötter und Schwätzer; keine Schwärmer für eine gottbefreite Welt, sondern nur religiös leere Menschen; sie wird den alten Sauerteig nie ganz ausfegen, nie den Menschen im großen die volle Freiheit geben auch gegenüber dem „Vorurteile“ der Religion. So erklärt sich wohl vielfach die unentschiedene Stellung der Sozialdemokraten der Kirche gegenüber. Dennoch darf die Macht dieses neuen Evangeliums nicht unterschätzt werden. Der Arbeiter empfängt das neue Evangelium als eine Art Geheimlehre, er wird ein Eingeweihter, ein Erleuchteter, was für ein Kitzel für die Eitelkeit, den Stolz, den mystischen Sinn, den Verstand und die Einbildungskraft. Es ist wahr, die sozialdemokratische Religionslehre ist weniger Überzeugung als ein Rock, der dem Menschen angezogen ist, und der ihm nicht einmal immer gut sitzt, aber auch ein Rock hat seine Bedeutung, der Soldatenrock verändert den Menschen, so auch der Sozialistenrock, ein Rock ist ein Bekenntnis und der Mensch hält zu seinem Rock. Daß der Schein nicht vorhält, daß Zeiten kommen werden, wo er zusammenfällt, ist mit ziemlicher

Gewißheit vorauszusehen, weil die Hoffnungen hier nicht in Erfüllung gehen können. Was dann werden wird? Ob dann diese religionsentwöhnten Massen nicht einer barbarischen Roheit anheimfallen? Ob dann nicht doch alle die Folgen eintreten, die man von materialistisch gesinnten Massen zu erwarten gewohnt ist? Die Wahrscheinlichkeit ist groß — — wann wird endlich die Flagge wieder wehen, die Religion und Vernunft, Christentum und Bildung, Frömmigkeit und Freiheit zugleich bedeutet?"

Diese Ausführungen bringen ohne Zweifel viel Richtiges und Beachtenswertes vor; treffen nur insofern den Kern der Sache nicht, als der Religionshaß neuerdings theoretisch wie praktisch hinter die Gleichgiltigkeit zurückgetreten bezw. -gestellt worden ist, einmal wegen der früher dargelegten neuen opportunistischen Methode, sodann weil die Forderungen des Tages die frühere Art der Agitation modifizieren mußten. Die Leitung der Sozialdemokratie hat ja selbst erklärt, wie oben gesagt, daß während der Geltung des Sozialisten-Gesetzes die gottes- und religionsfeindliche Agitation oft die einzige war, die der Sozialdemokratie übrig geblieben war; daß diese keine wesentlich andere geworden ist, beweist jede Zeile, die auch neuerdings über diese Frage von maßgebenden Sozialisten geschrieben und verbreitet wird. Und wenn Göhre in seinem bekannten Buch die Beobachtung gemacht hat, daß die sozialdemokratischen Arbeiter vor der Person Jesu halt machten, so will dies im Grunde nichts sagen, und zwar schon deshalb nicht, weil dies anderwärts anders war, wie ich schon vor 30 Jahren selbst gehört habe, und ist, wie ich nicht minder genau weiß; wo aber scheinbar die sozialdemokratischen Arbeiter, sofern sie überhaupt sich ein Urteil über diese Angelegenheit gebildet haben, vor der Person Jesu halt machen, da geschieht es nicht, weil er der Gottessohn und Heiland der Sünder ist, sondern weil sie in ihm einen sozialen Schwärmer und Menschenfreund sehen, der ihnen eine gewisse Sympathie abgewinnt. —

---

4. Die publizistischen Mittel.

Es wird wohl keinem Widerspruch begegnen, wenn man sagt, die Tagespresse spiegele als Kind der Gesellschaft auch deren Meinungen wieder, sie sei aber nicht bloß Reflektor, sondern nicht selten auch Akkumulator derselben[1]). Daß sie die öffentliche Meinung mache und darstelle, sind ebenfalls wohl im ganzen anerkannte Anschauungen. Seit Franz von Holtzendorff sein Buch über „Wesen nnd Wert der öffentlichen Meinung" geschrieben hat, ist man der Natur derselben etwas näher gekommen. Er faßt wichtige in Betracht kommende Punkte ins Auge und stellt im wesentlichen folgende Sätze auf[2]).

„Die Meinungen, die sich nach und nach bei wichtigen Veranlassungen als die herschenden herausstellten, bilden sich aus dem Zusammenwirken einer Reihe teils aktiver teils passiver Faktoren. Unter den letzteren steht in erster Reihe der Nachahmungstrieb, der nicht bloß auf dem Boden der Äußerlichkeiten, sondern auch auf dem Gebiet der Meinungen eine große Rolle spielt u. s. w. Die öffentliche Meinung entsteht in nicht wenigen Fällen aus dem Scheine einer bereits fertigen Volksmeinung.

Wirksamer als öffentliche Diskussion ist zu allen Zeiten auch der Erfolg gewesen, den gewaltige, tiefer in das Volksleben eingreifende Thatsachen auf den Stand der Meinungen gehabt haben. In vielen Fällen ist die öffentliche Meinung das Echo der Kanonenschüsse, die eine siegreiche Armee auf dem Schlachtfelde abfeuerte". Auch die Thatsache, daß Massenpetitionen u. s. w. nicht nur Mittel des Meinungsausdrucks, sondern auch der Meinungsbildung sind, findet sich dahin ausgesprochen, „daß der energische Gebrauch des Versammlungsrechts und die persönliche Anwesenheit zahlreicher Mitglieder in den Augen vieler unentschlossenen Zuschauer den Schein einer starken Meinungsvertretung entstehen läßt und damit auch auf den Nachahmungstrieb anregend einwirkt, also auch Meinungen weiter verbreiten kann".

---

1) Vgl. Wuttke, Die deutschen Zeitschriften, 3. Aufl.; durch politischen Klatsch zu sehr entstellt.

2) 2. Aufl., S. 93 f., 96 ff., 40. (bei Schmidkunz, Psychol. der Suggestion S. 24).

Erst seitdem diese Thatsachen in einen bestimmten Zusammenhang und auf wissenschaftlichen Boden gebracht worden sind durch die Lehre von der Suggestion und Hypnose und in einem vortrefflichen Buch von Schmidkunz bearbeitet[1]) worden sind, kann man ihrer in einer greifbaren Weise habhaft werden. In jenen Sätzen Holtzendorffs wird mit Recht schon darauf hingewiesen, daß Nachahmungstrieb, Schein, Erfolg auch auf diesem Gebiete wichtige Faktoren sind. Es ist auch für die Sozialpolitik von wesentlicher Bedeutung zu wissen, wie und aus welchen Elementen die bezügliche öffentliche Meinung sich bildet, wie der Zeitgeist ist und wirkt, daß es Massenpsychosen und psychischen Sozialismus giebt. Nur ein paar Hauptpunkte, nachdem die Grundlage gelegt ist! Wenn ich durch eine Darlegung bezüglich irgend einer Sache zu einer Ansicht gekommen bin, die nun Überzeugung ist, so kann von keiner Suggestion die Rede sein, diese ist vielmehr die Einwirkung auf das Vorstellungsvermögen eines Menschen durch einen andern, wodurch in dem ersteren ein bestimmter Gedankengang erweckt wird, der entsprechende Handlungen zur Folge hat. Zur Suggestion gehören also drei Dinge: 1) Einführung einer Idee in das Gehirn, 2) Annahme derselben, 3) Verwirklichung derselben bezw. Versuch dazu. Als Gesetz der Suggestion stellt Schmidkunz auf: „Unter gewissen Umständen kann auf eine Seele so eingewirkt werden, daß sich die ihr beigebrachte Vorstellung eines Phänomens in dieses selbst umsetzt". So erschafft das Bild die Sache, wie oben bei der öffentlichen Meinung gezeigt, während es beim Maler umgekehrt von der Wirklichkeit zum Bilde geht. Hierbei möchte ich allerdings mit Karl dü Prel[2]) die Einschränkung machen, daß Fremdsuggestion nur wirken kann, indem sie Autosuggestion wird, denn „wenn jede Vorstellung schon als solche sich realisieren müßte, so wäre schließlich kein Unterschied mehr zwischen Traum und Wirklichkeit"; „die Autosuggestion wirkt aber nicht schon als solche, sondern erst durch Auslösung organischer Kräfte, und diese sind identisch mit jenen, die beim animalischen Magnetismus auf einen fremden Organismus übertragen werden". Doch das nur nebenbei. Den Vorgang bildet also folgende seelische Steigerung: Eindruck — Eingebung — Unterschiebung (Suggestion) und weiter Illusion und Halluzination. Nun einige Vorgänge, die

1) Die Psychologie der Suggestion, 1892.
2) Gegenwart. 1892, Nr. 2.

in den Kreis des hier zu Betrachtenden fallen[1]). Bekannt ist die Macht der Nachahmung: Holt der eine die Uhr heraus, so sieht auch der andere darauf, zieht der eine die Cigarre heraus, so will auch der andere rauchen, enthält sich der eine aus Gesundheitsrücksichten des Rauchens, so empfindet auch der andere bald eine „unbegreifliche Abneigung“ gegen dasselbe. In einer Gesellschaft keimt bei einem irgend ein Gedanke entfernt auf, aber ihn zu formulieren getraut sich noch keiner, da stürzt ihn einer heraus und plötzlich kommen auch die anderen damit ins Reine, das Eis ist gebrochen; alle glauben ihn vorher schon gehabt zu haben. „Ohne sich selbst davon Rechenschaft geben zu können, eignet man sich moralische und politische Ansichten, Familien- und Rassenvorurteile an, nimmt man die Vorstellungen in sich auf, welche die Atmosphäre, in der man lebt, erfüllen“. „Es giebt eben für den menschlichen Geist Ideen, welche durch Nachahmung angenommen werden, mit denen trotz ihrer Sinnlosigkeit die Menschen verwachsen, und die sich wie Instinkte von einer Generation auf die andere vererben“. „Je nachdrücklicher und häufiger Behauptungen auftreten, desto tiefer ist meist ihre Wirkung. Laßt nur die Macht der Parteipresse auf euch wirken, die alle Erscheinungen des öffentlichen Lebens stets vom Parteistandpunkt aus beleuchtet, und ihr denkt bald ebenso“. „Es ist wohlbekannt, daß selbst das Absurdeste, wenn es nur recht häufig wiederholt wird, sich nach und nach Eingang verschafft, ja von einigen geglaubt wird wie ein Evangelium“. „Wenn uns solche Einredungen auch noch vervielfacht und mit dem ganzen Gewicht der Öffentlichkeit belasten, dann sind ihre Eindrücke am tiefsten“. Wir sprechen auch von einem bestechenden Stil, einer bestechenden Meinung, das sind suggestive Einwirkungen; fast alles „Empfehlen“ gehört in dieses Gebiet. „Wie der Arzt seinen Patienten, so giebt auch der Redner dem Hörer den Glauben ein“. Sehen wir nicht häufig, daß schlechte Cigarren in feiner Verpackung auch die feinsten Kenner bestechen? „Macht nicht die einfache verbale Suggestion aus Feiglingen Tapfere, aus gutmütigen Menschen Fanatiker, die im Interesse einer Idee rauben und plündern?“ Welche Macht haben Vorurteile? „Kommissionen stehen ganz besonders unter dem Einfluß von Autosuggestionen“, bemerkt ein erfahrener Sachkundiger, und gerade

2) Schmidkunz, S. 23 f., 27, 30, 36, 45, 63, 172, 280 f., 330, 348, 18 198 f., 202—6, 328.

die Vorurteile sind es, bemerkt ein anderer, welche eines der größten Kontingente zu den Massensuggestionen stellen.

„Jede Suggestionsgelegenheit ist zu vergleichen mit einem Funken, der entweder nicht zündet, sondern in sich erstirbt, oder, wenn einmal, dann im Ärgsten unaufhaltsam weiter zündet. Gilt es nun eine Ausbreitung des Feuers nicht nur über die Flächen und Tiefen Einer Seele, sondern über die einer Mehrzahl von Seelen, dann springt die Wucherungskraft der Suggestion aufs lebhafteste in die Augen. Beispiel: Das Meutern im Heer, oder der panische Schrecken". Auf eine sehr bittere Weise wendet dies Prof. Forel auf Politik und Presse an: „Wie steht das souveräne Volk der Wähler da gegenüber dem oberflächlichen Geschwätz und den oft systematischen Verdrehungen der verfehlten Halbgebildeten, welche sich meist als Journalisten die Sittenrichterei und Belehrung der Welt anmaßen, sowie gegenüber den Machinationen der politischen Clique? Einige Schlagwörter und nicht die Gründe der Vernunft, nicht einmal die klare Wahrheit suggerieren erfahrungsmäßig die große Schafheerde am besten, uud die paar vernünftigeren, selbständigeren Menschen, die nicht folgen wollen, haben das Nachsehen. Wann wird die Gegensuggestion einer gesunden Moral die Oberhand gegenüber den zersetzenden Suggestionen unserer unsittlichen Politik und Litteratur gewinnen"? Namentlich wenn sogenannte sensationelle Ereignisse eintreten, geht die Massensuggestion auch durch die Presse, und je nachdem die Zeiten sind, wirft sie sich auf dieses oder jenes Gebiet; es treten psychische Epidemien und Pandemien auf, z. B. zu den Zeiten der Kreuzzüge, des schwarzen Todes, im Übergangszeitalter vor vier Jahrhunderten; diese Volkskrankheiten, Massenpsychosen kehren immer wieder; wir leben auch heute in ihr; und nach einer Seite, nach der des Verfalls, hat man sie in dem völligen Verfallspielen, fin de siècle. Krankhafte Sympathien und Nachahmungstriebe ergreifen die Menschen unwiderstehlich; vor 30 und mehr Jahren schwirrte erst durch Paris, dann durch die Welt das Où est Lambert?, dann das Cri-Cri, dann die verschiedenen Gassenhauer, die in Deutschland in der Regel jetzt von Berlin ausgehen; die Blut- und Gewaltherrschaft der Revolutionen bieten entsetzliche andere Beispiele, und solche Massensuggestionen wirken um so stürmischer und unwiderstehlicher, je mehr die Massen durch Rausch oder Hunger stimuliert bezw. erschöpft sind. Erfolg und Mißerfolg wirken suggestiv; ist irgendwo ein Selbstmord unter merkwürdigen Umständen erfolgt, und die Presse

ergeht sich, wie gewöhnlich, in der Darstellung aller Einzelheiten, so kommt es oft vor, daß Ort und Art neue Selbstmörder suggestiv erzeugen, wie die Vögel sich an demselben Leuchtthurm zerschmettern und die Insekten bis zu ihrem Tod nach derselben Flamme fliegen. Wer medizinische Bücher liest, fällt aus einer Krankheit in die andere, und ein Mann wie Goethe litt unsäglich unter der italienischen Reise-suggestion, bis er zur Ausführung schreiten konnte. Hinrichtungen bezw. ausführliche Beschreibungen derselben führen zu neuen Mordthaten, ähnliches ist bei solchen der Fall, die mit Mordgedanken sich tragen und durch Zeitungslesen sich immer von neuem in dieser Richtung suggerieren. Verbrechen, an die Seelenwand gemalt, erzeugen nicht selten Verbrechen, denn der Teufel kommt, wenn man ihn an die Wand malt; das Bild, der Schein erzeugt die Wirklichkeit; die Vorhersagung von Ereignissen erleichtert deren Verwirklichung. Darum sagt ein Forscher: auch auf diesem Gebiete ist die Macht des Glaubens eine unermeßliche, man kann fast buchstäblich Berge durch ihn versetzen, und so ist es auch mit der Liebe, die mit dem Glauben eine Wurzel hat. Entgegengesetzt wirkt der Zweifel, wie denn H. Heine einmal sagt: „Es ist immer schlimm, wenn das Publikum Zweifel hegt über die Festigkeit der Dinge; mit dem Glauben an die Dauer schwindet schon ihre beste Stütze." Das haben Fürsten, Staatsmänner, Völker schon oft und bitter genug empfinden müssen. Nicht minder ist es eine alte, nun auch wissenschaftlich begründete Erfahrung, daß Verbote oft mehr wirken als Aufmunterungen, freilich in entgegengesetztem Sinn; wie denn Lust und Unlust oft eine entscheidende Rolle spielen, auch wenn sie lediglich auf Einbildung und Suggestion beruhen.

Diese Zusammenstellung unwägbarer Dinge, die in der Regel weit stärker auf die Wagschale drücken als die wägbaren, mag für diesen Zweck genügen; sie wird bewiesen haben, wie die öffentliche Meinung und die Tagespresse in engster und stärkster Rückwirkung stehen, sowie welche außerordentliche Macht und Verantwortung der letzteren zugemessen ist. Und dies ist heute um so viel mehr der Fall, als sie die Wirkungen der Litteratur immer mehr zurückschiebt, denn diese ist vielfach von ihr abhängig und wird vielfach ersetzt durch die Presse. Daß die Presse ihrer suggestiven Thätigkeit sich bewußt ist, sagt sie selbst: „Wie sich Stimmung machen läßt, das weiß man doch," schreibt ein großes liberales Blatt. Ehe ich nun im Einzelnen

zur Presse übergehe, bedarf es noch einer kurzen Anwendung des oben Ausgeführten auf Litteratur und Kunst [1]).

Ein Wanderer empfängt auf seiner Reise mancherlei Eindrücke, die Vorstellungsbilder, Gefühle, Urteile und Begehrungen hervorrufen; er kommt in eine abgelegene wildromantische Gegend und findet dort ein altes Steinrelief, welches darstellt, wie ein Ritter einen Drachen erschlägt und so das Land befreit. Bild und Umgebung ergreifen den Wanderer, so daß er sich ganz hineinlebt; dies Bild gewinnt eine Gestalt der Wirklichkeit in ihm; ist er dichterisch begabt, so giebt er ihm künstlerischen Ausdruck, es wird etwas vom Ritter und vom Drachen; so ist aus jenem inneren Bild eine neue Wirklichkeit geworden, und so kann aus dieser wieder durch Lektüre ein inneres Bild werden, das unter Umständen wieder zur Wirklichkeit wird. Denken wir nur daran, wie die Lektüre des Waldläufers, oder vieler Seegeschichten, Robinsons, Atala-Renés auch bei uns gewirkt hat, da wird Waldläuferches, oder Robinsonches gespielt, bis diese Empfindung zur fixen Idee führt nd den besessenen Knaben die Geldschublade des Vaters erbrechen und auf und davon gehen läßt. Die Lektüre von Eichendorffs Leben eines Taugenichts hat schon manchen auf die Landstraße geführt, von der es keine Rückkehr ins Vaterhaus gab, und die von Kügelgens „Aus der Mappe eines alten Mannes“ hat wohl schon mehr wie einen durch Künstlertraum zur Besessenheit und von dieser durch Vergehen ins Gefängnis gebracht. Man denke an die sentimentale Massenerkrankung, die im vorigen Jahrhundert Goethes Werther und Rousseaus Schriften erzeugten beziehungsweise verstärkten, oder an die Ritter- und Räuberromane nach Spieß und Vulpius, oder die süßliche platte Sinnlichkeit Claurens, oder an Onkel Toms Hütte ꝛc. ꝛc. Welch packende Gewalt können Dichtungen auf ganze Nationen ausüben, man denke nur an die Marseillaise, Schleswig-Holstein meerumschlungen, die Wacht am Rhein, an den einfachen Marschgesang der Unionstruppen von John Brown. Und wie viel Unheil haben schon sittenlose und namentlich versteckt sinnliche Verse angestellt, oder gar entsprechende Bilder, und erfahrungsmäßig wirkt die „Suggestion des Feigenblatts“ besonders vergiftend. Wie viel böse Begierden haben schon die wandernden Makart- ꝛc. Ausstellungen mit ihren nicht nackten, sondern entkleideten — nackig, sagt man in Süd-Deutschland — Weibspersonen

1) Schmidkunz, a. a. O., S. 13 f., 17, 26 f., 260.

in den Herzen der Beschauer geweckt, denn: Herz, du bist des Bösen Quelle, Auge die Gelegenheit. Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben, ruft Schiller den Künstlern zu, bewahret sie!

Und wie oft ist auch die dramatische Kunst sich ihres unermeßlichen Eindrucks nicht bewußt oder hat sich dessen nicht würdig bewiesen. Man sehe nur, wie die Jugend und die Kraftnatur des Volks Partei nimmt für Karl Moor, und die Erbitterung auf Franz sich durch Schimpfrufe vom „Olymp" Luft macht; und wenn es nicht zum Aufführen kommt, sondern beim Lesen bleibt, wie der eifrige, vom Inhalt besessene Leser auf den Dichter oder Schriftsteller erbittert wird, der es ihm nicht recht macht, so völlig wird das Bild, der Schein zur Wirklichkeit. Und nun zur Sache selbst!

Aus praktischen Gesichtspunkten wird sich die hier in Betracht kommende Publizistik in zwei große Gruppen scheiden lassen: in die sozialdemokratische und die nicht sozialdemokratische und diese wieder in zwei Untergruppen: Presse und sonstige Publizistik (Litteratur).

a) Die sozialdemokratische Presse.

Im allgemeinen kann von ihr gesagt werden, daß sie durchweg einheitliche Tendenzpresse ist, welche nach Kräften, bewußt oder unbewußt — ihren Leserkreis in ihrem Sinn zu beeinflussen, ihm das zu suggerieren sucht, was den Parteiabsichten und -Zwecken entspricht.

Unmittelbar vor dem Sozialistengesetz gab es 42 politische und 41 gewerkschaftliche Blätter mit circa 170000 Abonnenten.[1]) Im Oktober 1890 giebt die Partei selbst den Bestand auf 60 politische Blätter mit ca. 254000 Abonnenten an; (wie Schöner zu der Zahl von 600000 Abonnenten kommt, weiß ich nicht). Am 1. Oktober 1891 war nach derselben Angabe der Bestand 69 politische und 55 gewerkschaftliche; Januar 1892 waren es 75 politische und 57 gewerkschaftliche, also zusammen 128 Blätter und jedenfalls eine sehr hohe Abonnentenzahl, die nicht zu ermitteln war. Wenn Schöner meint, jede Nummer eines sozialdemokratischen Blattes habe zwei Gesinnungsgenossen zur Reichstagswahl 1890 gestellt, so ist erstens jene Grundlage zweifelhaft, zweitens aber auch die Folgerung, denn es ist notorisch, daß die Zahl der sozialdemokratischen Wähler, die 1890 1,34 Million auf-

---

1) Vgl. Schöner, Die periodische Presse und die Kirche, 1892. S. 52.

wies, auch die Menge aller jener Unzufriedenen in sich birgt, die bei den andern Oppositionsparteien nicht den Grad des Unzufriedenheitsausdrucks fanden, den sie selbst für nötig hielten. — Das Wochenblatt die „Neue Zeit“ hat sehr viele Leser, und das Beiblatt die „Neue Welt“ hat eine Auflage von 180 000.[1]) Auch die Gewerkschaftsblätter machen z. B. die Polemik, namentlich gegen Kirche und Religion mit[2]), daß es die politischen Blätter mit Vorliebe thaten, ist bekannt. Bemerkenswert ist, daß sie auch hierin seit Aufhebung des Sozialistengesetzes eine neue Methode gewählt haben, nämlich die opportunistische, die namentlich nach dem Bedürfnis der Landagitation bei den bezüglichen soziolbemokratischen Organen modifiziert ist.

Abgesehen davon, daß die sozialdemokratische Presse in der Polemik sehr derb, und wenn es sich um Personen handelt, die ihr, wie z. B. Fürst Bismarck besonders verhaßt sind, roh und gemein wird, kann gesagt werden, daß diese Presse sich von Pikanterien und Unsittlichkeiten gar mancher anderen Blätter frei hält. Sie bringt in der Regel den Lesern schweren sozial-politischen Stoff mit Statistik in derselben einseitigen und monotonen Art, die der Massenproduktion eignet; sie hat meist keine Feuilletons und keine Telegramme; die Beilagen sind zum Teil tendenzlos, beziehungsweise nur aufklärerisch-populärwissenschaftlich, auch an poetischen Zugaben fehlt es nicht. Illustrierte Witzblätter, z. B. „Der wahre Jakob“, der „süddeutsche Postillion“, sorgen für weiteres Salz. Die Zeitungen sind durchweg Parteiunternehmungen und zwar gewöhnlich auf Beschluß der Ortsgruppen. Nach den noch geltenden Parteibeschlüssen sollten übrigens Blättergründungen nur im Falle der Rentabilität gestattet, und eine Unterstützung der Presse aus dem Parteifonds nicht zugelassen werden; diese Beschlüsse sind sowohl schon thatsächlich durchbrochen worden als auch hat sich eine starke Gegenströmung gegen dieselben geltend gemacht, welche auf die Aufhebung derselben hinausgeht. Wenn Schöner aber von „horrenden Agitationsfonds“ der Sozialdemokratie spricht, welche die Verbreitung ihrer Presse betreibt, so scheint mir das eine von seinen Übertreibungen zu sein, jedenfalls müßte ein Beweisversuch erwartet werden, ehe man diese Begründung gelten lassen könnte. Daß die Presse selbst sehr schmal, ja ärmlich dotiert ist, kann gar nicht bezweifelt werden,

1) Vgl. Soz.-pol. Zentralblatt.

2) Vgl. Schöner, a. a. O., S. 83 f.

und die Redakteure, namentlich der kleinern Lokalblätter — meist gemaßregelte Genossen aus den verschiedensten Berufen — sind sehr viel schlechter bezahlt als ihre Kollegen von der nichtsozialdemokratischen Presse und haben erheblich mehr Arbeit, da sie auch Agitationsredner sind und alle die Nachhilfen und Füllsel (Lithographierte Korrespondenzen, Telegramme, Waschzettel ꝛc.) nicht, oder weniger haben, welche den andern die Füllung ihrer Zeitung erheblich erleichtern. Auch die Haupteinnahmequelle: Reklame und Inserate fehlen ihnen, zwar nicht ganz, aber doch in einem Grade, daß eine wesentliche Einnahme schwerlich aus ihnen gezogen werden kann. Und wenn darüber geklagt wird, daß der Vergnügungsanzeiger auch bei ihnen sehr stark entwickelt sei, trotzdem daß vorn über das Elend, das zum Himmel schreie, Klagelieder angestimmt würden, so muß man der Unparteilichkeit halber an die Vergnügungs-, Eß-, Trink- ꝛc. Anzeigen der übrigen Blätter denken, deren Vorderseiten der Klagen genug bringen. Wenn man außerdem bedenkt, daß der Abonnementspreis bei den sozialdemokratischen Blättern nach der Lage der Dinge niedrig, die Bezahlung der Setzer sehr hoch ist, so kann die Lage der sozialdemokratischen Journalisten keine beneidenswerte sein.

Was die sozialdemokratische Presse also besonders wirksam macht, ist die Einheit ihrer Arbeit, die zielbewußte und zweckmäßige Förderung derselben und der feste und treue Leserkreis, der sich begierig ihren Einwirkungen hingiebt.

b) Die nichtsozialdemokratische Presse.

Der atomistischen Zersplitterung des deutschen Volks in Vereine und Parteien entspricht auch die in der Publizität, zumal in der Presse; schon diese Thatsache beeinträchtigt ihr Ansehen und ihre Wirkungen, und dies kann, wie die Dinge liegen, in mehr als einer Beziehung als ein Glück angesehen werden. Es würde hier zu weit führen, auf die Entwicklung der deutschen Presse einzugehen — einen kurzen Überblick gewährt Schöner, S. 12 ff. — es muß nur gesagt werden, daß eine heutige Zeitung ganz etwas Anderes ist, als eine solche vor 50 Jahren. Die Zeitung von heute muß Alles bieten, was die Welt

---

1) Über die sozialdemokratische Presse im Einzelnen, vergl. A. Held, Die deutsche Arbeiterpresse der Gegenwart, 1873, S. 46 ff.; R. Meyer, a. a. O.

bietet, sonst kann sie dieser nicht sein was sie ihr thatsächlich ist: ihr Abgott, sie muß deshalb ein Spiegelbild dieser Welt im kleinen sein: ein Mikrokosmus. Im „Leitartikel", der ebenfalls nach französischem Vorbild vor etwa 60 Jahren in die deutsche Presse eingeführt ist, wird die politische Mache betrieben, entweder nach der Leistungsfähigkeit des Hauptredakteurs, oder besonderer Mitarbeiter oder anderwärts besorgter Fabrikware, die, meist ins Grobe gearbeitet, mit dem politischen Stempel versehen von den betreffenden Korrespondenz-Verlagsgeschäften bezogen werden — z. B. giebt es meines Wissens 32 solcher Geschäfte —[1]). Aus derselben Fabrik, oder durch besonders bezahlte Korrespondenten, — nicht selten müssen diese Korrespondenzen auch in der Redaktion fabriziert werden — kommen die Originalkorrespondenzen, für die angesehene Zeitungen durchweg sehr viel Geld verwenden, doch ist auch hier die Fabrikmache vorwiegend, sei es daß sie lithographiert oder auf eine sonstige mechanische Weise geliefert werden. Sehr wichtig ist in unserer aufgeregten, neuerungssüchtigen und neugierigen Zeit der telegraphische Teil der Zeitungen. Da es aber nur wenige giebt, die sich direkt von überall her telegraphisch versorgen lassen können, so sind telegraphische Bureaus errichtet, wo die Telegramme zusammen laufen, und von da an die Zeitungen abgelassen werden; die bedeutendsten sind die von Wolff (Berlin) (Herold), Reuter in London und Havas in Paris; diese sind wesentlich im Sinn der entsprechenden Regierungen redigiert, haben thatsächlich das telegraphische Monopol und tragen dieses Gepräge an sich. Nicht wenig größere Zeitungen stehen in direkter telegraphischer Verbindung mit den Parlamentsorten u. s. w. Ferner liefern die Zeitungen Feuilletons, denn ohne sie geht es heute nicht mehr. Auch hier sind die Fabrikwaren die beliebtesten, und die pikanten die gesuchtesten; die bedeutendsten deutschen Schriftsteller — ob es heute noch nennenswerte Ausnahmen giebt, weiß ich nicht — lassen sich unter dem Strich löffelweise gegen Zeilenbezahlung verabreichen. Die sog. „Vermischten" vollenden diese papierene Welt redaktioneller Thätigkeit. Aber wie es nicht nur Fabriken von Leitartikeln, Korrespondenzen aller Art, Feuilletons, Unterhaltungs- rc. Beilagen — sogar ganz fertige Zeitungan bis auf den Titel, daher „kopflose" genannt, giebt es — Nachrichten- und Vermittlungsbureaus giebt[2]), so ist auch auf dem Gebiete des Tagesklatsches,

1) Vgl. Sperling, Adreßbuch der deutschen Zeitschriften, 1892. S. 55 f.

2) Vgl. Sperling, a. a. O. S. 58 ff.

der sogenannten Tagesereignisse, der „sensationellen Ereignisse", der Skandalprozesse ꝛc. die gewerbsmäßige Berichterstattung an Stelle der Schriftstellerei getreten. Neuerdings haben große Berliner Zeitungen z. B. ihre ganze Zeitung zur Darstellung solcher Schauergeschichten genommen, zu denen alles Übrige nur ein schwaches Anhängsel bildet. Da werden dann hauptsächlich neue Morde, Selbstmorde, geschlechtliche Scheußlichkeiten und Gewaltthaten aller Art suggeriert. Und all dies wird noch ergänzt durch die betreffenden Inserate, die Kurszettel, die Empfehlungen von Anlagepapieren, die Reklame. Auch die letztere ist ein französischer Importartikel, dessen Erfinder zwar E. de Girardin nicht ist, wohl aber ist er der, der ihn in Schwung gebracht hat. Wer reichlich inserieren läßt, wird redaktionell gelobt, unterbleibt dies, werden die Inserate zurückgezogen, oder damit gelobt wird, werden Besitzer und Leiter der Zeitungen „am Gewinn beteiligt"; bei Künstlern aller Art ist es nicht anders, und die ganz neuen „Weihnachtswanderungen" und „Rundschauen" gehören vielfach in dasselbe Kapitel. Aber gerade das Inseratenwesen ist die Achillesverse der Preßmacht, denn die großen Annoncenfirmen à la Mosse & Comp. setzen ihr die Kapitalmacht auch auf diesem Gebiet entgegen. Schöner macht hierbei auf den jüdischen Charakter jener Firmen aufmerksam (S. 59) und zitiert die Worte des Moses Montefiore (S. 61): „Solange wir nicht die Presse, die Zeitungen der ganzen Welt in den Händen haben, um die Völker zu täuschen und zu betäuben, bleibt unsere (der Juden) Herrschaft ein Hirngespinnst." Sollte der genannte dies wirklich vor 50 Jahren gesagt haben, dann können sich die Juden allerdings nicht wundern, wenn angesichts der heutigen Lage, die Nutzanwendung im Antisemitismus gemacht wird. So hat denn auch Schöner sie mit der Bemerkung gemacht, daß $^3/_4$ aller einflußreichen Blätter in ihren Diensten stünden. Auch hier würde sich doch ein Beweisversuch empfehlen, sonst werden vorurteilslose Leser nur starke Übertreibungen, wenn nicht mehr beziehungsweise weniger dahinter sehen. Daß das jüdische Element in der linksliberalen Presse sehr mächtig ist, scheint mir unleugbar zu sein, daß es auch weiter nach rechts nicht ohne Bedeutung sei, mag zugegeben werden, aber was soll nun daraus gefolgert werden?

Während vor 40 Jahren Deutschland gegen 2000 Zeitschriften, Zeitungen, Tagesblätter ꝛc. hatte, waren es Ende 1890: 6200. Von den 952 Millionen Kilogramm Papier, welche auf der Erde fabriziert

werden, dient ungefähr die Hälfte für den Druck und nahezu $1/3$ für den Druck der Zeitungen.[1])

Über die Schäden der Presse ist schon viel geredet, geschrieben und geklagt worden: die Hast, mit der die Journalisten arbeiten müssen, die Art des modernen Berichterstatter- und Vorkauerwesens, die flachen, pikanten, sensationellen, ja unsittlichen Aspirationen, die in der Presse sich geltend machen, die Anonymität der Schreibenden, die nicht selten mangelhafte Bildung haben, sind schwere Übelstände, die leider nur vereinzelt gefühlt werden. Ein geradezu vernichtendes Urteil fällte Lasalle. „Zwei Dinge hasse ich, sagte er, Juden und Litteraten, leider bin ich beides.“ „Ihre (der Presse) Lügenhaftigkeit, ihre Verkommenheit, ihre Unsittlichkeit werden von nichts anderen übertroffen, als von ihrer Unwissenheit.“ Wenn dieser Zustand noch 50 Jahre daure, würde unser Volk zu Grunde gehen; nicht einmal die Griechen würden eine solche Presse ausgehalten haben, die aus Gewinnsucht alle Brunnen des Volksgeistes vergifte zc.[2]) Daß auch hier zum Teil starke Übertreibungen vorliegen, möchte ich allerdings annehmen, aber die Gefahr bleibt auch so noch groß genug, und um so bedrohlicher als die Zeitungen die Buchlitteratur immer stärker zurückdrängen und immer mehr ersetzen, also auch diese zum Teil in ihre Tendenzen tauchen, zum Teil mit derselben Hast, zum Teil in demselben Fabrikbetrieb erledigen wie ihre übrigen Objekte. Daß die Sozialpolitik in solcher Presse zu kurz kommt, bedarf wohl keines Beweises, doch zeigt sich in neuster Zeit eine Wendung zum Besseren. Und daß von einer einheitlichen Behandlung nicht die Rede sein kann, liegt ja wohl auf der Hand. Denn selbst die wichtigsten politischen Angelegenheiten werden von Blättern derselben Parteirichtung — nur die Zentrumspresse macht eine Ausnahme — nicht selten ganz verschieden beurtheilt und zum Gegenstand der internen Parteipolemik gemacht. Schrieb doch neuerdings ein angesehener nationalliberaler Publizist: Unsere Parteipresse ist „ein Stein des Anstoßes“; alle Hauptorgane „stimmen in der Beurteilung irgend einer politischen Frage fast niemals überein.“ Man denke an die Polemik der Kreuzzeitung mit andern konservativen Organen, sogar die Freisinnigen kommen zuweilen in Streit miteinander, und wie sich die Organe der einen

1) Schöner. a. a. O. S. 37.

1) Vgl. Schöner, a. a. O. S. 67 f.

Partei gegen die andre verhalten, bedarf keiner Illustration. Da haben wir beinahe den Kampf Jedermanns wider Jedenmann, die sozialdemokratische Presse kann mit Freuden zusehen.

Die nicht sozialdemokratische Presse zerfällt nun in sehr verschiedene Parteiblätter und mehr oder weniger parteilose Zeitungen und Blätter.

Vorauszuschicken ist, daß speziell mit der Sozialpolitik sich beschäftigte die „Sozialpolitische Rundschau", welche leider mit der Vollendung des ersten Jahrgangs eingegangen ist. Seit Januar 1892 erscheint wöchentlich das „Sozialpolitische Zentralblatt" in Berlin, Herausgeber Dr. H. Braun, Verlag Guttentag. Dieses Blatt füllt eine sehr fühlbare Lücke aus. Neben einzelnen nicht zu langen Artikeln bringt es namentlich ununterbrochene Nachrichten über den Stand der sozialen Frage und Kritiken über die einschlägige Gesetzgebung und deren Handhabung. Die letzteren sind nicht immer frei von Mäkelei, und die positiven Forderungen halten nicht überall die Linie ein, welche mir die Gerechtigkeit zu ziehen scheint. Im ganzen aber ist das Blatt empfehlenswert nicht nur, sondern für jeden, der mit der Frage einigermaßen vertraut bleiben bezw. werden will, unentbehrlich, aber mit Vorsicht zu gebrauchen. Außerdem sind von älteren bezüglichen Zeitschriften zu erwähnen: „Der Arbeiterfreund", Organ des Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, herausgegeben von V. Böhmert (30. Jahrgang) und die kathol. „Monatsschrift für Christliche Sozialreform", herausgegeben von Freiherr von Berger (14. Jahrgang).

Die zweite Abteilung des „Adreßbuchs für deutsche Zeitschriften" (Sperling) bietet auch eine Auswahl von Zeitungen, diese sei „sorgfältig" getroffen in „politischer und litterarischer Beziehung" und nach „Auflage" und „Einfluß". Die Aufnahme, bemerkt der Verfasser weiter, erfolge kostenfrei, sei nicht käuflich, „begründete Vorschläge" nehme er „gern zur gewissenhaften Prüfung" entgegen. Erstens erhalten wir somit überhaupt keine Übersicht über den thatsächlichen Stand der Presse, sondern nur eine „Auswahl"; diese ist z. B. bestimmt durch den „Einfluß"; daß damit in erster Linie der durch Inserate geübte gemeint ist, scheint aus allem hervorzugehen, was dort von besonderen Empfehlungen ꝛc. abgedruckt ist. Ferner: wie sollen denn die Vorschläge „begründet" sein? Dabei kann man sich viel denken, und daß sehr viele Redaktionen bezw. Eigentümer von Zeitungen solche unterlassen haben, scheint nach der „Auswahl" zweifellos, oder sie müßten

die „Prüfung“ nicht bestanden haben. Ich habe mir die Mühe genommen, die Zusammenstellung durchzuarbeiten und danach eine Berechnung anzustellen. Die Zeitungen, bei denen keine Parteiangabe gemacht ist und die mir unbekannt waren, — es sind kein Dutzend — desgl. die als „Amtsblätter“ bezeichneten, habe ich ganz weggelassen. An der Spitze steht die Zahl derer, die sich als „parteilos“ bezeichnen, mit 120 — kleine Irrtümer sind hierbei nicht ausgeschlossen, jedenfalls aber ohne jede Bedeutung — mit 1.4 Millionen Auflage, dann folgen die „Nationalliberalen“ — dahin habe ich alle „Gem.-Lib.“ gerechnet, sowie von den als „liberal“ bezeichneten die National Zeitung, die Magdeburger Zeitung, den Rhein.-Kurier — mit 116 und ca. 700 000 Auflage, sodann gegen 90 „Freisinnige“ — hierher sind alle anderen als „liberale“ und fortschrittlich bezeichneten gerechnet mit ca. 870 000 Auflage, sodann folgen 40 Konservative mit ca. 284 000 Auflage, das Zentrum mit 40 Organen und circa 236 000 Auflage, dann die Freikonservativen — „Kartell“ und „Deutsch-Nationale“ (etwa 4 Blätter im ganzen) sind hierher gerechnet — mit 25 Organen und ca. 153 000 Auflage, dann 6 „demokratische“ Organe mit ca. 91 000 Auflage. Daß diese Angaben mit der Wirklichkeit in keinem rechten Verhältnis stehen, sieht jeder auf den ersten Blick, der irgend etwas von unsern Parteiverhältnissen weiß; die sozialdemokratische Presse ist, soviel ich sehe, gar nicht erwähnt. Diese steht anderweit fest, desgleichen die Zentrumspresse, die Leo Wörl berechnet hat,[1]) nach den neuesten Schätzungen giebt es außer 200 katholischen Fachzeitschriften, 401 katholische Zeitschriften, von denen 81 Zeitungen täglich erscheinen; konservative Zeitungen sind etwa 65—70 nachgewiesen, der Löwenanteil mit über 200 bleibt den Liberalen, wovon die stärkere Hälfte der Blätter, aber mit geringerer Abonnentenzahl den Nationalliberalen zuzuweisen sein dürfte. Derjenige Teil der Presse, der hier — als Gegengift gegen die sozialistische Propaganda und Suggestion — am meisten in Betracht kommt, ist die evangelische und katholische Volkspresse. Nach den bei Sperling und Schöner — dieser ist z. T. schon von den Thatsachen überholt — gegebenen Zahlen kann gesagt werden mit möglichster Annäherung an die Wirklichkeit: die evangelische Volks- und Arbeiterpresse ist in den letzten fünf Jahren merklich gestiegen und beträgt ca. 120 selbständige Blätter, von denen 34

---

1) Bei Schöner, a. a. O. S. 49 f.

illustriert sind, mit über 1,2 Millionen Auflage, das verbreitetste Blatt hat 125 000 Auflage, die entsprechenden katholischen Volksblätter in diesem Sinne sind ungefähr 55 mit gegen 600 000 Aufl. — illustrierte Blätter giebt es 15 —. Das verbreitetste Blatt hat 54 000 Auflage.[1]) Rechnet man die Volkspresse hinzu, welche insbesondere von V. Böhmert angeregt ist, z. B. das „Volkswohl“ und andere, so hat man eine sehr stattliche Volkspresse, die auf das beste geeignet ist, der Sozialdemokratie das Feld streitig zu machen. Und wird in der seitherigen Weise auf diesem Gebiet fortgearbeitet, so scheint mir an dem Erfolg nicht gezweifelt werden zu können.

c) Die sonstige sozialdemokratische Publizistik.

Daß diese ebenso einheitlich, zielbewußt und tendenziös gehandhabt wird wie die Presse, ergiebt schon eine kurze Betrachtung. Diese Litteratur läßt sich auf drei Gebieten verfolgen: auf dem philosophisch-naturwissenschaftlichen, historisch-praktischen und wirtschaftlich-sozialen. Auf jenem herrscht, wie auf allen übrigen der Materialismus, die Revolution, der Marx'sche Sozialismus. Auf dem ersteren gilt es, die Religion zu untergraben bezw. an ihre Stelle Darwinismus und Materialismus zu setzen, auf dem zweiten werden die Revolutionen motiviert und ihre Fehler dargestellt nebst bezüglichen Nutzanwendungen, auf dem dritten wird der Kapitalismus und das Privateigentum nebst der Klassenherrschaft gebrandmarkt und diesen Krankheiten und Mißgeburten das Gemeineigentum und der klassenlose Sozialstaat entgegengesetzt. In manchen finden sich alle drei Gebiete vereint behandelt, um nicht zu sagen mißhandelt, um sie mit einmal zu bebauen und zu begießen, so besonders in Engels: der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. Doch davon hernach.

Der bei weitem bedeutendste Verlag ist der von Dietz in Stuttgart.[2]) Die Schriften sind gut und solid ausgestattet und geheftet, z. T. in geschmackvollem Leinenband, jedenfalls solid, sauber und korrekt gedruckt, nicht bloß besser wie bei gar manchen anderen Verlegern mit berümten Namen, sondern auch sehr viel billiger; der Bogen kl. 8° kostet noch nicht 10 Pf., z. B. 30 Bogen 2 M. 50 Pf.,

---

1) Dazu vgl. Schöner, a. a. O. S. 103 f.

2) Sehr umfangreich ist auch der des „Vorwärts“.

44 Bogen gr. 8° mit einer sehr großen Anzahl von Illustrationen und einzelnen Karten, alles sauber, solid und mit Geschmack ausgeführt 4 Mk. 50 Pf., also 2 Drittel bis 3 Viertel billiger als die meisten anderen Verleger liefern, die oft dabei gar kein Honorar zahlen.

Am meisten scheinen verbreitet und gelesen zu sein vor allem Bebel, die Frau und der Sozialismus, sodann das oben genannte Buch von Engels, das von diesem übersetzte und bearbeitete Buch von Marx, das Elend der Philosophie. Ferner: Aveling (der Schwiegersohn Marx'), die Darwinsche Theorie, illustriert und mit einer Biographie Darwins; Bommeli, die Geschichte der Erde, O. Köhler, Weltschöpfung und Weltuntergang; Langkavel, der Mensch und seine Rassen, dieses sagt: (S. 644) „Die selbstherrliche Arbeit wird an der Hand der Wissenschaft und Kunst ihren Siegeszug durch alle Länder halten, und wahre Kultur und Gesittung für Alle wird die Folge sein"; Morgan, die Urgesellschaft, übersetzt; Bebel, die muhamedanisch-arabische Kulturepoche; Dulk, der Irrgang des Lebens Jesu, 2 Bände (4 Mk.); Kautsky, Klassengegensätze von 1789; Brunnemann, Skizzen und Studien zur französischen Revolutionsgeschichte; W. Blos, die französische Revolution, reich illustriert; derselbe, Geschichte der Revolution von 1848; B. Becker, Geschichte der revolutionären Pariser Kommune 1789—94. Auch die ältere Arbeit von Zimmermann, der große deutsche Bauernkrieg, reich illustriert und in Prachtband (6 Mk. 70 Pf.), scheint stark gelesen zu werden. Viel verlangter ist offenbar Lissagaray, die Geschichte der Kommune von 1871, 2. Auflage, auch hier wird die Kommune nur ein Vorspiel genannt und verkündigt: „Der gewappnete Sozialismus ist aus den Ruinen von Paris herausgesprungen, nicht allein in Europa, sondern auch in Amerika". Mehr biographischer Art sind Kautsky, Thomas More und seine Utopie; J. Stern, die Philosophie Spinozas; Bebel, Ch. Fourier; Leben und Thaten des Generals Dombrowski, Schilderung aus dem Kommunekampf von 1871, nach Aufzeichnungen seines Adjutanten; Engels, L. Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie; Liebknecht, Robert Blum und seine Zeit; M. Kegel, Ferdinand Lasalle. Sodann: M. Schippel, das moderne Elend und die moderne Übervölkerung; O. Köhler, der Egoismus und die Zivilisation; Liebknecht, ein Blick in die neue Welt; Kautsky, Karl Marx' ökonomische Lehren; Bebel, die Sonntagsarbeit:

Kablukow, die ländliche Arbeiterfrage,[1] 2. Aufl. (2 Mk.); J. Stern, Thesen über den Sozialismus und dessen Religion der Zukunft, 3. Auflage; hierher gehören auch die berüchtigten „Kanzelreden“ von Jos. Dietzgen, „Die Religion der Sozialdemokratie“, 5. Aufl. (20 Pf.), Berlin 1891, Expedition und Verlag des „Vorwärts“. Auch kleine Schriften von Lasalle (Julian Schmidt, Fichte, Lessing) sind wieder aufgelegt und ältere Sachen von der „Hottinger Volksbibliothek“ erworben, 12 Bde. geb., die insgesamt für 12 Mk. ohne Rabatt gegen bar für „Volksbibliotheken“ bezogen werden können. Engels, Jakoby, Becker, auch eine Gedichtsammlung „Es werde Licht“, die obengenannte Biographie von Dombrowsky, sozialistische Novellen von O. Walster u. s. w. gehören dahin. Im Verlag von Dietz sind — auch von Kegel — „Lichtstrahlen der Poesie“, Prachtband 3 Mk. 50 Pf., erschienen.

Soviel ich sehe, hat nun seit 1890 M. Schippel die „Berliner Arbeiterbibliothek“, Verlag der „Berliner Volkstribüne“, begründet. Er sagt über diese Gründung selbst folgendes: „In den letzten Jahren hat sich in Deutschland eine reiche Arbeiterlitteratur entwickelt, welche von der geistigen Regsamkeit und dem Bildungstrieb der Massen das erfreulichste Zeugnis ablegt. Diese Litteratur hat sich jedoch — wie es unter dem Sozialistengesetz nicht anders sein konnte — zunächst allgemeineren wissenschaftlichen Stoffen zugewendet; vorläufig unterbleiben mußte hingegen die Behandlung brennender wirtschaftlicher und politischer Tagesfragen“ 2c. Diese Lücke soll die „Berliner Arbeiterbibliothek“ ausfüllen. Für Gesetzgebung, Presse, öffentliche Meinung, Gewerkschaften sollen diese Broschüren, monatlich 32—48 Seiten stark, zu 15—20 Pf. herausgegeben werden. „An alle Arbeiter Deutschlands richten wir die Bitte, überall für die Verbreitung der Berliner Arbeiterbibliothek energisch einzutreten, damit unser Zweck: Die politische und wirtschaftliche Aufklärung der Massen möglichst umfassend erreicht wird“.

Je 12 Hefte bilden eine Serie. Die erste Serie enthält die Phantasie Bellamys, von Bebel „Zuckerwasser“ genannt, ferner über Gewerkschaften, Frauenfrage, Sozialismus in Frankreich seit der Kommune, die Hausindustrie in Deutschland, Junker und Bauer, die

1) Dies Buch ist offenbar stark verarbeitet (von Molkenbuhr?)

wirtschaftlichen Umwälzungen unserer Zeit ꝛc., die Marxsche Werttheorie, die Sozialdemokratie und den Reichstag, die soziale Frage auf dem Lande, Internationale Arbeitsschutzgebung.

An zwei Beispielen, einem aus je einer Gruppe, kann diese Art von Litteratur charakterisiert werden: 1. Engels, Ursprung der Familie ꝛc. und 2. M. Schippel, I. Serie 2. Heft, die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung. (Berlin 1890.) Engels bemerkt in der Vorrede zu dem genannten Buche, das 1892 in 4. Aufl. erschienen ist (6.—7. Tausend), daß die ersten Auflagen — also 5000 Exemplare in den vorhergehenden 7 Jahren vergriffen wurden. K. Marx hatte selbst diese Arbeit unternehmen wollen, starb aber, und nun hat Engels die Morgansche Arbeit (siehe oben) mit der von Marx „entdeckten materialistischen Geschichtsauffassung“ in Zusammenhang gebracht, die jener „in seiner Art neu entdeckt“ hatte. Nach einer kurzen Übersicht über die Vorarbeiten (Bachofen, Mutterrecht 1861, M. Lennau, Lubbock) wird die Morgansche Arbeit besprochen. Dieser habe gezeigt, daß die mutterrechtlich organisierte Gens die „Urform“ der menschlichen Gesellschaft sei. „Diese Wiederentdeckung hat — nach Engels — für die Urgeschichte dieselbe Bedeutung, wie Darwins Entwicklungstheorie für die Biologie und Marx’ Mehrwertstheorie für die politische Ökonomie.“ Daß sie allerdings alle drei von der Wissenschaft stark angefochten bezw. verworfen worden, und, wie früher ausgeführt, wissenschaftlich ganz unhaltbar sind, steht fest; daß aber Engels behaupten kann (S. XXII) die Morgans sei „jetzt allgemein anerkannt“ ist unbegreiflich, da er Westermark zitiert — Winternitz und Starke scheint er nicht zu kennen —; er widerspricht sich auch selbst, denn S. XXIV sagt er, daß sie „in ihren Hauptzügen noch heut“ gelte, daß sie immer mehr Anerkennung finde, S. 13 aber heißt es: „Es ist neuerdings Mode geworden, diese Anfangsstufe — des regellosen Geschlechtsverkehrs — wegzuleugnen.“ S. 1 beginnen nun die Phantasien, welche als „vorgeschichtliche Kulturstufen“ bezeichnet werden; die Menschen leben da „wenigstens teilweise auf Bäumen“, dann steigen sie als Fischesser zur „Mittelstufe“; daß es „Ausschließliche Jägervölker nie gegeben“ habe, lernen wir ebenso, wie den echt wissenschaftlichen Grund: der Ertrag der Jagd ist viel zu ungewiß; die Oberstufe der „Wildheit“ wird mit der Erfindung von Bogen und Pfeil, die Unterstufe der Barbarei durch „Einführung der Töpferei“, die Mittelstufe derselben durch Zähmung von

Haustieren im Osten, durch Kultur der Nährpflanzen im Westen, die Oberstufe durch „Schmelzen des Eisenerzes“ erklommen. Von S. 12 sehen wir dann wie Morgan-Engels von irokesischen und hawayischen Eheverhältnisse seinen Urzustand mit Vielmännerei und -weiberei, wo alles gemeinsam war, „konstruiert“. Die „natürliche Zuchtwahl“ muß natürlich auch wieder herhalten. Engels bemängelt es (S. 23), daß die christlichen Missionäre diese organisierte Unzucht als „Greuel“ bezeichneten und meint S. 37, den heutigen Männern wäre es nicht eingefallen „auf die Annehmlichkeiten der thatsächlichen Gruppenehe zu verzichten.“ Mit „dem Umsturz des Mutterrechts“ beginnt die Sklaverei des Weibes, die noch heute bestehe, und die monogame Ehe bestehe ja thatsächlich nur für die Frau. S. 49 meint er, bei den alten Dorern „galt es für anständig, die Frau einem strammen Hengst, wie Bismarck sagen würde, zur Verfügung zu stellen“. Die Einzelehe beruhe nur auf „ökonomischen Bedingungen“, sie bedeute „den Sieg des Privateigentums über das ursprüngliche naturwüchsige Gemeineigentum“. (S. 51) „sie habe die „erste Klassenunterdrückung“ gebracht, nämlich die des Weibes durch den Mann; mit ihr traten die seither nie wieder verschwundenen „Charakterfiguren“ auf: „der ständige Liebhaber der Frau“. (S. 54) Oben war bekanntlich die Ehe für die Frau monogam. Beim „deutschen Philister, der seine Herrschaft im Hause nicht besser zu wahren weiß als im Staate“, sei dies wohl anders, denn da trage die Frau „mit vollem Rechte die Hosen“. Auch des Verfassers poetischer Geschmack bezüglich der erotischen Poesie der Minnesänger kommt zur Geltung, die „drei wunderschönen Tagelieder“ Wolframs v. E. sind ihm „lieber als seine drei langen Heldengedichte“. (S. 57.) S. 58—60 führt er aus, wie „in katholischen Ländern“ üppiger Hetärismus auf Seiten des Mannes, üppiger Ehebruch auf Seiten der Frau“ herrsche; in „protestantischen Ländern“ dagegen „wird der Hetärismus des Mannes schläfriger betrieben und der Ehebruch der Frau ist weniger Regel“, das entspreche auch der „protestantischen Heuchelei“; und da „die Bürger protestantischer Länder meist Philister sind“, so sei bei ihnen im besten Fall die „bleierne Langeweile“, „Familienglück“ genannt, zu Hause. Wo bleibt da die Sklaverei der Frau, wo bleibt der monogamische Zwang, der auf ihr allein laste? Das seien alles Konvenienzehen, die zur „krassesten Prostitution“ führen, die Frau vermiete ihren Leib, nur nicht „als Lohnarbeiterin zur Stückarbeit“, sondern ein für allemal 2c. Geschlechtsliebe fände sich nur

noch im Proletariat, weil dort kein Eigentum, also auch keine Männerherrschaft bestehe. In jener Ehe aber sei der Mann der Bourgeois, die Frau das Proletariat. Nachdem S. 53 gesagt ist, daß die Lohnarbeit als „notwendiges Korrelat die gewerbsmäßige Prostitution freier Frauen neben der erzwungenen Preisgebung der Sklavin" habe, folgert er S. 62: „daß die Befreiung der Frau zur ersten Vorbedingung hat die Wiedereinführung des ganzen weiblichen Geschlechts in die öffentliche Industrie, und daß dies wieder erfordert die Beseitigung der Eigenschaft der Einzelfamilie als wirtschaftlicher Einheit der Gesellschaft." Nur durch „Verwandlung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum verschwindet auch die Lohnarbeit, das Proletariat, die Prostitution", und mit ihr die Monogamie (S. 65 oben), dann kann erst wieder die „individuelle Geschlechtsliebe" zur Geltung kommen. Wenn ein neues Geschlecht herangewachsen ist, wo die Männer die Liebe nicht mehr kaufen können, und die Frauen nicht mehr die „Folgen" der Liebe zu fürchten brauchen — dergleichen ist nicht mehr ein Gegenstand der Scham, und die „Folgen" fallen der öffentlichen Ernährung und Erziehung zu —; wenn diese neuen Leute da sind, „werden sie sich den Teufel darum scheren", was heute als erlaubt oder verboten gilt, „sie werden sich ihre eigene Praxis und ihre danach abgemessene öffentliche Meinung über die Praxis jedes Einzelnen selbst machen. Punktum." (S. 73.) Sie werden sich scheiden ohne „durch den nutzlosen Schmutz eines Scheidungsprozesses zu waten".

Wie hier Ehe, Familie, Privateigentum und heutiger Gesellschaft der Prozeß gemacht ist, so wird er von S. 75 ab dem Staat und der Monarchie gemacht. Der Staat ist hiernach aus Geschlechtsverbänden entstanden. Nachdem nämlich jene Verbände durch Vaterrecht, Erbfolge, Reichtum, Adel, Königtum ꝛc. erheblich überwuchert bezw. angefressen waren, „fehlte (S. 103 f.) nur noch Eins: eine Einrichtung, die die neu erworbenen Reichtümer den Einzelnen nicht nur gegen die kommunistischen Traditionen der Gentilordnung sicher stellte, die nicht nur das früher so gering geschätzte Privateigentum heiligte und diese Heiligung für den höchsten Zweck aller menschlichen Gemeinschaft erklärte, sondern die auch die nach einander sich entwickelnden neuen Formen der Eigentumserwerbung, also die stets beschleunigte Vermehrung des Reichtums mit dem Stempel allgemein gesellschaftlicher Anerkennung versah; eine Einrichtung, die nicht nur die aufkommende Spaltung der Gesellschaft in Klassen verewigte, sondern

auch das Recht der besitzenden Klasse auf Ausbeutung der nicht besitzenden, und die Herrschaft jener über diese.

Und diese Einrichtung kam. Der Staat wurde erfunden".

Bei der sogenannten geschichtlichen Entwicklung machen ihm die Deutschen besondere Schwierigkeiten, deshalb führt er die bei ihnen herrschende hohe Achtung vor den Frauen auf das Mutterrecht zurück, und die bei ihnen herrschende Keuschheit scheint ihm verdächtig; „waren die Deutschen aber, so sucht er seine deutschen Leser zu trösten (S. 141 f.) in ihren Wäldern diese ausnahmsweisen Tugendritter, so hat es nur geringer Berührung mit der Außenwelt bedurft rc." Daß er damit gerade bestätigt, was die Gegner dieser ganzen Theorie behauptet haben, scheint ihm entgangen zu sein; um so kräftiger versichert er dann am Schluß, die Deutschen hätten noch Vorzüge genug, „ohne daß wir ihnen eine Enthaltsamkeit in fleischlichen Dingen andichten Tacitus u. a.), die nie und nirgends bei einem ganzen Volk geherrscht hat." Woher mag das wohl der Verfasser wissen?

Daß der Kommunismus „bis auf unsere Tage sich erhalten hat", ist ihm so sicher, daß „darüber kein Wort weiter zu verlieren ist" (S. 143). Und daß die Deutschen nicht durch „ihre spezifische nationalen Eigenschaften", sondern durch „ihre Barbarei, ihre Gentilverfassung Europa verjüngt haben", ist ihm unzweifelhaft (S. 161).

Im Schlußkapitel „Barbarei und Zivilisation" wird dann Morgans Urgesellschaft mit Marx' Kapital kombiniert, denn dieses ist „ebenso notwendig" wie jenes (S. 163). Der Staat, bezw. das neue deutsche Reich erhält (S. 178 ff.) zum Schluß folgende Lektion: Die Klassengegensätze brachten die Staatsmacht hervor als „eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht", je stärker jener Gegensatz wird, desto mehr verstärkt sich diese; sie braucht „sachliche Anhängsel, Gefängnisse und Zwangsanstalten aller Art, von denen die Gentilgesellschaft nichts wußte", sie braucht Steuern, früher „vollständig unbekannt", sie macht Schulden; sie braucht „Ausnahmegesetze"; „der lumpigste Polizeidiener des zivilisierten Staats hat mehr Autorität als alle Organe der Gentilgesellschaft zusammengenommen". Daß in diesen Staaten, obgleich sie zur Niederhaltung der Klassengegensätze gegründet worden sind, die besitzenden Klassen herrschen, erscheint ihm ebenso begreiflich wie verwerflich. „Die neueste Leistung (nämlich in der Staatengründung), bei der Herrscher wie Beherrschte gleich komisch erscheinen, ist das neue deutsche Reich bismarckscher Nation: hier werden

Kapitalisten und Arbeiter gegen einander balanciert und gleichmäßig geprellt zum Besten der verkommenen preußischen Krautjunker". Vom allgemeinen Stimmrecht meint er, man könne nicht sagen, wen es „höher gehoben hat, Bismarck oder Bleichröder"; durch dieses „herrscht die besitzende Klasse direkt". Je organisierter aber und selbstbewußter das Proletariat wird, desto mehr wählt es seine eigenen Vertreter. „Das allgemeine Stimmrecht ist so der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. An dem Tage, wo das Thermometer des allgemeinen Stimmrechts den Siedepunkt bei den Arbeitern anzeigt, wissen sie sowohl wie die Kapitalisten, woran sie sind". Und zum Schluß (S. 182) „Der Staat ist also nicht von Ewigkeit her .... die Gesellschaft, die die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu organisiert, versetzt die ganze Staatsmaschine dahin, wohin sie dann gehören wird: ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt". Die ökonomische Schlußbetrachtung besteht nur aus Wiederholungen und Zitaten, sowie einer Verurteilung von Lasalles Buch „System der erworbenen Rechte"; „Lasalle glaubt nicht nur an die Illusionen der römischen Juristen, er übergipfelt sie noch".

Das ist die Bildung, die Wissenschaft, die die Sozialdemokratie den deutschen Arbeitern — Kopf-, Herz- und Handarbeitern — zu bieten wagt, und eine solche Schrift soll, wie der Verfasser in der Vorrede angiebt, stereotypiert werden!

In einem vergleichsweise angenehmen Gegensatz befindet man sich bei der Lekture von M. Schippels „Gewerkschaften rc."; sie will die Arbeiter zur Teilnahme an denselben anregen, da nur durch sie Aufklärung, Zucht, Solidarität erzielt werden könne, die „Hirsch-Duncker-schen Friedensapostel" mit ihren „Kassenspielereien" taugen nicht, auch die englische Trades-Unions seien veraltet; daß die Gewerkschaften, wenn auch nur „mittelbar", politisch seien, giebt Schippel zu, schweigt aber auch begreiflicher Weise von der Stellung der Gewerkschaften in der internationalen Kampforganisation. Neues bietet das Schriftchen fast nichts. Wie auch er die Statistik mißbraucht, ist bereits gezeigt.

K. Marx hat bekanntlich einmal gesagt, jedes Unternehmen, den künftigen Sozialistenstaat darzustellen, sei „reaktionär", und Liebknecht hat nach seiner Art alle für „Kindsköpfe" erklärt, die sich nach dem Aussehen des Zukunftsstaates erkundigten. Trotzdem hat es O. Köhler, den ich oben als Verfasser mehrerer sozialistischer Schriften schon

genannt habe, unternommen, in einem Buch zu zeigen, „was auf Grund der thatsächlichen Verhältnisse als nächstes Ziel von seiten der Sozialdemokratie ins Auge zu fassen wäre, d. h. welche Maßregeln von derselben, sobald sie die Majorität im Volk erlangt hat, zu treffen wären, um die heutige Gesellschaft in den sozialdemokratischen Staat hinüber zu leiten“. Nun schlägt er vor: „Da sich unter der seitherigen Gesellschaftsverfassung der größte Teil des Grund und Bodens und der Gebäude im Privatbesitze von Einzelnen oder Gesellschaften befindet, so werden zum Zwecke des friedlichen und gesetzlichen Überganges aus den alten Zuständen in die neuen die bisherigen Privatbesitzer dadurch zufrieden gestellt, daß sie für ihre Besitzanteile (nominelle Besitzrechte, Hypothekenforderungen) für die Zeit ihres Lebens eine gewisse Rente aus Staats- oder Provinzialmitteln empfangen, so fern ihre politische Haltung während der letzten Jahre vor Beginn der gesellschaftlichen Umgestaltung eine dieser Umgestaltung nicht ausgesprochen feindliche gewesen ist. Als Unterlage für die Beurteilung der Frage, ob ein Rentenanspruch durch die seitherige Haltung verwirkt ist oder nicht, gelten die Personalnotizen der sozialdemokratischen Partei und ihrer Mitglieder und die Mitteilungen der öffentlichen Druckschriften, Zeitungen &c. Als Feinde der Umgestaltung werden dabei diejenigen betrachtet, welche die Hauptpunkte des sozialdemokratischen Programms positiv bekämpft oder verächtlich zu machen gesucht, oder welche solche Personen, die auf dem Boden der Hauptforderung stehen, beziehungsweise standen, wegen dieser Haltung geschädigt oder zu schädigen versucht haben“.

Der Sozialdemokratie kam dies natürlich sehr ungelegen, und die Sache wurde als „Spielerei eines Einzelnen“ vom „Vorwärts“ unter den Tisch geworfen. Immerhin ist es interessant, daß ein Sozialdemokrat offenbar in Anlehnung an § 131 des Strafgesetzbuchs: „Wer erdichtete oder entstellte Thatsachen öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staats-Einrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen“ &c., Vorschläge macht und als Überführungsmittel „Personalnotizen der sozialdemokratischen Partei“ gebraucht wissen will.

Daß die Sozialdemokratie auch die Poesie, die dramatische Kunst &c. zu ihren Zwecken zu verwerten sucht, ist ja bekannt.

d) Die sonstige (außer der Presse) nichtsozialdemokratische Publizistik.

So widerspruchsvoll und einseitig die nichtsozialdemokratische Presse die in Rede stehende Frage behandelt, so geschieht es auch in der nichtsozialdemokratischen sonstigen Publizistik. Wollte man nur die Titel aller bezüglichen Schriften und Schriftchen anführen, so würde man Bände damit füllen können; daß noch nicht viel Greifbares dabei herausgekommen ist, wird man nicht leugnen können. Hier muß es genügen, die Hauptrichtungen zu charakterisieren, in denen die publizistische Arbeit betrieben wird.

Nach den verschiednen Faktoren der Frage: 1) geistig-ethisch, 2) wirtschaftlich, 3) sozial und 4) politisch, machen sich auch in der bezüglichen publizistischen Litteratur diese Richtungen geltend, ohne daß alle vier, wenn ich nicht irre, zusammen nur entsprechend wertig behandelt worden wären; dabei verfahren manche Schriftsteller mehr polemisch-negativ, manche mehr positiv-aufbauend, manche mehr optimistisch, andre wieder pessimistisch. In ersterer Beziehung wird besonders gegen den Materialismus und Atheismus gestritten, freilich gar oft mit stumpfen Waffen, dabei wird dann häufig Sittenlosigkeit und Gottlosigkeit zusammengeworfen und dem Materialismus die Möglichkeit der Sittlichkeit abgesprochen; der Materialismus hat mit der Sittlichkeit so viel und so wenig zu thun wie mit der Freiheit, der Gleichheit rc.; daß man sittlich sein könne, trotz des theoretischen Materialismus hat schon mehr als ein bedeutender Vertreter desselben bewiesen; wer freilich Alt- oder Neukantianer oder dergl. ist und sich zum „Sittengesetz" bekennt, der sollte ebenso jeden Kampf in der vorliegenden Frage aufgeben, wie der, welcher immer noch von der „doppelten Wahrheit" träumt, der noch in dem alten Gegensatz von „Wissen" und „Glauben" steckt, das sind alles ganz und gar stumpfe Waffen im heutigen Geisteskampf; wer sie doch gebraucht, wird, wenn er bedeutend genug ist, seinen Cervantes finden. Vom Boden des biblischen Christentums kann es weder diese Verirrungen geben, noch die engherzige Buchstabengläubigkeit, welche die Brüder nicht bloß bemäkelt, sondern auch richtet und diejenigen von Religion und Kirche ganz vertreibt, die noch nach ihnen Sehnsucht in sich spürten; daß die Buchstäbler niemanden gewinnen, werden sie selbst am besten wissen, denn sie klagen am meisten darüber; ist doch ein Mann wie Drummond, ein Kingsley,

Robertson u. a. von diesen unter die Ungläubigen verstoßen werden; von dem was die deutschen christlichen Konfessionen und die verschiednen protestantischen Kirchenparteien einander bieten, ganz zu schweigen. Es ist auch wirkungslos, zweck- und wahrheitswidrig, zu sagen, die soziale Frage ist nur eine ethische; daß sie auch eine Magenfrage ist, hat man vielleicht selbst noch nicht empfunden, nur wer diese im eigentlichsten Sinn des Worts an seinem eignen Leibe empfunden hat, der weiß was sie ist, sowie daß sie nicht hinwegphilosophiert, hinweggeglaubt, hinweggeliebt, hinweggeflucht werden kann.

Die wirtschaftliche Seite der Frage ist, soviel ich sehe, bis jetzt ebenfalls nur einseitig behandelt worden, sei es nach ökonomischen Systemen oder auf Grund von Spezialstudien oder -Erlebnissen; der eine erklärt sie für eine Bevölkerungsfrage und schlägt demnach seine Kur vor, der andre erklärt sie für eine Währungs-, der dritte für eine Absatz-, der vierte für eine Zwischenhandels-, der fünfte rc. bis zum xten für diese oder jene Frage; und alle diese Kuren müßten doch Wunderkuren sein, wenn sie eine so komplizierte Erkrankung aus einem Punkte heilen könnten. Wieder andre begnügen sich, in unserem „wissenschaftlichen" Zeitalter der Sozialdemokratie haarklein zu beweisen, daß ihre ökonomische Theorie unhaltbar ist; das ist zwar auch nötig, aber damit sind doch die schreienden Übelstände nicht beseitigt, die vorhanden sind. Wenn Bebel einmal mit Recht gefragt hat: haben wir den Atheismus erfunden? und geantwortet hat: nein, das hat die Wissenschaft gethan!, so könnte er mit demselben Rechte fragen und hat es wahrscheinlich auch gethan: haben wir das Elend der Massen erfunden? Die Sozialdemokratie freilich klagt dessen den Kapitalismus, die durch Eigentum rc. verlodderte Gesellschaft rc. an. Nach meiner Meinung können wir vor der Wahrheit, die auch die Gerechtigkeit ist, nur bestehen, wenn wir uns alle anklagen, und jeder vor allem sich selbst zu Leibe geht; jeder kehr' vor seiner Thür, so werden alle Gassen rein!

Bezüglich des sozialen Faktors der Frage zeigen sich dieselben Einseitigkeiten, Schwächen wie Härten. Der eine entrollt auf beinahe 300 Seiten das düstre Bild des Kampfes und schließt seine Betrachtung über den Sieger in demselben mit so und so viel Fragezeichen, der andre stellt das Elend der untern und nichtbesitzenden Klassen mit Flammenschrift, der zweite in sentimentalen Tönen, der dritte im apokalyptischen, der vierte im Prophetentone dar rc.; der eine warnt

dringend vor weiterem Geben, der andre fordert dies leidenschaftlich, der folgende wünscht, daß vielmehr genommen und wieder ein andrer, daß geknebelt werde. Überall erkennt man ein Körnchen Wahrheit, aber die viele Spreu bedeckt, verdumpft und erstickt es. Es ist gewiß berechtigt, wenn die Sozialdemokratie sagt: Alles was besteht ist wert, daß es zu Grunde geht, zu fragen, was soll denn an die Stelle treten? Aber die Mode gewordenen „Zukunftsbilder", die übrigens nur zum Teil den Kern der Sache treffen, z. B. gar nicht mit dem stimmen, was die Sozialdemokratie lehrt und fordert, bergen die Gefahr in sich, von der bitter-ernsten und -schweren sozialen Arbeit des Tages abzulenken und in das auszuarten, was man sonst wohl Spielerei nennt. Jedenfalls wird der Sozialdemokratie dadurch ebenso wenig ein merklicher Abtrag gethan wie dadurch, daß man aus allen möglichen Äußerungen derselben ein Buch zusammenstellt und „die Lügen der Sozialdemokratie" drüberschreibt. Denn wenn man z. B. dergleichen Zukunftsbilder nach der Kreuzzeitung, oder den Hessischen Blättern, oder den Welfischen Blättern, oder der Volkszeitung, der Freisinnigen Zeitung, der Frankfurter Zeitung rc. entwerfen, oder aus allen Organen der sogenannten bürgerlichen Parteien parteiweise alle möglichen Äußerungen zusammenstellen wollte, so würden diese Zukunftsbilder vermutlich ebenso wenig anmutig ausfallen wie jene, und die sogenannten bürgerlichen Parteien würden sich wahrscheinlich auch einem Lügenkodex gegenüber sehen, der ihnen ebenso unerwartet käme wie ungerecht erscheinen würde.

Was über die politische Seite der Frage bisher geschrieben beziehungsweise mir bekannt geworden ist, trägt ebenfalls keinen wesentlich andern Charakter als die publizistischen Arbeiten über die andern Faktoren. Weniger wäre auch hier mehr gewesen. Auf einzelne Vorschläge von Bedeutung komme ich zurück. —

---

5. Ueberblick über die Lage.

Es ist mir lange unverständlich geblieben, weshalb die Sozialdemokratie mit solchem Eifer die Grundlagen der Ehe, des Eigentums, des Staats angreift, weshalb sie Darwinismus und Internationale

predigt; im Vorhergehenden habe ich den inneren Zusammenhang zwischen all diesem, soweit nötig, angegeben; daß sie mit dem Darwinismus sich am schwersten trifft, ist ihr freilich unverständlich geblieben. Aber, wie gesagt, die große naturalistisch-darwinistische Strömung ist gar nicht von der Sozialdemokratie ausgegangen, sondern von der Wissenschaft, jene hat sie nur mit beinahe rührendem Eifer ausgeschöpft. Diese ganze Richtung, welche den Menschen prinzipiell auf den Boden des Tieres stellt, welche eine Ehre darin sieht, ihr Bestes zu verachten und zu schmähen, welche das Eheleben auf die Basis des regellosesten Geschlechtsgenusses zurückwerfen will, der selbst in der uns bekannten Tierwelt nur zum Teil verkommt, welche in die Urverhältnisse auch bezüglich des Eigentums zurückstrebt, ist doch nichts Anderes als die Rückbildung, der Rückfall zum Typus, die Verwahrlosung. Die Barbarei soll die Kultur wieder ablösen. Das Nationale soll im Internationalen, das Persönliche im Sozialen untergehen. Es kann nicht mehr bezweifelt werden, daß dieser Rückbildungsprozeß an einzelnen Stellen seinen Anfang genommen hat, und gerade die Verschärfung der Zuspitzung einerseits des Individuellen zum atomistischen Individualismus, andererseits des Sozialen zum Sozialismus ist auffallend, ferner: des Nationalen zum Chauvinismus und des allgemein Menschlichen zum Tierisch-animalen; der national organisierten Gesellschaft zur internationalen Atomensumme, der persönlich gestimmten Zuhörerschaft zum zusammengewürfelten Publikum, der Besitzstand zum Mammonismus bezw. Pauperismus. Ich denke mir die Sache so. Im normalen Menschen steckt seine Eigenart und seine Gattungsart, wie in der Nation eine Nationalart und das allgemein Menschliche, kurz das Persönliche und das Allgemeine; sobald eins von beiden sich überspannt bezw. durch irgend welche Umstände sich übertreibt und überwächst, ist das Gleichgewicht gestört und die Gegenströmung beginnt; je mehr Boden das eine gewinnt, desto rücksichtsloser erfolgt sein Vordringen, je mehr Boden das andere verliert, desto verzweifelter klammert es sich an alles und jedes, was ihm Anhalts- und Widerstandskraft bietet. Das Allgemeine im Menschen und Internationale hatte im Mittelalter durch die Einheit der römischen Kirche, den Lehnsstaat und die internationale Vergesellschaftung das Terrain okkupiert bis ihm das Individuelle, Nationale von Walter von der Vogelweide, Petrarka u. s. w. an den Krieg ansagte und sich durch den letzten Akt dieser Gegenströmung des Individuellen, durch die „Reformation“, auch auf

kirchlichem Gebiet zur Geltung brachte. Und nun ging das Individuelle und Nationale, denn beides sind nur Krystallisationsformen des Persönlichen im Menschen, auf der ganzen Linie zum Kampf gegen das allgemein Menschliche vor, jenes überspannte sich alsbald zum Individualismus, dieses suchte sich in tausend Gestalten seiner Haut zu wehren, und je mehr jenes rücksichtlos seine Machtstellung ausbeutete, um so heftiger wurde der Gegenstoß, um so verzweifelter die Gegenanstrengung. Wenn ich nicht irre, befinden wir uns in dem Stadium des Kampfes, daß der Individualismus und Nationalismus stark in Bedrängnis sind und theoretisch schon zu den höchsten Verstiegenheiten (Stirner, Nietsche, Chauvinismus) greifen, während beide praktisch noch das Feld behaupten. Gelingt es dem Allgemeinen sich als Sozialismus und Internationale zur Herrschaft zu bringen, so sind wir vorerst dem Rückbildungsprozeß überliefert, gelingt es dem Persönlichen in Eigen- und Nationalart durch Konzentrierung auf die Hauptpunkte diese zu halten, so werden wir eine höhere organische Stufe, eine weitere Differenzierung unseres persönlichen bezw. nationalen Organismus erreichen. Um nicht mehr und nicht weniger handelt es sich meines Erachtens im gegenwärtigen Kampfe. Die Sozialdemokratie ist nicht bloß das Rückgrat der anti-individualistischen Opposition — obgleich ihre Programme stückweise selbst individualistisch sind —, sondern auch das Sprachrohr der Stimmung, welche sich in solchen Zeiten allgemein geltend macht, die man ganz allgemein als Unzufriedenheit bezeichnen kann. Da gilt es sorgsam zu untersuchen, was da Übertreibung und was berechtigt ist, was von dem eignen Besitzstand erhaltens- oder vernichtenswert, was nützlich und nötig und was gewohnt und angenehm ist.

Darum ist es nicht bloß völlig verkehrt, die Sozialdemokratie als Vertretung des 4. Standes anzusehen — die Sozialdemokratie hat mit „Stand“ gar nichts zu thun, sondern ist eine Krankheitserscheinung — sondern auch an ihr herumzudoktern und „Bollwerke zu errichten“; das ist nur die Symptone zurückgetrieben und den Organismus noch kränker gemacht. Denn nur wenn man alle Einseitigkeiten bei Seite läßt und auf das Ganze sieht, kann für die Therapie etwas gewonnen werden.

Lessing pflegte zu seiner Erholung und Belehrung ins Kaffeehaus zu gehen, besonders um dort Charakterstudien für seine Dramen zu machen; heutzutage würde Lessing gar nicht auf solchen Gedanken gekommen sein. Denn er hätte keine Persönlichkeiten, sondern nur Exemplare, so oder so eingebunden, gefunden, die Atome der modernen

Gesellschaft. Dies sind die gewöhnlichen Ausgaben des modernen Individualismus, dessen Helden in Großfolio Stirner und Nietsche sind. Jene sind kleine, kluge Selbstler, die darauf halten, daß sie schon äußerlich als Leute der „Gesellschaft" erkennbar sind, diese sind Ich und nur Ich, Einzig, „Übermenschen." Dieser Ich (Stirner) kennt kein Recht, keine Pflicht, keinen Staat, keinen Gott; was Ich will und behalten kann, ist Eigentum. Und 30 Jahre später hat das andere große Ich (Nietsche) den Despotismus des Individualismus proklamiert: Moral ist was Ich will, das ist die „Herren-Moral", ihr ist „vornehm" gleich gut, die Andern haben die „Sklaven-Moral", sie ist verächtlich, d. h. schlecht; nur Ich hat Recht, Freiheit und Mut.[1])

Von ganz dem entgegengesetzten Standpunkt kommen die Sozialisten von Rousseau bis Marx und Bebel rc. zu demselben Ergebnis, nur ist nicht Ich das Subjekt, sondern die sozialistische Gesellschaft.

Aus der bodenlosen Metaphysik der Idealphilosophie (Fichte, Hegel) wuchs Marx' Sozialismus und Materalismus sowie der Pessimismus der Schopenhauer und Hartmann, der Totengräber des Idealismus, der sich selbst umgebracht hatte. Jener Materalismus, als Philosophie unhaltbar, hat sich dann in den verschiedenen Wissenschaften, sowie in der Praxis und im Leben festgesetzt. Und darin stecken wir noch.

Auf dem wirtschaftlichen Gebiet ist es der ökonomische Materalismus, der allein Geltung verlangt, wie auf dem philosophisch-naturwissenschaftlichen der darwinistische Mechanismus, auf dem Gebiet der Jurisprudenz der Dogmatismus, auf dem der Medizin die materialistische Diagnose und Therapie, auf dem sozialen Boden der Mammonismus und Sozialismus im engeren Sinne, auf dem politischen die parteiische Machtentfaltung bezw. Herrschaft.

Ich bin allerdings weit entfernt den „ökonomischen Materialismus" mit dem vulgären Materialismus in einen Topf zu werfen, ich erkenne vielmehr an, daß die wirtschaftliche Seite der sozialen Frage ein Grund- und Eckstein derselben ist, aber er ist nicht die einzige Grundlage, denn man kann sie nicht so legen und mauern, daß sie unerschütterlich wäre, sie ist nur durch ethische und andere Grundsteine so zu legen, daß sie auf absehbare Zeit haltbar ist. Meinetwegen

---

1) R. Schellwien, Max Stirner und Friedrich Nietsche, Erscheinungen des modernen Geistes rc., 1892. Man denke ferner an die subjektivistische Erkenntnistheorie der Neukantianer und der Ritschlschen Schule.

mag man die „wirtschaftlichen Lebensäußerungen und Hantierungen“ das Erdgeschoß des Hauses nennen und die „geistigen Äußerungen“ das folgende Stockwerk, denn ohne Wirtschaftsleben kann es kein geistiges Leben geben, aber der Sozialismus kommt nicht nur aus der Fabrikarbeit wie der Rauch aus den Fabrikschloten.[1])

Doch von dieser allgemeinen Betrachtung genug, betrachten wir unsere wirtschaftliche Lage! Diese hat seit nahezu 20 Jahren den Charakter der Krise. Krisen haben wir und andere Nationen, wie früher ausgeführt, schon öfter gehabt, sie waren aber nur akute Leiden, heute ist es ein chronisches. Krisen sind in der Regel, soviel ich sehe, Folgen des verminderten bezw. unzureichenden Absatzes, da dieser aus- und inländischer ist, so können entweder dieser oder jener, oder beide zugleich unzureichend geworden sein. In diesem Fall befinden wir uns. Unser Absatzanteil auf dem sogenannten Weltmarkt hat sich ebenso vermindert, wie der Absatz im Inland, in beiden Fällen ist die verminderte Kaufkraft die Ursache des Rückgangs; in jenem Fall ist die Verminderung derselben dadurch herbeigeführt, daß der Bruchteil der weltmarktlichen Kaufkraft, der der deutschen Produktion seither zur Verfügung gestanden, durch erhöhte Teilnahme anderer Produzenten geringer geworden ist, in diesem Falle ist sie veranlaßt durch eine ungleichmäßige Einkommensverteilung. Betrachten wir zunächst den 1. Fall. Je mehr Völker als Produzenten bezw. Verkäufer derselben auf dem Weltmarkt erscheinen, je größer also die Konkurrenz auf demselben ist, desto geringer wird für die Produzenten die Aussicht, bei gleichbleibender Konsumtionsfähigkeit ihre Anteile loszuschlageu; die Völker, welche die günstigsten Produktionsbedingungen haben, werden den anderen die Preise diktieren; das war früher England, heute ist es Amerika und für einige Produkte Rußland. Je schärfer jene Konkurrenz wird, desto mehr gehen die Staatsmänner darauf aus, durch Zollschranken wenigstens den heimischen Markt zu behaupten, bezw. durch Handelsverträge größere gemeinsame Wirtschaftsgebiete zu schaffen, von denen dann die gefährlichsten Konkurrenten mehr oder weniger ausgeschlossen sind; dies war der Gedanke bei dem so lange geplanten Abschluß eines mitteleuropäischen Wirtschaftsgebiets, der wesentlich durch die französische Revanchepolitik verhindert wurde; für einen

1) Vgl. die vortreffliche Arbeit von H. Losch, Nationale Produktion und nationale Berufsgliederung, 1892. S. 26 ff.

kleineren Wirtschaftskreis sind dann die Handelsverträge der Dreibundsmächte geschlossen worden, welche für 12 Jahre ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet geschaffen haben. Die Wirkungen dieser Verträge für den deutschen Absatz haben sich im 1. Halbjahr ihrer Giltigkeit als ungünstig erwiesen, denn die Einfuhr hat sich erheblich gesteigert, die Ausfuhr merklich gemindert. Nach den Mitteilungen des österreichischen Handelsministeriums hat sich während der ersten 5 Monate des Jahres 1892 die deutsche Ausfuhr nach Österreich um 2,7 Mill. Meterzentner vermindert und die Einfuhr aus Österreich nach Deutschland um 2,2 Mill. Meterzentner vermehrt; in dem deutschen Handel mit Italien zeigen sich ähnliche Verhältnisse. Die Absatzverhältnisse haben sich also für Deutschland durch diese neuen Verträge noch verschlechtert. Und wie steht es sonst? Prof. Wilkens hat 1889 eine Studienreise nach den Ver. Staaten gemacht und in einem Buch seine Beobachtungen niedergelegt. Nach diesem ist das alternde Europa, das fortwährend am Rande eines großen Kriegs steht, in sich selber verfeindet und zerklüftet und bis an die Zähne bewaffnet ist, der Konkurrenz des jugendkräftigen Amerikas auf die Dauer nicht gewachsen. „Das Einzige, meint er, was die geistigen Führer der europäischen Völker noch thun können, ist: alle Errungenschaften der Wissenschaft, insbesondere der Natur-Wissenschaft, in den Dienst der wirtschaftlichen Produktion zu stellen, um durch die sparsamste Ausnutzung der Naturkräfte die furchtbaren Lasten des bewaffneten Friedens erträglich zu machen“.[1]) Diese Lasten berechnet Losch für die Großmächte dahin, daß diese durch dieselben 4 Milliarden Meterzentner Waarenwerte jährlich verlieren (S. 176). Unter diesen Umständen ist die Exportsucht des Handels um jeden Preis noch um so verderblicher. Die Fata Morgana des Mehrexports führt schließlich die Waren nach dem Auslande zu einem Preise, „daß die Selbstkosten nicht mehr ganz gedeckt werden“, wie ein Industrieller selbst sagte.[2]) Hier ist nach menschlicher Weise das Mittel mit dem Zweck völlig verwechselt. Was soll denn der Handel? Die Nationalprodukte von den einzelnen Erzeugungsstätten nach den Verkehrsstätten bringen.[3]) So nötig er ist, so klar ist, daß er an sich nichts hervorbringt, und da er die umgekehrte Tendenz hat wie der

---

1) Bei Losch, a. a. O. S. 15 ff.

1) Desgl., S. 20.

2) Desgl. S. 194 ff.

Produzent, der will, daß zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis ein möglichst kleiner Unterschied sei, so muß gesorgt werden, daß er nicht zu einer selbständigen Macht wird. Daß er überentwickelt ist, beweist die Thatsache, daß von 25 Produzenten immer 2 statt 1 Händler leben will, und Losch sagt deshalb mit Recht (S. 203) „die nationalen Auslagen sowohl an Personen als Geld für die Warenvermittlung sind viel zu groß". Die Hälfte des ganzen Handelspersonals wäre jedenfalls zu sparen.[1]) Dies alles „Überausfuhr und Überkapitalisation" setzt auch Herkner[2]) sehr lehrreich auseinander und legt mit

1) Zu welchen Mitteln der Detailhandel greift bezw. greifen soll, lehrt der Artikel eines Berliner Fachblattes „Konfektionär", der Sommer 1892 zur Warnung durch die ganze deutsche Presse ging. Er lautet:

„Wenn eine Dame in ein Magazin eintritt und einen Mantel kaufen will, so führe man sie erst durch andere Geschäftsabteilungen, damit sie erst recht viele andere Sachen sieht. Man animiere sie aber nicht zum Kaufen, damit nicht das für den Einkauf des Mantels bestimmte Geld schon vorher ausgegeben wird, sondern erst lasse man den Mantel einkaufen, und nachher muß man alle anderen Artikel anbieten, dann wird auch noch gekauft; denn man hat die Kauflust angeregt, und wenn noch Geld vorhanden ist, wird es auch sicher ausgegeben. Jedes Detailgeschäft muß bemüht sein, so viel Artikel als möglich zu führen. Unsere Manufakturwaren-Detailgeschäfte können jetzt alles führen, was sie wollen. Man kann Parfümerieen, Papierwaren, Schirme, Schuhe, Kleiderbürsten, Handschuhe, Bänder, Kravatten, Stickereien, selbst Chokoladen, überhaupt alles führen, was man will — nur billig muß es sein. Die kleinen Artikel muß man zum Selbstkostenpreise, oft darunter verkaufen, an den großen kann man dann um so mehr verdienen. Eine Dame, welche Handschuhe oder ein Stück Seife einige Groschen unter dem gewöhnlichen Preise kaufen kann, ist schon überzeugt, daß in diesem Geschäft alles billig ist und kauft daselbst auch mit großem Vertrauen die Mäntel und die seidenen Kleider. Die kleinen Gegenstände müssen auf Tischen zu jedermanns Ansicht ausgestellt sein, deutlich mit Preisen versehen. Möglichst müssen ganze Warengattungen einen Preis haben, z. B. Kravatten à 1 Mark, Handschuhe à 1 Mark 25 Pfennig, Parfüms à 1 Mark, Federmesser à 50 Pfennig 2c. Jedes Detailgeschäft muß großen Wert auf geschickte Reklame legen, ohne solche kann ein Detailgeschäft überhaupt heute nicht mehr existieren. In jeder Woche muß einmal an einem bestimmten Tage und zu bestimmten Stunden der Ausverkauf von Resten, von Roben knappen Maßes angezeigt werden. In jedem Monat muß einmal ein Tag für einen Verkauf zu außergewöhnlich billigen Preisen angesetzt werden. Man dekoriere einen besonders billigen Artikel mit Preisen, nur dieser eine Artikel darf im Schaufenster ausgestellt werden, z. B. Kravatten oder Schürzen mit der Bezeichnung: Alle diese Waren kosten 1 Mark das Stück 2c."

2) H., Die soziale Reform als Gebot des wirtschaftl. Fortschritts, 1891. S. 65 ff.

Erklärungen großer Industrieller selbst die verhängnisvollen Rückwirkungen auf die einheimische Kaufkraft dar. Die Exporteure verlangen billige Waren, um konkurrieren zu können, die Industriellen entsprechen dem, indem sie die Löhne drücken, so bewirkt der Exporthandel die Lohnschraube. Eine solche Volkswirtschaft zwingt die heimischen Arbeiter u. s. w. sich dafür zu quälen, daß die fremden Völker recht billig kaufen können, und die Arbeiter müssen sich am Lebensrand halten, um den Industriellen und Großhändlern den Markt im Ausland zu erhalten oder zu schaffen, den sie im Inlande eben durch Zerstörung der Kaufkraft der nicht besitzenden Massen sich selbst verderben. Daß dies nicht mehr Volks- sondern Klassenwirtschaft ist, kann nicht bestritten werden. Die Menge unverkäuflicher Waren nimmt ebenso zu wie die der darbenden Arbeiter und der unverkäuflichen Arbeit, wie Brentano schon vor mehr als 20 Jahren gesagt hat. Doch davon noch später. Die Amerikaner waren immer klug genug, ihre Handelspolitik von ihrer Produktionspolitik abhängig zu machen; in Deutschland hat man über dem auswärtigen Warenverkehr den inländischen nicht bloß vernachlässigt, sondern benachteiligt. Losch tadelt es deshalb auch (S. 269 ff.), daß man politisches Kapital schlägt aus dem Rückgang des Exports, während England trotz seines Freihandels schon seit Jahren eine negative Handelsbilanz hat. —

Je gleichmäßiger das Einkommen verteilt ist, desto konstanter ist die Kaufkraft der Nation und desto gesicherter ist der heimische Absatz der Produkte; daß aber nur dieser überhaupt ein sicherer ist, wird heute wohl niemand mehr bezweifeln. In dieser Überlegung stellt Herkner[1]) denn auch folgende Sätze auf: 1) der sich selbst überlassene Verkehr schließt die Tendenz zu einer großen Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung in sich; 2) die Kaufkraft der Massen bleibt demzufolge hinter der heutigen Produktionskraft zurück; 3) aus diesem Mißverhältnis zwischen Kauf- und Produktionskraft ergiebt sich Absatzminderung im Inland, die man durch vergrößerten Export und durch Kapitalanlagen im Ausland auszugleichen strebt. Diese Bestrebungen machen die Lage immer übler, teils wegen der immer zunehmenden Überfüllung der auswärtigen Märkte, teils wegen der schärferen Konkurrenz, die sich die Industriestaaten infolge der verminderten Kauf- und Konsumkraft, also die Unterkonsumtion (nicht aber

1) A. a. O. S. 37 f.

„Überproduktion") der Massen durch ihren vermehrten Export selbst bereiten; 4) diese chronische Krise hindert den wirtschaftlichen Fortschritt, da die Produktionskraft infolge jener Umstände nicht mit Volldampf arbeiten kann beziehungsweise darf.

Fragen wir nun weiter, wie steht es mit der Produktivität der Arbeit? Daß sie enorm gestiegen ist, bedarf keines weiteren Beweises. Wie verhält sich zu dieser Steigerung der Produktivität der Arbeit die Steigerung der Kaufkraft? Wenn es auch richtig ist, daß eine ziemlich bedeutende Anzahl von Waren in Folge der technischen Fortschritte billiger geworden ist, so kann dies von den landwirtschaftlichen Produkten nicht gesagt werden, und so ist der unbedingt erforderliche Aufwand des Arbeiters für Nahrung nicht wesentlich billiger, für Wohnung teurer geworden. „Da die Ausgaben für Ernährung und Wohnung bei gleich bleibendem oder wenig wachsendem Einkommen nur einen kleinen Teil der Einnahmen des Arbeiters zum Ankauf industrieller Erzeugnisse übrig lassen, so ist die ungeheure Zunahme der Produktivität der industriellen Arbeit den Arbeitern auch nur in beschränktem Maße zu statten gekommen. Die Kaufkraft der Arbeiter für die Erzeugnisse der Industrie vermochte mit dem Wachstum der industriellen Produktivkraft durchaus nicht gleichen Schritt zu halten" (S. 55 f.)[1]. An den statistischen Belegen dafür läßt es der Verfasser denn auch nicht fehlen (56—64). Können denn, ist nun die weitere Frage, die anderen Bevölkerungsschichten diesen Mangel an Kaufkraft decken? Da die Handwerker heute nur zum Teil auf einer höheren, zum Teil auf der nämlichen, zum Teil auf einer niedrigeren Einkommensstufe stehen als die Arbeiter, die Bauern dies Schicksal jedenfalls zum Teil teilen — hier muß ich Herkner aus meiner Anschauung in großen Bezirken Mitteldeutschlands widersprechen —, der mittlere Beamtenstand unzweifelhaft an Kaufkraft nicht stärker, vielfach schwächer geworden ist, so wird man dem Mittelstand eine bedeutende Steigerung der Kaufkraft nicht zusprechen können. Wie steht es denn bei dem Reichen? Mehr als essen, trinken 2c. — gestern wie heute — kann er nicht, will er seine Konsumtionskraft steigern, so kann er es nur auf dem Gebiete des Luxus, er wird also nur diese und die Modeindustrie fördern, also in beschränkter Weise; eine sehr starke Zurschautragung des Luxus wirkt bekanntlich sozial, zumal heute, sehr ungünstig. Aber den größten

---

1) Vgl. jedoch Wolf, a. a. O. S. 231 ff.

Teil des Einkommens pflegen die Reichen zu weiterem Reichtumserwerb und Erhöhung ihrer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Macht zu verwenden, sie entziehen deshalb kolossale Einkommensbeträge der Konsumtion und kapitalisieren sie, d. h. sie bestimmen sie wieder zur Produktion, da doch nicht diese, sondern die Konsumtion gesteigert werden müßte. Nach all diesem muß gesagt werden, daß der Steigerung der Produktionskraft die der Kauf- und Konsumtionskraft nicht entspricht. Die Mittel, die man gegen diese Übel angewandt hat, wie Mehrexport, Kartelle u. A. haben, wie gezeigt, zum Teil das Übel noch vermehrt, und daß die Schutzzölle hierzu nicht bloß mißbraucht werden können, sondern auch mißbraucht worden sind, ist nicht zu bezweifeln. So wurde zum Beispiel von Deutschen Industriellen die Tonne Walzdraht, zum Beispiel 1883, im Inlande für 220 ℳ, im Auslande für 180 ℳ verkauft ꝛc. ꝛc.[1]). Noch viel bedenklicher ist es, daß nicht bloß die Produkte unter solchen Umständen ins Ausland gebracht werden, sondern auch die Produktionsmittel, das Kapital. Es liegt doch nahe, daß man sich dadurch die Konkurrenz groß zieht, der man dann wieder dadurch zu begegnen sucht, daß man, wie gesagt, die Löhne, d. h. die Konsumtionskraft der Massen noch weiter drückt; das ist der vollendetste wirtschaftliche circulus vitiosus, der sich denken läßt. Eine Nation kann auch nicht Rentnerin werden,[2]) denn, sagt List mit Recht, „die Kraft, Reichtümer zu schaffen, ist unendlich besser als der Reichtum selbst“. Und jener fehlerhafte Kreis hindert auch jeden einschneidenden sozialen Fortschritt, denn die Sozialpolitik soll doch immer so beschnitten sein, daß die Industrie konkurrenzfähig bleibt. Diese soziale Fesselung hindert nun auch ihrerseits den wirtschaftlichen Fortschritt, indem Unternehmer auch mit zurückgebliebener Technik bei den niedrigen Löhnen noch konkurrenzfähig bleiben; auch fürchtet man bei vollentwickelter Technik noch mehr Überfluß an Waren und an Arbeitslosen.[3]) Der Trost, daß es auf dem Lande an Arbeitern fehlt, ist ein ungewisser, denn einmal fehlt es auch hier wieder an den nötigen Zahlen, andererseits sagen gerade Spezialforscher wie Asemissen: (Die Bedeutung des Grundbesitzes für das Wohl der arbeitenden unteren Volksklassen 1892) „die sozialen Übel unsrer Arbeiterklasse und somit auch die

---

1) Herkner, S. 74 f.

2) Das. S. 78 ff.

3) Losch berechnet, daß bei voll angewandter Technik etwa 2½ Mill. Arbeitskräfte in Deutschland überflüssig werden, S. 267.

Hauptursachen des Sozialismus, sind nicht von den großen Städten auf das Land, sondern im Gegenteil vom platten Land in die Städte getragen worden, und eine Verbesserung des Lebens der Arbeiterklassen muß daher auf dem Lande beginnen".

Die außerordentliche Bedeutung der Landwirtschaft und des Bauernstandes für eine Nation wie die deutsche ist damit ausgedrückt, daß man sagt, sie sind die Grund- und Ecksteine unserer Existenz. Wir leben nicht nur von ihr, sondern rekrutieren uns aus ihr[1]) unser Heer besteht aus ihnen, den Rest einfacher Sitten und religiöser Gesinnung finden wir auf dem Lande. Die Gesammtproduktion der Nation wird jährlich[2]) geschätzt: im Ackerbau auf 3—4 Milliarden (Durchschnittswert des Viehstands $5^1/_2$ Milliarden) im Bergbau auf $^1/_2$ Milliarde, in Hüttenproduktion auf $^2/_5$ Milliarde. Wenn man bedenkt, daß 1882 auf die Gesamtbevölkerung im Reich von 45 Millionen Einwohner beinahe 20 Millionen auf Land- und Forstwirtschaft, $20^1/_2$ Millionen auf Industrie, Bergbau, Handel und Verkehr kommen, so mag man die Wichtigkeit der Landwirtschaft ermessen; da aber die Ernährungsfrage die wichtigste ist, und bei der Komplikation unserer Verhältnisse immer mehr die wichtigste wird[3]), so kann nicht genug auf ihre Bedeutung aufmerksam gemacht werden, sowie auf ihren Rückgang, die Verschuldung, die Ausschlächterei und Gutszertrümmungen (Soz.-pol. Zentralblatt I Nr. 28). Eine ordentliche statistische Grundlage fehlt auch hier, sie würde wohl übel genug lauten. Wer sich selbst von der Lage überzeugen will, wandere in Waldeck, Thüringen, Rhön, Spessart, Westerwald 2c. 2c.

Nun einige Bilder aus dem Industrie- und Gewerbsleben der Zeit. Am furchtbarsten sind hier die Zustände in der Hausindustrie, zumal in Thüringen und Schlesien.[4]) Die entkräfteten Männer, die blassen Kinder, die zum Heerdienst untauglichen Burschen sind die furchtbaren Zeugen einer unheilvollen Entwicklung. Auch aus den Reichslanden und anderen Gebieten werden solche Nachrichten laut. Unter den

---

1) Vgl. G. Hansen, Die drei Bevölkerungsstufen.

2) Soz.-polit. Rundschau, 1891. S. 384 f.

3) Vgl. Die Zukunftsperspektive bei Losch, S. 218 ff.

4) Hierüber zu vergleichen die Arbeiten von Sax, Jena (Fischer), W. Sombart im Soz.-pol. Z., I Nr. 14; die entsetzlichen Zustände in Hohenstein, Soz.-pol. Z., Nr. 10. Über die Hausindustrie in Preußen, Soz.-pol. Z., Nr. 28, Hausweberei 2c., Nr. 32 u. 33.

einzelnen Gewerben sind wohl die geplagtesten die Mühlenarbeiter. Auch diese haben sich zu einer Gewerkschaft vereinigt, um ihre Lage zu verbessern; und wie verbesserungsbedürftig sie ist, beweisen ihre Forderungen: 12stündige Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Abschaffung von Naturallöhnung, oder doch, wo das nicht angeht, eine reinliche Schlafstelle und eine das Hungerniveau etwas übersteigende Kost, Inspektion der Mühlen, Ausschluß der Nachtarbeit für die Lehrlinge. Besonders übel geht es auch den Ziegeleiarbeitern nach den Berichten bayerischer und sächsischer Inspektoren, zumal in den kleinen ohne Dampfkraft arbeitenden Ziegeleien: Arbeitszeit selten unter 14 Stunden, die Verwendung der Frauen und Kinder zeigt geradezu Roheit; die Schlafräume sind nicht selten Bretterschuppen ohne jede Dielung; die Ziegelmeister sind häufig Inhaber der Wirtschaften und beuten die Leute aus; elfjährige Mädchen wurden zum Steinetragen verwandt (Soz.-pol. Zentralblatt I Nr. 5). Auch andere Gewerbe, wie die Brauergehilfen, zumal in den großen Nürnberger Brauereien, hatten Anlaß zu Beschwerden; z. B. in der von Tucherschen Brauerei erhielten sie monatlichen Minimalohn 72 Mark und täglich 7 Liter Bier und Freiquartier; die Arbeit betrug im Sudhaus bis 18 Stunden, die Kellerburschen mußten schon um 3 Uhr an die Arbeit gehen, und da in der Brauerei nichts zu haben war, mußten sie bei 2° R. bis 9 Uhr nüchtern arbeiten, die Schlafräume waren unter Dach, nicht heizbar und höchst armselig; da die Verhältnisse in anderen Brauereien ähnliche waren, stellten die Gehilfen folgende Forderungen: tägliche Arbeitzeit 11 Stunden, Sonntags 4—6 Stunden, Erhöhung des Minimallohnes und Verbesserung der Schlafstätten (Soz.-pol. Zentralblatt I Nr. 2). Durch Ausstand haben sie diese in der Hauptsache erreicht und dazu kann man ihnen nur Glück wünschen.

Auch die Bäcker leiden [1]) besonders durch Überarbeit und unbeschreibliche Schlafstätten, sie haben deshalb sich an den Bundesrat gewandt, damit dieser auf Grund der Gewerbe-Ordnung anordne: 1. die höchste zulässige Arbeitszeit in diesem Betrieb beträgt inklusive der zum Essen ꝛc. nötigen Pausen 12 Stunden, 2. die Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter und Lehrlinge unter 16 Jahren ist verboten, 3. die Betriebe werden der Aufsicht der Gewerberäte unterworfen. Man darf wohl erwarten, daß der Bundesrat dieser Petition gerecht wird. Bezüglich der Schuh-

1) Vgl. auch Soz.-pol. Zentralblatt, I Nr. 28. S. 353.

macher in Frankfurt a. M. wurde Juni 1892 in einer Versammlung der Gehilfen konstatiert, daß es Meister giebt, die drei Gehilfen in einem Bett zu schlafen zwingen, daß das Zusammenschlafen bei den meisten Schuhmachern besteht, und „dazu noch in Winkeln, die jeder Beschreibung spotten“ (Soz.-pol. Zentralblatt I Nr. 26). Auch das Gastwirthschaftspersonal ist in übler Lage, und petitioniert um 36 Stunden Ruhe wöchentlich. Unter übermäßiger Arbeitslast seufzen die Arbeiter in den Transportgewerben bei niedern Löhnen, und daß der größte Unternehmer, der preußische Staat, hierin aus finanziellen Gründen nicht durchgreifenden Wandel schafft, hat nach meinen Erfahrungen die Stimmen der Sozial-Demokraten, z. B. in Halle, nicht unwesentlich vermehrt. Es wird berichtet, (Soz.-pol. Zentralblatt I Nr. 6) daß z. B. 500 Beamte an preußischen Bahnen monatlich nur $1/2$ Tag, ca. 16000 nur $1/2$—$1 1/2$ Tag, 26000 nur 2 Tage dienstfrei sind. Bedenklich schwankende ungesunde Zustände treten im Handelsgewerbe hervor. Daß kaufmännische Lehrlinge mit 3—4 Jahren Lehrzeit, in der oft ganz Anderes von ihm gefordert wird als zu ihrer „Lehre“ gehört, mit 15 Arbeitsstunden täglich existieren, haben lokale Untersuchungen festgestellt (Soz.-pol. Zentralblatt I Nr. 3). Weitgehende Arbeitsteilung in den Betrieben und rücksichtsloses Anpassen an alle Konjunkturen hat aus früheren Gehilfen und Lehrlingen zum Teil ein Heer von mechanisch beschäftigten Arbeitern gemacht. Diese würden oft (vgl. Soz.-pol. Zentralblatt I Nr. 3) aus ungebildeten Schichten genommen beziehungsweise ergänzt, und mit der Unterdrückung der Individualität auf sehr vielen Stellen geht die Verschlechterung des Gehalts, die Kürzung der Kündigungsfristen — sogar bis auf einen Tag —, die Unsicherheit in Krankheitsfällen Hand in Hand; besonders tritt dies bei den Ladengehilfen hervor, zu denen ein bedenklicher Zudrang z. T. stark hervortritt. Der Zusammenschluß dieses Gewerbes ist so lange aufgehalten worden, (Herbst 1892 wird dieser wohl erfolgen), weil im Norden der Großbetrieb, im Osten noch das patriarchalische Verhältnis, im Süden der behäbige Mittelbetrieb meist vorherrscht. Eine volle Organisation läßt einige Besserung erwarten, ein Stück Sonntagsruhe ist ihnen ja auch nun gesichert durch das Gesetz vom 10. Juli 1892. Ein grelles Licht wird auf die Lage der Handlungsgehilfen durch ein Zirkular der Darmstädter Gefängnisverwaltung geworfen, welches diese an verschiedene kaufmännische Firmen gerichtet hat. „Wir teilen Ihnen ergebenst mit,“ heißt es in demselben, „daß sich gegenwärtig

(1891/92) eine große Anzahl von Handlungsgehilfen in unserer Anstalt befinden, die wir, da unsre eigenen Bureauarbeiten hierzu nicht ausreichen, nur unvollständig beschäftigen können, zumal diese Leute sich durchaus nicht zu anderen Arbeitsbetrieben ꝛc. eignen. Es wäre uns daher sehr erwünscht, wenn uns von Geschäftsleuten schriftliche Arbeiten, wie das Schreiben von Adressen übertragen würde." Dann folgt ein Tarif, nach dem alle Schreibarbeiten 20—30% billiger als sonst geliefert werden. Aus meinen eigenen Erfahrungen könnte ich Beispiele anführen, die dem durchaus entsprechen, in diesem Falle waren diese Leute so verhungert, daß sie sich „nicht zu anderen Betrieben eigneten". Erwägt man, daß auch im Handelsgewerbe die Reservearmee durch Heranziehen jugendlicher Arbeiter und der Frauenarbeit wächst, so kann man sich nicht wundern, daß Verkäuferinnen z. B. mit 12 und mehr Stunden Arbeitszeit Löhne erhalten, mit denen sie kaum Kost und Wohnung bezahlen können, und so in Elend, Not und Prostitution geraten.

Daß unter all diesen Umständen[1]) die Gewerkschafts-Bewegung ins Stocken gekommen ist, bedarf keiner Erklärung, wohl aber des Hinweises darauf, daß die politische Bewegung, z. B. der Zudrang zu den Wahl- ꝛc. Vereinen der Sozialdemokratie nicht im geringsten ins Stocken geraten ist. Beiläufig sei bemerkt, daß die Buchdrucker Herbst 1892 in Bern zu einer gewerkschaftlich organisierten Internationale zu gelangen hoffen, wie Bergleute und Handschuharbeiter es schon sind.

Durch die bereits früher erwähnten Umfragen der Konsistorien beziehungsweise der bezüglichen Synodalverhandlungen ist auch von dieser Seite und inbesondere vom Lande das Bestehen nicht bloß allgemeiner Unzufriedenheit, sondern auch das Herrschen von Übelständen festgestellt, die zu großen Bedenken allen Anlaß geben. Für die Provinz Schlesien hat in dieser Hinsicht die oberste Kirchenbehörde auf Grund jener Synodalverhandlungen in einem Bescheide erklärt: „Wenn freilich die Lohnverhältnisse in einigen Gegenden derartig sind, daß auch die angestrengteste Arbeit nicht völlig im Stande ist, die unentbehrlichsten Lebensmittel zu erwerben; wenn vielfach die Arbeiterverhältnisse so gestaltet sind, daß den Eltern eine einigermaßen genügende Pflege und Beaufsichtigung der Kinder unmöglich wird; wenn die Wohnungsverhältnisse der Arbeiterbevölkerung ein gedeihliches Familien-

1) Vgl. auch Soz.-pol. Zentralblatt, I Nr. 29. S. 361.

leben nicht zulassen, und die notwendige Erholung, namentlich die Sonntagsruhe, entbehrt wird, so erscheint jene Unzufriedenheit erklärlich. Verschärft mag sie oftmals dadurch werden, daß manche der Besitzenden statt sich als verantwortliche Haushalter zu wissen, den Besitz nur ansehen als das Mittel zu üppigstem und zügellosestem Lebensgenuß und in der Arbeit und dem Arbeiter nur das Werkzeug zur Beschaffung jener Mittel erblicken. Da kann Mißgunst, Neid und Haß nicht ausbleiben und aus vielen Synodalverhandlungen tönt uns die Klage entgegen, daß dieser Riß gefährlich zu werden beginne." Die Erfahrungen und Beobachtungen aus anderen Teilen Deutschlands bestätigen dies.

Daß thatsächlich das ganze Arbeitsverhältnis, wie es heute besteht, lediglich als Zivilvertrag bestehe, nicht aber sittliche Natur habe, hat (Sommer 1892) eine Entscheidung des Reichsgerichts ausdrücklich zur Grundlage eines Erkenntnisses gemacht. —

Und nun noch kurz einige Punkte. Wieviel, so wird berichtet, zur Verbesserung der Arbeiterwohnungsverhältnisse noch zu thun bleibt, ist aus den Jahresberichten der Königlich preußischen Regierungs- und Gewerberäte und Bergbehörden für 1891 ersichtlich. Zwar wird im allgemeinen eine gewisse wachsende Thätigkeit zum Zwecke der Verbesserung der allerschlimmsten Mängel konstatiert, zwar wird auf verschiedene mustergültige Unternehmungen seitens einzelner Industrieller oder genossenschaftlicher Vereinigungen als beherzigenswerte Beispiele hingewiesen; im großen und ganzen aber ist aus den Berichten ersichtlich , daß in der Arbeiterwohnungsfrage noch viel, recht sehr viel zu thun übrig bleibt.

Besonders übel scheinen die Dinge im Osten der preußischen Monarchie auszusehen. So hebt der Königsberger Gewerberat hervor, daß die verheirateten Arbeiter in den größeren Städten der Provinzen Ost und Westpreußen im Durchschnitt an Mietzins noch immer über zwanzig Prozent ihres Einkommens bezahlen. Der Mangel kleinerer und gesunder Wohnungen von einer Stube und Küche macht sich besonders in Königsberg fühlbar. Bei den hohen Preisen des Grundes und Bodens innerhalb der Stadt sind Unternehmungen zum Bau von zweckmäßigen Arbeiterhäusern nur sehr schwierig einzuleiten, und außerhalb der Festungswerke erschweren die ungünstigen Bodenverhältnisse und die Bestimmungen des Rayongesetzes die Entwicklung einer etwa nach dieser Richtung hin rege werdenden Baulust. Einige größere

Fabriken wären schon längst mit der Einrichtung von kleinen Wohnungen vorgegangen, wenn sich die Kosten aus diesen Gründen nicht gar zu unverhältnismäßig hoch stellten. Ebenso wenig entsprechen die Arbeiterwohnungsverhältnisse in den Regierungsbezirken Frankfurt und Potsdam in den zum Fabrikbetriebe gehörigen Arbeiterkasernen (einige wenige ausgenommen) den Anforderungen, welche auf grund bestehender Kreis-Polizeiverordnungen oder vom rein menschlichen Standpunkt aus gestellt werden können. Die Räume in den meisten Arbeiterkasernen waren (bei der Besichtigung) sehr schmutzig, schlecht gelüftet, und mit Ungeziefer behaftet. In vielen Kasernen fanden sich Eß- und Schlafräume vereinigt. — In Altona haben sich ungünstige Wohnungsverhältnisse, hohe Mieten und übervölkerte Wohnungen ergeben. Kurz, es herrschen zum Teil Zustände, denen gegenüber die des öftern als „entsetzlich" geschilderten ländlichen Wohnungsverhältnisse geradezu als beneidenswert erscheinen müssen.

Welche Zustände in den Wohnungsverhältnissen besonders der Großstädte herrschen, hat Pf. von Bodelschwingh z. B. auf dem ersten Evangelisch-sozialen Kongreß dargelegt[1]), das Schlafgängerwesen in Berlin hat zugenommen von 59 000 im Jahre 1880 auf über 95 000 im Jahre 1890; bezüglich des weiblichen Geschlechts ist es allerdings besser geworden.

Und auf der anderen Seite, welch ein Riesenkonto im Trinken! Der Präsident des deutschen Brauerbundes stellte fest, daß der Bierverbrauch in Deutschland um 17%, die Bevölkerung um 4% von 1886/87 bis 1891/92 zugenommen, und die Einfuhr des Biers sich vermehrt, die Ausfuhr sich vermindert habe. Etwa 40 Millionen wachsende und erwachsene Deutsche haben in einem Jahre rc. 5000 Millionen Liter Bier und rc. 300 Millionen Liter Wein ausgetrunken. Dazu kommt noch der Branntwein. Hier ist erfreulicherweise der Verbrauch von Trinkbranntwein von Oktober 1891 bis Mai 1892 um 3% zurückgegangen. Nach Ausweis der Steuerbehörde wurden während dieses Zeitraums ca. 1½ Million Hektoliter reinen Alkohols in den Verkehr übergeführt, beinahe 47 000 Hektoliter weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. So bedenklich dieses Trinkkonto ist, so ist es andrerseits doch ein Zeichen von Konsumfähigkeit auch der untersten Volksschichten.

1) Vgl. Bericht. S. 69 ff. Herkner, a. a. O., S. 3 f. ist zu berichtigen nach Wolf, a. a. O., S. 231 ff.

Ein höchst unerfreuliches Bild sittlicher Verwahrlosung entwirft der Bericht des Gewerberats für Schleswig-Holstein (1891) z. B.: „Nach den Andeutungen eines Arbeitgebers, heißt es da, welcher 308 Arbeiterinnen beschäftigt, hatten manche von ihnen gar keine Wohnung, sondern übernachteten bei ihren jeweiligen Liebhabern, und bleiben auch zeitweise so lange von der Arbeit fort, als diese Liebhaber ihrer nicht überdrüssig werden.“ Ehen zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen seien oft sehr unglücklich, da die Frauen weder von häuslicher Ordnung und Einrichtung, noch vom Kochen rc. etwas verstünden, so kämen manche früher ordentliche Arbeiter ins Wirtshaus und an den Trunk. Der Ton der Unterhaltung unter den Arbeiterinnen stehe sehr niedrig. Verheiratete ältere Arbeiterinnen in Zuckerfabriken erklärten, „daß die Sittlichkeit in den Kasernen trotz aller Strafen durch das entgegenkommende Verhalten der jungen Arbeiterinnen den Männern gegenüber mitunter gar zu arg gefährdet sei und hielten deshalb den Ausschluß der unverheirateten Arbeiterinnen aus den Zuckerfabriken für wünschenswert.“ [1])

Trotz alledem und alledem muß ich mich auch hier noch einmal ausdrücklich, wie früher bereits verwahren, als ob ich die sozialistische Behauptung, daß es immer schlimmer werde, für irgend begründet halte. Es ist eine psychologische Erfahrung, daß die schwerste Not dumpf und stumpf macht, und daß die Anfänge der Besserung sich durch immer lautere Klagen, Unzufriedenheit rc. anzukündigen pflegen. So wenig die englische Statistik, wie früher erwähnt, beweist, daß es immer schlechter wird, so wenig beweist es die Statistik des Königreichs Sachsen, welches nach der Aussage der Sozialdemokratie der Typus kapitalistischer Versumpfung in Deutschland ist. Auch hier hat Wolf — und darnach ist Herkner mehrfach zu berichtigen — gezeigt, daß das Gegenteil von dem Wirklichkeit ist, was die sozialdemokratische Polemik behauptet. Auch hier ist das Gesamteinkommen enorm gestiegen: um mehr als die Hälfte in nur 11 Jahren, und zwar nehmen die unteren und mittleren Massen daran besonders stark teil; dasselbe gilt für den Konsum: Schweinefleisch beziehungsweise Rindfleisch wurden pro Kopf der Bevölkerung verbraucht 1836/45 17,8 und 14,3 Pfund,.

---

1) Vgl. Soz.-pol. Zentralblatt, I Nr. 27. Die Bemerkungen, die diesen Bericht des Gewerberats bemäkeln und bezweifeln, scheinen mir nicht überall mit Unparteilichkeit vereinbar.

1890 aber 41,2 und 28,9 Pfund. Ferner: 1849 kam ein Sparkassenbuch auf 23,2 Einwohner, 1888 auf 2,2 Einwohner, und diese Zunahme bezieht sich gerade auf die Arbeiter (S. 209); Pauperismus und Verbrechertum haben ebenfalls abgenommen. Die sogenannte physische „Versumpfung" der Kulturstaaten beziehungsweise Großstädte wird durch die Statistik der Sterblichkeit völlig zurückgewiesen, sie ist merklich zurückgegangen; vor 100 Jahren kamen auf 1000 Menschen in Berlin 37,5 Sterbefälle, in London 41,2, jetzt 21,6 beziehungsweise 19,3. Und der Sozialpolitiker, welcher neuerdings gemeint hat, der preußische Kriegsminister werde demnächst die soziale Frage lösen müssen, sonst bekäme er keine Rekruten mehr, leidet eben auch an dem Übel: Einzelheiten und Ausnahmen zu Allgemeinheiten und zur Regel zu machen. Wolf hat seine Untersuchungen deshalb auch (S. 245 f.) dahin zusammengefaßt: „Die Gesellschaft ist von einer fortschrittlichen Bewegung ergriffen. Mächtig regt es sich vor allem unten, und die Armut macht der Dürftigkeit, die Dürftigkeit der Hablichkeit Platz. Immer solider, in sich gefestigter wird der Gesellschaftsbau. Auch die mittleren Schichten gewinnen an Stärke." So günstig sehe ich die Lage nicht an, aber auch Wolf ist weit entfernt, die Notwendigkeit intensiver Reformarbeit zu leugnen.

Von einem ungenannten Verfasser ist ein Büchlein erschienen, das er betitelt „Die Sünden der Armen" (Berlin 1891), welches Staat und Gesellschaft dringend vor weiteren Gaben warnt und den „Armen" rät, das Gebotene zu benutzen und sich einmal selbst in die Kur zu nehmen; da würden sie finden, daß auch sie zu unerträglicher Überhebung, zu Undankbarkeit, zur Ausbeutung und zu unziemlichem, ja cynischem Verhalten, insbesondere gegen Frauen und Mädchen schon gekommen seien. Wirtschaftlichkeit werde verlacht, Sparsamkeit verhöhnt; der Größe der Undankbarkeit entspreche nur die der Prätensionen; jedes freundliche Wort werde als Feigheit oder Umschmeichelung dessen angesehen, der unmittelbar vor dem Erschnappen der öffentlichen Gewalt stehe. — Wer im Leben steht, weiß, daß dies vielfach zutrifft; wer die Geschichte kennt, weiß, daß bei allen derartigen Massenerkrankungen — denn das ist auch der Sozialismus — sentimentales Entgegenkommen, oder gar Umschmeicheln des armen Mannes sich immer auf das schwerste, oft blutig gerächt hat. Aber dies charakterlose Wesen klebt doch, wenigstens so viel ich davon kenne, weiß und verstehe, unserer Reformarbeit in Deutschland nicht an; diese könnte

energischer — besonders bezüglich der Gewerkvereine — gefördert werden, wenn nicht der rücksichtslose Mißbrauch derselben seitens der Sozialdemokratie unablässig öffentlich angekündigt würde. Im übrigen befindet sich jener Verfasser in einem schweren Irrtum, wenn er meint, dem Kranken wären schon so viel Medikamente eingegeben worden, daß man ihm jetzt Zeit zum Verdauen lassen müsse. Nein. Wir haben eben erst angefangen, ihn ordentlich zurecht zu legen und haben ihm bis jetzt mehr mit Tinte und Papier als mit Medikamenten zugesetzt. Die Heilbehandlung steht schon deshalb noch im Anfang, weil man sich noch gar nicht über die Heilmethode klar und einig geworden ist. Man darf sich hier nicht auf den Standpunkt des Geschenk-Gebers, bezw. Empfängers stellen, sondern muß handeln und raten nach der thatsächlichen Lage. Diese ist aber Erkrankung unsers ganzen Volksorganismus, insbesondere Verelendung der Massen und Überreichtum Einzelner. Man denke nur an das Elend der Arbeitslosen, die Losch[1] stehend auf 200 000 berechnet, und es ist kein Auskunftsmittel, wenn G. Hansen von seinem Malthusschen Standpunkt aus sagt, das beruht auf Naturgesetz. Selbst der medizinische Nihilist stellt dem Kranken ein rotes Tränkchen auf den Tisch, damit er sich an dessen Kühlung letze und an der Hoffnung labe. Wir wollen keine sozialpolitischen Nihilisten sein, wir brauchen es nicht und dürfen es nicht sein.

---

1) S. 253 ff.

Fünftes Buch.

Die Friedensarbeit in Haus und Kirche, in Heer und Schule.

Vorbemerkungen.

In den vorhergehenden Büchern ist versucht worden darzulegen, wie es zum gegenwärtigen sozial-politischen Kriegszustande gekommen ist, und in welcher Lage wir uns gegenwärtig befinden. In den beiden folgenden Büchern soll gezeigt werden, wie wir durch Zucht, Selbstzucht und bestimmte Maßnahmen uns wieder einem normalen, einem Friedenszustand nähern können. Bei den letzteren handelt es sich nur um positiv aufbauende; alles was zu Abwehr bezw. Kampfmaßregeln gehört, liegt hier außer der Aufgabe, denn es soll gezeigt werden, wodurch ein normaler Zustand begründet werden kann, und dies kann nur auf die angedeutete positive Weise geschehen. Zucht, Selbstzucht wie bestimmte Maßnahmen können nur wirken, wenn sie zweckmäßig gewählt bezw. geleitet werden, zweckmäßig aber müssen sie nach zwei Gesichtspunkten sein: 1. entsprechend dem Ziel, das erstrebt wird, 2. der Lage, aus der wir uns befreien wollen. Deshalb ist das zur Erkenntnis bezw. Beobachtung Nötige in den vorhergehenden Büchern dargelegt worden. Sie enthalten die Krankheitsgeschichte und die Darstellung der Krankheitserscheinungen und der Versuche, welche zu einer Heilung nicht geführt haben und nicht führen können. Da die Erkrankung auf religiösem bezw. geistig-sittlichem Gebiet, sowie auf wirtschaftlichem, sozialem bezw. nationalem und politischem liegt, kann nur die Heilmethode von vornherein in Betracht kommen, welche diese vier oder fünf Faktoren der Erkrankung berücksichtigt. Das vorliegende Buch hat es vorwiegend mit Zucht und Selbstzucht auf religiösem, bezw. geistig-sittlichem und sozialem bezw. nationalem Gebiet zu thun, es behandelt die Bodenbestellung und Anfänge der Besämung, das folgende und letzte Buch die Aussaat im eigentlichen Sinn bezw. die Bewahrung derselben.

---

1. Soziale Friedensarbeit in Haus und Familie.

Die Wissenschaft vom Leben, die Biologie lehrt, daß allen Lebewesen der Arterhaltungstrieb innewohnt; eine der wichtigsten Aeußerungen desselben ist die Sorge für die Erhaltung der Jungen. Auf jenem beruht mit der Gemeinsinn, der ja bei Bienen und Ameisen sehr stark entwickelt ist; seit Comte heißt die Bethätigung dieses Sinns, wie bemerkt, Altruismus — bemühtsein für Andere im Gegensatz zum Egoismus — ausschließliches Bemühtsein für das Selbst —. Die menschliche Potenzierung dieses Sinns ist das Gemeingefühl, das sich als Eltern- bezw. Familien-, Heimats-, Stammes-, Volks- bezw. Vaterlandsliebe zeigt. Insofern der Einzelne von dem Sinn zur Erhaltung der Familie, der Heimat und des Volks bestimmt ist, hat er Familien-, Heimats-, Vaterlandssinn, ist er familienhaft, heimatlich, national-patriotisch; ist dieser Sinn nach einer dieser Richtungen einseitig entwickelt, so tritt Familien-Heimats-National-Partikularismus ein, man spricht von Familien-Simpelei bezw. -Politik, von Heimatssimpelei bezw. landsmannschaftlicher Politik, und endlich von Chauvinismus. Je weiter ein Volk sich von der Natur entfernt, bezw. in der Kultur fortschreitet, desto mehr wird der Verstand entwickelt; und da dieser in dieser Beziehung keine Naturnorm hat und kennt, kommt jenes Gefühl immer mehr in Gefahr geschwächt und verdrängt zu werden. Je mehr das Gefühl nun durch den Verstand bedrängt wird, desto dünner wird es, desto mehr spitzt es sich zu, desto mehr erweist es sich in einer jener Formen des Partikularismus; daß die Deutschen am wenigsten in der Gefahr des nationalen Partikularismus, des Chauvinismus stehen, ist wohl allgemein anerkannt, sie entrichten ihren Kulturtribut weit mehr dem Familien- und landsmann- bezw. landschaftlichen Partikularismus.

Hiergegen hat also schon die erste Erziehung in Haus und Familie durch Herausbildung des Spezifisch-deutschen und Liebe zu ihm zu wirken; deutsche Märchen, Sagen und Geschichten müssen in Fleisch und Blut übergeführt werden, das ist aber — beiläufig gesagt — nur durch Erzählen, wo Auge zu Auge und so Herz zu Herz wirkt, möglich, nicht durch Vorlesen, das die Kinder meist unaufmerksam macht und abstumpft. Damit muß die Schule fortfahren.

Allein nicht bloß dieses ursprüngliche Gefühl läuft Gefahr

geschwächt und verdrängt zu werden, sondern auch das Abhängigkeits-, das religiöse Gefühl, das Gottesbewußtsein; ungepflegt wird auch dieses eingehen, bezw. verwildern, oder sich partikular zuspitzen. Etwas anders steht es mit dem Selbstbewußtsein, dem Selbstgefühl. Da dieses nicht eingehen kann ohne tötliche Erkrankung bezw. Tod, vielmehr die Tendenz hat alles andere zu überwuchern, so bedarf dieses von frühster Kindheit der planmäßigsten Zucht: das Kind muß erst lernen, daß es noch andere Ichs giebt, die mit denselben Anforderungen an ihre Umgebnng auftreten, es muß erst zum Hergeben erzogen und des Wegnehmens entwöhnt werden.

Mit der Entfaltung dieses Bewußtseins durch Erziehung lernt aber das Kind nicht bloß anderer Eigentum, Willen und Stellung achten, es lernt nicht bloß Leib und Leben vor Feuer und anderem Lebensungemach zu hüten, sondern auch vor dem, was sein Selbst bei andern in Verachtung bringen könnte; sein Schamgefühl erwacht, seine Scheu etwas zu thun, von dem es fühlt, daß es das beeinträchtigen könnte, was man seinen sittlichen Lebensboden nennen könnte.

Wenn in diesen Beziehungen die Erziehung es mit bodenständigen Anlagen bezw. Trieben zu thun hat, so treten hierzu geschichtlich gewordene, die jene mehr oder weniger kreuzen, brechen, ergänzen oder zuspitzen. Diese können nur aus der Umgebung wirksam werden. Die Biologie hat längst festgestellt, daß das Leben wesentlich von der Umgebung abhängt, und da die Lebensmöglichkeit von der Anpassungsmöglichkeit an die Umgebung abhängt, so ist die Umgebung nächst der Vererbung der bestimmende Faktor der Lebensgestaltung. Die eben erwähnten spezifisch-deutschen Eigenschaften sind ein starkes Persönlichkeitsgefühl, sowie Tapferkeit, Treue und Keuschheit, dazu kommt ein gewisser Hang zur Innerlichkeit, ein hoch gerichtetes Streben und Neigung zur Gründlichkeit. Jenes starke Persönlichkeitsgefühl ist durch die geschichtliche Entwicklung, wie früher gezeigt, zum Individualismus ausgeladen worden; Uneinigkeit, Parteiwirtschaft, bis zu persönlicher Parteiwut gesteigert, Rechthaberei, Übertreibung, Doktrinarismus, Empfindlich- und Kleilichgkeit, Saumseligkeit und Schwerfälligkeit sind unstreitig erkennbare Färbungen und Verkehrungen des deutschen Charakters von heute. Gerade das hoch gerichtete Streben, der idealistische Zug neben einer gewissen Unbeholfenheit führen zu Enttäuschungen, zu Unzufriedenheit, zur Nörgelei, mit jener Kleinlichkeit führen sie zum Philistertum. Der Philister ist nach Goethe „ein hohler Darm, gefüllt

mit Furcht und Hoffnung, daß Gott erbarm!“ Allein damit ist nur die große Masse überhaupt charakterisiert, von der Thukydides (II Kap. 65) zeigt, wie sie Perikles durch Furcht und Hoffnung gelenkt habe. Der deutsche Philister, der sich zu etwas Besserem geboren wähnt, aber ein dunkles Gefühl seiner Unzulänglichkeit hat, empfindet über alles Mißbehagen, was seinen Horizont überschreitet und seine Person übersieht; in jenem Fall ist es Unsinn, Thorheit 2c., in diesem verwerfliche Anmaßung, über die er sich beklagt; höchst anstößig ist ihm alles was nicht Philister ist, noch verhaßter aber ist ihm der Philister, der etwas sein will, sowohl der, welcher ihm fälschlich ein Gesinnungs- bezw. Denkgenosse schien und ihn nun eines anderen belehrt, als auch der, welcher unzweifelhaft von seiner Art ist, aber mehr Glück entwickelt als er. So entsteht jenes weitverbreitete Menschenexemplar, welches gleichgiltig ist gegen alles, wovon es nicht unmittelbar betroffen wird, welches das Erhabene und Große heruntermacht, bis äußere Erfolge ihn zu der Meinungsäußerung veranlassen, daß er jenes immer hoch gehalten, dies immer gesagt habe; mißtrauisch gegen alles, was nicht wie Philister aussieht, neidisch auf alles, was nicht in seine Tasche oder seinen Mund fließt; wird sein Neid befriedigt, so empfindet er die hellste Freude, freilich halten die Andern das für Schadenfreude; in seiner außerordentlichen Unabhängigkeit des Herzens ist er in der Lage auf alles und Jeden zu raisonnieren, was ihn nicht hindert, sich gelegentlich national, sittlich und sentimental zu drapieren. Empfindlich und dünkelhaft wie er ist, neigt er zur Grobheit, und wo ihm diese gefährlich scheint, zur Verleumdung; und wenn man ihm sein Spinnengewebe zerreißt, schreit er, als ob ein großer Pallast zerstört wäre. Dieser Philistergeist ist der nagende Wurm am deutschen Lebensmark, er ist der gefährlichste Vorarbeiter aller radikalen Parteien, denn mit jeder jeweilig radikalsten liebäugelt er; dieser Geist wäre der Tod jeder gesunden Erziehung, wenn er so potent wäre, wie er impotent ist; aber jede Zucht und Selbstzucht, die es ernst meint mit dem Wohl unseres Volkes muß diesen Ungeist, dieses Alles- und Nichtseinwollen von den Kinderschuhen an bekämpfen und damit bekämpft jeder ihn auch bei sich, denn durch Erziehen der Unsern erziehen wir uns selbst. Und je mehr es den deutschen Eltern gelingt, Treue, Tapferkeit, Keuschheit und Pflichtgefühl bei ihren Kindern zu entwickeln, desto sicherer entrinnen sie dem Philistertum, und desto mehr werden sie zu dem tauglich, wozu die Nation ihrer Kräfte bedarf.

Allein es sind noch andre negative Reihen, die im Deutschen Leben und Charakter tiefe Geleise zurückgelassen haben: vor allem der Kasten- und Konfessionsgeist. Die geschichtliche Entwicklung hat in Deutschland länger und schärfer die ständischen Scheidungen aufrecht erhalten, ja diese zu einer Zeit noch verschärft, wo sie politisch gänzlich beseitigt wurden. Man wird nicht leugnen können, daß dieser Klassengeist, wie Moden und andere Übel, von oben nach unten durchgesickert ist; der Adel schloß sich durch sein exklusives Ehe- und Besitzrecht ab, die Beamten machten es vielfach nach, heute klagt schon das Zimmermädchen über den Dünkel der Köchin, und die Arbeiter fühlen sich gehemmt durch den „Berufsdünkel“ mancher Klassen von Genossen. Dieser Klassen- und Kastengeist ist ein weiterer Krebsschaden unseres Volkslebens, und leider wird er noch vielfach prinzipiell dem kindlichen Gemüt eingeimpft. Noch liefert das rheinische und süddeutsche Leben ein Gegengewicht gegen diese norddeutsche „Steifheit“, die besonders auch die Dienstleute so unerträglich zu isolieren strebt, wie dies in England der Fall ist. Die oberen Schichten der Gesellschaft haben den Kastengeist groß gezogen und weiterverpflanzt, wie sie es mit den schlechten Moden, Sitten &c. gethan haben, sie haben also vor Allem die Pflicht, mit der Bekämpfung derselben zu beginnen, und wenn mich nicht Alles täuscht, hat auch damit ein Anfang der Einsicht begonnen. Ein weiteres Unkraut am deutschen Lebensbaum ist der Konfessionsgeist. Da hierüber die seltsamsten Ansichten und Mißverständnisse im Gange sind, so bedarf es der Erläuterung. Das Christentum hat sich in verschiedenen Konfessionsformen entwickelt und wird in diesen weiter getragen; diese Formen sind nicht bloß mit dem Inhalt unlöslich verbunden, sondern die Auffassung des Christentums im römischen und evangelischen Bekenntnis sind prinzipiell — dort Verantwortung der Kirche, hier Selbstverantwortung — so verschieden, die Scheidung des letzteren von dem ersteren und ihre gemeinsame Geschichte sind mit solchen Irrungen und Streitigkeiten verbunden, daß vorerst nichts verkehrter sein kann als die feindlichen Brüder zusammenzusperren. Die Einsichtigen auf beiden Seiten, sowie die Kirchen- und Staatsregierungen sollten es sich vor allem angelegen sein lassen, alles zu vermeiden bezw. zu verhüten was die Streitpunkte mehrt und konfessionelle Stimmung noch mehr reizt und zuspitzt; das sollten alle christlichen Leute um so mehr bedenken, als gerade diejenigen am meisten und härtesten die konfessionelle Lärmtrommel rühren, von

denen man sonst in der Kirche wie im bürgerlichen Leben am wenigsten christliches verspürt. Und dieselben sind es meist hinwiederum, welche am lautesten Simultanschulen fordern und verteidigen, — sind Mischehen etwa ein Ideal? — und nirgends ist der Konfessionsgeist härter entwickelt als da, wo diese Schulen angeblich „mit Segen auf den Frieden der Konfessionen“ gewirkt haben. Daß sie das nicht können, liegt für jeden klar, der darüber nachdenkt und Erfahrungen gemacht hat, denn daß man zwei feindliche Brüder nicht versöhnt, wenn man sie in eine Stube sperrt und über ihre Streitpunkte aufklären will, das dürfte doch wohl Jeder wissen, der überhaupt etwas weiß. Goethe hat irgendwo einmal vorgeschlagen, die Deutschen sollten 30 Jahre das Wort Gemüt und Gemütlichkeit außer Gesellschaftskurs setzen, ich möchte dasselbe für den Konfessionalismus vorschlagen, damit jeder einmal eine Generation lang mit einiger Ruhe sich dessen bewußt werden kann, was Christentum ist. —

In einem vortrefflichen Buche hat der Engländer Sidney Whitmann[1]) auch das deutsche Familien- und Eheleben besprochen und auch hier Fürst Bismarcks Ausspruch bewährt gefunden: „Unsere Frauen sind die einzigen Damen, gegen die wir grob sind.“ Dies ist allerdings ebenso richtig als vieles Andere, welches der scharfe englische Beobachter vorbringt; einen richtigen Grund für diese Erscheinung aber scheint er mir zu übersehen, und das ist derselbe, weshalb Bismarck gegen die Parlamentarier oft ebenso ausgesucht grob war, wie er sonst höflich zu sein pflegte: Wenn er in der Diplomatie oder sonst hinter den Koulissen Tag und Nacht seine Kraft für Deutschlands Größe aufgerieben hatte, und er kam in sein politisches Heim, die Parlamente, so glaubte er mit Recht erwarten zu dürfen, daß er da Leute finden würde, die mit ihm an einem Strang zögen, politische Kameraden; wenn er statt dessen nicht wenig politische Philister fand, so riß ihm der Geduldsfaden, und so kam es zu einem häuslichen Ton, der von Grobheit kaum wesentlich verschieden war. Kommt der deutsche Mann in sein Heim, so redet er gern sans façon und sieht darin nicht nur keinen Mangel an Achtung, sondern giebt darin einen Beweis von Kameradschaft, der an sich besser gemeint ist, als die Form erkennen läßt. Wenn ich auch weit entfernt bin, dies zu billigen, so

---

1) Das kaiserl. Deutschland, 3. Aufl. Dies Buch sollte kein Deutscher ungelesen lassen, das Philistertum behandelt es S. 173—77, 180—82; die ungesunde Stellung der Aristokratie S. 132 ff.

ist doch auch eine erfreuliche Essenz in dieser Bitternis: der deutsche Mann sieht in seiner Frau auch seinen guten Kameraden, mit dem man schon etwas mehr geradezu reden kann. Ich habe unendliche Mal erfahren, daß gerade solche Ehen, wo der Ton zuweilen noch mehr als grob war, sehr, sehr viel glücklicher waren als die, in denen alles in den feinsten Formen verlief; das merken auch Kinder und Dienstboten und wissen sich gar wohl darnach zu halten und jene Formlosigkeiten zu ermessen; kommen diese freilich aus einem rohen Gemüt, so werden sie von allen gleich schwer und bitter empfunden.

Daß die deutsche Frau vom Kastengeist stärker betroffen wird, als der Mann, ist gewiß, und daß sie darauf entsprechend reagiert, ist zu menschlich, als daß es einer Erklärung oder Entschuldigung bedürfte; daß die Bequemlichkeit und Selbstherrlichkeit des Mannes einer durch Frauen stärker beeinflußten Geselligkeit bedürfte, ist ebenso richtig, und daß man im gebildeten Mittelstande einem ariden Unbenehmen gegen die Frauen, sogar die Frau des Hauses, oft genug begegnet, ist nicht minder wahr, desgleichen, daß der Klatsch- und Kliquengeist in unerfreulicher Weise verbreitet ist; aber gegenüber den dunklen Seiten der französischen 2c. Gesellschaft ist bei uns noch Gesundheit genug, und diese hat sich in kritischen Zeiten immer noch geltend gemacht. Das deutsche Volk hat noch ein tüchtiges Grundkapital an Leib und Seele, und darauf beruht seine Regenerations- und Reformfähigkeit. Und wenn die häusliche Erziehung dieses Grundkapital benutzt und Leib und Seele ihrer Erziehungsobjekte stärkt und gegen jene Verirrungen und Verzerrungen zu hüten weiß, so wird Kirche und Schule ihr Werk mit Erfolg fortsetzen, und die Selbstzucht im Leben der Vollendung näher bringen können.

Der bekannte deutsche Strafrechtslehrer Professor von Liszt sagt einmal: Alle Erziehung beruht auf Suggestion, und wenn man unter dieser, wie früher bemerkt, versteht, eine Einwirkung auf das Vorstellungsvermögen eines Menschen durch einen anderen, wodurch in dem ersteren ein bestimmter Gedankengang erweckt wird, der entsprechende Handlungen zur Folge hat, so kann man damit einverstanden sein. Daß das Kindesalter dazu besonders geeignet, also als ein mehr oder minder „suggestiver Zustand“ [1]) anzusehen ist, wird nicht bestritten

1) Vergl. Schmidkunz, a. a. O., S. 235, 63, 83, 110, 180—90, 176—79, 208 2c., 20, 76, 44, 21, 166, 214 2c., 27, 56, 172, 45 2c., 17, 43 2c., 62, 277 2c.

werden können. Es ist nach dem jetzigen Stand der Wissenschaft von der Suggestion nicht zu bezweifeln, daß wohl jeder Mensch nach irgend einer Seite suggerierbar ist, d. h. nicht daß Jemand für jeden und durch jeden suggerierbar ist, sondern uns allen eignet mehr oder weniger „Gehirngefügigkeit". Da die Suggerierbarkeit aber nicht bloß verschiedene Grade, sondern auch verschiedene Arten hat, so bezeichnet man nach dem Grad der Suggerierbarkeit Individuen als suggestibel nach der Eigenart als suggestiv. In beiden Beziehungen ist die Kindheit, wie gesagt, am zugänglichsten, sie stellt den Zustand wachsweicher Bildsamkeit dar. Mit ihr am nächsten verwandt ist der Zustand der Naturmenschen und des weiblichen Geschlechts; ihre Gefühle sind so stark, daß sie sich fast alle in Handlungen reflektieren und zwar um so unmittelbarer als ihnen „plastische und dramatische Beweglichkeit" innewohnt. In vollem Gegensatz dazu stehen die geschulten Kulturmenschen, und diesen am nächsten an geringer Empfänglichkeit steht der jugendlich unentwickelte Mensch. „Hier sind die psychischen Energien nicht nur, im Gegensatz zur willkürlichen Thätigkeit des Seelengrundes stärker entwickelt als später, sondern es wirken auch die Worte weniger als die Inhaltsthatsachen allein. Außerdem wenden sich hier die Energien mehr nach außen, sind also mehr physio-psychische." Ein merkwürdiges Beispiel suggestiven Zusammenhangs bietet Mutter und Kind. „Eine Mutter, die neben der Wiege ihres Kindes einschläft, hört auch während des Schlafs nicht auf, über dasselbe zu wachen, aber sie wacht nur in Bezug auf dieses Kind, und sonst unempfindlich gegenüber dem lautesten Schalle hört sie den leisesten Schrei, der aus dem Munde des Kindes kommt." Dasselbe kann man bei Schulkindern mit der Schulglocke, einem Schulpfiff, bei dem Soldaten mit Generalmarsch beobachten.

Es geht hier nicht an, die psychologische Grundlage, welche diese neueste Wissenschaft der Suggestion legt, im einzelnen vorzulegen. Ich bemerke nur mit Genugthuung, daß sie im Wesentlichen eine Bestätigung bezw. Begründung dessen ist, was ich früher in Aufsätzen und dem Buche „Biblische Psychologie, Biologie und Pädagogik" auf ganz anderem Wege gefunden und dargestellt habe; die physiologische Psychologie, die eine Seelenlehre ohne Seele vorbriugt, wird sich jetzt endlich mit dem großen X abfinden müssen, das sie seither nur ignoriert hat. Die Psychologie der Suggestion bestätigt, daß der Glaube eine Kraft ist, mit der man Berge versetzen kann, daß die Liebe eine Lebens- und

Erziehungsmacht ohnegleichen ist, daß das Beispiel des Erziehenden durch Nachahmung, Sympathie 'und Fascinierung eine unermeßliche Wirkung haben kann, daß Lust und Liebe zu einer Sache alles macht, daß man gern und darum leicht von dem lernt, den man liebt. Diese modernste Psychologie macht ungleich gerechter auch für die Beurteilung der Versehen, Vergehen, Lügen, Verbrechen nnd Laster; sie lehrt uns begreifen, wie ein sonst gutes Kind zum Lügen und Schwindeln kommt, wie es durch verkehrte Behandlung in diesen sich steigern kann, wie im anderen Bösen, z. B. Faulheit und Täuschung, so auch im Guten, z. B. dem Fleiß; diese Wissenschaft belehrt Eltern und Erzieher aus ganz neuen Gesichtspunkten und mit schlagenden Gründen, wie sie die Jugend durch Reiz zur Nachahmung des Guten wie des Bösen führen, bezw. verführen können; sie zeigt, daß auch in sittlicher Beziehung einmal nicht keinmal, sondern mehr als einmal ist: „Wir sind um die Reinheit unseres Kleides ängstlich besorgt, aber ein Fleck darauf, und die ängstliche Sorge wird Lässigkeit." So gelangt man auch sittlich auf die schiefe Ebene, und „Morgenstunde hat nicht bloß Gold, sondern auch den übrigen Tag im Munde." (Morgenandacht!!) Wie aus Schein Wirklichkeit wird, ist schon oben gezeigt, der Teufel kann auch an die Seelenwand [1]), zumal des Kindes gemalt werden, und wie oft haben Kinder so lange mit etwas Bösem gespielt, bis es zur Wirklichkeit wurde. Müßiggang ist aller Laster Anfang [2]). Denn in unbeschäftigte Seelen tritt das Böse so leicht suggerierend ein; das Gute muß vorher hinein gelegt sein bezw. in ihr gezogen und gestärkt werden; diese Wissenschaft beweist nicht minder die Wahrheit des Goetheschen Wortes: Wenn man die Menschen nimmt, wie sie sind, so macht man sie schlechter, sie zeigt, „daß die Menschen, wenn man in ihnen Gutes voraussetzt, sich dann meist zu demselben anstrengen".

So wirke und erziehe also die Familien- und Hauserziehung von Kindesbeinen an — das Kind fühlt, was es nicht versteht — zu Gemeinschafts-, Heimats-, Vaterlandssinn, zu Gottesliebe und Ehrfurcht, bekämpfe jeden Partikularismus in dem oben entwickelten Sinn und die Selbstsucht; sie vergesse nicht, daß Beispiel und Umgebung wesentlich entscheidend auch in der Erziehung sind, sie trete zumal durch

---

1) Deshalb ist die größte Sorgfalt bei Auswahl der Lektüre, Bilder, Musik und der ganzen Umgebung nötig.

2) Von größter Wichtigkeit sind hier Spiele und Spielsachen.

Beispiel der Eigen- und Parteisucht, der Rechthaberei und Übertreibung, dem Grübeln und Lässigsein, der Empfindlichkeit und Kleinlichkeit entgegen; sie schneide die Zufuhr ab: Dem Klassen- und Kastengeist, dem Philistertum und der Konfessionswut; sie predige durch ihr Beispiel schlichte Frömmigkeit ohne viel Worte mit desto mehr Thaten, Keuschheit, Tapferkeit, Scham- und Pflichtgefühl, Demut, Geduld, Barmherzigkeit und Milde; sie stelle sich selbst dar als Muster des Gemeinsinns, dem alle fremde Not, Ehre und Leben zu Herzen geht, des Gemeinsinns, der in den Dienstboten Familienglieder sieht, der Hand-[1]) Kopf- und Herzarbeit entsprechend ehrt und zu schätzen weiß. Das ist der Boden und das die Mittel, auf dem und durch die deutsche Männer und Frauen, treue und fröhliche Christenmenschen, gemeinsinnige und aufopferungsfähige Bürger erwachsen und erzogen werden. Dann entsteht ein Geschlecht, das in sich das beste Heilmittel gegen die Übel, die Not, das Elend und die Verbrechen unserer Zeit trägt.[2])

---

2. Soziale Friedensarbeit in der Kirche.

Auch in diesem Abschnitt muß ich mich auf das notwendigste beschränken.

Die Friedensarbeit der Kirche in dem hier gemeinten Sinn kann eine unmittelbare und eine mittelbare sein. Die letztere bezieht sich auf Anregungen und Antriebe, welche auf Haus und Schule ausgeübt werden, damit in beiden eine christliche Erziehung stattfinde. Darauf kann ich mich hier nicht einlassen und verweise nur auf manche ältere litterarischen Anhaltspunkte.[3]) Ich will nur ein Wort Luthers hierhersetzen:

---

1) Die Knaben müssen zu häuslichen Dienstleistungen, Handarbeit und Handfertigkeit lange angehalten werden. Desgleichen die Mädchen, und als heranwachsende Jungfrauen sind sie in Küchen- und Hausarbeit einzuführen, nicht aber alles den Dienstboten zuzuschieben und plötzlich aus „Selektanerinnen (!)“ Salondamen zu stempeln, die dann weder etwas thun, noch auch mit einem Dienstboten verkehren, sondern nur befehlen und zusehen.

2) Daß eine tüchtige und zweckmäßige leibliche Pflege und körperliche Erziehung die Grundbedingung hierfür ist, setze ich als selbstverständlich voraus.

3) Schiller, Luthers christl. Kinderzucht: Glock, Grundriß der Pädagogik

„Lieben Deutschen, kaufet, weil der Markt vor der Thür ist, sammelt ein, weil es scheinet und gut Wetter ist; brauchet Gottes Wort und Gnade, weil es da ist. Denn das sollt ihr wissen: Gottes Wort und Gnade ist wie ein fahrender Platzregen, der nicht wiederkommt, wo er einmal gewesen ist. — Und ihr Deutschen dürft nicht denken, daß ihr ihn ewig haben werdet; denn der Undank und Verachtung wird ihn nicht lassen bleiben. Darum greifet zu und haltet zu, wer greifen und halten kann: faule Hände müssen ein böses Jahr haben." —

Die unmittelbare soziale Friedensarbeit der Kirche wird im wesentlichen geleistet in Seelsorge, Gottesdienst und Katechismuslehre bezw. Konfirmation, sowie Bibelstunden und christlichem Vereinswesen. Auch hierüber kann ich mich hier nicht verbreiten und verweise auf anderwärts vorgetragenes, bezw. einzelne litterarische Anhaltspunkte.[1])

Hier will ich nur auf zwei wichtige Angelegenheiten zurückkommen: 1. auf die Neugestaltung der evangelischen Gemeinde, 2. die Aufgaben der evangelischen Kirche bezw. deren soziales Programm. Ich brauche wohl kaum zu bemerken, daß ich von evangelischer Kirche nur rede, weil ich dieser angehöre.

Auf dem ersten evangelisch-sozialen Kongreß hielt der Pfarrer von Soden den ersten Vortrag über „die Kirchengemeinde in ihrer sozialen Bedeutung" (Bericht S. 15 ff.) und stellte 10 Thesen auf, die er eingehend — auch geschichtlich — begründete; sie liefen auf das hinaus, was auch durch eine einmütig angenommene Resolution ausgedrückt wurde: Es müssen insbesondere in größeren Städten übersehbare Gemeinden (bis zu 5000 Seelen) begründet werden, weil nur in solchen die religiösen und sittlichen Kräfte des Evangeliums zur Ausgleichung der sozialen Gegensätze entwickelt und dieser wichtigen Aufgabe dienstbar gemacht werden können.

Soviel mir bekannt, ist Pfarrer Dr. Sulze der erste, der in seinem Buch „Die evangelische Gemeinde", diese Frage einer gründlichen Erörterung unterzogen hat.

Luthers; Müllensiefen, Das christliche Haus; E. Frommel, Von der Kunst im täglichen Leben; v. d. Goltz, Unionsgesinnung; Herbst, Die Bedeutung der evangel. Kirche ꝛc.; Förster, Eth. und ästhet. Weltanschauung ꝛc. ꝛc.

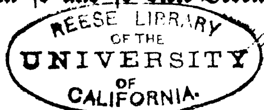
1) Die bezügl. Bände aus dem Handbuch der praktischen Theologie, Gotha, Perthes; Riehm, Rel. u. Wissenschaft; R. Kübel, Über christl. Erkenntnis; Ders., Christliche Bedenken; Ders., Wesen u. Aufg. einer bibelgläubigen Theol.; A. Fischer, Liturgie; Achelis, desgl.; Jacoby, Gestalt des ev. Hauptgottesdienstes ꝛc. ꝛc.

Der verderbliche Individualismus, so führt Sulze aus, hat sich auch in der evangelischen Kirche Geltung verschafft und sich vom kirchlichen Gemeindeleben abgewandt als von etwas Überflüssigem. Da aber jede Lebensäußerung nur durch das erhalten wird, wodurch sie entstanden ist, so kann die christliche nur durch die christliche Gemeinde erhalten werden. Sollte denn die schwerste Aufgabe, Gotteskinder zu erziehen, keiner Pflege bedürfen? Wie mit der Wohlfahrtspolizei die Sorge für das öffentliche Wohl, mit den Schulen das Streben nach Bildung, mit dem Heer die Wehrhaftigkeit des Volks, mit der Thätigkeit der Gerichte das Bestehen des Rechtssinns fällt, so erstirbt das Streben nach der Gotteskindschaft, wenn die Kirchengemeinden verschwinden. Der eigentliche Zweck und Inhalt unseres Lebens, die Erziehung zur Gotteskindschaft ist nicht rechtzeitig durch Gründung von Kirchengemeinden gesichert und so hat sich Mammonismus und Sozialdemokratie eingestellt. Katholische Gemeinden geben ein katholisches, evangelische ein evangelisches, keine Kirchengemeinden ein heidnisch entartetes Volk. Nach einem geschichtlichen Überblick über die unheilvolle deutsche Entwickelung vom ungeschichtlichen Christentum Lessings, Kants und Fichtes über den Pantheismus Goethes und Schillers zum Materialismus betont Sulze nochmals, daß die Bildung lebendiger Gemeinden zur Aufrechterhaltung christlichen Glaubens und christlicher Sitte unabweisbar notwendig ist und stellt dann die Frage, welche Thätigkeit in ihnen zu erwecken und ihnen anzuvertrauen ist: das ist die Seelsorge, die erzieherische Thätigkeit. Die katholische Kirche als Sakramentskirche steht auch hier auf einem ganz anderen Boden, die evangelische als Erziehungskirche braucht Gemeinden, die die Seelsorge üben. Seelsorge aber muß sein, denn sie lehrt uns die Anwendung der rechten Erkenntnis auf den persönlichen Fall. Da dieses Allerschwerste seither nicht gelehrt worden ist, ist die Kirche der Anarchie in dieser Beziehung verfallen; und da der Geistliche die Seelsorge nicht allein übernehmen kann, bedarf er der Laienunterstützung, der Gemeinde in der Gemeinde; es muß also auch auf diesem Gebiete die Selbstverwaltung mit der Selbstverantwortung angewandt werden. Je kleiner nun eine solche Seelsorgegemeinde ist, desto durchsichtiger ist sie und desto wirksamer kann sie sein; 3—5000 Seelen sind die höchste Zahl.[1]) Ist eine solche Gemeinde abgegrenzt, so hat sie selbst aus

1) Friedrich Wilhelm III. hielt 3000 für das Maximum.

ihrer Mitte Männer von gutem Ruf zu wählen; (Apostelg. 6, 3) also Presbyter. Das Presbyterium ist der Vorstand der Seelsorgergemeinde, wie der Kirchenvorstand der der Kirchengemeinde, der Parochie; den Vorsitz führt der Geistliche. Nun hat das Presbyterium, das aus wenigstens 20 Männern besteht, ein Verzeichnis sämtlicher Gemeindemitglieder aufzustellen, und die Gemeinde wird in eine Anzahl Quartiere oder Nachbarschaften geteilt. Jeder Presbyter sucht sich nun in seiner Abteilung die tüchtigsten Hausväter aus und nimmt sie unter Zustimmung des Presbyteriums zu seinen Mitarbeitern an. So entstehen die Hausväterverbände unter Vorsitz eines Presbyters; jeder Hausvater erhält nur eine Person oder Familie zur Sorge und hält das Mitgliederverzeichnis in Ordnung und meldet Veränderungen desselben dem Presbyter und dieser dem Pfarrer. Die Presbyter sind aber zugleich Diakonen, Armenpfleger, denn Seelsorge und Liebesthätigkeit müssen ungetrennt bleiben; diese muß jener dienstbar sein und muß da eintreten, wo der bürgerliche Armenpfleger nicht eintreten kann. Alle Gemeindemitglieder müssen ihre Gaben durch die Presbyter gehen lassen; in jeder Bedrängnis muß die Gemeinde den Bedrängten beistehen, allerdings unter Bedingungen, die die christliche Gemeinde feststellen muß.[1] Jede Gemeinde darf nur einen Geistlichen haben. Dieser bewirkt und vermittelt die Erbauung aus der heiligen Schrift und der Geschichte der christlichen Religion und Kirche. Die Predigt muß vor allem Katechismuspredigt sein, denn die Gemeinde kennt ihren Katechismus nicht, der doch nach Luther die rechte Laienbibel ist: die zehn Gebote sind das Glaubensbekenntnis des Alten Testaments, die sieben Bitten im Vaterunser das des Neuen Testaments; die drei Artikel und die andern Hauptstücke sind das Glaubensbekenntnis der Kirche (die Perikopen sind vielfach nur hinderlich). In hohem Grade beherzigenswert sind auch seine Vorschläge über die Umgestaltung der Abendmahlsfeier als der Feier christlicher Lebensgemeinschaft, die leider auch in lauter einzelne Privatakte zerfallen ist [S. 78 ff.). Desgleichen die über Trauung und Begräbnis (S. 82ff.), die ebenfalls nur als Akte vor der Gemeinde erziehlich wirken. So kann sich auch erst ein kirchlich geselliger Verkehr mit Familen- 2c. Abenden entwickeln, der ganz andere soziale und kirchliche Wirkungen erzielen kann als die heutige Zersplitterung in so und so viele Vereine.

1) Sulze, a. a. O., S. 40 ff.



Die Gemeinde der wahlberechtigten Gemeindemitglieder wird dann die Trägerin der kirchlichen Geselligkeit (bes. S. 108 ff.). Die Einzelheiten müssen bei dem Verfasser selbst nachgelesen werden. Höchst beachtenswert sind seine Bemerkungen auch bezüglich des Bekenntnisses, bei denen er den Kampf gegen den zersetzenden und alles zerbröckelnden Individualismus fortsetzt. Daß die Gemeinde ohne ein Bekenntnis — ein thatsächliches durch Werke der Liebe erklärt er mit Recht nicht für ausreichend — nicht bestehen kann, gilt ihm mit Recht als ausgemacht, sonst komme es nicht zu einem klaren und kräftigen Glaubensbewußtsein und zur Ruhe des Gewissens. Aber auf keinen Fall darf mit der Verpflichtung der Gemeinde auf ein bestimmtes Bekenntnis angefangen werden, sonst ist alles verloren (S. 242). Man muß sich vielmehr zunächst mit dem thatsächlichen Bekenntnis begnügen und das weitere Wachsen in demselben Gott anheimstellen; und da es in der evangelischen Kirche keine „Pfaffen und Laien“ gebe, sei ein solches auch nicht von dem Geistlichen zu verlangen; der Geistliche habe sich nur zum Gemeindeglauben zu bekennen, der in der Gemeindeseelsorge zu Tage tritt. „Wer sein Leben und seine Thätigkeit darauf setzt, die Gemeindeglieder dazu zu erziehen, daß sie vollkommen werden, wie ihr Vater im Himmel vollkommen ist, der ist anzuerkennen.“ (S. 244.) Denn an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. „Aus der Gemeindeseelsorge wächst das Bekenntnis hervor, und in der Gemeindeseelsorge wird es in That und Leben umgewandelt“ (S. 245). Diese Bekenntnisse aber sind die Gemeindekatechismen. Die Predigt muß darnach beschaffen sein, wie man beim Verfasser selbst nachlesen mag. Übrigens scheint er mir hier etwas einseitig zu normieren. Zum Schluß (S. 273) sagt er: „Die Geschichte bezeugt, daß nur drei organisatorische Prinzipien die Bildung von Gemeinden und Kirchen möglich machte: die im Wohlthun und in der Seelsorge thätige Liebe der Gemeindemitglieder zu einander, die Staatsmacht und die Hierarchie. Das erste ist in der altchristlichen Zeit, das zweite in der griechischen, das dritte in der römischen Kirche angewandt worden. Die beiden letzten sind für uns ausgeschlossen, darum müssen wir zu dem ersten zurückkehren. Werden unsere Landeskirchen daran verhindert, werden die im Vorstehenden angegebenen Bedingungen zur Erreichung dieses Ziels andauernd ihnen versagt, so bleiben sie organisatorisch im wesentlichen auf die Mittel angewiesen, die von der römischen Kirche übrig bleiben, wenn man die Hierarchie und ihre Funktionen beseitigt,

auf die Predigt und ein privates Vereinswesen. Damit lassen Gemeinden und Kirchen sich nicht bilden und die abgefallenen Massen sich nicht wiedergewinnen. Die Landeskirchen stehen ferner in der Gefahr, archäologischen, dogmatischen und ästhetischen, also Kulturinteressen eine zu große Bedeutung beizulegen und dadurch Kirchen bevorzugter Stände zu werden. Sollten sie dieser Gefahr erliegen, so würden die Massen des Volks entweder gänzlich der atheistischen Entartung oder der Hierarchie verfallen. Sollte aber (wider Erwarten) in diesen eine religiöse Umkehr eintreten, so würden sie versuchen, die Kirche aus dem „ungeschichtlichen“[1]) Christentum von neuem zu bilden, wie in der französischen Revolution eine Neubildung des bürgerlichen Lebens aus den „Grundsätzen der reinen Vernunft“ versucht wurde. Allen diesen unheilvollen Möglichkeiten ist nur dadurch zu entgehen, daß die Landeskirchen selbst das Prinzip der seelsorgerisch thätigen Bruderliebe in sich aufnehmen und aus ihm sich erneuern.“

Ich kann dem Verfasser in allem Wesentlichen nur beistimmen und teile demgemäß auch seine Befürchtungen, die aus der letzten mehr geschichtlichen Betrachtung meines Erachtens schlagend gefolgert und dargelegt sind. Ich bin auch der Meinung, daß der „Sauerteig des Evangeliums“ erst dann zur Wirkung gelangen kann, wenn solche Seelsorgergemeinden mit den oben skizzirten Funktionen in Wirksamkeit getreten sind, wiewohl ich weit entfernt bin, die andern Vorschläge im Einzelnen,[2]) auf die nicht eingegangen werden kann, geringzuschätzen, oder die Arbeit der Inneren Mission auf diesem Gebiete zu unterschätzen. Der Zentralausschuß derselben hat denn auch schon 1885 eine bezügliche Denkschrift veröffentlicht, die den Titel trug: „Die Aufgabe der Kirche und ihrer Inneren Mission gegenüber den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kämpfen der Gegenwart“. Es ist auch von anderer Seite Ähnliches vorgebracht worden. Es ist freilich richtig, daß es sich dabei meist um allgemeine Leitsätze handelt, die eben praktischer Erläuterung und Durchführung im Einzelnen bedürfen. Weshalb hat man bis jetzt so wenig davon bemerkt?

Es hat auch Pfarrer Fr. Naumann (Frankfurt a. M.) in einem

---

1) D. h. (wie Sulze sagt): „Das durch die der Christenheit eigentümliche und angeblich ohne Beziehung auf Christum durch unmittelbare Lebensgemeinschaft mit Gott aufrecht erhaltene Christentum.“

2) Vgl. auch Schöner, a. a. O., S. 100 ff.

vortrefflichen Büchlein[1] unternommen, gleichsam die Ausführung jener allgemeinen Grundsätze im Einzelnen zu geben. In 15 Abschntitten, die auch manches wertvolle wirtschaftliche Material enthalten, legt er seine Auffassung der Aufgaben vor — ich kann ihr im Wesentlichen überall nur zustimmen — aber auch diese Arbeit, fürchte ich, wird nur ein „Beitrag", einer von den unendlich vielen zur Lösung der sozialen Frage bleiben. Und wenn es sich selbstverständlich der öffentlichen Kenntnis entzieht, wie viel oder wenig sie im Einzelnen wirkt, so neige ich doch zu der Ansicht, daß auch sie eine wesentliche Besserung nicht wirken wird, weil ich fürchte, sie kann es nicht, denn die dazu tauglichsten Ausführungsorgane fehlen. So lange die evangelische Kirche nicht durch Maßregeln, wie die von Sulze geforderten, die ihr innewohnenden Kräfte frei macht, um sie in den sozial-kirchlichen Dienst zu stellen, wird ihre Kraft gebunden bleiben und ihre Arbeit zerrinnen.

---

3. Die Friedensarbeit im Heer.

Graf Moltke hat einmal gesagt: „Der ewige Friede ist ein Traum, und zwar nicht einmal ein schöner Traum. Der Krieg ist ein Element der von Gott gesetzten Ordnung; die edelsten Tugenden des Menschen entfalten sich da: der Mut, die Entsagung, die treue Pflichterfüllung und der Geist der Aufopferung. Ohne Krieg würde die Welt in Fäulnis gerathen und sich in Materialismus verlieren". Neuerdings hat ein hoher Militär ein Buch[1] veröffentlicht, das nach einem Bericht auf ähnlichen Gedanken beruht (das Buch selbst habe ich nicht einsehen können). Die landläufige liberale Presse zetert über diese „Vorurteile des Berufssoldaten", die da „in schroffster Weise" hervorträten, und versäumt auch hier nicht, die Sozialdemokratie für ihren platten Humbug zu mißbrauchen; sie schreibt: „Wenn etwas geeignet wäre, die Sozialdemokratie zu stärken, so wäre es die Annahme, daß solche Ansichten außerhalb der Sozialdemokratie in der heutigen Gesellschaftsordnung für berechtigt angesehen würden." Glaubt denn diese

---

1) Naumann, Das soziale Programm der evangelischen Kirche, 1891.

2) v. Boguslawski, Der Krieg in seiner wahren Bedeutung für Staat und Volk, 1892.

Presse, daß jemand anders als die „liberalen Philister" sich so angruseln ließen, und daß die Sozialdemokraten nicht wüßten, daß wo gehauen wird auch Späne fallen? Gerade unsere heutige Gesellschaftsordnung ist am allerwenigsten frei von den Elementen, welche die Kriege wegzufegen pflegen, und die Sozialdemokraten sind die Kinder nicht, denen man dies weggaukeln könnte. Herbert Spencer ist allerdings der naturwissenschaftlich-philosophische Prophet des ewigen Friedens, weil er der Erfinder des „wirtschaftlichen Zeitalters" zu sein glaubt. Aber wie sehr er sich mit allen Thatsachen im Widerspruch befindet, ist wohl nur ihm und seinen oberflächlichsten Gefolgsleuten entgangen. Gerade die Entwicklungslehre, der er ja auch in ihrer eudämonistischen Färbung anhängt, könnte ihm die Notwendigkeit des Krieges klar machen. Je niedriger die Kultur ist, desto konstanter ist der Kriegszustand, desto weniger ist Krieg und Frieden geschieden, je höher sie steigt, desto schärfer scheiden sich beide, desto länger dauert der Frieden und desto kürzer der Krieg. Das geschieht eben nach jenem Gesetz der Differenzierung, die von jeder höheren Entwicklung gebracht wird; wie der Altruismus, der der Arterhaltung entspringt,.zur Familie geführt hat, so der, der dem Kampf entspringt, zum Staate. Die ganze Friedensthätigkeit beziehungsweise ihre Entwicklung beruht auf Arbeitsteilung, die Kriegsthätigkeit auf Zusammenfassung aller Kräfte, also gehört auch sie zur Balancierung der menschlichen Thätigkeiten und Kräfte, und zu deren Erziehung bedarf es des Krieges wie des Friedens.[1]) Je größer die Kriegsgewaltigkeit, desto gesicherter ist der Friede; der Krieg ist wie ein furchtbares Examen, das mit den Völkern abgehalten wird, er ist „die große Heckenschere der Mutter Natur". Er ist nicht nur der Preis, der für den Frieden gezahlt werden muß, sondern auch nebst diesem der Hauptfaktor der Höherentwicklung der Menschen. Wie die Natur den Kampf ums Dasein braucht, nicht, wie Darwin behauptet, zur Hervorbringung der Arten, sondern zur Bewahrung aller Lebewesen vor Degeneration — denn was sich ihm entzieht, ist als Schmarotzer in der Biologie gebrandmarkt — so notwendig ist der Krieg zur Bewahrung vor sittlicher Fäulnis, vor dem Schmarotzertum in dem Leben der Nationen. Das sollten sich ein für alle mal be-

---

1) Vgl. das vortreffliche Buch eines Ungenannten, „Krieg, Friede und Erziehung", 1891, wo sich alles weiter ausgeführt findet, besonders bezügl. der militärischen Erziehung, Heeresverfassung ꝛc.

sonders die Deutschen gesagt sein und nicht durch Philistergeschwätz oder Parteigenebel sich vor dieser freilich „ungemütlichen“ Thatsache die Augen und Ohren verschließen lassen. Wie aber die Kriegsthätigkeit die Friedensthätigkeit erziehlich balanciert, so ist gerade die Friedensarbeit im preußisch-deutschen Heere eine Leistung ersten Ranges für die Erziehung insbesondere des deutschen Charakters.

Weshalb ich das Heer „preußisch-deutsch“ genannt habe, wird jeder wissen, oder bei einigem Nachdenken finden, oder er kann es sich von einem geistreichen Ausländer, dem mehrfach genannten Engländer Sidney Whitmann, sagen lassen. Es ist auch diese Arbeit eines Ausländers, die ich hierbei zu Grunde legen will, damit ich nicht preußischer oder deutscher Einseitigkeit geziehen werde.[1]) Nach Whitmann läßt sich hierüber folgendes sagen. Das deutsche Heer ist ein Faktor der Zucht und Sittlichkeit. „Die Gewöhnung an Pünktlichkeit, Gehorsam und Disziplin, die Einschärfung des Gefühls der Ehre unter den Geringsten, das Zusammentreffen aller Stände der Nation auf dem einen Boden des Pflichtgefühls haben das ganze deutsche Volk physisch und moralisch gekräftigt“. In keinem Heer ist das gewerbsmäßige Heldentum verachteter, und wird der Geist echter Ritterlichkeit mehr gepflegt als hier (vergl. das schöne Beispiel S. 106); Bescheidenheit und nüchterne Auffassung charakterisiert es ebenso sehr wie seine „wunderbare Marschfähigkeit,“ die „ein untrüglicher Beweis für die hohe moralische Kraft“ desselben ist. Die preußische Armee und sein Offizierkorps „war das Mittel, den moralischen wie den physischen Zustand aller Klassen des Landes zu heben“. Die deutsche Schwerfälligkeit und Saumseligkeit wird hier bis auf die Wurzel bekämpft und der Geist der Iniatitive eingepflanzt; heißt es doch in der Einleitung zur deutschen „Felddienst-Ordnung“: „Ein Jeder — der höchste Führer wie der jüngste Soldat — muß sich stets bewußt sein, daß Unterlassen und Versäumnis ihn schwerer belasten, als ein Fehlgreifen in der Wahl der Mittel.“ Der Geist der Unparteilichkeit, ohne Rücksicht auf unser Nationalübel, die Empfindlichkeit, der Geist der Genügsamkeit, der Kameradschaft — Renan nennt uns das Volk der Einsamen — des Ehrgefühls, der Zucht herrscht hier und wird gepflegt.[2]) Macchiavelli hat einmal in seinen

1) S. Whitmann, a. a. O., S. 103 ff.; vgl. auch Hansen, a. a. O., S. 204.

2) Auch die Seelsorge und populäre Vorträge sind hier sozial und national wirksam.

Discorsi gesagt, der Siegesgang der römischen Legionen durch die damalige Welt habe wesentlich auf zwei Faktoren beruht: 1. Nichts geschah ohne Befehl, 2. Nichts geschah ohne Befragung des Willens der Gottheit. Dasselbe gilt von den Siegern von Fehrbellin, Leuthen und Dennewitz. Not lehrt beten, zumal die Not des Kriegs und des Schlachten- und Lazarethentots. Der Sieger von Naseby und Dunbar hatte nicht umsonst seinen Truppen den höchsten Antrieb gegeben, indem er, wie er sagte, an ihren Gott appellierte; aber umsonst klagte Friedrich der Große, daß er keine Grenadiere von Leuthen mehr habe, umsonst rief er schmerzlich: Schafft mir mehr Religion ins Land!

---

4. Die sozial-politische Arbeit in der Schule.

Was die Schule in dieser Richtung zu thun habe, hat der Allerhöchste Erlaß an das Staatsministerium vom 1. Mai 1889 so zusammengefaßt: „Sie muß bestrebt sein, schon der Jugend die Überzeugung zu verschaffen, daß die Lehren der Sozialdemokratie nicht nur den göttlichen Geboten und der christlichen Sittenlehre widersprechen, sondern in der Wirklichkeit unausführbar und in ihren Konsequenzen den Einzelnen und dem Ganzen gleich verderblich sind.“ Zur Ergänzung des früher hierzu Vorgetragenen habe ich nur wenig hinzuzufügen.

Wenn man von den Sozialisten Auskunft über die Ausführbarkeit ihrer Pläne verlangt, erfolgt, wie gesagt, eine grobe Abweisung nach bekannten Mustern; es verlohnt deshalb, jeden einschlägigen Punkt zu registrieren. Das sozialdemokratische Blatt der „Volkswille“ und nach ihm der „Vorwärts“ haben anfangs August 1891 z. B. einen Vorschlag gemacht, der höchst bezeichnend ist. Es wird darin ausgeführt, daß die Sitte der Gutsabtretung gegen einen sogenannten Altenteil die abtretenden Eltern oft in sehr ungünstige Lage bringe; „die einzige Hilfe, schreibt das Blatt weiter, kann nur durch die allgemeine staatliche Altersversorgung gebracht werden; der Staat muß an jeden seiner Bürger, gleichviel welcher Gesellschaftsklasse er angehört, von einem bestimmten Alter, vielleicht vom 50. Lebensjahre an, alljährlich eine gleiche Summe Geldes zahlen, die zu seinem Unterhalte ausreicht.“ Dem Prinzip entsprechend erhält also Jeder sein Teil,

ob Millionär oder Besitzloser, und zwar den gleichen Teil. Rechnet man nun, daß etwa 1500 Mark jährlich für Jeden nötig seien, so würde für Preußen — nur 4% seiner Bevölkerung als 50jährig angenommen — jährlich weit über $1^1/_2$ Milliarden zu zahlen sein; rechnet man nun die Invalidenversorgung für diejenigen hinzu, welche schon vor dem 50. Jahr erwerbsschwach oder erwerbsunfähig geworden sind, und erwägt, daß das ganze preußische Budget jährlich nicht viel über eine Milliarde beträgt, so wird man doch wohl fragen dürfen, wie dies alles möglich sein solle. Und da ist die Schule allerdings in einem besonders günstigen Falle: sie läßt das Märchen vom Schlaraffenland lesen und erzählen. Damit läßt sich auch noch weiteres verbinden.

Abgesehen von jenen Forderungen sind es aber auch noch andere nicht minder weitgehende, welche im sozialdemokratischen Zukunftstaat erfüllt werden müssen — sie können nach dem früher Gesagten leicht zusammengestellt werden —, und was wird dem gegenüber von Leistungen zu erwarten sein? Augenblicklich fordert die Arbeitermarseillaise: „Acht Stunden sind genug," Bebel hat für sein Zukunftsbild nur etwa drei Stunden in Aussicht genommen. Man vergleiche damit was heute in allen Berufsklassen gearbeitet wird, und wie viel geringer die Staatsausgaben sind als sie in jenem Zukunftsstaat sein würden, auch wenn der „Militarismus" abgeschafft wäre. Und dann denke man sich, was sollte aus einer Nation werden, die bloß drei Stunden täglich arbeitete, und zwar nicht nach Lust und Beruf, sondern nach dem sozialistischen Rezept! Was sollte in den übrigen 21 Stunden geschehen? Familienleben giebt es nicht, denn „die bornierte Idyllpoesie des eignen Heims" wird dann „verschwunden" sein, es giebt nur öffentliche Speiseanstalten, es giebt keine häusliche Erziehung, es giebt nicht mehr Vater und Mutter in unserm Sinn, denn die werden ihren Kindern gegenüber „kälter" stehen als die verrottete Bourgeoisie; Kirchen giebt es nicht, dieselben sollen ja ausgerottet werden; die Schulen werden sein, wie sie oben beschrieben sind; „Autorität" soll nicht sein, „Zufriedenheit" ist ein Laster. Kein Einzelner darf nach seinen Anlagen und seiner Wahl und Lust arbeiten, denn die „Gesamtheit" wird dies dem Individuum vorschreiben; Eigentum giebt es auch so gut wie nicht, so auch keinen Erwerb; Glauben und Vertrauen sind nicht „wissenschaftlich," noch weniger ist es die Liebe. Das wäre das Schlaraffenland des Satans.

Aber mit diesen Betrachtungen, die doch nur eine Seite der Sache treffen, kann und darf die Schule sich nicht begnügen. Sie muß sich klar werden über die Gesamtlage unserer Nation, sonst wird sie zum Quacksalber.

Es ist oben ausgeführt worden, daß die Philosophie sich gegenwärtig in einer Krisis befindet, daß der Wissenschaftsbegriff überspannt ist, die Volkswirtschaftslehre in Verwirrung, die politischen Meinungen in Zerfahrenheit stecken. Der Organismus unseres Volks ist durch eine falsche Wissenschaft in Atome zerteilt, der Begriff des Persönlichen in den starrsten Subjektivismus, der des grundsätzlichen Handelns in zähen Skeptizismus verkehrt worden. Wenn ich die Zeit recht verstehe, so hat mit der Selbstbesinnung unserer Nation auch die Wendung zum Besseren an nicht wenig Punkten schon begonnen. Man redet so viel von der deutschen Michelei, aber das ist doch erst recht Michelei, wenn man an der unerschöpflichen Kraft unserer Nation zu verzweifeln im Begriffe steht und Tag für Tag an alle Töpfe läuft, darin herumrührt und nach dem Stande des Gerichts sieht, an alle die Töpfe, welche in der geistigen und physischen Wirtschaft eines großen Volkes am Heerde stehen.

Wir sind unzweifelhaft schon in üblerer Lage gewesen wie heute. Man darf auf die „Wissenschaft" doch die Hoffnung setzen, daß sie bescheidener wird und anerkennt, daß ohne Glauben, daß ohne Vertrauen überhaupt keine Erkenntnis gewonnen werden kann; es liegen Anzeichen genug vor, daß die Volkswirtschaftslehre ebensowenig auf die historischen Ergebnisse sich beschränkt wie ins Blaue spekuliert; es scheint mir unzweifelhaft, daß in den Parlamenten die praktische Politik über die Parteizerfahrenheit schon entscheidende Siege erfochten hat; es hat eine religiöse Einkehr stattgefunden; es ist in unserer jungen Litteratur, so viel Auswüchse sie zeigen mag, ein energischer Kampf gegen alles Scheinwesen, gegen den unflätigen Mammonismus und Materialismus, gegen Schwindelgeist und Unzuverlässigkeit aller Art in echtdeutscher Kraft, Wahrhaftigkeit und Derbheit begonnen. Freilich sind auch diese Kreise leider von dem sogenannten „vernünftigen Sozialismus" angesteckt, ohne sich klar über diesen Begriff und seine Tragweite zu sein; aber wissen wir denn nicht, daß geschrieben steht: „Den Aufrichtigen läßt es der Herr gelingen?" Und wenn wir in der Schule und im öffentlichen Leben, soweit dies geschehen kann, echte Wissenschaft mit energischer Wahrhaftigkeit und deutschem Herzen ver-

einen und aus uns wirken lassen, dann kann uns der Erfolg nicht ausbleiben, denn Gott verläßt keinen Deutschen, wie überhaupt Keinen, der Ihn fürchtet. Nur in diesem echtdeutschen Wahrheitssinn, in dieser Gottesfurcht, die jede Menschenfurcht ausschließt, kann die Schule vor den großen Gefahren behütet werden, die eine solche Aufgabe, wie die vorliegende, in einer solchen Zeit in sich birgt. Sie muß sich ebenso wohl hüten vor Verbreitung sozialer Sentimentalität, welche dem Sozialismus seine Opfer selbst in die Arme führt, wie vor selbstsüchtiger Härte, die nur noch mehr verbittert; sie muß sich wahren gegen Optimismus wie Pessimismus, vor überspannter Wissenschaftlichkeit wie schwächlichem Dilettantismus. Die Schule darf nicht durch einen sozial-politischen Katechismus die Sozialdemokratie bekämpfen wollen, der zumal in unserer Zeit das Übel vielleicht ärger machen würde; sie darf nicht glauben, daß sie im Stande wäre, die Zuchtrute Gottes, als welche die Sozialdemokratie gelten muß, zu beseitigen. Denn auch die Schule trifft das, was Macaulay einmal von der Staatsgewalt sagt: Eine Staatsgewalt, welche mehr unternimmt als sie sollte, erreicht weniger, vielleicht das Gegenteil.

Daß hiernach dem Lehrerstand, zumal dem an höheren Schulen und zu unserer Zeit, neue, außergewöhnlich schwierige Aufgaben gestellt sind, wird Niemand bestreiten; daß er sich ihrer Lösung mit allen Kräften unterziehen wird, darauf vertraue ich, daß ihm dann die Lösung gelingen wird, ist meine unerschütterliche Überzeugung.

Um Mißverständnissen beziehungsweise Mißdeutungen zu begegnen, bemerke ich noch folgendes:

1. Die Fassung des Titels soll die bezüglichen Unterweisungen als gelegentliche und unverbindliche bezeichnen.
2. Die Fassung soll bereits andeuten, daß ein „Kampf“ gegen die Sozialdemokratie nicht von der Schule gefordert wird. Und wenn gesagt wird, das wir Schulmänner Grund hätten, „planmäßig an die Gegenarbeit zu gehen“, so wird dies dahin erläutert, daß wir „das heranwachsende Geschlecht zu tüchtigen deutschen Männern, Christen und Staatsbürgern zu bilden“ hätten. Wer dies Ziel nur zum Teil anerkennt, wird darnach auch seine pädagogische Arbeit modifizieren müssen.
3. Eine unmittelbare Bekämpfung der Sozialdemokratie könnte nur

durch einen entsprechenden fachmäßigen Unterricht versucht werden; dieser Versuch ist hier abgelehnt worden.

4. Durch den vorgeschlagenen Gelegenheitsunterricht sollen aber die bezüglichen Unterrichtsfächer nicht einem heterogenen Zweck dienstbar gemacht werden, sondern die Gelegenheiten, welche der bezügliche Unterricht bietet, sollen ohne Zwang und nach freier Überzeugung eines Jeden dazu benutzt werden, um Kenntnisse Vorstellungen, Empfindungen &c. zu erzielen, welche dem genannten Bildungsziel zuführen. Es handelt sich also nicht um einen Mißbrauch des Unterrichts zu heterogenen Zwecken, sondern um die Betonung derjenigen Unterrichtsteile und Erziehungsmomente, die für Erreichung jenes Bildungsziels besonderen Wert haben.

5. Nicht das negative Ziel des Kampfes gegen die Sozialdemokratie, nicht allein das Ziel, unsre Schüler gegen diese zu wappnen, wird hier gesteckt, sondern das obengenannte positive Ziel, welches insbesondere darin seine Spezialisierung erhält, daß unsere Schüler, so viel an uns und ihnen liegt, Herz für die Bedrängten, Urteil über das Berechtigte und Unberechtigte in den Klagen beziehungsweise Lehren der Sozialdemokratie, sowie den ernsten Willen zur Besserung haben.

6. Nach den amtlichen Erlassen ist die neueste Geschichte bis 1888 vorzunehmen. Daß die Behörden damit die Lehrer veranlassen wollten, ihren Unterricht zu dem zu machen, was man wohl einen „Tummelplatz politischer Parteimeinungen“ nennen könnte, wird Niemand glauben; daß dies aber durch eine ungeeignete Behandlung leicht geschehen könnte, wird Niemand bezweifeln.

7. Die abgedruckten geschichtlichen Übersichten sollen nur ein Beispiel sein, wie es von Einem unter bestimmten örtlichen, persönlichen &c. Verhältnissen mehrere Jahre gemacht worden ist — im Rahmen einer bestimmten Überzeugung —, ohne daß dadurch ein irgendwie merkbarer Anstoß gegeben worden wäre. Daß ein Anstoß nach Änderung der bezüglichen Faktoren gegeben werden könnte, liegt auf der Hand. Und wenn trotz all dieser sehr nahe liegenden Bedenken jene Beispiele doch abgedruckt worden sind, so geschah dies lediglich aus Rücksicht auf diejenigen Schulmänner, welchen diese Abschnitte der Geschichte fremder geblieben sind.

8. Jeder Schulmann muß eben nach bestem Wissen und Gewissen sowohl das ausscheiden, was er vor seiner Überzeugung nicht glaubt vertreten zu können, als auch das, was ihm unter den gegebenen Umständen oder aus allgemeinen Gründen Anstoß geben zu können scheint, denn es soll ja nur der Wahrheit sowie der Klarheit und inneren Harmonie gedient werden.
9. Nur im Geiste der Wahrheit und Liebe kann eine so schwierige Aufgabe zu lösen versucht werden. Wer ihr ernste Überzeugungsbedenken, oder innere Unsicherheit entgegenbringt, leistet sich und der Sache einen Dienst, wenn er — vorerst wenigstens — seine Mithilfe versagt. —

Wie hat nun die Schule zu arbeiten?

Ausdrücklich mag zunächst hervorgehoben werden, daß die körperliche Übung und Bildung der Schüler auch in der sozial-politischen Propädeutik ihre Stellung und Bedeutung hat, in erster Linie das Turnen, in zweiter das Spiel (mit Gesang), das besonders Erhöhung des Lebensgefühls zur Folge hat und den gesetzlichen Sinn wie Gemeinsinn in der Jugend erzeugt und stärkt.

Sodann sei hier nochmals darauf hingewiesen, daß die Schule keine Tendenzarbeit im gewöhnlichen Sinn zu unternehmen, sondern daß sie, wie gesagt, auch hierin der Wahrheit und damit der Klarheit und innern Harmonie zu dienen hat. Da kein besondres Fach für die Verbreitung dieser Wahrheit geschaffen werden soll, so hat sich die gesamte bezügliche Unterweisung an die vorhandenen Schulfächer anzuschließen beziehungsweise sich ihnen einzuordnen. Je mehr sich die Jugend dem Mündigkeitsalter nähert, desto gerader kann die Schule auf das Ziel losgehen, desto tiefer und umfassender kann sie verfahren. Die ganze Arbeit läßt sich nach den drei Gesichtspunkten des Stoffs und der Methode der Unterweisung, sowie der Erziehung ordnen.

Diejenigen Fächer, welche hier in Betracht kommen, sind: 1. Religion, 2. Deutsch, 3. Geschichte, 4. Geographie, 5. Naturwissenschaften, 6. Rechnen, 7. Fremdsprachliche Lektüre, 8. Gesang. Auf das was bereits von anderen, insbesondere Sachse, Rüstzeug des Lehrers, sowie Gemoll, Striegauer Programm 1891, ausgeführt ist, verweise ich hier ein für allemal.[1])

---

1) Die Litteratur für den sozialpolitischen Unterricht ist in den letzten Jahren stark angeschwollen. Es sind zunächst populäre Darstellungen der Volks-

Bezüglich der Religion hat der mehrfach erwähnte Allerhöchste Erlaß die besondere Aufgabe gestellt, in diesem Unterricht „die ethische Seite desselben mehr in den Vordergrund treten zu lassen, dagegen den Memorierstoff auf das Notwendige zu beschränken". (Vgl. dazu die Ausführungen des Staatsministeriums.) Der Raum verbietet mir hier im einzelnen nachzuweisen, wie das letztere geschehen könne; daß es aber geschehen muß, werden nur wenige Schulmänner auch vom pädagogischen Standpunkte bezweifeln. Die ethische Seite des Religionsunterrichts erfordert meines Erachtens in unsrer Zeit besondre Pflege nach zwei Richtungen, nämlich bezüglich der Pflichten gegen den Nächsten und gegen die Obrigkeit; daß die übrigen Seiten darunter nicht leiden dürfen, bedarf keiner besondern Versicherung, sonst würde das herauskommen, was meines Wissens Martensen einmal „sittlichen Partikularismus" genannt hat.[1]) Aber es ist unverkennbar, daß unsre Zeit besonders in den beiden genannten Richtungen krank ist. In erster Beziehung bietet das alte Testament sehr reichen Stoff nach allen Seiten, vgl. 2. M. 2, 13; 20, 17; 21, 14; 22, 7, 26; 3. M. 19, 13, 15—17; 24, 19; 25, 17; 5. M. 24, 10; 27, 17, 24; Hiob 6, 14; Ps. 15, 1, 3; 101, 5; Spr. 11, 9, 12, 14, 21; 24, 28; 25, 18; 29, 5; Jer. 22, 13; Sach. 8, 17; Sir. 9, 21; 28, 2; 29, 1, 11; 31, 18; sodann die Kardinalstellen im Neuen Testament Math. 5, 43; Math. 12, 31; Gal. 5, 14 (vgl. 3. M. 19, 8); ferner Röm. 13, 10; Eph. 4, 25.

---

wirtschaftslehre, zum Teil für Handels- und Fortbildungsschulen, zum Teil für Volksschulen und zum Selbstunterricht bestimmt; z. B. Streißler, Neurath, Fawcett, der Manchestermann ist, Mittenzwey, Pache, Rasche, Funk, Patuschka, Rapet-Mayer, ebenfalls durchaus auf dem Standpunkt des Manchestertums, Kalle; besonders für die Schule berechnet sind: Patuschka „Volkswirtschaft und Schule", dessen „Einfügung volkwirtschaftlicher Belehrungen in den Lehrstoff der Volksschule", und über denselben Gegenstand P. Jende. Ferner H. Villaupi „Die soz.-kulturelle Bildung und die Aufgabe der Erziehung"; sowie für den Geschichtsunterricht die kleine Schrift von Ommerborn. Speziell für höhere Schulen geschrieben sind: Programme (1892) von Petersdorff und Menden u. A., die zum Teil ganz speziell, zum Teil ganz allgemein sind. Müller, Verwertung religiöser Stoffe zur Betrachtung sozialer Fragen in der Schule, 1892, ist ein recht praktisches Büchlein (50 Pf.), vgl. auch Ad. Jäger, Die soz. Frage, Bd. 1 und 2. Über die Erziehung der gewerblichen männlichen und weiblichen Jugend, vgl. Bericht des 2. Ev.-soz. Kongresses, 1891.

1) Weiteres vgl. in meiner Schrift, Bibl. Psych., Biol. und Pädag., 1889, S. 114.

Ich muß mich hier auf die eine Bemerkung beschränken, daß Christus in diese Frage das neue gebracht hat, daß er die Nächstenliebe mit der Selbst- und Gottesliebe in engste Beziehung bringt und der Selbstliebe durch die Gottesliebe das nötige Gegengewicht giebt, damit die Nächstenliebe in Wirksamkeit treten kann. Weiter ausgeführt habe ich dies in der eben genannten Schrift (S. 79 ff.); daß der Religionsunterricht sich, um alle seine Zwecke zu erreichen, vor allem angelegen sein lassen muß, die Person Christi in die Herzen der Jugend zu pflanzen, habe ich ebenfalls in jener Schrift, besonders S. 105 dargelegt.

In der andern oben genannten Richtung hat der Unterricht besonders auf die Stellen hinzuweisen, in welchen der Gehorsam gegen die Obrigkeit als Christenpflicht, das „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist" und das „Ehret den König", sowie die Pflicht, in Gebet, Fürbitte und Danksagung vor allem des Königs zu gedenken, eingeschärft ist: Mat. 22, 21; 1. Petri 2, 17; 1. Tim. 2, 1, 2; Röm. 13, 1 ff. u. a.; überdies wird auch die Treue besonders im Neuen Testament fortwährend betont.

Daß und wie der Religionsunterricht weiter zu gestalten sei, habe ich anderwärts ausgeführt (vgl. die genannte Schrift)[1], hier sei nur noch darauf hingewiesen, daß die obigen Ausführungen über die soziale und wirtschaftliche Gesetzgebung des Alten Testaments hier zu verwerten sind; Moormeister hat in seiner bekannten verdienstlichen Arbeit schon darauf hingewiesen,[2] daß in der biblischen Geschichte die Wirtschaftsstufen aufgezeigt werden können; wie die Biologie auf Psychologie und Pädagogik insbesondere im Religionsunterricht anzuwenden sei, kann in meiner bezüglichen Schrift nachgelesen werden. Hier sei nur noch die Frage der Familien- und Schulbibel erwähnt. Ich habe die Überzeugung, daß die Herstellung einer solchen immer dringender und unaufschiebbarer wird; ohne sie kann unser Volk nicht wieder zum Bibellesen gebracht, ohne sie kann unsere Jugend nicht vor Schäden bewahrt werden, wie sie die Lektüre von nicht wenig Stellen mit sich führt und mit sich führen muß.[3]

---

1) Im einzelnen vgl. eine Programmabhandlung des Kgl. Realgymnasiums zu Wiesbaden von Hochhuth (1893), welche diese Frage besonders behandelt.

2) Moormeister, Das wirtschaftliche Leben 2c., S. 15 ff.

3) Vgl. Zeitschrift für den evang. Religionsunterricht, 1891, S. 315 ff., und das Glogauer Programm 1892 v. A. Bähnisch.

Wenn der deutsche Unterricht seine Schuldigkeit thun soll, dann muß seine Stellung noch gehoben werden. Nach den Befreiungskriegen wurde in Preußen auf den untern Stufen Latein und Deutsch in der Stundenzahl gleichgestellt, in den andern Klassen hatte es je 4 Stunden, im ganzen 40 Stunden wöchentlich, während Latein 68, Griechisch 43 Stunden erhielt. Der „Muttersprache" gehört „der erste Platz, den sie in jeder deutschen Bildungsanstalt einnehmen muß", hieß es damals in der amtlichen Instruktion; 1837 aber wurden dem Deutschen 18 Stunden genommen und dem Latein zugelegt; die neuen Lehrpläne haben darin etwas gebessert; jedoch sind die Forderungen des Kaisers noch nicht ausreichend zur Geltung gekommen. Derselbe erklärte bei Gelegenheit der Berliner Schulkonferenz am 4. Dezember 1890: „Wir müssen als Grundlage für das Gymnasium das Deutsche nehmen; wir sollen nationale junge Deutsche erziehen und nicht junge Griechen und Römer."

Ferner müssen die Lesebücher anders eingerichtet werden; sie dürfen nicht ein Potpourri enthalten, sondern haben das zu bieten, was der deutsche Unterricht vor allem leisten soll: Kenntnis von deutschem Sprach- und Volkstum, Dialekt und Heimatkunde nicht zu vergessen; die neuen französischen und englischen Lesebücher von Kühn sowie von Vietor und Dörr führen diesen Grundsatz auf ihrem Gebiet mit Geschick und Erfolg durch, weshalb sollte dies in der Muttersprache nicht entsprechend geschehen können?

Es wäre dringend zu wünschen, daß die reichlichen Vorarbeiten[1]) einmal zusammengefaßt würden zu einem kleinen Handbuch, das dem Lehrer des Deutschen einen so festen Halt gäbe wie das treffliche Büchlein von Weise dem des Lateinischen.

Nicht minder wäre zu wünschen, daß das Mittelhochdeutsche eine feste Stellung im Unterrichte erhielte, wie sie der neue württembergische Lehrplan bestimmt; nur darf man weder dies noch das Hochdeutsche „als ein andres Latein" behandeln, wie Hildebrand dies ausdrückt.

---

1) Vgl. z. B. C. Abel, Sprache als Ausdruck nationaler Denkungsweise, Berl. 1869. Stehlich, Kasseler Programm, 1881, ders., Die Sprache in ihrem Verhältnis zur Geschichte, 1882. Wedewer, Über die Wichtigkeit und Bedeutung der Sprache für das Verständnis des Volkscharakters, 1859. Pauls bekanntes Werk, 1. Kap. Cuno, Vorgeschichte Roms II., S. 29 f. O. Behagel, Die deutsche Sprache. Vor allem aber R. Hildebrandt, Schriften und zahlreiche Aufsätze und Bemerkungen, auf dessen Hauptschrift in dieser Beziehung ich noch zurückkomme.

Notwendig ist es ferner, daß weit mehr als seither durch Synonymik und Etymologie die Begriffe scharf gefaßt und ihre Wertung im Wort scharf genommen wird; denn die Zerfahrenheit, welche unser ganzes Leben und Wissen bezeichnet, eignet auch unserer Sprachbehandlung; daher so viel Mißverständnisse, ärgerliche Irrtümer und Mißgriffe. Wer über ein Vierteljahrhundert diesen Unterricht gehabt und im Leben gestanden hat, kennt diesen beklagenswerten Zustand, dessen man freilich nicht Meister wird durch einige konfuse Schriften (Fiebig), sondern durch Schularbeit und Selbstzucht. Es scheint ganz vergessen zu sein, daß Ehe und Ewig denselben Grundbegriff haben, daß Trauung mit Trauen, Vertrauen beziehungsweise Treue eines Stammes ist; so achte man auf die vielen andern Begriffe und Worte, die heute so vergriffen sind, daß man ihre Prägung nicht mehr erkennen kann.[1]) Wer ist z. B. nach heutigen Begriffen ein Arbeitgeber? Derjenige, welcher die Arbeit desjenigen nimmt, der sie für ihn geleistet hat. Der „Arbeitgeber" giebt nicht die Arbeit, sondern die Gelegenheit zu derselben; die Arbeit giebt der, der sie leistet, wie der Examinator nicht die Arbeit giebt, sondern die Aufgabe; von den Thorheiten der gewöhnlichsten Tagesausdrücke ganz zu schweigen.

Der deutsche Unterricht hat das überreiche Material, das für deutsches Sprach- und Volkstum vorhanden ist, stufenweise und methodisch in einem Lesebuch geordnet, stufenweise und methodisch dem Schüler zu übermitteln und zu eigen zu machen.

Unter die Märchen ist das vom Schlaraffenland aufzunehmen (vgl. oben), auch Robinsonaden sind von Bedeutung, das „Riesenspielzeug" giebt Gelegenheit die Bedeutung des Bauernstandes hervorzuheben; das Gedicht vom „Bäumlein ꝛc." und vom „Büblein ꝛc." kann grundlegend verwertet werden, auch Seumes „Der Wilde". Von ganz besonderer Bedeutung sind vor allem die sogenannten kulturhistorischen Gedichte Schillers: Das Eleusische Fest, Der Spaziergang und Die Glocke; auch Göthes Hermann und Dorothea läßt sich mit Erfolg hier anschließen. Die „Germania" des Tacitus muß in guter Bearbeitung stufenweise im deutschen Unterricht dem Schüler zugeführt und in der obersten Klasse durch Lektüre im Original befestigt und vertieft

1) z. B. freien goth. frijôn, sanskr. pri ist lieb haben und behalten, minnen = gedenken, hebr. „erkennen"; werben = sich um die Achse drehen, Heirat v. goth. heiva = Haus und rat = Beratung, also Hausbesorgung, Gesell von Sal = Salgenosse, Gesind von senden = Reisegenosse ꝛc. ꝛc.

werden, damit unsre Jugend in den verjüngenden Strom germanischen Volkstums getaucht werden und in ihrem Herzen die Kleinode desselben heraufführen kann: Einfachheit, Keuschheit, Heimat- und Vaterlandsliebe, Würde der Frauen, Treue, Manneskraft und Wahrhaftigkeit.

Es ist oben schon bemerkt worden, daß mit steigender Kultur auch die Gefahr für ein Volk steigt, sein Persönlichkeits-, sein Nationalgefühl verplattet, geschmälert, beziehungsweise krankhaft zugespitzt zu sehen, und daß es deshalb einer besondern Aufgabe der Erziehung, insbesondre auch in der Schule ist, die Kenntnis seiner Volksart zu erfrischen und zu kräftigen, und dies geschieht besonders durch die rechte Zufuhr in dem Unterricht der Muttersprache. Es ist nicht möglich, jene hier im einzelnen namhaft zu machen, dies muß für eine andre Gelegenheit vorbehalten bleiben. Ich möchte nur auf ein paar besonders wichtige Momente hinweisen, die namentlich beim deutschen Sprachunterrichte Beachtung verdienen. Als das Fundament jeder Erkenntnis ist die Anschauung zu betrachten, sie ist die unerläßliche Vorbedingung für den erfolgreichen Unterricht; dies prinzipiell anerkennen hat wenig Bedeutung gegenüber der praktischen Durchführung; denn durch sie gewinnt man nicht bloß die Teilnahme, sondern auch das Vertrauen der Schüler, man lockt ihren Lern- und Wahrheitstrieb und bringt ihnen Klarheit und Freudigkeit. Grade beim deutschen Unterricht wird dies so häufig versäumt, wie die Rücksicht auf Gefühl und Fantasie, die, wie oben ausgeführt, in unsrer überverstandesmäßigen, überkultivierten Zeit ganz besondrer Pflege bedürfen. Der deutsche Sprachunterricht[1]) muß dies weit mehr anerkennen als seither und noch weit mehr befolgen: Selbstsehen, Selbstfinden, Selbsturteilen soll der Schüler und, richtig angeleitet, thut er es mit Freuden; das bloße Wissen macht den Schüler hohl und eitel, durch Erzwingung desselben wird seinem Geist die Spannkraft genommen, und das führt zur Verknöcherung, Überhebung und Überbürdung; der Sinn für die Wirklichkeit, ja für die Möglichkeit geht verloren. Ich bin ganz der Meinung Hildebrands, daß zur Selbsterneuerung der Nation die Kenntnis des Mittelhochdeutschen gehört, wie gesagt, und zwar in ausgedehnterem Maße als seither, aber nicht wieder darf es getrieben werden wie lateinisch, und nicht dürfen mittelhochdeutsche

1) Vgl. R. Hildebrand, Vom deutschen Sprachunterricht, 4. Aufl., 1890.

Extemporalien geschrieben werden; dann besser gar nichts. Der Deutsche ist gelehrt, wenn er sein Deutsch versteht, sagt Goethe.

Diese wenigen Andeutungen müssen hier genügen.[1]) — Für den Unterricht in der Geschichte hat der Allerhöchste Erlaß folgende Weisungen erteilt: „Sie (die Schule) muß die neue und neueste Zeitgeschichte mehr als bisher in den Kreis der Unterrichtsgegenstände ziehen und nachweisen, daß die Staatsgewalt allein dem Einzelnen seine Familie, seine Freiheit, seine Rechte schützen kann, und der Jugend zum Bewußtsein bringen, wie Preußens Könige bemüht gewesen sind, in fortschreitender Entwicklung die Lebensbedingungen der Arbeiter zu heben, von den gesetzlichen Reformen Friedrichs des Großen und von Aufhebung der Leibeigenschaft an bis heute. Sie muß ferner durch statistische Thatsachen nachweisen, wie wesentlich und wie konstant in diesem Jahrhundert die Lohn- und Lebensverhältnisse der Arbeitenden unter diesem monarchischen Schutze sich verbessert haben.“ (Für das letztere würde, um dies gleich hier zu bemerken, vom statistischen Amt noch das nötige Material in populärer Bearbeitung der Schule zugänglich zu machen sein.) Ferner ordnet der Erlaß an: „Die vaterländische Geschichte wird insonderheit auch die Geschichte unserer sozialen und wirtschaftlichen Gesetzgebung und Entwicklung seit dem Beginne dieses Jahrhunderts bis zu der gegenwärtigen sozialpolitischen Gesetzgebung zu behandeln haben, um zu zeigen, wie die Monarchen Preußens es von jeher als ihre besondere Aufgabe betrachtet haben, der auf die Arbeit ihrer Hände angewiesenen Bevölkerung den landesväterlichen Schutz angedeihen zu lassen und ihr leibliches und geistiges Wohl zu heben, und wie auch in Zukunft die Arbeiter Gerechtigkeit und Sicherheit ihres Erwerbs nur unter dem Schutze und der Fürsorge des Königs an der Spitze des geordneten Staats zu erwarten haben. Insbesondere vom Standpunkt der Nützlichkeit, durch Darlegung einschlagender praktischer Verhältnisse, wird schon der Jugend klar gemacht werden können, daß ein geordnetes Staatswesen mit einer sicheren monarchischen Leitung die unerläßliche Vorbedingung für den Schutz und das Gedeihen des Einzelnen in seiner rechtlichen und wirtschaftlichen Existenz ist, daß dagegen die Lehren der Sozialdemokratie praktisch nicht ausführbar sind,

---

1) Sehr beachtenswert sind die Aufsätze von Münch, Sammelband, Berlin Gärtner, 1890, die auch beachtenswert für Religions- und neusprachl. Unterricht sind.

und wenn sie es wären, die Freiheit des Einzelnen bis in seine Häuslichkeit hinein einem unerträglichen Zwange unterworfen würde. Die angeblichen Ideale der Sozialisten sind durch deren eigne Erklärung hinreichend gekennzeichnet, um den Gefühlen und dem praktischen Sinn auch der Jugend als abschreckend geschildert werden zu können." (Vgl. dazu die Ausführungsbestimmungen des Staatsministeriums vom 27. Juli 1889, Allerhöchst genehmigt am 30. August 1889. Zentralblatt 1890, S. 708 f.)

Indem ich mich auf meine obigen Ausführungen dieserhalb beziehe, sowie auf die angegebene Litteratur, die nur das Notdürftigste bringt, würde die Lösung der gestellten Aufgaben in dem Geschichtsunterricht etwa folgendermaßen anzubahnen sein.

Wie in England schon seit längerer Zeit die politische Schulung der Nation schon auf der Schulbank in der Weise betrieben wird, daß diese Propädeutik wesentlich durch die antike Geschichte und die Englands seit 1688 geboten wird, so kann dies in der Hauptsache auch in Deutschland geschehen, um den Grund zu einem national-politischen Gewissen zu legen. Wenn hierfür ein sozial-politischer Katechismus eingeführt werden sollte, wie zum Beispiel B. Schmidt-Warneck vorschlägt[1]), so, fürchte ich, würde in Deutschland ein schwer zu schlichtender Streit über das entstehen, was in denselben zu setzen wäre, beziehungsweise ob das was hineingesetzt wäre, entsprechend sei. Unsere Zeit der Verwirrung würde hierfür am wenigsten taugen. Sowie die Regierung allmählich mehr Vertrauen gewinnt, die auf das verweisen kann, was sie gethan hat; wie jede Erkenntnis im Grund auf Vertrauensakten, als Reaktionen der Anschauungen beruht; wie der Frage: Was kann aus Nazareth Gutes kommen? die Antwort folgen muß: Komm und sieh! so kann auch für jetzt und in Deutschland der Unterricht, zumal der sozial-propädeutische, nur von diesem Anschauungsboden aus sein Ziel erreichen. Die geschichtliche Anschauung zeigt unwiderleglich und führt diese Einsicht in Fleisch und Blut über, daß kein Staat ohne eine tüchtige Zentralgewalt bestehen kann; (Mad. de Staël sagt (Mem. I, 404) deshalb mit Recht: „Ein Volk entartet, wenn man es gewöhnt, die von ihm anerkannte

---

1) Die Notwendigkeit einer sozialpol. Propädeutik, 2. Aufl., Berlin 1885, sehr zum Studium zu empfehlen, wie seine anderen Arbeiten; vgl. auch Dörpfeld „die Gesellschaftskunde 2c." und „Repetitorium der Gesellschaftskunde."

Obrigkeit nicht zu achten"); diese Anschauung zeigt, daß nicht jedes für Alle paßt, daß Verfassungen, Regierungsformen rc. nur dann etwas taugen, wenn sie der Eigenart eines Volkes entwachsen sind und ihr demgemäß entsprechen; sie zeigt, daß jede Republik schneller in Degeneration kommt, als der schlechteste Absolutismus, daß aber eine Republik nur unter ganz besonderen Vorbedingungen gedeihen kann, daß kein Absolutismus auf die Dauer haltbar ist, sondern daß nur ein konstitutionelles Königtum Dauer verspricht, zumal in Deutschland und dessen führendem Staat. Namentlich zeigt die preußische Geschichte, daß keine soziale Reform, die dauerhaft und erfolgreich sein soll, ohne das Königtum möglich ist; sie zeigt, daß nur ein starkes Königtum, das über den Parteien steht, über deren Köpfe hinaus Reformen durchsetzen kann, wie es in einem vom Parlament beherrschten Staat, der eben von Parteien geleitet wird, nicht möglich ist. Die Geschichte zeigt gerade, in ihren erhebendsten Partieen, man denke nur an die Befreiungskriege, daß es nicht die materiellen Interessen, nicht materielle Ziele sind, welche in großen Völkerkämpfen die entscheidenden Hebel bieten, wie die Pseudowissenschaft der Sozialdemokratie dies behauptet.

In der antiken Geschichte kann bei dem Gleichnis des Menenius Agrippa gezeigt werden, daß der Staat ein Organismus ist und dazu kann die Schule, die Familie als Vergleichungsbeispiel herangezogen und gezeigt werden, daß all dies nicht bestehen kann ohne Haupt, ohne Pflichterfüllung des Hauptes und aller Glieder, und daß je gewissenhafter jeder das Seine thut, es desto besser mit dem Ganzen bestellt ist: Ein jeder kehr' vor seiner Thür, so werden alle Gassen rein! Die Organisation der Staaten ist an den antiken Verfassungen und durch ihre Vergleichung unter einander zur Anschauung zu bringen; die Verfassungen, ihre Reformen und Entartungen, der Mißbrauch der öffentlichen Gewalt durch die herrschenden Stände, beziehungsweise Parteien, die sozial-politischen Kämpfe in Rom, der Bankerott der Republik und die Geschichte des Kaiserreichs bieten eine unerschöpfliche Fundgrube des zu Lehrenden.[1]) Die ganze antike Geschichte lehrt, daß das Altertum weder einen unserer Auffassung entsprechenden Begriff von

---

1) Das von Moormeister zusammengestellte Material läßt sich zum größten Teil an den bezüglichen Zeitstellen unterbringen. Für die römische Geschichte sind von großer Bedeutung die Discorsi des Machiavelli.

Repräsentativstaat hatte, noch Begriffe wie Menschheit und Nationen als ihren organischen Gliedern u. s. w. (vgl. oben).

Bei der Urgeschichte der Germanen ist deren Charakteristik nach Tacitus und den Hilfsmitteln des deutschen Unterrichts zusammenzufassen; der I. Band von Lamprechts Geschichte hat einzelne Partieen, die besonders zweckmäßig sind. Die spezifisch christliche Einwirkung ist leicht nach Uhlhorns bekannten Werken nachzuweisen. Bei der Geschichte des fränkischen Reichs und Karls des Großen, der Erläuterung der Eigentümlichkeiten des Lehensstaates, der politischen Stellung der Kirche ist Stoff überreich zur bezüglichen Verwertung und eine reiche Litteratur geboten[1]), die Eigenart des Kreuzzugszeitalters bietet dar Prutz in seiner Kulturgeschichte der Kreuzzüge, die Übergangszeit von der Hohenstaufenzeit bis ins Reformationszeitalter habe ich in allen wichtigen Punkten knapp zusammengefaßt. Hierfür wie für die Folge sind die beiden Bände von Sach sehr empfehlenswert, auch zu Vorträgen seitens der Schüler, jedenfalls den bekannten Bildern Freytags für diesen Zweck weit vorzuziehen. Eine Betrachtung über die Folgen des 30jährigen Krieges ist so erschütternd wie belehrend.

Wichtiges Material zur genannten Propädeutik bietet Cromwells nationale Handels- und Wirtschaftspolitik (Navigationsakte) und die Thätigkeit Colberts; das Übungsbuch von Herbst bietet hier viele Anhaltspunkte, unterläßt aber darauf hinzuweisen, daß Colbert auch die Binnenzölle in Frankreich abgeschafft und zuerst thatsächlich die Idee von einem nationalen Wirtschaftsganzen zu verwirklichen gesucht hat, welches dem nationalen Staatskörper erst die Nahrung zuführt; es kann hier schon angedeutet werden, daß dies in Deutschland erst durch den Zollverein und das Reichszollgesetz von 1879 in Wirksamkeit gesetzt worden ist; hierbei ist es unbedingt nötig, darauf hinzuweisen, daß die Zölle als Grenzsteuern ein Akt der Gerechtigkeit gegen die inländischen Produzenten, als Schutzzölle für Industrie und Landwirtschaft in bedrängten Zeiten — und in denen leben wir — unbedingt erforderlich sind; es ist namentlich die Geschichte des römischen Bauernstandes, welche gleich belehrend wie abschreckend wirken muß. Bei Colbert ist dann die Einseitigkeit des Merkantil-Physiokratischen- und Industriesystems aufzuzeichnen, indem alle drei nur je eine Seite (Handels-

1) Vgl. v. Inama-Sternegg, Deutsche Wissenschaftsgeschichte, 2 Bde.; desgl. K. Lamprecht, 4 Bde.; G. Hansen, a. a. O., S. 89—145.

gewinn, Bodenkraft, Arbeit) der Volkswirtschaft nach Menschenart hervorheben, anstatt alle drei. Bei der Geschichte Karls II. Stuart ist nach Green und Macaulay zu zeigen, wie das Jahr 1660 das Geburtsjahr des modernen Englands ist, wie Franz Bacon, die „neue Wissenschaft," gelehrt hat, welche nicht bloß Erfahrungswissenschaft ist und auf der Induktion beruht — die kannte Aristoteles schon —, sondern welche dieser wissenschaftlichen Thätigkeit durch das Ziel, das sie ihr setzte, nämlich das Wohl der Menschheit, eine solche Wucht der Verantwortung auflegte, daß man weder in leicht geflügelte Spekulation verfiel, noch sich zu der modernen Verkehrtheit verstieg, welche Erfahrungs- mit absolutem Wissen verwechselt. Die Vertreibung der Stuarts, die declaration of rights geben Gelegenheit, das Wesen des Parlamentarismus — im Gegensatz zum konstitutionellen Königtum — zu veranschaulichen, dem das Haus Hannover alsbald den schwersten Tribut zu zahlen hatte.[1])

Indem man den spanischen und französischen Absolutismus mit dem der Hohenzollern vergleicht und zeigt, daß beide so verschieden sind wie starre Selbstsucht und hingebende Selbstlosigkeit, kommt der Geschichtslehrer zu seiner erfreulichsten Thätigkeit in jenen Zeiten, zu den Hohenzollernhelden: dem großen Kurfürsten, Friedrich Wilhelm I., dem großen König, den drei gewaltigen Baumeistern und Bauherrn des preußischen Staates.

Wie dieser Teil der Geschichte behandelt worden ist, mögen die folgenden Übersichten zeigen.

Friedrich Wilhelm, der große Kurfürst.

1. Jugendgeschichte (Klagelieder 3, 27).

2. Zustand des Landes bei Übernahme der Regierung:

Im Westen herrschen fremde Besetzungen, im Osten die Stände, in den Marken die Soldateska, die seit 1635 dem Kaiser durch den Fahneneid verpflichtet war; alles war verwüstet, Berlin — vor dem Kriege mit 20 000 Einwohnern — hatte nur noch 300 ganz verarmte Bürger; kein Landesteil wollte oder konnte ihn anerkennen: er war ein „Erbe ohne Erbteil" (Friedrich II.).

3. Kriege und Erwerbungen.

Kriege gegen Frankreich, Schweden und Polen.

---

1) Vgl. die einschlägigen Werke von Gneist, L. Bucher und Todd.

Erwerbungen von 1648; sicherte die klevische Erbschaft, erwarb die Souveränität über Ostpreußen, brachte den Staat auf circa 2000 Quadratmeilen; deutsche Großmacht.

4. Begründung der Staatseinheit.

Schwächt das Ständewesen, bricht dessen Macht in Ostpreußen, Absolutismus; der der Hohenzollern ist Selbstlosigkeit, der der Bourbons Selbstsucht. Hier Willkür, dort Selbstverantwortung vor Gott, Staat und Familie sind göttliche Einrichtungen — das ist auch die Grundlage der englischen Verfassung; vergleiche deren Eigenheit nach der declaration of rights; in Frankreich Gewalt und Mißregierung. — Durch Aufhebung aller städtischen Münzstätten schuf er die Münzeinheit.

5. Erhaltung des Staates und Entwicklung seiner Kräfte.

Die erste Aufgabe ist Schutz des Staates, dies erfordert ein Heer, dies Steuern, diese wirtschaftliche Kräftigung und diese geistige Hebung; deshalb Bildung eines Heeres (Derfflinger, Sparr), Anfänge eines geordneten Steuerwesens; Wirtschaftspolitik (Merkantilismus und Colbertismus): Möglichst viel Ausfuhr von Fabrikaten und möglichst wenig Ausfuhr von Rohstoffen; möglichst viel Einfuhr von Rohstoffen und möglichst wenig von Fabrikaten (Überschätzung des Edelmetalls und der Bilanz). Daher Schutz und Förderung von Gewerbe und Industrie; fremde Gewerbe eingeführt (Refugiés), Geschäftsgeheimnisse erworben, geschulte Arbeiter angeworben, Unternehmer unterstützt und staatliche Anweisungen und Aufseher; Glashütten, -schleifereien, Eisenhämmer, Zuckersiedereien rc. angelegt. Zunftwesen unterstützt; Vergrößerung und Verschönerung Berlins. Verkehr gehoben durch Weg- und Brücken-Bauten und -Ordnungen, Kanäle, musterhafte Post; Kolonie in Afrika, Flotte von 30 Schiffen.

Ein Jahrhundert vor den Physiokraten hegte und pflegte er die Landeskultur: Scharfe Erlasse gegen das „Legen“ der Bauernhöfe; Anbau verödeter Landesteile, gab auch Geld, Saatkorn, Zugvieh rc.; Entwässerung und Urbarmachung von Sumpf- und Moorboden; hob die Viehzucht (Holländer) Gartenbau (Obst- Gemüse- Blumengärten, Sämereien) kein Landmann durfte heiraten ohne 6 Obstbäume veredelt und 6 Eichen gepflanzt zu haben; die Landstraßen mit Bäumen bepflanzt; er giebt selbst überall das beste Beispiel. — Sorge für geistige und religiöse Hebung: ließ Schulen und Kirchen bauen

gründete die Universität Duisburg, erneuerte die von Frankfurt a. O.; bereitete die von Halle vor, stiftete die königliche Bibliothek, pflegte Sittlichkeit und Frömmigkeit; gab auch hier selbst immer das beste Beispiel.

Er ist der Begründer des Staates, denn er hatte übernommen ein Wirrsal staatlicher Bruchstücke und hinterließ einen wohlgefügten Staat von 2000 Quadratmeilen voll Lebenskraft und Entwicklungskeimen.

Friedrich Wilhelm I.

I. Befestigung der Staatseinheit.

1. Verfahren gegen die ostpreußischen Stände.

2. Vollendung des Absolutismus.

3. Schuf das Verwaltungsbeamtentum und eine straffere Organisation der Staatsverwaltung.

II. Erhaltung des Staates und Entwicklung seiner Kraft.

1. Erwerbungen.

2. Entwicklung des Heeres (L. v. Dessau); regt die allgemeine Wehrpflicht an.

3. Hebung der Landwirtschaft (Ansiedler, z. B. aus Salzburg, Edikte gegen das „Legen" der Bauernhöfe, Entwässerung von Sümpfen, Hebung des Domänenertrags, der die Hälfte der damaligen Staatseinkünfte (7 Millionen Thaler) ausmachte.

4. Förderung der Industrie (Tuch-, Wollen- Leinen-, Baumwolle-Fabriken) und des Handels; allgemeinen Grenzzoll konnte er nicht auflegen (geschah erst 1818).

5. Reform der Staatsverwaltung; Vergrößerung und Verschönerung Berlins.

6. Sorge für das geistige und religiöse Leben: baut Kirchen, selbst ein Beispiel tiefer und schlichter Frömmigkeit. Dabei tolerant wie alle Hohenzollern, ordnet durch C. O. v. 23./10. 1717 die allgemeine Schulpflicht an, um „dem höchst deplorablen Zustand des Landvolks in Ansehung alles Wissens und Thuns" abzuhelfen.

III. Charakteristik. Friedrich Wilhelm I. war sparsam, bürgerlich-einfach, nüchtern und auf das nützliche bedacht; von tiefem Interesse für Heer und Landeskultur, unablässig thätig und pflichttreu, streng sittlich, tief religiös, zugleich tolerant. Er hat dem Staat

das Gepräge spartanischer Nüchternheit und Straffheit gegeben, der Armee den Corpsgeist, den Beamten Pflichttreue, dem Volk Zucht und Fleiß, Allen Spannkraft, Arbeitsamkeit, Straffheit, Zähigkeit. Das schwerste Opfer hat er aber seinem Staat und Haus gebracht, wie er in seinem Testament hinterläßt: „Mein ganzes Leben hindurch war ich gezwungen, um dem Neide des österreichischen Hauses zu entgehen, zwei Leidenschaften zur Schau zu tragen, die ich nicht hatte — ungereimten Geiz und übertriebene Vorliebe für lange Soldaten. Nur wegen dieser so sehr in die Augen fallenden Schwachheit vergönnte man mir das Einsammeln eines großen Schatzes und die Einrichtung einer starken Armee. Beide sind da, und mein Nachfolger bedarf keiner Maske."

Friedrich der Große.

1. Jugendgeschichte. (Klagelieder, 3, 27.)

2. Friedrich als Feldherr (die 3 schlesischen Kriege, seine Generale; nationale Bedeutung der Schlacht bei Roßbach; vergleiche Lessings Minna von Barnhelm).

3. Friedrich als Mehrer seines Staates: erwirbt etwa 1400 Quadratmeilen; durch die Erwerbung Schlesiens verhindert er die drohende gefährliche Verbindung zwischen Sachsen und Polen, durch die Westpreußens verband er Ostpreußen mit den Stammlanden, durch die Ostfrieslands bahnte er die Verbindung mit dem deutschen Meere an. Er erhob Preußen zur europäischen Großmacht.

4. Friedrichs Friedensarbeit. Er war ein erbitterter Gegner jedes zwecklosen Kriegsführens (hartes Urteil über Karl XII.), Krieg soll nur zur Stärkung des Staates geführt werden, damit dieser „die schöne Rolle spielen kann, den Frieden zu erhalten."

I. Sorge für das materielle Wohl.

A. Thätigkeit für die Landeskultur.

1. Den Ackerbau förderte er durch Darreichung von Saatkorn und Zugpferden, durch Steuererlaß und Geldverteilung; durch Entwässerung bezw. Urbarmachung des Oder-, Warthe- und Netzebruchs, durch scharfe Erlasse gegen das „Legen" der Bauernhöfe; schützte die Bauern gegen die Gewaltthätigkeit der Gutsbesitzer und erleichterte ihre Frondienste; er förderte den Anbau besonders von Kartoffeln, Flachs, Hopfen, Wein, Rüben und Futterkräutern, zog Kolonisten heran 2c.

2. Die Viehzucht förderte er durch Heranziehung besonders

sachkundiger Holländer und Ostfriesen, bei schweren Strafen verbot er, Schäfereien eingehen zu lassen, ließ Widder aus Spanien kommen. Die Hälfte der Staatseinkünfte (11 Millionen Thaler) kamen aus Domänen und Forsten.

3. Gartenbau. (Anpflanzung von Obstbäumen, Mais, Anis, Kümmel, Safran rc.); Forstwirtschaft, Fischerei, Bienen- und Seidenzucht förderte er in jeder Weise, desgleichen den Bergbau.

B. Sorge für Gewerbe, Industrie, Handel und städtische Verwaltung. Ganz im Sinn des Merkantilismus förderte er — wie seine Ahnen — Gewerbe und Industrie und die Ausfuhr ihrer Produkte, während er die Ausfuhr der Rohstoffe (Wolle besonders) verbot bezw. erschwerte. Fremde Handwerker und Fabrikanten zog er ins Land, legte in Neustadt-Eberswalde z. B. eine Eisen- und Stahlfabrik an, für deren Betrieb er 100 Familien von Messer- und Scherenschmieden ansiedelte, hob die Leinenfabrikation und die Flachsspinnerei, in der Mark legte er ganze Wollspinnerdörfer an, denen er mancherlei Privilegien (besondere Gerichtsbarkeit) gewährte. Zur Gewinnung der Seide sorgte er für Anpflanzung von Maulbeerbäumen (wer 1000 Stück pflanzte erhielt 10 Jahre lang je 50 Thaler). Beschädigung derselben wurde mit Spießrutenlaufen bestraft; er erließ Anweisungen zur Zucht der Seidenwürmer, zog Sachkundige aus Italien und Frankreich, auch Seidenfabrikanten aus Lyon ins Land, ließ Zuckersiedereien, Samet-borten-, Garn-, Stickerei- und Klöppelwaren-, Porzellan-, Ofen-kacheln- rc. Fabriken anlegen.

Durch das Staatsmonopol für Tabak und Kaffee wollte er den Gewinst der Händler in die Staatskasse leiten; die Wichtigkeit des Handels erkannte er gar wohl, legte neue Kanäle an bezw. baute sie aus (Bromberger, Finow- und Plauesche Kanal), legte den Hafen vor Swinemünde an, gründete die königliche Bank, die Seehandlung, sowie die — bald wieder eingegangene — asiatische und bengalische Handelsgesellschaft in Emden.

Die städtische Verwaltung ließ er wie sein Vater durch seine Kriegs- und Steuerräte streng überwachen und die Ersparnisse der Stadtkassen in die Staatskassen abführen; dabei schärfte er überall auf das strengste den Grundsatz ein: „das Plus ist verflucht, welches durch das Unglück anderer Leute gemacht wird.“ —

Von 1763—83 hat er für all dies 40 Millionen Thaler verwandt; er hat 300,000 Morgen urbar gemacht; 500 neue Dörfer

angelegt, 50,000 Kolonistenfamilien angesiedelt. Er brachte das Land von 2200 □Meilen auf 3558, die Bewohner von 2,2 Millionen auf circa 6 Millionen, die Einnahme auf 7,3 Millionen auf circa 22 Millionen Thaler, das Heer von 83,000 Millionen auf 200,000, den Staatsschatz von 10 Millionen auf 55 Millionen Thaler.

C. Sorge für das Rechtswesen.

Wie der König der erste Diener des Staats ist, so spricht das allgemeine Landrecht aus: der Zweck des Staats ist das gemeine Wohl, nur wegen dieses darf die Freiheit der Bürger eingeschränkt werden bezw. können Privilegien aufgehoben werden. Innerhalb dieses Rahmens ist die Souveränität des Staates im Landrecht mit Schärfe durchgeführt; die ständische Gliederung, obgleich durch die neue litterarische Gesellschaft schon durchbrochen, hielt er streng im Landrecht aufrecht, schuf das Justizministerium und einen unabhängigen, abgestuften Richterstand, erwirkte die Unabhängigkeit der ganzen Rechtsprechung von Reichsgerichten und Juristenfakultäten und sorgte, daß jedem sein Recht wurde; so hob und stärkte er das Selbstbewußtsein und Rechtsgefühl der Bürger. Die Folter hatte er schon 1740 abgeschafft.

D. Sorge für das Heer.

Beinahe ¾ der Staatseinkünfte wurden für dieses verwandt, er selbst war unablässig thätig, aber er unterschätzte die geistigen und sittlichen Faktoren: Mehrzahl Ausländer, die Inländer sollten sich der Friedensarbeit widmen können; die Geworbenen trieben nebenher ihre bürgerlichen Hantierungen, ohne Patriotismus, ohne militärische Begeisterung, wurden alt und steif (1779!). Errichtet die Militärakademie und Ingenieurschule.

II. Sorge für das geistige Wohl.

1. Volksbildung: Schulen und Lehrerseminare errichtet (v. Zedlitz), für höhere Schulen konnte aus Geldmangel wenig geschehen; die Jesuiten schätzte er als Jugendlehrer.

2. Religion: „jeder kann nach seiner Façon selig werden“, schärft aber ein: „die Schulmeister müssen sich Mühe geben, daß die Leute Attachement zur Religion behalten“; „schafft mir mehr Religion ins Land!“

3. Kunst und Wissenschaft. Bauten: Opernhaus, Sanssouci, Neues Palais, Invalidenhaus; Denkmäler: Keith, Winterfeld, Seydlitz 2c.

4. Hebung des nationalen und monarchischen Bewußtseins: Roßbach und anderes gaben der Litteratur neue Impulse, deren freie Entwicklung nicht gefährdet wurde (vgl. Ludwig XIV.); bayrischer Erbfolgekrieg und Fürstenbund verhinderte die definitive Zerschneidung Deutschlands in österreichisches und preußisches Oberherrschaftsgebiet; seine Auffassung und Bethätigung der königlichen Pflichten: „Der Fürst hat keinen näheren Verwandten als seinen Staat, dessen Interessen immer den Banden des Bluts voranstehen müssen"; sein Beispiel wirkte mächtig; ferner: „Ein König ist der geborene Anwalt der Armen und Bedrängten"; soziales Königtum.

5. Friedrichs Charakter und Persönlichkeit.

Geizig war er mit seiner Zeit; nur wenige Stunden Schlaf, liebte gute Tafel, besonders Abendtafel, noch mehr aber geistreiche Unterhaltung, er war der beste und freundlichste Wirt; alle Geschäfte sofort erledigt, nur Todesurteile blieben mindestens 2 Tage liegen; reiste viel, fast immer zu Inspektionen; hatte außerordentliche Sach- und Personenkenntnis. Mit den nächsten Verwandten unterhielt er keinen regeren Verkehr, seine Nächsten sind: Jordan, v. Bielefeld, Algarotti, Marquis d'Argens, Maupertuis, Voltaire; von Offizieren standen ihm besonders nah: Winterfeld, der „Herzensmensch", die Brüder Keith (Schotten), Ziethen, Pfuel, Schmettau und andere.

Klassisch sind seine Randbemerkungen (Beispiele).

Er lebte höchst einfach und sparsam; nur 190,000 Thaler brauchte er für seinen Hofhalt, seine Brüder erhielten je 12,000 Thaler, die Prinzessinnen je 3000 Thaler.

Höchst volkstümlich war er als „alter Fritz". Verschied 17. 8. 1786 früh 2 Uhr. —

Eine geradezu unerschöpfliche Fundgrube für die sozialpolitische Propädeutik ist die französische Revolution (im deutschen Unterricht wird z. B. hier herangezogen die „stille Gemeinde" von Eichendorf, zu vergleichen auch die von Chamisso).

Ich habe — vielfach im Anschluß an Taine — den bezüglichen Abschnitt in der Oberprima folgendermaßen behandelt.[1])

---

1) Für die biographische Seite des Unterrichts vergl. Landwehr, Charaktere aus der neueren Geschichte, 1891.

Zur Geschichte der französischen Revolution.

1. Im Anschluß an Herbst wird nach der Mißregierung Ludwig des XV., dem Sinken der äußeren Macht Frankreichs die Desorganisation des Heeres kurz dargestellt. 2. Der Rückgrat des Heeres, das Offizierkorps war nicht stark, weil es aus Ständischen und Königlichen bestand. Die Gemeinen wurden erbärmlich gehalten und schmählich behandelt. Überdies war durch das amerikanische Expeditionskorps der amerikanische Freiheitsgeist in das Heer gedrungen. 3. Das Königtum war seit Ludwig XIV. ein egoistisches und willkürlich-absolutistisches; der Adel, zum Teil materiell ruiniert, ruiniert nun den Staat und das Königtum, welches zum Mittelpunkt aller Mißbräuche wird. Während Frankreich als das Eigentum des Königs galt, schien dieser und der Hof keine andere Aufgabe zu haben, als die Macht Frankreichs zu repräsentieren und in den Nichtigkeiten des Hoflebens aufzugehen. Die sogenannte gute Gesellschaft führte ein dementsprechendes Leben. Im Salonleben ging auch sie auf, das öffentliche Leben war erstorben, wie jenes vertrocknet war; wie die Staatsgeschäfte vernachlässigt und die Staatsgelder verschleudert wurden, so geschah es auch in beiden Beziehungen im Privat- und Gesellschaftsleben. Mittelpunkt des Lebens waren die Salondamen und der galante Dienst. Die Kinder, die erst den Dienstboten überlassen waren, wurden dann für den Salon gedrillt. In diesem allgemeinen Müssiggang suchte man Zeitvertreib in Bällen, Gastereien und Festen aller Art. Je fader dieses allmählich wurde, und je weiter sich dieses Leben und die Salonexemplare von dem wirklichen Leben und dem natürlichen Menschen entfernten, eine desto größere Öde empfand man, und seit der Mitte des Jahrhunderts tritt diese Empfindung immer deutlicher als Sehnsucht nach der Natur ein, und diese verdichtete sich allmählich zur Sentimentalität, die den Willen schwächt und den Verstand umnebelt. Die mittlerweile aufgekommene reiche bürgerliche Gesellschaft galt nicht für voll, und ihre geistigen Führer, die Männer von der langen Robe, die Rechtsgelehrten, empfanden dieses Niederhalten um so mehr, als sie in den Parlamenten genug Anhalt auch zu politischer Opposition und in der verlodderten Rechtspflege — lettres de cachet — genug Grund zu sittlicher und rechtlicher Entrüstung fanden. Dieser Teil des höheren Bürgerstandes war es denn auch, bei dem die mittlerweile erstarkte litterarische Opposition zuerst

Schule machte. 4. Diese war zuerst, angeregt durch englische Philosophen, wie Bolingbroke, Shaftesbury, Bayle, Locke u. a., insbesondere von Voltaire, der mehr oder weniger alles Bestehende angriff, sodann in verstärkter Weise von den Encyklopädisten Diderot, d'Alembert u. a., sowie den Materialisten und dann von Philosophen wie Rousseau vertreten und geleitet worden. Alle jene früheren, wesentlich beeinflußt durch die neue, vermeintliche naturwissenschaftliche Erkenntnis (der Mensch ist Tier mit „Vernunftprinzip"; Klima, Bodenbeschaffenheit, Lebensweise ꝛc. bilden ihn wie die Gesellschaft; die Einrichtungen des Staats, der Kirche, der Gesellschaft, Religion, Recht, Pflicht ꝛc. sind alle nur sehr relative Begriffe und liegen augenblicklich ganz im Argen ꝛc.) bringen diese vermeintliche Wissenschaft in die von den Salons geforderte „klassische" Form. Diese Salonsprache war ebenso arm und vertrocknet wie die Gesellschaft, der sie diente. Unwahrheiten wurden ohne Beanstandung hingenommen, erst nicht beachtet, dann nicht mehr erkannt. Der geringste Verstoß aber gegen die Salonform galt als Verbrechen. Durch diese Form wurde der an sich schon zweifelhafte Inhalt noch weiter verschlechtert, indem er verplattet, schablonisiert und in die engste Form gepreßt wurde; so entstand jene Doktrin von der Vernunft und deren Zeitalter, die als die neue Offenbarung gelehrt, mit Dogmen ausgestattet und mit einem Fanatismus ohne Gleichen aufgedrängt wurde. Während Montesquieu die Segnungen der vermeintlichen Staatsverfassung Englands seinem Vaterlande predigte, schuf Rousseau ein System, dessen fanatischste Anhänger und blutigste Exekutoren die Jakobiner wurden. Indem Rousseau lehrte, daß die Menschen von Natur gleich und gut seien, motivierte er die dem widersprechenden thatsächlichen Verhältnisse mit der Anklage gegen die Gesellschaft, daß diese verdorben sei und die Menschen verderbe. Die Gesellschaft sei aber auch schon um deswillen verdorben, weil sie sich auf Grund des Privateigentums gebildet habe — den Rentner nennt Rousseau einen Räuber, der auf Kosten der Vorübergehenden lebe —. Da nun alle Menschen gleich seien, sie aber ohne Regierung und Staat nicht zusammen leben könnten, habe sich die Gesellschaft zu einem Gegenseitigkeits-Vertrag geeinigt, durch welchen sie zeitweise einem oder mehreren die Herrschaft übertrug. Da der Staat also auf einem allzeit kündbaren Gesellschaftsvertrag beruht, ist weder von einer göttlichen Ordnung noch von einer anderen Autorität und Souveränität in ihm die Rede, als von

der des Volks. Dafür, daß diese gewahrt bleibe, hat die demokratische Verfassung und die Wachsamkeit der Volksvertreter zu sorgen. Während nun die Völker bezw. die Menschheit nur noch als eine Summe von Individuen gelten, die Gesellschaft d. h. also das System sozialer Gruppen oder Gemeinschaften, damit zerschlagen war, blieb die Gleichmacherei mit Gewalt durchzuführen, damit die „Vernunft" zur Herrschaft gelange. Die Träger dieser Thätigkeit konnten natürlich nur die sein, welche im Besitz jener alleinseligmachenden Lehre sich befanden. (Jakobiner.)

Nachdem sodann der Notstand des Volkes und die Verschuldung des Staats nach Herbst dargestellt ist, wird die Geschichte der Revolution selbst nach demselben Lehrbuch begonnen, das Schwanken und das jedesmal zu spät erfolgte Nachgeben der Regierung, besonders die Thätigkeit und Persönlichkeit Mirabeaus behandelt und dann gezeigt, wie bei der ersten Verfassung von 1790/91 jene Lehren schon ihre unheilvollen Früchte getragen haben; z. B. in dem suspensiven Veto des Königs, dem Einkammersystem (verglichen mit einem Fahrzeug ohne Hemmvorrichtung), der unsinnigen Bestimmung, daß kein Minister Mitglied der Kammer sein durfte 2c.; dies geschah trotz der besseren Einsicht der Mehrheit. Um dies zu begreifen, muß man sich erinnern, daß die oberen Stände in ihrem sentimentalen Optimismus stecken geblieben waren wie die mittleren Schichten der Bevölkerung jenen revolutionären Geist der litterarischen Opposition in sich aufgenommen hatten und voll Neid und Erbitterung gegen die privilegierten Stände waren, von denen sie sich noch immer niedergehalten sahen; die untersten Schichten, von Teuerung, Mißernten und zuletzt Hungersnot bedroh und verwirrt, schwankten zwischen Groll und Haß auf dem Boden des Argwohns und der Unzufriedenheit und hörten mit wilder Begierde von der neuen Gleichheitslehre, die ihnen die Ferkelstecher und Dorfadvokaten vortrugen: Also gut waren sie; wer sie schlecht gemacht hatte, das waren ihre verhaßten Peiniger; gleich waren sie; und wer sie in den Fesseln der Ungleichheit und Not hielt, das waren dieselben. Daher kam all ihr Elend und die Gefahr, demnächst nicht einmal mehr des beinahe ungenießbaren Brots auch für die höchsten Preise sicher zu sein; es sollte und mußte anders, besser werden. Und wenn möglich gleich, und wenn nötig durch eigene Kraft: Gesindel rottete sich zusammen, Brotläden wurden gestürmt, Petitionen gingen an die Behörden, Vagabunden und Spitzbuben, Räuber und Aufwiegler

setzten ihr Werk fort. Die Behörden blieben unthätig und schwach, jene wurden immer stärker, vorlauter, selbstbewußter — bewaffnete Banden, Pikenmänner, sahen nach dem Rechten. Unter solchen Umständen wurden die Wahlen zu den Ständen vorgenommen: der Terrorismus der Theorie und Piken hat schon bei ihnen seinen Anfang genommen. Dieser Terrorismus hatte in Paris seinen Mittelpunkt im Palais Royal: Advokaten und Ferkelstecher, verdorbene Litteraten, liederliche Dirnen und verführte Soldaten waren der Generalstab der Revolution, deren erster Akt die Besetzung der Bastille 14. Juli 1789 war, die von einem ehr- und pflichtvergessenen Befehlshaber einem Pöbelhaufen ohne Schwertstreich ausgeliefert wurde. Um den König und die Nationalversammlung ganz in seine Gewalt zu bekommen, rüstete der revolutionäre Generalstab den Zug des Volks nach Versailles aus, welches seine Aufgabe um so freudiger ausführte, als es von der Versicherung getrieben war, nunmehr in Paris vor dem Gespenst des Hungers sicher zu sein. In die Provinzen hatten sich alle diese Impulse als Steuerverweigerung, Niederbrennung der Schlösser, Vernichtung der Besitzurkunden, Verwüstung der Wälder ꝛc. ergossen. Die Konstituante, welche vor allem die Aufgabe gehabt hätte, die Kontrolle über die öffentlichen Gelder zu handhaben, wurde durch die Furcht vor den Pikenmännern immer tiefer in die Irrgänge der Rousseauschen Lehren getrieben. Die königliche Gewalt war zwar nur noch ein Schatten, aber ein verdächtiger Schatten, die Verwaltung war durchschnitten, denn schon damals war Frankreich nichts als ein Bund von 40 000 selbständigen Gemeinden, in denen die mit Wahlen immer mehr überbürdeten Bürger die politische Arbeit immer mehr einigen Fanatikern und Raufbolden überließen: die Anarchie ist eine gesetzliche Einrichtung, die Verwirrung in Permanenz; die Leidenschaften, Furcht und Hunger, herrschen; die Aufstände in Stadt und Land, Verwüstungen, Mord, Brandstiftung, Vertreibung und Niedermetzelung zumal von Adel und Klerus wurden fortgesetzt. Aus dieser Zeit nur ein Gräuelbild unter den vielen Tausenden: Avignon und Umgegend. Im Jahre 1791 hatte sich dort eine Bande von 5—6000 Verworfenen unter der Anführung Jourdans, des „Kopfabschneiders", gebildet: sie raubten, mordeten, plünderten und schändeten gewerbsmäßig. Eine gelähmte Greisin von 80 Jahren wird aus nächster Nähe niedergeschossen und in ihrem Blute schwimmend dem Verbrennen bei lebendigem Leibe preisgegeben. Ein 5jähriges Kind wurde ent-

zwei gehauen, seine Mutter enthauptet, seine Schwester verstümmelt. Dem Pfarrer schneiden sie die Ohren ab und stecken sie ihm als Kokarden an die Stirn, dann töten sie ihn zugleich mit einem Schwein, reißen ihm und dem Schwein das Herz aus und tanzen darauf herum; ein 10jähriges Mädchen wird zu Tode geschändet. Namentlich bei der Umlagerung von Carpentras feiern die mutwillige Grausamkeit, Anwandelungen von Menschenfresserei und verderbte, überreizte Sinnlichkeit die furchtbarsten Orgien. In Avignon selbst haben die Jakobiner mit 350 Meuchelmördern ihre Herrschaft errichtet auf eine ebenso blutige wie unbeschreiblich cynische Weise (Taine [übersetzt von Katscher] II., 2, S. 162 ff.) Taine faßt dieses Ergebnis (II, 1, S. 415 ff.) so zusammen: „Wir sehen also, daß vom Frühling des Jahres 1792 ab jeder Bürger — er betrage sich noch so gesetzmäßig, er sei noch so treuherzig, seine Person sei noch so unbewaffnet und harmlos, er sei Edelmann, Bürger oder Bauer, ein alter Priester oder ein altes Weib — sobald er des Übelwollens oder auch nur der Gleichgültigkeit gegen die herrschende Partei verdächtig ist, sobald er — und sei es auch nur durch Gewissensmeinung — die vage Möglichkeit eines Mißtrauens oder Argwohns hervorruft, die Feindseligkeit des Volks zu fühlen bekommt, der Beraubung, der Verbannung und noch Ärgerem ausgesetzt ist. Und diese Zustände sind zu einer Zeit vorhanden, da die Gefahr für die Allgemeinheit noch nicht sehr groß oder sichtbar ist, denn noch lebt Frankreich mit Europa in friedlichen Beziehungen, und noch besteht die Zentralregierung wenigstens formell in bisheriger Weise fort." Als aber Frankreich in Krieg kam und während des ganzen Sommers in höchster Gefahr schwebte, da war es mit dem Halt der ganzen Bevölkerung zu Ende: Mißtrauen und Furcht steigerten sich bis zum Wahnsinn und Verbrechen. So befand sich Frankreich in einem Zustand, den Taine so beschreibt: „Vom Fasten unter der Monarchie erschöpft, berauscht es sich an dem schlechten Schnaps des „Gesellschaftsvertrags" und an vielen anderen verfälschten, erhitzenden Getränken, bis es plötzlich von Gehirnlähmung befallen wird; alsbald geraten alle Organe in Zwietracht mit einander, sie verlieren ihren Zusammenhang und zerren einander hin und her, sodaß Frankreich an allen Gliedern zittert. Nunmehr ist die Zeit des lustigen Fieberwahnsinns vorbei und die des düsteren tritt ein. Und von jetzt ab ist es im Stande, alles zu wagen, alles zu erdulden und alles zu thun." So steigert sich der Paroxismus in den Provinzen;

in der Hauptstadt zeigt der Schreckenstag vom 10. August, daß alles aus den Fugen gegangen ist, und die von Danton veranstalteten Septembermorde beweisen, was aus jenem Armen wurde, als sich die Jakobiner seiner bemächtigt hatten. Nur wenige Bilder wollen wir uns vor Augen stellen. Eine der bekanntesten Freiheitsheldinnen, die am 20. Juni 1792 einen revolutionären Haufen befehligt hatte, wurde dann als Girondistin in den Tuilerien völlig entkleidet und öffentlich ausgepeitscht bis sie wahnsinnig wurde. Die Septembermorde in den Pariser Gefängnissen zeigen eine Mischung von Blutgier, Trunkenheit und viehischen Ausschweifungen, die jedes Vergleichs spotten. Da die Mordbanden sahen, daß nur die Vordersten ihre Gier mit Mord befriedigen konnten, so schwuren sie einen furchtbaren Eid, daß wer den betreffenden sogleich töten würde, den Kopf verlieren sollte. So entkleideten sie erst den gefangenen Herrn von Rulhières, schlugen ihn eine halbe Stunde mit flachen Klingen und zuletzt reißen sie ihm das Fleisch vom Leibe. Bei der Fürstin Lamballe hatten sie diese Vorsicht nicht gebraucht., so blieb ihnen nur übrig die Leiche zu schänden, dann sie in Stücke zu schneiden und diese zu schänden; entsetzlicher Massenschändung bis zum Tode erlag dagegen eine Blumenhändlerin aus dem Palais Royal. Einzelnen Getöteten rissen sie das Herz aus und bissen hinein. „Sie töten und trinken, erzählt Taine (II, 2, S. 289), dann töten sie wieder und trinken wieder. Ein Wagnergeselle hat allein 17 Personen erschlagen; ein anderer rühmt sich: Seit zwei Stunden schlage ich rechts und links Gliedmaßen ab, und ich bin ermüdeter als ein Maurer, der zwei Tage lang Mörtel angeworfen hat. Ihr erster Zorn ist verrauscht, und sie hauen nur noch automatisch drein. Einige von ihnen schlummern, auf Bänke hingestreckt., Andere schlafen ihren Rausch gruppenweise in einem Winkel aus. Das Blut dampft so stark, daß der Vorsitzende des Bürgerausschusses auf seinem Sitz ohnmächtig wird, und die Wirtshausausdünstungen vermengen sich mit denen der Fleischkammer.“ Dabei singen und tanzen die noch bei Kraft sind und die Zuschauer — es sind Bänke „für die Herren“ und solche „für die Damen“ aufgestellt, und damit sie den Anblick der Ermordeten besser genießen können, sind Lampen auf jede Leiche gesetzt. — Als hier die Blutarbeit geschehen war, wollten die Mörder weitere Arbeit haben, und nun ging es an die Zuchthäusler und Galeerensträflinge, an die alten Bettler, die gebrandmarkten Weiber und Vagabunden, zuletzt an die

Kinder des ärmsten Volks, die — 12—17 Jahre alt — nach Bicêtre in Verwahrung gegeben werden; so wurden hier 43 Kinder mit Knütteln totgeschlagen, sodaß der Kerkermeister hernach aussagte: „Dort unten in der Ecke hatte man die Leichen der Kinder zu einem Berge aufgetürmt. Als man Tags darauf an ihre Einscharrung ging, boten sie einen herzzerreißenden Anblick dar. Das eine glich einem Engel des guten Gottes und sah aus als schliefe es; die anderen jedoch waren fürchterlich verstümmelt.“ Und die Anstifter, Leiter und Mitschuldigen solcher Thaten wurden in den Konvent gewählt, allen voran Danton, der „Justizminister“.

Nachdem infolge der Hinrichtung des Königs die Jakobiner völlig Herren des Staats geworden waren, konnten sie ihr Volksbeglückungssystem durch Guillotine, Mord und Theorie in vollem Umfang aufnehmen bezw. fortsetzen. Diese Zeit heißt die Schreckenszeit, der leitende Ausschuß der Wohlfahrtsausschuß. Ihre Mordphilosophie drückt Taine (II, 2, S. 4 f.) so aus: „Ihr habt uns aus der Gesellschaft ausgestoßen, weil ihr im Beratungssaal stärker waret als wir; dafür stoßen wir euch aus der Reihe der Lebendigen, denn auf der Straße sind wir stärker als ihr. Ihr habt uns bürgerlich getötet, wir töten euch physisch.“ Und es hat wohl nie eine Partei gegeben, welche sich so zu allem und jedem legitimiert glaubte, als sie: Indem sie sich zum Vertreter und Verteidiger der sogenannten Menschenrechte proklamierte, berauschte sie sich in den Phrasen von der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, sah in sich den erhabenen Vertreter der Vernunft und hielt alle Gegner für Tyrannen und Bösewichter, deren Ausrottung ihr eine Notwendigkeit schien. Sie war allein tugendhaft und vernünftig und konstruierte sich eine Welt, die mit der Wirklichkeit nichts mehr gemein hatte. „Der Jakobiner“, sagt Taine, „ist ein Narr, der Logik hat, und ein Ungeheuer, das Gewissen zu haben glaubt.“ Der Jakobiner gewöhnlichen Schlags war wie ein Besessener. „Nichts kann gefährlicher sein“, meint Taine, „als eine allgemeine Idee in einem kleinen, leeren Gehirn. Die Idee begegnet in einem solchen Gehirn infolge seiner Leere keinem Widerstand, keinen sich ihr hinderlich in den Weg stellenden Kenntnissen, während sie andrerseits infolge der Kleinheit des Gehirns nicht viel Zeit braucht, um es vollkommen auszufüllen. Der Inhaber eines solchen Gehirns ist in Wahrheit ein besessener Mensch. Etwas das nicht zu ihm gehört, ein ungeheuerlicher Parasit, ein fremdartiger Gedanke lebt

in seinem Kopfe, entwickelt sich daselbst und weckt die bösen Begierden, die in ihm latent sind.“ Die litterarische Opposition und die sich ihr anschließende Agitation hatte in wenig Jahren alles das in Frage gestellt, oder aus dem Bewußtsein dieser Menschen entfernt, was seither als Staat und Gesellschaft, Kirche und Religion, Recht und Gerechtigkeit, Tugend und Sittlichkeit kurz als Tradition gegolten hatte; dieser Entleerung folgte dann die Erfüllung mit jener fixen Idee, die unter allen Umständen in Wirklichkeit zu verwandeln als des Jakobiners heiligste Pflicht erschien. Hiernach muß jeder mit allem, was er hat und ist, in der Gesamtheit aufgehen. Der jakobinische Staat ist nicht nur Herr aller Güter, sondern auch aller Personen. Dieser äußeren Herrschaft muß aber auch die innere folgen, denn das Jakobinertum ist — wie die moderne Sozialdemokratie — Religion; der Staat muß auch der Zensor der Gedanken und der Leiter und Wegweiser der Gefühle sein; das Gewissen ist als abscheulicher Rest des sogenannten Christentums, die Ehre als solcher des Feudalismus mit Stumpf und Stil auszurotten; erst dann kann das höchste Ziel erreicht werden: Umgestaltung der menschlichen Natur nach dem jakobinischen Typus. Wohlstand und Bildung, die die Gleichheit der Menschen unablässig bedrohen, müssen immer wieder ausgerottet werden, damit das jakobinische Staats- und Gesellschaftsideal in Geltung bleiben kann.

Und wie haben die Jakobiner ihr Ideal seit ihrer Herrschaft zur Durchführung zu bringen gesucht: Gott, Gottesglaube, Sonntagsfeier wurden abgeschafft, die Vernunft auf den Thron gesetzt, die Guillotine und der Mord sind in Permanenz erklärt, die Provinzen, besonders einige große Städte werden durch Konvents-Kommissäre vermittelst Guillotine, Mord und Gewaltthat aller Art, Raub, Plünderung, Diebstahl, schamlose Schlemmerei und Sittenlosigkeit dem Jakobinertum unterworfen. In Bordeaux wird der Bürgermeister und 881 seiner Mitbürger ohne Prozeß hingerichtet, und die „egoistischen Reichen“ müssen 9 Millionen Strafgelder bezahlen. In Marseille muß, wie Danton sagte, „der kaufmännischen Aristokratie eine empfindliche Lektion erteilt“ werden: 12000 wurden geächtet und ihres ganzen Besitzes beraubt. Da die Guillotine zu langsam arbeitet, müssen Militärkommissionen die Sache in die Hand nehmen, Kirchen, Konzerthäuser und eine Anzahl von Privathäusern werden zerstört. In Lyon wird erst die feierliche Erklärung abgegeben, daß Niemandem

etwas geschehen würde, dann lassen die Konventskommissäre alle Kaufleute und Gewerbetreibenden ausrauben, in fünf Monaten 6000 Menschen hinrichten, während sie selbst die schändlichsten Orgien feiern.

Als der Kommissär Fréron nach Toulon gekommen war, gingen ihm 400 Marinearbeiter entgegen; er beschuldigte sie, während der englischen Okkupation gearbeitet zu haben und läßt sie auf der Stelle hinrichten; in drei Monaten läßt er 1800 guillotinieren, einen 92jährigen Greis läßt er im Lehnstuhl aufs Schaffot bringen; die Bevölkerungszahl sank bald von 18000 auf 6—7000; der größte Teil der Stadt wurde dem Erdboden gleichgemacht und der Rest erhielt einen andern Namen. Mit einem Teil von Lyon ging es ähnlich. Der Name Lyon wurde aus dem Städteverzeichnis gelöscht. In sechs Monaten gab die Republik 15 Millionen aus, „um Besitztümer im Werte von 3—400 Millionen zu vernichten, die ihrem eignen Ausspruch gemäß ihr eignes Eigentum sind." (Taine.) Auch anderwärts überbieten sie sich in blutiger Grausamkeit und viehischem Cynismus, unter dem namentlich das weibliche Geschlecht zu leiden hatte; einzelne fügten eine unerhörte Schlemmerei, Liederlichkeit und Dieberei hinzu; manche tanzten betrunken mit liederlichen Dirnen um die bluttriefende Guillotine. Einer erhebt sich während des Zwischenaktes im Theater, hält dem anwesenden Frauenpublikum eine Zotenansprache ohne Gleichen und zieht sich dann vollständig nackt aus. Andere fahren mit Komödianten, Dirnen und Henkern sechsspännig unter Musikbegleitung umher, halb wie Marktschreier, halb wie Tiger. Der ehemalige Schauspieler Collot d'Herbois gebärdet sich z. B. in Bordeaux wie ein Sultan, verlangt abgöttische Verehrung und treibt die Schlemmerei und Völlerei ins Große, während die Bauern in der Umgegend der Stadt von Wurzeln leben und die Bürger derselben Stadt kaum soviel schimmliges Brot für hohe Preise auftreiben können, um dem Hungertod zu entgehen. Besonders berüchtigt als Bluthunde, Wollüstlinge und Räuber sind unter diesen „Wandersatrapen" Tallien in Bordeaux und Carrier in Nantes; St. Just dagegen zeichnet sich besonders durch seine unerbittliche automatische Grausamkeit aus. Carrier hatte besonders Freude an der Hinrichtung von Pfarrern, Kindern und jungen Mädchen; eines Tags ließ er 24 Handwerker und Tagelöhner, darunter 2 vierzehn- und 2 dreizehnjährige Knaben hinrichten; er fährt in einer Kutsche zum Richtplatz, hat sehen können, daß der jüngste der Knaben so klein war, daß nur der Scheitel des

Kopfes unter das Fallbeil zu liegen kam, er hat hören können, wie der Junge den Henker fragte: wird es sehr wehe thun? Der Henker starb bald vor Abscheu, Carrier stellte einen neuen an und ließ ihn weiter arbeiten zur Begründung und Aufrechterhaltung der Freiheit (Taine II, 3 S. 268 ff.). Ohne jeden Vergleich die entsetzlichsten Orgien in diesem Hexensabbat hat er in Nantes aufgeführt mit seinen drei Banden: Der „Maratgesellschaft“, den „Amerikanischen Husaren“ und der „Germanischen Legion.“ Er hatte dort das Ertränken als Spezialität eingeführt, und da vorher alle zu Ertränkenden ausgezogen, die Frauen der Schändung preisgegeben waren, so drängten sich die Banden zur Arbeit. Die Marats haben allein 4—5000 ersäuft. Die „Husaren“, schwarzes und farbiges Hafengesindel, hatten die Aufgabe, die Weiber zu erschießen, je nach Belieben wurden sie vorher geschändet und dann leben gelassen oder doch erschossen; die „Germanische Legion“, aus deutschen Deserteuren und Söldnern bestehend, hatte die auf der Heerstraße angesammelten Vendeerinnen zu erschießen, was gewöhnlich in Abteilungen von je 25 geschah; es waren häufig Mädchen von 16—18 Jahren; sie wurden in Doppelreihen vor den Opfern des vorhergehenden Tags aufgestellt und niedergeschossen, wenn nötig wurde eine zweite Ladung gegeben, oder der Tod durch Kolbenstöße herbeigeführt; dann wurden die Leichen ausgeraubt, entkleidet und auf den Rücken gelegt.

Nachdem Robespierre schon am 2. Dezember 1792 im Konvent erklärt hatte: „Alles was zur Erhaltung des Lebens nötig ist, ist ein der ganzen Gesellschaft gemeinsamer Besitz“, und der Konvent Rousseaus Lehre: „daß die Früchte der Erde Allen, die Erde selbst aber Niemanden gehöre“ anerkannt hatte, war der Sozialismus ein jakobinisches Staatsdogma, und die Art der Durchführung entspricht ganz dem vorher beschriebenen Verfahren, z. B. erbrach der Abschaum von Paris im Februar 1793 auf Marats Rat 1200 Spezereiläden, und die Stadtbehörde genehmigte es stillschweigend; der Verschleuderung des Eigentums, auch des Grund und Bodens, der Verderbung und Plünderung desselben entsprach die allgemeine Not, die enorme Verschleuderung und Unterschlagung des öffenlichen Guts, der Staatseinnahmen &c. Da die Steuerrückstände natürlich immer größer wurden, so wurden Schatzanweisungen ausgegeben, Papiergeld und Assignaten. Die Summe der letzteren stieg zuletzt auf 47 Milliarden, die völlig wertlos waren, während die Franzosen mit über 22000 neuen Gesetzen beglückt

wurden, die meist schlimmer waren als wertlos. Der Zinsfuß war dagegen auf 84 bis 85% gestiegen; die Lebensmittelpreise waren schon Anfang 1793 zu einer unerschwinglichen Höhe gestiegen (1 Pfund Zucker kostete z. B. 4½ Frank). Die Bäckerläden wurden förmlich belagert und nicht selten gestürmt, bis viele Bäcker kein Brot mehr backten und viele Bauern kein Getreide mehr verkauften. Der Konvent beraubte unterdes die öffentlichen Wohlthätigkeits- rc. Anstalten und schärfte bei Todesstrafe einen Maximaltarif für Lebensmittel rc. ein. Die Hungersnot pochte immer furchtbarer an die Thüren. Im Mai 1794 schreibt ein Agent an die Regierung, er habe nur noch Queckenbrot zu essen, und die halbverhungerten Bauern müßten mit den abgezehrten Weibern und Kindern auf der Haide nach Wurzeln graben, sie seien zu schwach, um zu arbeiten und den Pflug zu führen; seit drei Monaten schlafe das Volk vor den Bäckerladen, um oft nichts oder fast ungenießbares Brot aus Hafer- und Bohnenmehl zu unerschwinglichen Preisen zu erhalten; in anderen Bezirken nährt man sich von Eicheln und Kleie, noch in andern stirbt man; Schlächtereien und Märkte sind meist verödet; es komme sogar bei reichen Familien vor, daß sie 6—8 Tage kein Brot bekommen konnten. Und so ging es während der ganzen Schreckenszeit (Juni 1793—Juli 1794). Die Kommissäre beklagen sich auch hier wieder über die cynische Unsittlichkeit der Dirnen und Weiber, die sich zum Teil Matrazen mitbringen und während das Volk auf Brot wartet ihrer Schamlosigkeit freien Lauf lassen in einer hier nicht darstellbaren Weise (Taine II, 3 S. 457f.). Nachdem der tyrannische Sozialismus am 28. Juli 1794 gefallen war, und die Menschen wieder anfangen konnten aufzuatmen und zu arbeiten, begann hier und da langsam die Besserung, besonders nach Abschaffung des Maximaltarifs; aber die ungeheure Vermehrung der Assignaten führte Preise herbei, die enorm scheinen und nicht viel bedeuten bei einem Papiergeld, das 1795 nur noch 3% wert war; vor der Ernte dieses Jahres war die Hungersnot wieder allgemein; unreife Gemüse und anderes wurde auf den Äckern verschlungen, ganze Gemeinden nährten sich von Beeren des Waldes. Viele, namentlich Frauen und Kinder, besonders Säuglinge, starben Hungers; Männer bemächtigten sich in Aufständen mit Gewalt alles Eßbaren u. s. w. u. s. w. Alles was eine despotische Regierung mit Anwendung von Gewalt hatte thun können, um durch diese den Hunger zu beschwören, geschah, namentlich auch für die Hauptstadt, umsonst; die Zustände wurden immer

unerträglicher, und im Winter 1794/95 steigerten sich in Paris die Holzpreise so, daß eine Klafter Holz 400 Frank kostete, und nun beginnt das Gedränge und Queuemachen um ein paar Holzscheiter, wie um das Brot; für dieses wird die Ration auf $^1/_4$ Pfund täglich gesetzt und ebenso viel Fleisch für 5—10 Tage; nicht selten aber giebt es gar nichts, die Wohlhabenden leben von Kartoffeln, von denen 1795 der Scheffel 180 Frank kostete. Wahnsinn, Selbstmord, Hungertod steigern sich, die öffentlichen Arbeiten können nicht mehr ausgeführt, die Wachen nicht mehr gestellt werden; die Spitäler sind überfüllt; ein Zeitungsberichterstatter sah, wie in 10 Minuten in einer Straße sieben Menschen vor Hunger umfielen, wie ein Säugling an der Mutterbrust starb, weil seine Nahrungsquelle versiegt war, und wie ein Weib mit einem Hund um einen Knochen kämpfte; und immer noch steigerte sich die Not, denn 1796 lauten die Berichte noch trauriger und verzweifelter: die Lebensmittel sind noch teurer, denn die Assignaten sind nahezu wertlos, für ein ganzes Beamtengehalt war jetzt kaum $^1/_2$ Pfund Brot zu bekommen. Das Militär ist zügellos ausschweifend; „die Handlungshäuser sind Räuberhöhlen, die Gauner Kaufleute und die Kaufleute Gauner geworden". Und während der Zeit essen und trinken die regierenden Volksbeglücker nach Herzenslust, es fehlen weder Pasteten noch Champagner. Das war die Art und Weise, das waren die Mittel und Ergebnisse eines Sozialismus, dem weder Folgerichtigkeit noch Thatkraft abgesprochen werden kann.[1])

Vergessen darf nun in jener Zeit der Ausgang Polens nicht werden, denn er ist ganz besonders lehrreich. Für Napoleon I. ist ganz besonders Lanfrey und der neueste Band von Taine zu benutzen, damit der noch immer weit verbreiteten legendaren Darstellung Thiers' die dringend nötige Einschränkung gegeben werden kann.

---

1) Aufgabe: Das Jakobinertum in der Revolution.

1. Lehre:

a) bezüglich der Menschen: gleich und gut.

b) bezüglich der Gesellschaft: sie hat den Menschen schlecht gemacht (Privateigentum).

c) bezüglich des Staats: beruht auf Gesellschaftsvertrag.

d) bezüglich der Verfassung: König Schatten (suspens. Veto), Einkammersystem; kein Minister im Parlament.

2. Die Ausführung:

a) Zerstörung der Tradition, Entleerung des Gehirns;

Wenn der Unterricht sich dann dem Sturz und der Wiedergeburt Preußens zuwendet, dann betritt er den Boden, auf dem wir heute stehen, und da ist es nicht allein gethan mit dem Pathos der Darstellung; zumal die der Wiedergeburt — in dem Hilfsbuch von Herbst wieder ganz unzureichend — bedarf besonders der Schlichtheit und klaren Ruhe, sonst wird Verwirrung angerichtet. Sehr praktische Hilfsmittel sind Götte, „Das Zeitalter der deutschen Erhebung" (1891), sowie die bekannten Werke von Treitschke und Seeley. Insbesondere muß der Geschichtslehrer sich von dem hergebrachten Mischmasch der sogenannten Stein-Hardenbergschen Reformen hüten, die man in dieser Weise nie so hätte zusammenkoppeln sollen, da sie ganz disparate Dinge enthalten.[1]) Die von Stein bekämpfte Gleichstellung des Grundkapitals mit dem Geldkapital kann in wenigen Sätzen dem Schüler als verderblich für die Landwirtschaft, die ebenfalls von ihm bekämpfte uneingeschränkte Gewerbefreiheit — die nur tabula rasa machte und nichts an die Stelle setzte — als verderblich für das Kleingewerbe verständlich gemacht werden. (Reiches Material bietet hierfür Schmoller, „zur Geschichte der Kleingewerbe im 19. Jahrhundert," 1870.)

Die Geschichte Deutschlands in der Zeit des Bundes bietet die reichste Gelegenheit, auf alle Gebiete des deutschen Staatslebens einzuführen, wie ich in meiner aktenmäßigen Darstellung der Bundestagsgeschichte in acht Büchern mit überreichem Material dargelegt habe. (Nation und Bundestag, 1880.)

Die Begründung des Norddeutschen Bundes und des Reichs, sowie die Darstellung der Reichsverfassung, die Geschichte der umfassen-

---

b) Erfüllung des Gehirns mit obiger Lehre (Presse und Agitation), jakobinischer Typus;
c) Terrorismus über das Volk durch Theorie und Hunger, besonders bei den Wahlen;
d) Terrorismus über das Parlament durch Theorie und Furcht beziehungsweise Piken;
e) die sozialistische Gewaltherrschaft: Guillotine, Kommissäre, Massenmord rc.;
f) Ergebnisse: Hungersnot, völlige Verarmung und allgemeine Verschuldung. Bankerott in jeder Beziehung.

Diese Aufgabe ist zum Beispiel als Klassenaufsatz von der I, 1 durchaus befriedigend behandelt worden.

1) Auch hierfür thut außer Götte sehr gute Dienste das viel zu wenig bekannte, knapp und klar geschriebene Buch von Eisenhart, „Geschichte der Nationalökonomik", 2. Aufl. 1891.

den Gesetzgebung des Reichs auf fast allen Gebieten des öffentlichen Lebens, in dessen Mittelpunkt das unvergeßliche Bild unseres heimgegangenen ersten Hohenzollerschen Heldenkaisers steht, bietet unerschöpflichen wie unersetzlichen Stoff für diese Propädeutik. Dem Einwand, daß weder Zeit noch Verständnis ausreichend in der Schule vorhanden seien, kann ich dadurch begegnen, daß ich seither — ohne Beschränkung des vorgeschriebenen Lehrstoffs —, die Erzählung beziehungsweise Besprechung der deutschen Geschichte bis zur unmittelbarsten Gegenwart zuletzt bis zur Verabschiedung des Altersversorgungs- und Invalidengesetzes, fortgeführt[1]) und im Abiturientenexamen geprüft habe. Wie ich dies angegriffen habe, mögen die folgenden Entwürfe zeigen, die ich dem bezüglichen Unterricht zu Grunde gelegt habe.

Deutsches öffentliches Leben von 1815—1848.

Das deutsche öffentliche Leben ist in dieser Periode deutscher Geschichte in vielen und wesentlichen Beziehungen durch die Ideen beherrscht, welche während der französischen Revolution stark hervorgetreten und zum Teil zur Geltung und Anwendung gekommen sind.

Diese Ideen sind vorwiegend die Rousseaus.

Rousseaus Ansichten über den Menschen gehen von der Annahme aus, daß dieser von Natur gut, und daß alle Menschen einander gleich seien; er lehrt also das Gegenteil von allem was die Erfahrung lehrt, nämlich daß der Mensch von Natur nicht gut, sondern lediglich selbstisch ist, wie der Umgang mit allen Kindern beweist; sowie daß jeder Mensch eine individuell ausgeprägte Anlage mitbringt, welche zu erkennen und auszugestalten Sache der Erziehung ist.

Nach Rousseau ist die Gesellschaft die Bewahrerin und Verbreiterin aller Übel, sie ist es, welche demnach auch die Verantwortung für alle Vergehen, Verbrechen 2c. trifft. Die Grundlage dieser Übel ist das Privateigentum.

Die Staatsgemeinschaft beruht auf dem sogenannten „Gesellschaftsvertrag“, d. h. dem Übereinkommen der unter sich ganz Gleichen, welche sich über eine oberste Gewalt verständigen; dieser Gewalt kommt

---

1) Wie eine Verf. des Prov.-Schulkoll. v. 7. Mai 1889 für die Provinz Hessen-Nassau festgesetzt hat.

Autorität nur insofern zu, als sie ihr durch den Gesellschaftsvertrag zugestanden ist, mit dessen Kündigung hört auch sie auf; d. h. es giebt also keine Autorität; die Folgerungen für die Familie hat er noch nicht gezogen, wohl aber Owen. Die englische Verfassung geht wie die der übrigen Kulturstaaten davon aus, daß die Staatsgemeinschaft wie die Familie auf göttlicher Anordnung beruhe (Röm. 13), daß also die oberste Gewalt in beiden göttlichen Ursprungs ist; daraus folgt für den Familienvater und für die Regierung die Verantwortung in ihrem Gewissen vor Gott und Menschen.

Der Rousseauschen Gesamtauffassung entspricht demgemäß auch die Verfassung, welche die Constituante gab: Einkammersystem, suspensives Veto, Minister dürfen nicht Abgeordnete sein 2c.

Rousseau lehrte ferner, daß die Übel der Gesellschaft wesentlich auf dem Privateigentum beruhten (Rentner = Räuber), dieses sei deshalb abzuschaffen. In der Durchführung dieses letzten Weges haben sich die Jakobiner — die Inkarnation des Rousseauismus — inkonsequent erwiesen, da sie meist dem dritten Stand, also den besitzenden Klassen angehörten; nur Robespierre hing auch dieser Lehre an; die Guillotine erreichte ihn aber vor ihrer Durchführung.

Nachdem durch die Encyklopädisten, beziehungsweise Materialisten und Atheisten die Tradition: Königtum, Aristokratie, Staat, Kirche, Gott, Gewissen und Ehre untergraben beziehungsweise beseitigt war, konnte durch Presse, Reden, Litteratur und Wissenschaft die Rousseausche Theorie an deren Stelle gesetzt, dann auf die von dieser Theorie besessenen Massen bei den Wahlen und dann über die regierenden Körperschaften (Constituante, Legislative und Convent) der terroristische Druck ausgeübt werden.

Alles dieses ist für die Entwicklung des öffentlichen Lebens in den europäischen Kulturstaaten hernach vorbildlich geworden, zumal in Deutschland, wo die Neigung zum Ausländischen immer groß war, und die Gründung des Staatenbundes die nationalen Wünsche so völlig unerfüllt ließ.

In dem Abschnitte von 1815—48 sind es nun wesentlich vier Fragen, welche das deutsche öffentliche Leben erfüllen; nämlich die nationale, die Verfassungs-, die wirtschaftliche und soziale Frage.

1) Die nationale Frage.

Durch die Gründung des Bundes war das deutsche Volk herb enttäuscht worden in seinen nationalen Wünschen und Hoffnungen;

diese Enttäuschung trat in der Jugend als Erbitterung hervor und veranlaßte diese zu öffentlichen Thorheiten — Wartburgfest — und endlich zum Meuchelmord — Kotzebue; der Bund, von Metternich geleitet, antwortete mit Verfolgungen und Polizeimaßregeln (Karlsbader Beschlüsse, Schlußakte 2c.), die Unterdrückung jeder nationalen Gesinnungsäußerung gelang; nicht wenig denkende Köpfe und strebsame Geister wurden in den zwanziger Jahren von Männern wie Hegel und Schleiermacher angezogen, andere gingen in den Verfassungskämpfen der süddeutschen Kammer auf, andre wandten sich der Romantik zu, die damals anfing die Musik zu beherrschen (Weber, Marschner, Spohr) und durch die Metternichsche Politik auch in die Wissenschaft zumal in die Staatswissenschaft — Fr. Schlegel, Albrecht v. Haller — eingeführt wurde. Diese sentimental-romantische Stimmung zeigte sich im öffentlichen Leben als Unklarheit und Passivität.

Durch die Julirevolution erhielt in den dreißiger Jahren auch das öffentliche Leben in Deutschland einen neuen Anstoß, aber auch durch deren Folgen, namentlich in Polen und Italien, das gefährliche Element des politischen Verschwörertums und Utopismus. Unter Mazzinis Leitung wollte der fanatischere Teil der phantastischen europäischen Jugend einen europäischen Bund demokratischer Republiken gründen.

Als unter Metternichs Leitung — Wiener Ministerialkonferenzen 1834 — diese Bestrebungen unterdrückt waren, erhielten sie sich in politischen Geheimbündeleien; und als die „liberale Presse“ unterdrückt war, flüchtete sich der schon stark entwickelte „revolutionäre Geist“ in die Litteratur — „das junge Deutschland“: Heine, Gutzkow, Mundt, Wienbarg. Gott und die Ehe wurden verspottet, Emanzipation der Sinnlichkeit und Klassenhaß gepredigt.

Während in den vierziger Jahren der revolutionäre Geist noch „wissenschaftlichen“ Zuzug erhielt durch Männer wie Ruge, Bruno Bauer, Feuerbach u. a., trat anderseits das nationale Element wieder stärker hervor — Arndt, Dahlmann, Häuser, Gervinus —, hervorgelockt durch die Thonbesteigung Friedrich Wilhelm IV. und gestärkt durch das französische Kriegsgeschrei (1840), sowie das Hervortreten der sogenannten Schleswig-holsteinischen Frage (1846).

2) Die Verfassungsfrage.

Art. 13 der B. A. bestimmt: „In allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung stattfinden.“ Da über den Charakter dieser Verfassung nichts gesagt war, so war die Frage, ob bei derselben mehr

die Geschichte, oder der Zeitgeist erzeugend und gestaltend wirken sollte; jene wies auf den Charakter einer ständischen, dieser einer Volksvertretung. Da die alten Stände nicht mehr bestanden, und auch von deren Vertretung nur noch hier und da Reste vorhanden waren, so trat der Zeitgeist in sein Recht. Diesem sagte am meisten die Charte Ludwigs XVIII. zu, so genannt im Anschluß an die englische Magna Charta (1215); Zweikammersystem, beschränktes Wahlrecht, Rechtsgleichheit aller Bürger sind dieser Charte eigen. Der Charakter des Parlamentarismus — Herrschaft der Mehrheit durch die Minister und Einfluß auf die auswärtige Politik — fehlte ihr noch. Nach diesem Vorbild der Charte wurden dann zunächst auch Verfassungen gegeben in Nassau, Weimar 1816, Baden und Bayern 1818, Württemberg 1819, Hessen-Darmstadt 1820; infolge der Julirevolution in Sachsen, Hannover, Kurhessen; die wesentlichen Rechte dieser Volksvertretungen sind: Steuerbewilligung, Aufsicht über den Staatshaushalt, Teilnahme an der Gesetzgebung; immer mehr parlamentarische Rechte zu erlangen war das Streben der „Liberalen“, dem die „Konservativen“ entgegen traten (Schattierungen in beiden Parteien). In Preußen kam es bis zu 1848 nicht zu einer Verfassung.

3) Die wirtschaftliche Frage.

Ehe die vereinigten Staaten von Amerika eine Zentralgewalt hatten (bis 1789) wurden sie wirtschaftlich vom Ausland, besonders England ausgebeutet, da sie keine gemeinsame Zollgrenze hatten; und beuteten sich selbst aus, da sie sich durch Binnenzölle abschlossen. So schnell dies Amerika abschaffte, so lange hat dies in Deutschland bestanden. Die B. V. zehrte auch in dieser Frage an ihrer Ohnmacht, Preußen that dann den entscheidenden Schritt für sein Gebiet durch das Zollgesetz von 1818 — gemäßigter Schutzzoll gegenüber dem ringsumher herrschenden Prohibitivsystem, Aufhebung aller Binnenzölle (Colbert 1664); die von Preußen eingeschlossenen Staaten: Anhalt, Mecklenburg u. a. mußten sich dem anschließen und nach vielen Kämpfen und Intriguen kam der Zollverein zustande und vereinigte 1835 fast ganz Deutschland zu einem nationalen Wirtschaftsgebiet auf Grundlage des preußischen Zollgesetzes. Die preußischen Staatsmänner hatten sich wohl gehütet, einem bestimmten nationalökonomischen System zu huldigen (Merkantilismus, Physiokraten, Ad. Smith-Industriesystem), am wenigsten dem z. B. von den Badenser Nebenius vertretenen Freihandelssystem, sondern einem gemäßigten Schutzzoll-

system. Und der Nationalökonom, welcher früher dem Freihandel rücksichtslos angehangen hatte, Friedrich List hatte in Amerika gelernt, daß die dortigen freihändlerischen Zolltarife von 1816 und 24 den Vereinigten Staaten schwere wirtschaftliche Nachteile gebracht hatten; durch seinen Einfluß insbesondre kam dort der erste Schutzzolltarif von 1828 zustande; List war es, der auch in Deutschland theoretisch gesündere wirtschaftliche Anschauungen anbahnte, insbesondre durch sein Buch „das nationale System der politischen Ökonomie“ (1841).

Alle seitherigen Volkswirtschaftslehrer hatten ihre Systeme für die Menschheit überhaupt aufgestellt; es giebt aber keine Menschen an sich, sondern nur Individuen und die Menschheit ist sittlich wohl ein Organismus, dessen Glieder die Nationen sind, staatlich aber ist die Menschheit nicht zu gestalten, denn ein Menschheitsstaat ist ein Widerspruch in sich; nur Individuen können einen Beruf, nur Nationen, oder aus der gesellschaftlichen Entwicklung hervorgegangene Gemeinschaftsindividuen einen Staat haben. Und wie es nicht einen Wirtschaftsplan für die Familie, sondern nur für eine bestimmte Familie geben kann, so auch nur für eine Nation, für ein staatlich organisiertes Individuum. Ein Individuum kann theoretisch und bis zu einem gewissen Grade auch praktisch seinen augenblicklichen Eigennutz zum Maßstab seiner Wirtschaft machen; die Familie kann dies schon nicht mehr und die Nationen noch viel weniger, denn sie vor allem haben auf die Zukunft zu sehen und für diese ihren Bestand nach Möglichkeit zu sichern. Auch darin haben alle seitherigen Volkswirtschaftslehrer gefehlt, daß sie in grob materialistischer Weise ihre Systeme auf Besitz von Edelmetall, beziehungsweise Boden, beziehungsweise Arbeit gründeten; denn erstens ist das einseitig, da offenbar alle drei Stücke von grundlegender Bedeutung für den Nationalwohlstand sind, zweitens ist es gewiß, daß dieser auch wesentlich bedingt ist durch den Stand der Kultur, der Wissenschaften, der Sittlichkeit und Religion, des Rechtes und der öffentlichen Sicherheit. Auch die Biologie lehrt, daß das Individuum nicht für sich bestehen kann, insbesondere beweisen die Thiergemeinschaften (Ameisen, Bienen), daß das Individuum für die Gemeinschaft da ist und nicht umgekehrt; so muß auch in der Volkswirtschaft das Interesse der Gemeinschaft, der Nation dem des Einzelnen vorausgehen, ebenso wie jede Wirtschaftspolitik von dem wirklichen wirtschaftlichen Stand der bezüglichen Gemeinschaft ausgehen muß, nicht aber von einer für richtig gehaltenen Theorie.

Ein Ackerbaustaat mit gering entwickelten Verkehrsmitteln muß sein Holz, ja vielleicht Getreide verfaulen, seine Eisensteine unbenutzt lassen und seine Nebenprodukte wie Fleisch, Milch, Butter verschleudern; alles dieses läßt sich erst ausnutzen mit Hilfe der Industrie, welche zugleich die Entwicklung der Verkehrsmittel und des Handels ebenso ermöglicht wie fordert und fördert. Die amerikanischen Kolonisten haben sich immer beeilt, unter sich Städte zu gründen, denn die Nähe des Absatzmarktes ermöglicht erst Gewinn aus der Landwirtschaft, deshalb muß die Industrie inmitten der Landwirtschaft wohnen, dann entwickelt sich der Großhandel, dann der Seehandel, Kolonialbesitz, Flotte. Industrie und Landwirtschaft sind also aufeinander angewiesen und bilden mit dem Großhandel die Grundlage nationaler Großmachtstellung. Ackerbaustaaten können wohl daran thun, durch Freihandel sich z. B. billige Werkzeuge zu verschaffen, Staaten mit beginnender Industrie bedürfen des Schutzzolls; Staaten, deren Industrie und Handel auf das höchste und vollkommenste entwickelt sind, können zum Freihandel übergehen, wenn sie keinen Bauernstand haben, dessen Erhaltung durch den Freihandel gefährdet wird. Also ist auch durch die verschiednen Wirtschaftsstufen (vgl. z. B. England) jede Volkswirtschaftspolitik bestimmt. Freilich dürfen es keine Zwergstaaten und Scherbennationen sein, denn in einem „Theekessel kann man kein Bier brauen" (List).

Wenn auch diese letzten Thatsachen die widerstrebenden mittel- und kleinstaatlichen Regierungen dem Zollverein zugeführt haben, und wenn auch die preußischen Staatsmänner meist obigen Anschauungen gefolgt sind, so fehlte und fehlt noch viel, daß sie in Theorie und Praxis in vollem Maße zum Ausdruck gelangt sind.

4) Die soziale Frage.

Rousseau hatte zwar wie früher gesagt, den Rentier für einen Räuber und das Privateigentum für die Ursache der bestehenden Ungleichheit erklärt, aber seine jakobinischen und verwandten Anhänger hüteten sich, die Konsequenzen zu ziehen, und der dritte Stand, der Führer der großen Revolution, hatte gewiß kein Interesse, kommunistisch-sozialistische Politik zu treiben. Nach Robespierres Tod trat Babeuf mit dem entsprechenden System hervor, das er in Presse und Vereinen vertrat. Dasselbe lautete etwa in der Kürze so: Alle Güter gehören dem Volke; jeder hat das Recht auf eine glückliche Existenz, deshalb auch die Pflicht der Arbeit; diese aber muß durch Gesetz

geregelt und darf nicht der Wahl des Einzelnen überlassen bleiben; mit der unangenehmen Arbeit müssen die Bürger abwechseln. Wie die Arbeit gleich verteilt werden muß, so auch der Genuß, die oberste Gewalt hat also für allgemeinen, gleichen, mäßigen Wohlstand zu sorgen, sie hat also ebenso die Arbeit wie die ganze Produktion und Konsumtion zu regeln.

Der 3. Stand, die infolge der gewerblichen und industriellen und dieser entsprechend sozialen Entwicklung seit Colbert entstandene Gesellschaft, hat zwar die Rousseauschen Ideen auf ihre Fahne geschrieben, um sich der Herrschaft der beiden privilegierten Stände zu entziehen, hatte aber keine Neigung, solche Folgerungen zu gestatten; als Babeuf versuchte, seine Ideen durch Gewalt zur Geltung zu bringen, endigte er mit seinen Anhängern auf dem Schaffot (1796).

Allein je mehr das Industriesystem Smiths in den Kulturstaaten zur Geltung kam, desto mehr stellte sich das ein, was man mit einem Schlagwort die soziale Frage nennt. Smith teilt die Einseitigkeit seiner Vorgänger, insofern er, wie bemerkt, die Verschiedenheit der Wirtschaftsstufen und nationalen Volkswirtschaften sowie die übrigen, keineswegs bloß materiellen Vorbedingungen für den Nationalwohlstand übersieht, als auch ebenso einseitig — wie jene das Geld (Merkantilismus) und den Grund und Boden (Physiokraten) — die Arbeit als die Quelle desselben bezeichnete. Daß er damit der Wahrheit näher kam, kann vielleicht zugegeben werden, jedesfalls war es in hohem Grade wirtschaftlich fördernd, daß er hinwies auf das Prinzip der Arbeitsteilung, das ja auch die Natur lehrt, und dem der Mensch instinktiv nachgeht; er zog mit Recht auch die Folgerung, daß sie erhöhte Geschicklichkeit und Zeitersparnis, sowie die Verwendung der Maschinen mit sich führe (vgl. die Erfindungen insbesondere von Watt, Arkwright, Cartwight und Compton). So richtig dies auch ist, so brachte diese Entwicklung doch auch zunächst die Folge mit sich, daß der Arbeiter immer mehr zur Maschine wurde, und da diesem System der freien Arbeit und uneingeschränkten Arbeitsteilung der Grundsatz des freien Weltbewerbs, also auch der unbeschränkten Konkurrenz entspricht, so wurde der Arbeiter immer mehr zur Ware; da ferner nach A. Smith Angebot und Nachfrage den ganzen Handel und Marktverkehr regeln, also jeder Eingriff der Gesetzgebung oder Regierung in dieses vermeintlich freie Spiel der Kräfte vom Übel wäre, also laissez-aller, laissez-faire nach A. Smith der Regierungsweisheit letzter Schluß ist, so unterlagen und unterliegen die wirtschaftlich Schwächeren, die gewöhnlich

auch die gesetzlich und gesellschaftlich schlechter Gestellten sind, und vermehren unablässig die Zahl der Besitzlosen, des Proletariats. Da überdies durch dieses Industriesystem der Arbeiter von seinem Produkt und der Produzent von seinen Kunden getrennt ist, so folgt außer anderem auch die Überproduktion daraus, die um so größer und verderblicher werden muß, je mehr sich das Kapital in den Händen Weniger zusammenballt, die immer nur in beschränktem Maße konsumieren können und wollen, während die immer mehr anschwellende Masse der Proletarier ihren Konsum bis zum Hungern einschränken muß. So entstand in allen modernen Kulturstaaten die Kluft zwischen Arm und Reich, die soziale Frage. Auf diese Entwicklung, auf diesen Gegensatz von Kapital und Arbeit machten bald mehrere Schriftsteller aufmerksam z. B. in Frankreich St. Simon (†1825). Ähnlich geschah es in Belgien, besonders aber in England, wo diese Kluft sich am weitesten und klaffendsten geöffnet hatte; hier wurde aus dem gütigen Menschenfreund Owen (geb. 1771) bald ein fanatischer Kommunist, der Gott leugnete und die Familie aufzuheben strebte. Proudhon (bes. seit 1839) formulirte sein „Eigentum ist Diebstahl". Die Entwicklung wurde in Frankreich durch die kapitalistische Bourgeois-Politik Louis Philipps wesentlich verschärft, es kam zu kommunistischen Putschen (Blanqui). Arbeiter begannen als sozialistische Schriftsteller aufzutreten, unter Blanquis und Ledru-Rollins Einfluß wurde daß erste sozialdemokratische Blatt 1843 gegründet mit dem Programm: Alle Menschen sind Brüder, also müssen alle gleich frei sein in allen Beziehungen; nur durch die Demokratie, durch das allgemeine Stimmrecht kann dies Ziel erreicht werden; diesem Recht muß dann das allgemeine und gleiche Recht auf Arbeit, Genuß und Erziehung folgen.

Schon seit 1836 bestand in Paris ein deutscher Kommunistenbund, dem der ehemalige Schneidergeselle Weitling (geb. 1808 in Magdeburg) als hervorragendstes Mitglied angehörte. 1840 unternahm er eine Agitationsreise nach der Schweiz und war litterarisch und als Gründer von kommunistischen Vereinen, auch in Deutschland thätig; er ist ein Schwärmer und Utopist und nicht frei von anarchistischen Tendenzen, aber auch der Organisator und geistige Führer der ersten Massenbewegung unter den deutschen Arbeitern. Als die Bewegung immer stärker wurde, wies ihn die Schweizerische Bundesregierung aus, er wurde aber festgenommen und an Preußen ausgeliefert, das sich mit seiner Weiterschiebung nach Amerika begnügte.

Seit der Zollverein seine wirtschaftlichen Wirkungen äußern konnte, und das Industriesystem auch in Deutschland sich immer schärfer entwickelte, traten auch da die früher erwähnten Übel, wenn auch zunächst nur schwach, auf; es traten die Schriftsteller, welche die Revolutionsideen auf anderen Gebieten vertraten, auch auf dem sozialen hervor (Ruge, Bruno Bauer, Marx, Engels u. A.). In Zeitungen, Blättern und Blättchen wurde die „Barbarei der sozialen Zustände“ gebrandmarkt, bis die Regierungen vereinzelt eingriffen, und die Hauptagitatoren gezwungen wurden sich im Londoner Kommunistenbund — auch Paris war ihnen verschlossen — zu sammeln, dessen Häupter alsbald Marx und Engels wurden. Sie sind es, welchen den sozialen und wissenschaftlichen Sozialismus und die Internationale begründeten und vor allem die „selbstbewußte Teilnahme“ des Proletariats erstrebten. So erließen sie Anfangs 1848 von Brüssel aus das „Manifest der kommunistischen Partei“. „Die Prolatarier“, heißt es da, „haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, hingegen eine Welt zu gewinnen“. Als nächste Aufgabe wurde bezeichnet: Abschaffung des privaten Grundeigentums, Einrichtung von Nationalwerkstätten, Bebauung des Bodens nach einem von der Gemeinschaft aufgestellten (!!) Plan. Kredit- und Verkehrswesen gehört dem Staat, der auch für eine unentgeltliche, allgemeine und gleiche Erziehung zu sorgen hat. Dem internationalen Kapital- und Liberalismus stellte man so die sozialistische Internationale entgegen. Marx gab auch an, wie dies Programm durchzuführen sei: durch die Diktatur des Proletariats; diese aber ist zu gewinnen, wenn die Massen die sozialistische Theorie in sich aufgenommen haben, dann werde diese Theorie materielle Gewalt. Wie und daß dies möglich, zeigt die Geschichte der französischen Revolution; wie aber jene Diktatur beschaffen sei, hat Bebel im Reichstag offiziell erklärt: eine Art Herrschaft, von der die Wirtschaft der Pariser Kommune nur ein schwaches Abbild gäbe.[1])

Übergangszeit bis zur Gründung des Reichs 1848—1870.

Die genannten vier Fragen waren nicht gelöst bis 1848 und fanden auch in den Revolutionsjahren 1848/49 eben so wenig eine

1) Auch über diese „Fragen“ sind meist sehr befriedigende Klassenaufsätze geliefert worden.

befriedigende Lösung. Die nationale Frage erhielt seit der Prinzregentschaft und dem italienischen Krieg neuen Impuls (National-Verein, Turn-, Schützen-, Gesang-Feste, Juristen-, Philologen-, Naturforscher ꝛc. Tage) sie wurde in drei Stufen durch das Schwert gelöst 1864, 1866, 1870/71, zugleich mit der deutschen Verfassungsfrage. In den Einzelstaaten waren schon — durchweg seit 1850 — moderne Verfassungen gegeben worden, nur Mecklenburg behielt die altständische Verfassung bei. Die wirtschaftliche Frage wurde durch den Zollverein, der allerdings schwere Krisen zu überwinden hatte, in der früheren Weise behandelt, bis z. T. durch politische Gründe Anfang der 60er Jahre, das Freihandelssystem (Handelsverträge, Gewerbepolitik) sich immer stärker geltend machte. Die soziale Frage nahm mit der Entwicklung der Industrie und des Smithschen Industriesystems einen immer bedrohlicheren Charakter an; blieb aber in Deutschland, zum Teil durch inner-politische Parteifragen durchkreuzt, im wesentlichen zunächst noch im Rahmen der Nationalen und der bestehenden staatlichen Verhältnisse. Sie wurde vor Allem agitatorisch ausgemünzt durch Lasalle (1825—64) im Jahre 1862, es folgte die Begründung des Allg. Deutsch. Arbeitervereins 1863 in Leipzig; Lasalle suchte zuerst die Arbeiter unzufrieden zu machen durch das sogenannte eherne Lohngesetz; außer diesem machte er Produktivgenossenschaften zum Gegenstand seiner Agitation. Nach seinem Tod (1864) war zunächst Streit unter den Führern, bis es Liebknecht und Bebel gelang, 1869 die sozialdemokratische Partei zu Eisenach zu begründen und als Forderungen aufstellte: Allgemeines direktes Wahlrecht, direkte Gesetzgebung durch das Volk, Normalarbeitstag, Abschaffung der indirekten Steuern, nur eine und zwar progressive Erbschafts- und Einkommensteuer, Staatshilfe für Produktiv-Associationen. Die Vereinigung aller deutschen Sozialdemokraten erfolgte 1875 in Gotha.

Die außerordentliche wirtschaftliche Entwicklung steigerte immer mehr die Kluft zwischen Reich und Arm und trieb die Symptome der ungesunden sozialen Verhältnisse immer stärker hervor.

Die gewaltige Entwicklung der Naturwissenschaften brachte eine ebenso gewaltige Steigerung des Verkehrs durch Eisenbahnen, Post (1830 kostete ein Brief von Berlin bis Bonn 17½ Silbergroschen). Telegraphie und zuletzt das Telephon; die Chemie schuf die neue Beleuchtung: Gas und Elektrizität, änderte die Technik vieler Gewerbe z. B.

der Färbereien völlig, stellte mit der Entwicklung des Maschinenbaus die Landwirtschaft auf einen neuen Boden; Photographie und Schnellpresse kamen auf, die Presse wurde eine Großmacht. Kein Wunder, daß die Geister des Materialismus, des Atheismus, des Anthropotheismus sich auf die Oberfläche und an die Spitze der Bewegung drängten.

Übersicht über die deutsche Geschichte seit der Begründung des Reiches.

Nachdem in einem Vergleich zwischen dem „deutschen Bund“ und dem deutschen Reich, der Unterschied zwischen Staatenbund und Bundesstaat gezeigt und das Reich als letzterer gekennzeichnet ist (Schweiz, Vereinigte Staaten), wird eine kurze Übersicht über die wichtigsten Bestimmungen der Reichsverfassung gegeben.

Beim Beginn der Geschichte des Reiches selber wird darauf hingewiesen, daß dieselbe hinsichtlich der inneren Politik wesentlich durch zwei Fragen: die katholisch-kirchliche (sogenannter Kulturkampf) und die soziale, hinsichtlich der äußeren wesentlich durch die französische Revanchepolitik beherrscht wird. Die Kolonialpolitik spielt zwischen und in beide Gebiete hinein.

Das Prinzip des „Kulturkampfes“ läßt sich geschichtlich bis in Anfänge des Investiturstreites, beziehungsweise zu den Grundsätzen Gregors VII. zurückführen; diese Frage ist wie alle hochpolitischen Fragen keine Rechts- sondern eine Machtfrage. (Erklärung dieses Unterschiedes.)

Die brandenburgisch-preußische Kirchenpolitik war allezeit tolerierend, wenn auch durchweg mit evangelischem Gepräge (Friedrich der Große). Nach den Befreiungskriegen war es besonders Preußen, welches die Retablierung der katholischen Kirche auch in seinem Bereich durchsetzte; dann wird der Streit wegen der Mischehen am Ende der 30er Jahre kurz berührt. Friedrich Wilhelm IV. hat diesen in seiner großmütigen Weise nicht bloß beigelegt, sondern auch eine katholische Abteilung im Kultusministerium eingerichtet (1841), nur wurde keine Vorsorge getroffen, daß die Bischofsstühle und die Ratsstellen bei der letzteren nicht mit Vertretern der extrem-kirchlichen Richtung besetzt wurden. (Verschiedene Richtungen und Strömungen sind geschichtlich nachzuweisen.) Diese extreme Partei, öfter als ultramontane, jesuitische Partei bezeichnet, zu welcher Papst Pius immer

mehr neigte, setzte dann die Unfehlbarkeitserklärung am 18./7. 1870 unter sehr bemerkenswerten Umständen durch. Preußen hatte sich auch hierbei streng zuwartend verhalten (dagegen Hohenlohe und Arnim). Wie die Niederlage Österreichs, so brachte in erhöhtem Maße die Frankreichs in strengkatholischen Kreisen wie im Vatikan starke Erregung hervor, und diese wuchs mit dem Anschwellen der nationalen Bewegung in Italien.

Unmittelbar nach Sedan wandte sich diesbezüglich der Papst an König Wilhelm um Hilfe. Am 20./9. rückten die italienischen Truppen in Rom ein, im November erschien Ledochowski, wie es scheint auf Einladung, im deutschen Hauptquartier, um das eben durch die Verträge mit den süddeutschen Staaten gegründete Reich gegen Italien zum Bundesgenossen zu gewinnen. Indeß erforderte schon die Kriegslage eine Ablehnung jener Anträge. Um diese Preußen bezw. dem Reiche aufzunötigen, bildete sich allem Anschein nach die Partei des Zentrums, Januar 1871, welche alsbald den König um Wiederherstellung des Kirchenstaats bat (18./2. 1871). Bei der Eröffnung des ersten deutschen Reichstags (21./3. 1871) wurde jede Einmischung in die italienischen Angelegenheiten deutlich genug abgelehnt.

Mittlerweile hatte die sogenannte altkatholische Bewegung begonnen; auch zu dieser verhielt sich Preußen — es war noch während des Kriegs — völlig zuwartend, auch als die Bischöfe auf diesem Gebiete eingriffen. Dieses geschah zunächst dadurch, daß der Fürstbischof von Breslau vom Kultusminister von Mühler amtliches Einschreiten gegen Direktor und Lehrerkollegium des katholischen Gymnasiums zu Breslau verlangte, weil diese sich öffentlich gegen die Unfehlbarkeit ausgesprochen hatten; dies lehnte der Minister am 19./1. 1871 ab. Als dann aber der Bischof von Ermeland den altkatholischen Religionslehrer Wollmann in Braunsberg nicht bloß mit der großen Exkommunikation belegte, sondern auch seiner staatlich garantierten Stelle enthob (5./7. 1876), wurde die katholischen Abteilung im Kultusministerium aufgehoben (8./7.) und die Altkatholiken in ihren Stellungen geschützt. Als in dem nun folgenden Kampf der Streit auch auf die Kanzeln gebracht wurde, kam es zum sogenannten Kanzelparagraphen (28./11.). Da der Kampfstrom immer stärker anschwoll, und namentlich die polnische Propaganda ein gefährliches Aussehen bekam, wurde Anfang 1872 ein Schulaufsichtsgesetz vorgelegt, welches die Geistlichen in der Schulaufsicht erheblich einschränkte. Der preußische Landtag

war in sehr großer Mehrheit für dasselbe, meinte aber zur Durchführung derselben sei ein anderer Minister erforderlich, so wurde Falk im Januar 1872 berufen.!

Verschärft wurde nun der Kampf durch das Eingreifen des Papstes: Der Kardinal Hohenlohe als deutscher Botschafter beim Vatikan, wo er eine Vermittlung herbeiführen sollte, wurde abgelehnt (2./5. 1872), von anderem zu schweigen.

Im Juli 1873 wurden die Jesuiten ausgewiesen, und das folgende Jahr brachte die eigentlichen Kampfgesetze, die sogenannten Maigesetze, welche zum Teil Unkenntnis katholischen Volks und Wesens verraten, zum Teil in die kirchliche Praxis eingreifen, zum Teil den ausführenden, meist unteren Organen der Anlaß wurde zu Maßnahmen, die der Gesetzgeber wohl niemals beabsichtigt hatte. Der Brief des Papstes an den König vom 7./8. 1873 verschärfte den Konflikt noch weiter. Das Jahr 1874 brachte die Absetzung der Erzbischöfe von Posen und Köln, Einführung der obligatorischen Civilehe, neues Kampfgesetz gegen unbefugte Amtsausübung, das Attentat auf Bismarck in Kissingen (13./7.). Immer höher gingen die Wogen. Als der Papst die Mai- &c. Gesetze für ungiltig erklärte (5./2. 1875), folgten Sperr- und Klostergesetze, sowie die Aufhebung der Paragraphen 15, 16, 17 der preußischen Verfassung. Bis auf drei wurden allmählich alle Bischöfe abgesetzt und sehr viele Geistliche gesperrt. Da starb Anfang 1878 Papst Pius, und sein Nachfolger wurde der friedliche Leo XIII. (2./2.); es folgten die Attentate auf den König (11./5., 2./6.) und der versöhnliche Brief des Papstes, den der Kronprinz beantwortete. Die Mißgriffe in den Maigesetzen, zumal in deren Handhabung, die auch die evangelische Kirche und die evangelischen Geistlichen getroffen hatten und weiter trafen; der Unmut der Gemäßigten, noch weiter gesteigert durch die Wirkungen der „liberalen" Gesetzgebung (unbedingte Freizügigkeit und Gewerbefreiheit, Milde des Strafgesetzes); die Unkirchlichkeit und Irreligiosität der Massen, die zusehends wuchs; (der Antisemitismus wollte sich dem „Wachsen des jüdischen Einflusses", die christlich-soziale Partei vor allem dem herrschenden „Manchestertum" entgegen setzen); das Anwachsen der Sozialdemokratie, die Verschlechterung der auswärtigen Lage, beschleunigten den Umschwung der Politik. Die beiden letzten Punkte: Sozialdemokratie und auswärtige Politik bedürfen deshalb einer kurzen Betrachtung.

Die Darlegung über erstere ist im wesentlichen nach obigen Dar-

legungen gegeben und sodann darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Zurückdrängung der Religion und Kirche, die Arbeit des radikalen Liberalismus, die verkehrte Parteibildung, der Fraktions-Patriotismus, der Mammonismus rc. (der „große Krach“ von 1873 veranlaßte allein den Verlust von 2 Milliarden an Schwindelpapieren an der Berliner Börse) die Lage unermeßlich verschlimmert hatten.

Die Sozialdemokratie, durch den französischen Krieg zurückgedrängt, erhielt neue Kraft durch diese Schwindelperiode nach demselben. Mai 1871 erklärte die sozialdemokratische Delegirten-Versammlung ihre Zustimmung zur Pariser Kommune; bei den Reichtagswahlen von 1874 wurden 9 Sozialdemokraten gewählt, diese Partei hatte schon über 6% aller gültigen Stimmen. Wie früher bemerkt einigten sich alle sozialdemokratischen Richtungen zu Gotha 1875 zur „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands“ mit den alten längst gestellten Forderungen. Bei den Reichstagswahlen von 1877 hatte die Sozialdemokratie schon über 9% aller Wähler für sich und 1890 waren es schon 20% mit 35 Abgeordneten.

Zunächst wurde nach den Attentaten das Sozialistengesetz (19./10. 1878) gegeben; auf die Reichsjustizgesetze folgten das Reichszollgesetz Juli 1879 (Bedeutung für Industrie und Landwirtschaft), das Wuchergesetz (1880), Hebung der Verkehrswege (29./2. 1880 der Gotthardt durchstochen), der Kölner Dom vollendet.

Nachdem Mac Mahon durch einen Staatsstreich die Republik in einer klerikal-monarchischen Restauration hatte verschwinden lassen wollen, die Sucht nach einem Bundesgenossen zur Kühlung der Revanchelust immer deutlicher hervorgetreten war, und eine weitere Annäherung zwischen Deutschland und Italien stattgefunden hatte, hatten die Unruhen auf der Balkanhalbinsel zum russisch-türkischen Krieg und dieser zum Frieden von San Stefano am 3. März 1878 geführt. Da die Engländer diesen in erster Linie anfochten, und der russische Reichskanzler Gortschakoff in seiner eitlen Kurzsichtigkeit russische Interessen selbst in dem Berliner Frieden preisgab (Juli 1878), so wußte er, namentlich durch die russisch-französische Presse, den deutschen Reichskanzler als die Ursache alles Übels hinzustellen. Mit dieser Gefahr des russisch-französischen Bündnisses wuchs das Bedürfnis nach einem Gegenbündnis und innerem Frieden und beides führte auf denselben Punkt: Beseitigung des Kulturkampfes und Inangriffnahme der sozialen Frage; Falk fiel, der Reichskanzler verhandelte mit

Masella (Juli 1878), das deutsch-österreichische Bündnis wurde abgeschlossen (Herbst 1879), nachdem im Januar desselben Jahres (1879) Grévy Präsident der französischen Republik geworden war. Die nihilistischen Mordanschläge gegen die regierenden Häupter mehrten sich; Alexander II. wurde ermordet, 13. März 1881; die kirchengesetzlichen Milderungen begannen, die Kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 stellte das große sozial-politische Programm auf, dessen stufenweise Durchführung in dem Krankenkassengesetz von 1883, dem Unfallversicherungsgesetz von 1884, dem Altersversorgungs- und Invalidengesetz von 1889 allmählich erfolgt ist; ferner wurde der Hausierhandel beschränkt (1883), das Lehrlingswesen besser geordnet, die Bildung von Innungen gefördert; Ende 1884 waren nahezu alle Bistümer wieder besetzt. Eine weitere Annäherung zwischen Papst und Kaiser wurde durch das Schiedsrichteramt in der Karolinenfrage (September 1885) erzielt; nach langwierigen Verhandlungen und gesetzgeberischen Maßnahmen wurde durch gegenseitiges Nachgeben der sogenannte Kulturkampf durch einen Vergleich beendigt (etwa Ende 1887): die katholische Abteilung blieb beseitigt, das Schulaufsichtsgesetz, die Civilehe, die Aufhebung der Verfassungsparagraphen bestehen.

Mittlerweile war die außerordentlich segensreiche Verstaatlichung der Eisenbahnen erfolgt, die Erwerbung der Kolonien (Angra-Pequenna, Kamerun und die meisten australischen Besitzungen 1884, Marschallsinseln und Ostafrika 1885) hatte begonnen; ein neues Militärgesetz hatte das Septennat gesichert (1887), der Nordostseekanal war begonnen, das Deutsch-österreichisch-italienische Bündnis wurde förmlich abgeschlossen, die Wehrhaftmachung unseres Vaterlandes durch das Landwehr- und Landsturmgesetz vom 8./2. 1888 von neuem erweitert und gestärkt; da kamen die schweren Schläge vom 9. März und 15. Juni 1888.

Mittlerweile hatte der sozialistische Kampf in erhöhtem Maße fortgedauert und zu fortgesetzten Gegenmaßnahmen veranlaßt. In jenem Kampfe stehen wir noch; er ist in ein gefährlicheres Stadium getreten, und die russisch-französische Allianz ist näher gerückt. Aber Deutschland braucht nichts zu fürchten, wenn es einig ist. —

Ich will hier nicht unterlassen auf ein Buch aufmerksam zu machen, welches eine auch von mir — wohl auch von andern — im Geschichtsunterricht vertretene Auffassung ausführt.[1]) Im An-

1) Dondorff, Aus drei Epochen preußischer Geschichte, 1892.

schluß an Hiob 33, 29 f. zeigt der Verfasser, wie Gott dreimal Preußen-Deutschland aus tiefer Not geholfen hat: im siebenjährigen Krieg, in den Befreiungskriegen, im französischen Krieg. Und dreimal hat das preußisch-deutsche Volk mit Gottentfremdung geantwortet: Von 1763—1813 macht sich der Individualismus und die Aufklärung breit, jenes ungeschichtliche Christentum, das keins ist, und selbst ein Anhänger desselben hat doch Fichte gesagt: „Dies Geschlecht weiß alles, ohne etwas gelernt zu haben, und urteilt über alles, ohne der Prüfung zu bedürfen. Nur das individuelle Leben in Selbsterhaltung und Wohlsein ist Zweck." Und nach 1813 wurde es schlimmer denn zuvor. Hegel begründete den Anthropotheismus, auf ihn folgten die Junghegelianer und die Heinesche Witzperiode, und solche Perioden pflegen die Vorläufer revolutionärer Bewegungen zu sein. Und auch nach 1870/71 hat das deutsche Volk mit erneuter Gottentfremdung und gesteigerter Gottesfeindschaft geantwortet. Die überaus düstere, zum Teil auch parteilich übertriebene Färbung der Schlußpartien des Buchs beeinträchtigen den Eindruck des Ganzen, jedenfalls muß der Geschichtslehrer sich vor dieser Färbung und solchen Übertreibungen wahren, sonst verdirbt er sich selbst seine Arbeit.

Zu dem Gebrauch des für volkswirtschaftliche Schulzwecke mehrfach empfohlenen Buchs Rapet-Mayer[3]) kann nicht geraten werden. Abgesehen davon, daß es durchaus das optimiste Manchestertum vertritt, ist es in der deutschen Übersetzung von einer erschreckenden Langeweile, die außer in den drei ersten Kapiteln und den Kapiteln 8, 10, 24 und 26 auch im Original wenig gemildert erscheint.

In der Geographie ist überhaupt gar kein fruchtbringender Unterricht denkbar außer durch Anschauung und in engster Verbindung mit Heimatskunde, Deutsch und Geschichte. Die Heimatskunde ist für die Erteilung jedes zweckmäßigen geographischen Unterrichts die Voraussetzung, aber sie muß 1. sich auf das Wesentlichste beschränken, denn nicht das Viel-, sondern das Klarsehen und Beobachten ist der Zweck, 2. sich bemessen nach Fassungskraft bezw. Erfahrungen der Schüler, 3. heuristisch gegeben werden und sich vor der Systematik hüten, sowie vor der Zerreißung in Einzelheiten, vielmehr Bedacht nehmen auf die Erfassung der Wechselbeziehungen und des ursächlichen

1) Volkswirtschaft für Jedermann, 1879. 6. Aufl.; im Original Manuel de Morale et d'Économie politique. 4. Aufl. 1881 (preisgekrönt).

Zusammenhanges, 4. die Objekte sind in natura zu zeigen bezw. zu beobachten. Dies muß im Einzelnen nachgelesen werden bei H. Trunk, die Anschaulichkeit des geographischen Unterrichts (3. Aufl. 1890). Auch das Buch von Multhesius Über die Stellung der Heimatskunde im Lehrplan (1890) ist zu beachten; nur würde man die sehr eingehende Polemik gegen die Zillerschen Epigonen gern vermissen, so verdienstvoll es auch heute noch sein mag, jener geist- und gemütslosen Kunststück-Pädagogik die Thüre zu weisen. Das beste bietet für die Heimatskunde das vortreffliche Büchlein des Hauptmanns Rott, das durch die feine und tiefe Besprechung Fricks (Lehrgänge, Heft 29, S. 1—22) noch einen besonderen Wert gewonnen hat. Frick zeigt hier das Wesen des Natur- und Heimatsgefühls, und wie es die Läuterung, Erhebung und Vertiefung des gesamten Gemütslebens zur Folge hat, und so auch charakterbildend wirkt. Beide Gefühle sind eben Lebensgefühle, wie Familien-, Stammes-, Volks-, Vaterlands- und Gottesgefühl und bestimmen wie diese das Wesen des Menschen. Das Heimatsgefühl nennt Frick mit Recht den fruchtbarsten Grundstock des ganzen Innenlebens. Das Heimweh ist eine Parallele der Sehnsucht nach Gott und der ewigen Heimat.

Daß in der Naturkunde die Anschauung vor allen Unterricht geht, braucht wohl nicht mehr betont zu werden.[1] Aber dieser Unterricht, recht verwertet, kann auch im Deutschen und Religionsunterricht besondere Früchte tragen. Hilfsmittel giebt es auch hier übergenug, nur auf einige soll hingewiesen werden. Man nehme z. B. folgendes aus Macmillan „Zwei Welten sind unser“: über die Flechten (zum Teil nach dem im 1. Buch gesagten zu berichtigen) S. 71—86, das Unkraut (88—104), Blüte und Frucht (132 ff.), Moos und Gletscher (147 ff.), Hefepilze (185 ff.), Herbstfeuer (S. 221 ff.), der Apfel als Mikrokosmus (248 ff.), der Baum, ein Mikrokosmus und Sinnbild (335 ff.), der Stickstoff und seine Verschwendung (338 ff.). Für die Tierwelt ist in dieser Richtung besonders lehrreich: Bach, Studien und Lesefrüchte aus dem Buch der Natur, 4 Bde., z. B. Kukuk, Kohlweißling, Ameise, Biene (I. Bd. und IV. Bd., S. 101 ff.), der Ameisenlöwe (II. Bd.), Biber, Schmarotzerpflanzen (IV. Bd.), ferner aus Taschenberg, Bilder aus dem Tierleben I. Bd.: die Tierstöcke (S. 128 ff.), die Hummel-, Wespen- und Bienenstaaten (147 ff.),

1) Anleitungen und Aufgaben, z. B. bei Piltz.

Ameisenstaat (163 ff.), Termitenstaat (173 ff.); über den Kunsttrieb (S. 187 f., 193—99, 200—11, 217—21, 223 f.); ferner desselben „Die Verwandlungen der Tiere" und Graber „Die äußeren mechanischen Werkzeuge der Tiere" 2 Bde. (bes. I, S. 20 ff., S. 35 ff., S. 59 ff., 128 ff.; II, 3 ff.. 52 ff., 67 ff., 71 ff., 74 ff., 130 ff., 147 ff., 162 ff., 194, 200 ff., 214.) Nur mag der Lehrer sich hüten vor den mechanistischen Konsequenzen, die ganz unbewiesener Weise hier öfter gezogen werden. Daß die Biologie ein sehr erheblicher Faktor auch der sozialpolitischen Propädeutik ist, habe ich schon öfter betont und gezeigt; nur wird in der Naturbeschreibung die Morphologie noch zu ausschließlich behandelt. Auch eine schulmäßige Behandlung der Biologie würde das Verständnis des organischen Wesens als eines einheitlichen Ganzen wie einer Lebensgemeinschaft anbahnen, da würde deutlich werden, wie jenes Ganze durch seine Organe in ununterbrochener Wechselbeziehung mit seiner Umgebung steht, und wie jedes Organ wesentlichen Anteil an dem Bestand des Ganzen hat, und wie die Lebensgemeinschaft ihr Wesen nicht in dem räumlichen Nebeneinander, sondern in dem gegenseitigen Füreinander hat. Auch die mathematische Geographie kann soviel Einblick in die Astronomie gewähren, daß der Schüler erkennt, wie eine „unwandelbar feste, wundervolle Ordnung dieses weite Weltall nach einem ewigen Plane für ewige Zeiten baut und erhält." Dann kann der Schüler auch von dieser Seite die Überzeugung gewinnen, die der Forscher ausspricht, „daß die Ziele, welchen überall die Natur entgegeneilt, unter dem Einfluß eines ewig waltenden schönen Prinzips gestellt sein müssen, das auch über das Schicksal unseres Seelenlebens walten muß, dem unendlich edleren Teile unseres Selbst, welchem die Materie nur als tief untergeordneter Träger dient."[1]) Und wie dies auch aus Physik und Chemie als übermaterielles Ziel und Ergebnis erreicht werden kann, ist schon im 1. Buch mehrfach gezeigt. Noch eine praktische Bemerkung. Im Anschluß an diese Wissenschaften möge für das industrielle Leben Verständnis geschaffen werden durch Ausgänge zur Besichtigung von Gasanstalten, Wasserversorgungs-Anlagen, Ziegeleien, Gährungsgewerben 2c.

Auf die Bedeutung des Handfertigkeitsunterrichts ist immer wieder hinzuweisen.

---

1) Vgl. M. W. Meyer, Mußestunden eines Naturfreundes, 2. Aufl., 1891.

Der Raum verbietet mir auch hier auf die entsprechende Behandlung des Rechenunterrichts einzugehen (vgl. Sachse, S. 151 ff., 175 ff.), sowie des Gesangunterrichts, der in festem Zusammenhang mit dem Gedichtekanon und dem Geschichtsunterricht gehalten werden und auch die Armeemärsche in seinen Kanon aufnehmen muß.

Zur fremdsprachlichen Lektüre nur einige Bemerkungen. Hierfür sind neuerdings treffliche Arbeiten von Schulmännern veröffentlicht worden, auf die ich hier verweise, indem ich sie der besonderen Beachtung aller Amtsgenossen dringend empfehle; es sind besonders: H. Geist, „Was bieten die antiken Historiker der modernen Jugend?“ (Programm des Posener Realgymnasiums 1891), ferner die schon früher genannte vortreffliche Schrift von Weise, sowie die Einleitung zur Auswahl der philosophischen Schriften Ciceros von Weiszenfels.[1]) Ich habe es schon anderwärts ausgeführt, daß die sogenannte philosophische Propädeutik — und diese ist eine wesentliche Ergänzung der sozialpolitischen — in der Schule nur wirksam sein kann, wenn sie auf die Lektüre gebaut wird; hierfür bieten außer Cicero die Memorabilien des Xenophon, sowie die Dialoge — nicht die großen (außer etwa Protagoras) — Platos das geeignetste Material, besonders Laches und Euthyphron kommen hier in Betracht. Nachdem die leichteren Abschnitte der Memorabilien über die Dankbarkeit der Kinder II, 2 § 6 fin. bis Ende des Kapitels), die Bruderliebe (II, 3), die Körperpflege (III, 12), die Erziehungsbedürftigkeit des Menschen (IV, § 3 bis Ende des Kapitels) gelesen sind, läßt man die Beispiele sokratischer Dialektik (IV, 6), sowie die Abschnitte über die Selbsterkenntnis (IV, 2), über die Gerechtigkeit (IV, 4 bis § 20), über die göttliche Fürsorge (IV, 3) und zuletzt das schwierigere Stück über die Selbstbeherrschung (IV, 5) lesen. Namentlich darf man bei der Besprechung der bezüglichen Stücke nicht unterlassen, auf die Überschätzung des Wissens hinzuweisen, der auch Sokrates unterworfen war.

Im deutschen Unterricht sind namentlich Lessings Laokoon und Dramaturgie für jenen Zweck zu verwerten, sowie die kleineren Abhandlungen über Fabel und Epigramm.

Ganz besonders aber sind es die Tragiker, welche von seiten der

---

1) Vgl. auch Fleischmann, Bamberger Programm über Curtius, sowie ein Schriftchen über Nepos und den Wert biographischer Darstellung, dessen Titel mir entfallen ist.

antiken Lektüre[1]) die ethische Bildung und Vertiefung fördern können. Seit der Verdeutschung (nebst Einleitung) des Aeschylus durch Todt ist dieser hellenische Jesaias, wenn man so sagen darf, auch in den Bereich des Schulverständnisses gerückt. Klingt es nicht wie eine messianische Stimme aus der antiken Welt, wenn es im Prometheus V, 1025 ff. (die Todtsche Verdeutschung ist mir leider nicht zur Hand) heißt:

Nur hoffe Rettung nicht aus dieser Not,
Wo nicht ein Gott als deiner Qual Vertreter
Erscheint, für dich hinabzusteigen willig
Zur Hadesnacht, zum düstern Tartarus!

Hier will ich nur noch die hellenische Lehre von der Hybris und der Nemesis erwähnen, die ganz besonders aus den Tragikern, aber auch aus den großen Historikern in gewaltigen Bildern emporsteigt. Nur darf man sie nicht zu der gewöhnlichen Lehre vom „Neide der Götter" verflachen. Die Gottheit hat den Menschen gewisse Grenzen gesteckt, wer sie überschreitet, macht sich der Hybris schuldig und fordert die Nemesis heraus. Wie läßt sich auch aus dieser Anschauung heraus die Selbstüberhebung, die selbstische Verblendung als die Unheilsquelle erkennen, aus der unablässig das menschliche Herz sich selbst zermartert und zermalmt!

Und wie läßt sich in der Lektüre Shakespeares die Erkenntnis und verheerende Entwicklung der menschlichen Leidenschaften gewinnen und verstehen: von Macbeth, dem tragischen Lehrbuch über das Gewissen, bis zu Richard III., dem tragischen Lehrbuch der Herrschsucht.[2])

Unmittelbar für die sozial-politische Propädeutik sind nicht wenige neusprachliche Schriftsteller zu verwerten, die nur noch nicht ausreichend für den Schulgebrauch bearbeitet bezw. ausgewählt sind, wie Mirabeaus Reden (von Fritsche), Taines Origines (Leipzig, Renger), Macaulay I, 1, 3 mit Auswahl u. A. —

Für einen Lehrer, welcher nicht bloß christlich getauft, sondern auch christlich gesinnt ist, liegt die Frage der **Methode** sehr einfach[3]).

---

1) Wie die fremdsprachliche Lektüre besonders auch zur Bekämpfung des Subjektivismus verwandt werden kann, hat neuerdings J. Rothfuchs gezeigt.

2) Vgl. Schwartzkopf, Shakespeares Dramen auf ewigem Grunde; Münch, a. a. O.

3) Hierzu zu vgl. Schmidkunz, a. a. O., S. 32, 56, 82, 134, 236, 238, 70 f.

Da er weiß, daß die Liebe das Lebensprinzip ist, so weiß er auch aus Erfahrung, daß sie das Erkenntnisprinzip ist: die Liebe bedeutet Hingabe, die Hingabe Verständnis, Verständnis das rechte Verfahren, das rechte Verfahren Erfolg; so ist es in dem Unterricht, so ist es in der Erziehung, wie ich anderwärts weiter ausgeführt habe. Wer den Heiland kennt und in sich trägt, der kennt auch seine Methode und hat in sich die Kraft seines Geistes; er ist überall seines Erfolges sicherer als irgend ein Anderer, man müßte denn nur an äußeren Erfolg denken.

Die Verdienste Herbarts um die Bildung der Methode sind nicht zu bestreiten, nur muß man seine metaphysische Grundlage und seine spezifischen Forderungen nicht dahin rechnen. Was jeder vernünftige Lehrer vor ihm gethan hat, ist von ihm in ein System gebracht worden, was in diesem über jenes hinausgeht, wird immer nur von Einzelnen angenommen werden. Es ist ja auch schon anderwärts ausgesprochen worden — wenn ich mich recht erinnere von Heinzelmann-Erfurt —, daß jener gemeinsame pädagogische Besitz sich in 6 Punkte formulieren läßt:

1. Erziehen und unterrichten ist eine Kunst; 2. ihre höchste Aufgabe ist die Charakterbildung; 3. Hauptmittel ist die Einwirkung auf den Intellekt (hierbei ist das Hauptmittel des Beispiels übersehen, sowie das Gesetz, daß Gleiches nur von Gleichem erzeugt werden kann: Liebe nur von Liebe, Charakter nur von Charakter, Glauben nur von Glauben; wer Wasser fahren will, bedarf des Wassers, wer die Sonne sehen will, der Sonne; wer Gutes hervorrufen will, bedarf des Guten, denn wie es in den Wald schallt, so schallt es heraus, und Trauben kann man nicht von Disteln lesen).

4. Hauptmittel jener Einwirkung auf den Intellekt im Unterricht ist die unausgesetzte Erregung der Selbstthätigkeit, des Interesses der Schüler. 5. Hauptmittel zur Erweckung dieses Interesses ist die Anknüpfung des neuen Unbekannten mit altem Bekannten, sowie die Verknüpfung gleichartiger Vorstellungen verwandter Gedankenkreise. 6. Der erziehende Unterricht ist ein Ganzes, welches in einer Reihe von Einzelheiten verläuft, deren einzelne Glieder im stufenmäßigen Fortschritt sich auf das beständig im Auge zu behaltende Ziel bewegen.

Hieraus folgt vor allem, daß jede Methode, welche zu ihrem Ziele kommen will, darauf Betracht nehmen muß, eben durch jene Anknüpfung nicht bloß das Interesse des Schülers anzuregen, sondern

auch seinem Fassungsvermögen zu entsprechen; sie muß die Lernbegierde reizen durch maßvolle, klare und entsprechende Stoff-Behandlung bezw. -Darbietung; sie muß Befriedigung gewähren durch die Erreichbarkeit der jedesmaligen Forderung und gewährt sie durch das abschnittlich oder stündlich Erreichte. Der Unterrichtsweg ist demnach in soviel Stationen zu zerlegen, als es kleine Unterrichtsabschnitte giebt, und diese müssen, wenn irgendmöglich, in jeder Unterrichtsstunde liegen. Nur das gewährt dem Schüler Freudigkeit — und diese ist nach Goethe die Mutter aller Tugenden —: die Gewißheit, daß er etwas erreicht hat und demgemäß noch mehr erreichen kann; die Klarheit aber, das Lichtvolle der Darstellung und die entsprechende Auffassung des Schülers wirkt nicht bloß intellektuell entsprechend auf diesen, sondern auch entsprechend auf die Gefühle und Affekte z. B. klärend, beruhigend, festigend; auf der Anschaulichkeit beruht das Vertrauen, das Glauben des Schülers; Wärme und Leben in der Darbietung des Stoffes erwärmen und beleben den Schüler; diese aber wirken nicht bloß auf das Herz, sondern auch auf eine erhöhte Teilnahme des Kopfs, denn der Mensch ist ein Organismus. Eine solche Methode, zumal wenn sie von christlichem Geiste getragen und geleitet ist, schafft auch in der Schule Zufriedenheit, Lust zum Gehorsam, Entwicklung der Individualität.

Es ist leicht, diese Grundsätze theoretisch auf die einzelnen Fächer anzuwenden, daß dies auch praktisch geschehe, haben wir Schulmänner fast allein in der Hand.

In Rechnen und Mathematik vor allem ist deshalb nicht die dogmatische, sondern die entwickelnde Methode anzuwenden, und so ist es auch in allen übrigen Unterrichtsfächern mit mehr oder weniger Modifikation zu fordern und durchzuführen. Für den Unterricht in den neuen Sprachen ist dies bei einzelnen Anstalten schon durchgeführt, z. B. an der hiesigen; [1]) das geist-, form- und gehaltlose Häcksel des Plötz wird bald ein völlig überwundener Standpunkt sein, und ihm wird Ostermann und Genossen folgen müssen. Dazu bedarf es allerdings eines vollständigen Bruchs mit der heutigen Lehrmethode in den alten Sprachen. So wenig als ein formulierter philosophischer oder sozialpolitischer Katechismus das betreffende Verständnis erzielen kann, so wenig kann es ein grammatischer; Erkenntnis erzielen und Er-

1) Vgl. den Lehrplan für franz. Unterricht von Walter und Kühn.

kanntes im Gedächtnis aufspeichern sind sehr verschiedene Dinge. Und wenn in den alten Sprachen jene erzielt werden soll, dann muß[1]) der „ganze Grammatizismus“ samt „lateinischer Imitation“ und dem gedankenlosen und leeren Satzhäcksel über Bord. Dann, aber auch nur dann wird der Unterricht in den klassischen Sprachen die oben bezeichneten Früchte des Geistes und des Herzens auch seinerseits wachsen und zeitigen helfen.

Was ich bezüglich der Methode ausgesprochen habe, gilt in noch erhöhtem Maße für die Erziehung, für welche das Christentum nicht bloß Zweck und Ziel, Methoden und Mittel, sondern auch die Kräfte darbietet.[2]) An dieser Stelle kann ich nur einige Punkte zur Sprache bringen.

Wie Familie, Gemeinde und Staat ist auch die Schule ein Organismus. Von beiden letzteren unterscheidet sie sich vor allem dadurch, daß sie es mit minderjährigen zu thun hat, von der ersteren, daß ihre Glieder nicht durch die Bande des Bluts verbunden sind. Daraus folgt in ersterer Beziehung, daß sie keine „Gesetze“ haben, in zweiter, daß sie die Beziehungen der Glieder zu einander und zum Ganzen durch eine bestimmte Ordnung regeln muß. Eine solche Schulordnung hat sich auf das notwendigste zu beschränken und selbstverständliches bezw. ganz Allgemeines, sowie nicht erzwingbares und erzwingenswertes unerwähnt zu lassen. Sowohl aus diesen Gründen, als auch um die Schulordnung in Fleisch und Blut überzuführen, die Lehrer nicht zu einer äußerlichen Handhabung, die Schüler nicht zu Wortklauberei und Kritik herauszufordern, empfiehlt sich eine durch mündliche Überlieferung und Einschärfung fort und fort zur Geltung zu bringende Ordnung, nicht aber eine gedruckte Schulordnung, oder gar „Schulgesetze“. Aber diese mündlich überlieferte Schulordnung muß auch in dem Bewußtsein gehandhabt werden, daß durch sie Unmündige zum Gehorsam erzogen werden sollen. Die Lehrer haben also bei allen Vergehen gegen die Schulordnung vor allem die Aufgabe, die persönlichen Gründe zu erkennen, die den Schüler zur Verletzung derselben geführt haben, sowie welcher Art der Anlaß dazu war. Beruhen jene, wie es die Regel ist, auf Schwächen, wie sie nicht bloß Unmündigen ankleben, zum Beispiel auf Furcht vor Strafe, augenblicklichem Übermut,

1) Vgl. Frick, Lehrproben, Heft 28, S. 89 ff.

2) Vgl. mein früher zitiertes Buch Bibl. Psych. ꝛc. S. 74 ff.

leidenschaftlichem Naturell, — denn Charakter ist da gewöhnlich noch nicht vorhanden —; ist der Anlaß ein solcher, der von den Schülern nicht absichtlich herbeigeführt ist, sondern in allgemeinen, örtlichen oder persönlichen Beziehungen seinem Wesen nach ruht, so wird die Strafe sich auf eine kurze und nachdrückliche Mahnung beschränken können. Ist der Lehrer über die Qualität der Gründe bezw. des Anlasses des Vergehens im Zweifel, so muß er als Erzieher in melius deuten was der Kriminalist in peius zu deuten pflegt. Denn irrt er sich zu Gunsten des Schülers, so schlägt diesem das Gewissen, irrt er aber zu seinen Ungunsten, so entwickelt sich Groll in ihm, und die Gewinnung bezw. Erhaltung eines Vertrauensverhältnisses, das unbedingt erforderlich ist, wird gefährdet. Vor allem die Unmündigen muß man besser nehmen wie sie sind, und je häufiger sie in die Lage kommen, bei Übereilungs- ꝛc. fehlern ein Strafminus zu ihren Gunsten zu fühlen, desto sicherer kann der Erzieher sein, günstige Stimmung für seine Arbeit bei ihnen zu finden. Mit je weniger Strafen ein Erzieher auskommt, desto weiser und besser ist er, und je milder sie sein können, desto wirksamer sind sie. Namentlich hat sich der Lehrer zu hüten, ohne Beachtung der Eigenart eines Schülers, oder seiner Verhältnisse sein Verfahren, auch sein Strafverfahren einzuleiten und zu handhaben, er kann sonst leicht Verstöße gegen die Schulordnung und objektiven Ungehorsam für absichtliche Verletzung des Ge- bezw. Verbots halten, während es, wie gesagt, meist nur Schwächen, Unverstand, Furcht ꝛc. sind, die zu jenem Ergebnis geführt haben. Es giebt kein Gebiet der Erziehung, auf dem die Milde — wohl zu unterscheiden von unbegründeter Schwäche — schneller gute Früchte zeitigt als dieses. Wenn der Lehrer sich gewöhnt alle Versehen und Vergehen mit Einschreiben, Schelten, Arrest — es gibt Lehrer, die antworten auf alle Verstöße der Schüler mit: eine Stunde Arrest! — zu strafen, so nimmt er sich damit selbst die Möglichkeit innerer Einwirkung, d. h. der Erziehung. Die Schule braucht nur in seltenen Fällen Gehorsam zu erzwingen, wenn sie in der Regel zu ihm zu erziehen weiß. Der ohne Not erzwungene Gehorsam sinnt in der Regel auf Rache, der anerzogene auf Folgsamkeit, dort ist der Krieg, hier ist der Friede, dort Mißtrauen und Eigensucht, hier Vertrauen und Altruismus. Der Gehorsam des Friedens ist ein unverlierbares Gut, der des Kriegs ein unverlöschliches Übel, dieser reizt zum Gegenschlag, jener zur Weiterarbeit; dieser ist der Boden der Selbstsucht, jener der der Selbstzucht.

Aber nicht bloß zur Erziehung und Bildung des Gehorsams — das ist ein unbrauchbarer Mann, der nicht befehlen und nicht gehorchen kann, sagt Goethe — ist die Liebe das rechte und beinahe einzige Mittel, sondern auch zur Erreichung des Lehrziels bezw. des dazu einzuschlagenden Wegs. So hängt die Unterrichtsarbeit und Methode aufs engste mit der Erziehung zusammen. Wer von der Liebe nicht beherrscht ist, haßt die Fehler, und qui vitia odit, homines odit sagt Plinius, er sieht alles durch die Brille seiner eignen Selbstgefälligkeit und sieht bei den andern Balken, wo vielleicht kaum Splitter sind; die Liebe dagegen sieht durch keine Blend- sondern eine Scharfbrille, sie sieht die Gründe, Anläße ꝛc. der Vergehungen und Fehler (1. Petri 4.8), sie erkennt die Eigenart, sie allein also ermöglicht Milde und Individualisierung; sie stellt verhältnismäßig selten zu hohe Aufgaben, sie rechnet Fehler und Schwächen nicht zu hoch an, denn sie versteht ihre Entstehung, sie arbeitet mit Langmut, denn sie säet auf Hoffnung, sie freut sich auch des kleinsten Fortschritts, sie hilft zur Erreichung des nächsten Ziels und stärkt den Wegmüden zur Fortsetzung seiner Wanderung, sie weiß immer zur rechten Zeit, die Gemüter durch Furcht oder Hoffnung zu leiten; sie verkennt nicht den rechten Augenblick zu Strafe und Tadel, zu Lob und Vermahnung, zu Ermunterung und Mißbilligung, zu Scherz und Ernst, zu Güte und Strenge, denn sie hat keinen anderen Trieb und kennt keinen anderen Zweck, als das zu thun, was jedesmal das Angemessene ist.[1]) Und so oft sich die Liebe in unsrer menschlichen Schwäche thatsächlich vergreift, ja schwer ver-

1) Plato hat gesagt, die Tugend sei lehrbar, aber nur durch tugendhafte Persönlichkeiten, und Goethe sagt einmal: „Der Mensch versteht nichts, als was ihm gemäß ist, und unser Kopf muß übersehen, was ein anderer Kopf fassen kann, unser Herz muß empfinden, was ein anderes fühlen mag. Eigentümlichkeit ruft Eigentümlichkeit hervor — die Menschen werden nur von Menschen gebildet, die Guten nur von Guten“ und — muß hinzugefügt werden — der Charakter nur von einem Charakter. Nur markige Persönlichkeiten, die sich ihre Kanten aus dem Kulturschliff der Zeit gerettet haben, können erziehend wirken, nur sie haben Suggestionskraft. Die höchste Persönlichkeit aber, die wir kennen, gleichsam das Zentralindividuum, ist Christus, der Gottessohn, von ihm allein geht die Kraft aus, die christliche Charaktere schafft und erhält durch alle Krisen, alle Wachsknoten und Wachszeiten. Von all dem wissen freilich die modernen Vernünftler, die Frühfertigen und Schnellgebacknen, die Alleinweisen nichts; ihnen ist die Weisheit Thorheit, dafür aber sind sie selbst Thoren geworden. Und Thorheit ist es, auf Besserung der Thoren zu harren, meint Goethe.

greift, wird sie doch als Liebe herausgefühlt in allen Gemütern, die ihrer nicht baar sind. Wo die Liebe in einer Schule herrscht, ist Gehorsam und Arbeit freudig, Fortschritt und Leistungen sicher und stet, und das Verhältnis aller Glieder des Organismus ein normales, ein wahres, also auch fruchtbringendes, denn nur was wahr ist, ist fruchtbar. Niemals soll sich der Lehrer aber irre machen lassen durch Undank, der ihm in besonders reichem Maße, namentlich seitens der Eltern zu Teil wird. „Wer Gutes thun will, sagt Luther, muß sich dessen erwägen, daß er es vergeblich thue und seine Wohlthat übel anlege; denn derer sind allezeit mehr, die guten Rat ausschlagen und verachten, als derer, die ihn annehmen. Und sollen wir uns genügen lassen, daß die Wohlthat nicht so gar verloren ist, und wenn unter 10 Aussätzigen Einer wieder kommt und die Wohlthat erkennt, ist es genug. Also, wenn unter 10 Schülern einer ist, der sich ziehen läßt und fleißig lernt, ist es genug; denn so ist die Wohlthat nicht gar verloren. Und heißet uns Christus dem Exempel seines himmlischen Vaters nach, zugleich den Dankbaren und Undankbaren Gutes thun." Freilich dürfen die Lehrer auch keine „Dünkelmeister" sein und sollen „nichts von Habersachen sagen"; sollen „auch die Kinder nicht gewöhnen, Mönche oder Andere zu schmähen, wie viel ungeschickter Schulmeister pflegen".

Je geringer der Anteil der öffentlichen höheren Lehranstalten an der Erziehung ist und, wie die Sachen heute liegen, nur sein kann, desto genauer müssen die an ihnen wirkenden Lehrer ihre Erziehungsobjekte zu kennen suchen, desto sorgfältiger ihre Erziehungsmittel — zu denen ihre Unterrichtsmethode wesentlich gehört — abwägen, desto zweckmäßiger sie anwenden.[1]) Der hier in Betracht kommenden Erziehungsmittel sind nur wenige. Sie sind — außer der Methode —: das Beispiel, Lob, Lohn, Verheißungen, Warnungen, Belehrungen, Zurechtweisungen, Bedrohung, Strafe, es sind also Liebe und Furcht, aber keine Affenliebe und keine knechtische Furcht, sondern die rechte Liebe, die sich zum Strafen zwingt, wenn sie es für nötig hält, die

1) Die besonderen Vorteile ländlicher Erziehung s. bei G. Hansen, a. a. O., S. 161 ff., Die Bedeutung der Pfarrhäuser, S. 170 ff.; seine Bemerkungen über die Kinder von Rentnern (S. 203) sind sehr einseitig. Auch die Anforderung an die Gymnasien, die Auslese der Besten zu besorgen (S. 184 ff.), kann zu bösen Konsequenzen führen, s. Ammon, Die Schule als Werkzeug natürlicher Auslese, 1892.

kindliche Furcht, die sich scheut, dem Geliebten etwas zu Leid zu thun oder zu unterlassen. Solche Erziehung bringt freudigen Gehorsam, der sich selbst zu zügeln sucht; Zufriedenheit des Herzens, Strebsamkeit, die sich nicht auf das Äußere richtet und an ihm hängt, individuelle Kraft und Bestimmtheit ohne Überhebung und Selbstverblendung; nur eine Erziehung, welche des Berufers nicht vergißt, kann Neigung zum Berufe erkennen und fördern, denn ohne Berufer giebt es keinen Beruf, wie es keinen Ruf ohne Rufer geben kann.

Die Erziehungsobjekte sind durchweg unmündig; man hat aber die Stufen der Unmündigkeit wohl zu berücksichtigen und dementsprechend namentlich die Erziehungsmittel zu modifizieren; die Erziehungsobjekte sind aber auch nicht isoliert, sie stehen in Beziehung mit ihrer Umgebung, und in welchem Grade diese wirkt, lehrt die Biologie. Nun sind aber Unmündige insofern jenen Einwirkungen weniger unterworfen, als die Umgebung sich an ihnen noch nicht hat auswirken können, sie sind es aber in höherem Grade, weil sie jenen Einwirkungen keinen selbstbewußten Willen, keinen Charakter, keine klare Lebenserfahrung entgegensetzen können. Auf diesen beiden Thatsachen beruht die Möglichkeit der Erziehung, wie ihre Notwendigkeit.

Da erfahrungsmäßig der Zögling individuelle Anlagen mitbringt, so muß der Erzieher diese zuerst verstehen lernen. Hierbei hat er sich aber vor allem vor der systematischen Psychologie zu hüten, die nur gewisse allgemeine Sätze lehren kann und im Übrigen voll Irrtümer steckt, hier kann nur die empirische Psychologie und besonders die Psychologie der Suggestion helfen; und je mehr der Lehrer von dem Lebensprinzip der Liebe, also auch der Wahrheit, der Vorurteil- und Selbstlosigkeit erfüllt ist, desto mehr eignet ihm der identifikatorische Blick, der Tief- und Durch-, der Wahrheitsblick. Der Erzieher hat sich aber auch vor der oberflächlichen Vererbungstheorie zu hüten, welche ohne weiteres die Eigenschaften der Eltern in den Kindern sucht; daß dies ganz verkehrt ist, hat in der neuesten Zeit besonders Weismann bewiesen.

Fragt sich der Erzieher nun nach den Eigenschaften der Umgebung, die auf seinen Zögling einwirken, so kommen außer der Schule entscheidend in Betracht: Familien-, Orts-, Zeitgeist. Je genauer der Erzieher Eltern und Voreltern seines Zöglings kennt, desto sicherer kann er auf die spezifischen Wirkungen der Vererbung bezw. Veranlagung schließen und darnach seine Thätigkeit einrichten; ist ihm dies

nicht oder nur in ganz oberflächlicher Weise möglich — bei großen Anstalten ist jenes die Regel — so bleibt ihm nur die Kombination der Individualanlagen des Zöglings, die er vor sich hat, mit den spezifischen Elementen des Orts- und Zeitgeistes übrig. Zu dieser Kombination ist er aber nur im Stande, wenn er nicht bloß im Wissen und Glauben, sondern auch im Leben steht, und wenn er Geistes- und Wahrheitskraft genug hat, sich von Orts- und Zeitgeist zu isolieren, und zwar so, daß er ihn weder zu dunkel noch zu licht ansieht, sowie daß er nicht an Einzelerscheinungen oder gar Äußerlichkeiten hängen bleibt. Daß sonach die Erkenntnis des Zeitgeistes von größter Bedeutung auch für den Erzieher ist, liegt auf der Hand.

Wie gelangen wir aber zur Erkenntnis desselben?

Da Weisheit sich nicht aufdrängt, sondern gesucht sein will, so müssen wir auf die Suche gehen; und da der Zeitgeist „im Grund der Herren eigner Geist" ist, so müssen wir bei diesen herumfragen und hören. Und was hören wir da? Die Eltern klagen über die Kinder und umgekehrt, die Schüler über die Lehrer und umgekehrt, die Alten über die Jungen und umgekehrt; die Unteren über die Oberen, die Reichen über die Armen, die Meister über die Gesellen, die Arbeiter über die „Unternehmer", die Konsumenten über die Produzenten, die Gäste über den Wirt, die Herrschaften über die Dienstboten, die Unterthanen — für dieses Wort muß man schon um Verzeihung bitten — über die Obrigkeit — und umgekehrt; es ist ein Zustand, in dem Jedermann wider Jedermann ist, es ist der innere Krieg Aller gegen Alle; Adel vergoldet seine Stammbäume mit erheiratetem Mammon, Mammonsritter wollen auch wirkliche Ritter werden, Bürgerliche behängen sich mit „gnädigen" Titeln, jedes Dienstmädchen ist ein „Fräulein"; dazu will der Stand es dem andern gleichthun, der ihm „über" ist: Luxus, Genuß-, Erwerbssucht überall. Und dabei klagen sie sich Alle an der Selbstgefälligkeit und Eitelkeit, der Hoffahrt, des Hochmuts, der Unbarmherzigkeit, der Ehrsucht, des Strebertums, der Habsucht, des Neids und Hasses; Bequemlichkeit, schlechte Launen, Unfreundlichkeit, Unruhe, Ungeduld, Unfriede, Zorn, Trotz, Eigensinn und Selbstbetrug, Arglist, Falschheit, Lüge und Ungerechtigkeit, Zweifelsucht, Hohn, Beschimpfung, Gedankenlosigkeit, Dumpfheit und Stumpfheit scheinen unsre Zeit zu erfüllen; Mißtrauen gilt für ein nötiges Erfordernis, Glauben und Vertrauen für eine Thorheit. Und hat uns nicht Schiller in Wallensteins Tod längst

gelehrt, daß „Krieg ist ewig zwischen List und Argwohn, nur zwischen Glauben und Vertrauen ist Friede“. Jeder besteht heute auf seinem vermeintlichen „Rechte“; daß dem Recht stets seine Pflicht gegenübersteht, hat nur noch im altgermanischen Recht eine Stelle; jeder hält seine Arbeit für die schwerste und klagt über sie, der sogenannte Gebildete meidet jede Berührung mit dem „gemeinen Mann“, und wenn einmal Einer von jenen eine Ausnahme macht, so begegnet er bei diesem nicht selten einer brutalen Zurückweisung. Weshalb dies Alles? Weil eben jeder nur das Seine sucht: das Lebensprinzip des Zeitgeistes ist die rücksichtsloseste Selbstsucht, diese furchtbare Menschengeißel, die eine Gottesgeißel, eine Zuchtrute ist, und, wenn sie als Zuchtrute auf das herzensharte Geschlecht nicht mehr wirkt, zur Vernichtungsgeißel wird.

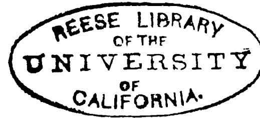
Gegen ein solch satanisches Lebensprinzip kann nur das göttliche Lebensprinzip helfen, und das ist kein andres als die Liebe. Sie ist das „Beste in der Welt“, — die Selbstsucht ist das Schlimmste in der Welt —: sie bringt den „Frieden“ — die Selbstsucht den Unfrieden —; sie bringt das „Schönste im Leben“ — die Selbstsucht aber das Häßlichste.[1])

Dieses Lebensprinzip der Liebe gilt es wieder in dieser Welt der Selbstsucht und des Unfriedens, in uns, in unsern Zöglingen einzupflanzen, oder alles wird Flickwerk, dessen Haltbarkeit zweifelhaft bleibt. Je mehr wir Lehrer uns mit Liebe erfüllen, desto mehr werden wir die Wahrheit des Goetheschen Wortes erfahren: „Man lernt von dem, den man liebt“. Und wie erlangen wir die Liebe? Indem wir die Werke der Liebe thun gegen alle Bedürftige, seien sie auch Unwürdige — wie würdig sind wir selbst? —, indem wir uns in Gottes Wesen versenken, das ja die Liebe ist, und uns in Seine Liebe vertiefen. Dann erhalten wir die Liebe, dieses Lebensprinzip, welches ist das „Band aller Vollkommenheit“. Wie die Dunkelheit nur durch das Licht, die Kälte nur durch die Wärme, der Un- und Aberglauben nur durch den Glauben vertrieben wird, so die Selbstsucht nur durch die Liebe. —

Wenn in diesem Geist Haus, Kirche, Heer und Schule arbeiten und in ihm die Deutschen ihre Selbstzucht ernstlich in die Hand nehmen, dann wird es in unserem Hause bald ganz anders, viel, viel besser bestellt sein. Dazu helfe uns der Allmächtige!

---

1) Siehe Gerlach, Goethe als Sozialpolitiker (1892).



Sechstes Buch.

Friedensarbeit in Staat und Gesellschaft, in Publizistik, Wissenschaft und Kunst.

---

1. Die Friedensarbeit in Politik und Verwaltung.

Es wird nicht bestritten werden können, daß die heutige Gesellschaft, atomistisch und selbstsüchtig wie sie ist, in der Regel nur ihren Trieben und Leidenschaften, d. h. dem folgt, was in der Gegenwart als Bedürfnis empfunden wird. Wollte der Staat sich von denselben Tendenzen beherrschen lassen, so würde er sich selbst zerstören. Je mehr aber der Staat direkt oder indirekt von der Gesellschaft beeinflußt oder gar beherrscht ist, desto schwerer wird es ihm seine Schuldigkeit zu thun. Eine Regierung, die aus jener hervorgegangen ist, wird sich ihre Gunst erhalten müssen, wenn sie auch nur äußerlich Bestand haben will; d. h. sie wird die sozialen Übel zu einer staatlichen Einrichtung machen; die herrschenden Klassen werden den nationalen See ausschöpfen bis auf den Grund, sie werden das Staatsgebäude aushöhlen bis es zusammenfällt. An geschichtlichen Beispielen für einen solchen Verlauf fehlt es bekanntlich nicht. Regierungen solcher Art haben wir in Deutschland nicht, wohl aber Einrichtungen, welche einen erheblichen Einfluß der Gesellschaft auf das Staatsrad fließen lassen, dies geschieht vor allem durch die politische Verfassung, die Konstitution. Während der Parlamentarismus bekanntlich Parteiherrschaft ist, beruht die konstitutionelle Regierung auf Verständigung, und je stärker ein nationales Königtum ist, das an der Spitze jener steht, desto gesicherter ist die Verfassung gegen den Parlamentarismus. Nun ergiebt aber schon eine oberflächliche Betrachtung, daß auch die konstitutionelle Verfassung an Übeln leidet, die man als Heuchelei und Unwahrheit bezeichnet. Man sagt: die Stellung des Regenten ist unklar, seine Maßregeln sind von ministeriellen Gegenzeichnungen abhängig ꝛc. Nun ist allerdings zu bemerken, daß gerade die Parteien, welche notorisch nach Parlamentsherrschaft streben, am besorgtesten

dafür scheinen „daß der Fürst nicht in die Debatte gezogen" wird; daß sie dies aus einem anderen Grund thun, als um ihn immer mehr hinter der parlamentarischen Kulisse verschwinden zu lassen — wie die Deisten ihren vermeintlichen Gott — wird sich kaum annehmen lassen. Eine noch handgreiflichere politische Heuchelei findet man darin, daß die Abgeordneten nach der Verfassung Vertreter des ganzen Volkes sein sollen, in Wirklichkeit aber — abgesehen von lokalen Interessen — Vertreter von Berufsgruppen sind. Diese Abgeordnete, wird fortgefahren, sind aber auch häufig gar keine Vertreter des Volks, denn es kommen nicht ganz selten Minoritätswahlen vor, oder — viel häufiger — Verbindungen von Minderheitsparteien, welche ad hoc die verhaßte Mehrheitspartei schlagen, oder es siegen ganz schwache Mehrheiten über sehr große Minderheiten, die dann jeder Vertretung verlustig gehen; und diese Umstände führen nicht bloß zu hinterlistiger Parteitaktik, sondern auch zu maßlos gehässiger Agitation.

Was die Stellung des Regenten betrifft, so braucht sie im konstitutionellen Staat nicht heuchlerisch verschleiert zu sein, wenn die Persönlichkeiten der Regierenden danach sind, und diese an einer loyalen Landesvertretung den nötigen Rückhalt finden. Alle anderen erwähnten Übel bestehen allerdings, und ihnen ist insgesamt nur durch ein Mittel abzuhelfen, nämlich, daß die thatsächlichen Verhältnisse, die Wahrheit bestimmen, d. h. also in diesem Falle, daß wirtschaftlich-soziale Gruppen Wähler sind und Vertreter schicken.[1] Dieser Modus ist in Deutschland durchführbar, weil die Selbstverwaltung vorgearbeitet hat, sie ist aber auch aus wirtschaftlich-sozialen Gründen nötig, wovon später noch die Rede sein wird. Gewissenhafte Regierungen, die ihre Zwecke erreichen wollen, bedürfen einer fortwährenden Fühlung mit allen Teilen des Staatsorganismus, mit allen treibenden Kräften einer Nation, um sie erkennen, leiten und eventuell zusammenfassen zu können. Wo in einer Volksvertretung offen und klar Interesse gegen Interesse auftritt und geltend gemacht wird, da kann ein Abwägen derselben beziehungsweise ein Einschränken, Kontrabalancieren oder Zurückweisen derselben statthaben.

Das ist heute im besten Falle nur ganz verschleiert möglich. Unser heutiges System beruht aber nicht bloß auf einer großen Un-

---

1) Vgl. auch Rosin, Minoritätenvertretung ꝛc. (1892), der leider diesen Gedanken nur gestreift hat, S. 32.

wahrheit, sondern es hat zwei Prinzipien zusammengeschweißt, die sich auf die Dauer nicht zusammenhalten lassen, denn sie sind heterogen. Die Selbstverwaltung und ein großer Teil unserer öffentlichen Einrichtungen und Gestaltungen beruhen auf der Voraussetzung, daß der Staat ein Organismus sei, das arithmetisch ausgespitzte Stimmrecht dagegen ist mechanisch. Eins von beiden Prinzipien muß zur Geltung kommen, oder Verfall und Gewalt antworten. Soll das letztgenannte das bestimmende werden, so muß die gesamte Verwaltung zentralistisch eingerichtet, der Staat also zu einem Mechanismus gemacht werden, wie ihn Napoleon I. für Frankreich geschaffen hat. Daß dann aber das allgemeine Wahlrecht und die ganze Demokratie erst recht fallen müßten, beweist eben der Verlauf in Frankreich, den ich bei Taine (III, 1 S. 127 ff.) nachzulesen bitte. Nur ein paar Hauptpunkte. Nachdem infolge der Revolutionstheorie à la Rousseau und Jakobiner das allgemeine gleiche Wahlrecht eingeführt war, erforderte die Konsequenz — das Erfurter Programm fordert sie bekanntlich sehr energisch —, es auch für alle lokalen Gewalten in Geltung zu setzen. Da diese Theorie nur Bürger an sich kennt, kennt sie nicht einmal den Unterschied zwischen Stadt und Land, geschweige das Bedürfnis, leistungsfähige Körperschaften zu gestalten. Die Gesetzesschere, sagt Taine, hat mit einem Schnitt von einem Stück Stoff 36 000 gleichartige Röcke heruntergeschnitten, ohne zu bedenken, daß die Träger von verschiedner Größe und Stärke sind. Und so paßt der Rock eben keinem recht. Die ländlichen Gemeindevertretungen — 400 durchschnittlich gehören zu einer Präfektur — sind in der Regel ebenso ratlos wie unthätig; wer die Geschäfte macht, ist ein Präfekturbeamter, der sie alle über einen Kamm schert. Alles geschieht nach der Schablone; die Bureaukratie, und wäre sie die intelligenteste und fleißigste der Welt, kann die wirklichen Bedürfnisse nicht befriedigen, denn sie kennt sie nicht einmal ausreichend. Also auch hier wieder die Uniform, die niemand paßt. Da aber der Präfekt sich mit denjenigen halten muß, welche die nächsten Wahlen machen, so tritt ein Zustand ein, den Taine mit dem eines schlecht geleiteten Gasthofs vergleicht. Das Personal, sagt er, wird immer zahlreicher und untüchtiger; zwischen zweierlei Machthabern hin und her gezerrt, ist es gezwungen, politischen Eifer zu entfalten oder zu heucheln, ein Personal, das aus zwei Gruppen besteht: den neuen Strebern, denen durch Regelwidrigkeiten in der Beförderung die besten Stellen zufallen, und den alten

Beamten, welche sich geduldig hierein fügen müssen, aber infolge dieser Mißstände geringwertiger werden. Dies Hotel erfahre immer mehr Um- und Anbauten, Facadenschmuck ꝛc., deshalb müssen Schulden kontrahiert und den Insassen immer höhere Rechnungen vorgelegt werden. „Die Betriebseinnahmen fließen zumeist aus Zwangsquellen und sie genügen nicht zur Bestreitung der Ausgaben. Die Schulden übersteigen den Besitzstand, das Gleichgewicht des Budgets besteht nur auf dem Papier. Mit einem Worte: „Die Firma stellt ihre Kunden nicht zufrieden und geht dem Zusammenbruch entgegen."

Indem Taine als Vorbild die preußische Städteordnung bezeichnet, — heißt er deshalb Farceur? — beklagt er es, daß das allgemeine Wahlrecht seine verheerenden Wirkungen auch in der Lokalverwaltung geltend gemacht habe, nämlich: Entfernung der Besten, Herrschaft rednerischer Schwätzerei und plumper Schmeichelei, der Scheinarbeit und Phrasendreherei, der Gespreiztheit und Unfähigkeit.

So lange das allgemeine Stimmrecht besteht, darf keinenfalls an die weitere Ausdehnung desselben auf Land, Provinz, Bezirk, Gemeinde gedacht werden, die Selbstverwaltungskörper müssen weiter ausgebildet werden, aber die Einheit und Wirksamkeit der Verwaltung muß gesichert bleiben. In allen diesen wichtigen Punkten sollten die gemäßigten Parteien mit den Regierungen alsbald in Einverständnis zu kommen suchen.

Gemäß der Aufgabe des Staats, den Tagesleidenschaften der Gesellschaft und ihren egoistischen Teilbestrebungen entgegenzutreten, handelt es sich auch um die Erhaltung der bestehenden Stände oder Klassen. Daß diese mit einander noch durch etwas Anderes verbunden sind als durch wirtschaftlichen Verkehr, daß vielmehr zwischen ihnen ein organischer Zusammenhang besteht, kann nicht bezweifelt werden.[1]) Dauernd ist nur der Stand der Grundbesitzer; aus dem Überschuß der ländlichen Bevölkerung findet ununterbrochene Erneuerung und Ersatz des Mittelstandes statt, wie die im Lebenskampf geschwächten oder unterlegenen Mitglieder dieses Standes in den Arbeiterstand übergehen, dem ihre Eltern oder Voreltern zum Teil schon angehört haben. Hansen, der diese Fragen sehr eingehend untersucht, hat m. E. unanfechtbar nachgewiesen, daß die ländliche Bevölkerung nicht bloß Butter und Käse, sondern auch Menschen — geistige und physische

1) G. Hansen, Die drei Bevölkerungsstufen, 1889.

Qualitäten — liefert, und daß daher auf der Erhaltung dieses Teils der Bevölkerung die Existenz des Staats beruht. Nicht nur Offiziere und Beamte, auch die ganze Intelligenz des Mittelstandes kommt aus ihm. Der Landadel sendet seine jüngeren Söhne in die Armee, damit sie Kameraden seiner Majestät werden und dieser Ehre opfert er keinen geringen Teil seines Einkommens. Jedes adlige Gut bedarf eines gewissen Umfangs, sonst ist es nicht mehr leistungsfähig — wie sehr viele im Süden und Westen Deutschlands — jedes Gut überhaupt, das in die Hände von Städtern kommt, wird seinem Zweck entfremdet und ist nichts wie Kapitalanlage; jeder solche Fall wäre einer besonderen Erlaubnis bezw. Besteuerung zu unterwerfen. Erteilung von Adelsprädikaten sind bloß dann förderlich, wenn der Prädizierte den entsprechenden Grundbesitz in Selbstbewirtschaftung hat, bezw. behält. Der Landwirtschaft muß der Staat die Existenzbedingungen schaffen, die bei Selbstbewirtschaftung Erhaltung des Guts sowie der Familie ermöglichen.[1]) Vor allem verlangt das Land ein anderes Erbrecht[2]) als die Stadt, denn die Existenzbedingungen beider sowie die Art des Besitzes sind grundverschieden. Der Kaufmann und Industrielle schlägt sein ganzes Kapital in verhältnismäßig kurzer Zeit um, der Landwirt hat es im Boden festgelegt, der Kaufmann kann es darum vererben an so viele Kinder er hat; der Bauernhof ist nur in einer gewissen Größe zu bewirtschaften, dieses Grundkapital darf also nicht teilbar sein. Bei jedem Gutsübergang ist dafür zu sorgen, daß der Übernehmer wirtschaftlich bestehen kann; dazu haben landwirtschaftliche Genossenschaften mitzuwirken. Ohne die entsprechende Umgestaltung des Erbrechts ist keine dauernde Besserung denkbar. Das Lebenselement des Kaufmanns ist die Konkurrenz, das des Landwirts die Vermeidung derselben, und dies ist nur durch die gesetzlich geforderte Vererbung auf einen Nachfolger möglich; die Kornzölle sind vorläufig aufrecht zu erhalten, keinesfalls vorerst herabzusetzen; für Hypothekenbelastung wäre eine Maximalgrenze festzustellen, Vertreibung vom Hof sei nur bei nachgewiesener schlechter Wirtschaft gestattet, eventuell geschehe Verwaltung durch Ernannte der bezüglichen Genossenschaft; ein Teil der Grundschulden wäre durch Gesetz unter bestimmten Kautelen zu erlassen, das Zusammenlegen der Äcker durchzuführen; dem Hinauf-

1) Hansen, a. a. O., S. 329 ff.

2) Vgl. das in Baden geplante Anerbenrecht im Soz.-pol. Z. I, Nr. 33.

treiben namentlich auch der städtischen Grundrente wäre entgegenzuwirken, desgleichen dem Indiehöhegehen der Bodenpreise, denen der reelle Wert gar nicht mehr entspricht. Nicht bloß die ganze Grundrente, sondern auch noch einen Teil des Arbeitslohns muß der Bauer in die Stadt tragen (Hansen Seite 319). Indem ich bezüglich der Staatsthätigkeit für die unteren Klassen des Mittelstandes und die Arbeiter auf die folgenden Abschnitte verweise, will ich in diesem Zusammenhang nur noch zwei Punkte besprechen: die Staatsschulden und die Besteuerungsgrundsätze.

Eines Tags, bemerkt Hansen (Seite 363), sprach ein Vater zu seinem Sohn: „Ich habe dir ein gutes Geschäft gekauft und gebe dir einen Rat, den du nie vergessen darfst: Strebe immer danach, daß deine Ausgaben nicht von deinen Einnahmen überschritten werden. Behältst du gegen Jahresschluß etwas übrig, so eile es auszugeben, wenn auch für unnötige Dinge, denn Überschüsse sind sehr verderblich, hast du aber ein Defizit, so sei ohne Sorge, es giebt Leute genug, die dir gerne gegen mäßigen Zins leihen; und kannst du ihn einmal nicht zahlen, so findest du auch für diesen neue Darleiher. Nur im Zinszahlen sei immer pünktlich, so wird es dir nie an Kredit fehlen." Mit diesem wahnsinnigen Rat will Hansen die Maximen der modernen Finanzwirtschaft zeichnen;[1]) und daß er der Wahrheit unheimlich nahe kommt, beweisen seine weiteren Ausführungen: Um die Kapitalisten zu schonen, wurden keine Steuererhöhungen vorgenommen, sondern Kapitalien aufgenommen, bei Kriegen Blut, aber kein Geld entrichtet, so daß die Kapitalisten aus jedem Krieg mit neuer Kraft hervorgehen; Friedrich der Große hat drei große Kriege geführt, viele, viele Millionen Thaler zur Urbarmachung von Land und Hebung der Volkswirtschaft verwandt und nicht bloß keine Schulden hinterlassen, sondern gegen 200 Millionen Mark im Staatsschatz.

Und welche Steuerbefreiungen und Steuerschenkungen erlauben sich Staaten, die schon ziemliche Schulden haben. Da sind die Verteilungen nach der lex Huene; man frage einmal in Kreisen und Gemeinden danach, wozu diese Dotationen verwandt worden sind; die Antworten werden wenig Erfreuliches bringen. Was nutzt den unteren Klassen die Erlassung der direkten Steuer? Nicht wenige unter diesen haben sich zu Zwecken selbst besteuert, die mit staatlichen nichts

1) Vgl. auch Varuna, Ursache der Entartung des soz. Bauers, 4. Aufl. 1892, S. 11 f.

gemein haben; oder ist vielleicht ihre Dankbarkeit bemerkbar geworden? oder hat man mehr Opferwilligkeit verspürt? Gewiß nicht; denn kleine Geschenke erhalten wohl die Freundschaft, begründen sie aber weit weniger als geleistete Dienste; nicht Wohlthaten fesseln an den Staat, sondern Pflichten. Und wenn jemand behauptet, die 18 bis 20 Millionen, welche das Reich für die sozialen Versicherungen bezahle, seien im Grund ein Geschenk an die leistungsfähigen Unternehmer, wie soll man da den Gegenbeweis führen? Sollte man nicht viel eher darauf Bedacht nehmen die Staatsschuldentilgung energischer in die Hand zu nehmen und sich von den Herren von Rothschild, Bleichröder ꝛc. freizumachen? Also keine Steuererleichterungen und -schenkungen, ehe nicht die Schulden zum großen Teil gedeckt sind; alle Steuerüberschüsse fließen in jene Tilgungsklasse. Bei der preußischen Steuerorganisation dürfte sich wohl Gelegenheit finden, auch nach dieser Richtung wirksame Maßnahmen zu treffen und auch die Frage zu erwägen, inwiefern für den übermäßigen Hochstand der Grundrente, insbesondere beim städtischen Grundbesitz, durch eine besondere Besteuerung ein Ausgleich geschaffen werden könnte, der zu dem genannten Zweck zu verwenden wäre.[1])

Wenn auch nicht bestritten werden soll, daß der Heereshaushalt hoch steht, so kann ebenso wenig bestritten werden, daß die Heeresverwaltung im ganzen eine musterhaft sparsame und zweckmäßige ist, und daß diese Ausgaben nicht bloß bitter-nötig sind, sondern auch produktiver wirken als gewöhnlich angenommen wird. Es sollte nicht vergessen werden, daß es der Landadel ist, der auch heute noch zu einem erheblichen Teile der Nation ein Offizierkorps stellt, auf dem die Größe der Armee beruht, und das in seinen jüngeren Gliedern vom Staat so niedrig besoldet wird, daß mehr oder weniger ein Ehrendienst darin gesehen werden muß. Und das muß er bleiben, sonst wird er ein Gewerbe, das der Größe der Aufgabe nicht gewachsen ist. Und je mehr sich jene Anschauung von Ehrendienst auch bei den Beamten hält, bzw. entwickelt, desto besser wird die Verwaltung in allen Zweigen bestellt sein, daß auch dieser Stand in vielen seiner Glieder zum Nährstande gehört, das sollten vor allem Handel und Industrie anerkennen. —[2])

---

1) Vgl. Hansen, a. a. O., S. 365 f.; Varuna, a. a. O., S. 89 ff.

2) Vgl. z. B. Whitmann, a. a. O., S. 190, 213, und Hansen an verschiedenen Stellen.

Der erste Entwurf des deutschen bürgerlichen Gesetzbuchs hat auf sehr vielen Seiten Anstoß und von nicht wenig Sachkundigen eine herbe Kritik erfahren, namentlich wurde seine romanistische Einseitigkeit, seine zum Teil undeutsche und unverständliche Fassung und die starke Vernachlässigung oder gar Unterlassung bezüglich der wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben einer neuen Gesetzgebung scharf und zum Teil mit Recht getadelt. Gerade in letzterer Beziehung hat A. Menger in seiner Schrift „das bürgerliche Recht und die besitzlosen Klassen" sich im Einzelnen meist zutreffend, wenn auch hier und da zu scharf und weitgehend geäußert. Hier kann ich nur darauf verweisen und aussprechen, daß, soviel von der 2. Bearbeitung bekannt geworden ist, auch in dieser Hinsicht erhebliche Besserung zu erwarten steht. Ich will nicht versäumen, noch einmal ausdrücklich darauf zu verweisen, was ich früher bezüglich des Eigentums vorgebracht habe, sowie daß angesichts der Entwicklung der Elektrotechnik durch ein deutsches Wasserrecht dafür gesorgt werden muß, daß die Wasserkräfte in Deutschland im allgemeinen Interesse verwandt und nicht wieder von einzelnen Unternehmern oder Kapitalisten-Vereinigungen für ihre Zwecke dienstbar gemacht werden.[1]) Die Frage bezüglich der gesetzgeberischen Behandlung der Börse schwebt noch.

Professor von Liszt hat neuerdings (Soz.-pol. Zentralbl. I, Nr. 5) gesagt: Jede Gesellschaft hat die Verbrecher, die sie verdient. Unsere ganze Erziehung in Schule und Leben beruht auf Suggestion, welche „Hemmungsvorstellungen" auch gegen das Verbrechen liefert. Je mehr diese in Fleisch und Blut übergehen, desto sicherer und unbewußter wirken sie. Bei der großen Masse bewähren sich jene Vorstellungen aber nur im Kreise der Genossen, in geschlossenen Kreisen. Werden diese zerstört, wird die Gesellschaft atomisiert, so geht es auch mit jenen zu Ende: „Deklassiert den Menschen, und ihr habt ihn dem Verbrechen in die Arme getrieben. Und diese Deklassierung hat unsere heutige Wirtschaftsordnung reichlichst besorgt. Sie hat den Egoismus entfesselt, ohne ihm Schranken zu setzen. In dem Proletariat

1) Auch die Frage, die Dr. Katz angeregt hat, nach Art des französischen bürgerl. Gesetzbuchs gegen die „unlautere Konkurrenz" vorzugehen, will ich hier nicht erörtern; mir scheint, es wird bei solchen Bestimmungen kaum etwas Nennenswertes erzielt werden; auch ein bezüglicher Zusatz zum Strafgesetzbuch, wie Katz will, wird nichts helfen.

hat sie den Nährboden selbst geschaffen, in dem der Mikrobe des Verbrechens gedeiht."

Professor v. Liszt gehört, wie man weiß, der neueren Schule der Strafrechtslehrer an, welche — auf die Ergebnisse der Hypnose bezw. Suggestion gestützt — eine neue Kriminal-Psychologie bezw. Anthropologie schaffen will. Ihr steht die ältere dogmatische Schule gegenüber. Zwischen beiden sucht der Kongreß für Kriminal-Anthropologie zu vermitteln. Der im August 1892 zu Brüssel versammelte Kongreß hat denn auch Lombrosos These, daß es geborne Verbrecher gäbe, stark angegriffen, und es trat eine starke Strömung hervor, welche die Neuen vor zu weitgehenden Schlußfolgerungen, die Alten vor zu beharrlicher Dogmatik warnte. Jedenfalls darf es schon jetzt ausgesprochen werden, daß das Strafrecht auf ganz neuer psychologischer Grundlage aufgebaut werden muß, wenn es seinen Zwecken entsprechen soll.[1])

Ebenfalls von sozialpolitischer Bedeutung ist die Behandlung jugendlicher Verbrecher und verwahrloster Kinder und der Bericht der von der internationalen Kriminalistischen Vereinigung (Gruppe Deutsches Reich) gewählten Kommission, den Appelius (Berlin 1892, 4 Mk. 50 Pf.) abgefaßt hat.

Bezüglich der Schulverfassung halte ich für besonders beachtenswert die Institution der Schulgemeinde, wie sie Dörpfeld in seinem „Fundamentalstück" neuerdings wieder vertreten hat, bezüglich der Kirchenverfassung weise ich hier nur auf Sulze hin, denn der Vorschlag, den A. Jäger (soz. Frage III, S. 100 ff.) macht, scheint mir noch nicht ausgetragen genug, um hier in Erwägung gezogen zu werden.

---

2. Wirtschaftliche Maßregeln.

Aus der bezüglichen englischen Statistik ergiebt sich, daß in England während der letzten sechzig Jahre die Steigerung in der Produktion der Baumwolle ca. 680 % beträgt, in der englischen Land-

---

1) Ich verweise nur auf Preyer, Der Hypnotismus, S. 149; Schmidkunz, a. a. O., S. 59 ff., 168 f., 304 ff.; Lombroso, Der Verbrecher und die bezüglichen Arbeiten von v. Krafft-Ebing, v. Lilienthal u. A.

wirtschaft beträgt die Steigerung im Laufe eines Jahrhunderts — eingerechnet den mittlerweile in Anbau genommenen Boden — knapp 30%.[1]) Dabei ist zu bemerken, daß die englische Landwirtschaft wohl die rationellste der bekannten Welt ist.[2]) Soviel andere entsprechende Zahlen man auch zusammenstellt, soviel steht unzweifelhaft fest, daß die Landwirtschaft nicht entfernt eine solche Ertragssteigerung aufweist wie die Industrie. Da nun der Arbeiter durchschnittlich 70% seines Einkommens für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu verwenden hat, so ist sein Einkommen, sein Lohn wesentlich durch diesen Verbrauch normiert. Je mehr die Konkurrenz die Manufakturpreise drückt, desto mehr sucht der Unternehmer die Produktionskosten zu verringern, also auch die Ausgaben für Lohn. Da dieser nicht unter das Lebensminimum getrieben werden kann, so werden minderwertige Kräfte gegen noch geringeren Lohn (Frauen und Kinder) eingestellt und zugleich wird alles in Bewegung gesetzt, um einerseits den Absatz zu mehren, andrerseits die Lebensmittelpreise zu drücken; beides kann mit einer Klappe geschlagen werden: mit Handels- und Zoll-Abkommen. Durch dergleichen Handelsverträge wird auf bestimmte Zeit ein bestimmtes Absatzgebiet unter bestimmten Bedingungen gesichert. Nehmen wir an, es sei zu Gunsten der deutschen Kontrahenten geschehen, so mehrt sich der Absatz, die Löhne der Industriearbeiter werden besser, der Erfolg scheint gesichert. Nun sind aber mit jenen Verträgen zugleich die Lebensmittelzölle bedeutend herabgesetzt, amerikanische und russische Lebensmittel strömen billig ins Land, die Lebensmittelpreise fallen; der Landwirt macht seinen Überschlag, der Ertrag ist wieder geringer geworden, er muß sich noch mehr placken und einschränken, die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter fallen immer mehr, während die der Industriearbeiter immer mehr steigen. Die landwirtschaftlichen Arbeiter aller Art gehen zur Stadt und suchen Arbeit. Und nun sinken die Löhne der Industriearbeiter bei dem erhöhten Angebot, viele kommen auf die Straße; das Spiel kann von neuem beginnen. Man sieht: Industrie und Landwirtschaft ziehen das Nahrungstuch hin und her, das einemal hilft der Gesetzgeber diesem, das andremal jenem ziehen. Da man aber weder von Shlipsen, noch von Stahlfedern leben kann, so wird der Gesetzgeber allmählich bedenklich werden, mehr

---

1) Wolf, Sozialismus, S. 336 ff.

2) H. Losch, Nationale Produktion 2c., S. 240.

für die Vermehrung dieser als für die von Fleisch und Brot zu sorgen, zumal wenn er merkt, daß die nationale Wehrkraft auf der Landbevölkerung beruht. Dieser Erkenntnis steht aber die Thatsache gegenüber, daß man Brot und Fleisch in Fülle und billig haben kann, wenn man dem amerikanischen, russischen rc. Produzenten die Thore öffnet. Da aber mittlerweile der einheimische Bauer immer ärmer geworden ist, die Bevölkerung noch mehr zugenommen hat, die Konkurrenz auf dem sogenannten Weltmarkt die Preise von neuem gedrückt, Absatz und damit Einnahme weiter verringert hat, so wird eines Tages der Fall eintreten, daß die Amerikaner zwar noch Getreide, Schinken und Corned-beef zu Markt bringen, wir aber kein Geld mehr haben, es zu kaufen.

Im Jahre 1881 äußerte ein amerikanischer Politiker dem bekannten Soziologen R. Meyer gegenüber: „die Vereinigten Staaten haben nur einen Feind, England, und nur einen natürlichen Verbündeten, Rußland. Allein der Moment, in dem beide Reiche gegen England und seine etwaigen Verbündeten den Krieg aufnehmen könnten, sei noch ferne; inzwischen müßten die Vereinigten Staaten sich vorbereiten, und zwar auf jenem Gebiet zuerst, auf dem sie nicht durch die Eifersucht Englands gehindert werden könnten, dem der inneramerikanischen Kommunikationsmittel, Kanäle und Eisenbahnen. Alsdann würden die Vereinigten Staaten ihre Industrie durch den entschiedensten Schutzzoll mit der englischen konkurrenzfähig machen. Sie würden amerikanische Dampferlinien aus allen amerikanischen Haupthäfen nach allen europäischen Haupthäfen konzessionieren und so stark staatlich subventionieren, daß keine der existierenden Privatdampferkompagnien mit ihnen konkurrieren könnte. Alle diese amerikanischen Dampfer würden unter Aufsicht von Marineoffizieren gebaut und kriegsfähig sein. Bis dahin werde Rußland seine sibirischen Eisenbahnen ausgebaut haben und dadurch bündnisfähig mit Amerika werden; beide Mächte würden die englische Flotte aus dem Stillen Meere verdrängen und eine Kommunikation daselbst von Wladiwostock nach San Francisko offenhalten“.[1]) Daß ein großer Teil dieses Programms schon durchgeführt ist, kann nicht bezweifelt werden. Als Präsident Harrison Frühjahr 1891 auf seiner Rundreise nach Galveston kam, äußerte er: „Wir sind groß und reich genug, um unsern Sinn auf größere Unter-

1) Bei Losch, S. 221 ff.

nehmen zu richten. Wenn Sie damit zufrieden sind, daß die Nationen Europas den ganzen Handel der südlich von uns gelegenen Republiken absorbieren, so bin ich es doch nicht. Dieser Handel ist von rechtswegen unser, und zwar sowohl wegen der Nachbarschaft und der bequemen Verbindung, als auch wegen der Sympathie, welche die Hemisphäre, in der es keine Monarchie giebt, miteinander verbindet. Ohne Staatsgeheimnisse verraten zu wollen, glaube ich doch mitteilen zu dürfen, daß der Vertrag mit Brasilien nicht lange mehr der einzige bleiben wird ꝛc."

Soviel steht jedenfalls fest, daß Mitteleuropa, auch Deutschland, in seiner Ernährung wesentlich von Amerika beziehungsweise Rußland abhängt, sowie daß andererseits der Absatzmarkt immer mehr zusammenschrumpft, da immer mehr Nationen „absatzsuchend in die Arena treten". (Losch S. 4.) Wenn auch der außereuropäische Markt noch auf Jahre hinaus, namentlich durch China und Japan auch für Deutschland ergiebig ist, so kann gar nicht daran gezweifelt werden, daß auch dieser mit der industriellen Erstarkung anderer Völker — außer Japan besonders der Amerikaner — allmählich kleiner und immer ertragsloser werden wird. Nimmt man die furchtbare Waffenrüstung und Staatsverschuldung Europas, den National-, Klassen-, Partei- ꝛc. Streit, dann erscheint die Lage auch Deutschlands immer bedrohlicher. Wenn man aber fragt, was macht denn Amerika vor allem zu dem so gefährlichen Konkurrenten? so antworten alle Sachverständigen: Nicht sein reichliches, im Vergleich zur Bevölkerung noch nicht völlig okkupiertes Grundeigentum, sondern seine technische Vervollkommnung in der Warenerzeugung, auch in der landwirtschaftlichen. „Die Stärke unseres Jahrhunderts, sagt Losch S. 22, liegt in einer stetig fortschreitenden raschen Verbesserung und Entwicklung der Einzeltechnik. Die Schwäche desselben und insbesondere eine zunehmende Schwäche Westeuropas ist die planlos zersplitterte Anwendung dieser fortwährend sich vervollkommnenden Einzeltechnik". Und gerade die Planlosigkeit [1]) bei einer so eminenten nationalen Lebens- und Existenzfrage ist ebenso thatsächlich wie beklagenswert, freilich auch, zumal bei dem Stand der deutschen Volkswirtschaftslehre, recht begreiflich; denn sie ist so planlos, wie mir noch kein weiteres Wissen-

---

1) Vgl. die Planmäßigkeit in Technik und kaufmännischer Leitung bei den Eisenwerken Gaggenau (Baden) nach dem Bericht des Direktors Bergmann, Sommer 1891.

schaftsgebiet begegnet ist. Soviel verschiedene Richtungen es in der Nationalökonomik giebt, so viel verschiedene beziehungsweise entgegengesetzte Definitionen der Grundbegriffe findet man; wer glaubt über die Natur von Kapital und Arbeit, Zins, Rente, Lohn, Geld zc. in dergleichen Büchern einen festen Anhalt zu finden, der wird übel enttäuscht. Diese Verschiedenheit der Auffassung liegt nun offenbar nicht an der Verschiedenheit der Systeme, denn sie kommt auch innerhalb desselben Systems vor, sie wird vielmehr, wie mir scheint, in der Vielseitigkeit der Sache selbst liegen. Je weniger Seiten berücksichtigt werden, bezw. je allgemeiner die Abstraktion gezogen wird, desto einfacher ist die Sache für den Definirenden, desto weniger ist aber auch damit gewonnen. Es würde dringend zu raten sein, in Zukunft von solchen sogenannten Definitionen abzulassen, denn die wirtschaftlichen Begriffe, um die es sich hier handelt, schillern nicht bloß qualitativ in verschiedenen Farben, sondern sind auch zeitlich wesentlich different: Wer einen guten Hasenbraten essen will, legt auf die Schnelligkeit des Hasen gar keinen Wert. Wenn Dühring — und daß dieser ein scharfer Kopf ist, ist ja bekannt — z. B. definiert (Cursus 3. Aufl. S. 163) Arbeitslohn „ist der Sold zum Unterhalt der Arbeitskraft", so ist das nicht zu bestreiten, trägt aber zur Klärung der Sache ebensowenig bei, wie die Definition Bräsigs bezüglich der Armut; ähnlich bei der Definition von Zins, der sei „Gegenleistung für die Darleihung des Kapitals". Grundrente ist nach Dühring „dasjenige Einkommen, welches der Eigentümer als solcher von Grund und Boden bezieht". Nimmt man dies reell, so giebt es eine ländliche Grundrente in sehr vielen Fällen überhaupt nicht mehr, während die städtische vielfach unmäßig ist. Und mit anderen Definitionen und Lehrbüchern habe ich ähnliche Erfahrungen gemacht.

Man hat ja wohl neuerdings angefangen, die Überschätzung der Arbeitsteilung auf das „richtige Maß" zurückzuführen und die „technische Ausrüstung" (so Dühring) ihr voranzustellen, in der Regel aber findet man in den vielen und großen Lehrbüchern keinen rechten Anhalt, wenn man nach ihm sucht. Daß die Landwirtschaft auf ihrem verhältnismäßig niedrigen Produktionsertrag bleiben muß, scheint auch Hansen (vergl. S. 59 ff.) zu glauben, und was andere äußern ist so wenig greifbar, daß man es unerwähnt lassen kann. In dieser, ich darf wohl sagen „patriotischen Beklemmung" habe ich nur bei Losch eine Anschauung und eine Leistung gefunden, die die höchste Beachtung ver-

dient. Er giebt auch zuerst Männern der Praxis das Wort (S. 235 ff): Fürst Bismarck erklärte Januar 1885, daß er allerdings glaube, Deutschland könne genug Getreide bauen, „wenn die Bedingungen des Getreidebaues einigermaßen günstiger gestaltet werden;" und im Januar 1891 meinte Bebel, daß er derselben Meinung sei: wenn die „agronomischen Fortschritte" verwertet würden, aber dazu seien die Landwirte nicht in der Lage. Und etwa zur selben Zeit erklärte Herr von Rohr-Dannenwalde — ähnlich wie Flürscheim — wenn die 350 □ Meilen unkultivierten Moorbodens in Preußen kultiviert würden, die ganze heutige Getreideeinfuhr entbehrt werden könnte. Und andere Sachverständige äußern sich ähnlich, insbesondere wirft der Deutschamerikaner Semler den deutschen Kaufleuten und Industriellen ihren kurzsichtigen Egoismus und Kastengeist vor, ohne den die deutsche Landwirtschaft sich längst ganz anders entwickelt hätte. Daß es also geschehen kann, ist anzunehmen; es folgt die Frage: Wie? Losch antwortet hierauf in etwa folgenden Gedankengängen.[1]) Indem er von der oben besprochenen Planlosigkeit ausgeht, konstatiert er, daß die gegenwärtige Warenerzeugung keine isolierte mehr ist, sondern eine gesellschaftlich komplicierte. Die einzig hierfür greifbare Einheit ist die nationalwirtschaftliche, wie schon Lißt bezw. Rodbertus ausgeführt hat. Deshalb muß man von der Nationalproduktion ausgehen; das Nationalprodukt aber ist die Summe aller in einer gewissen Zeiteinheit fertig gewordenen Waren. Denkt man sich das Nationalbudget des deutschen Volkes aufgemacht wie ein gewöhnliches Haushaltungsbudget, so würden auf der einen Seite die sämtlichen erzeugten Warenwerte, auf der anderen die Einkommensbezüge sämtlicher Einwohner stehen und beide Additionsreihen müßten stimmen; das gesamte Nationalprodukt, in Warenform produziert, wird in Geldform ausgegeben, konsumiert, und der gesamte natinal-ökonomische Kreislauf wird dadurch charakterisiert, in welcher Weise dies geschieht, und mit welchen Endziffern die Gesamtbilanz abschließt. Daß zur Aufstellung dieser gegenwärtig Niemand im Stande ist, ändert an der Sachlage selbst nichts. Losch stellt dann die theoretische Vorfrage: Hängt wirklich die ökonomische Existenz sämtlicher Bewohner unmittelbar von der Art und der Ausdehnung der jeweiligen Warenerzeugung ab? In der Hauptsache geht die Antwort Loschs dahin: Die Existenz beruht auf Einkommen,[2]) dies kann

1) Losch, S. 45—88, 272 ff.

2) Vgl. Wolf, a. a. O., über die Einkommensquellen, S. 354 ff.

Lohn, Gehalt, Verdienst, Kapitalgewinn beziehungsweise Zins- und Bodenrente &c. sein.

Der Fischer, der Jäger, der landwirtschaftliche Arbeiter bekamen ursprünglich, zum Teil geschieht dies noch jetzt, einen gewissen Teil der von ihnen beschafften Ware, allmählich erhielten sie dafür Geld, dieses, der Lohn, ist also ein Bruchtheil der Ware; wer die Ware verkauft, erhält Geld, womit er bezahlt, aber dieses Geld bleibt Ware. Die Verwandlung der Ware in Geld ist der Akt des Tausches, der Absatz, die Konsumtion, die Nachfrage. Es sind also die Waren selbst, nach der Seite ihres Absatzes betrachtet, was nicht bloß die Lohnhöhe bestimmt, sondern ihn geradezu ausmacht. Der Lohn ist also, wie gesagt, ein Bruchtheil der Ware, und seine Höhe hängt daher „in irgend einem bestimmten Warengebiet auch von dem Verhältnis dieser Ware zu allen übrigen wesentlich ab." Ist nun ein Arbeiter z. B. in Paris im Stande, für 6123 Frank, in Amerika für 9967 Frank durchschnittlich Warenwerte zu erzeugen, so bleiben in beiden Fällen, die Generalunkosten &c. auf 3000 Frank gerechnet, dem amerikanischen Unternehmer dementsprechend nach Beendigung des Produktionsprozesses noch 6967 Frank, dem Pariser 3123 Frank, zahlt dieser durchschnittlich 2700 Franks Lohn, so bleiben ihm 623 Franks pro Arbeiter an Gewinn; bezahlt der Amerikaner dagegen den doppelten Arbeitslohn, so bleibt ihm doch noch pro Arbeiter mehr als der dreifache Gewinn; die entwickelte Technik trägt also den Sieg davon, den Mehrgewinn; dieser kann dann in vier Arten zum Ausdruck kommen: 1. als Einkommenverbesserung des Unternehmers, 2. als Lohnerhöhung, 3. als Preisermäßigung, 4. als Arbeitszeitverminderung.

Auch bezüglich der anderen Einkommen weist Losch nach, daß sie nichts sind als Warenbezugsrechte bis zu einem gewissen Umfang; die weiteren Ausführungen und Begründungen müssen bei dem Verfasser selbst nachgelesen werden. Mit Recht warnt er davor, diese Vorgänge durch „Preisbeweisführungen" zu verdunkeln. „Es sind, sagt er S. 85, keineswegs die Preise,[1]) sondern die thatsächlich erzeugten, abgesetzten und verbrauchten Warenmengen, welche für die wirtschaftliche Lage einer Nation maßgebend sind. Nationaleinkommen und -Vermögen sind also immer abhängig von der nationalen Produktivität der Arbeit.

1) Wenn dies auch richtig ist, so ist doch auch die Preisbewegung, bezw. die Währungsfrage von sehr großer Bedeutung, vor allem für die Einkommensverteilung.

Der Produktionsprozeß[1]) ist also vor allem ins Auge zu fassen; seine Steigerung bedeutet die Steigerung des Nationalvermögens. Diese Steigerung kann aber nach drei Richtungen erfolgen:

1. durch Erstellung von mehr und besseren Rohstoffen in einer bestimmten Zeit, also durch technischen Fortschritt in der Leistungsfähigkeit der Erzeugung von Pflanzen, Tieren, Erschließung von Mineralien. (Man denke nur an die verbesserte Düngung, die Pflanzung von selbstdüngenden Gewächsen, die methodische Viehfabrikation in den Mastställen der betreffenden amerikanischen Anlagen 2c.)

2. Durch Verbesserung der Technik bei Verwandlung der Rohstoffe in Halb- oder Ganzwaren (vgl. z. B. die moderne Gerbmethode).

3. Durch Vereinfachung der Ortsveränderungen, welche die Stoffe bis zu ihrer Konsumtion zu durchlaufen haben. Hierdurch werden die Reproduktionskosten[2]) beständig gemindert, und die nationale Produktivkraft wächst rascher als die Bevölkerungsziffer.[3])

Wenn auch nicht gesagt werden kann, daß der Beweis: alles Einkommen ist ein Bruchteil Warenwert, wissenschaftlich unanfechtbar sei, so ist er doch so direkt von thatsächlichen Verhältnissen abgeleitet, daß er als begründet angesehen werden muß. Dasselbe gilt, meines Erachtens, von den oben mitgeteilten Folgerungen; Losch darf demnach, wie ich glaube, das Verdienst beanspruchen, für die wirtschaftliche Seite der sozialen Frage Entscheidendes getroffen zu haben. Die Folgerungen, die er weiter zieht, und die Maßregeln, die er vorschlägt, verdienen deshalb auch entscheidende Beachtung, nicht als ob sie überall etwas Neues brächten, aber was sie bringen hat in seinem Gedankengang erst die volle Begründung erfahren. Ich gebe deshalb einen kurzen Überblick,[4]) um dann noch eine Reihe von weiteren Vorschlägen und Maßregeln, die noch hierher zu rechnen wären, einer Besprechung zu unterziehen.

Jede Nation, sagt Losch, produziert nur, um ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, wie jeder Einzelne arbeitet um die seinigen zu befriedigen. Wie nun der Einzelne aus dem erarbeiteten Einkommen zuerst seine notwendigsten Bedürfnisse zu befriedigen hat, so

1) v. Schulze-Gaevernitz, Der Großbetrieb ein wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt, 1892, habe ich nicht einsehen können.

2) Vgl. Carey, a. a. O., S. 72 f.

3) Vgl. Dühring, Cursus, S. 99, 104—11, 112 f., 324 f., S. 85 ff., 91—94.

4) Losch, a. a. O., S. 272, 271, 285 f., 295, 296—311, 316 ff.

muß auch die volkswirtschaftliche Erzeugungsbilanz der Nation daraufhin geprüft werden, ob die notwendigen Bedürfnisse der Gesamtbevölkerung durch die nationale Arbeit in einem gewissen Zeitraum befriedigt worden sind oder nicht. Für die Beurteilung des wirtschaftlichen Befindens einer Nation müssen also zwei sich gegenseitig ergänzende Maßstäbe angewandt werden: 1. der, was hat die Nation als Ganzes in einer bestimmten Zeit erzeugt, 2. der, was hat sie in dieser Zeit verbraucht? Aus dem Vergleich beider Ziffern ergiebt sich die Bilanz, denn die Waren, welche erzeugt werden, sind nicht identisch mit den Waren, welche verbraucht werden, und die Erzeuger sind nicht identisch mit den Verbrauchern. Daraus geht hervor, daß die Aus- und Einfuhrziffern niemals richtig beurteilt werden können, wenn man sie nicht jederzeit im Zusammenhang mit der Gesamterzeugung und dem Gesamtverbrauch des ganzen Volks betrachtet. Nachdem Losch dann gezeigt hat, daß die Zahlen der Handelsbilanzen kein Bild von der Geschäftslage geben, indem glänzende Handelsbilanzziffern mit dem Elende der für den Export arbeitenden Bevölkerungselemente erkauft sein können, bemerkt er, daß eine Nation ihre Einfuhren keineswegs auf die Dauer mit Geld bezahlt. Der einführende Händler thut dies allerdings, aber woher hat der diesem Abkaufende das Geld? Doch offenbar von seinem Einkommen, seinem Lohn? Und woher diesen? Wieder von einem Produzenten, der soviel Waren produziert, daß er Lohn zahlen kann. Da nun also die Nationen Waren gegen Waren tauschen, so ist sicher, daß billig eingeführte Waren noch lange keine Garantie dafür bieten, daß die Nation sie auf die Dauer bezahlen kann, wie denn auch der Proletarier nicht deshalb hungert, weil er die „Ware“ Arbeitskraft nicht hat, sondern weil er keinen Käufer für sie findet. Das billigste fremde Erzeugnis hat also gar keinen Wert für die Nation als Ganzes, es sei denn, daß dieselbe für die Waren, die sie zum Einkauf jenes Erzeugnisses nötig hat, den entsprechenden Absatz findet. Daraus folgt wiederum, daß keineswegs die Freiheit des Warenverkehrs, sondern der Sicherheitsgrad des Absatzes die Existenzsicherheit der für Export arbeitenden Bevölkerung bedingt. Die Prüfung der Handelsbilanz hat daher immer vom Gesamtkonsum und von der Gesamtproduktion im Inlande auszugehen. Da wir nun weder so in den Anfängen der Industrie stehen, daß wir nur schützen müßten, noch so überlegen sind, daß wir alles ganz frei aus- und eingehen lassen könnten, so bleibt der

eigne Markt und die Zirkulation[1]) möglichst vieler Waren im Inlande vorläufig die Hauptsache; deshalb muß aber die landwirtschaftliche wie die industrielle Warenherstellungstechnik neben- und mit einander gefördert werden, denn bleibt die letztere, wie bei uns, zurück, so nimmt die Bevölkerungskapazität des Landes ab, die landwirtschaftlichen Löhne sinken und drücken dann auch alle anderen und schließlich mangelt es an der notwendigsten Lebensgrundlage.

Das ist, wie man sieht, derselbe Verlauf, wie er von anderen Ausgangspunkten meinerseits mehrfach dargelegt ist.

Vor allem bezeichnet es nun Losch als unbedingte Notwendigkeit, eine berufliche Zentralorganisation aller gleichartigen Berufsangehörigen durch das ganze Reich, und zwar in Arbeiter- wie Unternehmerverbänden herbeizuführen. Die Ansätze dazu sind, wie früher eingehend dargelegt, reichlich genug vorhanden, wenn sie vorläufig auch rein egoistisch, oder zum Teil polemisch-sozialistisch gerichtet sind. An Stelle aller dieser privatökonomischen Verbände sind nationalökonomische zu setzen, bezw. jene in diese überzuleiten. Die technisch zurückgebliebenen Betriebe werden gleichsam „beruflich" aufgesogen. Während aber, sagt Losch (S. 299), die Zünfte das ökonomische Leben der Mitglieder und die Produktion regelten, hat der Trust[2]) — das nationale Monopol — nur die Produktion des betreffenden Artikels selbst zu regeln. Das ökonomische Leben der Mitglieder untersteht den Verbänden. Die Anordnungen des einzelnen Nationaltrusts finden ihre Schranken nicht nur in den Trusts der übrigen nationalen Produktivgenossenschaften, sondern auch in der öffentlichen Meinung, sowie in der mitlaufenden Konsumtionsstatistik.

Wenn also z. B. der Chef der nationalen Schweineproduktion (Trust) über die Preise zu entscheiden hat, welche er für die Schweine ansetzen soll, so wird er nicht nur die Qualitätsfrage mitsprechen lassen, sondern auch gewisse Rücksichten auf die Verhältnisse der nationalen Fleischerei-Berufsgenossenschaft ꝛc.; die jeweiligen Ernteergebnisse werden nicht, wie jetzt, allein der Landwirtschaft zur Last fallen,

1) Der Einfluß der Währung auch hierauf scheint von Losch nicht bemerkt zu sein.

2) Trust heißt eigentlich Vertrauen, dann Kredit, Verwahrung, Bevollmächtigung. Varuna a. a. O. hat in seiner Art ganz praktische entsprechende Vorschläge, S. 29—37, 44—60, 85—98, 117—21; auch wie man der Börse zu Leibe gehen kann, S. 81 ff.

sondern sich gleichmäßig in die übrigen Berufe verteilen. Es ist, fährt Losch fort, in der That nicht einzusehen, warum in einem Lande wie Deutschland zwar politische Vertreter sollten über die Gesetzgebung beraten dürfen, nicht aber wirtschaftliche Vertreter über die Organisation der nationalen Produktion. Daß diese beiden Vertretungen verfassungsmäßig in Verbindung zu bringen wären, habe ich oben bei der Besprechung des Wahlrechts angedeutet.

Wollen große auswärtige, bezw. internationale „Ringe" z. B. die Standard Oil. Komp., der Fall liegt ja vor, ihre deutschen Abnehmer durch Monopolpreise pressen, so könnte ihnen ein deutscher Öl-, Erdgas- oder sonstiger Beleuchtungs-Trust die nötige Antwort geben, indem er einen nationalen Produktionsersatz bietet. Jetzt sind deutsche Händler die Helfershelfer jener gefräßigen Amerikaner und schreien noch nach Herabsetzung der Zölle — dadurch würde das Übel natürlich nur ärger —, und die Konsumenten in ihrer Isoliertheit bezahlen das Gelage, wie sie es auch den Fleischern und Bäckern und nicht den Bauern bezahlen. Solche nationale Produktionsverbände würden vor allem auch den Import der Rohstoffe in die Hand zu nehmen haben. Die deutsche Textilindustrie ist noch immer bezüglich des Wolle- und Baumwolle-Imports großenteils vom Ausland abhängig. Alle Verarbeiter dieser Rohstoffe müßten zu einem nationalen Verbande zusammentreten, damit bei Baumwolle über 40 %, bei Tierwolle über 70 % nicht erst durch fremde Hände gehen müssen, die alle an uns verdienen. Mancher Exporteur, sagt Losch mit Recht, könnte bessere Löhne zahlen, wenn er nur besser verkaufen könnte, und besser verkaufen könnte er, wenn er billiger erzeugen könnte, und billiger erzeugen könnte er, wenn er billigere Rohstoffe hätte.

Beispielsweise schlägt Losch folgendes vor. Wenn eigentliche Gewerkvereine, d. h. solche gelernter und ungelernter Arbeiter einer besonderen Arbeitsgattung organisiert sind, müssen diejenigen Arbeiter und Unternehmer, welche successive eine bestimmte Ware herstellen, ebenfalls zusammenhängend organisiert werden. Wenn also die Bäckereiarbeiter, die Mühlenarbeiter, die Getreidearbeiter organisiert sind, müssen sie zunächst mit den Bäckern, Müllern, Getreideproduzenten verhandeln. Alle drei nun stellen eine einheitliche Produktionsgruppe dar, welche gewisse Interessen gemeinsam hat. Bei andern Berufen liegt die Sache ähnlich. Die Berufsvereine mit Arbeiter- und Unternehmergruppen müßten also unter sich wieder gewisse Verbände herstellen und weit-

gehende gemeinsame Befugnisse bekommen, auch der territorialen Verwaltung gegenüber — vergl. das früher bezüglich der Selbstverwaltung und Lokalorganisation Gesagte — so daß jeder Berufsgenosse einen festen Halt am Verband bekäme. Am meisten bleibt für die Landwirtschaft zu thun, aber auch hier gibt es an den betreffenden Berufsgenossenschaften, Bauernvereinen ꝛc. schon Anhalspunkte genug.[1]) Losch fordert einen landwirtschaftlichen nationalen Kulturrat (vergl. auch 237 u. f.), sowie eventuelles Eingreifen des Staats in die Besitzverhältnisse vermittelst Expropriationsrechts bezw. Zwangsmaßregeln zur Verbesserung der Kultur; landwirtschaftlichen Technikern müßte überall eine entscheidende Mitwirkung gesichert werden. Es ist übrigens anzunehmen, meint Losch, daß ein kräftig entwickeltes landwirtschaftliches Verbandswesen mit einer einheitlichen zielbewußten, nicht bloß technischen, sondern auch kaufmännischen Leitung hier bald große Resultate erzielen müßte, vorausgesetzt, daß man sich entschließen könnte, gewisse staatliche bezw. kommunale Befugnisse diesen Berufsverbänden abzugeben. Freilich, scheint mir, ist nicht bloß die Büreaukratie, sondern auch der Großhandel, solchem Vorgehen nicht günstig. Ich bin aber der Meinung, daß solche Trusts- und Berufsverbände ohne bestimmte Rechte nicht wirksam genug sein werden, und daß der politischen Selbstverwaltung die wirtschaftliche entsprechen muß, oder keine kommt zu Kraft.[2]) Berufliche und örtliche Zusammenfassung müssen der allgemeinen und politischen entsprechen bezw. Kraft geben, oder die Firma wird zahlungsunfähig, wie Taine sagt.

Die Regiebetriebe, fordert Losch mit Recht, sollen Musterbetriebe und nicht fiskalisch verschnürt sein, Submissionen sollten nur an solche Unternehmer gegeben werden, die bei kürzester Arbeitszeit die höchsten Löhne nachweisen, also die technisch leistungsfähigsten sind. Bei Gelegenheit der Forderungen bezüglich Verkehrs- und Tarifpolitik empfiehlt Losch mit Recht eine besondere staatliche Überwachung der Kohlenindustrie, denn die Kohle ist das Brot der Industrie, und hohe Kohlenpreise lähmen sie. Und gerade in der Kohlenindustrie ist der egoistische Privattrust hoch entwickelt, nicht bloß zum Schaden der anderen Industrien, sondern auch der Zechenarbeiter, die, wie Losch mit

---

1) H. Cöster, Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in den verschiedenen Ländern (1892) habe ich leider nicht einsehen können.

2) Vgl. auch Dühring, Kursus ꝛc., S. 97 f., 128.

Recht sagt, in dem Streit zwischen Produzenten und Konsumenten schließlich die Zeche bezahlen müssen, denn sind die Kohlenpreise niedrig, so erhalten sie keine Lohnerhöhung, sind sie hoch, so stockt der Absatz und bald stürzt der Lohn wieder ꝛc. Gerade hier bedarf es einer nationalen, nicht einer so einseitig-privaten Produktionspolitik.[1]) Beachtung verdient auch was Losch bezüglich der auswärtigen Politik sagt: Asien ist von Rußland und England okkupiert, Amerika wird panamerikanisch, Australien von England, oder den Vereinigten Staaten angezogen, so bleiben nur: Östreich, Balkan mit Türkei, Kleinasien, Afrika zum Teil. Also nach Südosten drängen die natürlichen Interessen der Nation, dieser Thatsache hat die Politik zu entsprechen, und die deutsche Politik hat damit begonnen. Es entspricht durchaus diesen Anschauungen, wenn auch von anderen Seiten die Beseitigung der industriellen Hausarbeit gefordert wird; die preußische Seehandlung hat in den 40er Jahren in den schlesischen Hausweb-Bezirken Fabriken anlegen lassen, die noch jetzt blühen; damit müßte auch jetzt überall vorgegangen werden, denn wirtschaftliche Gesichtspunkte verlangen dies nicht bloß, sondern in noch höherem Grade soziale, denn die Lebenshaltung dieser Hausindustriearbeiter ist eine unwürdige und erschreckend niedrige. Und wenn es nicht anders geht, wird die Staatsgewalt auch hier Wohlthaten aufdrängen müssen, zum Beispiel durch Anwendung der Arbeiterschutzgesetzgebung auf die Lokale und Einrichtungen der Hausindustrie.[2])

Es erübrigt noch die Besprechung einer Reihe von Einzelheiten. Darauf aufmerksam zu machen, daß die Hebung des Verkehrs ein sehr wesentlicher Teil wirtschaftlicher Forderungen ist, scheint nicht nötig, wohl aber, daß man hier nicht auch wieder dem goldnen Kalb der Rentabilität opfert. Das preußische Kleinbahnengesetz vom Jahre 1892 hat, scheint mir, hier auch darin einen guten Griff gethan, daß es den Beistand der Staatsmittel zwar nicht prinzipiell ausschließt, aber namentlich den Provinzialverbänden ihre diesbezüglichen Verpflichtungen einschärft; daß die Privatunternehmer wieder nur für jenes Kalb sich rühren werden, darf man wohl annehmen.

Es ist bekannt, daß die sogenannte Gewinnbeteiligung der

---

1) Vgl. auch den Erlaß des Handelsministers v. Berlepsch, Frühjahr 1891, bei Losch, S. 317 f.

2) Vgl. W. Sombart im Soz.-pol. Zentralblatt I, Nr. 14.

Arbeiter an industriellen Unternehmen verschieden beurteilt wird — am wirksamsten hat sie meines Wissens der Pariser Stubenmaler Leclaire — seit 1843 — betrieben. Nach dem 1892 darüber gegebenen Bericht[1]) sind keine sonderlichen Hoffnungen darauf zu setzen. Es waren in Frankreich 80 Geschäfte in 27 verschiedenen Industrien, die Gewinnbeteiligung hatten. Da aber von diesen in 31 der Anteil unbestimmt ist, und nur in 5 von den 80 die Arbeiter das Recht haben, Rechnung und Bücher zu prüfen, so sind diese Gewinnbeteiligungen entweder meist eine Art Unterstützung, oder, wie es öfter zu sein scheint, ein Mittel die Arbeiter an das Unternehmen zu fesseln, bezw. zu besonderer Kraftleistung anzutreiben. Es giebt allerdings Betriebe, in denen sich dieses System durchaus bewährt hat,[1]) so bei der Fischerei, insbesondere beim Stockfischfang: ein Kapitän thut sich mit 5—6 tüchtigen Matrosen zusammen und teilt mit ihnen zuletzt den ganzen Erlös, während die außerdem erforderlichen Arbeitskräfte auf Stücklohn gedungen sind. Für diese Art wirtschaftlicher Organisation spricht das Interesse aller Beteiligten; weshalb in anderen Betrieben nicht Ähnliches mit Erfolg möglich sein sollte, z. B. im Bergbau, ist allerdings nicht ersichtlich. In Deutschland sind bis jetzt, soviel mir bekannt, nur 18 — Großbritannien und Irland 73, Vereinigten Staaten 49, Schweiz 12 — derartige Versuche in industriellen Geschäften gemacht worden. Man wird allerdings sagen können: Teilung des erzielten Gewinnes zwischen Kapitalist, Unternehmer und Angestellten — nachdem feste Zinsen bezw. Gehälter und Löhne gezahlt sind — ist am empfehlenswertesten,[2]) aber, meint K. Jentsch a. a. O. mit Recht, man darf nicht vergessen, daß gegenwärtig sowohl unsre Produktionsweise der Reform bedarf, wie auch die Gesinnung, die unsere ganze Produktion beherrscht.

Das bei weitem bemerkenswerteste von Arbeiter-Produktiv-Assoziationen, was mir bekannt geworden, ist die Londoner Schuhwaren-Produktivgenossenschaft, über die Herkner berichtet (soz.-pol. Zentralblatt I, Nr. 17). Die Anteile an derselben lauten auf 1 Pfund, jeder von der Genossenschaft beschäftigte Arbeiter muß 5 Anteile erwerben — also 5 Pfund einlegen, niemand aber darf mehr als

---

1) Gibon, La participation etc., im Soz.-pol. Zentralblatt I, Nr. 21.

2) Vgl. Gilmann übersetzt von Katscher, Die Teilung des Geschäftsgewinns, Soz.-pol. Rundschau, S. 473.

25 Anteile erwerben. Das ganze Anteilskapital betrug 2582 Pfund, von denen 1500 Pfund den 100 von der Genossenschaft beschäftigten Arbeitern gehörten. Da es im Ganzen 300 Anteilseigner gab, war nur $^1/_3$ derselben in der Genossenschaft selbst beschäftigt. Die Arbeitenden erhielten den von dem Gewerkverein festgesetzten Lohnsatz bei 54 Stunden Arbeitszeit wöchentlich. Von jedem eintretenden Arbeiter wurden zunächst 1 Schilling 6 Pence als Eintritt verlangt, während er sich, wie bemerkt, auf die allmähliche Erlegung von 5 Pfund verpflichten mußte.

Die Leitung der Genossenschaft ist einem Vorsitzenden, einem Geschäftsführer und Sekretär, einem Schatzmeister und zwölf Ausschußmitgliedern übertragen, die jährlich von den Anteilseignern gewählt werden. Nur der Geschäftsführer bezieht Gehalt, die andern erhalten nur 5 % des Reingewinns. Jener ist die Seele des Geschäfts und war früher selbst Schuhwarenarbeiter; der Geschäftsgewinn betrug $33^1/_3$ % des eingezahlten Kapitals. Die Waren wurden nur an Arbeiterkonsumvereine und zwar gegen sofortige Baarzahlung verkauft.

Den Verkehr mit den Kunden unterhielt die Genossenschaft durch zwei Reisende, die auch früher Arbeiter waren. Die Gewinnbeteiligung war wie folgt geordnet: Die Anteileigner erhielten zunächst 5 % von ihrem Kapital; nach den Abschreibungen für Abnutzung der Gebäude, Maschinen 2c. erhielten vom Rest die Arbeiter 40 % nach Maßgabe des verdienten Lohnes, 40 % die Kunden nach Maßgabe ihrer Einkäufe; außerdem wurden $7^1/_2$ % des Restes dem Anteilskapital, $2^1/_2$ % der Propaganda für Genossenschaftswesen 2c., 5 % dem Unterstützungsfonds für Mitglieder und 5 % der Direktion zugewiesen. Eine ähnliche Genossenschaft mit ähnlichem Erfolg besteht seit 6 Jahren in Leicester. Außer den wirtschaftlichen Vorteilen, bemerkt Herkner hierzu mit Recht, gewährt diese Genossenschaft dem Arbeiter volle Unabhängigkeit und fördert Intelligenz und Einsicht ins Geschäftsleben. Freilich ist, wenn auch keine unerläßliche Vorbedingung, aber doch eine wesentliche Stütze die Kundschaft der in Konsumvereinen organisierten Arbeiter; und daran fehlt es leider in Deutschland nahezu noch überall.

Damit stehen wir vor der Frage, die neuerdings am energischsten G. Busch[1] aufgerollt hat.

Nachdem er die „Irrlehren" der Sozialdemokratie bezüglich des Kapitals 2c. zurückgewiesen und alles bereits dem „Geschäft" in die

1) Die soziale Frage und ihre Lösung, Berlin 1890; Ursprung und Wesen der wirtschaftlichen Krisis, 1892. Ich bespreche nur sein neuestes Werk.



Schuhe geschoben hat, teilt er die Menschheit in zwei Klassen, deren Interessen sich völlig ausschließen: Produzenten und Geschäftsleute. Wie man sieht, ist dies eine ganz einseitige Zuspitzung. Sodann führt er noch einseitiger wie Marx alle Werte auf Arbeit zurück. Das Geld ist allerdings keine Werteinheit, aber die Arbeit ist auch keine, denn es ist nicht richtig, daß immer dieselbe Quantität und Qualität Arbeit zur Erzeugung desselben Gegenstandes notwendig sei, die Steigerung der technischen Ausrüstung der Menschen bezweckt gerade das menschliche Arbeitsquantum zu kürzen, die Arbeitsqualität zu erhöhen und dabei mehr Werte, Waren herzustellen. Infolge jener zugespitzten Scheidung zwischen Produzenten und Geschäftsleuten kommt er dazu, die Landwirte lediglich als letztere anzusehen. Zuzugeben ist dagegen, daß das Geschäft sehr häufig auf Übervorteilen hinausläuft und der Handelsprofit ein ganz ungemessener ist, wenn er auch nicht, wie Busch behauptet, 80 % der Werte beträgt [1]). Dies sei nur möglich dadurch, daß der Staat sich ebenso sorgfältig um die Quantität wie gar nicht um die Qualität der Waren kümmere; das letztere ist wieder nicht richtig, denn die Nahrungsmittel-, Wein- rc. Verfälschungsgesetze beweisen das Gegenteil, richtig ist allerdings, daß es in vielen Beziehungen unmöglich ist, die Qualität vor Fälschung zu sichern, Warenkenntnis wäre dann nicht so oft die Voraussetzung jeder Geschäftskenntnis; Losch macht mit Recht darauf aufmerksam, daß gerade die außerordentliche Verbilligung bei der Herstellung der Waren dem Publikum gegenüber ausgenutzt worden ist und wird.[2]) Jedenfalls bleibt immer noch ein Handelsprofit übrig, der die erlaubte Höhe überschreitet und in der That einen sehr großen Teil des Arbeitsertrages frißt. Deshalb schlägt Busch vor, den individuellen Güteraustausch durch einen unifizierten zu ersetzen und die Geschäftsleute auf ein Jahresgehalt zu setzen. Dadurch würden wieder viele Tausende von Arbeitern gespart, was aus diesen werden soll, giebt Busch nicht an. Und dies ist um so auffallender, als er sich andererseits gerade um die durch den Handelsprofit so verminderte Arbeitsgelegenheit genug und mit Recht bekümmert. Jener Profit speichert die Arbeit auf, die die Reichen nicht konsumieren wollen oder können, und die Arbeiter zum Konsum sich zu verschaffen machtlos sind. Im unifizierten Güterverkehr hat dies ein Ende, da

---

1) Vgl. Losch, S. 214 f.

2) Auf den Einfluß der Währung auch hierauf komme ich später zurück.

kann die einzelne Person nur für ihren eignen Bedarf Verbrauchswerte anhäufen, die übrigens jeder lieber verbraucht als unbenutzt verderben läßt. Ein solcher Betrieb verwandelt das ganze Erwerbsleben in ein Geschäft, welches für Rechnung der Gesellschaft betrieben wird, und an welchem jedes einzelne Mitglied der Genossenschaft beteiligt ist. Dieses Geschäft wird die geleistete Arbeit oder die entnommene Ware nicht bezahlen oder bezahlt nehmen, sondern verbuchen. Dies Geschäft soll ein fiskalischer Konsumverein sein, der die ganze Nation versorgt wie der Kruppsche die Kruppschen Arbeiter.

Daß die Bedürfnisbefriedigung eines Jeden seinem Arbeitsquantum entspräche, ist keine wirtschaftliche Thatsache, sondern eine Forderung, ein Programm; Buschs Auffassung von Kapital ist nicht klar, er scheint einmal zugestehen zu wollen, daß es für einen Geschäftsbetrieb von Wert sei, andererseits leugnet er seine Eigenschaft als Produktionsmittel, die Scheidung zwischen Kapital und Kapitalbesitz, zwischen Kapitalgegenstand und -Anspruch ist, wie es scheint, ganz unterlassen. Die Staatsschulden hat er S. 93 ganz außer Betracht gelassen. Seine Auffassung von Arbeit scheint der von Marx zu entsprechen, der Mensch arbeitet nur, meint er, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen, seien diese „notwendige“ oder „angenehme“.

Was ist das für Arbeit, die die Gelehrten, Offiziere, Lehrer, Staatsmänner ꝛc. thun? Arbeiten diese um ihre Bedürfnisse zu befriedigen? Wenn sie es thun, haben sie jedenfalls noch mehr als die Handarbeiter Ursache über schlechte Bezahlung zu klagen, denn sie thun eine Arbeit, die sittliche,[1] die überhaupt nicht bezahlt werden kann. Gar nicht beachtet hat Busch, daß es noch immer nicht wenig Handwerker giebt, die ihre Produkte selbst verkaufen und sehr häufig Kundschaft bezw. Geschäftsgewinn nur solider Arbeit und Anbequemung an die Eigenart der Kundschaft verdanken. Ferner: Während Busch einerseits behauptet, daß die menschlichen Bedürfnisse ins Unermeßliche wüchsen, meint er andererseits, die Verwaltung des fiskalischen Konsum-Vereins würde sie schon bestimmen können. Wie weit die Unifizierung des Betriebs ausgedehnt werden soll, hat Busch nicht angegeben, notorisch ist jedenfalls, daß nur bestimmte Waren dazu geeignet sind. Wie soll denn eine solche Verwaltung Konsum und Produktion bei jener Unermeßlichkeit regeln können? Wie soll denn der zum Staatseigentum gewordene Grund und Boden nach der S. 70 ff. erfolgten

1) Diese vermisse ich auch bei Wolf, a. a. O., S. 399 ff.

Prozedur und von wem bewirtschaftet werden? Für die Behauptung, daß jener nichts sei wie kapitalisierter Handelsprofit, fehlt jeder Beweis, hätte ihn aber Busch wirklich erbracht, dann würde er zu beweisen haben, daß auch die gegenwärtigen Besitzer bezw. Eigentümer desselben die durch Handelsprofit Besitzenden seien.[1]) Es ist nicht nötig, daß die „selbständigen Leute“ in Industrie, Handwerk und Landwirtschaft „lediglich den Güterumtausch“ vermittelten, und wenn es richtig wäre, dann wäre dies immer noch eine Arbeit und nicht ein „überflüssiges Anhängsel“. Daß es kein Lokal „Weltmarkt“ giebt, ist natürlich richtig, daß es aber einen Wettbewerb in der Welt gibt, das spüren wir immer mehr als wir wünschen, Launen und Thorheiten der Geschäftsleute sollen dabei gar nicht geleugnet werden, ꝛc. ꝛc.

Es ist bedauerlich, daß ein so energischer Denker und warmherziger Patriot zugleich sich zu solchen Übertreibungen hat hinreißen lassen. Aber das sollte man sich allerdings gesagt sein lassen, daß man die Begründung großer Konsumvereine endlich einmal ernstlich in die Hand nehme. Aber, fragt in unsrer atomisierten Gesellschaft jeder Interessent, wer soll der „man“ sein?

Hier ist zum Schluß noch eine kurze Betrachtung der Währungsfrage notwendig. Wenn ich auch annehmen darf, daß mir niemand die Thorheit zutraut, diese schwierigste aller Fragen hier lösen zu wollen, oder die Anmaßung, es zu können, so will ich doch ausdrücklich bemerken, daß ich die Frage hier nur berühre, weil sie meines Erachtens unzweifelhaft hohe wirtschaftliche und soziale Bedeutung hat.

Mag man mit A. Smith das Geld als Werkzeug der Einkommensverteilung, oder als Wertmesser, oder in andrer Weise variirt sich vorstellen, gesetzliches Zahlungsmittel ist es unzweifelhaft, und da es dies ist, hat der Staat, der es dazu bestimmt hat, auch dafür zu sorgen, daß es unveränderlich bleibt, jedenfalls aber für jeden Teil seiner Angehörigen thatsächlich gleichwertig ist. Schon Grote hat in seiner Münzgeschichte gezeigt, daß Großhändler und Kleinhändler das Geld ganz verschieden behandeln, indem jener „rechnet“, dieser „zählt“. A. Jäger[2]) sagt daher mit Recht, die kleinen Käufer und Verkäufer berücksichtigen bei Abmessung der Preise nicht den Warenwert, sondern nur den Nennwert der Münze, sie rechnen nicht, sondern

1) Vgl. z. B. Wolf, a. a. O., S. 522, 532.

2) Die soziale Frage III, S. 64.

sie zählen. Umgekehrt wird nur der Warenwert berücksichtigt an der Börse, sie zählt nicht, sondern sie rechnet. Ein Sachkundiger, dessen Namen mir entfallen ist, kommt (sozial-polit. Zentralbl. I, Nr. 25) in einem Aufsatz, betitelt die soziale Bedeutung der Währungsfrage, zu einem ganz ähnlichen Ergebnisse. Bezüglich der Einführung der Geldwährung hat ein jüngerer Nationalökonom, Ettinger, eine sehr beachtenswerte Arbeit geschrieben über den „Einfluß der Goldwährung auf das Einkommen der Bevölkerungsklassen und des Staates“. Seine eingehenden und sorgfältigen Untersuchungen über die Wertsteigerung der Edelmetalle faßt er dahin zusammen (S. 132): „Der Wert des Silbers ist in den letzten zwei Dezennien der gleiche geblieben oder noch ein wenig gestiegen, der Wert des Goldes ist außerordentlich gewachsen und muß trotz der Anstrengungen, welche die interessierten Kulturländer dagegen machten, in dem durch Silber oder andre Waren ausgedrückten Preise zum Ausdruck kommen.“ Aus dieser Thatsache der Goldwertsteigerung, die niemand leugnen kann, und die sich nach dem Übergang Österreichs zur Goldwährung noch deutlicher zeigen wird, zieht er folgende Schlüsse, die er eingehend belegt.[1]) „Die Engrospreise passen sich im längeren Durchschnitte dem gestiegenen Geldwerte an (die Börse rechnet), die Detailpreise nicht (der Kleinhandel zählt); letztere steigen zwar nur gezwungen, aber von einer einmal eingenommenen Höhe gehen sie nur unter außerordentlichem Druck herab, da die inzwischen vergrößerten Generalkosten und die Übermacht des Konsumhändlers bei der Preisbildung ein Hindernis bilden. Steigender Geldwert . . . bewirkt also Erschwerung des Lebensstandes aller derjenigen, deren Einkommen von den Engrospreisen ausschließlich abhängt, deren Ausgaben aber von den Konsumpreisen bestimmt werden.“

„Der steigende Geldwert zerstört die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Industrie sowohl auf den in- als auch auf den ausländischen Märkten.“ „Ein steigender Geldwert mindert das Einkommen der Kleinindustrie im eigentlichen Sinn und bringt dem Konsumhandel nach rasch vorübergehenden Vorteilen sehr schwere Nachteile.“ „Das Einkommen der Industriearbeiter erleidet durch eine geldwertsteigende Tendenz . . . eine Minderung beziehungsweise vollständige Zerstörung.“

---

1) Wien, Breitenstein, 1892.

2) S. 13 ff.

„Das Interesse der Industriearbeiter heischt ein Geld mit stabiler oder fallender Werttendenz.“ „Eine Goldwährung mit steigender Werttendenz (das ist unsere Goldwährung) mindert das nominelle Einkommen und das Vermögen des unverschuldeten Großgrundbesitzers unter Erschwerung seines Lebensstandes, vermehrt das nominelle Vermögen der Besitzer von unverschuldeten Zinshäusern, ohne ihr nominelles Einkommen zu vermindern, mindert das nominelle Vermögen und Einkommen des verschuldeten Großgrundbesitzers, ohne dessen Schulden zu mindern, bleibt für den Besitzer von verschuldeten Zinshäusern bezüglich des Einkommens unbedingt und bezüglich des Vermögens bis zur Konvertierung der Schuld im Falle sinkenden Zinsfußes im Betrage eben dieser Schuld wirkungslos, vermehrt im Falle der Konvertierung auch das nominelle Einkommen derselben.“ „Eine Goldwährung mit steigender Werttendenz mindert das nominelle Einkommen des unverschuldeten Kleingrundbesitzers bei nominell gleichbleibenden öffentlichen Abgaben, schwächt bedeutend seine wirtschaftliche Kraft, falls er viele Bedürfnisse aus dem Konsumhandel deckt, vernichtet die wirtschaftliche Existenz des stark verschuldeten Kleingrundbesitzers.“ Daß auch die Mehrzahl der Feldarbeiter auf die Dauer bei Währung mit sinkender Tendenz sich besser befindet, scheint nicht minder zweifelhaft (S. 83 ff.). „Eine geldwertsteigende Tendenz vermindert das Einkommen des Fiskus, verbessert nicht den Lebensstand der Staatsbeamten, mindert aber die Aussicht derselben auf eine den gestiegenen Konsumpreisen entsprechende Gehaltserhöhung.“

Jäger hebt mit Recht hervor (S. 65), daß es gerade die hohen Konsumpreise und die durch den Engroshandel gedrückten Produktionspreise sind, welche den Zwischenhandel zu ununterbrochener Ausdehnung veranlassen. „Der Kleinhandel, sagt er daselbst, entscheidet ausschließlich über das durchschnittliche Preisniveau des Konsums, wie der von den Edelmetallpreisen abhängige Börsenpreis entscheidet über das durchschnittliche Preisniveau der Produktion.“ Also nicht bloß wird mit doppeltem Maß gemessen, sondern die Geld- beziehungsweise Preisphysiognomie zeigt Steigen des Goldkurses, Sinken des Silberkurses, noch stärkeres Sinken der Produktions-, Steigen der Konsumpreise. Die Geldwertsteigerung wirkt zunächst (siehe den oben genannten Aufsatz in dem sozial-polit. Zentralbl.) bei der Landwirtschaft durch langfristige Hypothekenschulden und die für längere Perioden erfolgte Grundsteuereinschätzung ungünstig, das Fallen des Zinsfußes ist hierbei für

den mittleren und kleineren Grundbesitz von ganz geringer Bedeutung; in der Industrie bringt die Preisdepression auch Depression der Unternehmungslust, und es steigt das Verlangen nach sicheren Anlagen und ohne Unternehmer-Arbeit und -Risiko. Der fallende Zinsfuß kann aber schon deshalb hier nichts helfen, weil er ja selbst ein Produkt der Geldwertsteigerung ist. Reizt aber Preissteigerung zu Überproduktion (falls es diese giebt) so zwingt Preisfall d. h. Geldwertsteigerung oft zur Ausdehnung der Betriebe, und da dieses nur beim Großbetrieb möglich ist, so leiden alle mittleren und kleineren Industrien, und der Lohndruck wird schon deshalb stärker. Diese Lage wird noch verschärft, wenn die Bankpolitik glaubt, die Diskontverschärfung sei ein wirksames Mittel, beziehungsweise das allein wirksame, gegen Goldentziehung; sie unterscheidet dabei nicht zwischen Überspannung heimischer Produktion und Spekulation einerseits und internationaler Goldarbitrage andrerseits, welche das Gold nach den Plätzen wirft, wo die Krise zunächst zum Ausbruch gekommen ist. Und während die Zins- beziehungsweise Diskonterhöhung die mittleren und kleineren Leute sofort drückt, haben die Bankiers 2c., gegen die die Erhöhung gerichtet war, am Sitz der Zentralbank noch den niedrigen Satz. Deshalb hat Frankreich seine sogenannte Goldprämie, die außer der Diskonterhöhung den Binnengeldverkehr gegen die spekulative Beeinflußung seitens der internationalen Goldarbitrage sichert. Wir haben hier dieselben, nur noch verderblicheren Auswüchse wie bei der Export-Industrie und dem Exporthandel: Damit der deutsche Markt mit dem Weltmarkt in Verbindung bleibt, wird der letztere zu Schleuderpreisen beschickt, jener durch höhere Preise belastet und der Arbeitslohn gedrückt, sodaß die Konsumkraft abnimmt; damit der deutsche Geldmarkt möglichst dem internationalen angeschlossen wird, also die Wechselkursschwankungen möglichst eingeschränkt, die internationale Edelmetallarbitrage möglichst erleichtert wird, ist ein Währungssystem und eine Bankpolitik im Schwang, welche den Binnengeldverkehr der internationalen Goldspekulation ausliefert, die Produktionspreise drückt, die Konsumpreise steigert. Diese und jene Linie zusammengehalten läßt unsre Lage begreiflich genug erscheinen.

Betrachtet man die Münzgeschichte, so liefert sie uns ebenfalls den Beweis, daß die Goldwährung bei ihrer steigenden Werttendenz immer und überall zu denselben Erscheinungen geführt hat: Verödung, Auswucherung, Vertrocknung, so besonders durch die Einführung der

Goldwährung seit Diocletian im römischen Reich und im 16. Jahrhundert bei uns. Wenn man auch nicht alles und jedes Übel darauf zurückführen kann, und wenn man auch in der Münzgeschichte bei dem post hoc auch nach dem propter hoc fragen muß, so ist doch ganz unzweifelhaft, daß jede Währung mit wertsteigender Tendenz — und das ist die Goldwährung — verheerende wirtschaftliche und soziale Folgen haben muß.

Was ist nun zu thun?

Es ist bekannt, daß als Heilmittel der internationale Bimetallismus vorgeschlagen worden ist. Daß dieser das Übel nur verschlimmern würde, scheint mir unzweifelhaft. Denn es kann wohl eine internationale Fixierung des Preisverhältnisses zwischen Gold und Silber, nicht aber eine solche des Wertverhältnisses herbeigeführt werden, denn der Wert [1]) einer Sache ist ganz etwas anderes als der Preis und wird durch ganz andere Faktoren bestimmt als durch ein internationales Abkommen. Würde nun Preis- und Wertverhältnis einander nicht entsprechen, „so würde der Orient oder die wohlhabende Bevölkerung für ihre Luxusbedürfnisse daraus Nutzen ziehen". Der internationale Bimetallismus würde Silberwert merklich und Goldwert noch mehr steigern. [2])

Die Sache würde einfacher liegen, wenn die Goldproduktion derart im Vergleich zum Goldkonsum wüchse, daß eine schnelle und bedeutende Wertsteigerung ausgeschlossen wäre, dies ist aber nicht der Fall; und wer auch die Ergebnisse der Süßschen Untersuchungen leugnen wollte, der müßte doch zugestehen, daß die Goldwertsteigerung im letzten Vierteljahrhundert schon eine so starke war, daß jene Annahme nicht möglich ist; ist sie aber nicht möglich, würde also auch durch eine Herabsetzung des Münzfußes nichts geholfen, da die weitere Goldwertsteigerung die Wirkung der letzteren Maßregel paralysieren würde, so bliebe nichts weiter übrig als, was Jäger vorschlägt: Silberwährung mit sinkendem Münzfuß. Ich habe noch keinen Augenblick seit Erkenntnis dieses Thatbestandes daran gezweifelt, daß diese Maßregel unsere wirtschaftliche, bezw. soziale, nationale ꝛc. Lage der Gesundung mehr zuführen würde als irgend eine andere, aber ich zweifle, ob dies bei unserer internationalen Verkoppelung jetzt möglich ist.

---

1) Vgl. Ettinger, a. a. O., S. 107 ff.; Dühring, a. a. O., S. 21 ff.

2) Vgl. Ettinger, a. a. O., S. 132.

Das ist eine technische Frage, zu deren Beantwortung ich nicht das mindeste beitragen kann; nur finde ich es erschreckend, daß jener einseitige, oben gerügte internationale Gesichtspunkt selbst jüngere, sonst energisch denkende Forscher, wie Sewen, auch noch gefangen hält,[1]) der die Währungsfrage für eine internationale Bank- und Kreditfrage erklärt; daß sie dies auch ist, muß heute zugegeben werden, daß sie es aber nur oder hauptsächlich ist, muß im Interesse unserer nationalen Existenz den Thatsachen entsprechend verneint werden. Wenn Sewen die Herstellung der Getreidenote fordert, so ist das durchaus zu billigen, denn das Getreide steht in seinem stehenden Wert im Menschenverkehr dem Edelmetall am nächsten, und wenn die Vorsichtsmaßregeln eingehalten werden, die er in seiner lesenswerten Schrift diesbezüglich vorschlägt, so ist die Einführung der Getreidenote unzweifelhaft eine Wohlthat, ein merklicher Vorteil, aber sie kann nicht helfen. Helfen kann nur eine Währungsgesetzgebung, die die steigende Werttendenz in eine stabile, oder noch besser in eine sinkende verwandelt; ohne eine solche — falle sie sonst aus, wie sie wolle — ist meines Erachtens aus unserem nationalen Einschrumpfungs- und Vertrocknungsprozeß nicht herauszukommen.

Von Interesse dürfte schließlich hier noch die Frage sein, wie viel Edelmetallgeld auf der uns bekannten Erde kursiert. Der Direktor der Münze der Vereinigten Staaten hat es unternommen, auf Grund umfassender Studien eine Lösung dieser Frage zu geben, und zwar berechnet er den Goldvorrat und den Silbervorrat der Erde besonders. Nach seinen Untersuchungen ist Frankreich das an Gold wie an Silber reichste Land. Indem er den Dollar als Münzeinheit annimmt, kommt er zu dem Resultat, daß Frankreich 900 Millionen in Gold und 700 Millionen in Silber besitzt. Nach Frankreich kommen die Vereinigten Staaten, deren Vermögen in Gold sich auf 700 und in Silber auf 480 Millionen beziffert; den dritten Rang nimmt Großbritannien ein, mit 550 Millionen Dollars in Gold und 100 Millionen in Silber. An dieses Land würde sich Deutschland anreihen mit 500, bezw. 145 Millionen. Man sieht also, daß Deutschland keineswegs das arme Land ist, für welches es im allgemeinen gehalten wird, da es fast den sprichwörtlichen Reichtum Großbritanniens erreicht. Hieran würden sich Spanien, Österreich-Ungarn, die Türkei,

1) Sewen, Studien über die Zukunft des Geldwesens, 1892.

Holland, die Schweiz und Griechenland anschließen. Alle auf der gesamten Erde kursierenden Goldmünzen repräsentieren einen Wert von etwa 3727 Millionen Dollars, sämtliche Silbermünzen einen Wert von 3820 Millionen.

---

3. Soziale Friedensarbeit.

Ein satter und ein hungriger Mann können einander schlecht verstehen, sagt ein schottisches Sprichwort. Aus dem überaus reichen deutschen Sprichwörterschatz kenne ich kein entsprechendes; scheint mir das auch kein schlechtes Omen, so wäre es doch verkehrt heute für Deutschland die Thatsache leugnen zu wollen, daß Reich und Arm sich nicht verstehen; die Kunst des Mißverstehens hat bekanntlich schon eine außerordentliche Ausbildung und Verbreitung erfahren. Julius Wolf in seinem „Sozialismus" nimmt die beiden „Arm und Reich" gleichsam ins Verhör (S. 577 ff.) und prüft sie ebenso nach ihren Motiven wie ihrem Thun und findet bei ihnen dasselbe was H. Heine in seiner Weise von dem Rabbi und dem Mönch behauptet. „Es wäre verfehlt", sagt Wolf deshalb mit Recht zum Schluß (S. 592), „die Direktiven für das sozialpolitische Handeln von ihnen (Armen und Reichen) entgegennehmen zu wollen." Indem ich auf die weiteren Ausführungen bei Wolf verweise, läge es nahe, hier ein Verzeichnis aller der Motive, Meinungen, Unterlassungen und Thaten zusammenzustellen, deren sich die Gesellschaft — der Mittelstand hat nicht minder sein gerüttelt und geschüttelt Maß Anteil — schuldig gemacht hat, um das Ungetüm hervorzubringen, was man jetzt die soziale Frage nennt —, denn, wie gesagt, wir haben Alle schuld an ihr —, das würde sicher dem verzweifelt ähnlich sehen, was man ein Sündenregister nennt. Aber auch vor der Aufstellung eines solchen würde ich mich nicht scheuen, wenn es etwas nützte. Es würde aber nichts nützen, denn die es anginge würden es nicht lesen — wie ja auch die Gemeinten die Strafpredigten von der Kanzel nicht hören — oder, sie würden alsbald herausfinden, daß die Betroffenen immer „die andern" sind, oder ꝛc. Meiner mehrfach wiederholten Diagnose entsprechend giebt es hier nur ein therapeutisches Recipe: Jeder kehr' vor seiner Thür, so werden alle Gassen rein!

Nur noch ein paar Worte über das, was hier seitens öffentlicher Gewalten noch geschehen kann. Herbert Spencer hat mit Recht einmal gesagt: Jede Nation müsse vor allem sorgen, daß sie eine Nation guter Tiere (animale Lebewesen) sei; davon sind wir noch sehr weit entfernt, viel weiter wie die Engländer; und wenn bei uns nicht der Bauernstand noch verhältnismäßig kräftig wäre, der uns immer physisch erneuert und mit Leuten von ausgeruhtem Gehirn ausstattet, stünde es erheblich schlimmer mit uns. Gerade mit Rücksicht auf die schwankende Stellung des deutschen Bauernstandes mit seiner bis dahin unerschöpflichen Bevölkerungs- und Regenerationskraft wäre es mehr als weise, wenn sich die städtische Bevölkerung weit mehr als seither den Impulsen hingäbe, die seitens des Kaisers und der Regierungen in dieser Richtung gegeben sind und werden. Dazu wäre eine viel regere Mitarbeit und Initiative der städtischen Gemeindeverwaltungen namentlich der größeren notwendig. Ebenso müßten diese überhaupt auch unmittelbarer in die Sozialpolitik eingreifen, die preußische Städteordnung läßt Raum genug dafür. In England z. B. tritt die städtische Sozialpolitik in bedeutenden Gemeinden ganz deutlich nach folgenden Richtungen hervor: 1. achtstündiger Normalarbeitstag für alle städtischen Bediensteten, 2. Zahlung von Gewerkvereinslöhnen, 3. Gewährung eines vollen wöchentlichen Ruhetags und genügender Feiertage, 4. Verbot der Überstunden, außer im Notfalle.[1]) In Frankreich sind, wie nach Taine schon angedeutet, auch die großen Städte meist ohne die nötige Initiative, Selbstverwaltung und Einsicht — es ist bezeichnend, daß die Sozialisten immer mehr Gemeindevertretungen in die Hand bekommen —, sodaß dort von selbständiger Sozialpolitik nicht die Rede sein kann, wohl aber haben die Sozialisten dafür gesorgt, daß ein bezügliches kommunales Arbeiter-Programm besteht, das nach dem „Vorwärts" lautet:[2])

Art. 1. Errichtung von Schülerspeisehallen,[3]) wo den Kindern zwischen den Morgen- und Nachmittagstunden zu ermäßigten Preisen oder umsonst eine Fleischmahlzeit verabfolgt wird, und zweimal im Jahr, zu Anfang des Winters und des Sommers, eine Verteilung von Schuhwerk und Kleidungsstücken stattfindet.

---

1) Vgl. Soz.-polit. Zentralblatt I, Nr. 11.

2) Im Soz.-polit. Zentralblatt I, Nr. 29, S. 361.

3) Über Schulkantinen, Soz.-pol. Zentralblatt I, Nr. 34.

Art. 2. Einfügung von Klauseln (in die die Bedingungen für die Ausführung städtischer Arbeiten enthaltenden Verträge), welche den Arbeitstag auf 8 Stunden einschränken, ein durch den Rat im Einvernehmen mit den Arbeiterverbänden festgesetztes Lohnminimum garantieren und die durch ein Dekret von 1848 abgeschaffte Akkordarbeit verbieten. — Einrichtung einer Inspektion zur Überwachung der Befolgung dieser Klauseln.

Art. 3. Arbeiterbörsen zu gründen, die von den Arbeitersyndikaten und den korporativen Gruppen verwaltet werden.

Art. 4. Aufhebung der städtischen Thorsteuern auf Lebensmittel.

Art. 5. Befreiung der kleinen Mietswohnungen von den auf ihnen lastenden Mobiliar- und Personalsteuern und Überwälzung derselben auf die größeren progressiv zu besteuernden Mietswohnungen. Reinigung und Ausbesserung der als ungesund erkannten Wohnungen auf Kosten der Eigentümer. Besteuerung unbebauter Flächen gemäß ihrem Kaufpreise und der nicht vermieteten Lokalitäten, entsprechend ihrem Mietpreise.

Art. 6. Vergebung aller Arbeiten durch die Gemeindeverwaltungen an die Arbeiterbörsen oder die Syndikate und Zurückziehung aller an Vermittler gegebenen Vollmachten.

Art. 7. Gründung von Entbindungsanstalten und Wöchnerinnenheimen und von Asylen für Greise und Gebrechliche. Asyle für nächtliche Unterkunft und Verteilung von Lebensmitteln an Durchreisende und an Arbeiter, die auf Suche nach Arbeit ohne festen Wohnsitz sind.

Art. 8. Stellen, an denen unentgeltliche ärztliche Hilfe geleistet und Arzeneimittel zu herabgesetzten Preisen verkauft werden.

Art. 9. Erbauung von öffentlichen, unentgeltlichen Bade- und Wasch-Anstalten.

Art. 10. Schöpfung von Pflegeanstalten (Sanatorien) für die Kinder der Arbeiter und Sammlung und Aufnahme derselben in diese Anstalten auf Kosten der Gemeinde.

Art. 11. Stellen, an denen unentgeltlicher juristischer Beirat in allen die Arbeiter betreffenden Prozessen gewährt wird.

Art. 12. Entschädigung für die Thätigkeit im Gemeinderat ꝛc.

Art. 13. Entschädigung für die Thätigkeit im Arbeiterschiedsgericht ꝛc.

Von den übrigen Artikeln wäre noch hervorzuheben: Zurück-

ziehung aller der Pferdebahn-, Omnibus-, Gas- und Begräbnisgesellschaften verliehenen Konzessionen, Umwandlung dieser Monopole in kommunale Arbeiten, deren Ausführung den Arbeitersyndikaten unter der Kontrolle der Gemeindeverwaltung zu übergeben ist. Ferner: Strenge Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen, welche den Mitgliedern der vertretenden Körperschaften verbieten, Submissions- und Verkaufsgeschäfte mit der Stadt abzuschließen.

Man sieht: Einiges von diesen Forderungen ist bei uns durchgeführt, anderes braucht es nicht, denn es besteht ähnlich oder besser schon, anderes kann oder soll ausgeführt, anderes darf nicht ausgeführt werden. Jedenfalls läßt sich hieraus manches lernen für die städtische Sozialpolitik. Selbstverständlich sind Artikel 12 und 13, die ich nur angedeutet habe, als demokratische Konsequenzmacherei von vornherein abzuweisen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch auf den Achtstundentag kommen. Ich halte es für selbstverständlich — wie wahrscheinlich auch alle vernünftigen Arbeiter — daß schon wegen der Verschiedenheit der Betriebe ein allgemeiner Normalarbeitstag nicht in Betracht kommen kann. Dagegen bin ich allerdings der Meinung, daß die Einführung eines Maximalarbeitstags bei den Betrieben zunächst zu erstreben ist, die besonders aufreibend sind; so sollte nach meiner Meinung den Bergarbeitern unter Tag, wie sie auch auf dem letzten internationalen Kongreß selbst gefordert haben, desgleichen den bei schwerer Feuerarbeit Beschäftigten ein Maximalarbeitstag von acht Stunden, und auch bei andern Berufen solche von zehn bis höchstens elf Stunden gewährt werden; Ausnahmen müßten natürlich für besondere Umstände möglich bezw. gesetzlich oder aufsichtsbehördlich gestattet sein. Höchst beachtenswert bleibt auch in diesem Zusammenhang was H. Losch in seinem mehrfach genannten Buch berechnet und daraufhin vorgeschlagen hat (S. 267). Nachdem er nämlich S. 89 bis 266 berechnet hat, wie viel Arbeiter beschäftigt sind in Landwirtschaft, Berg-, Hütten- und Salinenwesen, Textilindustrie, Nahrungs- und Genußmittelbereitung, Bekleidungs- und Reinigungs-, Druckerei- und Handelsgewerbe, kommt er zu dem Ergebnis: da auf ca. elf Millionen voll beschäftigter Arbeitskräfte ca. $2^1/_2$ Millionen davon bei gleichbleibender Leistungsfähigkeit unter Anwendung verbesserter Technik gespart werden könnten: „1. Die durchschnittliche Arbeitszeit in den bearbeiteten Berufen kann, wenn sie thatsächlich 12 Stunden beträgt,

auf 9,3 Stunden vermindert werden, ohne daß die Zahl und die Qualität der erzeugten Waren sich verändern würde; 2. die nationale Warenmasse kann, bei gleichbleibender Arbeitszeit, unter Zugrundelegung der jetzigen Technik, um mindestens 29% in den bearbeiteten Berufen vermehrt werden, was einer Einkommenssteigerung für die Nation als solche um den gleichen Betrag bedeuten würde; 3. die Durchführung des zehnstündigen Arbeitstags für mindestens elf Millionen volle Arbeitskräfte und in Ansehung der übrigen Verhältnisse hiermit für die ganze deutsche Arbeiterbevölkerung und zwar bei gleichzeitiger mäßiger durchschnittlicher Lohnerhöhung ist gesichert, aber nur unter der Voraussetzung einer technisch auf voller Höhe der Zeit stehenden Betriebsorganisation mit nationaler Grundlage."

Nach der gegenwärtigen Lage hätte das Reich die Aufgabe, der es sich ja auch fortgesetzt unterzieht, die gesamte Arbeiter-Versicherungs- und Schutzgesetzgebung noch weiter auszubauen, bezw. die ersteren energischer zusammenzufassen und die letzteren noch entschiedener in dem Sinn auszugestalten, daß die Arbeit der weiblichen und jugendlichen Arbeiter noch weiter und zwar nur auf Tagesarbeit beschränkt wird; dadurch wird auch das Arbeiterangebot gemindert und ein besserer Lohn ermöglicht.[1]) Staat und Gemeinde hätten im Verein mit den Berufsverbänden der Arbeiter Arbeitsnachweis und den Arbeitslosen ihren Fähigkeiten entsprechend Arbeit bezw. Arbeitsmittel gegen Minimalsätze zu gewähren (arbeitslose Bauhandwerker mögen z. B. in den Stand gesetzt werden Arbeitshäuser zu bauen). Die Überführung des Verkehrs-, Versicherungs- und Kreditwesens in Staats- bezw. Kommunalverwaltung könnte diese Betriebe von Rentabilitätsrücksichten befreien und die erzielten Gewinne im öffentlichen Interesse verwendbar machen.[2]) Auch die Wohlfahrtseinrichtungen könnten besonders von den Kommunen ganz anders gefördert werden wie seither, besonders auch der Bau von Mietswohnungen für Minderbemittelte. Inwiefern der Bodelschwinghsche Plan[3]) durchführbar wäre, bliebe zu erwägen bezw. zu versuchen. Bei all diesen ist prinzipiell die Mitthätigkeit der Arbeiter ꝛc. im Auge zu behalten.[4]) Auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit der inneren

1) Vgl. Herkner a. a. O. S. 86 ff. und im Soz.-polit. Zentralblatt.

2) Dühring a. a. O. S. 306 ff.

3) Siehe Bericht des evangelisch-sozialen Kongresses von 1890, S. 86.

4) Sehr beachtenswert ist der Bericht des Direktors Bergmann über die

Kolonisation ist schon früher mehrfach hingewiesen worden.[1]) Daß die Latifundienbildung, diese verderblichste aller Kumulationen, immer mehr fortschreitet, ist leider nicht zu bezweifeln; neuerdings ist im Hessischen wieder ein ganzes Dorf — außer einem Bauern, wie ich höre — in den Besitz eines Großindustriellen übergegangen.

Man wird erwägen müssen, ob man dem nicht mit Rentengütern oder Erbpachts-Erklärungen wirksam entgegentreten kann, denn hier handelt es sich um eine Lebensfrage im eigentlichsten Sinne des Worts.

---

4. Soziale Friedensarbeit in Presse und Wissenschaft, Litteratur und Kunst.

Sidney Whitman hat in seinem früher mehrfach erwähnten Buch[2]) mit Recht gesagt, daß die öffentliche Meinung eines Landes erst dann dessen Politik und Gesetze beeinflussen könne, wenn die unerläßlichen Voraussetzungen einer gesunden öffentlichen Meinung erfüllt wären: 1. nationale Unabhängigkeit, 2. ein starkes und gesundes nationales Selbstbewußtsein, 3. die schließliche Unterordnung der Standesinteressen unter die Wohlfahrt des Staates. Daß die Punkte 2 und 3 in der öffentlichen Meinung noch nicht ausreichend erstarkt sind, wird nicht zu bestreiten sein.

Ich will hier nur auf folgende Thatsachen hinweisen, die glaubwürdige deutsche Zeitungen (August 1892) gebracht haben:

„Deutschland führt jährlich für 15—1600 Millionen Mark Gewerbewaren aus, aber hiervon gehen höchstens 3—400 Millionen auch wirklich unter deutscher Marke in den Weltverkehr über. Alles andere geht unter englischer oder französischer Marke, verleugnet seinen deutschen Ursprung, weshalb die Anschuldigung, Deutschland sei das Reich der Nachahmer und Fälscher, gang und gäbe ist. Fast alle deutschen

---

Eisenwerke Gaggenau A. G. (Baden), 3. Teil, S. 44 ff. vom Sommer 1891. Über soziale Arbeiterkoalitionen siehe Dühring a. a. O. S. 326 ff.

1) Über die Grundrentenverhältnisse siehe Wolf a. a. O. 520 ff.; 576 f.

2) Das kaiserliche Deutschland 3. Aufl., S. 58; der Abschnitt über die deutsche Presse S. 206 ff.

Webestoffe, die vorzüglichen Gold- und Silberarbeiten, Schmuckwaren aus Hanau, Pforzheim (allein jährlich 40—45 Millionen), Berlin, Frankfurt u. s. w., selbst ein Teil unserer so geschätzten Stahlwaren, dann alle Bronze- und andere Metallwaren, und manches andere werden nirgendwo als deutsche Waren verkauft, sondern mit englischen und französischen Marken versehen. Kürzlich noch wurde in Paris eine Tuchsendung aus Aachen beschlagnahmt und die Beteiligten verurteilt, weil dieselbe die Marke »Elbeuf« trugen. Dergleichen Fälle kommen täglich vor. Die Aachener Nadeln gehen nur unter englischer Marke, werden daher nach England geschickt, von wo sie um ein Drittel teuerer, Dank einer lächerlichen Auslandssucht eines großen Teiles des deutschen Publikums nach Deutschland zurückkommen. Die deutschen Waren, die unter fremder Marke gehen, sind gar nicht alle aufzuzählen. Der deutsche Gewerbefleiß ist dadurch vom Auslande abhängig, erleidet ungeheuere Verluste, die sicher auf mehr als hundert Millionen jährlich zu veranschlagen sind. Hier ein Beispiel. „Ein deutscher Fabrikant erfand eine neue Schmuckware und übergab dieselbe seinem Pariser Vertreter zum Vertrieb. Dieser ließ die Sache in Deutschland und Frankreich patentieren. Der Erfinder arbeitete bis zur Löschung des Patents nur für den Pariser, mußte seine Waren nur mit dessen Marke versehen, unter welcher dieselben vielfach nach Deutschland zurückgingen, jedoch sehr verteuert; denn der Pariser verkaufte drei- bis viermal teuerer, als er den Erfinder und Anfertiger bezahlte. Dieser machte nur ein sehr mäßiges Geschäft, der Pariser ward zum Millionär.“

Auch die Einrichtung, welche die öffentliche Meinung bildet und wiedergiebt, die Presse, liefert dafür ausreichend Beweise. Dies ist um so bedenklicher, wenn sie sich einer Frage gegenübersieht, die, wie die soziale, nicht bloß national-politische und soziale, sondern auch wirtschaftliche, geistige, sittliche, ja physische Faktoren enthält. Wenn auch jene überwiegen, und für diese in der Presse nur verhältnismäßig wenig Raum übrig bleibt, so ist doch bei der engen Verbindung aller dieser Faktoren kaum eine Spalte einer größeren Zeitung, die ihre Schuldigkeit thut, von einem jener Faktoren unberührt. Man darf daher sagen, daß die Presse auch für die Förderung dieser Frage nicht bloß von der größten Bedeutung, sondern auch für den Gang der Behandlung in hohem Grade mit verantwortlich ist. Sie hat in allen diesen Dingen zwei Möglichkeiten: Aussaat und Behütung derselben.

Jene kann förderlich sein, oder verderblich — bewußt und unbewußt —, diese hat es mit der Abwehr hinderlicher und Beibringung förderlicher Elemente zu thun. Was dienlich zur Aussaat ist, kann den Wenigsten um so weniger zweifelhaft sein, als eine geordnete Zufuhr auch in dieser Beziehung besteht. Die Annahme und Verwendung derselben wird sehr selten aus Unverstand, weniger selten aus Parteirücksichten unterlassen; daß es Zeitungen giebt, die dadurch eine Belangweilung ihrer Leser fürchten und boshafte oder frivole Entrefilets vorziehen, ist bekannt. Die Behütung der Aussaat kann man sich im Bilde als Schutz, Deckung, Abwehr einerseits und Begießen und Pflegen andererseits denken. Es würde zu weit führen, dies hier im einzelnen auf jene oben genannten Gesichtspunkte zu beziehen und zu belegen. Daß die Presse gemäßigter Richtung in dieser Beziehung förderlicher wirkt, bezw. gewirkt hat, liegt auf der Hand. Es kann nur dringend geraten werden, sich der Verpflichtungen immer mehr bewußt zu werden, die zumal unsere Zeit und die vorliegende Aufgabe stellt, und dazu wird auch der Presse dienlich sein, wenn sie sich mit einem der modernsten wissenschaftlichen Kapitel, der Suggestion, wie oben gezeigt, vertraut macht, um Aussaat und Behütung besser zu üben als seither und dem Geist, der stets verneint und sich der Meinung freut: „Alles was besteht ist wert, daß es zugrunde geht“, ein für allemal die Thüre weist. Hiernach wäre es vor allem Aufgabe der Presse: starkes und gesundes nationales Selbstbewußtsein zu pflegen, wie sie dies musterhaft in der Entstehungszeit des neuen Reichs und in manchen kritischen Zeitläuften seither gethan hat, sowie dem deutschen Sonder-, Klassen-, Kasten- und Standesinteressengeist entgegenzuwirken und den Gemeinsinn, den sozialen Geist zu heben und zu pflegen; der deutschen Schwerfälligkeit,[1]) Systemmacherei und jenem geistigen Zustand entgegenzuwirken, der zwischen Gleichgiltigkeit und Überspannung schwankt, jener Philistermäkelei und breiten Philisterweisheit und -Klatschsucht, die alles versteht, weil sie nichts recht kennt, alles bemäkelt, weil sie nichts zu würdigen weiß, alles verklatscht, weil sie alles auf ihre vermeintliche Größe bezieht. Die deutsche Presse muß deutscher schreiben, dann wird sie deutlicher in

1) Der unglückliche und geistvolle Nietzsche spricht in seinem Zarathustra vom „Geist der Schwere“, das ist der Geist der Vereinzelung, der Verödung, der Dämmerung.

dieser Welt voll Mißverständnissen, sie muß unparteiischer wirken, denn wir sind kein parteiisch, sondern nur ein individualistisch angelegtes Volk, sie muß der Phrase den Krieg machen, denn wir sind wahr von Natur und derb und klar im Ausdruck, wenn es die Sache erfordert; sie muß der verschleierten Immoral und dem Gecken- und Gigerlwesen rücksichtslos die Maske herunterreißen, denn wir sind keusch von Natur und hassen die Knechtschaft, auch die der Mode und des Salons, für die wir keine deutschen Wörter haben.

Nun noch einige Einzelheiten. Whitman empfindet es als Engländer besonders verwerflich, daß die deutsche Presse noch schwebende Rechtsfälle bespricht und beurteilt und tadelt dies mit Recht; er hätte auch tadeln können, daß die Berichterstattung über „sensationelle“ Gerichtsverhandlungen, Morde, Selbstmorde, Hinrichtungen 2c. oft in einer Weise erfolgt, daß sie nicht anders als suggerierend wirken kann. Wie viel wird hierin, sowie nach andern Richtungen in der Rubrik „Verschiedenes“ oder „kleine Zeitung“ gegen die Aussaat und ihre Behütung gesündigt. Und wie übel ist es nicht selten mit dem bestellt, was unter dem Strich, im Feuilleton steht. Whitman hebt mit Recht hervor, daß die deutsche Presse hier nichts bringt was an Unsittlichkeit dem französischen Feuilleton gleicht, obwohl auch dies manche nachzuahmen versuchen, die ihre Studien an der Quelle gemacht haben und in der Kapitale der „Civilisation“ fortzusetzen pflegen. Was über Theater, Musik und Kunst gebracht wird, verdient auch in letzterer Beziehung, was Whitman bezweifeln will — Anerkennung: die besseren Zeitungen bringen hier z. T. musterhaftes, aus dem jeder gebildete Laie etwas lernen kann. Aber sowie es hier zu Kritiken von Leistungen kommt, vermißt man sehr oft die bekannten Grundsätze Lessings: das Positive und Sachliche namentlich bedeutenden Künstlern gegenüber; wie oft wird nicht an ihnen gemäkelt oder alles ganz unbesehen hingenommen; wie oft werden aufstrebende tüchtige Talente schwer getroffen; wie oft mittelmäßige Reklamemacher und Maulhelden gut abgestempelt, die Rückversicherung scheint auf diesem Gebiete aus den sogenannten wissenschaftlichen Zeitschriften auch in die Presse gerückt zu sein. Mit welcher Konsequenz werden Dinge und Leistungen totgeschwiegen, die „nicht in den Kram“ passen; wie oft werden auch die kritischen Waschzettel abgedruckt, die vorsichtige und umsichtige Verleger ihren Verlagsartikeln mit auf den Weg geben. Die Presse hat sich hier auf ein Gebiet locken lassen, das sie nicht bearbeiten kann; dies wirkt um so

übler, als sie oft mit sogenannten Inhaltsangaben kommt, deren flüchtiges Überblicken nicht bloß den Zeitungsphilister alles weiteren in diesem Punkte enthebt. Und wann wird endlich die Anonymität aufhören?

Und nun noch zwei besonders dunkle Punkte: der Handelsteil und der Inseratenteil. Bezüglich des ersteren begnüge ich mich mit der Wiedergabe eines Zeitungsartikels aus dem Juni 1892.

„Die Kreuzzeitung hat in ein Wespennest gegriffen, als sie kürzlich die Mitteilung brachte, aus dem Bureau des Herrn von Hansemann, des Direktors der „Diskonto-Gesellschaft", seien an die Handelsredakteure verschiedener Berliner Blätter die üblichen „Gratifikationen" zur Versendung gelangt. Sehr entrüstet fordern einige Blätter die Kreuzzeitung auf, ihre Angaben durch Nennung von Namen zu erhärten. Unsere schnelllebende Zeit hat ein kurzes Gedächtnis. Das aber sollte doch gegenwärtig sein, da die Thatsache ungemein kennzeichnend ist für eine gewisse Presse, die als „Schlepper" der Spekulation dient, daß bei Gelegenheit des im vorigen Winter hier verhandelten „Prozeß Merten" die Käuflichkeit vieler Organe unwiderleglich festgestellt wurde. Mit dankenswerter Offenheit erzählte ein Zeuge, es sei „Usance", bei Emissionen die Handelsredakteure zu beteiligen. Es geschehe dies in der Form, daß die emittierenden Firmen den betreffenden Herren Anteilscheine überwiesen oder für sie ein Konto anlegten; manchmal aber erledige sich die Sache noch weit einfacher. „Sie meinen," bemerkte der Gerichtspräsident, „daß den Redakteuren bares Geld eingehändigt wird?" „Jawohl," antwortete trockenen Tones der Zeuge. Leider ist damals die Aussage nicht weiter erörtert worden, obwohl es gewiß recht nahe lag, einige praktische Beispiele anführen zu lassen. Der Zeuge hätte sicherlich aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht und durch eingehende Bekundung der Öffentlichkeit einen sehr wertvollen Dienst geleistet. Den Leuten wäre das Handwerk gründlich gelegt worden, die recht eigentlich den Verlust vieler Millionen verschulden, welche auf ihre erkaufte Empfehlung in den unsichersten Papieren verzettelt sind. Ohne diese journalistischen Vermittler vermöchten Emissionen zweifelhafter Art bei weitem nicht so viel Schaden anzurichten. Es würde sehr nützlich sein, wenn die Berliner Staatsanwaltschaft einmal Erhebungen veranstaltete, wer „Gratifikationen" zu den erwähnten Zwecken hergiebt und wer sie empfängt. Herr von Hansemann hat bis jetzt nicht mit einem Worte die Meldung der

Kreuzzeitung in Abrede gestellt, was, falls sie nicht zuträfe, der Börsenpresse gewiß erwünscht sein müßte. Ein eminentes „öffentliches Interesse" kommt hier in Frage. Unmöglich kann es gesetzlich unanfechtbar sein, daß viele durch beeinflußte Empfehlungen zu Käufen verleitet werden, die unter Umständen die schwersten Vermögensschädigungen nach sich ziehen."

Was das Inseraten- oder Anzeigewesen angeht, so ist es bekannt, daß die Zeitungspreise so niedrig sind, daß sie kaum Papier- und Druckkosten ersetzen. Das Einkommen fließt aus dem Inseratenteil. „Deshalb, sagt Whitman (Seite 206), können die Zeitungen das Interesse der Inserenten nicht verletzen — jene „Beteiligungen" und „Gratifikationen" hängen auch damit zusammen — noch weniger ein unabhängiges Verhalten einschlagen, das ihre Verbreitung beeinträchtigen könnte. Deshalb müssen die deutschen Zeitungen gleichfalls mehr oder weniger kommerziellen Grundsätzen huldigen, die ihnen allein die Existenz sichern." Nimmt man nun noch die „Reklame" hinzu, die nicht selten einen Platz hat, aus dem der Unkundige leicht entnimmt, die Empfehlung gehe von der Zeitung selbst aus, sowie die absonderliche Art der Insertionstarife und die Insertions-Pachtverträge (Mosse, Haasenstein & Vogler ꝛc.),[1]) so kann man sich nicht wundern, daß man auf den Gedanken kam, der Zeitung dieses Marktregal zu entziehen und es wieder auf den Staat zu übertragen.[2]) Ich bin allerdings dieser Meinung nicht, habe auch den Eindruck, daß die Inserate das niedrige Niveau der siebziger Jahre nur noch vereinzelt erreichen, aber ich glaube, daß es im Interesse der Presse ebenso wie unseres Volks wäre, wenn die Verleger, beziehungsweise Herausgeber und verantwortlichen Leiter der größeren Zeitungen sich darüber verständigten: 1. Erhöhung des Abonnements, das meines Erachtens zu billig ist, 2. Beseitigung aller Insertionspacht, 3. Mitverantwortlichkeit des Besitzers, beziehungsweise Herausgebers oder verantwortlichen Leiters für die Inserate, eventuell müßte die Gesetzgebung eine solche Mitverantwortlichkeit in irgend einer Form festlegen.

Und nun noch eins, worauf Whitman aufmerksam macht. Als Engländer haßt er den deutschen Empfindlichkeits-, Bier- und Klatsch-

---

1) Vgl. Schmölder, Das Inseratenwesen ein Staatsinstitut, 1879; besonders S. 14—16, 18—20, haarsträubende Insertionsbeispiele S. 22—36 und S. 39 ff.
2) Daselbst S. 47 ff.

philister ganz besonders und rügt die deutsche Strafgesetzgebung deshalb mit Recht, daß sie durch ihre verhältnismäßige Billigkeit und Milde „das Temperament des Philisters und andere häßliche Eigenschaften begünstige. Unserer Ansicht nach verwickelt das Gesetz den Einzelnen zu leicht in kleinliche Prozesse, während seine Strafen bei ernsten Vergehen nicht streng genug sind".

In demselben Sinn macht er auch der deutschen Presse den Vorwurf: „in ihren Spalten macht sich oft der kleinliche Haß und Groll und die Verleumdungssucht des Philisters Luft. Man stößt bisweilen auf anonyme Angriffe auf den persönlichen Charakter, die ein englischer Gerichtshof streng bestrafen würde. Dies geschieht aber mehr an Plätzen, welche abseits vom Hauptstrom des nationalen Lebens liegen, in Orten, deren Presse geistig arm, gehässig und verächtlich ist. Hier finden wir Blätter, die an jedes lokale Vorurteil appellieren, bald schmeicheln, bald verleumden, mit Bierpatriotismus sich brüsten und dabei von neidischem Klatsch und Skandal leben. Wo immer solche Blätter bestehen, kann man den krankhaften Zustand des öffentlichen Lebens, die niedrige Moralität der Bevölkerung und die geheime Verbreitung des Sozialismus unter den Arbeitern erkennen. Ist eine gesunde Presse nicht immer ein untrügliches Merkmal der öffentlichen Moral, so ist doch eine lasterhafte Zeitung ein sicheres Anzeichen der Verderbnis im Volke". —

Es ist schon öfter der Wissenschaft mit Recht der Vorwurf gemacht worden, daß sie den atomistischen Charakter, den der Verpfählung, Rationalisierung beziehungsweise Materialisierung an sich trage, und sich so selbst oft genug um ihre tiefsten Ergebnisse bringt. Ich will hier nicht wiederholen, was ich anderwärts weiter ausgeführt und begründet habe.[1])

Atomistisch ist die Philosophie, die ganze Systeme auf einen zugespitzten metaphysischen Grundgedanken aufbaut, sie sieht den Wald vor Bäumen nicht. Andererseits geht durch die ganze Wissenschaft der atomistische Zug, der an den einzelnen Gegenständen hängen bleibt; man denke nur alle die Spezialisten — nicht bloß in der Medizin — wie bei den Alexandrinern in der hellenistischen und den Ägyptern in der Herodoteischen Zeit. So übersieht man — im Kleinen groß, im

1) Besonders in Glauben oder Wissen? Eine Untersuchung über die menschliche Geisteseinheit auf biologischer Grundlage. Gotha, Perthes, 1890.

Großen klein — über den Einzelheiten die Hauptsache; der Mikrokosmus hat in der Wissenschaft den Makrokosmus nicht besiegt, aber in den Winkel geschoben; sie weiß und glaubt nicht „wie Alles sich zum Ganzen webt, Eins in dem Andern wirkt und lebt“. Keine Voraussetzung will sie anerkennen und steckt voller Voraussetzungen, alles will sie erklären bis in die Grundsuppe, in der sie sich die Augen verklebt. Der Materialismus hat aber in Naturwissenschaften und Medizin besonders sein Hauptquartier aufgeschlagen, und der Nihilismus hat wohl nirgends größere Verheerungen angerichtet wie in der modernen Therapie. Und da ist es denn der moderne Hypnotismus und die neue Wissenschaft von der Suggestion, die diesem impotenten Materialismus und Nihilismus den Existenzboden nehmen wird, „und es harrt unser, sagt Schmidkunz (a. a. O. S. 284) mit Recht, das Schauspiel einer der bedeutungsreichsten Entscheidungsschlachten, welche je in der Geschichte der Philosophie geschlagen wurden“. Es ist gerade der Fluch dieser materialistischen Wissenschaft, daß sie sich selbst immer am meisten im Lichte steht, denn „sie betrachtet das lebensvollste Werkzeug unseres Organismus in gleicher Weise als toten Stoff, wie etwa einen Stein oder ein Stück Holz“.[1]) Die Erfahrung lehrt, daß alle guten Hypnotiseure humanen und altruistischen Bestrebungen huldigende Leute sind. „Auf dem rationalistischen Sande wird der Hypnotismus nie recht Boden fassen.“

„Bei der Gravitation, also einem körperlichen Vorgang, steht man vor einer Wirkung in die Ferne und findet sich mit ihr ab; bei der Mentalsuggestion, also einem zunächst unkörperlichen Vorgang, scheut man gerade vor dem Problem einer Fernwirkung zurück.“ Und die Seele ist es doch, die „sich den Körper schafft. Sie ist die Bildnerin von der Zeugung an, durch die Geburt und das Leben hindurch bis zum Tod oder wahrscheinlich bis über den Tod hinaus“. Der Suggestionismus „und in ihm vor allem der Hypnotismus“ ist es, „der unsere Seele aus einem materialistischen Dienerrang emporhebt zu einer geistigen Selbständigkeit, diese aber ist erst dann eine vollkommene, wenn wir sie nicht mehr begrenzen durch die Schranken des irdischen Lebens. Der Hypnotismus spricht für die Unsterblichkeit der Seele“.

„Ein und dieselbe Seele ist es, welche eine Brandblase sich vor-

---

1) Schmidkunz a. a. O. S. 115, 114, 47, 87, 162, 284, 228, 252 f., 337.

stellt, und welche dieselbe als suggestives Stigma effektuiert.“ „Wenn wir sehen, wie an einem Hypnotischen etwas, das ihm zunächst nur als Wort und Gedanke eigen wird, sich materiell ausprägt, z. B. ein Stigma, so gewinnen wir eine Ahnung davon, daß auch anderswo ein Wort oder Gedanke, ein Logos materialisiert, „Fleisch“ werden kann. Und diese Materialisierung braucht nicht nur einmal geschehen zu sein, sondern die ganze Schöpfung — nicht bloß die des Materiellen, sondern auch die des Geistigen, denn schließlich scheinen ja beide nur verschiedene Funktionen des nämlichen Funktionierenden — mag als Verwirklichung der Gedanken Gottes gefaßt werden, wie die somatischen Suggestionen der Hypnose und letztlich alle Suggestionen Ideenrealisationen sind.“ —

Es gilt als bekannt, daß Franz Bacon der Erfinder der induktiven Methode sei — Aristoteles ist bekanntlich ihr Erfinder — weniger bekannt ist und noch weniger verbreitet wird die Thatsache, daß derselbe Bacon die Meinung vertreten hat, daß nur die Wissenschaft als solche anzuerkennen und zu schätzen sei, die dem allgemeinen Wohl dienen wolle und diene. Diese Auffassung dürfte der modernen Wissenschaft ganz besonders — zumal im Hinblick auf die soziale Frage — anzuempfehlen sein.

Als Schiller vor etwa einem Jahrhundert rief: Es soll der Sänger mit dem König gehen, da dachte ohne Zweifel niemand an einen Nachhall, wie ihn die folgende Anzeige bietet, die im August 1892 in verschiedenen Zeitungen stand: „Heiratsgesuch! Herr, Mitte 20er, talentvoller Dichter mit Primareferenzen, darunter auch solche von v. Bodenstedt, wünscht mit geistreicher und vermögender junger Dame in brieflichen Gedankenaustausch zu treten.“

Es ist beinahe ein Jahrhundert, daß die Frau Rath an ihren Hätschelhans schrieb: „Halte fest an deutschem Sinn — denn wenn das Ding so fortgeht, so wird in fünfzig Jahren kein Deutsch mehr weder geredet noch geschrieben — und du und Schiller, ihr seid hernach klassische Schriftsteller — wie Horaz, Livius, Ovid und wie sie alle heißen, denn wo keine Sprache mehr ist, da ist auch kein Volk, — was werden alsdann die Professoren Euch zergliedern, auslegen und der Jugend einbläuen.“

G. Hansen [1]) hat sich vom Standpunkt des Bevölkerungspolitikers

---

1) Die drei Bevölkerungsstufen S. 393 ff.

über diese Frage ausgesprochen und meint: „die klassischen Dichter haben durch Schaffung der Sprache gewaltige Gemälde entworfen, dann sind die Farben eingetrocknet. Die Nachgeborenen können jene Gemälde nur in Stücke zerschneiden und diese mosaikartig zusammensetzen. Je kleiner die Stücke, um so größer die Täuschung, um so vollkommener der Stil. Bei der gradlinigen Prosa ist es möglich, den Eindruck eines Originals hervorzubringen, aber die geschwungenen Linien der Poesie lassen überall die Ecken und Winkel erkennen."

„Goethe, fünfzig Jahre später geboren, wäre vielleicht ein bedeutender Gelehrter oder ein großer Staatsmann geworden, aber sicherlich kein Dichter. Die Lessing und Goethe der Gegenwart heißen Bismarck und Moltke." Soviel treffendes auch dieser außerordentlich lesenswerte Abschnitt von Hansens Buch bringt, er ist auch hier von derselben Einseitigkeit der Betrachtung bestimmt, welche die ganze soziale Frage lediglich für eine Bevölkerungsfrage erklärt. In diesem Zusammenhang kann ich auch nicht weiter auf diese Dinge eingehen, ich will nur ein paar Punkte hervorheben, welche unsere Frage praktisch berührt.

Lessing hat in seiner Abhandlung über die Fabel bekanntlich gefunden, daß in ihr Tiere die Träger der Geschichte wären, damit die Dichter keine weitere Charakteristik dieser Träger bedürften, und damit der Eindringlichkeit der Moral kein Abbruch geschähe, wie dies der Fall wäre, wenn Menschen als Träger der Handlung Mitleid beziehungsweise Abscheu erregten. Man denke sich die Fabel vom Wolf und Lamm; sie werde in trockenstem Fabelstil ohne Lafontainsche Divertissements vorgetragen. Die Träger aber heißen nicht Wolf und Lamm, sondern Jesuit und Bauer, oder Baron und Bettler, oder Fabrikherr und Arbeiter, oder der Schlemmer und der arme Mann, so ist die vollständige Tendenzarbeit gefährlichster Art da. Lessing hat freilich selbst in einzelnen Dichtungen dergleichen geübt, wie im Nathan, doch hat er selbst dies brieflich zugestanden, ohne daß es freilich heute bekannt genug und allgemein zugestanden wäre; jedenfalls hat er dem Christentum übel mitgespielt und das Judentum in gewissem Sinn verherrlicht; dies wird aber zu einer Zeit, wo die Emanzipation der Juden erfolgt ist, besonders unangenehm empfunden; wird das Stück nun noch in der üblichen Weise aufgeführt, so verletzt es einen Christen, er empfindet die poetische Ungerechtigkeit. Hätte ein deutscher Dichter nach dem französischen Kriege unter ähnlichen Umständen im Stück einen Riccault auf die Bühne gebracht, so würde unzweifelhaft der feinfühlige Teil

unseres Volkes dadurch verletzt worden sein. Wenn E. Zola neuerdings in seiner Debâcle seinen Landsleuten vorhält was Krieg heißt, und was die große Nation als Armee in jenem Krieg war, so leistet er dem Frieden vielleicht einen größeren Dienst als es ein Staatsmann im stande wäre;[1]) hält derselbe Schriftsteller seinen Landsleuten die Sumpfgewächse des zweiten Kaiserreichs unter die Nase, so kann er nur einen moralischen Effekt herbeiführen. Lesen Deutsche, zumal unreife, seine oft schlecht übersetzten Romane, so werden sie denselben moralischen Defekt davon haben wie von den französischen Ehebruchsdramen. Dasselbe gilt von der einsiedlerischen und beinahe eunuchenhaften Tendenz Tolstois z. B. in der Kreuzersonate.

Was also nicht mit Rücksicht auf die Nation, die sozialen Einrichtungen ꝛc. und den jeweiligen Gesellschaftszustand von der schönen Litteratur geleistet wird, bleibt wirkungslos oder wirkt verderblich. Die Ungesundheit des heutigen Zustandes und das ganze Scheinwesen desselben hat eine erfreuliche Reaktion hervorgerufen auch in der modernen Litteratur, aber sie ist schon in Gefahr sich ins Extrem zu verlaufen, oder an Einzelheiten hängen zu bleiben, oder im Sozialismus zu ertrinken. Die Träger unserer schönwissenschaftlichen Litteratur würden sich ein hohes Verdienst um ihre Nation, zumal in der jetzigen Verfassung, erwerben, wenn sie ihr einen Spiegel vorhielten, das was ich oben ein Sündenregister nannte; denn nur rufen und schreiben „die Waffen nieder“ wirkt heute nicht was es sonst wirken könnte. Dieses Sündenregister kann aber nur wirksam sein, nicht bloß wenn es naturgetreu, sondern auch künstlerisch gestaltet und geklärt und durchaus auf dem Boden der poetischen Gerechtigkeit gehalten ist.

Freilich dürften diese Bilder weder mit Schmutz bemalt noch in Feuilleton-Häcksel zerschnitten, noch in so teurer Buchverfassung wie seither geboten werden. Nur ans Werk! Und was erst könnte für diesen Zweck die Bühne, die Musik, die darstellende Kunst leisten. Für die Bühne gilt in noch höherem Maße das, was eben für die Litteratur gesagt worden ist.[2]) Sie soll und muß in der Wahl ihrer Motive modern und mit der Sprache in den frischen Strom der Volkssprache getaucht sein, aber die Bühne muß sich noch mehr als die

---

1) Die Deutschen freilich läßt Zola in derselben Spionen- und Spitzbuben-Verkleidung auftreten wie dies seine liebenswürdigen Landsleute thun.

2) Von großer Bedeutung sind besonders die Volksschauspiele.

Litteratur vor gewöhnlicher Tendenzmacherei, dem gewöhnlichen Zeitflitter und dem Gemein-Sinnlichen hüten, sei es noch so verschleiert und kandiert (Ronacher). Nirgends zeigt sich nach meinem Gefühl die atomistische, mikrokosmische — wenn ich so sagen darf — Zeitrichtung so abschreckend wie in der Kunst. Und das ist auch sehr erklärlich, denn die Kunst muß aus dem Großen für das Große arbeiten, makrokosmisch! Man gehe durch die neuen Stadtteile z. B. von Köln: Meist sehr hochstehende Technik, aber eine Stil- und Ideenkonfusion, die den Beschauer verwirrt und zuletzt abstumpft und verekelt. Und was bietet die neueste Musik von Plattheit, Firlefanz und Sinnenkitzel; sie flattert umher, prickelt, ja sticht, sie schnarrt, leiert, oder plärrt; das Virtuosentum brächte sie ums Leben, wenn sie nicht unsterblich wäre. Die Malerei steht auf einer Höhe der Technik, die sie, soviel ich weiß, noch nie innegehabt hat; sie hat das unwahre Scheinwesen der Atelierbeleuchtung aufgegeben und malt vor und in der Natur. Freilicht ist die Losung, und dazu kann man meines Erachtens diese Kunst nur beglückwünschen, aber welche Motive wählt diese Kunst oft! Freilich ist sie schlimm daran, denn die Leute, die Geschmack haben, haben meist kein Geld, und die viel Geld haben, kaufen was auf dem modischen Kurszettel der Kunst steht.[1] Aber ich vertraue darauf, daß gerade unsere Maler sich auch der sozialen Aufgabe der Kunst immer bewußter werden, denn sie haben vollauf in jeder Beziehung das Zeug dazu.

---

5. Zusammenfassung und Vorschläge zu einem sozialpolitischen Programm.

Die gesamte Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft ist nach dem völligen Durchdringen des Individualismus, mit dessen krankhafter atomistischen Zuspitzung und seit dessen rücksichtsloser Geltendmachung auf allen Gebieten des Lebens eine abnorme geworden und hat zur Erkrankung auch des deutschen Volksorganismus, kurz zu dem geführt, was man die soziale Frage nennt.

Die Erkrankung zeigt sich auf religiösem Gebiet als Gottlosigkeit bezw. Stoff- und Menschenvergötterung einerseits und als

1) Vgl. Hansen, 350 ff.

schroffer Kirchenpartei- und polemischer Konfessionsgeist andererseits; auf sittlichem Gebiet als Eigensucht und Pflichtlosigkeit gegen Andere; auf dem geistigen als Anzweifeln alles Bestehenden und Selbstüberhebung, als Unterschätzung des Gefühls bezw. des Subjektiven, als Überschätzung des Verstandes und alles Wissens; auf dem physischen als Gewaltthätigkeit und Sinnlichkeit, als Rohheit und Verachtung körperlicher Pflege und Lebenserhaltung; auf dem gesellschaftlichen als Vereinzelung und Genußsucht, als Klassen-, Kasten- und Sondergeist; auf dem politischen als Partei- und Fraktionssucht; auf dem nationalen als Partikularismus bezw. Chauvinismus, oder als weltbürgerliche Verschwommenheit und Charakterlosigkeit; auf dem wirtschaftlichen als rücksichtslose Ausbeutungs- und Gewinnsucht.

Demgemäß wird Religion und Kirche entweder verachtet oder parteiisch bezw. konfessionell eingeschnürt, Pflichtgefühl überwuchert von Eigensucht, Ehrfurcht ersetzt durch Anmaßung, Erziehung und Bildung beschränkt auf den Erwerb von Kenntnissen, Nächstenliebe, Barmherzigkeit, Schutz der Schwachen versäumt, das öffentliche Wohl dem eignen und dem Partei-Interesse nachgesetzt, Ehre und Gedeihen der Nation gering geschätzt; schöpferische und sittliche Arbeit erfahren keine, dispositive geringe, körperliche hohe Anerkennung; auf allen Arbeitsgebieten aber tritt die Tendenz nach Mechanisierung der Arbeit hervor, die der Bequemlichkeit der Menschen am ehesten entspricht; Kapitalgier auf der einen, Kapitalhaß auf der anderen Seite; Schulden-, Zins- und Rentenknechtschaft wird hier gierig gefördert, dort leidenschaftlich beschimpft. Mit einem Worte: Jeder sucht überall, bei jeder Gelegenheit, zu jeder Zeit und auf allen Wegen nur das Seine.

Aus all diesem geht hervor, daß die Sozialdemokratie die soziale Frage nur zum geringen Teil erfaßt und die Ursachen derselben ebenso verkennt wie die Mittel zur Abhilfe. Und wenn auch die soziale Frage nur eine wirtschaftliche wäre, so ist doch nicht die „kapitalistische“ Produktion die Ursache der Not, sondern die individualistische, denn ohne Kapital ist überhaupt eine rationelle Produktion nicht möglich. Wenn die ökonomische Entwicklung die Kleinbetriebe auflöst — und je mehr die technische Ausrüstung des Menschen fortschreitet, desto mehr wird diese Auflösung fortschreiten —, so giebt es dagegen nur ein Mittel der Abhilfe, nämlich die berufsgenossenschaftliche Zusammenfassung, nicht aber die sozialistisch-kommunistische Enteignung der privaten Produktionsmittel. Diese Enteignung könnte überdies nur durch Gewalt geschehen

und würde den sozialistischen Staat dann vor eine Aufgabe stellen, die überhaupt unlösbar ist, zumal mit dem Menschenmaterial, das dieser Staat zur Verfügung hätte, oder nach seinen Prinzipien heranzöge. Die Krisen sind nicht, wie die Sozialdemokratie behauptet, durch die „kapitalistische" Produktionsweise hervorgerufen, sondern durch den Mangel an Absatz. Dieser Mangel beruht zu einem Teil auf der Verringerung des Exports, zum größeren Teil auf der verminderten, bezw. nicht entsprechend gesteigerten Kaufkraft der Bevölkerung. Die Verminderung des Exports aber rührt daher, daß immer mehr produzierende Nationen auf dem Weltmarkt erscheinen; die verhältnißmäßig zu schwache Kaufkraft der Bevölkerung liegt an einer Kette von Gründen.

Nachdem sich nämlich in der individualistisch zersplitterten Gesellschaft Einzelne durch besondere Umstände — Reichtum, Geschicklichkeit, Energie, Ausbeuterei, Gewalt, Betrug, Glück ꝛc. — immer mehr die Maschine dienstbar gemacht hatten, häuften sie durch Produktion von Massenartikeln immer mehr Reichtum an. Diese Massenartikel wurden zwar billiger, auch für den Arbeiter, da aber die Produktionssteigerung in der Landwirtschaft in keiner Weise der industriellen auch nur annähernd folgen konnte, so blieben die Nahrungsmittel, die den größten Teil einer Arbeitereinnahme verbrauchen, ziemlich im gleichen Preise. Da nun die rücksichtslose Konkurrenz-Wirtschaft im inneren Verkehr die Bedrängnis der Kleinbetriebe noch vermehrte, die Sucht der Exporteure aber, unter allen Umständen den Weltmarkt zu behaupten, zur Einschränkung der Produktionskosten, also auch zum Herabdrücken der Löhne führte, steigerte sich das Übel. Da ferner durch die vermeintlich liberalen Gewerbeordnungen im Handwerk tabula rasa gemacht wurde, und eine rechtzeitige genossenschaftliche Zusammenfassung unterblieb, so verfielen immer mehr Handwerker dem Proletariat; da ferner seit den Hardenbergschen Edikten der Grund und Boden mobilisiert war, die mittleren und kleineren Grundbesitzer aber in ihrer Vereinzelung nicht im stande waren, diesem Prozeß mit der entsprechenden wirtschaftlichen Kraft und kaufmännischen Behandlung zu begegnen, ebensowenig wie sie durch eine vervollkommnete Technik und kaufmännische Leitung sich auf die Höhe des industriellen Betriebs erheben konnten; da außerdem durch die Gesetzgebung — Erb-, Hypotheken-, Pfand- und Versicherungsrecht — die Zersplitterung und die Verschuldung des Grundbesitzes vermehrt und durch die Freihandelspolitik

der Erlös von Getreide, Vieh und Holz immer mehr gedrückt wurde, so konnte sich auch die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung nur verringern bezw. nicht entsprechend steigern. Da ferner durch die Währung mit steigender Werttendenz — und das ist unsere Goldwährung — die Preise für die Produktion sinken, denn die Produktionspreise werden durch die Börse, den Großhandel bestimmt, und dieser zählt nicht das Geld, sondern berechnet die Wertsteigerung, welche den Warenpreis drückt; da aber die Konsumpreise gleichzeitig steigen, denn der Konsumhändler zählt das Geld nach wie vor gleich, trotz der Wertsteigerung, so minderte sich für alle — außer den Reichen — die Kaufkraft. Und da nun unter den bestehenden Bedingungen und Auffassungen die Ansammlung der Reichtümer fortwährend zunahm, die Konsumkraft derselben aber ihrer Kaufkraft, auch bei dem besten Willen, nicht gleich werden konnte, so wuchs wieder der Produktion zu und wurde aufgespeichert, was der Konsumtion hätte zuwachsen sollen; die letztere erfuhr vielmehr desto weitere Einschränkung, je kaufunkräftiger die Masse wurde. Daß die Reichen immer reicher und weniger, die Armen immer ärmer und mehr würden, wie die Sozialdemokratie behauptet, ist nicht richtig. Die Statistik — nicht parteiisch mißhandelt — beweist vielmehr die Zunahme — auch in den mittleren und unteren Schichten — nicht bloß der Sparer und des Ersparten, des Konsums und besseren Lebensführung sowie der mittleren Lebensdauer, dagegen die Abnahme der der Armenverwaltung Anheimgefallenen und der Verbrecher. Aber die Zunahme ist nicht ensprechend gewachsen, wie man vor Augen sieht, die Erkrankung besteht also und die Notwendigkeit der Abhilfe nicht minder.

Was diese letztere im Allgemeinen angeht, so bedarf es keiner besonderen Begründung, daß eine Heilung nur durch Entfesselung aller Volkskräfte und Erhöhung der technischen Ausrüstung herbeigeführt werden kann, beides kann aber nur durch nationale berufsständische Genossenschaften, wie heute die Dinge liegen, herbeigeführt werden; diese Gemeinsamkeit und Selbstverwaltung kann aber nur zur vollen und dauernden Wirkung kommen, wenn die individualistisch-egoistische Gesinnung durch Gemeinsinn an Boden verliert, wenn jeder Einzelne und jede Genossenschaft sich selbst in Zucht nimmt, um den Teil von Eigensucht zu überwinden, den die Wohlfahrt des Ganzen zu überwinden heischt.

Da es in der Natur der Sache liegt, daß die Unabhängigkeit

jeder Nation davon abhängt, daß sie sich auf ihrem eigenen Boden ernähren kann; da außerdem die physische Kraft wie die Intelligenz des Mittelstandes auf dem Zuströmen des Bevölkerungsüberschusses vom Lande beruht; da überdies die nationale Wehrkraft von dem Zuschuß des Landadels und des Grundbesitzes überhaupt abhängt, so ist die erste und notwendigste Forderung aller nationalen Volkswirtschaftspolitik: *Erhaltung und Stärkung der landwirtschaftlichen Bevölkerung*. Da nun von der Kaufkraft dieser hauptsächlich der Absatz der Industrie abhängt, — der Export ist unsicher und nicht entscheidend — die Industriearbeiter aber den wesentlichen Teil ihres Lohnes in landwirtschaftlichen Produkten verbrauchen, zuletzt auch die Löhne in der Industrie von denen in der Landwirtschaft bestimmt werden, so liegt der erfolgreiche, technisch erhöhte Betrieb und eine geschickte kaufmännische Unterstützung der Landwirtschaft auch entschieden im Interesse der Industrie; alle Handelspolitik hat sich, wie die Amerikaner längst bemerkt haben, demnach nach der Produktionsfähigkeit zu richten und nicht umgekehrt.

Aus allen diesen Gründen ist im Anschluß an die bestehenden landwirtschaftlichen Genossenschaften, Bauernvereine 2c., bezw. durch Ausbau derselben (Landwirtschafts-Kammern) ein nationaler landwirtschaftlicher Berufsverband nach verschiedenen Produktionsgruppen allmählich zu organisieren. Durch einen Landeskulturrat, landwirtschaftliche Techniker und Wanderlehrer ist planmäßig auf Verbesserung des technischen Betriebes, sowie durch entsprechende Schulung auf die Verbesserung der Buchführung und der ganzen kaufmännischen Leitung hinzuwirken (landwirtschaftliche Winter- und Haushaltungsschulen, landwirtschaftliche Schiedsgerichte). Durch die Genossenschaften ist die Einführung der Getreidenote, der Versicherungszwang für Hagel, Feuer, Leben, Vieh, die Beschaffung von Dünger, Saatkorn, Futterersatz bei besonders ungünstigen Witterungsverhältnissen zu bewirken bezw. zu vermitteln. Dazu sind diesen Verbänden Rechte zu verleihen, deren Ausübung seither staatlich oder kommunal 2c. war. Die Vertreter der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft haben rechtlich mitzuwirken bei der Umgestaltung des Erbrechts, das vor Zersplitterung und Schuldenüberlastung des überkommenen Gutes zu schützen hat; sie haben mitzuwirken zu einem prozentualen Schuldenerlaß, der unter gewissen Bedingungen erfolgen muß, bei Güterverkauf gegen Steigerung der Grundrente, sowie gegen den Erwerb von Gütern durch Kapitalisten,

die keine geeignete Bewirtschaftung derselben nach national-wirtschaftlichen Gesichtspunkten verbürgen; bei Überschuldung der Güter kann genossenschaftliche Verwaltung eintreten; Vertreibung vom Gut darf nur bei offenkundig nachlässiger Wirtschaft erfolgen, dabei das Gut aber nicht in die Hände von Spekulanten fallen. Neue Hypotheken sind nur bis zu einem bestimmten Satz, und nicht gegen Zins sondern Rente aufzunehmen. Eventuell im Anschluß an die Raiffeißenschen Kassen sind genossenschaftliche Darlehenskassen zu errichten und das gesamte Kredit- wie Verkehrswesen entweder genossenschaftlich, oder durch öffentlich-rechtliche andere Verbände zu gestalten; der Spekulation besonders mit städtischen Grundstücken ist mit starker Besteuerung entgegenzutreten. Getreide- Vieh- und Holzzölle müssen vorerst in bestehender Höhe aufrecht erhalten werden. Die innere Kolonisation ist sofort und planmäßig in die Hand zu nehmen, damit die Nation von ihrem eignen Anbau leben kann. Die Viehproduktion ist nach amerikanischem Vorbild nach Anleitung, unter Aufsicht und Mitwirkung der Genossenschaft planmäßig zu betreiben.

Der gesamte Industrie- und Gewerbebetrieb ist ebenfalls nach gleichartigen Berufsgruppen in Arbeiter- und Unternehmer-Verbänden zu organisieren bezw. zusammenzufassen, auch hier im Anschluß an die bestehenden Genossenschaften, bezw. Vereine und Trusts, die aus privat- zu nationalökonomischen Verbindungen überzuleiten sind. Die bestehenden Reichsgesetze betr. Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 1. Mai 1889 und betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht vom 20. April 1892 können weit mehr als seither benutzt werden.[1]) Auch diese Genossenschaften haben vor allem die Benutzung der neuesten Erfindungen zur erhöhten technischen Ausrüstung der Genossen durchzusetzen, um dadurch allmählich verringerte Arbeitszeit und erhöhte Löhne und Warenproduktion zu erzielen. Die Vertreter der verschiedenen Berufsgruppen sind untereinander wie mit dem landwirtschaftlichen und politischen Vertretungen in dauernde, gesetzlich geregelte Verbindung zu bringen. Durch diese Verbindungen ist der Absatz und der Preis zu regeln — genossenschaftliche Bazars — und mit der Gründung großer Konsum-Gruppen vorzugehen, nach dem Grundsatz: Jedem das Seine. Dabei ist noch einmal hervorzuheben, daß die Konsumgenossenschaft überall die unterste Stufe der Genossenschafts-

---

1) Vgl. jedoch Crüger im Soz.-pol. Zentralblatt I, Nr. 35.

bildung sein soll, da sie am wenigsten Selbstverleugnung und Betriebskapital verlangt, sowie rasche Verzinsung und Geschäftskenntnis bringt. Auf sie kann die Großhandelsgenossenschaft folgen, die eine Verbindung der Produzenten als Käufer darstellt. Auf dieser beruhen dann die Produktivgenossenschaften, wie ich sie früher z. B. in der Londoner Schuhmacher-Genossenschaft dargestellt habe; hierher würden auch Baugenossenschaften zu rechnen sein. Alle diese sind selbstverständlich nur als Übergangsbildungen und als Übergangs- und Erfahrungsarbeit anzusehen. Auch für die Vertreter dieser Genossenschaften gilt das bezüglich ihrer Verbindung bezw. Beleihung mit entsprechenden Rechten von der Landwirtschaft Gesagte. Auch das Handwerk kann nicht anders, als sich berufsgenossenschaftlich organisieren und auf Innungszwang und obligatorischen Befähigungsnachweis verzichten, da letztere ihm höchstens bei dem heutigen Stand der Sache nur hinderlich sein könnten. Wohl aber sollen und werden auf dem Verwaltungswege die berechtigten Klagen über Submissionswesen, Gefängnisarbeit &c. auch Konsumvereine berücksichtigt werden. Die Reichsgesetzgebung soll und wird mit Vorlagen über die Abzahlungsgeschäfte, Hausierhandel, Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk — hier ist große Vorsicht nötig, sonst tritt statt kleinen Vorteils großer Nachteil ein[1]) — sowie Errichtung von Handwerkerkammern dem Handwerk zu helfen suchen, aber zur nötigen Erhöhung seiner technischen Leistungsfähigkeit, seiner Kapitalkraft und eines geregelten Absatzes, der ihm den verdienten Lohn bringt, bleibt der Übergang zur Genossenschaftsbildung unerläßlich. Auch die Ausbildung der Lehrlinge bei Handwerk wie Industrie (nach dem vortrefflichen Vorschlag Göhres) bedarf gesetzlicher Regelung und genossenschaftlicher Fürsorge.

Im Interesse Aller — lediglich ausgenommen die internationalen Agiotagegeschäftsleute — ist durch ein Währungsgesetz der steigenden Werttendenz des Geldes wirksam entgegenzutreten, um diese in eine stabile, oder besser noch sinkende zu verwandeln.

Das bürgerliche Gesetzbuch hat insbesondere die geltend gemachten wirtschaftlichen und sozialen Faktoren zu beachten, desgleichen das Strafgesetzbuch, das überdies auf einer neuen psychologischen Grundlage aufzubauen ist. Beide Gesetzgebungen haben sich hierbei weit mehr und einschneidender als seither der Börse anzunehmen.

---

1) Vgl. auch Soz.-pol. Zentralblatt I, Nr. 35, S. 436.

Der Miquelsche Besteuerungsplan verdient, soweit dies bis jetzt zu übersehen ist, in wirtschaftlicher und sozialer Richtung Unterstützung.

Die Tilgung der Staatsschulden ist weit energischer als seither in Angriff zu nehmen, namentlich für das Reich, das keine produktiven Anleihen hat; alle Dotationen, Steuer- 2c. Erlasse sind zu suspendieren, beziehungsweise nicht zu erneuern, bis ein erheblicher Teil der Staats- beziehungsweise Reichsschulden abgetragen ist.

Der Verkehr ist weiter zu entwickeln, besonders durch Klein- und elektrische Bahnen und Kanäle. Die Rentabilität darf hier kein maßgebender Faktor sein. Die Provinzial- und Bezirksverbände sollten hierbei besser zugreifen als seither. Dies gilt besonders aber von den Gemeinden, den Städten, die Straßenbahnen, Gas- 2c. Anstalten in ihren Betrieb zu nehmen und endlich eine planmäßige Sozialpolitik zu befolgen hätten. Die erwähnten englischen und französischen Vorgänge und Vorschläge verdienen eingehende Erwägung namentlich bezüglich eines Normalarbeitstags, der Lohnhöhe, der Errichtung von Arbeiterwohnungen, der Fürsorge für angemessene Volkserholungen 2c., Einrichtung von Schulkantinen, Besteuerung unbebauten städtischen Bodens 2c. Ferner durch Errichtung beziehungsweise Förderung der Körper-Übung (Spiel- und Turnplätze) und -Pflege (Bade- und Schwimmanstalten), Näh-, Koch-, Strick- und Flickschulen, Kinderbewahranstalten, Miets- und Pfennig-Sparkassen.

Hierzu können auch der Staat, sowie besonders Vereine und Genossenschaften, deren schon vereinzelt recht viele bestehen, mitwirken.

Die Wohlfahrtseinrichtungen sowohl bezüglich der Wohnungen wie der Erholungen bedürfen der Mitwirkung aller Beteiligten, also auch der Arbeiter.

Die großen Versicherungsanstalten sind einheitlicher und dadurch praktischer und billiger zu gestalten, besonders gilt dies vom Unfallgesetz; für die Unfallverhütung gilt dies am allermeisten.

Die Errichtung gewerblicher Schiedsgerichte ist überall eventuell zu erzwingen, desgleichen die der Arbeiterausschüsse, unter deren Mitwirkung die Fabrikordnungen bezw. Arbeitsordnungen zu erlassen sind. Die Arbeiterstatistik ist umfassend und planmäßig anzugreifen, Frauenarbeit und die Arbeit jugendlicher Arbeiter weiter einzuschränken und die Herabsetzung der

Arbeitszeit[1]) bei Bergarbeitern unter Tag auf acht Stunden zu erstreben; die gesamte Arbeiter-Schutz-, sowie die sanitäre Medizinalgesetzgebung ist auf das Reich zu übertragen; die Dampfkesselrevisionen sind wieder von den Funktionen der Gewerberäte bezw. ihrer Assistenten zu trennen, damit diese wirklich die Vertrauensorgane der zu Schützenden sein können; ihr polizeiliches Strafrecht ist auszusprechen.

Arbeitsnachweis und Beschäftigung Arbeitsloser ist durch Organe der Selbstverwaltung zu organisieren. —

Die Reichsverfassung und die konstitutionellen Verfassungen der Staaten sind aufrecht zu erhalten, der parlamentarischen Herrschaftsform sowie der Ausdehnung des allgemeinen und direkten Wahlrechts in jeder Richtung entgegenzutreten; die Selbstverwaltung kann weiter ausgedehnt werden, aber es ist Sorge zu tragen, daß dadurch nicht die Einheit, Promptheit und Wirksamkeit der Staatsverwaltung beeinträchtigt wird.

In der evangelischen Kirche sind Seelsorgegemeinden mit Ältesten- und Hausväterverbänden — wenn möglich jene nicht über 3000 Seelen — zu begründen, sowie auch durch alle Kirchenorgane bezw. die innere Mission die seitherige segensreiche Wirksamkeit für Sonntagsschulen, Arbeiter- und Bauernvereine, Männer- und Jünglingsvereine, Sittlichkeits- und Volksbildungsvereine ꝛc. thatkräftig und im Geiste der Liebe weiter zu wirken ist.

Die Erziehung muß sich bewußt werden, daß sie mehr durch Beispiel als durch Worte wirkt, sie hat besonders Gewicht auf die körperliche Erziehung und Entwicklung zu legen, dagegen in jeder Beziehung der Überschätzung des Wissens und Verstandes entgegenzutreten; sie hat vielmehr besonders die Bildung des Gemüts und Herzens, des Gemeingeistes und Pflichtgefühls, der Ehrfurcht und Keuschheit, schlichter Frömmigkeit und Milde zu pflegen und dem Klassen-, Kasten- und polemischen Konfessionsgeist entgegen zu treten und alles zu meiden was „Hadersachen“ sind.

In den öffentlichen Bildungsanstalten ist in angemessener Weise Rücksicht auf die sozial-politische Propädeutik zu nehmen.

Die Wissenschaftspflege auf den Universitäten sollte nicht verkennen, daß diese auch pädagogische Aufgaben haben und schon

1) S. das Gesetz in der Ver. St. Soz.-pol. Zentralblatt I, Nr. 35, S. 436.

deshalb der herrschenden zusammenhangslosen Spezialisierung entgegen=treten müssen.

Die Wissenschaften sollten sich damit durchdringen, daß sie nicht voraussetzungslos und rein objektiv sein können, sowie daß sie vor allem die Aufgabe haben, dem allgemeinen Wohl zu dienen.

Jedermann strebe bei jeder Gelegenheit und zu aller Zeit seine Selbstsucht zu überwinden, er trachte nach Sinnesänderung; er erziehe sich selbst zur Nächstenliebe und übe sie unablässig und aus allen Kräften!



Druck von Breitkopf und Härtel in Leipzig.

